

Jeanette Hofmann,
Norbert Kersting, Claudia Ritzi,
Wolf J. Schünemann (Hg.)

Politik in der digitalen Gesellschaft

Zentrale Problemfelder
und Forschungsperspektiven



[transcript] Politik in der digitalen Gesellschaft

Jeanette Hofmann, Norbert Kersting,
Claudia Ritzi, Wolf J. Schünemann (Hg.)
Politik in der digitalen Gesellschaft

Politik in der digitalen Gesellschaft | Band 1

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch den Fachinformationsdienst Politikwissenschaft POLLUX



und ein Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften (transcript, Politikwissenschaft 2019)

Die Publikation beachtet die Qualitätsstandards für die Open-Access-Publikation von Büchern (Nationaler Open-Access-Kontaktpunkt et al. 2018), Phase 1

https://oa2020-de.org/blog/2018/07/31/empfehlungen_qualitaetsstandards_oabucher/

Bundesministerium der Verteidigung | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek | Harvard University | Kommunikations-, Informations-, Medienzentrum (KIM) der Universität Konstanz | Landesbibliothek Oldenburg | Max Planck Digital Library (MPDL) | Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek | Sächsische Landesbibliothek Staats- und Universitätsbibliothek Dresden | Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft) | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | Staatsbibliothek zu Berlin | Technische Informationsbibliothek Hannover | Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (ThULB) | ULB Düsseldorf Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Erfurt | Universitäts- und Landesbibliothek der Technischen Universität Darmstadt | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Bayreuth | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar | Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen | Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Universitätsbibliothek der Justus-Liebig-Universität Gießen | Universitätsbibliothek der Ruhr-Universität Bochum | Universitätsbibliothek der Technischen Universität Braunschweig | Universitätsbibliothek der Universität Koblenz Landau | Universitätsbibliothek der Universität Potsdam | Universitätsbibliothek Duisburg-Essen | Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg | Universitätsbibliothek Freiburg | Universitätsbibliothek Graz | Universitätsbibliothek J. C. Senckenberg an der Goethe-Universität Frankfurt | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitätsbibliothek der LMU München | Universitätsbibliothek Mainz | Universitätsbibliothek Marburg | Universitätsbibliothek Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Siegen | Universitätsbibliothek Vechta | Universitätsbibliothek Wien | Universitätsbibliothek Wuppertal | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Zentralbibliothek Zürich

Die Reihe wird herausgegeben von Jeanette Hofmann, Norbert Kersting, Claudia Ritzl und Wolf J. Schünemann.

JEANETTE HOFMANN, NORBERT KERSTING,
CLAUDIA RITZI, WOLF J. SCHÜNEMANN (Hg.)

Politik in der digitalen Gesellschaft

Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 Lizenz (BY-NC-SA). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium zu nicht-kommerziellen Zwecken, sofern der neu entstandene Text unter derselben Lizenz wie das Original verbreitet wird. (Lizenz-Text: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>) Um Genehmigungen für die Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2019 im transcript Verlag, Bielefeld

© Jeanette Hofmann, Norbert Kersting, Claudia Ritzl, Wolf J. Schünemann (Hg.)

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-4864-5

PDF-ISBN 978-3-8394-4864-9

<https://doi.org/10.14361/9783839448649>

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter

www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Politikwissenschaft und die digitale Gesellschaft

Jeanette Hofmann, Norbert Kersting, Claudia Ritzi und Wolf J. Schünemann 9

I. Gesellschaftliche und politische Grundlagen im Wandel

Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive

Jeanette Hofmann 27

Souveränität: Dynamisierung und Kontestation in der digitalen Konstellation

Thorsten Thiel 47

Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung

Claudia Ritzi 61

Transnationale Öffentlichkeiten in der Digitalen Gesellschaft: Konzepte und Forschungsperspektiven

Barbara Pfetsch, Annett Heft und Curd Knüpfer 83

II. Partizipation im digitalen Zeitalter

Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status quo und Zukunft

Norbert Kersting 105

Politische Parteien zwischen Sein oder nicht Sein? Digitale Transformation als Organisationsumbruch <i>Isabelle Borucki</i>	123
Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Bewegungen Annahmen, Befunde und Desiderata der Forschung <i>Sigrid Baringhorst</i>	151
Potenziale sozialer Medien zwischen Wunsch und Wirklichkeit Welche Chancen bieten soziale Medien für politische Akteure und ihre Erforschung? <i>Jasmin Fitzpatrick</i>	171
III. Zentrale Herausforderungen für Governance und Forschungspraxis	
E-Government im internationalen Vergleich <i>Marianne Kneuer</i>	189
Der Schutz der Grundrechte im Digitalen Zeitalter <i>Anja Mahr und Sabrina Görisch</i>	205
Die Stärkung europäischer Grundrechte im digitalen Zeitalter: demokratiepolitische Potentiale am Beispiel des Privatheitsschutzes <i>Carlos Becker und Sandra Seubert</i>	225
Jenseits der Versicherheitlichung Zu Stand und Aussichten der Cybersicherheitsforschung <i>Wolf J. Schünemann und Stefan Steiger</i>	247
Wann ist Künstliche Intelligenz (un-)fair? Ein sozialwissenschaftliches Konzept von KI-Fairness <i>Frank Marcinkowski und Christopher Starke</i>	269
Big Data und Governance im digitalen Zeitalter <i>Lena Ulbricht</i>	289

**Digitale Verhaltensdaten und Methoden
der Computational Social Science
in der politischen Kommunikationsforschung**

Sebastian Stier und Andreas Jungherr 309

AutorInnenverzeichnis 327

Politikwissenschaft und die digitale Gesellschaft

Jeanette Hofmann, Norbert Kersting, Claudia Ritzi und Wolf J. Schünemann

Der digitale Wandel hat längst auch den wissenschaftlichen Veröffentlichungsbetrieb erfasst: Wissenschaftliche Papiere zirkulieren auf elektronischen Wegen, werden auf digitalen Plattformen zugänglich gemacht, algorithmisch gefiltert und bibliometrisch ausgewertet. In Bibliotheken werden Regalmeter ab- und Computerarbeitsplätze aufgebaut. Und Verlage verkaufen immer häufiger Download-Pakete statt einzelner Buchtitel. In diesen Zeiten einen Sammelband zu veröffentlichen, ja sogar eine Buchreihe zum Thema »Politik in der digitalen Gesellschaft« zu etablieren, mag demgegenüber geradezu antiquiert erscheinen. Dennoch haben wir diesen Weg gewählt, und mit diesem Auftaktband erreichen wir das erste Etappenziel.

Nicht nur, weil die einzelnen Bände sowohl als Druckfassung als auch »Open Access« erscheinen, glauben wir, dass eine solche Schriftenreihe Zukunft hat. Sie soll einen Ort bilden, an dem aktuelle und bemerkenswerte Arbeiten zum Thema »Politik in der digitalen Gesellschaft« für eine breite (sozial-)wissenschaftliche »Community« sichtbar werden. Dies können zentrale Ergebnisse aus großen Forschungsprojekten, Dissertationen und andere Monographien oder auch Tagungsbände sein. Es können Studien aus der Politikfeldforschung ebenso wie aus der Politischen Theorie, der Partizipationsforschung, dem Bereich der Politischen Kommunikation oder aus anderen Teilbereichen der Politikwissenschaft, der Soziologie oder der Kommunikationswissenschaft sein. Denn die Untersuchung digitaler Technologien überwindet auch die Grenzen etablierter Disziplinen und Forschungsfelder.

Unter anderem auf dieses »Grenzgängertum« mag es zurückzuführen sein, dass sich auch rund zwanzig Jahre nach dem Beginn des »digitalen Zeitalters«¹ im deutschsprachigen Raum nur allmählich ein eigenständiges Forschungsfeld zur Analyse der neuen Technologien und ihrer gesellschaftlichen und politischen Implikationen etabliert (vgl. Kersting 2019a). Auch an (Publikations-)Foren, in welchen wissenschaftliche Diskurse vertieft geführt werden können, mangelte es lange Zeit.

1 Nach Hilbert/Lopéz (2011) war es ab dem Jahr 2002 das erste Mal möglich, mehr Informationen digital als in analogen Formaten zu speichern, was als Anhaltspunkt für den Beginn eines »digitalen Zeitalters« gilt.

Angesichts der vielfältigen Forschungsarbeiten, die rund um das Thema Politik und Digitalität entstehen, ist hier mittlerweile eine größere Dynamik zu beobachten.

In den letzten Jahren wurde vor allem der so genannten »Politik im Netz« (Schünemann 2019), also den Veränderungen politischer Kampagnenarbeit, Partizipation, Kommunikation und des demokratischen Repräsentationsbetriebs, viel Beachtung geschenkt (stellvertretend für viele Kersting 2012; Kneuer 2013; Dohle et al. 2014). Mit Blick auf die Erforschung des entstehenden Politikfelds (die »Politik fürs Netz«) mit seinen Subfeldern gilt dies zwar nicht im selben Maße, doch auch hier ist eine wachsende Forschungstätigkeit zu konstatieren (vgl. u.a. Haunss/Hofmann 2015; Bergemann et al. 2016; Hofmann et al. 2017; Reiberg 2017; Kersting 2019b). Zudem ist die Digitalisierung auch in der Methoden-, Begriffs- und Theoriebildung mittlerweile ein wichtiges Thema (vgl. u.a. Jacob/Thiel 2017; Thimm/Bächle 2019; Roberts et al. 2015; Lemke/Wiedemann 2015).

Angesichts stabiler Disziplinengrenzen und Forschungstraditionen ist es den Sozialwissenschaften in Deutschland über lange Zeit schwergefallen, Aspekte der Digitalisierung als eigenständiges Themenfeld zu bearbeiten oder in bestehende Felder zu integrieren. Im Vergleich zu Großbritannien oder den USA, wo mit dem Oxford Internet Institute und dem Berkman Klein Center for Internet & Society schon früh eigene Forschungsinstitute und -zentren gegründet wurden, um die gesellschaftlichen, einschließlich der politischen, Zusammenhänge der Internetentwicklung zu erforschen, hat eine vergleichbare Entwicklung in Deutschland ein gutes Jahrzehnt auf sich warten lassen (vgl. ausführlich Busch 2019; Kersting 2019a). Nach der Gründung akademischer Forschergruppen z.B. an den Universitäten Marburg, Berlin, Gießen und Bremen wurde 2012 in Berlin das Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft auf Initiative und mit finanzieller Unterstützung von Google gegründet; 2017 kam dann das Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft als vollständig öffentlich finanzierte Einrichtung dieser Art hinzu. Aus dem von der Ausschreibung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für ein »Deutsches Internetinstitut« ausgelösten Wettbewerb sind zudem weitere Initiativen und teilweise sogar auf Dauer gestellte Einrichtungen hervorgegangen, so das Center for Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum und das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation in München. Im gleichen Zeitraum ist auf Anregung von Norbert Kersting die DVPW-Themengruppe »Internet und Politik – Elektronische Governance« entstanden, die inzwischen in den DVPW-Arbeitskreis »Politik und Digitalisierung« – umgewandelt worden ist. Bereits zuvor fanden Vernetzungen beispielsweise im Research Committee 10 »Electronic Democracy« des internationalen politikwissenschaftlichen Fachverbandes IPSA und in der ECPR Standing Group »Internet and Politics« statt.

Demgegenüber hat sich der Forschungsgegenstand selbst in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich und dynamisch gewandelt – was nicht ohne Folgen für

das Selbstverständnis und die Orientierung der wissenschaftlichen Arbeiten blieb. In dem Maße wie beispielsweise Netzpolitik als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe das Regierungsgeschäft und die politische Debatte erreicht hat, scheint die Attraktivität und Passgenauigkeit der Bezeichnung Netzpolitik abzunehmen (Ritti/Zierold 2019, 46). Heute ist stattdessen vielmehr von Digitalpolitik und Digitalisierung die Rede, was nicht zuletzt dazu beiträgt, die Fokussierung auf Internettechnologien und den Vernetzungsaspekt zu vermeiden. Stattdessen wird die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Digitalisierung zunehmend breit und umfassend behandelt. Die Etablierung von Social Media hat nicht nur die Nutzung digitaler Technologien in der Bevölkerung beflogt, sie hat auch zu völlig neuen Informations- und Diskursmustern geführt, die umfangreich analysiert wurden (vgl. u.a. Faas/Sack 2016; Imhof et al. 2015).

Deutschland ist im internationalen Vergleich der Industrieländer in mehrfacher Hinsicht ein Sonderfall: So liegt die Bundesrepublik in Bezug auf die Nutzerzahlen sozialer Medien deutlich hinter Ländern wie den USA oder Frankreich – dies gilt im Besonderen für Twitter (Reuters 2019). In Deutschland ist Twitter eher ein Instrument für politische Eliten, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen, die zentrale Akteure und Multiplikatoren darstellen – aber bei weitem keinen Querschnitt der Bevölkerung abbilden. Beim Netzausbau und insbesondere beim Glasfaser-Ausbau werden Defizite bei der Bereitstellung digitaler Infrastruktur und digitaler Serviceleistungen seit Jahren bemängelt (siehe Nationaler Normenkontrollrat 2017). Zugleich stagniert die Nutzung von E-Government-Angeboten wie zum Beispiel dem digitalen Personalausweis in Deutschland seit Jahren. Versuche, Digitalisierungsfragen in einem Ministerium zu bündeln und im föderalen System zu harmonisieren, führten zur Gründung von Institutionen wie dem IT-Planungsrat, aber kaum zu föderalen Lernprozessen oder zu einer umfassenden Koordinierung (Kersting 2019b). Digitalpolitik verbleibt im Status einer Teilaufgabe verschiedener Ministerien.

Die öffentliche Diskussion über digitale Technologien hat in den letzten Jahren eine unübersehbare Kehrtwende vollzogen. Im Vergleich zu den überwiegend optimistischen Erwartungen in den 1990er und frühen 2000er Jahren dominierten in den 2010er Jahren die kritischen Beobachtungen. Ein Blick auf viel beachtete Titel internationaler Publizistik aus den letzten zwei Jahrzehnten verdeutlicht diesen Wandel: Er reicht von der »Virtuelle[n] Gemeinschaft« (Rheingold 1994) und »Being digital« (Negroponte 1995) über das »Informationszeitalter« (Castells 2001–2003), den »Wealth of networks« (Benkler 2006) und »Here comes everybody« (Shirky 2008) bis hin zu »Net Delusion« (Morozov 2011), dem »Zeitalter des Überwachungskapitalismus« (Zuboff 2018) und dem »Cyberwar« (Kaplan 2016).

Diesseits der großen Erzählungen über das digitale Zeitalter (vgl. dazu aus systemtheoretischer Perspektive Nassehi 2019; Baecker 2018) hat sich in den letzten zehn Jahren ein internationales Forschungsfeld etabliert, dessen empirischer

Ertrag enorm vielfältig und kaum noch überschaubar ist. Politikwissenschaftlich interessant sind zunächst Studien zum Wandel von Parteien (Diehl 2018; Chadwick/Stromer-Galley 2016) sowie neuen politischen Organisations- und Partizipationsformen (Margetts 2019; Bimber 2016). Auch der Strukturwandel der Öffentlichkeit berührt unmittelbar sozialwissenschaftliche Fragestellungen (Ercan et al. 2019; Bennett/Pfetsch 2018; Ingold 2017). Darüber hinaus erschließt sich die sozialwissenschaftliche Forschung Phänomene wie Big Data und die neue Datenökonomie (Aradau/Blanke 2017; Beer 2016; Tufekci 2014). Sie beschäftigt sich mit Automatisierungsprozessen und konzeptualisiert den Beitrag von Algorithmen und Machine Learning Verfahren darin (Beer 2017; Esposito 2017; MacKenzie 2015). Ein weiterer wichtiger Forschungsgegenstand betrifft die Entstehung von sozialen Netzwerken und die zunehmende »Plattformisierung« (Helmond 2015) von Märkten und öffentlichen Räumen (van Dijck et al. 2019). Die regionale wie auch sektorale Ausdehnung von Plattformen rüttelt an vielen Strukturmerkmalen moderner Gesellschaften und bringt eine enorme wirtschaftliche Machtzentration mit sich (Gorwa 2019; Plantin et al. 2018; Langley/Leyshon 2017). Regulierungspolitische Antworten auf diese Entwicklung fallen jedoch aus unterschiedlichen Gründen schwer (zuletzt Rahman/Theelen 2019; Gillespie 2018).

Auffällig an der aktuellen Digitalisierungsforschung ist ihre Inter- bzw. Transdisziplinarität. Untersuchungsleitende Fragestellungen adressieren stärker empirische Phänomene als disziplinäre Traditionen. Dies zeigt sich auch an der Vielzahl und Heterogenität der internationalen Zeitschriften, über die sich relevante sozialwissenschaftliche Veröffentlichungen derzeit verteilen. Auf der einen Seite wirkt diese »Echtzeit-Orientierung« auf die digitale Gegenwart befreidend, auf der anderen Seite droht der Anschluss an relevante theoretische Erkenntnisbestände verloren zu gehen. Buchreihen wie diese können vor diesem Hintergrund möglicherweise eine Scharnierfunktion zwischen den Disziplinen, aber auch den empirischen und theoretischen Arbeiten übernehmen.

All die genannten Beobachtungen, Besonderheiten und Entwicklungen sollen sich gemäß unseren Zielsetzungen in dieser Reihe widerspiegeln. Denn die Vielfalt der Gegenstände und Anwendungen, der Vergleich mit anderen Nationen und die Untersuchung verschiedener Regulierungs- und Governance-Instrumente eröffnen ein breites Forschungsfeld. Ein größeres kritisches Bewusstsein hinsichtlich der Technologieentwicklung und ihrer gesellschaftlichen Folgen unterstreicht außerdem die Nachfrage nach problemorientierter und kritischer sozial- und insbesondere auch politikwissenschaftlicher Forschung. Zudem schießt der gewachsene Argwohn gegenüber den »neuen« Medien, wie etwa in der Feuilletondebatte gepflegt, gelegentlich über ein empirisch belegbares Maß hinaus. Die heranwachsenden kritischen Bedenken bedürfen einer gründlichen empirischen Überprüfung, Diskussion und normativen Bewertung. Auch hierfür soll die Reihe Raum bieten.

So ist es also nicht trotz des Wandels der wissenschaftlichen Forschungsgegenstände und Veröffentlichungsmöglichkeiten, sondern *gerade jetzt* unser Ziel, mit dieser Buchreihe einen Publikationsort für politikwissenschaftliche Werke, aber auch für Beiträge aus angrenzenden Disziplinen, für theoretische wie empirische Arbeiten zu Fragen der Digitalisierung zu schaffen. Unsere Reihengründung setzt zu einem Zeitpunkt an, da sich das Feld neuerlich und verschiedentlich transformiert. Sie basiert auf der Erwartung eines kontinuierlich andauernden Veränderungsprozesses zeitgenössischer Sozialwissenschaften und geht zugleich von der Feststellung aus, dass das Forschungsfeld hinreichend etabliert und breit für eigene Publikationslinien ist.

Bleibt die Frage, warum die Buchform uns sinnvoll erscheint, um diese Zielsetzung zu verfolgen. Auch wenn die Bedeutung von Büchern im wissenschaftlichen Publikationsbetrieb in den vergangenen Jahren nicht zuletzt aufgrund digitaler Einflüsse erheblich zurückgegangen sein mag, gehören Bücher doch weiterhin zu den zentralen wissenschaftlichen Veröffentlichungsformaten. Sie spielen in Forschung und Lehre eine große Rolle. NachwuchswissenschaftlerInnen wird es durch die jeweiligen Promotions- und Habilitationsordnungen in den Sozialwissenschaften weiterhin an vielen Universitäten im deutschsprachigen Raum zumindest nahegelegt, Dissertationen und Habilitationen in Form von Monographien anzufertigen. Schon allein deshalb erscheint es notwendig, diesen Arbeiten, die oftmals von herausragender Qualität sind, einen Ort zur Publikation unter attraktiven Bedingungen zu bieten und sie dem relevanten fachwissenschaftlichen Publikum sowie interessierten Kreisen darüber hinaus sichtbar zu machen. Ferner sind wir als HerausgeberInnen der Reihe aber auch der Überzeugung, dass das akademische Großformat sowohl in Form von Sammelbänden als auch von Monographien einen unverzichtbaren Bestandteil der wissenschaftlichen Publikationslandschaft darstellt. So können Sammelbände breitere Debatten anstoßen und verschiedene Perspektiven und Deutungen an einem Ort zusammenführen. Monographien hingegen erlauben die Präsentation von Ergebnissen eigenständiger, konzentrierter Forschungstätigkeit in einem Werk.

Dabei wollen wir uns eine zentrale Errungenschaft des digitalen Zeitalters jedoch unbedingt zunutze machen: Wissenschaftliche Publikationen können heutzutage elektronisch weltweit, einfach und schnell verfügbar sein – und dies sollten sie auch. Wer gelesen werden will und, dies ist für einen Sammelband nicht unerheblich, wer seinen AutorInnen die Chance bieten will, dass die Beiträge weithin, gesammelt oder auch als Einzelstücke verbreitet werden können, kommt an digitalen Verbreitungsformaten nicht vorbei. Es darf für WissenschaftlerInnen also nicht von vornherein zu einem Nachteil der Beteiligung an Buchprojekten werden, dass ihre Arbeiten nicht weithin sichtbar und abrufbar sind.

Auf der anderen Seite muss die Notwendigkeit digitalisierter Publikationszusammenhänge nicht bedeuten, dass wir unkritisch den Zentralisierungstenden-

zen digitaler Märkte unterliegen. Mit digitalen Technologien sind bislang zu häufig Oligopole oder sogar Monopolisierungstendenzen verbunden, die im Ergebnis weder ökonomisch noch gesellschaftlich oder wissenschaftlich von Vorteil sind. Gera de die Wissenschaft ist darauf angewiesen, dass das Recht auf freie Forschung auch mit einer breiten Auswahl an Publikationsmöglichkeiten und -orten einhergeht und dass die Kosten auf Seiten der Bibliotheken und LeserInnen überschaubar bleiben.

Wie so vieles andere, wandelt sich also auch die Arbeit der Verlage im digitalen Zeitalter fundamental. Und wir verstehen es als eine Aufgabe der ForscherInnen, diesen Wandlungsprozess nicht nur wissenschaftlich zu untersuchen, sondern durch unsere eigene Publikationstätigkeit auch praktisch mitzugestalten. Deshalb verfolgen wir mit dieser Reihe eine konsequente Open-Access-Strategie und freuen uns, dass uns der transcript Verlag ein entsprechendes Angebot im Rahmen der Förderung OA2020 machen konnte. Diese Förderung bietet die Möglichkeit eines zeitgemäßen Publizierens von welchem AutorInnen, HerausgeberInnen, Verlage und RezipientInnen gleichermaßen profitieren können. Bleibt zu hoffen, dass solche Förderlinien auch in Zukunft Bestand haben, um langfristig dazu beizutragen, dass wissenschaftliche Arbeiten möglichst frei zugänglich sind und gelesen werden können.

Dieser Band ist das Ergebnis vielfältiger konzeptioneller wie wissenschaftspolitischer Überlegungen. Als Auftaktband versammelt er programmatische Beiträge zum Stand der Forschung und zu zentralen Perspektiven des Feldes »Politik im digitalen Zeitalter«, die von je mindestens einem Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Reihe (mit-)verfasst wurden. Ein solcher Überblick auf vergleichsweise wenigen Seiten kann freilich nie erschöpfend sein, er soll den AutorInnen aber dazu dienen, zentrale Debatten und Studien vorzustellen, einzuordnen und miteinander in Verbindung zu bringen. Idealerweise gelingt es mit Hilfe des Bandes außerdem, neue Diskurse und Forschungen anzuregen.

Um das vielfältige und wachsende Forschungsfeld abzubilden, nimmt der Band zunächst den Wandel grundlegender Konzepte und Begriffe in den Blick: Er diskutiert im ersten Teil die Entwicklung von Demokratie, Öffentlichkeit, Souveränität und Grundrechten unter den Bedingungen der Digitalität. Im zweiten Teil stehen spezifische Akteure und Akteursgruppen im Mittelpunkt der Darstellungen, maßgeblich Parteien und Soziale Bewegungen. Der dritte Teil des Bandes widmet sich schließlich den Möglichkeiten und Herausforderungen, die digitale Technologien für die politische Governance, Regulierung und die wissenschaftliche Forschung darstellen. Hier werden u.a. Fragen der Privatheit und Sicherheit angesichts von Phänomenen wie Künstlicher Intelligenz und Big Data diskutiert.

Schon in den Beiträgen des ersten Teils, die sich maßgeblich mit dem Wandel gesellschaftlicher und politischer Grundlagen und Begriffe befassen, wird deutlich, wie fundamental die politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse

sind, mit denen Demokratie im 21. Jahrhundert konfrontiert ist. Man muss keine Untergangsszenarien bemühen, um aufzuzeigen, dass unser Zusammenleben sich durch die neuen Technologien (erneut) grundlegend verändert und damit ein neues politisches Zeitalter begründet wird.

So argumentiert *Jeanette Hofmann* im ersten Beitrag, dass das Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung als Konstellation bzw. Ermöglichungsverhältnis begriffen und beschrieben werden sollte, nicht als ein Kausalverhältnis. Denn Demokratie ist immer technisch vermittelt, politisches Handeln und Kommunikationsmedien prägen sich nicht ein-, sondern wechselseitig. Die im digitalen Zeitalter entstehende »mediatisierte Demokratie« offenbart entsprechend im Vergleich zur klassisch-repräsentativen Demokratie vielfältige Unterschiede. Die aktuelle demokratische Konstellation befindet sich in einem experimentellen Entwicklungsstadium, in dem viele etablierte Beziehungen, Institutionen und Prozesse auf den Prüfstand gestellt werden können – und müssen.

In Verbindung mit dem Verhältnis zwischen Digitalisierung und Demokratie stehen die Beziehungen zwischen Internet und Staat, die Auswirkungen der Digitalisierung auf Konzepte und Mechanismen territorialer Ordnung und staatlicher Souveränität. Unter diesem Leitbegriff überblickt *Thorsten Thiel* in seinem Beitrag »Souveränität: Dynamisierung und Kontestation in der digitalen Konstellation« die mittlerweile breite Literaturlandschaft zu diesem Themenkomplex. Er identifiziert drei wesentliche Debattenstränge je nach dem zentralen Prinzip, das durch die digitale Transformation herausfordert wird, nämlich erstens das Prinzip territorialer Staatlichkeit, zweitens das Prinzip von Herrschaft und Kontrolle, drittens das Prinzip demokratischer Selbstbestimmung. In seinem Ausblick sagt Thiel eine Konzentration auf den zweiten Strang voraus. Während die Herausforderungen territorialer Staatlichkeit in Zeiten der Renationalisierung an Dringlichkeit verlören, sei die anspruchsvolle Ausdeutung von Souveränität als demokratischer Selbstbestimmung widersprüchlich und missbrauchsgefährlich.

In zwei Beiträgen wird das Augenmerk auf die politische Öffentlichkeit gerichtet. *Claudia Ritzi* analysiert vor dem Hintergrund verschiedener Demokratietheorien die Veränderung der Funktionen, die politische Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter für die Demokratie übernimmt, übernehmen kann und übernehmen soll. Ohne Zweifel haben die BürgerInnen heute einerseits leichten Zugang zu mehr Informationen denn je, gleichzeitig wird die Integration der vielen Teilöffentlichkeiten zunehmend schwierig. Phänomene wie Echokammern und Kommerzialisierung werden in diesem Beitrag ebenso diskutiert wie die Eröffnung deliberativer Diskussionsräume im Internet. Wie kann und sollte die Demokratietheorie auf solche Entwicklungen reagieren? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Beitrags.

Barbara Pfetsch, Annett Heft und *Curd Knüpfer* fokussieren auf die Entstehung und die Charakteristika transnationaler Öffentlichkeiten unter den Bedingungen der Digitalisierung. Die AutorInnen beginnen auf der konzeptuellen Ebene und

unterscheiden ein normativ-deliberatives Konzept, ein regional verankertes, europäisches Konzept sowie schließlich ein Konzept der »transnational vernetzten Ökologien von Publicness«. Anhand dieser drei Orientierungspunkte ordnen sie die relevante Forschungslandschaft in übergeordnete Ansätze: normativ-deliberativ, empirisch-analytisch und reflexiv-konstruktivistisch. Nach einer Vorstellung wesentlicher Eigenschaften transnationaler digitaler Netzwerköffentlichkeiten wie Volatilität und Hybridität, der Heterogenität von Sprecherensembles sowie fluider Gemeinschaftsbildung formulieren Pfetsch, Heft und Knüpfer mit Blick auf aktuelle Phänomene und Entwicklungen zentrale Forschungsfragen. Für die künftige Forschung in dem Untersuchungsfeld fordern sie theoretische Konzepte und empirische Methoden, die den Netzwerkeigenschaften digitaler Kommunikationsflüsse gerecht werden.

Der grundlegende Wandel demokratischer Verfahren wird auch mit Blick auf jene Veränderungsprozesse deutlich, die sich vor allem auf der Ebene der Akteure manifestieren. Sie werden im *zweiten Teil* dieses Bandes unter die Lupe genommen. Viele BürgerInnen nutzen neben den etablierten konventionellen und unkonventionellen heute auch Beteiligungsmöglichkeiten via Internet. Parteien und politische Repräsentanten können und müssen heute auf neue Weisen mit ihren (potentiellen) WählerInnen in Kontakt treten. Während vor allem die beiden so genannten »Volksparteien« SPD und CDU diesen Wandlungsprozess eher langsam durchlaufen, haben Soziale Bewegungen das Internet schnell für sich entdeckt.

Norbert Kersting zeigt vor diesem Hintergrund auf, welche Bedeutung der Online-Partizipation heute zukommt. Mit Hilfe eines »Partizipativen Rhombus« bestehend aus repräsentativen, direktdemokratischen, deliberativen und demonstrativen Engagementformen und anhand von Evaluationsindikatoren strukturiert und bewertet er die aktuelle politische Beteiligungslandschaft. Hierüber werden derzeitige Tendenzen der Online-Partizipation deutlich: Die Vorteile digitaler politischer Partizipation liegen laut Kersting bislang in den Bereichen Information und Mobilisierung. Demgegenüber haben die auf Face-to-Face-Kontakte basierenden analogen Beteiligungsinstrumente Vorteile in Bezug auf die Deliberation und die langfristige Vernetzung. Eine »Blended Participation«, d.h. die hybride Kombination von digitalen und analogen Beteiligungsformen biete vielversprechende Möglichkeiten, vor allem, wenn politische Beteiligungsangebote in Kombination mit sozialer Innovation eine höhere Nachhaltigkeit erfahren.

Isabelle Borucki untersucht politische Parteien, die als zentrale Akteure im politischen System vom digitalen Transformationsprozess sowohl in der innerparteilichen Kommunikation wie auch im Kontakt zu den BürgerInnen und zu anderen Parteien und Organisationen in besonderem Maße betroffen sind. Nachdem die Normalisierungsthese die Euphorie der Transformationsthese weitgehend abgelöst hat und gleichzeitig die Persistenz bestehender Ungleichheiten auch in digitalen Umwelten deutlich wurde, hat die Parteienforschung neben der Analyse des

Wandels der Parteien und Parteitypen einen Fokus auf innerparteiliche Organisation und Kommunikation von KandidatInnen wie auch auf neue Parteiprogramme und Policies gelegt. Zukünftige Forschung wird laut Borucki stärker auf Best-Practice ausgerichtet sein und neben vergleichenden Ansätzen auch verstärkt neue empirische Methoden in den Vordergrund rücken.

Sigrid Baringhorst befasst sich mit dem Zusammenhang von Digitalisierung und sozialen Bewegungen und gibt einen Überblick über die zentralen Fragestellungen, konzeptionellen Zugänge und Befunde der einschlägigen Forschung. Im Mittelpunkt steht dabei zum einen die Frage, ob soziale Bewegungen vom technischen Wandel eher profitieren oder durch diesen geschwächt werden und zum anderen, welche konkreten Effekte die Nutzung digitaler Technologien und Dienste auf die jeweiligen Organisations- und Mobilisierungsformen hat. Die zentrale These lautet, dass die Digitalisierung den Bedarf formaler Organisationsstrukturen für politische Mobilisierung erheblich senkt und zugleich die Möglichkeiten kollektiver »bottom-up«-Aktionen erweitert. Baringhorst schließt daraus auf einen Wandel medialer »Gelegenheitsstrukturen politischen Protests«: die Möglichkeiten politischer Beteiligung nehmen zu, während die einzukalkulierenden Transaktionskosten fallen.

Jasmin Fitzpatrick analysiert soziale Medien, wie Facebook, Twitter und Instagram. Sie bilden zentrale Kommunikationskanäle der Digitalisierung und die Mehrzahl der Forschung zur Digitalisierung konzentriert sich daher auf diese Medien. Fitzpatrick untersucht die Nutzung sozialer Medien in sozialen Bewegungen, bei politischer Partizipation sowie im Wahlkampf der politischen Parteien. Die »Logik konnektiven Handelns« (Bennett/Segerberg) basiert auf neuen, oft kurzfristigen Netzwerkstrukturen jenseits der Parteien. Bei der individuellen politischen Partizipation zeigten sich Probleme in der deliberativen Qualität der Instrumente und ein Zuwachs von Bildern (Memes etc.). Im Wahlkampf werden direkte Kontakte zu den WählerInnen und neue Formen des Micro-Targeting genutzt. Die sozialen Medien zeigten jedoch auch Kehrseiten von Online-Kommunikation wie Echokammern, Slacktivism und Hate Speech. Sie sind zudem auch eine Plattform für Fake News und Social Bots. Für zukünftige empirische Untersuchungen bieten sich somit nicht nur neue empirische Methoden der Inhalts- oder Netzwerkanalyse an, sondern auch neue Themen.

Der dritte Teil des Bandes fokussiert auf Digitalität als Herausforderung für politische Governance und als Forschungsgegenstand und -instrument. *Marianne Kneuer* gibt hier zunächst einen Überblick über die Entwicklung und Perspektiven des E-Governments bzw. Open Governments. So birgt das Internet viele Potentiale, um den BürgerInnen einen unkomplizierten, schnellen und kostengünstigen Zugang zu Verwaltungsleistungen zu ermöglichen und somit die Legitimität der Demokratie zu stärken – das Gebot der Datensicherheit muss dabei jedoch stets in einem hinreichenden Maße berücksichtigt werden. Internationale Organisationen

wie die OECD oder die UN haben E-Government und Open Government bereits zu Beginn der 2000er Jahre als vielversprechendes Konzept der Reform und Entwicklung erkannt, insbesondere im Bereich Gesundheit, Umwelt und Sozialpolitik. Bis heute lassen sich jedoch in Anwendung und Erforschung dieser Technologien große Differenzen zwischen dem globalen Norden und dem Süden ausmachen und es lässt sich eine generelle Theorieschwäche in der Weiterentwicklung v.a. des E-Government-Ansatzes konstatieren.

Nicht nur die unmittelbare, primär bürokratische Interaktion zwischen BürgerInnen und Verwaltung wandelt sich jedoch, es entstehen auch neue Schutz- und Kontrollbedarfe – selbst auf der Ebene der Grundrechte. Der Beitrag von *Anja Mahr* und *Sabrina Görisch* rekonstruiert die Debatte. Während zunächst vor allem die zunehmende staatliche Zensur im Internet und das Thema Cybersicherheit im Fokus standen, kreisen aktuelle Diskussionen vor allem um Themen wie Hetze, Fake News und Künstliche Intelligenz. Tangiert sind dabei insbesondere das Grundrecht auf Schutz der Persönlichkeit und das darunterfallende Recht auf Schutz der informationellen Selbstbestimmung und der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.

Vor allem auf der europäischen Ebene waren in Folge dieser Herausforderungen in den letzten Jahren bedeutsame Rechtsanpassungen zu verzeichnen. *Carlos Becker* und *Sandra Seubert* zeigen am Beispiel der Privatheit auf, dass erfolgreiche Regulierung heute vielfach einer mehrdimensionalen Rechts- und Vertragsarchitektur bedarf. Das Verhältnis von Digitalisierung, Demokratie und Privatheit ist kaum mehr innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten zu begreifen oder erfolgreich politisch zu bearbeiten. Vor diesem Hintergrund erlangt die EU als politischer und rechtlicher Akteur eine herausgehobene Bedeutung.

Demgegenüber sind die Möglichkeiten supranationaler, sprich: europäischer, Regulierung im Feld der Cybersicherheit, das in einem kritischen Spannungsverhältnis zu Datenschutz und Privatheit steht, sehr begrenzt. *Wolf J. Schünemann* und *Stefan Steiger* beleuchten das Feld Cybersicherheit und geben einen Überblick über Stand und Aussichten der Forschung »jenseits der Versicherheitlichung«. Dabei ist der Artikeltitel durchaus im doppeltem Wortsinne zu verstehen, denn zum einen werden mit der Cybersicherheitsforschung als Teil strategischer Studien, der vergleichenden Sicherheits- und Konfliktforschung sowie der internationalen Normenforschung weitere Stränge neben den kritischen Sicherheitsstudien und ihrem Kernkonzept der Versicherheitlichung identifiziert und vorgestellt. Zum anderen mündet die Darstellung in einen programmatischen Ausblick, der die Risiken einer um sogenannte Desinformation in der Online-Kommunikation erweiterte Bedrohungssperzeptionen betont und darin neue, teils durch die wissenschaftliche Diskussion beförderte Sekuritisierungstendenzen entdeckt. Vor diesem Hintergrund mahnen die Autoren zu kritischer Reflexion und fordern die Überprüfung zentraler Annahmen durch empirische Forschung.

Frank Marcinkowski und *Christopher Starke* gehen der Frage nach, inwieweit künstliche Intelligenz und Algorithmen alle sozialen Gruppen fair behandeln und Diskriminierung vermeiden (können). Künstliche Intelligenz wird dabei definiert als eine kognitive Leistungsfähigkeit im mathematischen, sprachlichen und räumlichen Denken, mit Blick auf die Merkfähigkeit und als Auffassungsgabe. Aufbauend auf dem Input-Throughput- und Output-System verweisen die Autoren auf ein vierdimensionales Modell von Fairness. Distributive Fairness interpretiert, analog zur Output-Legitimation, die Verteilung der Ressourcen entsprechender Bedürfnisse. Prozedurale Fairness ist analog zur Input-Legitimation auf Konsistenz, Neutralität, Genauigkeit, Realisierbarkeit, Ethik und Repräsentativität ausgerichtet. Interktionale Fairness greift die Beziehungen im Konflikt auf. Letztlich rückt informationelle Fairness in den Vordergrund.

Lena Ulbricht nimmt im anschließenden Beitrag Künstliche Intelligenz aus einer ebenfalls wissenschaftsorientierten, aber allgemeiner gehaltenen Perspektive in den Blick. Sie argumentiert zunächst, dass Big Data ein relevantes Thema für die politikwissenschaftliche Forschung ist, da mit Hilfe computergestützter Datenanalysen Wissen generiert wird, das in vielfältiger Weise in Informations- und Entscheidungssysteme einfließt – unter anderem kann es als Verwaltungsinstrument genutzt werden. Ulbricht zeigt jedoch auch auf, dass Big Data ein innovatives Instrument der Sozialforschung, ein Instrument der Selbsterkennung und der gesellschaftlichen Koordination sein kann.

Möglichkeiten und Risiken datenwissenschaftlicher Verfahren und ihres Einsatzes in den Sozialwissenschaften werden schließlich im Beitrag von *Sebastian Stier* und *Andreas Jungherr* zu »Digitale[n] Verhaltensdaten und Methoden der Computational Social Science in der politischen Kommunikationsforschung« beschrieben. Zunächst identifizieren die beiden Autoren die zentralen Felder derzeitiger CSS-Forschung im diesbezüglichen Schwerpunktbereich politischer Kommunikation. Diese sind die Wahlkampf- und Parteienforschung, die digitale Öffentlichkeit und sog. Connective Action, die Qualität politischer Informationen und die Manipulation von Öffentlichkeiten, schließlich die Untersuchung von sog. Echokammern und Filterblasen. Anschließend an den Überblick über die Forschungslandschaft folgt die kritische Skizze einer Forschungsagenda, die die bestehenden Desiderata klar benennt. Demnach müsse die Anbindung an sozialwissenschaftliche Theorien verbessert werden, zudem müssten die Einschränkungen datenwissenschaftlicher Erhebungsverfahren und Messinstrumente offener diskutiert und die neuen Techniken durch etablierte Verfahren empirischer Sozialforschung flankiert werden. Schließlich stellen sich übergreifende Fragen der institutionellen Verankerung der Computational Social Science in Forschung und Lehre.

Wir danken dem Verlagsteam von transcript und vor allem den AutorInnen der einzelnen Beiträge herzlich für die Mitwirkung an diesem Band, der einen

bislang einzigartigen Überblick über die jüngere Forschung zum Thema Politik und Digitalisierung im deutschsprachigen Raum liefert.

Den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats möchten wir außerdem für ihren über diesen Band hinausgehenden Beitrag zum Gelingen der neuen Reihe danken. Ein wachsendes Forschungsfeld umfassend zu sichten und besonders gute Titel für die Publikation in der Reihe auszuwählen erfordert Expertise, die über die Spezialisierungsgebiete der vier HerausgeberInnen hinausgeht. Aus diesem Grund sind wir dankbar für die Unterstützung durch so viele hochkarätige KollegInnen.

Ohne die umfangreiche editorische Unterstützung von Sabrina Görisch und zahlreiche Korrekturarbeiten von Annabelle Kreutzer sowie Leonard Kamps wäre eine termingerechte Erstellung des Manuskripts und Publikation dieses Bandes nicht möglich gewesen. Auch Ihnen gebührt daher unser herzlicher Dank!

Literaturverzeichnis

- Aradau, Claudia/Blanke, Tobias (2017): Politics of prediction: Security and the time/space of governmentality in the age of big data. In: European Journal of Social Theory 20 (3), S. 373–391.
- Baecker, Dirk (2018): 4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt. Leipzig.
- Beer, David (2017): The social power of algorithms. In: Information, Communication & Society 20 (1), S. 1–13.
- Beer, David (2016): How should we do the history of Big Data? In: Big Data & Society 3 (1), S. 10.
- Benkler, Yochai (2006): The wealth of networks. How social production transforms markets and freedom. New Haven.
- Bennett, W. Lance/Pfetsch, Barbara (2018): Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres. In: Journal of Communication 68 (2), S. 243–253.
- Bergemann, Benjamin et al. (Hg.) (2016): Entstehung von Politikfeldern. Vergleichende Perspektiven und Theoretisierung. Ergebnisse des Workshops am 25. November 2015. WZB. Berlin (WZB Discussion Paper, SP IV 2016-401).
- Bimber, Bruce (2016): Three Prompts for Collective Action in the Context of Digital Media. In: Political Communication 34 (1), S. 6–20.
- Busch, Andreas (2019): Untersuchungsgegenstand Internet. In: Busch/Breindl/Jakobi (Hg.): Netzpolitik. Ein einführender Überblick. Wiesbaden, S. 17–51.
- Castells, Manuel (2001–2003): Das Informationszeitalter. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Opladen.
- Chadwick, Andrew/Stromer-Galley, Jennifer (2016): Digital Media, Power, and Democracy in Parties and Election Campaigns: Party Decline or Party Renewal? In: The International Journal of Press/Politics 21 (3), S. 283–293.

- Diehl, Paula (2018): Die 5-Sterne-Bewegung als Laboratorium neuer Tendenzen und ihre widersprüchlichen Repräsentationsbeziehungen. In: Thaa/Volk (Hg.): *Formwandel der Demokratie*. Baden-Baden, S. 129–154.
- Dohle, Marco/Jandura, Olaf/Vowe, Gerhard (2014): Politische Kommunikation in der Online-Welt. Dimensionen des strukturellen Wandels politischer Kommunikation. In: ZfP 61 (4), S. 414–436.
- Ercan et al. (2019): Public deliberation in an era of communicative plenty. In: Policy & Politics 47 (1), S. 19–36.
- Esposito, Elena (2017): Artificial Communication? The Production of Contingency by Algorithms. In: Zeitschrift für Soziologie 46 (4), S. 249–265.
- Faas, Thorsten/Sack, Benjamin C. (2016): Politische Kommunikation in Zeiten von Social Media. In: Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik. URL: https://www.bapp-bonn.de/files/BAPP_Politische_Kommunikation_in_Zeiten_von_Social_Media_Web_Final.pdf (10.09.19).
- Gillespie, Tarleton (2018): Platforms Are Not Intermediaries. Georgetown Law Technology Review 2 (2), S. 198–216.
- Gorwa, Robert (2019): What is platform governance? In: Information, Communication & Society 22 (6), S. 854–871.
- Haunss, Sebastian/Hofmann, Jeanette (2015): Entstehung von Politikfeldern – Bedingungen einer Anomalie. In: Der Moderne Staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 8 (1), S. 29–49.
- Helmond, Anne (2015): The Platformization of the Web: Making Web Data Platform Ready. In: Social Media + Society 1 (2), S. 1–11.
- Hilbert, Martin/López, Priscila (2011): The World's Technological Capacity to Store, Communicate, and Compute Information. In: Science, 332 (6025), S. 60–65.
- Hofmann, Jeanette/Katzenbach, Christian/Gollatz, Kirsten (2017): Between coordination and regulation: Finding the governance in Internet governance. In: New Media & Society 19 (9), S. 1406–1423.
- Howard, Philip N./Kollanyi, Bence (2016): Bots, #StrongerIn, and #Brexit. Computational Propaganda during the UK-EU Referendum. In: The Computational Propaganda Project. URL: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2798311 (15.04.2019).
- Imhof, Kurt (2015): Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012. Wiesbaden.
- Ingold, Albert (2017): Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten. In: Der Staat 56 (4), S. 491–533.
- Jacob, Daniel/Thiel, Thorsten (Hg.) (2017): Politische Theorie und Digitalisierung. Internationale Politische Theorie. Band 5. Baden-Baden.
- Jamieson, Kathleen Hall (2018): Cyberwar. How Russian hackers and trolls helped elect a president; what we don't, can't, and do know. New York.
- Kaplan, Fred (2016): Dark Territory: The Secret History of Cyber War. New York.

- Kersting, Norbert (2012): The Future of Electronic democracy. In: Kersting (Hg.): *Electronic democracy*. Leverkusen, S. 11–54.
- Kersting, Norbert (2019a): Digitalisation and Political Science in German. In: Kneuer/Millner (Hg.): *Political Science and Digitalization - Global Perspectives*. Opladen, S. 146–162.
- Kersting, Norbert (2019b): E-Governance und Online-Partizipation. Reformpfade, Akteure, Blockaden. In: Borucki/Schünemann (Hg.): *Internet und Staat*. Baden Baden, (im Druck).
- Kneuer, Marianne (2013): Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie. In: Kneuer (Hg.): *Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?* 1. Auflage. Baden-Baden, S. 7–31.
- Kleis Nielsen, Rasmus et al. (2019): Reuters Institute Digital News Report 2019. In: Reuters Institute. URL: www.digitalnewsreport.org/(4.9.2019).
- Langley, Paul/Leyshon, Andrew (2017): Platform capitalism: The intermediation and capitalization of digital economic circulation. *Finance and Society* 3(1), S. 11–31.
- Lemke, Matthias/Wiedemann Gregor (Hg.) (2015): *Text Mining in den Sozialwissenschaften: Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse*. Wiesbaden.
- Mackenzie, Adrian (2015) The production of prediction: What does machine learning want? In: *European Journal of Cultural Studies* 18 (4/5), S. 429–445.
- Margetts, Helen (2019): Rethinking Democracy with Social Media. In: *The Political Quarterly* 19 (1), S. 107–123.
- Misgeld, Manuel, 2019: in: Vom Onlinezugangsgesetz zum One-Stop-Government. In: Schünemann/Kneuer (Hg.): *E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich*. 2. Auflage. Baden-Baden, S. 17–49.
- Morozov, Evgeny (2011): *The Net delusion. The dark side of internet freedom*. New York.
- Nassehi, Armin (2019): Muster: Theorie der digitalen Gesellschaft. München.
- Nationaler Normenkontrollrat (2017): Bürokratieabbau. Bessere Rechtsetzung. Digitalisierung. Erfolge ausbauen – Rückstand aufholen. Jahresbericht 2017 des Nationalen Normenkontrollrates. URL: https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Publikationen/Jahresberichte/2017-07-12-nkr-Jahresbericht-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (3.10.2018).
- Negroponte, Nicholas (1995): *Being digital*. New York.
- Norris, Pippa (2012): Political mobilization and social networks. The example of the Arab spring. In: Kersting (Hg.) 2012: *Electronic democracy*. Opladen, S. 55–76
- Plantin, Jean Christophe et al. (2018): Infrastructure studies meet platform studies in the age of Google and Facebook. In: *New Media & Society* 20 (1), S. 293–310.
- Reiberg, Abel (2017): The Construction of a New Policy Domain in Debates on German Internet Policy. In: *Eur Policy Anal* 3 (1), S. 146–167.

- Rheingold, Howard (1994): *Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers.* 1. Auflage. Bonn, Paris und andere.
- Ritzi, Claudia; Zierold, Alexandra (2019): Souveränität unter den Bedingungen der Digitalisierung. In: Borucki/Schünemann (Hg.): *Internet und Staat. Perspektiven auf eine komplizierte Beziehung.* Baden-Baden, S. 37–59.
- Roberts, Steven et al. (2015): *Digital Methods for Social Science: An Interdisciplinary Guide to Research Innovation.* Basingstoke.
- Schünemann, Wolf J. (2019): E-Government und Netzpolitik – eine konzeptionelle Einführung. In: Schünemann/Kneuer (Hg.): *E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich.* 2. Auflage. Baden-Baden, S. 17–49.
- Shirky, Clay (2008): *Here comes everybody. The power of organizing without organizations.* New York.
- Thimm, Caja/Bächle, Thomas (2019): *Die Maschine: Freund oder Feind. Mensch und Technologie im digitalen Zeitalter.* Wiesbaden.
- Tufekci, Zeynep (2014): Engineering the public: Big data, surveillance and computational politics. In: *First Monday* 19 (7), S. 1–39.
- Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus.* Frankfurt und New York.

I. Gesellschaftliche und politische Grundlagen im Wandel

Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive¹

Jeanette Hofmann

1. Einleitung: Digitalisierung und Demokratie als Konstellation

Die Bedeutung der Digitalisierung für die Demokratie war bislang eher ein Thema der Kommunikationswissenschaft und des öffentlichen Diskurses als der politischen Theoriebildung. Während die Öffentlichkeit seit den 1990er Jahren immer wieder die Frage diskutiert, ob das Internet gut oder schlecht für die Demokratie ist – und je nach Umständen zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangt – schweigt sich die Demokratieforschung weitgehend über die Rolle des Medienwandels für ihren Untersuchungsgegenstand aus. Zwar gibt es eine wachsende Zahl von Einzelstudien zur Entwicklung von Parteien, Wahlkämpfen und digitalen Partizipationsformen, aber es mangelt an systematischen Betrachtungen zum Formwandel der Demokratie, die den Prozess der Digitalisierung nicht bloß als »black box« behandeln, sondern als seinerseits erklärendes Phänomen einbeziehen.

Obwohl die einzelnen Demokratietheorien der öffentlichen Sphäre und den Kommunikationsmedien generell eine wichtige Rolle für die politische Willensbildung einräumen², gibt es verblüffender Weise keine demokratietheoretisch inspirierte Medienforschung in der Politikwissenschaft, an die die Frage nach dem Verhältnis von Demokratiewandel und Digitalisierung anknüpfen könnte. Die deliberative Demokratietheorie befasst sich zwar intensiv mit der Rolle der (Massen-)Medien, behandelt diese aber für gewöhnlich als Rahmenbedingung oder Faktor, nicht jedoch als Mitspieler des öffentlichen Diskurses, dessen Form und Rolle selbst untersuchungswürdig, weil auch anders denkbar, ist. Insofern richtet sich das Interesse dieses Beitrages sowohl darauf, wie die Beziehung zwischen Demokratie und Medien angemessen untersucht werden kann als auch auf mögliche Befunde unter dem Eindruck des digitalen Wandels.

¹ Eine längere Version dieses Beitrags ist in der Zeitschrift *Internet Policy Review* erschienen (Hofmann 2019).

² Vergleiche dazu den Beitrag von Ritzi (2019) in diesem Band.

Die öffentliche Diskussion über Internet und Demokratie zeigt ein narratives Grundmuster, das sich trotz unterschiedlicher Vorzeichen im Zeitverlauf kaum ändert. Im Kontext der Digitalisierung betrachtet, verengt sich das Verständnis von Demokratie auf ein singuläres Modell, das angesichts der »sehr wechselhaften Füllung des Demokratiebegriffs in der Geschichte der politischen Ideen[,] einen seltsam universalen Zug behauptet«, wie Thiel (2019, 52) feststellt. Nicht viel anders verhält es sich mit der digitalen Technik. Ihr wird zwar eine größere Dynamik zugeschrieben, jedoch nur im Rahmen eines überwiegend eigenlogisch und linear verstandenen Entwicklungspfades. Während die Digitalisierung in dieser Beziehung die Rolle des Treibers übernimmt, erscheint das demokratische Regierungssystem eher als passives, reaktives Institutionengefüge, dessen Zukunft, je nach Situation akut gefährdet sei oder von frischem Wind profitieren könnte. Auch wenn diese Darstellung etwas überspitzt wirken mag, fällt doch ins Auge, dass die Beziehung zwischen Demokratie und Digitalisierung zumeist als Kausalverhältnis zwischen zwei voneinander unabhängigen Phänomenen wahrgenommen wird.

Die Auffassung von Digitalisierung und Demokratie als Kausalverhältnis beruht auf mehreren problematischen Annahmen. Ein erster Kritikpunkt lautet, dass die Rede vom Einfluss der Digitalisierung dieser faktisch einen Akteursstatus zuschreibt, ohne dass klar wäre, was oder wer im Einzelnen handelt. Ein zweites damit zusammenhängendes Problem besteht darin, dass die Konzeptualisierung von digitaler Technik als unabhängige Variable deren Kontingenz oder Entwicklungsoffenheit systematisch vernachlässigt. Der analytische Blickwinkel verengt sich auf mögliche Wirkungen und übersieht die Erklärungsbedürftigkeit digitaler Prozesse, die ja womöglich auch anders denkbar gewesen wären. Und drittens schließlich unterstellt die Kausalannahme, dass digitale Medien und Demokratie grundsätzlich voneinander unabhängig zu denken sind (Nassehi 2019, 16). Dem liegt ein Verständnis von Technik zugrunde, das diese als kategorial verschieden von Gesellschaft auffasst und deshalb wechselseitige Konstitutionsprozesse zwischen Technischem und Gesellschaftlichem unterschätzt oder ganz ausblendet.

Die zentrale Forschungsfrage mit Blick auf das Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung zielt somit auf eine Konstellation, nicht auf ein Kausalverhältnis. Statt Auswirkungen zu analysieren, wird ein contingentes Bedingungsgefüge bestehend aus politischer Selbstbestimmung und digitaler Kommunikation unterstellt, welches Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet, ohne diese zu determinieren. Diese Forschungsperspektive bezeichne ich als mediatisierte Demokratie. Darunter ist folglich kein Demokratietypus, sondern ein bestimmter Blickwinkel zu verstehen, der unter dem Gesichtspunkt der Digitalisierung den Zusammenhang von Demokratie und Verbreitungsmedien ins Zentrum rückt. Zu klären ist nun, wie sich mediatisierte Demokratie als Konstellation verstanden, untersuchen lässt. Dieser Beitrag stellt einige Bausteine für ein solches Projekt vor. Den Anfang macht ein Beispiel: Benedict Andersons »*Imagined Communities*« (1983)

demonstriert, wie man den Zusammenhang zwischen Buchdruck, Demos und demokratischem Nationalstaat erzählen kann. Der darauffolgende dritte Abschnitt skizziert einen gesellschaftswissenschaftlichen Technikbegriff, der auf ein Denken in alternativen Entwicklungsoptionen abzielt und zugleich deren welterschließende Performativität betont. Daran schließt sich im Abschnitt vier eine knappe Rekonstruktion des Internets als eine unwahrscheinliche Variante des Datennetzes an, deren Durchsetzung sich erst vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Strukturwandels erklärt. Der fünfte Abschnitt schließlich zielt darauf, digitalen und demokratischen Wandel exemplarisch zusammenzuführen. Den Ausgangspunkt hierfür bildet die verbreitete Beobachtung einer Erosion repräsentativer Institutionen. Einige ihrer Erscheinungsformen werden im Kontext des digitalen Möglichkeitsraums betrachtet. Die zugrundeliegende These dieses Versuchs lautet, dass der Wandel der Institutionen und Praktiken der repräsentativen Demokratie die gegenwärtige Ausprägung und Nutzung digitaler Medien erst plausibel macht. Umgekehrt transformiert die Etablierung digitaler Medien den Erwartungshorizont demokratischer Organisationsformen.

2. Benedict Andersons »Vorgestellte Gemeinschaften« als Modellfall

Auf der Suche nach einer Erklärung für die Entstehung von Nationalismus erzählt Benedict Andersons »Imagined Communities« (1983) eine detaillierte Geschichte, die vom Buchdruck, von Säkularisierung, von Sprachgemeinschaften wie auch vom Kapital des Verlegers handelt. Anderson rekonstruiert hier eine Konstellation, die er als »print capitalism« bezeichnet. »Print capitalism« besteht im Zusammentreffen von mehreren Entwicklungen, die zusammen erst die Voraussetzung für die Formierung »vorgestellter Gemeinschaften« bilden. Dazu gehört die Technik des Buchdrucks, der wir die Entstehung von Tageszeitungen verdanken. Diese Textform ist ohne den Prozess der Säkularisierung, die allmähliche Auflösung der »religiös-politischen Einheitswelt« (Böckenförde 1976, 44) zugunsten einer eigenständigen politischen Ordnung nicht vorstellbar (man hätte es ja auch beim Drucken religiöser Schriften belassen können). Eine Rolle spielt ferner die Vereinheitlichung lokaler Sprachen, die erst einen Markt für die professionelle Nachrichtenproduktion schafft. Die Herausbildung einer geographisch ausgedehnten öffentlichen Sphäre wird durch die Drucktechnik ermöglicht, kann jedoch ausdrücklich nicht auf diese reduziert werden. Vielmehr verbindet sich in der öffentlichen Sphäre eine Verbreitungstechnik mit einem kapitalistischen Wirtschaftsmodell wie auch der massenzeremoniellen Praxis des gleichzeitigen morgendlichen Zeitungslesens:

»[...] the newspaper reader, observing exact replicas of his own paper being consumed by his subway, barbershop, or residential neighbours, is continually reassured that the imagined world is visibly rooted in everyday life. [...] fiction seeps quietly and continuously into reality, creating that remarkable confidence of community in anonymity which is the hallmark of modern nations« (Anderson 1983, 35).

Der Zeitungsmarkt trug, wie Couldry und Hepp (2017, 43) es formulieren, zum »thickening« nationaler Kommunikationsräume und der Bildung nationaler Gemeinschaften bei. Der Demos und sein demokratisches Institutionengefüge, so lässt sich daraus schließen, entwickeln sich in engem Zusammenhang mit den Kommunikationsmedien. Kommunikationsmedien sind repräsentativen Demokratien also nicht äußerlich oder vorgelagert, sondern sie sind durch einen ko-evolutiönen Prozess der wechselseitigen Ermöglichung miteinander verbunden. Medien schaffen die Voraussetzungen für demokratische Willensbildung, und die demokratische Praxis beeinflusst zugleich die Ausprägung von Formaten der politischen Berichterstattung.

Diese Sichtweise unterscheidet sich von der normativen Perspektive, die Habermas (1990 [1962]) in Bezug auf den »Strukturwandel der Öffentlichkeit« entwickelt. Ausgangspunkt bei Habermas ist das Potential der politischen Öffentlichkeit zur »gesellschaftlichen Selbstorganisation«, dessen Realisierung sich bewerten lässt nach den »Zugangschancen zur öffentlichen Kommunikation« (1990 [1962], 28) und dem Maße der »kritischen Publizität« (1990 [1962], 32), die es dem Spektrum der informellen Meinungen in der Gesellschaft gewährt. Demnach bilden die modernen Massenmedien eine kommunikative Infrastruktur, die den Zugang zum öffentlichen Raum begrenzt und zugleich so vermaчетet, dass es dem Vernunftpotential, das dem »Prinzip der Publizität« innewohnt, »seine Unschuld raubt(e)« (1990 [1962], 28). Die selektive, wirklichkeitsformende Macht der Medien soll hier gar nicht bestritten werden, im Gegenteil. Es geht vielmehr darum, die Kontingenz dieser Entwicklung mit Blick auf die Medien selbst zu betonen – nicht zuletzt, um das demokratische Potential in der Formierung der Medien zu entdecken.

Anderson wie auch Habermas demonstrieren in unterschiedlicher Weise, wie die Rolle von Medien, eingebettet in die Rekonstruktion von langfristigen gesellschaftlichen Transformationsprozessen, untersucht werden kann. Wesentlich für das hier vorgestellte Konzept der mediatisierten Demokratie ist die Akzentuierung der ermöglichen und performativen Funktion von Medientechnologien, die ihre konkrete Form jedoch erst im Kontext spezifischer gesellschaftlicher Praktiken, Werthaltungen und wirtschaftlichen Produktionsformen gewinnen. Für die Untersuchung der aktuellen Konstellation von Digitalisierung und Demokratie bedarf es meines Erachtens eines konzeptionellen Ausbuchstabierens des unterliegenden Begriffs der Medientechnologien.

3. Technik, Medien und Gesellschaft als Ermöglichungsverhältnis

Die politikwissenschaftliche Diskussion über Digitalisierung erzeugt nicht selten unfreiwillige »black boxing« Effekte, die den Beitrag digitaler Techniken zum Wandel der Politik eher unterstellen als reflektieren. Für eine angemessene Konzeptualisierung des Digitalen in der Politik ist es aber unabdingbar, den Begriff des Technischen selbst gesellschaftswissenschaftlich aufzuschließen, das heißt, als sozial konstituiertes wie auch historisch wandelbares Phänomen zu behandeln.

Der Techniksoziologe Rammert (2016) unterscheidet drei (bis heute) koexistierende Schulen der sozialwissenschaftlichen Technikforschung. Charakteristisch für das *technikdeterministische Paradigma* ist die Vorstellung von Technik als autonome und im Verhältnis zur Gesellschaft dominante Kraft, die ihren eigenen Gesetzen und Entwicklungslogiken folgt. Der öffentliche Diskurs über Internet und Digitalisierung spiegelt überwiegend dieses technikdeterministische Verständnis wider. Der *sozialkonstruktivistische Ansatz* kehrt diese Forschungsperspektive um und konzipiert Technikentwicklung als Resultat gesellschaftlicher und kultureller Einflüsse. Der *pragmatistische Ansatz*, der auf den Philosophen John Dewey zurückgeht, wendet sich gegen ein duales Verständnis von Technik und Gesellschaft, wie es die anderen beiden Schulen kennzeichnet. Er strebt eine symmetrische Vorgehensweise an, die weder die Rolle der Technik noch die der Gesellschaft in den Vordergrund stellt, sondern den Fokus stattdessen auf gesellschaftliche Ordnungsbildung richtet. Im Sinne einer »verteilten Handlungsträgerschaft« (Rammert/Schulz-Schaeffer 2002) fragt diese Lesart nach den jeweiligen Beiträgen von technischen Objekten, Regeln, Verfahren, Akteuren und Handlungsstrategien zu gesellschaftlichen Ordnungsprozessen. Bruno Latour (1991) hat diese Forschungslinie mit der Formel »Technology is society made durable« auf den Begriff gebracht. Der pragmatistische Ansatz interessiert sich für die »Materialität« seiner Untersuchungsgegenstände, indem er den Blick auf die erwarteten Eigenschaften von Objekten und Verfahren, ihre sogenannte »Affordanz« lenkt.³ Solche Funktionalitäten und ihre Grenzen werden der pragmatistischen Theorie zufolge in Forschungs- und Entwicklungsumgebungen wie auch alltäglichen Nutzungskontexten experimentell erkundet. Indem das technisch Machbare und sozial Wünschbare in »trial and error« Verfahren ausgetestet werden, stabilisieren sich Technologien in spezifischen gesellschaftlichen Bezügen.

Die neuere Technikphilosophie akzentuiert gegenüber der Techniksoziologie die Bedeutung des Technischen für die sinnhafte Erschließung von Wirklichkeit.

³ Der auf James Gibson (1979) zurückgehende Begriff der Affordanz lässt sich als funktionaler Möglichkeitsraum von Technologien verstehen (vgl. dazu auch Faraj und Azad 2012).

Im Anschluss an den Philosophen Don Ihde (1990) werden Technologien als Medien, das heißt als vermittelnde Instanzen zwischen Menschen und der Welt verstanden: »technological mediation is part of the human condition – we cannot be human without technologies« (Verbeek 2015, 30). Medien sind demnach nicht als neutraler Übertragungskanal aufzufassen, sondern als ein begrenzter, Handlungsoptionen bereitstellender Möglichkeitsraum. Wie die jüngere Mediatisierungsforschung in der Kommunikationswissenschaft (vgl. dazu etwa Couldry und Hepp 2017), betont die neuere Technikphilosophie die Verwobenheit von gesellschaftlichem und medialem Wandel. Im Unterschied zum Medienbegriff der Kommunikationswissenschaft⁴, der eher dinglich und an den Erscheinungsformen moderner Massenmedien orientiert ist, stützt sich die neuere Technikphilosophie unter anderem auf die von Niklas Luhmann (1998, im Anschluss an Fritz Heider) vorgeschlagene Unterscheidung von Medium und Form. Demnach begegnen uns Medien wie die Sprache, die Schrift oder der Buchdruck als temporäre Formen, die auf kontingente, im Prinzip also auch anders vorstellbare Selektionsentscheidungen zurückgehen. Das Medium selbst steht für das gesamte Reservoir an möglichen Formen, dessen Grenzen jedoch unsichtbar bleiben. Im Gebrauch befindliche Techniken verwirklichen in diesem Sinne Möglichkeiten.⁵

Der Zugriff auf Technik als verteilte Handlungsträgerschaft und weltstrukturierendes Medium bietet einen doppelten analytischen Gewinn für die Untersuchung des Verhältnisses von Digitalisierung und Demokratie. Der erste Gewinn besteht in der Hervorhebung der Kontingenz und Veränderlichkeit des Technischen. »Der mediale Blick ist ein Blick, der Alternativen kreiert«, wie Baecker (2018, 22) schreibt. Damit wirft er die Frage nach den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen auf, die spezifische Technikentwicklungen erst möglich und nachvollziehbar machen. Der zweite analytische Gewinn besteht in der Betonung der Performativität des Technischen. Wie insbesondere die Technikphilosophie betont, strukturieren Technologien menschliche Welt- und Selbstverhältnisse. Über die »Erfahrung des Gelingens und Misslingens, befriedigter oder enttäuschter Erwartung« (Hubig 2006, 31) stellen sich Weltbezüge her, die individuell wie auch kollektiv als generalisierte »Rahmenkonzepte« über die Welt und ihrer Gestaltungsmöglichkeiten repräsentiert werden (vgl. zur politischen Dimension Seibel 2016).

4 Der an Massenmedien orientierte Medienbegriff der Kommunikationswissenschaft erlaubt es, von einer zunehmenden Mediatisierung von Gesellschaft und Politik zu sprechen, der technikphilosophische Zugriff kennt dagegen nur unterschiedliche Modi der Mediatisierung.

5 So ist der Satz als spezifische temporäre Form wahrnehmbar, die Sprache als Medium für die Bildung von Sätzen dagegen nicht. Im Vordergrund von Technik steht zumeist die Realisierung spezifischer Zwecke und die Erfahrung des Funktionierens, wie Nassehi (2019) betont. Auf der Hinterbühne geht es jedoch um weit mehr, wie Hubig (2013, 119) gezeigt hat: Technik sichert nämlich zugleich die Bedingungen für die »Realisierung von Zwecken qua Wiederholbarkeit, Planbarkeit, Antizipierbarkeit«.

Es sind Hubig (2006, 159) zufolge vor allem die »gelingende[n] technische[n] Handlungszusammenhänge«, die zu Schlüsselbildern für gesellschaftliche Epochenbeschreibungen und hegemonialen Selbstverhältnissen avancieren. Die »digitale Gesellschaft« ist ein aktuelles Beispiel für ein solche Weltbezüge herstellendes Schlüsselbild. Festzuhalten ist, dass Kommunikationsmedien keine unabhängigen Treiber gesellschaftlichen Wandels darstellen, sondern einen strukturierten Möglichkeitsraum (Hubig 2006, 143), der ein breites Spektrum technischer Formationen erzeugen kann.

4. Alternative Datennetze

Luhmanns Medium/Form-Unterscheidung öffnet ein konzeptionelles Fenster auf die kontingente Entwicklung digitaler Technologien. Auch wenn sich das digitale Medium selbst nur schwer erfassen lässt (siehe aber Kaufmann/Jeandesboz 2017), kann man doch die Entstehung spezifischer Formen rekonstruieren, etwa anhand von Konflikten über unterschiedliche Nutzungsszenarien, technische Spezifikationen oder auch regulatorischen Anforderungen. In seinem Artikel »The Contingent Internet« schlägt Clark (2016) vor, die Geschichte des Datennetzes als eine Reihe von Weggabelungen zu rekonstruieren, die jeweils die Möglichkeit für eine andere Zukunft der digitalen Vernetzung boten. Tatsächlich ging dem Internet eine babylonische Vielfalt von Netzarchitekturen voraus, die durch unterschiedliche Zielsetzungen und Problembeschreibungen charakterisiert war. Erst Ende der 1980er Jahre schälten sich dann zwei konkurrierende »conceptions of how to build a computer network« (Clark 2016, 9) heraus.

Der Wettbewerb unter den Datennetzarchitekturen war vielschichtig. Es war eine Auseinandersetzung zwischen den ingenieurwissenschaftlichen Axiomen von Fernmeldetechnik und Informatik, ein Kampf um Marktanteile zwischen der jungen IT- und der tradierten Telekommunikationsindustrie, aber auch um unterschiedliche Visionen des guten Datennetzes (Abbate 1999). Dem Modell der universellen Turing-Maschine folgend, favorisierte die Computerindustrie eine Netzarchitektur, die sich darauf beschränkt, Netzknoten miteinander zu verbinden und den Datentransport zwischen diesen zu ermöglichen. Die Vision bestand in einem *Internet*, das heißt einem Netz der Netze für alle gewünschten Anwendungen, allerdings ohne eine von diesen zu privilegieren. Das Gegenmodell des öffentlichen Computernetzes orientierte sich an den staatlich betriebenen, national ausgelegten Kommunikationsinfrastrukturen, die jedem Bürger einen Netzanschluss zu gleichen Bedingungen zusicherten, aber zugleich hierarchisch kontrollierten, wie und von wem die Netzinfrastruktur genutzt werden kann. Das französische »Minitel« oder der weitgehend in Vergessenheit geratene deutsche »Bildschirmtext« (BTX) überführten diese Tradition in das digitale Zeitalter. Nach dem Vorbild

der Telefonnetze wurden zentral gesteuerte Netze mit sogenannten »dummen Terminals« an den Endpunkten für die BürgerInnen entwickelt, die als »Teleleser« öffentlich lizenzierte Informationsdienste abrufen oder auch elektronisch einkaufen können sollten. Angesichts der politischen Autorität der nationalen Postbehörden erschienen die staatlichen Computernetze als die aussichtsreichen Gewinner des Wettbewerbs um die gute Netzarchitektur. Selbst in den USA galt das Internet als bloßes Spielzeug, das früher oder später von »the real thing« abgelöst werden würde (Clark 2018, 24; DeNardis 2009).

Der Umstand, dass es eine ernstzunehmende Alternative zum Internet gab, exemplifiziert Luhmanns Unterscheidung zwischen Medium und Form. Das digitale Medium kann nicht nur kategorial unterschiedliche Daten netze generieren, die Auseinandersetzung darüber hält auch bis heute an, wie etwa die Konflikte um das Prinzip der Netzneutralität oder um digitale Plattformen zeigen. Der radikale Wandel der sozialen Netzwerke im letzten Jahrzehnt (Ellison/Boyd 2013) erscheint nämlich nur im Rückblick als linear. Er kann gleichermaßen als kontingente Selektionsentscheidungen zwischen vielen anderen möglichen Formen gelesen werden. Die prinzipielle Entwicklungsoffenheit des Internet und seiner Kommunikationsdienste wirft freilich die Frage nach der gesellschaftlichen Konstellation auf, in der diese teils überraschenden Selektionsvorgänge überhaupt plausibel werden konnten. Oder anders in den Worten von Nassehi formuliert, »wie konnte eine Technik, die ganz offenkundig nicht dafür entwickelt worden ist, was sie derzeit tut, in so radikal kurzer Zeit so erfolgreich werden?« (2019, 16).

5. Das Internet, ein Kind der Spätmoderne

Die Entwicklung von Daten netzen fiel in eine Zeit kultureller, wirtschaftlicher, politischer wie auch kommunikationstechnischer Umbrüche. In der Gesellschaftstheorie ist der mit dem Ende der Nachkriegszeit beginnende Strukturwandel unter Begriffen wie »late modernity« (Giddens 1991), »postmodern conditions« (Lyotard 1979) oder als »Ende der organisierten Moderne« (Wagner 2008) beschrieben worden. Der Begriff der »organisierten Moderne« betont die Bedeutung von Klassen, sozialen Milieus, ihren korrespondierenden politischen Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und einem hierarchisch-fürsorglichem Staat. Das öffentliche Daten netz mit seinen vorgegebenen Nutzungsszenarien lässt sich als netzarchitektonischer Ausdruck dieses paternalistischen Staatsverständnisses interpretieren. Das Internet entwickelte sich demgegenüber zu einem Experimentierfeld für den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Aufbruch, der die Spätmoderne einleitete. Die Entdeckung kultureller Vielfalt, die Individualisierung der Lebensentwürfe, soziale Protestbewegungen, aber auch die Internationalisierung von Märkten entzogen der organisierten Moderne ihre Legitimation und weckten den Wunsch

nach lebbaren Gegenmodellen. Selbst auf der Ebene der Netzentwicklung schlug sich der gesellschaftliche Umbruch als Identitätskonflikt zwischen den konkurrierenden Standardisierungsorganisationen nieder. In Abgrenzung zur International Telecommunication Union (ITU), einer UN Unterorganisation, die für die Normsetzung in der Telekommunikation zuständig ist, formulierte die Internet Engineering Task Force 1992 ihr zentrales Credo: »We reject: kings, presidents, and voting. We believe in: rough consensus and running code« (zum Kontext vgl. DeNardis 2009, 47).

Die hierarchisch-steuernde öffentliche Hand trat zurück hinter das neoliberalen Ideal eines ermöglichen und vermittelnden Staates, der Teile seiner Verantwortung an Markt und Gesellschaft abtritt. Öffentliche Infrastrukturen und ihre Organisationsprinzipien gerieten darüber unter Privatisierungsdruck. Die Liberalisierung der Telekommunikation ab Ende der 1980er Jahre zeigt den Bezug zwischen dem gesellschaftlichen Strukturwandel und der Formierung des Internet besonders deutlich. Mit dem Ende des staatlichen Telefonmonopols und der Entstehung eines Marktes für digitale Kommunikationsdienste änderten sich die Akteure und Bewertungsmaßstäbe für Datennetze. Die ersten Nutzergenerationen feierten die neuen Freiheitsgrade, die das als »weltumspannend« empfundene Internet im Vergleich zu herkömmlichen Kommunikationsinfrastrukturen bot.

Auch die frühe akademische Literatur porträtierte das Internet als Vorläufer einer post-nationalen gesellschaftlichen Ordnung, die durch technischen Code, Dezentralisierung und »bottom-up consensus« geprägt sein würde. Dem libertären Zeitgeist folgend vereinnahmte dieser Diskurs das Internet »[for] a set of political projects that both precede the design of the Internet, draw on it for justification, and carry it forward« (Gillespie 2006, 452). Als wichtiger Beleg dafür galten die architektonischen Prinzipien des Netzes, die in eine gesellschaftspolitische Sprache der Liberalisierung und Dezentralisierung übersetzt wurden. Vor allem dem »end-to-end principle« wurde eine »aura of populist participation, democratic egalitarianism, openness« zugeschrieben (Gillespie 2006, 445). Im Rahmen der »new economy« avancierte das Netz zum Prototyp für vernetzte Formen ökonomischer Organisation, die bürokratischen Hierarchien den Kampfansagen und das risikofreudige Unternehmertum befreien würden. Der Traum handelte, so Turner (2006, 204) »of building companies around networked computers [...]: to marry the competitive demands of business with the desire for personal satisfaction and democratic participation; to achieve productive coordination without top-down control«.

In architektonischer wie auch semantischer Hinsicht stellt das Internet eine spezifische Form des Datennetzes dar, zu dem es Alternativen gab. Technisch wie politisch, ökonomisch wie kulturell symbolisierte es zunächst das Gegenmodell zu einem staatlichen Kommunikationsnetz, um dann zur Projektionsfläche für technolo-libertäre Gesellschaftsvorstellungen zu werden. Bis heute reagiert die digitale Infrastruktur auf den Wandel kultureller und politischer Strömungen und schreibt

diese in selektiver Weise als Affordanzen in die verschiedenen Funktionsschichten des Netzes ein. Als Rahmenbedingungen prägen diese dann in einem Hubigschen Sinne unsere Weltverhältnisse. Im folgenden Abschnitt geht es nun darum, den Zusammenhang zwischen dem Wandel demokratischer Praktiken und den digitalen Medien exemplarisch auszuleuchten.

6. Mediatisierte Demokratie im digitalen Möglichkeitsraum

Kommunikationsmedien als Möglichkeitsraum verstanden, die den demokratischen Wandel nicht determinieren, sondern sich ihm als (wenn auch begrenztes) Potential anbieten, lenken den Blick auf die politische Aneignung und Prägung digitaler Dienste im Sinne einer verteilten Handlungsträgerschaft. Die Erfahrung der Digitalisierung fließt seit einiger Zeit in sozialwissenschaftliche Epochenerzählungen ein, an die hier angeknüpft werden kann.

So spannt Reckwitz (2008, 168) einen Bogen von medialen Transformationen (Buchdruck, audiovisuelle Medien, Computer) zum Wandel von Subjektformationen. Mediale Praktiken bilden in diesem Verständnis »Übungsräume«, in denen sich Subjektformen ausbilden. Kennzeichnend für das postmoderne Subjekt der Gegenwart ist der »Optionalitätshabitus«, in dem das Subjekt sich selbst wie auch seine Umwelt als Gegenstand von Entscheidungen wahrnimmt (Reckwitz 2008, 173). Baecker (2018, 10f.) differenziert zwischen vier Medienepochen (Sprache, Schrift, Bruchdruck, elektronische Medien) und ordnet diesen jeweils neue Möglichkeiten sinnhaften Handelns, eine damit verbundene gesteigerte Kontingenz und daraus erwachsende gesellschaftliche Überforderungen zu, die dann jeweils durch Strukturwandel zu bewältigen sind. Eine Ausdehnung des politischen Handlungskanons im digitalen Kommunikationsraum, die als Herausforderung, wenn nicht Unterwanderung demokratischer Institutionen begriffen wird, kann man derzeit vielfach beobachten (Bennett/Pfetsch 2018; Ercan et al. 2019). Keane (2013, 78) schließlich lotet Verwandtschaften zwischen Kommunikationsmodi und Demokratietypen aus. Demnach formiert sich die repräsentative Demokratie des 18. Jahrhunderts in der Ära des Buchdrucks und stürzt anschließend mit dem Aufkommen der Rundfunkmedien in eine Krise. Die Gegenwartsdemokratie schließlich sei »tied closely to the growth of multimedia-saturated societies, whose structures of power are continuously questioned by a multitude of monitory or «watchdog» mechanisms operating within a new media galaxy defined by the ethos of communicative abundance« (ebd.). Keane (2013, 79) leitet daraus einen politischen Gezeitenwechsel ab, nämlich den Abschied von der repräsentativen Demokratie zugunsten einer neuen Form der »monitory democracy«.

Implizit angelegt in solchen Narrativen ist der Gedanke, dass die Beziehung zwischen Kommunikationsmedien und gesellschaftlich-politischen Formationen

ein sich wechselseitig konstituierendes Ermöglichungsverhältnis darstellt. Diese auch bei Anderson (1983) schon vorhandene Idee bildet den konzeptionellen Hintergrund, vor dem die Bezüge zwischen Medien- und Demokratiewandel untersucht werden können, ohne die Kontingenz dieser Konstellation aus den Augen zu verlieren.

Dass die westlichen Demokratien einen anhaltenden Transformationsprozess durchlaufen, ist vielfach beschrieben worden (Dormal 2019). Wesentliche Merkmale bestehen in dem Bedeutungsverlust von Volksparteien und anderen intermedialen Organisationen sowie dem erodierenden Vertrauen in die Institution des Parlaments. Die Umstellung von Vertrauen auf Misstrauen im Verhältnis von WählerInnen und Gewählten hat Rosanallon (2008) mit dem Begriff der Gegendemokratie und Keane (2013) als »monitory democracy« beschrieben. An die Stelle des vertrauenden »voter citizens« tritt der »vigilant citizen« (Rosanallon 2008, 41), ein »nay sayer« (a.a.O. 123), der sich vorwiegend durch politischen Protest bemerkbar macht. Beide Autoren leiten aus diesem Befund einen Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre ab (zu den Unterschieden, vgl. Heidenreich 2016, 62). Diese verwandelt sich in einen Raum, in dem sich das Misstrauen gegenüber der Politik als Beobachten, Bewerten, Kontrollieren und Skandalisieren politischer Akteure artikuliert. Die generalisierte Widerspruchshaltung manifestiert sich wiederum in neuen Organisations- und Partizipationsweisen, die entweder als zunehmender »Formenpluralismus« der repräsentativen Demokratie (Kersten 2017, 155) bzw. als »multiple Demokratie« (Nolte 2011) oder als demokratischer Verfall und autokratisches Risiko interpretiert werden (Huq/Ginsburg 2018). In jedem Fall aber scheint die »Last der demokratischen Legitimation« derzeit umverteilt zu werden zugunsten einer »post-repräsentativen Dimension« in der politischen Willensbildung (Nolte 2010, 10f.).

Hervorhebenswert an den hier vorgestellten Diagnosen zur Transformation der Demokratie ist, dass sie sich überwiegend auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen berufen, während dem medialen Wandel eher eine Statistenrolle zugewiesen wird. Digitale Technologien erscheinen hier weniger als Treiber, denn als Ausdrucksmittel veränderter Kommunikations- und Handlungsformen. Die These der mediatisierten Demokratie konzipiert digitale Medien demgegenüber als Möglichkeitsraum, dessen Erkundung neue Potentiale demokratischer Organisation experimentell erschließt (Lamla 2013, 351). Der Formwandel der Demokratie erweist sich aus dieser Perspektive als wichtiger Richtungsgeber, der sich in Form von Erfahrungen, Zielen und Erwartungen im Umgang mit digitalen Diensten zur Geltung bringt. In diesem Sinne reflektiert etwa die Entstehung der »mass self-communication« (Castells 2009), die für die demokratische Praxis derzeit wohl wichtigste technisch-soziale Innovation, sowohl die materiellen Eigenschaften des digitalen Mediums als auch die Transformation der repräsentativen Demokratie

und ihre Auswirkungen auf die öffentliche Sphäre.⁶ Die politische Bedeutung sozialer Netzwerke wie Twitter ist ohne die Entfaltung post-repräsentativer Beteiligungsformen kaum nachvollziehbar.

Die digitalen Medien bieten sich den Kräften des demokratischen Formwandels als Ressourcen an, mit der Folge, dass sich der Demos, seine Ausdrucksformen und Kommunikationsräume ändern. Während die Massenmedien ein überwiegend passives Publikum adressierten, kalkulieren digitale Medien nicht nur mit einer aktiven Öffentlichkeit, sondern transformieren die nutzergenerierten Inhalte in ein lukratives Wirtschaftsgut. Im Unterschied zum analogen Medienkonsum, der sich auf bestimmte Situationen und Orte konzentrierte (das morgendliche Zeitungslesen, das abendliche Nachrichtengucken), durchzieht die digitale Kommunikation, den gesamten Alltag. Das dieserart digitalisierte Publikum trägt so beständig zur Verbreitung, Gewichtung und Verknüpfung von Informationen aller Art bei und betätigt sich im Nebengeschäft als Ko-Produzent der digitalen Informationsordnung (Ingold 2017, 511). Die massenmedial konstituierte Unterscheidung zwischen Produktion und Rezeption politischer Inhalte verliert damit ihre einst-mals scharfen Konturen. Das Publikum beteiligt sich heute an der Herstellung des situativ erzeugten, semi-personalisierten Nachrichtenstroms, den es konsumiert.

Wenn sich aber demokratische Öffentlichkeiten zunehmend ausdifferenzieren und »verallgemeinerungsfähige Bezugspunkte« (Ingold 2017, 524) des öffentlichen Diskurses unwahrscheinlicher werden, ändern sich die Bedingungen öffentlicher Meinungsbildung und politischer Repräsentation. Die pluralisierten Öffentlichkeiten sind nicht länger kongruent mit dem nationalen Demos. Die entstehenden »patchworks of personal publics« (Bruns/Highfield 2015, 63) legen die Vermutung nahe, dass Andersons »imagined communities« (1983), die sich mit dem Zeitungswesen einstmals etablierten, mit den neuen Mediengenerationen ihren fiktiven Zusammenhalt wieder verlieren.

Auch das demokratische Engagement unterliegt einem Wandel der Organisationsformen⁷. Als Antwort auf den schleichenden Niedergang von Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaften registrieren Chadwick und Stromer-Galley (2016, 284) eine zunehmende Nutzung digitaler Medien im Dienste von »organizational experimentation and a party-as-movement mentality«. So probieren sich derzeit viele europäische Parteien an neuen Integrationsformen auch unterhalb der Mitgliedschaftsschwelle aus, in dem etwa die Wahl von Führungspositionen oder die Entwicklung von Parteiprogrammen für Nichtmitglieder geöffnet wird. Die Gründung neuer Parteien folgt ebenfalls dieser Tendenz. Häufig präsentieren sich diese quer zu alten Konfliktlinien oder »cleavages« und rekrutieren, zentriert um charismatische Führungsfiguren und angelehnt an die Organisationsstrukturen sozia-

⁶ Vergleiche dazu den Beitrag von Pfetsch, Heft und Knüpfer in diesem Band.

⁷ Vergleiche dazu die Beiträge von Kersting und Baringhorst in diesem Band.

ler Netzwerke, »follower« statt stimmberechtigter Mitglieder (Dormal 2018, 100; Diehl 2018). Vor allem Parteien des linken Spektrums erkunden das Potential digitaler Technologien für die Schaffung basisdemokratischer Entscheidungsstrukturen. Spezielle digitale Plattformen entwickeln sich zu »Betriebssystemen« nachbürokratischer Parteiorganisation, die auf flache Hierarchien, Transparenz und den direkten Einfluss ihrer Anhänger zielen (Bennett et al. 2018, 1667). Zwar kann man nicht wissen, ob der »platform party« (Gerbaudo 2019) langfristig Erfolg beschieden ist, gleichwohl lässt sich der unübersehbare organisatorische Wandel in der europäischen Parteienlandschaft zumindest als vorläufiges Zwischenergebnis einer spezifischen politisch-medialen Konstellation interpretieren: Die Krise der repräsentativen Demokratie trifft auf die Möglichkeiten des digitalen Mediums mit dem Effekt, dass sich beide wechselseitig prägen.

An die Stelle des organisationsbasierten Engagements treten in der jungen Generation vermehrt themenspezifische Formen politischer Beteiligung. Digitale Medien reduzieren die notwendigen Ressourcen für kollektives Handeln und vergrößern so das Spektrum möglicher politischer Organisationsformen (Bimber 2016, 5). Kollektives Handeln durch Organisationen wird durch »connective action« ersetzt, ein digital vermittelter Handlungstyp der Spätmoderne »in which formal organizations are losing their grip on individuals, and group ties are being replaced by large-scale, fluid social networks« (Bennett/Segerberg 2012, 748). Aktuelle politische Bewegungen wie etwa »Extinction Rebellion«, »Fridays for Future« oder »Sea Watch« beeindrucken durch ihr schnelles internationales Wachstum und den im Verhältnis dazu geringen Organisationsgrad. Bezeichnend für die neuen »Kollektive ohne Zentrum« (Horn 2009) ist die Unvorhersagbarkeit ihrer Mobilisierung, häufig allerdings auch die Kurzlebigkeit ihres Daseins. Digitale Bewegungen, Schwärme und Netzwerke unterscheiden sich voneinander durch spezifische Koordinationsmechanismen, die im Digitalen eine neue Wirkungsreichweite entfalten. Während Netzwerke über stabile Koordinationsstrukturen verfügen, beruhen Schwärme auf »Kollektivität in actu«, die Beziehungen zwischen den Beteiligten durch eine Praxis des »Affizierens« beständig herstellen müssen (Horn 2009, 16; Thacker 2004 referierend). In der Dringlichkeit, dem strikten Themen- und Gegenwartsbezug ihres Handelns liegt ihre Besonderheit, wohl aber auch ihre Schwäche. Wie Zuckerman feststellt, neigt »online civic engagement« derzeit zum Privilegieren von »attention over efficacy [which] disconnects between what's easy to accomplish online and how change unfolds in the world« (Zuckerman 2014, 153).

Chadwick und Stromer-Galley (2016, 286) zufolge besteht eine »elective affinity« zwischen digitalen Medien und neuen Formen der politischen Beteiligung. Digitales politisches Engagement »to go« verlangt den AktivistInnen weniger kollektive Identifikation ab und bietet mehr Raum für das Ausprobieren individueller Selbstwirksamkeit. Dies kommt einer Generation entgegen, die den individuellen Ausdruck politischen Handelns stärker betont als die vorangegangenen Generatio-

nen der Partei- und Verbändemitglieder (Bennett/Segerberg 2012, 743f.). Freilich wird den digitalen Beteiligungstools, Petitions- und Engagementplattformen der Vorwurf gemacht, sie senkten die Partizipationsschwellen und erhöhten die Unverbindlichkeit politischen Handelns bis zur Unkenntlichkeit. »Armchair activism« bzw. »Slacktivism« suggeriere politischen Einfluss nur noch, statt diesen zu herzustellen (Morozov 2009). Dem hält Margetts (2019, 108) entgegen, dass »tiny forms of participation« wie »following, liking, tweeting, retweeting« schlechterdings den kategorialen Unterschied erzeugen, den »social media have brought to the democratic landscape«. Die geringeren Beteiligungshürden, so ihr Argument, dehne den Kreis der Engagierten aus und berge die – wenngleich geringe – Chancen für die Entstehung großer politischer Bewegungen. Denn die winzigen Akte der Partizipation kommunizieren »signals of viability« an Dritte und verändern damit die Bedingungen für die Entstehung von sozialen Bewegungen (Margetts 2019, 111; siehe auch Zuckerman 2014).

7. Fazit

Unter dem Eindruck des digitalen Medienwandels ging dieser Beitrag der Frage nach, wie das Verhältnis zwischen Kommunikationsmedien und Demokratie angemessen konzeptualisiert werden kann. Der Vorschlag läuft auf eine zwischen Demokratietheorie, Technikphilosophie und Kommunikationswissenschaft angesiedelte Forschungsperspektive hinaus, die repräsentative Demokratien als mediatisierte Regierungssysteme versteht. Die These lautet, dass Demokratien notwendigerweise technisch vermittelt sind und sich daher grundlegende Veränderungen im Bereich der Kommunikationsmedien in der demokratischen Organisation und Praxis niederschlagen. Das Konzept der mediatisierten Demokratie, wie es hier entwickelt wurde, versteht Digitalisierung und Politik primär nicht als Kausalverhältnis, sondern als Konstellation oder Ermöglichungsverhältnis, in dem politisches Handeln und Kommunikationsdienste sich wechselseitig prägen und, wie im Falle der Digitalisierung, zu Epochenbeschreibungen aufsteigen. Die Herausforderung besteht darin, ein analytisches Instrumentarium zu entwickeln, das die Kontingenz und realitätsvermittelnde Performativität der Verbindung zwischen Medien und Politik erfassen kann. Die hier skizzierte Vorgehensweise stützt sich auf medientheoretische Ansätze, aber auch die dem Pragmatismus entlehnte Beobachtung, dass neue Technologien wie das Digitale als Nebeneffekt vieler gleichzeitig stattfindender alltäglicher Experimente institutionalisiert werden.

Der diagnostizierte Formwandel der Demokratie bildet den Hintergrund, vor dem sich dieses Kapitel der Rolle der digitalen Medien in der Politik nähert. Digitale Medien bilden demnach nicht die Ursache für die zunehmende Instabilität der repräsentativen Demokratie (Thaa/Volk 2018, 10), sondern das Reservoir oder

den Möglichkeitsraum zum Ausprobieren von gangbaren Alternativen. Die Ermüdungserscheinungen und Vertrauensverluste der Institutionen der repräsentativen Demokratie bewirken auch einen Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre. Im Kontext dieses Bedeutungswandels vollzieht sich die Transformation eines einst-mals passiven Rezipientenpublikums in eine diskursiv intervenierende Zivilgesellschaft. Diese Entwicklung allein oder vor allem anderen digitalen Technologien zuzuschreiben, wie das viele Beobachter tun, überschätzt meines Erachtens die Handlungsträgerschaft von Medien und unterschätzt zugleich den politischen Antrieb, der sich aus der nachlassenden Repräsentationsfähigkeit der Parteienland-schaft und ihrer Massenmedien ergibt. Digitale Medien lassen sich für traditio-nelles wie experimentelles politisches Engagement nutzen; eben deshalb können Innovationen im demokratischen Institutionengefüge nicht umstandslos mit dem Aufkommen digitaler Medien erklärt werden. Empirisch aufschlussreich scheint stattdessen die explorative Art und Weise, wie sich politisches Engagement digita-le Medien anverwandelt und sich in diesem Zuge selbst transformiert.

Das Experimentieren mit Alternativen zu etablierten demokratischen Repräsentations- und Partizipationsformen bleibt nicht folgenlos; es schafft im Koselleck'schen Sinne (2010) kollektive Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte, die durch spezifische Medienkonfiguration erlebt werden und an diese gebunden sind. Dieses Experimentieren manifestiert sich im Wandel politischer Organisations- und Partizipationsformen, aber möglicherweise auch in einem sich ändernden Verständnis von Demokratie selbst (siehe auch Lamla 2013). Gegenwärtig etwa wird demokratisches Engagement stärker mit Protest, mit Herstellung von Sichtbarkeit, das heißt mit »voice-as-democratic-participati-on« als mit Reflexion und kollektivem Entscheiden assoziiert, wie Ercan et al. (2019, 24) beobachten. Allgemeiner formuliert, lässt sich derzeit ein gestiegenes Bewusstsein für die Kontingenz und Veränderlichkeit demokratischer Verfahren und Praktiken beobachten. Diese Erfahrung von Instabilität vollzieht sich im Spiegel des digitalen Möglichkeitsraums, dessen Grenzen wir nicht kennen, aber erkunden können.

Literaturverzeichnis

- Abbate, Janet (1999): Inventing the Internet. Cambridge und London.
- Anderson, Benedict (1983): Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London und New York.
- Baecker, Dirk (2018): 4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt. Leipzig.
- Baringhorst, Sigurd (2019): Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Bewegun-gen – Annahmen, Befunde und Desiderata der Forschung. In: Hofmann, Jeanette et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 151–169.

- Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra (2012): The Logic of Connective Action. In: *Information, Communication & Society* 15 (5), S. 739–768.
- Bennett, W. Lance et al. (2018): The democratic interface: technology, political organization, and diverging patterns of electoral representation. In: *Information, Communication & Society* 21 (11), S. 1655–1680.
- Bennett, W. Lance/Pfetsch, Barbara (2018): Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres. In: *Journal of Communication* 68 (2), S. 243–253.
- Bimber, Bruce (2016): Three Prompts for Collective Action in the Context of Digital Media. In: *Political Communication* 34 (1), S. 6–20.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht. Frankfurt a.M.
- Bruns, Axel/Highfield, Tim (2015): Is Habermas on Twitter? Social media and the public sphere. In: Bruns et al. (Hg.): *The Routledge Companion to Social Media and Politics*. New York, S. 56–73.
- Castells, Manuel (2009): *Communication Power*. Oxford und New York.
- Chadwick, Andrew/Stromer-Galley, Jennifer (2016): Digital Media, Power, and Democracy in Parties and Election Campaigns: Party Decline or Party Renewal? In: *The International Journal of Press/Politics* 21 (3), S. 283–293.
- Clark, David (2016): The Contingent Internet. In: *Daedalus* 145 (1), S. 9–17.
- Clark, David (2018): Designing an Internet. Information policy series. Cambridge.
- Couldry, Nick/Hepp, Andreas (2017): *The Mediated Construction of Reality*. Cambridge.
- DeNardis, Laura (2009): Protocol politics. The globalization of Internet governance. Cambridge und London.
- Diehl, Paula (2018): Die 5-Sterne-Bewegung als Laboratorium neuer Tendenzen und ihre widersprüchlichen Repräsentationsbeziehungen. In: Thaa/Volk (Hg.): *Formwandel der Demokratie*. Baden-Baden, S. 129–154.
- Dormal, Michel (2018): Die öffentliche Meinung gibt es (immer noch) nicht. Eine Kritik an Pierre Rosanvallons und John Keanes öffentlichkeitszentrierten Formwandeltheorien. In: Thaa/Volk (Hg.): *Formwandel der Demokratie*. Baden-Baden, S. 81–98.
- Dormal, Michel (2019): Der Formwandel der Demokratie und die rechtspopulistische Regression. Wiesbaden.
- Ellison, Nicole B./Boyd, Danah (2013): Sociality Through Social Network Sites. In: Dutton (Hg.): *The Oxford Handbook of Internet Studies*. Oxford, S. 151–172.
- Ercan, Selen A./Hendriks, Carolyn M./Dryzek, John S. (2019): Public deliberation in an era of communicative plenty. In: *Policy & Politics* 47 (1), S. 19–36.
- Faraj, Samer/Azad, Bijan (2012): The Materiality of Technology: An Affordance Perspective. In: Leonardi et al. (Hg.): *Materiality and Organizing: Social Interaction in a Technological World*. Oxford, S. 237–258.

- Gerbaudo, Paolo (2019): The Digital Party: The Transformation of Political Organisation in the Era of Big Data. In: Chandler/Fuchs (Hg.): *Digital Objects, Digital Subjects. Interdisciplinary Perspectives on Capitalism, Labour and Politics in the Age of Big Data*. London, S. 187–198.
- Gibson, James J. (1979): The ecological approach to visual perception. Reading.
- Giddens, Anthony (1991): Modernity and Self-Identity. *Self and Society in the Late Modern Age*. Cambridge.
- Gillespie, Tarleton (2006): Engineering a Principle: ›End-to-End‹ in the Design of the Internet. In: *Social Studies of Science* 36 (3), S. 427–457.
- Habermas, Jürgen (1990 [1962]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Heidenreich, Felix (2016): Die Organisation des Politischen: Pierre Rosanvallons Begriff der »Gegen-Demokratie« und die Krise der Demokratie. In: ZPT_h – Zeitschrift für Politische Theorie 7 (1), S. 53–72. DOI: 10.3224/zpth.v7i1.06.
- Hofmann, Jeanette (2019): Mediated democracy – Linking digital technology to political agency. In: *Internet Policy Review* 8 (2), S. 1–18.
- Horn, Eva (2009): Schwärme – Kollektive ohne Zentrum. Einleitung. In: Horn/Gisi (Hg.): *Schwärme – Kollektive ohne Zentrum. Eine Wissensgeschichte zwischen Leben und Information*. Bielefeld, S. 7–26.
- Hubig, Christoph (2006): Die Kunst des Möglichen, Grundlinien einer Philosophie der Technik. Band 1: Philosophie als Reflexion der Medialität. Bielefeld.
- Hubig, Christoph (2013): Technik als Medium. In: Grunwald (Hg.): *Handbuch Technikethik*. Stuttgart, S. 118–123.
- Huq, Aziz Z./Ginsburg, Tom (2018): How to Lose a Constitutional Democracy. *UCLA Law Review* 78 (1), S. 78–169.
- Ihde, Don (1990): Technology and the lifeworld. Bloomington.
- Ingold, Albert (2017): Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten. In: *Der Staat* 56 (4), S. 491–533.
- Kaufmann, Mareile/Jeandesboz, Julien (2017): Politics and ›the digital‹: From singularity to specificity. In: *European Journal of Social Theory* 20 (3), S. 309–28.
- Keane, John (2013): Democracy and media decadence. Cambridge, New York.
- Kersten, Jens (2017): *Schwarmdemokratie*. Tübingen.
- Kersting, Norbert (2019): Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status Quo und Zukunft. In: Hofmann, Jeanette et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 105–121.
- Koselleck, Reinhart (2010): Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a.M.
- Lamla, Jörn (2013): Arenen des demokratischen Experimentalismus. Zur Konvergenz von nordamerikanischem und französischem Pragmatismus. In: *Berliner Journal für Soziologie* 23 (3–4), S. 345–65.

- Latour, Bruno (1991): Technology is society made durable. In: *The Sociological Review* 38 (1), S. 103–131.
- Luhmann, Niklas (1998): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Lyotard, Jean-François (1979): *The postmodern condition*. Minneapolis.
- Margetts, Helen (2019): Rethinking Democracy with Social Media. In: *The Political Quarterly* 90 (S1), S. 107–123.
- Morozov, Evgeny (2009): From slacktivism to activism. In: ForeignPolicy.com. URL: [https://foreignpolicy.com/2009/09/05/from-slacktivism-to-activism/\(13.08.2019\)](https://foreignpolicy.com/2009/09/05/from-slacktivism-to-activism/(13.08.2019)).
- Nassehi, Armin (2019): *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*. München.
- Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte 58 (1–2), S. 5–12.
- Pfetsch, Barbara/Heft, Annett/Knüpfer, Curd (2019): Transnationale Öffentlichkeiten in der Digitalen Gesellschaft: Konzepte und Forschungsperspektiven. In: Hofmann, Jeanette et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 83–101.
- Rammert, Werner/Schulz-Schaeffer, Ingo (2002): Können Maschinen handeln? Soziologische Beiträge zum Verhältnis von Mensch und Technik. Frankfurt a.M. und New York.
- Rammert, Werner (2016): *Technik – Handeln – Wissen. Zu einer pragmatistischen Technik- und Sozialtheorie*. Wiesbaden.
- Reckwitz, Andreas (2008): Medientransformation und Subjekttransformation. In: Reckwitz (Hg.) *Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kulturosoziologie*. Bielefeld, S. 159–176.
- Ritzi, Claudia (2019): Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: Hofmann, Jeanette et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 61–81.
- Rosanvallon, Pierre (2008): *Counter-Democracy. Politics in an age of distrust*. New York.
- Seibel, Benjamin (2016): *Cybernetic Government. Informationstechnologie und Regierungsrationale von 1943–1970*. Wiesbaden.
- Thaa, Winfried/Volk, Christian (2018): Einleitung. In: Thaa/Volk (Hg.): *Formwandel der Demokratie*. Baden-Baden, S. 9–26.
- Thiel, Thorsten (2019): Digitalisierung: Gefahr für die Demokratie? Ein Essay. In: *Politikum* 4 (3), S. 50–56.
- Turner, Fred (2006): From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism. Chicago.
- Verbeek, Peter-Paul (2015): Beyond Interaction. A Short Introduction to Mediation Theory. In: *Interactions* 22 (3), S. 26–31.
- Wagner, Peter (2008): *Modernity as Experience and Interpretation: A New Sociology of Modernity*. Cambridge.

Zuckerman, Ethan (2014): New Media, New Civics? In: Policy & Internet 6 (2), S. 151–168.

Souveränität: Dynamisierung und Kontestation in der digitalen Konstellation

Thorsten Thiel

1. Einleitung

Ein Artikel zu Souveränität, Staatlichkeit und digitaler Vernetzung muss – einem ungeschriebenen Gesetz zufolge – mit einem Zitat von John Perry Barlow beginnen. Dessen am 8. Februar 1996 in Davos verkündete »Declaration of the Independence of Cyberspace« hatte eine enorm debattenprägende Wirkung. Barlows donnerndes, an die – unterschiedslos als Tyranneien apostrophierten – Regierungen der Welt gerichtetes »You have no moral right to rule us nor do you possess any methods of enforcement we have true reason to fear« (Barlow 1996) setzte den Ton für eine Auseinandersetzung, die Souveränität unversöhnlich als territoriales und gewaltsames Prinzip gegen ein digitales, partizipatorisches und inklusives Gemeinwesen stellt. Eine Vorstellung, die heute noch wichtig ist, wenn auch nun der Kanon unserer Zeit lautet, dass man sich im ersten Abschnitt eines Textes zu Internet und Digitalisierung von den naiven Utopien zu verabschieden habe, die uns blind gemacht hätten für die gefährlichen Kräfte, die die digitale Vernetzung entfesseln.

Dass Souveränität noch einmal zu einem produktiven Konzept in der politischen Diskussion werden würde, war in den 1990er Jahren nicht mehr unbedingt zu erwarten. Die Betonung neuer Governance-Formen, von Globalisierung und Interdependenz verleitete auch ungeachtet der noch in einer frühen Phase befindlichen Durchdringung von digitaler Kommunikation und Gesellschaft zur Annahme, dass wir Zeugen einer Neuformierung von Politik würden, welche ohne den Staat – und damit auch ohne das Konzept der Souveränität – würde auskommen können. Heute wissen wir, dass dies mit Blick auf globale Politik, aber eben auch in Bezug auf die politische Ordnung der digitalen Konstellation, ein Fehlschluss war. Souveränität ist nicht verschwunden, sondern hat vielmehr enorm an Bedeutung gewonnen – und dies global, im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs, seitens sehr unterschiedlicher Akteure und in diversen Bezügen – von Cybersicherheit bis hin zu Verbrauchersouveränität.

Der vorliegende Beitrag soll den Bedeutungswandel des Souveränitätskonzepts für den Digitalisierungsdiskurs etwas weiter aufschlüsseln, indem gezeigt wird, mit welchen Gegenständen das Konzept in Verbindung gebracht wird und was zentrale Forschungsfragen sind. Hierfür geht er entlang dreier, sich oft überlappender, aber analytisch doch zu differenzierender Stränge der Souveränitätsdebatte vor: Debatten um Souveränität und Territorialität, Debatten um Souveränität und Herrschaftsansprüche und Debatten um Souveränität und demokratische Selbstbestimmung.¹ In diesem Durchgang zeigt sich, dass die performative Produktivität des Konzepts Souveränität einer Mischung aus begrifflicher Unschärfe und tiefer Ambivalenz entspringt, die Souveränität zu einer Projektionsfolie für sehr unterschiedlich aufgeladene Diskurse macht. In der engen Verzahnung von analytischen und normativen Aspekten, die fast alle Auseinandersetzungen mit dem Thema prägen, wird dieser Charakter von Souveränität als begrifflichem Anker deutlich – es zeigt sich, dass wer von Souveränität reden will, von Staatlichkeit wie Demokratie nicht schweigen sollte.

2. Souveränität und das Prinzip territorialer Staatlichkeit

Die Debatte um den Zusammenhang von Souveränität und Staatlichkeit bzw. die Auflösung von Territorialität, ist – wie ja bereits der Barlow-Verweis gezeigt hat – die Grundintuition der Auseinandersetzung in Bezug auf das Digitale. In ihr wird die an der Trias von Bevölkerung, Territorium und Staatsgewalt orientierte Souveränität mit der Netzwerk-Vorstellung eines globalen, orts- und grenzenlosen Austauschs kontrastiert. In letzterer soll Gewalt und Legitimität nicht mehr als monopolisierbares Gut gedacht werden, sondern Ordnung soll sich horizontal – und das meint: relational und dynamisch – vollziehen (zur ideengeschichtlichen Tradition dieser Entgegenseitung vgl. August 2018, zum Zusammenhang von Internet und Dezentralisierung vgl. Schrape 2019). Neben der Frage, welcher dieser Vorstellungen normativ höher zu bewerten sind, konzentrierte sich die Diskussion dabei zunächst lange auf den analytischen Gehalt dieser Unterscheidung, also auf die Frage, inwiefern eine vernetzte und eine territorial geordnete Welt tatsächlich unvereinbar sind. Die scheinbare Evidenz einer Unregierbarkeit des Digitalen (die klassische Position findet sich etwa bei: Johnson/Post 1996) erwies sich dabei schon

¹ Diese Einteilung unterscheidet sich leicht von anderen Aufsätzen, die das Thema Souveränität vor dem besonderen Kontext digitaler Vernetzung überblicksartig zu erschließen versuchen. Diese Ansätze verfahren meist chronologisch und bemühen sich um Phaseneinteilungen (Thiel 2014; Misterek 2017; Pohle/Thiel 2019). Die hier vorgeschlagene Darstellung ist näher an einer synchronen Ausarbeitung von Thematisierungsweisen wie sie etwa – wenn auch anders akzentuiert – von Couture/Toumin (2019) und Pohle (2019) vorgeschlagen wird.

früh als nicht haltbar, unter anderem weil Staaten vielfältige Möglichkeiten entdeckten, Recht durchzusetzen (Goldsmith/Wu 2006) und zunehmend technische Kontrolle über Infrastrukturen entwickelt und durchgesetzt haben (Deibert/Masaki 2012; DeNardis 2012).² Weder technische, noch rechtliche oder gesellschaftliche Hypothesen über die Unmöglichkeit das Digitale zu regieren, haben sich als haltbar erwiesen.³ Digitalität und Vernetzung bleiben zwar Herausforderungen für die regulatorische Praxis und Umsetzung von Politiken, doch es erwies sich als nicht haltbar, verschiedene Ontologien von Netzwerk und Staat anzunehmen.

Wenn es aber nicht länger die direkte Entgegenseitung von Netzwerk und staatlicher Souveränität ist, der das politikwissenschaftliche Interesse gelten sollte, wie anders lässt sich dann über die Wirkung des digitalen auf die territorialen Ordnungskapazitäten einer nationalstaatlichen Welt nachdenken. Zwei jüngere Forschungszweige lassen sich hervorheben, die sich weiterhin für das Wechselverhältnis territorial-staatlicher Ordnung und digitaler Netzwerke interessieren, aber das Thema anders und produktiver angehen.⁴

Zunächst sind hier diskursanalytische Arbeiten zu nennen, die sich nicht für die Möglichkeit des Staates (bzw. der Staaten) interessieren, das Internet zu regieren, sondern die auf die Art und Weise blicken, wie dieser Regierungsanspruch diskursiv umgesetzt wird. Gerade weil das Netzwerk im öffentlichen Diskurs lange als regierungsavers und fern von staatlichen Machtansprüchen begriffen wurde, bedarf es diskursiver Anstrengungen, um Souveränität im digitalen Raum zu plausibilisieren und zu legitimieren – und dies nochmal mehr, wenn damit eine neue Qualität der Beherrschung durch immer umfangreichere Kontrollmöglichkeiten einhergeht. Ein Bereich, der hier seit langem als besonders wichtig erkannt wurde,

2 Das heißt nicht, dass es nicht möglich wäre, die Position so weiterzuentwickeln, dass die Reibungspunkte von staatlicher Herrschaft und digitaler Vernetzung in ihrer normativen Widersprüchlichkeit und empirischen Schwierigkeit herausgearbeitet werden könnten. Für eine solche politisch gewendete und in ihrer Normativität reflektierte Aktualisierung steht vor allem das Werk Milton Muellers (2010/2017).

3 Und dies ist wichtig nicht nur mit Blick auf die außerhalb des westlichen Kanon liegenden Autokratien zu formulieren, sondern ebenso in Bezug auf die Demokratien, deren innere liberalpluralistische Ordnung zwar nicht in dem Maße Schließungs- und Abgrenzungsdiskurse hervorbringt, wie es etwa in Russland und China der Fall ist, aber die doch zunehmend auf Dominanz und Kontrolle pochen und die nicht zuletzt die Entwicklung der Möglichkeiten von Kontrolle vorangetrieben haben.

4 Eine dritte, höchst interessante Auseinandersetzung, die sich aber weniger aus dem politikwissenschaftlichen Diskurs speist und seltener Anleihen beim Souveränitätskonzept nimmt, ist die Auseinandersetzung mit Vernetzung und Räumlichkeit. Die sich hier vollziehende umfassende Rekonfiguration – oft unterhalb der Ebene des Nationalstaats und mit besonderem Fokus auf Metropolen – wird etwa von Manuel Castells (2009) oder Saskia Sassen (2006) vorausgedacht und auch politisch reflektiert.

da er zentraler Bestandteil für die seit Hobbes vielleicht grundlegendste Rechtferistung des Staates ist, ist Sicherheit (Nissenbaum 2005; Dunn Cavelty 2007; Hansen/Nissenbaum 2009; Schünemann 2019 in diesem Band). Hier lässt sich etwa nachzeichnen, wie das Schlagwort *Cyber* (Wagner/Vieth 2016) oder insbesondere die global genutzte Metapher des *Cyberwar* (Kamis/Thiel 2015) in den Diskurs eingeschrieben wird und eine bestimmte Art von Souveränitätsansprüchen produziert. Souveränität lässt somit zunehmend als Praxis verstehen, die zwar (auch) territoriale Qualitäten hervorbringt, die aber eben nicht allein geographisch zu verstehen ist, sondern die es performativ zu entschlüsseln gilt (Lambach 2019) – etwa auch, wenn die in ihr codierten geschlechtlichen oder rassistischen Implikationen offengelegt werden (Möllers 2019).

Gewissermaßen von der anderen Seite kommen Ansätze, die die Institutionen und Instrumente der *Internet Governance* untersuchen. Diskutiert wird hier, wie eine neue Weise des Umgangs mit souveräner Staatlichkeit in einer digital-globalen Welt aussehen kann. Die Annahme ist, dass die emergente, zwischen Formalität und Informalität oszillierende Struktur, welche aus den Koordinationserfordernissen resultiert, die in der Aufrechterhaltung und Entwicklung eines globalen Internets entstehen, Lehren auch für das allgemeine Nachdenken über das Regieren in einer post-westfälischen Welt enthalten. *Internet Governance* ist dabei zum einen durch Multi-Stakeholder-Arrangements und direkte Einbeziehung auf allen Ebenen von Politik gekennzeichnet, zum anderen durch hohe Freiwilligkeit, Selbstverpflichtungen und Zieldiskurse getragen. Dieser Versuch, die Ideale der technischen Koordination in ein freies und flexibles, zugleich aber emanzipatives institutionell-informelles Arrangement zu übersetzen, ist häufig in einen Diskurs um Demokratie und Souveränität übersetzt worden (skeptisch ob dieser normativen Aufladung: Hofmann 2016). Die Frage hierbei ist nicht, ob staatliche Souveränität obsolet wird, sondern wie sich staatliche Souveränität in einen Modus von Politik einbringen lässt, in dem neben den Staaten weitere Akteure gleichberechtigt einzubeziehen versucht werden. Inwiefern die hohen Erwartungen an diese ›neuen‹ Formen des Regierens eingelöst werden und ob sich diese Formen der heterarchischen Governance in erfolgreiche reflexive Koordination übersetzen (Hofmann et al. 2017) oder eher eine Metamorphose eines neoliberalen Diskurses darstellen (Chenou 2014) ist die zweite, gegenwärtig virulente Frage im Feld von Souveränität und territorialer Staatlichkeit.

3. Souveränität und das Prinzip von Herrschaft und Kontrolle

Ein zweiter wichtiger Fokus in Debatten um Souveränität blickt auf die Rekonfiguration von Herrschaftsbeziehungen im Kontext der digitalen Konstellation. Souveränität ist hier auf die relationale Frage gerichtet, wer Macht besitzt und sie als

Herrschaft institutionalisieren und durchsetzen kann. Auch hier ist die Vorstellung einer staatlichen Letztentscheidunginstanz, das berühmte »Monopol legitimer physischer Gewaltksamkeit« (Max Weber), leitend. Und auch hier wird im öffentlichen Diskurs oft unterstellt, dass es zu einer großen Dynamisierung gekommen sei und die Ordnung vergangener Tage durch neue Akteure oder emporstrebende Mächte aufgebrochen wäre (Drezner 2010). Die Perspektive ist aber eine andere, weniger auf abstrakte Prinzipien wie Territorialität und Vernetzung gerichtet, als vielmehr auf aktuale Machtpotentiale und die Frage, wie selbstbestimmt und durchsetzungsfähig konkrete Staaten heute noch sind. Zwei Aspekte sind zentral: einmal die Auseinandersetzung mit neuen Hegemonien im internationalen System, zweitens der Aufstieg privater Akteure als Herrschaftsakteure, die womöglich selbst souveräne Qualität annehmen.

Wenden wir uns zunächst den relationalen Machtverschiebungen zwischen Staaten zu. Souveränität ist schließlich nicht nur durch Abgrenzung und Kontrolle bestimmt, sondern stabilisiert sich insbesondere auch durch die wechselseitige Anerkennung der mehr oder weniger exklusiven Einflusszonen innerhalb der Gemeinschaft der Staaten. In dieser Hinsicht ist es nun weniger die diffuse Qualität des Netzwerks als vielmehr die vielfältigen neuen Möglichkeiten zu nationalstaatlicher Konkurrenz und Dominanz, welche die Idee der Gleichheit der Staaten und der souveränen Abgrenzung in Frage stellen.⁵ Die Ubiquität digitaler Netze und die Möglichkeiten eines ortsunabhängigen Zugriffs haben die Interaktionsmöglichkeiten über Ländergrenzen hinweg transformiert und Globalisierung damit noch einmal auf eine neue Stufe gehoben, was Reichweite und die Durchdringung aller Bereiche gesellschaftlichen und politischen Lebens betrifft. Dies hat Folgen in Bezug auf die Möglichkeiten von Machtausübung und den Kontrollanspruch von Staaten gegenüber ihren Bevölkerungen. Trotzdem wurde dieses Problem erst relativ spät als Souveränitätsproblem öffentlich thematisiert. Ein einzelnes Ereignis, die Snowden-Enthüllungen 2013, macht hier den zentralen Unterschied. Ungeachtet der Frage, was die realen politischen Konsequenzen aus der Offenlegung der Abhörpraktiken der *Five Eyes* Geheimdienste waren (hierzu: Steiger et al. 2017), kommt es im Zuge der Aufdeckung der umfassenden Überwachung global zu einem Diskurs um Vernetzungspraxis und Staatlichkeit. Der Nachweis der Praktiken anlassloser und sehr großer Datensammlung(en) zeigt, dass die lange dominante Erzäh-

⁵ Wobei hier anzumerken ist, dass Stephen Krasner (1999) bereits früh herausgearbeitet hat, dass Souveränität sich in der Staatenpraxis oftmals besser als *organized hypocrisy* (organisierte Heuchelei) verstehen lässt. Keineswegs nämlich nivelliert der in Souveränität angelegte Gleichheitsgrundsatz alle faktischen Machtunterschiede oder die realen Interdependenzen und Abhängigkeiten, vielmehr ist Souveränität als Prinzip trotz des expliziten letztinstanzlichen Durchsetzungsanspruch sehr wohl in der Lage, alternative institutionelle oder informale Alternativen zu tolerieren. Nationalstaatliche Souveränität war daher nie absolut, sondern ist eingebettet und situativ zu denken.

lung eines zentrumlosen und im Kern nicht-staatlichen Internets fehlgeht – nun aber nicht wie oben argumentiert, weil Staaten doch Einflussmöglichkeiten haben, sondern weil es de facto zu einer (marktförmig organisierten) hegemonialen Konstellation gekommen ist, in der gerade die Grundrechte nicht-amerikanischer Bürger in einer Weise verletzt werden, die die Souveränität aller anderen Nationalstaaten in Frage stellt (Bauman et al. 2014). Im Nachgang der Enthüllungen normalisiert sich daher bei sehr unterschiedlichen Akteuren des internationalen Systems ein Reden über eine spezifisch digitale Form der Souveränität (*digital sovereignty* oder *data sovereignty* – beide interessanterweise auch mit stark individuellen Verständnissen von Souveränität verknüpft, siehe unten). Am anschaulichsten wird dies in den mit Grundprinzipien des freien Internets brechenden Projekten sich stark abkoppelnder Netzwerke in China und Russland (Ebert/Maurer 2013; Budnitsky/Jia 2018). Es lässt sich auch nachweisen in ›demokratischen‹ Projekten etwa in der EU oder Kanada, wo vermehrt die Lokalisierung von Datenflüssen oder Entwicklung von Digitaltechniken gefordert wird (skeptisch zur praktischen Eignung der diskutierten Instrumente: Maurer et al. 2015). Das nach den Snowden-Enthüllungen weitgehend akzeptierte *Frame* eines Kampfs um Souveränität gegen hegemoniale Praktiken wie Geheimdienstüberwachung findet immer weitere Anwendungen; jüngere Beispiele sind die Diskussion um die Manipulation demokratischer Praktiken durch Angriffe von ›außen‹ (Botnetzwerke und Fake News) oder industriepolitisch überlagerte Auseinandersetzungen (jüngst Huawei). Und es deutet sich an, dass gerade mit Blick auf Technologien des maschinellen Lernens (künstliche Intelligenz) ein *Arms-Race-Framing*, das einen spiralförmigen und unerbittlichen Wettbewerb zwischen Nationen oder Regionen beschwört, zentral wird. So fügt sich der Diskurs in einen größeren Diskurs um die neue Multipolarität der Weltordnung ein. Was aber eine doppelte Gefahr birgt: zum einen die, dass die vielerorts praktizierte, immer umfassendere Überwachung von Bevölkerungen als notwendiges Element von Souveränität verstanden wird; zum anderen Souveränität nicht als liberal-pluralistisches Prinzip der Organisation des Globalen, sondern als konfliktives Prinzip der Selbstbehauptung zu deuten, also nicht wechselseitige Anerkennung, sondern den Kampf um Vorherrschaft zu betonen.

Die zweite Weise, in der Souveränität im Kontext von Herrschaft und Kontrolle zu thematisieren ist, ist anders gelagert: Sie bezieht sich auf die Herausforderung staatlicher Souveränität durch die immer umfassenderen Machtmöglichkeiten privatwirtschaftlicher Akteure. Den Ausgang nimmt diese Diskussion oft bei der puren Größe und Marktmacht der zentralen Digitalunternehmen samt dem Hinweis auf deren transnationale Aufstellung, deren aggressive Monopolstrategien, die Nutzung von Skalierungseffekten und die damit einhergehende, lange sehr weitgehende Immunität gegenüber politischen Regulierungsversuchen (Dodata 2015). Eine solche, in der Hauptsache ökonomische Betrachtung fördert zutage, dass es tatsächlich schwierig ist, diesen Unternehmen mit den Mitteln natio-

nalstaatlicher Souveränität zu begegnen. Schwierig heißt jedoch nicht unmöglich und die letzten Jahre mit ihrem stark anschwellenden Regulierungsdiskurs haben gezeigt, dass die spezifischen Unternehmen der Digitalwirtschaft (Intermediäre, Plattformen) durchaus unter Druck gesetzt und zu Regulierung gezwungen werden können (früh bereits: Goldsmith/Wu 2006).

Vom Souveränitätsparadigma gedacht, ist es daher auch weniger die wirtschaftliche Macht mancher Unternehmen, die das ›Neue‹ der Herausforderung darstellt (starke Machtagglomeration in privatwirtschaftlicher Hand ist schließlich ein altes Phänomen), sondern deren anders gelagerten Eingriffsmöglichkeiten in das gesellschaftliche und politische Leben. Unternehmen der Digitalwirtschaft und im Besonderen die großen Plattformen und Intermediäre verfügen durch die immer umfassendere Aggregation von Daten und die Entwicklung von Algorithmen über eine Machtposition, die eben nicht nur dem wirtschaftlichen Erfolg dient; ihre Position bringt auch umfassende Möglichkeiten zur Beherrschung von Individuen oder Gesellschaften hervor – sowie die marktwirtschaftlichen Anreize, diese auch zu nutzen (Couldry/Mejas 2019). So werden etwa in der *Smart City* immer stärker Regierungsabsichten offenkundig und die sich ändernden Geschäftsmodelle führen dazu, dass kapitalistische Praktiken differenziert und manipulativ in die Geschicke von Bürgern und Staaten eingreifen. Shoshana Zuboffs Buch *Surveillance Capitalism* (2019) stellt hier die wohl am weitesten beachtete Kritik dar; in ihm zeigt Zuboff, wie die Ausrichtung des digitalen Kapitalismus sich immer weiter entfernt von der Logik des anonymen Austauschs von Marktgütern und in ein Geschäftsmodell mündet, wo permanente Identifikation angestrebt wird. Dabei werden ein Machtinstrument und ein Machtanspruch kreiert, welche selbst über viele Herrschaftspraktiken von Staaten hinausweisen und die nicht mehr im wirtschaftlichen Setting zu legitimieren sind. Schließlich muss noch eine weitere Entwicklung in Bezug auf private Macht und digitale Souveränität hervorgehoben werden: Die zunehmende Verschränkung und tiefe Abhängigkeit von privaten und öffentlichen Weisen der Machtausübung. Diese Hybridisierung tritt etwa zutage, wenn die Durchsetzung staatlicher Machtansprüche selbst in zentralen Bereichen wie den Grundrechten auf private Akteure angewiesen ist, wenn staatliche Durchsetzungsmacht sich gezielt über informale Arrangements mit wirtschaftlichen Akteuren ausbreitet (Tusikov 2016); oder wenn die Ausnutzung privater Datensammlung Nutzer zu »freelancers for the state's security apparatus« macht (Hu 2015, 146).

Die digitale Konstellation bringt somit – sowohl in Hinblick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen wie auch auf die staatlich-nicht-staatlichen Verhältnisse – eine neue Dynamik hervor, die in einen Souveränitätsdiskurs mündet, der noch unentschieden ist, zwischen einer re-konfigurierten, aber mächtigen Wiederkehr staatlicher Souveränität oder deren Relativierung angesichts neuer Machtkonstellationen.

4. Souveränität und das Prinzip demokratischer Selbstbestimmung

In den bisherigen zwei Auseinandersetzungen haben wir gesehen, dass sich Souveränität als Prinzip der Herrschaftsorganisation durch die gesellschaftlichen Transformationen im Kontext der digitalen Konstellation verändert, freilich ohne zu verschwinden. Souveränität wurde in diesen Diskursen hauptsächlich unter dem Aspekt staatlich-exekutiver Durchsetzungsfähigkeit gefasst. Im letzten Schritt der Rekonstruktion geht es nun darum, noch einmal einen anders qualifizierten Souveränitätsbegriff vorzustellen, dem ebenfalls zunehmend wissenschaftliches und öffentliches Interesse im Kontext der digitalen Konstellation zukommt: der demokratischen Souveränität. Der Diskurs um demokratische Souveränität richtet den Blick in erster Linie nach ›innen‹ auf die Möglichkeiten der Organisation und Legitimation von Herrschaft – und erst im zweiten Schritt nach ›außen‹, auf die Durchsetzungsfähigkeit. Das normative Prinzip demokratischer Souveränität zielt dabei darauf ab, die Aggregation von Macht auf der Ebene des Staates durch die Rückbindung an kollektive Selbstbestimmung und die individuelle Freiheit der Bürger*innen legitimierbar zu machen. Seit den Zeiten Rousseaus wird dabei die zentrale Schwierigkeit in der Balancierung des individuellen und kollektiven Moments gesehen. Doch auch hier fügt die digitale Konstellation der Diskussion neue Facetten hinzu, da die Bedingungen kollektiver wie individueller Autonomie noch einmal und anders in Frage gestellt werden (für eine konzise Behandlung der Thematik vgl. auch Ritzi/Zierold 2019).

In Bezug auf die Dimension kollektiver Selbstbestimmung richtet sich der Blick insbesondere auf die Frage der kommunikativen Voraussetzungen des demokratischen Prozesses. Dieser muss nach Habermas so gestaltet sein, dass für das Erreichen legitimer Entscheidungen »die Unterstellung der gleichmäßigen Inklusion eines jeden möglicherweise Betroffenen und die Aussicht auf vernünftige Ergebnisse [...] begründet sind« (Habermas 2008, 147). Dieser hohe Anspruch von Inklusion und Rationalität, der die Bürger erst zu Autoren wie Adressaten demokratischer Politik mache, sei für Volksouveränität entscheidend. Nicht die absolute Umsetzung dieser normativen Ansprüche, sondern die Auslegung und stete Optimierung des politischen Systems hin auf die demokratischen Ziele wird dabei als die Demokratie kennzeichnend angesehen. Die »mediatisierte Demokratie« der digitalen Konstellation, wie sie Jeanette Hofmann an anderer Stelle in diesem Band ausführlicher beschreibt, stellt eine umfassende Re-Konfiguration der Bedingungen demokratischer Politik dar. Nicht, weil digitale Technologien Demokratie bedrängen oder gar verunmöglichen (bzw. wie es anfangs im Diskurs oft angenommen wurde, deren etablierte Form obsolet werden lassen), sondern weil sich die Prozesse gesellschaftlicher Selbstverständigung in der digitalen Konstellation tiefgreifend von der bürgerlichen und massenmedialen Öffentlichkeit unterscheiden. Es ist insbesondere die Polarisierung des öffentlichen Diskurses und das Fehlen verbindlicher Or-

te eines allgemeinen gesellschaftlichen Austauschs, die als Herausforderung für die Demokratie diskutiert werden (Bennett/Pfetsch 2018); ebenso der Umstand, dass die Affordanzen vernetzter Kommunikation gerade nicht nur emanzipatorischen Projekten zukommen, sondern sich vielleicht sogar besser mit populistischen und agonistischen Bewegungen verknüpfen lassen (Bennett et al. 2017; Kersting 2019 in diesem Band). In Blick auf die Möglichkeit und Herausbildung demokratischer Souveränität wird Digitalität daher zunehmend als ein sprengendes Element verstanden – oder gar als »Katastrophe«, für welche die politischen Strategien der Bewältigung noch keineswegs in Aussicht stehen (Baecker 2018).⁶

Während Debatten um Demokratie als bürgerlich-kollektives Prinzip oft von deliberativen oder partizipatorischen Demokratietheorien informiert werden, ist der Diskurs um individuelle Autonomie von einer liberalen Konzeption der Politik geprägt. In dieser ist die Annahme zentral, dass alle Politik letztlich der individuellen Selbstbestimmung dienen sollte, das Individuum also Ausgangs- wie Endpunkt der Demokratie zu sein hat. Interessanterweise ist nun auch dieser Diskurs in Bezug auf die digitale Konstellation zunehmend von einer Souveränitätsrhetorik geprägt. Dies hat zum einen theoretische Gründe, etwa wenn Souveränität als Abwesenheit der Beeinflussung durch staatliche oder privatwirtschaftliche Akteure aus dem genuinen Entscheidungs- und Lebensbereich verstanden und sodann angenommen wird, dass Digitalisierung das Einreißen dieser vormals oft impliziten, aber stabilen Grenzen bedeute.⁷ Die Ubiquität digitaler Erfassung und Vernetzung verringert dann Souveränität, weil sie zu jedem Zeitpunkt Erreich- und Kontrollierbarkeit herstellt oder weil die selektive, aber intransparente Personalisierung öffentlicher Kommunikation die Möglichkeit nimmt, sich neutral und unbeein-

6 Selbstverständlich gibt es schon lange Arbeiten, die die Unmöglichkeit und Illusion von Volks-souveränität herausarbeiten – man denke etwa an die Linie realistischer Demokratietheorien von Joseph Schumpeter über Danilo Zolo bis zu Ingolfur Blühdorn oder, ganz anders gelagert, an differenzbetonende Demokratietheorien (Cornelius Castoriadis, Claude Lefort oder Oliver Marchart etwa). Das Verständnis von Demokratie als souveräner Bestimmung eines kollektiven Selbst ist normativ wie empirisch völlig zu Recht höchst umstritten. Was an der Entwicklung in der digitalen Konstellation interessant ist, ist daher auch nicht die neuerliche theoretische Widerlegung des Ideals, sondern das Bewusstwerden für das Zerbrechen des kollektiven Zusammenhangs selbst in der breiten Mitte der Gesellschaft. Gesellschaftliche Kommunikation bringt immer schwächer ein verbindendes Element und geteilte Erzählungen hervor, was sich in dieses reimaginerenden Populismen ebenso zeigt wie in der Zersplitterung der Parteien- oder Medienlandschaft. Das Verbllassen des demokratischen Souveräns aus der kollektiven Imagination gefährdet Legitimationserzählungen und stärkt Partikularismen, die die institutionelle Balance sodann weiter unterlaufen.

7 Bereits in dieser kurzen Rekonstruktion zeigt sich die große Nähe zum Privatheitsdiskurs. Der Souveränitätsdiskurs geht aber über diesen hinaus, da er stärker auf Handlungs- als auf Abgrenzungspotentiale fokussiert ist.

flusst zu verhalten.⁸ Während ein solches Souveränitätsverständnis insbesondere in technischen Communities geäußert wird, wird individuelle Souveränität auch von staatlicher Seite her proklamiert. Dann aber mit einem stärker wirtschaftlichen Zungenschlag, etwa als Angebotsfreiheit oder als Verbrauchersouveränität (Misterek 2017, 19ff.). Gerade weil auch der Digitalisierungsbegriff anders als frühere Diskurse um Internet oder Netzpolitik eine stark wirtschafts- bzw. industrie-politische Aufladung hat, ist diese ›unpolitische‹ Sichtweise auf ›digitale Souveränität‹ nicht nur vermehrt wichtig geworden – sondern mündet selbst wieder in eine Rechtfertigung nationalstaatlichen Handelns zur Bewahrung von Souveränität.

5. Souveränität: Ein kurzer Ausblick

Die skizzierten Debatten über Souveränität in der digitalen Konstellation sollten zunächst einmal deutlich gemacht haben, wie wichtig das Konzept der Souveränität für den Diskurs um die Ausgestaltung der politischen Ordnung in der digitalen Konstellation mittlerweile wieder ist. Souveränität ist gerade nicht verschwunden, sondern rückt durch den Bezug auf Digitalisierung vermehrt in das Zentrum des politischen Diskurses. Dies geschieht obwohl – oder gerade, weil? – es letztlich keinen gemeinsamen Nenner oder auch nur dominante Verwendungsweise des Begriffes gibt. Souveränität kann als analytische Brille oder als normative Forderung verwendet werden, sie kann auf Hierarchie und Staatlichkeit abstellen, aber auch demokratische Selbstbehauptung oder individuelle Unabhängigkeit implizieren. Die Ambivalenz macht den Begriff in der politischen Verwendung interessant, seine metaphorische Kraft ihn im Kontext komplexer, sich oft dem einfachen Verstehen entziehender digitaler Phänomene beliebt – und die umfassende Verwendung wiederum normalisiert das Nachdenken über Digitalität in der Kategorie der Souveränität.

Von den drei hier dargestellten Debattensträngen ist aber zu erwarten, dass es vor allem der zweite, gewissermaßen realpolitische Strang sein wird, dem auch in den kommenden Jahren viel Aufmerksamkeit zukommen wird. Souveränität ist als Konzept in einer multipolaren Welt nämlich auch deshalb so virulent, weil sie sich als legitimer Anspruch von Staaten gegenüber anderen Staaten, aber auch gegenüber nicht-staatlichen Akteuren formulieren lässt. Die Behauptung von Durchsetzungsmacht mag faktisch in Frage stehen, sich auf sie zu berufen, ist aber ein erster

8 Wie schon in der Fußnote 6 mit Blick auf die Volkssouveränität aufgeführt, gilt natürlich, dass die Erkenntnis, dass individuelle Autonomie sich intersubjektiv formt, theoretisch nicht neu ist, wohl aber die unmittelbare Bewusstwerdung dieser Abhängigkeiten durch die spezielle Weise, wie Digitalisierung Daten und Relationen als veränderliche, aber unmittelbar wirkmächtige Selbstbeschreibung offenbar macht (Nassehi 2019, 293ff.).

Schritt, sie herzustellen und ein kompetitiver Blick auf die Weltordnung lässt die Sicherung eigener Ansprüche und das Herausheben von Besonderheiten vordringlich erscheinen (ob in liberalen oder autoritären Kontexten). Anders verhält es sich mit dem zuerst dargestellten Debattenstrang: Die Erörterung der Widersprüche eines territorialen Verständnisses von Souveränität verliert an Dringlichkeit, wenn eine Rückkehr von Staatlichkeit so offensichtlich ist. Und dies auch dann, wenn sie sich in einer modifizierten Form ereignet. Mit Blick auf die dritte Linie schließlich, steht zu erwarten, dass es zwar weiterhin Versuche geben wird, den Begriff ob seiner performativen Produktivität zu verwenden, doch gerade wer wissenschaftlich für demokratische Selbstbestimmung eintreten möchte, sollte den Souveränitätsbegriff umsichtig und dosiert verwenden. Dessen Konnotationen einer Bündelung von Macht und der Existenz eines artikulationsfähigen kollektiven Selbst bleiben in einer pluralistischen Ordnung widersprüchlich und leicht zu missbrauchen.

Literaturverzeichnis

- August, Vincent (2018): Technologisches Regieren. Der Aufstieg des Netzwerk-Denkens in der Krise der Moderne. Dissertation: HU Berlin.
- Baecker, Dirk (2018): 4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt. 1. Auflage. Leipzig.
- Barlow, John Perry (1996): A Declaration of the Independence of Cyberspace. URL: <https://www.eff.org/cyberspace-independence> (17.05.2019).
- Baumann, Zygmunt et al. (2014): After Snowden: Rethinking the Impact of Surveillance. In: International Political Sociology 8 (2), S. 121–144.
- Bennett, W. Lance/Pfetsch, Barbara (2018): Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres. In: Journal of Communication 68 (2), S. 243–253.
- Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra/Knüpfer, Curd B. (2018): The Democratic Interface: Technology, Political Organization, and Diverging Patterns of Electoral Representation In: Information, Communication & Society 21 (11), S. 1655–1680.
- Budnitsky, Stanislav/Jia, Lianrui (2018): Branding Internet sovereignty: Digital media and the Chinese–Russian cyberalliance. In: European Journal of Cultural Studies 21 (5), S. 594–613.
- Castells, Manuel (2009). The Rise of the Network Society. 2. Auflage. Chichester.
- Chenou, Jean-Marie (2014): From Cyber-Libertarianism to Neoliberalism: Internet Exceptionalism, Multi-Stakeholderism, and the Institutionalisation of Internet Governance in the 1990s. In: Globalizations 11 (2), S. 205–223.
- Couldry, Nick/Mejas, Ulises A. (2019): Data Colonialism: Rethinking Big Data's Relation to the Contemporary Subject. In: Television & New Media 20 (4), S. 336–349.

- Couture, Stéphane/Toupin, Sophie (2019): What Does the Notion of »Sovereignty« Mean When Referring to the Digital? Working Paper (under review) In: *New Media & Society* 21 (8), S. 1–18.
- Deibert, Ronald J./Masashi Crete-Nishihata (2012): Global Governance and the Spread of Cyberspace Controls. In: *Global Governance* 18 (3), S. 339–361.
- DeNardis, Laura (2012): Hidden Levers of Internet Control. In: *Information, Communication & Society* 15 (5), S. 720–38.
- Dolata, Ulrich (2015): Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne In: *Berliner Journal für Soziologie* 24 (4), S. 505–529.
- Drezner, Daniel (2010): Weighing the Scales: The Internet's Effects on State-Society Relations. In: *Brown Journal of World Affairs* 16 (2), S. 51–70.
- Dunn Cavelti, Myriam (2007): Is Anything Ever New? Exploring the Specificities of Security and Governance in the Information Age. In: Mauer/DunnCavelti (Hg.): *Power and Security in the Information Age*. Aldershot, S. 19–44.
- Ebert, Hannes/Maurer, Tim (2013): Contested Cyberspace and Rising Powers. In: *Third World Quarterly* 34 (6), S. 1054–1074.
- Goldsmith, Jack/Wu, Tim (2006): Who Controls the Internet? Illusions of a Borderless World. New York.
- Habermas, Jürgen (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI. Frankfurt a.M.
- Hansen, Lene/Nissenbaum, Helen (2009): Digital Disaster, Cyber Security, and the Copenhagen School. In: *International Studies Quarterly* 53 (4), S. 1155–75.
- Hofmann, Jeanette (2016): Multi-stakeholderism in Internet governance: putting a fiction into practice, in: *Journal of Cyber Policy* 1 (1), S. 29–49.
- Hofmann, Jeanette/Katzenbach, Christian/Gollatz, Kirsten (2017): Between Coordination and Regulation: Finding the Governance in Internet Governance. In: *New Media & Society* 19 (9), S. 1406–1423.
- Hu, Tung-Hui (2015): A Prehistory of the Cloud. Cambridge.
- Johnson, David R./Post, David (1996): Law and Borders: The Rise of Law in Cyberspace. In: *Stanford Law Review* 48 (5), S. 1367–1402.
- Kamis, Ben/Thiel, Thorsten (2015): The Original Battle Trolls: How States Represent the Internet as a Violent Place. In: PRIF Working Papers 23 (1/4), S. 1–17.
- Krasner, Stephen D. (1999): Sovereignty. Organized Hypocrisy. Princeton.
- Krasner, Stephen D. (2001): Abiding Sovereignty. In: *International Political Science Review* 22 (3), S. 229–251.
- Lambach, Daniel (2019): The Territorialization of Cyberspace. In: *International Studies Review* S. 1–25 (online first).

- Maurer, Tim et al. (2015): Technological Sovereignty: Missing the Point? In: Cyber Conflict. Architectures in Cyberspace (CyCon), IEEE, 53–68. URL: <https://ieeexplore.ieee.org/abstract/document/7158468> (12.06.2019).
- Misterek, Fokko (2017): Digitale Souveränität. Technikutopien und Gestaltungsansprüche Demokratischer Politik. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln.
- Möllers, Norma (im Erscheinen): Making Digital Territory: Cybersecurity, Techno-Nationalism, and the Moral Boundaries of the State. In: Science, Technology, & Human Values.
- Mueller, Milton L. (2010): Networks and States: The Global Politics of Internet Governance. Cambridge, Mass.
- Mueller, Milton (2017). Will the Internet Fragment? Sovereignty, Globalization and Cyberspace. Cambridge, UK.
- Nassehi, Armin (2019): Theorie der digitalen Gesellschaft. München.
- Nissenbaum, Helen (2005): Where Computer Security Meets National Security. In: Ethics and Information Technology 7 (2), S. 61–73.
- Pohle, Julia (im Erscheinen): Digitale Souveränität. In: Klenk et al. (Hg.): Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung. Wiesbaden.
- Pohle, Julia/Thiel, Thorsten (2019): Digitale Vernetzung und Souveränität: Genealogie eines Spannungsverhältnisses. In: Borucki/Schünemann (Hg.): Internet und Staat. Baden-Baden.
- Ritzi, Claudia/Zierold, Alexandra (2019): Souveränität unter den Bedingungen der Digitalisierung. In: Borucki/Schünemann (Hg.): Internet und Staat. Baden-Baden. S. 35–57.
- Sassen, Saskia (2006): Territory, Authority, Rights: From Medieval to Global Assemblages. Princeton.
- Schrape, Jan-Felix (2019): The Promise of Technological Decentralization. A Brief Reconstruction. In: Society 56 (1), S. 31–37.
- Steiger, Stefan/Schünemann, Wolf J./Dimmroth, Katharina (2017): Outrage without Consequences? Post-Snowden Discourses and Governmental Practice in Germany. In: Media and Communication 5 (1), S. 7–16.
- Steiger, Stefan/Schünemann, Wolf J. (2019): Jenseits der Versicherheitlichung. Zu Stand und Aussichten der Cybersicherheitsforschung. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S.
- Thiel, Thorsten (2014): Internet und Souveränität. In: Volk/Kuntz (Hg.): Der Begriff der Souveränität in der transnationalen Konstellation. Baden-Baden. S. 215–240.
- Tusikov, Natasha (2016): Chokepoints: Global Private Regulation on the Internet. Oakland.

Wagner, Ben/Vieth, Kilian (2016): Was macht Cyber? Epistemologie und Funktionslogik von Cyber. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 9 (2), S. 213–222.

Zuboff, Shoshana (2019): *The Age of Surveillance Capitalism: The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power*, New York.

Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung

Claudia Ritzi

1. Einleitung

»The world that we have to deal with politically is out of reach, out of sight and imagined«, schrieb der amerikanische Publizist und Politologe Walter Lippmann in seinem 1922 veröffentlichten Buch »Public Opinion« (Lippmann 1997, 18) – also zu einer Zeit, als Radios noch seltene Luxusgüter waren, das Fernsehen gerade erst erfunden wurde und die Entwicklung des Internets in weiter Ferne lag. Indem sie die – schon damals – individuell unfassbare Vielfalt potentiell politischer Informationen sammelten, filterten, bündelten und sie einer breiten Personengruppe zur Verfügung stellten, wurden die Massenmedien als Vermittler zwischen politischem Entscheidungszentrum und Bevölkerung spätestens ab dem 20. Jahrhundert zu zentralen Akteuren des gesellschaftlichen Lebens.

Da Demokratie unmittelbar von der Qualität der politischen Öffentlichkeit abhängt, erlangten die Massenmedien somit großen Einfluss auf die politischen Belange einer Gemeinschaft (Ritzi 2014). Zwar ist die politische Öffentlichkeit bei weitem nicht der einzige Faktor, der die Qualität einer Demokratie bestimmt, doch in dem Maße, in dem es ihr gelingt, umfassende und zuverlässige »pictures of the world beyond their [the people's, Anm. C. R.] reach« (Lippmann 1997, 19) zu zeichnen, trägt sie wesentlich zu legitimer politischer Entscheidungsfindung bei (vgl. auch Marx Ferree et al. 2002).

Die Untersuchung und Diskussion der normativen Qualität demokratischen Handelns und demokratischer Institutionen zählt deshalb zu den zentralen Gegenständen der politischen Theoriebildung und empirischen Demokratieforschung. Angesichts des gravierenden Wandels der Konstitution politischer Öffentlichkeit in Folge der Etablierung digitaler Technologien, gilt es aktuell vor allem zu analysieren, ob und inwiefern die Ergänzung der im 20. Jahrhundert wesentlich massenmedial gespeisten Öffentlichkeit durch die so genannten »neuen Medien« mit einem Wandel ihrer Funktionalität einhergeht.

Ohne Zweifel ist der Umfang der für die BürgerInnen zugänglichen Informationen gravierend gestiegen: über Druckseiten vorgegebene Platzbeschränkungen

sind beispielsweise im Internet obsolet, Blogs und Web 2.0-Anwendungen bieten AutorInnen freien Zugang zu öffentlichen Informationsangeboten und kollaborative Plattformen wie Wikipedia bündeln Wissensbestände mit hoher Aktualität. Nicht zuletzt Habermas' (1990 [1962]) Ausführungen über den Strukturwandel der Öffentlichkeit im 19. Jahrhundert zeigen jedoch auf, dass es Diskrepanzen zwischen dem Umfang und der demokratischen Qualität politischer Öffentlichkeit geben kann. Vor diesem Hintergrund analysiert der vorliegende Beitrag den »neuen Strukturwandel« (Ritzi 2014, 209ff.) der Öffentlichkeit, der in engem Zusammenhang mit der Etablierung digitaler Technologien steht.

Dazu wird in Abschnitt 1 zunächst der Begriff der politischen Öffentlichkeit geklärt und es werden die Funktionen politischer Öffentlichkeit in verschiedenen Demokratietheorien identifiziert und erörtert.¹ Abschnitt 2 stellt drei normative Modelle von Öffentlichkeit vor. In Abschnitt 3 werden vor dem Hintergrund dieser drei Modelle Veränderungen, die als charakteristisch für die politische Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter betrachtet werden können dargestellt und diskutiert. Auf dieser Grundlage erfolgt im letzten Abschnitt des Beitrags ein Fazit (Abschnitt 4).

2. Politische Öffentlichkeit in der zeitgenössischen Demokratietheorie

Der Terminus Öffentlichkeit ist in einem Wortfeld beheimatet, das durch die Begriffe Demokratie, Bürger, Politik, (Rechts-)Staat und Meinung gekennzeichnet ist (Gerhards 1998a, 25; Peters 2007, 55). Als »politische« Öffentlichkeit bezeichnet Gerhards »ganz allgemein [...] den Teil an politischen Handlungen, der in der massenmedialen Öffentlichkeit, nach den Regeln des Öffentlichkeitssystems selektiert, für das politische System beobachtbar ist« (Gerhards 1994, 97). Als spezifischer Teil der Öffentlichkeit weist der Begriff der politischen Öffentlichkeit – eine Ausnahme stellen die systemtheoretischen Analysen von Niklas Luhmann dar – häufig eine normative Prägung auf: Er ist verbunden mit Fragen danach, wie politische Öffentlichkeit beschaffen sein soll und nach welchen Kriterien man ihre Güte beurteilen kann (Gerhards 1998a, 25; Jarren/Donges 2011, 96).

Der Terminus Öffentlichkeit wird im Deutschen in drei Weisen gebraucht (Peters 2007, 55f.):² Erstens kann er in Abgrenzung zum Begriff der »Privatheit« der Beschreibung von sozialen Handlungs- und Verantwortungsbereichen dienen. Während »private« Angelegenheiten vor staatlichen Eingriffen geschützt werden sollen, verlangen »öffentliche« Angelegenheiten Publizität und Kontrolle. In einer zweiten Verwendung wird »öffentlich« mit den Gegenbegriffen »privat« und

1 Für eine längere Fassung der Ausführungen in den Abschnitte 1 und 2 vgl. Ritzi 2014.

2 Ähnliches gilt für den Begriff »public« im Englischen: Auch hier finden sich die Differenzierungen zwischen public-privat, public-secret und es ist die Rede von der »public sphere«.

»geheim« verbunden, wobei eine soziale Grenzziehung im Bereich von Kommunikation und Wissen angestrebt wird. Der »dritte Sinn« von Öffentlichkeit nimmt laut Peters Elemente der beiden ersten Begriffsverwendungen auf und verknüpft sie mit zusätzlichen normativen Gehalten: »Öffentlichkeit bezeichnet hier eine Art Kollektiv mit einer bestimmten Kommunikationsstruktur oder eine Sphäre kommunikativen Handelns mit bestimmten anspruchsvollen Merkmalen und Funktionen« (Peters 2007 [1994], 56).

Dieser dritten Verwendungsweise kommt im Kontext der politikwissenschaftlichen Forschung die größte Bedeutung zu, wenngleich die Frage der Abgrenzung von Öffentlichem und Privatem im Kontext der Debatte um Informations- und Persönlichkeitsrechte im digitalen Raum ebenfalls zu einer intensiven Debatte geführt hat (Rössler 2001; Ritzl 2017).

Für Habermas entsteht Öffentlichkeit immer da, wo mindestens ein/e SprecherIn vor einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen er/sie nicht bestimmen kann. »Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben« (Habermas 1992, 436), definiert Habermas in »Faktizität und Geltung«. Neben dem Vorhandensein von sprachlicher Kommunikation ist »die prinzipielle Unabgeschlossenheit des Publikums« (Habermas 1990, 98) konstitutiv für Öffentlichkeit.

Auch Neidhardt betont die Aspekte der Offenheit und des kommunikativen Austausches: »Öffentlichkeit erscheint als ein offenes Kommunikationsforum für alle, die etwas sagen oder das, was andere sagen, hören wollen« (Neidhardt 1994, 7). Jürgen Gerhards schließt sich dieser Definition an, hebt jedoch durch die Verwendung des Plurals die Vielfältigkeit der Öffentlichkeit hervor: »(Politische) Öffentlichkeit besteht aus einer Vielzahl von Kommunikationsforen, deren Zugang prinzipiell offen und nicht an Mitgliedschaftsbedingungen gebunden ist und in denen sich individuelle und kollektive Akteure vor einem breiten Publikum zu politischen Themen äußern« (Gerhards 1998b, 694).

Die politische Öffentlichkeit ist stets an Handlungen gebunden und sie ist, im Unterschied zu demokratischen Institutionen wie beispielsweise Parlamenten oder Parteien, keine *stabile* Institution. Öffentlichkeit wird trotz der durch das Mediensystem gewährleisteten Kontinuität fortlaufend von verschiedenen Akteuren und in veränderlichen Akteurskonstellationen hergestellt und erneuert. Diese Variabilität wird im so genannten »digitalen Zeitalter« besonders sichtbar und deutlich (vgl. Abschnitt 3). In der Politikwissenschaft wird Öffentlichkeit daher nicht nur als Kommunikationsnetzwerk bezeichnet, sondern häufig mit der Metapher der Sphäre beschrieben (vgl. u.a. Habermas 1990 [1962]; Weßler/Wingert 2007, 21; Peters 2007, 208). In dieser Sphäre zirkulieren die öffentlichen Diskurse, sie sind stets in Bewegung, sie werden von vielfältigen Akteuren gelenkt, sind aber für keinen von ihnen (in Gänze) steuerbar.

Zu den Akteuren der Öffentlichkeit zählen nicht nur jene, die sich in der Öffentlichkeit artikulieren, sondern auch das breite Feld der meist passiven Rezipienten. Als besonders einflussreiche Sprechergruppen identifiziert Peters politische RepräsentantInnen, die beispielsweise im Namen der Mitglieder eines bestimmten Verbandes oder einer sozialen Bewegung sprechen, ExpertInnen, die aufgrund wissenschaftlicher oder technischer Sonderkompetenzen in die Öffentlichkeit treten, AdvokatInnen, die im Namen bestimmter Gruppierungen sprechen, Intellektuelle, denen von der Gesellschaft eine besondere (meist moralische) Autorität zuerkannt wird, und JournalistInnen (Peters 2007: 145ff.). Die Gruppe der JournalistInnen formuliert unter den Bedingungen der massenmedialen Öffentlichkeit in der Regel die meisten Beiträge (Peters/Schultz/Wimmel 2007 [2004], 212ff.). In politischen »Versammlungsöffentlichkeiten« hingegen dominieren die RepräsentantInnen bestimmter Parteien oder Interessenvertretungen.

Von der Öffentlichkeit zu differenzieren ist die »öffentliche Meinung«. Letztere kann als Produkt von Kommunikationen aus der Öffentlichkeit hervorgehen, sofern sich im öffentlichen Diskussionsprozess eine herrschende Meinung bildet (Sarcinelli 2011, 64). Mit Luhmann gesprochen, ist öffentliche Meinung das Ergebnis von Filterleistungen und wird in Demokratien »für den Funktionsbereich der Politik zum Wahrheitsäquivalent« (Luhmann 2000, 280). Den Uniformitätszwang, den öffentliche Meinung im Gegensatz zum offeneren Begriff der Öffentlichkeit ausübt, hat Elisabeth Noelle-Neumann in ihrer Theorie der Schweigespirale beschrieben. Für sie gründet die Entstehung von öffentlicher Meinung auf dem »unbewusste[n] Bestreben von in einem Verband lebenden Menschen, zu einem gemeinsamen Urteil zu gelangen, zu einer Übereinstimmung, wie sie erforderlich ist, um handeln und wenn notwendig entscheiden zu können« (Noelle-Neumann 2002, 393). Die Theorie der Schweigespirale wurde vielfach empirisch untersucht und in der Mehrzahl der Studien widerlegt. Die Mechanismen und Effekte der Bildung einer öffentlichen Meinung stellen bis heute ein wichtiges Forschungsfeld dar – dieses konstituiert jedoch nur einen (kleinen) Aspekt der politischen Öffentlichkeitsforschung.

3. Funktionen politischer Öffentlichkeit in der Demokratie

Unabhängig davon, welche normativen Ansprüche im Einzelnen an sie gestellt werden: Die Ermöglichung und Herstellung von Legitimität stellt die zentrale, »demokratiefunktionale« (Ingold 2017) Aufgabe der Öffentlichkeit dar. Denn

»Legitimität als eine demokratietheoretische Fundamentalkategorie politischer Kommunikation knüpft den Geltungsanspruch politischer Herrschaft an eine kommunikative Begründungsleistung. [...] Somit sind Öffentlichkeit und Kom-

munikation eine notwendige, keineswegs aber hinreichende Bedingung von Legitimität.« (Sarcinelli 2011, 89f.)

Wo Macht, wie in der Demokratie, begründungs- und zustimmungspflichtig ist, ist sie auf eine öffentliche Sphäre angewiesen, in der sich jene Akteure Gehör verschaffen können, die Macht innehaben oder erlangen möchten. Auch die ›Herrschaft des Volkes‹ ist nur dann gewährleistet, wenn die BürgerInnen Zugang zu einem kommunikativen Netzwerk haben, über das sie ihre Probleme, Interessen und Präferenzen artikulieren können: »Democratic theory focuses on accountability and responsiveness in the decision-making process; theories of the public sphere focus on the role of public communication in facilitating or hindering this process« (Marx Feree et al. 2002, 289).

Neidhardt differenziert drei Funktionen von Öffentlichkeit: Er betrachtet Öffentlichkeit als ein Kommunikationssystem, »in dem Themen und Meinungen (a) gesammelt (Input), (b) verarbeitet (Throughput) und (c) weitergegeben (Output) werden« (Neidhardt 1994: 8). Auf der ersten Stufe ist das Kriterium der Offenheit entscheidend: »Öffentlichkeit soll offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung« (ebd.). In dem Maße, indem dies gewährleistet sei, könne Öffentlichkeit die Funktion der Herstellung von Transparenz erfüllen. Auf der zweiten Prozessstufe (Throughput) erfüllt Öffentlichkeit eine »Validierungsfunktion«, hier werde entschieden, welche Ansprüche vom politischen System als relevant oder gerechtfertigt betrachtet werden (ebd.). Und auf der Ebene des Outputs wird der Öffentlichkeit von Neidhardt eine »Orientierungsfunktion« zugeschrieben, da sie es den BürgerInnen ermögliche, die Autorität der Akteure des politischen Zentrums zu stärken oder zu hinterfragen.

Andere AutorInnen ergänzen diese Liste um die ebenfalls auf der Output-Ebene angesiedelte »Kontrollfunktion« und um die auf der Input-Ebene zu verortende »Informationsfunktion« (Peters 2007 [1994], 62ff.). Kurt Imhof fügt die »Integrationsfunktion« hinzu, da nur in der politischen Öffentlichkeit »das, was wir nicht anders als immer auch in politischem Sinne ›Gesellschaft‹ nennen können,« beobachtet und gestaltet werden könne (Imhof 2008, 72). Zudem ergänzt er die »politisch-rechtliche« Funktion, da in der Öffentlichkeit die Geltungsbereiche von Recht und Ordnung definiert würden (ebd.; Lang 2001).

Im Kontext der Foucault'schen Macht- und Diskursanalyse sowie in der radikalen Demokratietheorie kommt der politischen Öffentlichkeit zudem eine »Politisierungs- bzw. Subjektivierungsfunktion« zu, das heißt, in der Öffentlichkeit werden die Menschen zu politischen, handelnden Subjekten. Politisierung, Subjektivierung und Demokratie gehen in dieser Denkschule Hand in Hand. Erst durch den Eintritt eines Individuums in eine geteilte »Sphäre« entsteht die Möglichkeit der Konfrontation verschiedener Weltanschauungen, Interessen,

Ansprüche und Meinungen und der Teilhabe am Politischen. Die Öffentlichkeit ist in dieser Perspektive also nicht nur eine Bedingung für Demokratie, sondern die Grundlage des Politischen schlechthin. Inwiefern die Politisierungsfunktion erfüllt wird, hängt wesentlich vom Grad der Offenheit der politischen Öffentlichkeit ab.

Je nachdem, ob und welches Gewicht den genannten Funktionen zugeschrieben wird, kann man zwischen verschiedenen normativen Modellen von Öffentlichkeit unterscheiden, die charakteristisch für unterschiedliche Strömungen in der Demokratietheorie sind (Neidhardt 1994; Peters 2007 [2002], 187ff.). Drei zentrale Modelle sind das liberale Spiegelmodell von Öffentlichkeit, das diskursive Modell und das politisierende Modell von Öffentlichkeit (Ritzi 2014, 18off.).

4. Die demokratische Qualität politischer Öffentlichkeit

Für Jarren und Donges (2011, 96) ist Öffentlichkeit »nicht vorrangig ein beschreibbares, empirisches Phänomen, sondern ein normatives Postulat und damit ein anzustrebender Zustand« (ebd., Herv. im Original). Zwei solcher grundlegenden »Postulate« werden in der Regel in der Literatur unterschieden: das liberale Spiegelmodell von Öffentlichkeit und das maßgeblich von Jürgen Habermas im Kontext der deliberativen Demokratietheorie ausformulierten diskursive Modell von Öffentlichkeit (Neidhardt 1994; Gerhards 1997; Gerhards/Rucht 1998). Mit der Etablierung der »radikalen Demokratietheorie«, die vor allem von TheoretikerInnen aus dem französischen Sprachraum entwickelt wurde (Comtesse et al. 2019), hat eine andere Denkschule in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, die ebenfalls eine spezifische Konzeption von Öffentlichkeit impliziert. Auch das Modell politisierender Öffentlichkeit wird daher in den folgenden Überlegungen berücksichtigt.

Zentrale Bezugspunkte des *Spiegelmodells von Öffentlichkeit* bilden liberale Konzepte der Demokratietheorie (vgl. bspw. Ackerman 1989; Rawls 1993) und systemtheoretische Überlegungen (Luhmann 1990, 2000, 2010). In beiden Theorietraditionen wird in der Herstellung von Transparenz der entscheidende Beitrag der politischen Öffentlichkeit zum Gelingen der Demokratie gesehen (Neidhardt 1994, 9; Marcinkowski 1993, 46ff.). Die in der Gesellschaft vorhandene Vielfalt an Akteuren und Meinungen soll sich in der Öffentlichkeit widerspiegeln – jedenfalls sofern die Akteure dies wünschen. Ob und inwiefern die BürgerInnen sich auf den »Marktplatz der Ideen« begeben, bleibt ihnen jedoch überlassen. Ein hoher Anteil an aktiven BürgerInnen wird im liberalen Paradigma nicht als erforderlich (und teilweise nicht als wünschenswert) angesehen, da intensives Engagement das politische System stark fordert und viele Ressourcen bindet (Martinsen 2009, 47).

Bruce Ackerman (1989) argumentiert in seinem Aufsatz »Why Dialogue?«, dass unterschiedliche Gruppen in einer Gesellschaft in der Regel unterschiedliche prä-

politische Vorstellungen zu zentralen politischen Fragen haben können. Es gebe keinen Bezugspunkt, von dem aus ein Konsens zwischen den Positionen erreicht werden könne. Folglich sei die Erwartung des Konsenses oder der Herauskristallisierung einer öffentlichen Meinung – wie sie im Rahmen der Validierungs- oder Orientierungsfunktion beschrieben werden – unrealistisch. Auf der Basis der Erfahrung einer öffentlichen Debatte können die Akteure jedoch in Erfahrung bringen, in welchen Punkten sie (nicht) übereinstimmten und wie sie Kompromisse erzielen können (Ackerman 1989, 19ff.).³

Anders wird dies im Kontext des *diskursiven Modells von Öffentlichkeit* gesehen, welches z.T. auch als »Partizipationsmodell« (Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998, 37; Peters 2007 [2002], 190) bezeichnet wird. In diesem Modell kommt der Kommunikation des demos besondere Bedeutung zu: durch eine möglichst breite Beteiligung der BürgerInnen an der Öffentlichkeit sollen Konsens generiert und eine enge Rückbindung der gesellschaftlichen Interessen an die politischen Institutionen gewährleistet werden.

Habermas und Peters differenzieren zwischen dem »Zentrum« und der »Peripherie« des politischen Systems (Peters 1993; Habermas 1992). Das Zentrum besteht aus der Verwaltung, der Regierung, dem Gerichtswesen, dem parlamentarischen Komplex und den Parteien. Zu den Akteuren der Peripherie zählen neben organisierten Verbänden auch Interessengruppen, kulturelle Einrichtungen, die Kirchen und karitative Verbände. Hinzu kommt die »Zivilgesellschaft«, zu der Habermas vor allem spontan gebildete Assoziationen von gering organisierten, informellen Akteuren zählt (Gerhards 1997, 5).

Die politische Öffentlichkeit wird im diskursiven Modell an der Inputseite der Peripherie verortet, also zwischen der Zivilgesellschaft und dem Zentrum der Politik. Im normativen Ideal ist sie erstens dadurch bestimmt, dass sie von Akteuren aus der Peripherie beherrscht wird, vor allem von Akteuren der Zivilgesellschaft bzw. von den BürgerInnen selbst. In diesem Fall spricht Habermas von »autochtoner Öffentlichkeit«. Eine »vermachtete Öffentlichkeit« wird hingegen bestimmt durch Akteure des Zentrums bzw. der Output-Peripherie. Die Differenzierung zwischen autochtoner und vermachteter Öffentlichkeit basiert auf der Annahme, dass sich die Akteure der Peripherie anders kommunikativ verhalten als die Akteure des Zentrums: Während vor allem zivilgesellschaftliche Akteure als unbefangene, am Gemeinwohl orientierte Diskursteilnehmer konzeptionalisiert werden, gelten Akteure des Zentrums als eingespannt in Restriktionen ihrer Rollendefinitionen, die

3 Manche AutorInnen aus dem Kreis der liberalen Demokratietheorie betonen darüber hinaus die Bedeutsamkeit nicht-öffentlicher Räume (»nonpublic spheres«). So ist politische Legitimität beispielsweise für John Rawls (1993) nicht nur das Ergebnis von Öffentlichkeit, sondern basiert auch auf dem Ausschluss bestimmter Lebensbereiche aus der öffentlichen Sphäre u.a. das kirchliche, universitäre und das familiäre Leben (Rawls 1993, 220f.).

Ideologien ihrer Parteien und persönliche Interessen (Habermas 1992, 370). Folglich wird in diesem Modell erwartet, dass das Rationalitätsniveau mit dem Anteil der zivilgesellschaftlichen Akteure steigt und dass »wahre« Deliberation nicht möglich ist, wenn der Anteil der Zentrumsakteure an der öffentlichen Kommunikation zu hoch ist.

Außerdem ist das diskursive Modell von Öffentlichkeit durch die Art und Weise charakterisiert, wie kommuniziert wird. Alle BürgerInnen sollen dieselben Teilnahmemechanismen und den gleichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung haben und sich gegenseitig als gleichberechtigte DiskursteilnehmerInnen anerkennen. Die diskursive Arena soll also frei von Machtdifferenzen sein. Darüber hinaus fordert das Diskursmodell »komplexe, argumentativ begründete und dialogische Kommunikationen« (Peters 2007 [2002], 195). Die in den Diskurs eingebrachten Themen und Positionen sollen in der Öffentlichkeit begründet werden, zudem ist das Ziel der Deliberation die gegenseitige Überzeugung und nicht die Überredung oder Aushandlung (siehe Kersting 2019 in diesem Band, Kersting 2005, 2017).

Aus dem Ziel der gegenseitigen Überzeugung folgt – zumindest für Habermas – auch das dritte charakteristische Merkmal diskursiver Öffentlichkeit, das sich auf die Effekte und Resultate des öffentlichen Diskurses bezieht: Während aus vermachten Öffentlichkeiten lediglich »administrativ erzeugte Macht« und »Massenloyalität« für Entscheidungen des politischen Zentrums resultierten (Gerhards 1997, 7), sei als Resultat einer Deliberation in der autochthonen Öffentlichkeit eine konsensuale Entscheidung oder zumindest eine »diskursiv abgeschliffene Mehrheitsmeinung« (ebd.) zu erwarten, die den Anspruch erheben könne, eine von den Bürgern legitimierte Entscheidung zu sein und die daher die Validierungsfunktion in einem anspruchsvollen Sinne erfülle (Habermas 1992, 371). Wenn nicht zu Konsens, so führen öffentliche Diskurse in der politischen Praxis mindestens zur Sichtbarkeit von Dissens und zur Problematisierung verschiedener Standpunkte.

Das dritte *Modell politischer Öffentlichkeit* resultiert aus expliziter Kritik an der »entpolitisierenden« Wirkung der deliberativen Konsensorientierung einerseits und an der liberalen Offenheit gegenüber ökonomisch geprägten Macht- und Einflussstrukturen andererseits. Die radikale Demokratietheorie strebt eine Integration und Partizipation allerjenigen an, die in einem politischen Kollektiv leben bzw. die von einer politischen Entscheidung betroffen sind und betrachtet die Integration in das öffentliche Leben als konstitutiv für den Status eines Subjekts und die Entstehung des Politischen. Dass dieses Modell in theoretischen Arbeiten zu politischer Öffentlichkeit bislang ein Schattendasein fristet und in einschlägigen Publikationen kaum Erwähnung findet (siehe bspw. Martinsen 2009; Imhof 2008; Jarren/Donges 2011), mag daran liegen, dass der praktische Ertrag der Arbeiten radikaldemokratischer AutorInnen häufig gering ist. Vor allem die subjekttheoretischen Grundlagen der Arbeiten zur radikalen

Demokratietheorie sind abstrakt, was die Übertragung auf die politische Praxis erschwert. Angesichts des Bedeutungsverlusts etablierter Parteien und des hohen Mobilisierungs-, Innovations- und Thematisierungspotentials digitaler Medien, erscheint es jedoch dennoch sinnvoll, sich verstärkt mit radikaldemokratischen Ansätzen bzw. »Interventionen« (Flügel et al. 2004, 7) auseinanderzusetzen, die »das Politische« bzw. die Demokratie »nicht mehr als fixes Ensemble von Institutionen, als gesellschaftliches Teilsystem oder als Staat« (ebd.) begreifen, »sondern nur noch als konstitutiv umkämpftes Terrain, dessen Grenzen immer wieder neu ausgehandelt werden müssen« (ebd.).

So »gibt uns die diskurstheoretische Reformulierung der Hegemonietheorie Gramscis die analytischen Instrumente an die Hand, um hegemoniale Formationen angemessen beschreiben zu können, denn als Diskursttheorie geht sie weder von überkommenen Ebenenunterscheidungen noch von der essentialistischen Annahme präkonstituierter politischer Subjekte aus, ist doch die Identität dieser Subjekte so wie die Struktur hegemonialer Formationen selbst Produkt diskursiver Artikulation, nicht umgekehrt« (Marchart 2007, 109).

Öffentlichkeit dient in der radikaldemokratischen Perspektive nicht nur der Spiegelung hegemonialer Strukturen bzw. Machtverhältnisse, sondern auch der Konstitution politischer Subjekte und somit der Politisierung. Werden bestimmte Bevölkerungsteile direkt oder indirekt von der Möglichkeit ausgeschlossen, sich gesellschaftliches Gehör zu verschaffen, so kann dies als Indikator für eine Entpolitisierung bzw. Postdemokratisierung gedeutet werden.

Die Kriterien der Offenheit und Gleichheit spielen in der radikalen Demokratietheorie eine fundamentale Rolle. Offenheit bezieht sich nicht nur auf thematische Offenheit, deren Notwendigkeit schon aus dem Verständnis von Demokratie als unendliche Aufgabe bzw. als Unterbrechung der »Ordnung und Distribution von Körpern in der Gemeinschaft« (Rancière 1996, 125; Comtesse/Meyer 2011, 72ff.) resultiert, sondern legt besonderes Gewicht auf die Dimension der Teilhabe. »Nun ist das Eigene des politischen Dissens aber, dass die Partner nicht festgesetzt sind und auch nicht der Gegenstand und die Bühne der Diskussion« (Rancière 2008, 36). Inhaltlich bezieht sich das Kriterium der Offenheit auch auf den Einfluss verschiedener Rationalitäten. So bemängelt beispielsweise Wendy Brown (2011, 47f.), dass Öffentlichkeit heute überwiegend von »unternehmerischen« Denkweisen beherrscht und kaum noch von »demokratischen Prinzipien« geprägt sei, die es aus einer moralischen Perspektive heraus jedoch erst ermöglichten, die Teilhabe aller Bürger am gemeinsamen Entscheidungsprozess zu einem gesellschaftlichen Leitbild werden zu lassen.

Im Zentrum der Ausführungen radikaldemokratischer Autoren steht auch die Auffassung, dass Demokratien agonal verfasst sind. Demokratische Auseinandersetzungen über die angemessene Einrichtung des Gemeinwesens ließen sich nicht

in transzendentalen Rechts- oder Vernunftprinzipien verankern, das Streben nach Konsens und Einigkeit gleiche dem Verfolgen einer Illusion (Heil/Hetzel 2006, 9; Mouffe 1993, 5ff.). Aus dieser Prämisse ergibt sich die Forderung, dass angesichts der Kontingenz jeder gesellschaftlichen Ordnung der Ort der Macht aus demokratischer Perspektive »leer« bleiben muss (Lefort 1990), dass Demokratie als stets »im Kommen« begriffen wird (Derrida 2003) und dass dem Agonismus eine besondere Rolle zukommt (Mouffe 1993, 2007). Entsprechend kann die Konfliktivität neben der Offenheit und Gleichheit als ein drittes Merkmal des normativen Öffentlichkeitsmodells der radikalen Demokratietheorie bzw. des Postmarxismus rekonstruiert werden:

»For a radical and plural democracy, the belief that a final resolution of conflict is eventually possible, even if envisaged as an asymptotic approach to the regulatory ideal of a free and unconstrained communication, as in Habermas, far from providing the necessary horizon of the democratic project, is something that puts it at risk« (Mouffe 1993, 8).

Wie diese Übersicht über drei zentrale Modelle von Öffentlichkeit und ihre Zusammenfassung in Tabelle 1 aufzeigen, gibt es keinen Konsens in der zeitgenössischen Demokratietheorie über Qualitätskriterien der öffentlichen Debatte. Während der Liberalismus vor allem die freiheitlichen Aspekte der kommunikativen Sphäre fokussiert, legen diskursorientierte TheoretikerInnen darüber hinaus anspruchsvolle Kriterien an die Inhalte und Ergebnisse der politischen Öffentlichkeit an. Für radikaldemokratische AutorInnen hingegen steht das emanzipative und verändernde Potential der politischen Öffentlichkeit im Vordergrund – institutionelle Merkmale wie die Gewährung von Pressefreiheit hingegen rücken in den Hintergrund. Entsprechend unterscheiden sich auch die Bewertungen verschiedener Entwicklungen politischer Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter innerhalb der normativen Demokratietheorie. Im Folgenden werden exemplarisch einige zentrale Entwicklungsprozesse dargestellt und theoretisch eingeordnet.

Tabelle 1: Gegenüberstellung der drei normativen Modelle von Öffentlichkeit. Eigene Darstellung in Anlehnung an Ritti (2014, 194).

	Spiegelmodell von Öffentlichkeit	Diskursives Modell von Öffentlichkeit	Modell politisierender Öffentlichkeit
1. Wers soll kommunizieren und was soll repräsentiert sein?			
Arenenbesetzung/thematische Offenheit	Repräsentationsmodell, Akteurs- und Meinungsvielfalt sollen durch Offenheit gespiegelt werden.	Partizipationsmodell, »Zentrums-« und v.a. auch »Peripherie-Akteure«, insbesondere Vertretung zivilgesellschaftlicher Sprecher. Dient u.a. thematischer Offenheit.	Integrationsmodell, Öffentlichkeit dient der Konstitution des Politischen, v.a. Themen und Akteure sollen öffentlich sichtbar werden, die noch nicht politisch einflussreich sind.
2. Wie soll kommuniziert werden?			
Normative Standards öffentlicher Kommunikation	Anerkennung der anderen als Freie und Gleiche	Deliberatives Kommunikationsideal.	Konflikte sollen sichtbar werden, Kommunikation muss nicht diskursiv und konsensorientiert sein.
3. Welche Ergebnisse sollen erreicht werden?			
Thematisch/inhaltlich	Transparenz, wenn möglich Kompromissfindung.	Konsens oder argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung.	Konsens nicht wünschenswert; Verhinderung von Antagonismus (Mouffe).
Wirkung auf die Gesellschaft	Identifikation des Mehrheitswillens.	Legitimations- und Integrationsfunktion.	Austragen von Konflikten, Politisierung.

5. Politische Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter

Die Digitalisierung hat zu einer Entfesselung der politischen Öffentlichkeit geführt – was in der Literatur zunächst überwiegend als Befreiungsschlag gefeiert wurde (vgl. u.a. Rheingold 1994; Barber 1998; Dahlgren 2005; Bennett 2003; Turner 2013; Papacharissi 2015). Wie vielfältig und fundamental der Wandel der gesellschaftlichen Kommunikation ist, wurde dabei allerdings oft unterschätzt. Stattdessen führten die Überwindung von durch Zeilenangaben, Seitenzahlen oder Sendezeiten begrenzten Umfängen und die Öffnung neuer Diskursräume, in denen eine weit größere Zahl von Beteiligten kommunikative Inhalte binnen kürzester Zeit empfangen und senden konnte, zu großem Optimismus hinsichtlich der demokratischen Wirkungen digitaler Kommunikationskanäle (Fung 2013).

Tatsächlich erscheinen bestimmte Merkmale des Wandlungsprozesses der politischen Öffentlichkeit vor allem aus liberaler Perspektive vielversprechend: Die unendlichen Weiten des Internets bieten jeder und jedem von uns die Chance zur öffentlichen Artikulation. Das Sender-Empfänger-Modell der klassischen Massenmedien wird ergänzt um vielfältige und vielstimmige Foren, welche Diskussion und Deliberation ohne räumliche Begrenzungen erlauben. Und das Angebot an politischen Informationen, Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten ist durch digitale Technologien unbegrenzt und vielfältiger denn je geworden.

Auch die deliberative Demokratie kann von der Anwendung digitaler Technologien profitieren: So ist die Literatur über »online deliberation« bereits heute kaum noch zu überblicken (vgl. u.a. Coleman/Moss 2012; Witschge 2004; Davies/Gangadharan 2009) und angesichts der vielfältigen Möglichkeiten, Diskurse vermittelt über oder unterstützt durch kommunikative Hilfsmittel zu führen, liegt in der Erforschung politischer Diskurse und Diskursarenen ein zentrales Analysefeld der politischen Öffentlichkeitsforschung begründet. Beth Noveck (2009) hat beispielsweise die Etablierung eines »Wikigovernments« vorgeschlagen, das durch Kollaboration der BürgerInnen eine epistemische Verbesserung demokratischer Entscheidungen bewirken soll. Prominente AutorInnen wie James Fishkin (2009) sehen in Online-Tools eine wichtige Perspektive zur Ausweitung deliberativer »mini-publics«.

Gleichzeitig setzt sich die deliberative Theorie mittlerweile auch intensiv mit den Schattenseiten der »communicative plenty« (Ercan/Hendricks/Dryzek 2018) auseinander: Die Wissenschaftler diagnostizieren eine massive Expansion der Möglichkeiten zu Kommunikation und Information (online und face-to-face) und stellen die Frage, ob und unter welchen Bedingungen diese Entwicklung der politischen Öffentlichkeit bekommt. »For citizens, communicative plenty means there is much to access, understand, digest, listen to, reflect upon and discuss. For decision makers, communicative plenty means much more noise but also

more discursive opportunities« (ebd., 4). Während diese Entwicklung für liberale TheoretikerInnen primär eine Ausweitung von Möglichkeits- und Freiheitsräumen darstellt, fokussieren AutorInnen aus dem Kreis der deliberativen Theorie auf die damit verbundene Herausforderung der gesellschaftlichen Integration.

Eine zentrale Problematik der gewandelten politischen Öffentlichkeit liegt entsprechend für die deliberative Perspektive in ihrer zunehmenden Fragmentierung. Während der politische Entscheidungsraum weiterhin überwiegend staatlich organisiert ist (mit einer Tendenz zur supranationalen Integration), wird die Integration einer diesen Strukturen entsprechenden politischen Gemeinschaft zunehmend schwierig. Stattdessen ist zu befürchten, dass eine wachsende Zahl von BürgerInnen die Angebotsvielfalt des Internets nutzen könnte, um sich in »Echokammern« (Pariser 2012; Quattrociocchi 2017; Smith 2017) zurückzuziehen – und auch die Informationsvermeidung wird mit Hilfe digitaler Technologien vereinfacht, die neben gesellschaftlich-politischen Informationsangeboten beispielsweise auch eine Fülle reiner Entertainment-Angebote offerieren (Marzinkowski et al. 2019). Auch wenn die Bedeutung von Echokammern für den demokratischen Prozess aktuell nicht überschätzt werden sollte (Dubois/Blank 2018), liegt in der wachsenden Fragmentierung eine Herausforderung für die Demokratie, welche die Politikwissenschaft in den nächsten Jahren im Auge behalten sollte. Denn nicht nur persönliche Interessen können die Individuen dazu verleiten, sich aus der breiten Kommunikation über gesamtgesellschaftlich relevante Fragen zurückzuziehen, die Unterteilung der Gesellschaft in distinkte »Zielgruppen« entspricht auch einer marktwirtschaftlichen Logik.

Dies zu reflektieren ist angesichts der ökonomischen Dominanz weniger großer Technologiefirmen, v.a. mit Blick auf die Internet-Öffentlichkeit, von wachsender Bedeutung. Firmen wie Google, Facebook oder Amazon sind bereits heute marktbeherrschend und drohen in der Konsequenz auch die politische Öffentlichkeit im Sinne von Habermas (1990) zu »vermachten«. Mit der Publikation des Buches »The Net Delusion« (2011) zählt Evgeny Morozov zum Kreis jener AutorInnen, die schon früh auf die »dunkle Seite der Internetfreiheit« (ebd.) hinwiesen. Mit dem Skandal um Cambridge Analytica hat die wissenschaftliche Diskussion über neue Formen von Propaganda und andere, v.a. Web 2.0-gestützte, Wahlkampftechniken an Bedeutung gewonnen (vgl. u.a. Persily 2017).

Zum Kreis der ökonomischen Verlierer im »digitalen Zeitalter« zählen hingegen nennenswerte Teile der »klassischen« Massenmedien. Nicht zuletzt die Nutzung regionaler Zeitungsangebote unterliegt seit einigen Jahren einem gravierenden Schrumpfungsprozess (vgl. u.a. Pürer 2015, 67ff.), der nicht ohne Konsequenzen für den Grad der lokal- und regionalpolitischen Informiertheit vieler (v.a. junger) BürgerInnen bleibt. So weist beispielsweise die 2018 veröffentlichte Jugendmedienstudie aus, dass sich nur noch 10 Prozent der jungen Erwachsenen politisch über Zeitungen und Zeitschriften informieren.

Die vergleichsweise geringe (wenn auch nach wie vor durchaus relevante) Bedeutung journalistischer »gatekeeper« in digitalen Medien verstärkt das Informationsproblem, da der Grad der Zuverlässigkeit rezipierter Informationen sinkt. Möglichkeiten zur unprofessionellen, noch dazu anonymen und unpersönlichen Kommunikation sind ein Einfallstor für unaufrechte, einseitige und manipulative Kommunikationsformen – von denen teilweise nicht einmal klar sein muss, ob sie von Bots oder von Personen eingestellt und/oder verteilt wurden. Dies kann nicht nur zu einer Vertrauenskrise der BürgerInnen gegenüber der politischen Öffentlichkeit führen (Pleil 2012, 15f.), sondern eröffnet auch neue Manipulationsmöglichkeiten (Stichwort: fake news). Hinzu kommt, dass die Online-Angebote selbst etablierter Medienunternehmen stärker entlang ökonomischer Kennzahlen agieren als die »Offline-Angebote« und Aktualität als Nachrichtenfaktor gegenüber dem Kriterium der Relevanz an Bedeutung gewinnt. So befördert die durch digitale Technologien möglich gewordene systematische und regelmäßige Publikumsforschung einen Journalismus, der sich weniger an dem ausrichtet, was wichtig ist, sondern stärker an dem, was neu ist und gefällt (Weischenberg et al. 2006, 143). Auch dies kann zu Verzerrungen führen, die dem demokratischen Willensbildungsprozess nicht dienlich sind (Wolin 2008, 7ff.; Spiller et al. 2017, 6ff.; Rosa 2003).⁴

Das lineare Fernsehen, einst das mit Abstand wichtigste politische Leitmedium, unterliegt einem gravierenden Bedeutungsverlust – der jedoch neben der Konkurrenz durch Online-Angebote auch auf andere Ursachen zurückzuführen ist (Ritzi 2018). Nicht nur verlagert sich die Nutzung zunehmend auf Online-Mediatheken, Anbieter wie Netflix substituieren zunehmend den klassischen TV-Konsum – diese sind jedoch im Vergleich zu klassischen Rundfunkanbietern an vergleichsweise wenige gesetzliche Informationsvorgaben gebunden.

All das führt dazu, dass es für die Rezipienten oder NutzerInnen zunehmend schwierig wird, sich aus dem Strom der kommunikativen Angebote ein umfassendes und angemessenes Abbild der Wirklichkeit, zentraler Positionen und wichtiger Argumente zusammenzusetzen. Die Bedeutung massenmedial vermittelter Informationen für die Meinungsbildung kann in der Folge langfristig sinken. Lance Bennett und Shanto Iyengar (2008) haben vor diesem Hintergrund die »New Era of Minimal Effects« ausgerufen: Während die Effekte der Kommunikation von klassisch massenmedial agierenden Anbietern auf die Meinungsbildung sinken, steigt der Einfluss von Kommunikation in Netzwerken oder anderen interaktiven Foren. Individualkommunikation – oder in der Terminologie von Andreas Reckwitz (2017):

⁴ Eine ähnlich gerichtete qualitative Differenz ließ sich bereits in früheren Vergleichen von Tages- und Wochenzeitungen, öffentlich-rechtlichen und privaten TV-Angeboten nachweisen. Mit dem Einflussverlust vor allem der Tageszeitungen setzt sich also ein Trend fort, der aus demokratietheoretischer Perspektive problematisch ist.

singularisierte Kommunikation – gewinnt gegenüber der Massenkommunikation an Bedeutung. Die von Reckwitz (ebd.) konstatierte »Krise des Allgemeinen in der Gesellschaft« ist also nicht zuletzt das Ergebnis einer zunehmend dysfunktionalen politischen Öffentlichkeit – und eine entsprechende Dysfunktionalität widerspricht selbst den vergleichsweise geringen Anforderungen des liberalen Spiegelmodells.

Gemäß der deliberativen Demokratietheorie ist zeitgenössische Demokratie auf politische Öffentlichkeit als einen Ort nicht nur der Freiheit, sondern auch der Rationalität angewiesen – und zwar nicht nur einer formalen Rationalisierung. Es gilt also, einen Raum des Vernünftigen sozial, kulturell und politisch Geteilten aufzuspannen, der nicht überwiegend durch ökonomische Logik determiniert wird. Bislang ist das digitale Zeitalter hingegen primär von ökonomischer Rationalität und vom Prosperieren eines liberalen Marktplatzes der Ideen geprägt. Aus Sicht der deliberativen Theoretiker wird vor diesem Hintergrund die Frage zentral, wie man vernunftorientierte Alternativen zur ökonomisch-liberalen Rationalität stärken kann. Potential dazu bieten die digitalen Technologien – die Ausschöpfung dieser Möglichkeiten bleibt jedoch eine Herausforderung für die politische Wissenschaft und Praxis.

Aus Sicht der radikalen Demokratietheorie, in deren Zentrum die Kritik an erstarrten Institutionen, Strukturen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen steht, ruhen die digitalen Hoffnungen vor allem auf der Offenheit des Mediums Internet. Diese ergibt sich nicht nur aus seiner Grenzenlosigkeit, sondern auch aus dem – verglichen mit der traditionellen massenmedialen Publikationswelt – geringeren Institutionalisierungsgrad des Zugangs zu öffentlichen Sprecherrollen in der Online-Welt. Mittlerweile gibt es vielfältige Beispiele dafür, wie neue Medien dazu beitragen können, etablierte Akteure, soziale und politische (Macht-)Verhältnisse zu hinterfragen und neuen bzw. zuvor wenig einflussreichen Positionen und Akteuren, zu öffentlicher Sichtbarkeit und politischem Einfluss zu verhelfen. Als Beispiele können der Einfluss von Tweets auf den Verlauf des so genannten »arabischen Frühlings«, die #MeToo-Debatte und jüngst auch das Anti-CDU-Video des Youtubers Rezo genannt werden – aber auch grundlegend kann konstatiert werden, dass das Internet sich in den letzten zwei Jahrzehnten als Medium des Protests, des Konflikts und alternativer Politik etabliert hat. Dabei ist nicht nur an das starke Online-Engagement vieler rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien zu denken (Barlen et al. 2014), auch linke politische Positionen profitieren von der Verbreitung via Internet: »Without this technology [...], much alter-globalisation politics it would simply not happen«, konstatiert beispielsweise Dahlgren (2007, 55).

Auch die zunehmende Bedeutung visueller Kommunikation in der zeitgenössischen Öffentlichkeit (Müller/Knieper 2006), wird von radikaldemokratischen AutorInnen wie Jacques Rancière goutiert. Sie ist gemäß dieser Perspektive kein Aus-

druck von Oberflächlichkeit, sondern kann als »Ästhetisierung« gelten: »Es gibt eine Politik der Ästhetik, in dem Sinn, dass neue Formen der Zirkulation von Wörtern, der Ausstellung des Sichtbaren und der Erzeugung von Affekten neuen Fähigkeiten bestimmen, die mit der alten Konfiguration des Möglichen brechen« (Rancière 2009, 78). Dem Ideal einer »Demokratie im Werden« entsprechen nicht nur solche Wandlungsprozesse an und für sich – sondern auch konkrete Strukturmerkmale der »neuen« Öffentlichkeit können mit der radikalen Demokratietheorie positiv bewertet werden.

Anders als deliberative AutorInnen betrachten radikale DemokratietheoretikerInnen das zunehmende Auseinanderdriften politischer Gesellschaften und öffentlicher Diskurse also nicht negativ, sondern betonen die Bedeutung des Dissens, der Hinterfragung und Destabilisierung etablierter Machtstrukturen. Nicht-demokratisch erscheint aus dieser Perspektive jedoch – ebenso wie dies im liberalen und deliberativen Modell der Fall ist – die ökonomische Machtkonzentration in den Händen weniger Firmen. Ihre vorherrschende Stellung zu brechen scheint aus Sicht der Demokratietheorie geboten.

6. Fazit

Politische Öffentlichkeit wandelt sich im digitalen Zeitalter in vielerlei Hinsicht und diese Wandlungsprozesse sind von großer Bedeutung für die Qualität und Funktionsfähigkeit von zeitgenössischer Demokratie. Die Vielfalt der neuen politischen Diskurse, ihre Tiefe, thematische Breite und die hohe Zahl der Akteure zählen zu den Stärken politischer Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter – die geringe Integrationskraft und ihr drohender Zerfall in unverbundene (Teil-)Öffentlichkeiten hingegen geben Anlass zur Sorge.

Allerdings, und auch dies sollte anhand des Beitrags verdeutlicht werden, werden konkrete Wandlungsprozesse von politischer Öffentlichkeit zum Teil höchst unterschiedlich bewertet. So finden sich konkurrierende und widerstreitende normative Konzeptionen in der Literatur – hier wurden das liberale Spiegelmodell, das diskursive Modell und das radikaldemokratische Modell politischer Öffentlichkeit näher beleuchtet – deren Funktionszuschreibungen und Qualitätskriterien sich stark unterscheiden. Zu den Aufgaben zeitgenössischer politischer Öffentlichkeitsforschung zählt somit nicht nur die Analyse konkreter Konstitutionsformen und Veränderungen der öffentlichen Sphäre am Beginn des 21. Jahrhunderts, sondern auch die theoretische Weiterentwicklung und empirische Überprüfung demokratietheoretischer Konzeptionen von Öffentlichkeit.

Öffentlichkeit ist heute einerseits ein prägendes Merkmal moderner Gesellschaften, während die Garantie privater Räume eine im Kontext demokratischer Staaten zunehmend schwieriger zu gewährleistende Aufgabe ist (Becker/Seubert in

diesem Band; Ritzl 2017). Andererseits ist es nicht mehr selbstverständlich, dass die politische Öffentlichkeit sich – ohne bzw. im Rahmen der bestehenden staatlichen Steuerungsmaßnahmen – derart konstituiert, dass sie klassische demokratische Funktionen übernehmen kann. Dies gilt insbesondere für die Integration der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund müssen Beiträge zur zeitgenössischen Demokratietheorie verstärkt darüber reflektieren, welche Funktionszuschreibungen sie an politische Öffentlichkeit adressieren und welchen Beitrag Politik und Staatlichkeit, auch in Abwägung konfligierender Normen und Rechte, dazu leisten, damit politische Öffentlichkeit diese Aufgaben erfüllen kann.

Literaturverzeichnis

- Ackerman, Bruce (1989): Why Dialogue? In: *The Journal of Philosophy* 86 (1), S. 5–22.
- Barber, Benjamin (1998): Wie demokratisch ist das Internet? URL: <https://www.heise.de/tp/features/Wie-demokratisch-ist-das-Internet-3446176.html> (18.7.2019).
- Barlen, Julian/Brandstetter, Marc (2014): Fremdenfeindlich 2.0 – Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der digitalen Welt. In: Decker/Henningsen/Jakobsen (Hg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Band. 2. Baden-Baden, S. 303–320.
- Becker, Carlos/Seubert, Sandra (2019): Die Stärkung europäischer Grundrechte im digitalen Zeitalter: demokratiepolitische Potentiale am Beispiel des Privatheitsschutzes. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 241–262.
- Bennett, Lance (2003): New Media Power: The Internet and Global Activism. In: Couldry/Curran (Hg.): *Contesting Media Power*. Rowman und Littlefield, S. 17–38.
- Bennett, Lance W./Iyengar, Shanto (2008): A New Era of Minimal Effects? The Changing Foundations of Political Communication. In: *Journal of Communication* 58 (4), S. 707–731.
- Brown, Wendy (2011): »We are all democrats now...«. In: Agamben et al. (Hg.): *Democracy in What State?* New York, S. 44–57.
- Coleman, Stephen/Moss, Giles (2012): Under Construction: The Field of Online Deliberation Research. In: *Journal of Information Technology & Politics* 9 (1), S. 1–15.
- Comtesse, Dagmar et al. (2019): *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*. Berlin.

- Comtesse, Dagmar/Meyer, Katrin (2011): Plurale Perspektiven auf die Postdemokratie. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2 (1), S. 63–75.
- Dahlgren, Peter (2005): The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and DeliberationIn: Political Communication 22 (2), S. 147–162.
- Dahlgren, Peter (2007): Civic Identity and Net Activism: The Frame of Radical Democracy. In: Dahlberg/Siapera (Hg.): Radical Democracy and the Internet. Interrogating Theory and Practice. Hounds Mills u.a., S. 55–72.
- Davies, Todd/Peña Gangadharan, Seeta (2009) (Hg.): Online Deliberation. Design, Research, and Practice. Chicago.
- Derrida, Jacques (2003): Schurken. Frankfurt a.M.
- Dubois, Elizabeth/Blank, Grant (2018): The echo chamber is overstated: the moderating effect of political interest and diverse media. In: Information, Communication & Society 21 (5), S. 729–745.
- Ercan, Selen/Hendriks, Carolyn/Dryzek, John (2018): Public deliberation in an era of communicative plenty. In: Policy & Politics 47 (1), S. 19–36.
- Fishkin, James (2009): Virtual Public Consultation. Prospects for Internet Deliberative Democracy. In: Davies/Peña Gangadharan (Hg.): Online Deliberation. Design, Research, and Practice. Chicago, S. 23–36.
- Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (2004): Die Rückkehr des Politischen. In: Flügel/Heil/Hetzel (Hg.): Die Rückkehr des Politischen. Darmstadt, S. 7–16.
- Fung, Archon (2013): Infotopia: Unleashing the Democratic Power of Transparency. In: Politics & Society 41 (2), S. 183–212.
- Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34, S. 77–105.
- Gerhards, Jürgen (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, S. 1–39.
- Gerhards, Jürgen (1998a): Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In: Jarren/Krotz (Hg.): Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen. Baden-Baden, S. 25–48.
- Gerhards, Jürgen (1998b): Öffentlichkeit. In: Jarren/Sarcinelli/Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen und Wiesbaden, S. 694–695.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen.

- Habermas, Jürgen (1990 [1962]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuauflage. Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.
- Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (2006): Die unendliche Aufgabe. In: Heil/Hetzel (Hg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*. Bielefeld, S. 7–24.
- Imhof, Kurt (2008): *Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne*. Wiesbaden.
- Ingold, Albert (2017): Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten, *Der Staat* 56 (4), S. 491–533.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2011): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung*. 3. Auflage. Wiesbaden.
- Kersting, Norbert (2005): The quality of political discourse: Can E-discussion be deliberative? Paper at Annual Conference of the British Political Studies Association Leeds 5.–7. April 2005.
- Kersting, Norbert 2017: Online Partizipation und Medienkompetenz- Kann man Netiquette lernen. In: Gapski et al. (Hg.): *Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politischen Bildung und Medienbildung*. Berlin, S. 63–72
- Kersting, Norbert (2019): Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status Quo und Zukunft. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 105–121.
- Lang, Sabine (2001): Politische Öffentlichkeit im modernen Staat. Baden-Baden.
- Lefort, Claude (1990): Die Frage der Demokratie. In: Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt a.M., S. 281–297.
- Lippman, Walter (1997 [1922]): *Public Opinion*. New York.
- Luhmann, Niklas (1990): Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung. In: Luhmann (Hg.): *Soziologische Aufklärung*. 5. Konstruktivistische Perspektiven. Opladen, S. 170–182.
- Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (2010): Die Realität der Massenmedien. 4. Auflage. Wiesbaden.
- Marchart, Oliver (2007): Eine demokratische Gegenhegemonie. Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe. In: Fischer-Lescano/Buckel (Hg.): »Hegemonie gepanzert mit Zwang«. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis von Antonio Gramsci. Baden-Baden, S. 105–120.
- Marcinkowski, Frank (1993): Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse. Opladen.
- Martinsen, Renate (2009): Öffentlichkeit in der »Mediendemokratie« aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: Pfetsch/Marcinkowski (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift – Sonderheft 42*, S. 37–69.

- Marx Ferree, Myra et al. (2002): Four models of the public sphere in modern democracies. In: *Theory and Society* 31 (3), S. 289–324.
- Marzinkowski, Hanna et al. (2019): Kein »Like« für die Politik – Eine Erklärung der Nichtnutzung politischer Partizipationsangebote bei Facebook. In: Engelmann/Legrand/Marzinkowski (Hg.): *Politische Partizipation im Medienwandel*. Berlin, S. 247–273.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2018): JIM-Studie 2018. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart.
- Müller, Marion G./Knieper, Thomas (2006): Editorial zu dieser Ausgabe. In: *Publizistik* 51 (1), S. 1–2.
- Morozov, Evgeny (2011): *The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom*. London u.a.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. London und New York.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt a.M.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34, S. 7–41.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (2002): Öffentliche Meinung. In: Noelle-Neumann/Schulz/Willke (Hg.): *Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation*. Frankfurt a.M., S. 393–409.
- Noveck, Beth S. (2009): *Wiki Government: How Technology Can Make Government Better, Democracy Stronger, and Citizens More Powerful*. Washington.
- Papacharissi, Zizi (2015): *Affective Publics. Sentiment, Technology, and Politics*. Oxford.
- Pariser, Eli (2012): *The Filter Bubble. What The Internet Is Hiding From You*. London.
- Persily, Nathaniel (2017): The 2016 U.S. Election: Can Democracy Survive the Internet? In: *Journal of Democracy* 28 (2), S. 63–76,
- Peters, Bernhard (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M.
- Peters, Bernhard (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.
- Peters, Bernhard/Schultz, Tanjev/Wimmel, Andreas (2007 [2004]): Publizistische Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit. In: Peters (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M., S. 203–247.
- Pleil, Thomas (2012): Kommunikation in der digitalen Welt. In: Zerfaß/Pleil (Hg.): *Handbuch Online-PR*. Konstanz, S. 17–37.
- Pürer, Heinz (2015): *Medien in Deutschland: Presse – Rundfunk – Online*. Konstanz.

- Quattrociocchi, Walter (2017): Inside the Echo Chamber. How conspiracy theories spread online – and what can be done to stop them. In: *Scientific American* 316 (4), S. 60–63.
- Rancière, Jacques (1996): Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou/Rancière (Hg.): *Politik der Wahrheit*. Wien, S. 119–156.
- Rancière, Jacques (2008): Zehn Thesen zur Politik. Zürich und Berlin
- Rancière, Jacques (2009): *Der emanzipierte Zuschauer*. Wien.
- Rawls, John (1993): *Political Liberalism*. New York.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Frankfurt a.M.
- Rheingold, Howard (1994): *Virtuelle Gemeinschaft: Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers*. Bonn.
- Ritzi, Claudia (2018): Gegen die Post-Demokratie: Die öffentlich-rechtlichen Medien im digitalen Zeitalter. In: ORF: Der Auftrag Demokratie. Public Value Studie (Hg.). Wien, S. 27–48.
- Ritzi, Claudia (2017): Alte Sphären – neue Dimensionen. Die Politisierung von Privatheit im digitalen Zeitalter. In: Jacob/Thiel (Hg.): *Politische Theorie und Digitalisierung*. Baden-Baden, S. 83–112.
- Ritzi, Claudia (2014): Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven. Wiesbaden.
- Rosa, Hartmut (2003): Social Acceleration: Ethical and Political Consequences of a Desynchronized High-Speed Society. In: *Constellations* 10 (1), S. 3–33.
- Rössler, Beate (2001): *Der Wert des Privaten*. Frankfurt a.M.
- Sarcinelli, Ulrich (2011): Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. 3. Auflage. Wiesbaden.
- Smith, Trevor G. (2017): *Politicizing Digital Space. Theory, the Internet and Renewing Democracy*. Westminster.
- Spiller et al. (2018): Online-Medien/Netzmedien als journalistische Angebote In: Krone/Pellegrini (Hg.): *Handbuch Medienökonomie*. Wiesbaden, S. 1–17.
- Turner, Eric (2013): New Movements, Digital Revolution, and Social Movement Theory. In: *Peace Review: A Journal of Social Justice* 25 (3), S. 376–383.
- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz.
- Weßler, Harmut/Wingert, Lutz (2007): Der Sinn von Öffentlichkeitsforschung: Worum es Bernhard Peters ging. Eine Einleitung. In: Peters: *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M., S. 11–27.
- Witschge, Tamara (2004): Online Deliberation: Possibilities of the Internet for Deliberative Democracy In: Shane (Hg.): *Democracy Online. The Prospects for Political Renewal Through the Internet*. New York und London, S. 109–122.

Wolin, Sheldon S. (2008): Democracy Incorporated. Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism. Princeton.

Transnationale Öffentlichkeiten in der Digitalen Gesellschaft: Konzepte und Forschungsperspektiven

Barbara Pfetsch, Annett Heft und Curd Knüpfer

1. Einleitung

Die Auseinandersetzung mit transnationaler Öffentlichkeit ist eng mit zwei Diskursen verbunden. Zum einen wird über transnationale Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Globalisierung gesprochen. Globalisierungsprozesse sind durch nie zuvor gekannte Vernetzung und Verflechtung auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Lebensbereichen gekennzeichnet. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie transnationale politische Prozesse und Problemlagen jenseits und zwischen Nationalstaaten kommunikativ verarbeitet und politisch adressiert werden können. Dagegen steht die Sicht auf Öffentlichkeit als unverzichtbarer Kommunikationsraum demokratischer Prozesse im Nationalstaat.¹ Die Globalisierung hat auch zu der Frage geführt, ob die nationalstaatlichen Modelle von Öffentlichkeit auf die transnationale Ebene übertragbar sind und zum anderen, wie und in welcher Form Demokratie jenseits des Nationalstaates legitim und möglich ist und als Bezugsobjekt von Öffentlichkeit wirken kann (Brüggemann/Wessler 2014).

Während sich die Diskussion über transnationale Öffentlichkeit in den 2000er Jahren stark auf Fragen von Territorialität und Demokratie fokussierte, sind die konkreten Prozesse und Dynamiken der öffentlichen Kommunikation mit wenigen Ausnahmen (wie z.B. Volkmer 2014) unberücksichtigt geblieben. Dies hat sich in den vergangenen Jahren durch den Wandel der Kommunikation verändert. D. h. die Relevanz von transnationaler Öffentlichkeit stellt sich nicht mehr nur in Bezug auf die Frage, wie die demokratischen Imperative von Öffentlichkeit in einer globalen Welt erfüllt werden können. In der gegenwärtigen Diskussion richtet sich die Perspektive vielmehr auf den zweiten Diskurs, der die Form und die Qualität von öffentlicher Kommunikation jenseits des Nationalstaates in den Mittelpunkt stellt.

¹ Zur Relevanz politischer Öffentlichkeit im demokratischen Nationalstaat vgl. auch den Beitrag von Claudia Ritzi (2019) in diesem Band.

In dieser Perspektive konzentriert sich die gegenwärtige Debatte über transnationale Öffentlichkeit auf die Bedingungen und Folgen des Wandels von Kommunikationsinfrastrukturen infolge der Digitalisierung, deren zentrale Merkmale Vernetzung, Konnektivität und eine potentiell globale Reichweite der durch sie ermöglichten Kommunikations- und Informationsflüsse sind. Durch digitale Kommunikationsinfrastrukturen können Problemlagen, wie sie infolge der Globalisierung jenseits und zwischen nationalstaatlichen Zuständigkeiten entstehen, transnational öffentlich werden. Zugleich sind vorher nicht bekannte Gelegenheitsstrukturen der zivilgesellschaftlichen Vernetzung und politischen Mobilisierung entstanden, die neuen oder bisher vernachlässigten Themen und Debatten Aufmerksamkeit verschaffen und Handlungsdruck auf internationale und nationale Institutionen erzeugen können. Ein entscheidender Punkt dabei ist, dass digitale Medien und Kommunikationsinfrastrukturen durch ihre transnationale Reichweite neue Gemeinschaften und deren Vernetzung ermöglichen. Offen ist aber, inwiefern dadurch belastbare und dauerhafte transnationale Öffentlichkeiten entstehen oder lediglich Dissonanz und Lärm, die politisch folgenlos bleiben. Im Licht des technologischen Wandels der Kommunikation stellt sich daher auch – sowohl konzeptionell als auch empirisch – die Frage, wie transnationale Öffentlichkeiten theoretisiert werden können und unter welchen Bedingungen sie entstehen.

In unserem Text greifen wir diese Diskurse auf. Wir wollen einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den Konzepten von transnationaler Öffentlichkeit leisten, indem wir folgende Fragen in drei Abschnitten erörtern: Wie (mit welchen theoretischen Konzepten) wird transnationale Öffentlichkeit gedacht und was sind die Charakteristika transnationaler Öffentlichkeit infolge von digitalen Kommunikationsinfrastrukturen? In welchen Situationen entstehen transnationale (Netzwerk-) Öffentlichkeiten und wie kann man sie beschreiben: Wer sind ihre Sprecher und Publika und welche Themen werden verhandelt? Schließlich diskutieren wir blinde Flecken der Forschung und schlagen Fragestellungen vor, denen sich die zukünftige Forschung widmen sollte.

2. Konzepte (trans-)nationaler Öffentlichkeit

Im Mittelpunkt von transnationaler Öffentlichkeit stehen »phenomena of public communication that go across borders and transform these borders by establishing structures and cultures of communication that exist beyond the interaction of national states« (Brüggemann/Wessler 2014, 395). Die Besonderheit des Transnationalen ist nicht die Grenzüberschreitung an sich, sondern vielmehr, dass durch die Art der Grenzüberwindung die Relevanz nationaler Grenzen hinter andere Strukturierungsmerkmale zurücktritt. Befasst man sich mit Konzeptionen von *transnationaler Öffentlichkeit*, so findet man in der Forschungsliteratur drei unterschiedli-

che Ansätze, die sich nach ihrem grundlegenden theoretischen Zugang sowie der Reichweite und Bezugnahme von Öffentlichkeit unterscheiden. So kann man eine normativ-deliberative Konzeption, einen empirisch-analytischen Ansatz sowie eine reflexiv-konstruktivistische Perspektive auf transnationale Öffentlichkeit ausmachen. Die drei Ansätze unterscheiden sich danach, wie sie die Rolle des Nationalstaates und der Medienkommunikation konzipieren. Die normativ-deliberative Konzeption von Nancy Fraser (2007) setzt bei der Kritik an der Habermas'schen Öffentlichkeitstheorie an und reflektiert auf Deliberation und Diskurs in der Postdemokratie jenseits des Nationalstaates. Das empirisch-analytische Modell beruht auf weniger anspruchsvollen normativen Grundlagen und entwickelt transnationale Öffentlichkeit auf der Grundlage von Konzepten Europäischer Öffentlichkeit (Koopmans/Erbe 2004; Wessler et al. 2008; für einen Überblick siehe Pfetsch/Heft 2015). Die reflexiv-konstruktivistische Perspektive (Volkmer 2019) stellt eine radikale Wendung in der Öffentlichkeitskonzeption dar, weil der Fokus hier auf der Fluidität von situativ entstehenden Öffentlichkeiten und deren reflexiven Interdependenz in vernetzten diskursiven Räumen liegt.

2.1 Normativ-deliberatives Konzept transnationaler Öffentlichkeit

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung um transnationale Öffentlichkeit ist stark mit dem Globalisierungsdiskurs der 1990er und 2000er Jahre verbunden, der Prozesse der Verflechtung und Vernetzung von Ökonomie, Handel, multinationalen und politischen Organisationen in den Mittelpunkt stellt. In den Gesellschaftswissenschaften ist der Globalisierungsdiskurs unmittelbar mit der Frage verknüpft, welche Formen und Mechanismen demokratischer Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren in einer globalisierten Sphäre möglich sind und welche legitimen Institutionen, Macht- und Entscheidungsprozesse sowie Zurechnungen und Lösungskompetenzen politischer Akteure in Postdemokratien wirksam werden (Held 1991). Diese Fragen sind nicht zuletzt deshalb ein wichtiger Gegenstand, weil die Globalisierung eine Reihe von grenzüberschreitenden Problemen hervorgebracht hat, die sich u. a. in Umweltproblemen, Menschenrechtsfragen, Migrationsprozessen, globalen Gesundheitsfragen und Governanceproblemen (wie z.B. Korruption) niederschlagen. Es ist daher kein Zufall, dass der Globalisierungsdiskurs immer auch ein Diskurs über demokratische Prinzipien und Verfahren ist.

Nancy Fraser (2007) diskutiert das Demokratieproblem in der Perspektive der Habermas'schen Öffentlichkeitstheorie. Die Herausforderung bei der Konzeptualisierung von transnationaler Öffentlichkeit besteht für sie darin, dass sich Öffentlichkeit nicht mehr mit einem gemeinsamen räumlich, politisch, kulturell und sprachlich definierten Bezugsrahmen fassen lässt. So fällt das Prinzip, dass die Sprecher in Öffentlichkeiten der gleichen politischen Gemeinschaft mit gleichen

Partizipations- und Zugangsrechten angehören. Diese Vorstellung beruht auf dem westfälischen Modell der Nationalstaaten, in dem die Mitglieder einer gegebenen politischen Gemeinschaft selbstbestimmt in Entscheidungen eingebunden sind, die in geltendes Recht übersetzt werden. Die Beteiligungs- und Übersetzungsprozesse werden in diesem Fall durch nationale Massenmedien, Presse und Rundfunk, gewährleistet, die Kommunikationsprozesse für jedermann verständlich und inklusiv machen. Kulturell ist diese Öffentlichkeit gebunden an die subjektiven Einstellungen einer imaginierten nationalen Gemeinschaft. In transnationalen Konstellationen sind diese Bedingungen nicht mehr gegeben, so dass sich grundlegende Fragen der Übersetzung, Legitimierung und Effektivität der öffentlichen Meinung stellen.

Transnationale Öffentlichkeiten lösen sich von ihrer räumlichen Verankerung im Nationalstaat. Die Sprecher verorten sich daher nicht in einer national definierten politischen Gemeinschaft und sie adressieren ihre Forderungen nicht an einen gegebenen Nationalstaat als legitimes Entscheidungszentrum (Fraser 2007). Genauso wenig können supranationale Institutionen und Entscheidungssysteme wie z.B. die UN oder die WTO als Adressaten dieser Forderungen fungieren, weil sie nicht an die Öffentlichkeiten, die von ihren Entscheidungen betroffen sind, zurückgebunden sind. Dies trifft insbesondere im Bereich der Wirtschaft zu. Schließlich können in dieser Sicht die Medien keine transnationale Öffentlichkeit herstellen. Selbst globale Medien oder international operierende Nischenmedien sind wegen ihres vorwiegend kommerziellen Charakters nicht in der Lage, die kritische Funktion von Öffentlichkeit im Sinne der Kontrolle von transnationaler Macht zu übernehmen (Fraser 2007, 17).

Um transnationale Öffentlichkeiten neu zu denken ist zu fragen, unter welchen Bedingungen sie ihre Funktionen der Übersetzung, Legitimierung und Effektivität von öffentlicher Meinung behalten können. Die erste Bedingung ist die Inklusion der Sprecher und betrifft die Frage, wer in transnationalen Öffentlichkeiten legitimerweise sprechen darf. Hier votiert Fraser (2007, 22) dafür, dass die Zughörigkeit als Bürger eines Nationalstaates als notwendiges Kriterium für die Sprecherrolle aufgehoben wird. In transnationalen Settings müssten allen Betroffenen einer Entscheidung Sprecherrechte eingeräumt werden. Eine zweite Bedingung, die transnationale Öffentlichkeiten erfüllen müssen, betrifft die Übersetzungsleistung von öffentlicher Meinung in bindende Entscheidungen. Dies bedeutet, die Schaffung von supranationalen Institutionen als relevante Adressaten von öffentlichen Forderungen, denen Verantwortung für die entsprechenden Entscheidungen auferlegt wird. Diese müssten sie dann vor der transnationalen Öffentlichkeit der Betroffenen legitimieren. Diese Bedingungen sind gegenwärtig mitnichten erfüllt, so dass eine kritische transnationale Öffentlichkeit jenseits und zwischen Nationalstaaten unrealistisch erscheint. Gleichwohl verweist der kritische Impetus des normativen Ansatzes darauf, dass transnationale Öffentlichkeit in dieser Sicht unweigerlich

mit Forderungen einer Politisierung und Demokratisierung von transnationalem Regieren verbunden ist (Brüggemann/Wessler 2014, 400).

2.2 Europäische Öffentlichkeit als regional verankerte transnationale Öffentlichkeit

Während die Frage des Zusammenhangs von demokratischer Ordnung und Öffentlichkeit mit Bezug auf globale Systeme und Weltgesellschaften auf abstrakter Ebene geführt wird, ist sie in der Auseinandersetzung um die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit auf konkrete räumliche und politische Bezugssysteme bezogen und für die politische Praxis folgenreich. Infolge der geteilten Feststellung eines demokratischen Defizites der Europäischen Union hat sich die empirische Forschung seit den 1990er Jahren mit realitätstauglichen Konzepten von europäischer Öffentlichkeit und den Bedingungen ihrer Entstehung auseinandergesetzt. Europäische Öffentlichkeit wird dabei als spezifische regional und politisch definierte transnationale Öffentlichkeit begriffen, deren Bezugsrahmen das Institutionengefüge der EU sowie die politische Gemeinschaft der Europäer sind (Risse 2015). Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Debatte sich nicht auf das Problem des Geltungsraumes von Öffentlichkeit bezieht, sondern in erster Linie auf die Kommunikationsprozesse, die Öffentlichkeit in einem gegebenen politischen Rahmen ermöglichen.

Im Gegensatz zum normativ-deliberativen Theorieentwurf von Nancy Fraser, die Öffentlichkeit von der räumlichen Bindung an den Nationalstaat zu lösen versucht, stellen die Ansätze von europäischer Öffentlichkeit die Vorstellung von Nationalstaaten und nationalen Öffentlichkeiten nicht in Frage. Sie suchen vielmehr nach Bedingungen, unter denen transnationale Öffentlichkeiten innerhalb und zwischen nationalen Öffentlichkeiten in Europa möglich werden bzw. sich diese überlagern oder überschneiden. Ein weiterer Unterschied zu den deliberativen Konzepten besteht darin, dass in ersteren nach wie vor hohe normative Anforderungen an Öffentlichkeit als Diskursraum gestellt werden, während die Modelle von europäischer Öffentlichkeit in Bezug auf die demokratischen Funktionen und die Qualität der Kommunikation weniger anspruchsvoll sind. Europäische Öffentlichkeit wird hier als empirisch zu vermessender Kommunikationsraum verstanden, der sich durch gegenseitige Beobachtung und Bezugnahme von Sprechern in nationalen und europäischen Arenen auf gemeinsame Themen situativ herstellt. Für Gerhards (2002) bezeichnet europäische Öffentlichkeit die Bezugnahme auf europäische Sprecher und Themen in nationalen Öffentlichkeiten. Für Eder und Kantner (2000) ist die Gleichzeitigkeit von Debatten über die gleichen Themen in unterschiedlichen nationalen Öffentlichkeiten die entscheidende Bedingung von europäischer Öffentlichkeit. Für Wessler et al. (2008) konstituiert sich Europäische Öffentlichkeit durch das Zusammenspiel von gegen-

seitigen Beobachtungen und Bezugnahmen und der inhaltlichen Konvergenz der Themen. Zusätzlich zu diesen notwendigen Bedingungen entsteht europäische Öffentlichkeit erst, wenn die Kommunikationen identitätsstiftende Wir-Bezüge auf die politische Gemeinschaft der Europäer aufweisen. Die Autoren knüpfen hier an den diskursiv-deliberativen Ansatz von Öffentlichkeit bei Peters (1994) an.

Die Forschung zu europäischer Öffentlichkeit ist insbesondere davon geprägt, transnationale Öffentlichkeit als empirische Größe mit den Methoden der empirischen Sozialforschung zu vermessen. Dabei liegt der Fokus auf den Kommunikationsprozessen von Sprechern innerhalb und zwischen nationalen Öffentlichkeiten sowie zwischen nationalen Öffentlichkeiten und der europäischen Ebene. In diesem Sinne unterscheiden Koopmans und Erbe (2004) in ihrem Modell zwischen einer vertikalen Transnationalisierung, die die Kommunikation zwischen nationalstaatlichen Akteuren und der supranationalen Ebene der EU erfasst. Als zweite Dimension gilt eine horizontale Europäisierung, welche grenzüberschreitende Beobachtungen und Referenzierungen unterschiedlicher nationaler Akteure untereinander erfasst. Transnationalisierung bezeichnet in diesem Sinne das Zusammenspiel von horizontalen und vertikalen Kommunikationen von Akteuren in unterschiedlich verfassten nationalen Räumen. Diese Konzeptualisierung bedingt, dass Transnationalisierung als ein anhaltender dynamischer Prozess zu begreifen ist, der in Abhängigkeit von Themen, Sprecherpositionen und Aufmerksamkeitsökonomien sichtbar wird.

Wenn Transnationalisierung in Europa als empirisch messbarer Kommunikationsprozess begriffen wird, konzentriert sich die Forschung insbesondere auf die nationalen Medien als Arenen und Motoren der Transnationalisierung. Beobachter und Forscher teilen die Einsicht, dass die Entwicklung und Entstehung eines pan-europäischen Mediensystems, das umfassende Funktionen der Transnationalisierung von Kommunikationsflüssen bewerkstelligen könnte, auf absehbare Zeit unrealistisch ist. Daher sind es die Massenmedien in nationalen Bezugsräumen, denen die zentrale Rolle in Transnationalisierungsprozessen eingeräumt wird. Sie sind die Gatekeeper horizontaler und vertikaler Informationsflüsse und Beobachtungen und können auch in ihrer eigenen Rolle als Kommentatoren entweder als Motoren oder Bremsklötze von Transnationalisierungsprozessen fungieren. In dieser Hinsicht ist es auch nicht verwunderlich, wenn der überwiegende Teil der empirischen Forschung über europäische Öffentlichkeit aus vergleichenden Medienanalysen besteht.

2.3 Transnational vernetzte Ökologien von Publicness

Die dritte Perspektive, mit der transnationale Öffentlichkeit theoretisiert wird, bezieht sich auf die Idee einer »transnationally connected ecology of publicness« (Volkmer 2019, 246). Dieser Ansatz greift auf verschiedene Elemente der bisher dis-

kutierten Theorien und Forschungsansätze zurück. Er kann als Brücke zu den für digitale Kommunikationsräume etablierten Theorien einer Netzwerköffentlichkeit dienen. Das Konzept überwindet die Verankerung von Öffentlichkeiten im Nationalstaat und fokussiert vielmehr auf variable Räume von Öffentlichkeit, die nicht territorial fixiert sind. Zudem stehen Prozesse der kommunikativen Vernetzung im Mittelpunkt. Sprecher in diesen öffentlichen Räumen sind nicht mehr durch nationale Zugehörigkeiten und formale Bürgerrollen definiert, sondern können ihre Legitimierung aus ziviler Subjektivität und Betroffenheit von globalen Problemen beziehen. Demnach sind transnationale Öffentlichkeiten geprägt durch öffentlich sichtbares Handeln und diskursiven Aktivismus auf ganz unterschiedlichen politischen Ebenen. Der Ansatz transnational vernetzter Öffentlichkeitsökologien (Volkmer 2019, 243) bezieht sich auf den Globalisierungsdiskurs und greift auf Ideen der glocalisation (Giddens 1990) einerseits und der Netzwerkgesellschaft (Castells 2008; siehe auch Van Dijk/Hacker 2018) andererseits zurück.

Im Mittelpunkt von transnational vernetzten Öffentlichkeitsökologien stehen vielfältige und fluide Kommunikationsprozesse, die insbesondere aufgrund der Medienentwicklung eine eigene Dynamik annehmen und daher weder materiell-räumlich noch in Bezug auf die Sprecherrollen und das Sprecherensemble fixierbar sind. Es geht also um eine Fluidität von transnational verbundenen Kommunikationsräumen, die das Öffentlich-Werden von ganz unterschiedlichen und nicht vorher festgelegten Sprechern ermöglichen und ganz eigene Kommunikationsdynamiken freisetzen.

Eine zweite Komponente in diesem Ansatz ist die Bereitstellung von transnational geteilten Informationsflüssen, die sich von festen Organisationsformen wie traditionellen Massenmedien lösen und eine fluide Topographie von Öffentlichkeit herstellen. Diese konstruktive Sichtweise auf transnationale Öffentlichkeit ermöglicht Kommunikationen, wie sie Chadwick et al. (2016) als Informationsflüsse in einem »hybriden Mediensystem« beschreiben. Dieses umfasst einerseits Angebote von traditionellen Massenmedien, die inzwischen auf digitalen Clouds weltweit verfügbar sind, wie auch individuelle Blogs, Nachrichtenportale, Suchmaschinen und Soziale Medien. Transnationale Informationsökologien entstehen dabei nicht nur durch traditionellen Journalismus (wie etwa Auslandskorrespondenten), sondern werden auch durch transnational agierende Journalistennetzwerke, Daten-Journalisten und Themennetzwerke bedient (Volkmer 2019; siehe auch Alfter 2019; Heft 2019). Die Konstruktion von Öffentlichkeit in translokalen Kommunikationsökologien ist zudem eingebettet in lokale Traditionen und Praktiken (z.B. muslimische oder afrikanische Öffentlichkeitskulturen), hat also eine starke kulturelle Verankerung. Beide Dimensionen greifen damit auf Eigenschaften zurück, die auch für Theorien digitaler Netzwerköffentlichkeiten prägend sind. So definieren Benkler et al. (2015, 596) Netzwerköffentlichkeiten als »the range of practices, organizations, and technologies that have emerged from networked communication as an

alternative arena for public discourse, political debate, and mobilization alongside, and in interaction with, traditional media.« Netzwerköffentlichkeiten als Teil von hybriden Mediensystemen bzw. politischen Kommunikationsökologien (Häussler 2019) können aufgrund der technischen Affordanzen national fixierte territoriale Räume überwinden, müssen es aber nicht. Dies bedeutet, dass Netzwerköffentlichkeiten nicht automatisch transnational sind, dass aber transnationale Öffentlichkeit auf (digitale) Vernetzung angewiesen ist.

3. Charakteristika transnationaler Öffentlichkeiten unter den Bedingungen von Digitalisierung

Die Theorieentwicklung verweist uns auf den Umstand, dass dem technologischen Wandel und der (politischen) Gestaltung von Kommunikationstechnologien eine immense Bedeutung bei der Transnationalisierung von Öffentlichkeit zukommt. Dieser Wandel ist aber nicht im Sinne eines Technikdeterminismus zu begreifen, der in einseitiger Weise auf soziale und politische Beziehungen wirkt. Vielmehr ermöglichen technische Affordanzen, Kommunikationsräume und Arenen für soziales und politisches Handeln, deren Dynamik wieder auf die Technik zurückwirkt. In diesem Wechselspiel weisen transnationale Öffentlichkeiten unter der Bedingung der Digitalisierung spezifische Charakteristika auf, die wir im Folgenden diskutieren.

3.1 Merkmale transnationaler digitaler Netzwerköffentlichkeiten: Volatilität und Hybridität

Technische Affordanzen der Kommunikationsinfrastruktur bedingen, dass transnationale Öffentlichkeiten insbesondere als Netzwerköffentlichkeiten sichtbar werden. Solche Öffentlichkeiten zeichnen sich aus durch ihre »distributed architecture with multidirectional connections« (Benkler 2006, 212), erlauben also bidirektionale Vernetzungen (Neuberger 2009), auch unabhängig von territorialen Orten. Gleichwohl dokumentiert die überwiegende Zahl von Studien, dass die meisten Netzwerköffentlichkeiten aufgrund der Sprache national oder kulturell fixierte Debatten- oder Mobilisierungsnetzwerke sind (z.B. Bastos et al. 2013; Benkler et al. 2015; Heft et al. 2017; Maireder et al. 2014). Eine Chance der Transnationalisierung ergibt sich dadurch, dass Netzwerköffentlichkeiten sich im Umfeld der Mobilisierung politischer Streitthemen entwickeln und daher politikfeldspezifische Charakteristika aufweisen (Schünemann et al. 2016). Dies bedeutet, dass die transnationale Vernetzung höchstwahrscheinlich entlang von Themen und Problemlagen geschieht, die in unterschiedlichen Ländern sowie jenseits und zwischen nationalen Räumen relevant und mit Aussicht auf Erfolg mobilisierbar sind.

Die häufigste Erscheinungsform von transnationalen Öffentlichkeiten sind daher situative, volatile, digitale Themennetzwerke, die sich um grenzüberschreitende Probleme bilden. Transnationale Öffentlichkeiten entstehen z.B. im Bereich der Umweltpolitik (Rohrschneider/Dalton 2002) bzw. des Klimawandels (Schünemann et al. 2016), von Lebensmittelsicherheit (Brem-Wilson 2017), sowie transnationalen Problemlagen, die als Globalisierungsfolgen bezeichnet werden können. Dazu gehören Migration, Umweltkatastrophen (Hopke 2016), globale Erwärmung (Häussler 2019), Menschenrechtsverletzungen, z.B. durch internationalen Menschenhandel (Meriläinen/Vos 2015) oder Steuerflucht (Heft 2019). Transnationale Öffentlichkeiten entstehen aber auch durch Solidarisierungen gegen Unrecht und Ungleichheit wie z.B. bei der Anti-Apartheid-Bewegung (Klotz 2002, 4) oder der internationalen Menschenrechtsbewegung (Murdie 2014). Wichtig ist der Aspekt, dass bei transnationalen Öffentlichkeiten vor allem solche Mobilisierungen auftreten, bei denen globale und lokale Aspekte eines Themas miteinander verknüpft werden können (Hopke 2016).

Transnationale Öffentlichkeiten können auch infolge von Medienevents entstehen, die globale Aufmerksamkeiten provozieren, Debatten anregen und in den Dynamiken hybrider Mediensysteme bearbeitet werden. Dazu gehören politische Großereignisse wie regionale oder gar UN-indizierte Gipfeltreffen genauso wie Terroranschläge etwa am 11. September 2001 in New York oder 2015 in Paris und schließlich Ereignisse, die stark umstritten oder skandalisierbar sind wie die Mohamed Cartoons oder die Abu Ghraib Fotos von 2004 (Brüggemann/Wessler 2014, 403). Für solche Situationen von kurzfristiger transnationaler Öffentlichkeit ist entscheidend, dass nach den temporären Events Anschlusskommunikationen in themenbezogenen Netzwerken entstehen.

Wichtig ist, dass transnationale Öffentlichkeiten stark von der Dynamik der Mobilisierung durch digitale Medien geprägt sind. Die »connective action« (Bennett/Segerberg 2012) setzt dann kurzfristig Agenda building-Prozesse (Pfetsch et al. 2016) in Gang. In diesen Thematisierungsprozessen bewirken digitale Kommunikationsinfrastrukturen nicht nur die Möglichkeiten zur Überwindung territorialer und nationaler Kommunikationsräume, sondern in der Folge auch Amplifizierungen z.B. jenseits der Räume, in deren politischem Geltungsbereich sie eigentlich liegen. Zentrale Infrastrukturen sind hier aber nicht nur die digitalen Netzwerke, sondern auch transnationale traditionelle Medien wie CNN International oder Al Jazeera. So ist für transnationale Öffentlichkeiten typisch, dass digitale Plattformen und soziale Netzwerke Interaktionen mit traditionellen Massenmedien eingehen. Hybridität stellt ein wesentliches Merkmal dieser technischen Infrastruktur transnationaler Kommunikation dar (Chadwick et al. 2016), die auch dadurch getragen wird, dass neue Formen von Journalismus entstanden sind. Transnational agierende Rechercheverbünde und Journalistennetzwerke (Hänska 2018; Heft 2019) sorgen durch ihre gemeinsame Arbeit oder Recherchen an gemeinsamen Stories

für eine Verknüpfung von globalen und lokalen Aspekten bei transnationalen Themen. Sie stellen zudem die Transnationalisierung von Informationsflüssen auf eine professionelle Basis. Durch die Vernetzung von professionellen Kommunikatoren entsteht eine mehr oder weniger stabile Gelegenheitsstruktur für transnationale Kommunikation, die immer wieder mobilisierbar ist. Wie die Recherchen zu LuxLeaks oder zu den Panama Papers zeigen, die zu Rücktritten von Regierungen oder internationalen Sanktionen geführt haben (Lewis 2018), können die so entstehenden transnationalen Öffentlichkeiten durchaus kritische Funktionen haben und politisch wirksam werden. In diesen Fällen haben transnationale Netzwerköffentlichkeiten demokratische Kontrollfunktionen ausgeübt, wie sie den Medien als vierte Gewalt im Nationalstaat zugeschrieben werden.

3.2 Heterogene Sprecherensembles

In Bezug auf die Sprecherensembles gleichen sich nationale Öffentlichkeiten in traditionellen Massenmedien und transnationale Öffentlichkeiten, da beide der gleichen Aufmerksamkeitsökonomie unterliegen. In beiden Fällen kann man entlang einer Macht- und Aufmerksamkeitsarithmetik zwischen Entscheidungsträgern, z.B. politischen und wirtschaftlichen Eliten einerseits, und Herausforderern, z.B. Gruppen und Bewegungen, die keine Machtpositionen haben oder in der Opposition sind, andererseits unterscheiden (Kriesi 2004). Nimmt man die Konstellation der Sprecherrollen in Netzwerköffentlichkeiten in den Blick, zeigen z.B. Benkler et al. (2015) für die USA, dass hier Gruppen und Personen agieren, die in den traditionellen Medien oft keine Machtpositionen einnehmen. Das Sprecherensemble in Netzwerköffentlichkeiten erlaubt hier neuartige Konstellationen einer »fluid community of like-minded peers who are concerned citizens of diverse societies«, deren Kommunikation durch Aufmerksamkeits- und Mobilisierungsstrategien gekennzeichnet sind (Volkmer 2019, 240). Diese Sprechergruppen sind in erster Linie durch hohe Heterogenität gekennzeichnet.

In der Forschungsliteratur ist die Diskussion über Sprecher in transnationalen Öffentlichkeiten eng verknüpft mit Arbeiten über transnationale soziale Bewegungen, transnational operierende NGOs und Analysen der global civil society (Comor 2001), die in unterschiedlichen Politikfeldern und Themenbereichen aktiv sind. Wie Norman (2018) zeigt, bilden sich diese Organisationen im Umfeld des Zentrums von Entscheidungsstrukturen internationaler Regime oder sie organisieren segmentierte Öffentlichkeiten an der Peripherie von globalen Fragen bzw. am Rande von internationalen Foren oder Events. Dadurch, dass ihre Mobilisierungs- und Kommunikationsstrategien aus dem Repertoire der Außenseiter und Herausforderer stammen, verstehen manche Beobachter die transnationale Zivilgesellschaft als Folge der »globalization from below« (Fox 2005).

Die Heterogenität der Sprecher in transnationalen Öffentlichkeiten kommt schließlich auch dadurch zustande, dass bei digitalen Kommunikationsinfrastrukturen schwer unterschieden werden kann, ob die Kommunikation von »realen« Nutzern stammt oder von Meinungsrobotern, die auf anonymen Servern irgendwo in der Welt programmiert werden. Transnationale Öffentlichkeit kann auch als unbeabsichtigte Folge von intransparenten technisch induzierten Kommunikationsprozessen entstehen, die an ganz unterschiedlichen Orten aktiviert werden und deren Urheber nicht notwendigerweise transparent sind. So zeigt zum Beispiel eine Untersuchung des britischen Unterhauses zur Kommunikation in der Brexit-Kampagne von 2016 (House of Commons 2019), dass die digitale Kommunikation vor dem Referendum durch eine dezentrale intransparente (Des-)Informationskampagne ausländischer Akteure geprägt war, die an ganz unterschiedlichen Orten dezentral programmiert wurde.²

3.3 Fluide Gemeinschaften

Kritisch für die Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit ist die Frage nach den Gemeinsamkeiten auf der Ebene der Rezipienten und Kommunikantenteilnehmer. Es liegt auf der Hand, dass Öffentlichkeiten am leichtesten vorstellbar sind, wenn ihre Teilnehmer Mitglieder gemeinsamer politischer Entitäten sind, sich auf eine gemeinsame Identität stützen können oder Merkmale wie Sprache oder Kultur teilen. Transnationale Öffentlichkeiten sind aber schwerlich als Gemeinschaft von »citizens across societies« vorstellbar, wie Volkmer (2019, 251) vermutet. Sie können sich kaum auf supranationale Identitäten oder Gefühle von globaler Zugehörigkeit beziehen. So zeigt Jung (2008) auf der Grundlage einer Analyse des World Value Survey, dass die Globalisierung kaum zur Herausbildung von supranationalen Zugehörigkeiten im Sinne von Weltbürgertum führt. Allenfalls fühlen sich Menschen in einer kurzen Lebensphase oder Momenten als global citizen. Dagegen spielen auch in transnationalen Öffentlichkeiten politische, kulturelle wie auch regionale Faktoren nach wie vor eine wichtige Rolle. Die Beispiele von europäischer, arabischer oder afrikanischer Öffentlichkeit zeigen, dass transnationale Gemeinschaftsbildungen (Brüggemann/Wessler 2014, 400) in kulturellen Praktiken, gemeinsamen Erinnerungskulturen oder historischen Erfahrungen begründet sind. Schließlich zeigen Vicari (2014), der transnationale Öffentlichkeiten im Bereich der Global-justice-Bewegung untersucht, und Shumate/Dewitt (2008), die

² Die Recherche der Untersuchungskommission ergab, dass neben Unternehmen, die zu Cambridge Analytica gehören (SCL Group), russische Firmen, die Präsidentschaftskampagne Trumps und auch rechtspopulistische Think Tanks, die von den US amerikanischen Multimilliardären Charles und David Koch unterstützt werden, in dem Netzwerk aktiv waren (House of Commons 2019, 47).

über die globale HIV/AIDS-Debatte arbeiten, dass globale soziale wie ökonomische Ungleichheiten auch in Themennetzwerken auftreten. Das Nord-Süd-Gefälle globaler Entwicklung ist in der virtuellen Öffentlichkeit ebenso sichtbar ist wie in der politischen und sozialen Welt.

Die starke Gebundenheit an die digitale Kommunikationsinfrastruktur führt indessen zu einem noch radikaleren Wandel der Rollen in Öffentlichkeiten, die sich insbesondere auf die Transnationalisierung auswirkt. Durch die Bidirektionalität von Kommunikation in digitalen Netzwerken werden die klaren Differenzierungen und Grenzen von Sprecher-, Kommunikatoren- und Publikumsrollen brüchig. Die Netzwerkkommunikation ermöglicht fluide Rollenwechsel, Produzenten sind gleichzeitig auch die Rezipienten von Botschaften (Bruns 2008; Neuberger 2009). Die Aufgabe der strikten Trennung von Urhebern, Medien und Adressaten bewirkt zunächst ein breiteres Spektrum von Stimmen in Netzwerköffentlichkeiten, welche in Prozessen von Agenda-Setting, Framing und Mobilisierung eingebunden sind (Benkler et al. 2015, 614). Infolge der Auflösung von Rollen kommt es auch dazu, dass vormals designierte Sprecher, Eliten oder Repräsentanten von Mehrheiten ihre Stellung in der Öffentlichkeit verlieren und Minderheiten, Außenseiter oder gut mobilisierbare Interessen grenzüberschreitend gehört werden und wahrnehmbar sind (ebd., 614).

Transnationale Öffentlichkeiten stützen sich daher auf neuartige Gemeinschaften, die in massenmedialen Settings in unterschiedliche Sprecher- und Publikumsrollen geteilt wären, die aber nun im gleichen grenzüberschreitenden Kommunikationsnetzwerk eingeschrieben sind. Transnationale Facebook- oder Twittercommunities sind Beispiele für solche Kommunikationsgemeinschaften. Die Nachhaltigkeit der Dynamik infolge von »connective action« (Bennett/Segerberg 2012) ist indessen begrenzt. Versuche, die Mobilisierung in feste Organisationsformen zu transformieren und damit politische Bewegungen zu stabilisieren, scheitern in der Regel. Konflikte und kulturelle Unterschiede innerhalb von Gruppen einerseits und die Fluidität und Volatilität von Netzwerken andererseits beschränken die Verständigung bzw. ein gemeinsames Verständnis über das Ziel und den Inhalt der Kommunikation (Bennett et al. 2014). Da jenseits des spezifischen Interesses, das die Teilnehmer von Netzwerken teilen, oft keine weiteren Gemeinsamkeiten vorhanden sind, brechen die vormals überwunden geglaubten Unterschiede und Gegenstände der Crowd wieder auf.

4. Forschungsfragen

Die Charakterisierung von transnationalen Öffentlichkeiten als eher situative, hochgradig dynamische und volatile hybride Themennetzwerke jenseits und zwischen nationalen Öffentlichkeiten wirft für die Sozialwissenschaft und in-

terdisziplinäre Gesellschaftsforschung eine Reihe von Fragen auf, die in eine Forschungsagenda eingehen sollten.

Zunächst stellt sich anknüpfend an die normativen Aspekte von Öffentlichkeit die Frage, welche Konsequenzen die Herausbildung von transnationalen Öffentlichkeiten für die Qualität der politischen Kommunikation und für die Demokratie hat. Wie die Pro-Brexit-Kampagne und der Präsidentschaftswahlkampf von Donald Trump zeigen, können die Mechanismen der digitalen Vernetzung und transnationalen Kommunikation auch auf nationale Debatten und Politikprozesse zurückwirken. Desinformationskampagnen ausländischer Akteure können gezielt nationale demokratische Prozesse und Strukturen unterlaufen oder aber lokale Diskursteilnehmer durch externe Vernetzung amplifizieren und ihnen dadurch ein größeres Gewicht in nationalen Debatten verschaffen.

Dazu kommt, dass die Identifikation von Akteuren und die Zurechenbarkeit von Aussagen in hybriden und fluiden Kommunikationsnetzwerken nur eingeschränkt gegeben ist, was es erschwert, die Legitimität der entstehenden öffentlichen Meinung zu beurteilen. Zudem sind Massenmedien als diejenigen Institutionen, die bislang für die professionelle Organisation, Strukturierung und Vermittlung von Meinungen zuständig waren, nur noch ein Akteur neben Vielen und es bleibt offen, wie Anforderungen von Transparenz, Offenheit und Diskursivität erhalten werden können. Die Bestandsaufnahme und Sortierung der Charakteristika der Akteure ist genauso wenig abgeschlossen wie die Beschreibung und Erklärung der Dynamiken und der Wirksamkeit von transnationalen Öffentlichkeiten. Wichtig ist aber, dass zukünftige Studien transnationaler Öffentlichkeiten die Vernetzung und Konnektivität digitaler transnationaler Kommunikationsflüsse sowie die Fluidität und den Prozesscharakter digitaler Kommunikation berücksichtigen und in ihren theoretischen Designs und empirischen Zugängen angemessen aufgreifen. Vielversprechend sind hier Studien, welche die Diffusionsprozesse in digitalen Kommunikationsökologien modellieren und messen (z.B. Günther et al. 2019).

Die neue Heterogenität der Kommunikationsteilnehmer und die Möglichkeiten für vormals marginalisierte Akteure auf Sichtbarkeit und Voice auch jenseits nationaler Grenzen bedeuten für die Forschung, sich stärker damit zu beschäftigen, wie diese Akteure digitale Technologien und Medien nutzen, um (trans-)nationale Kommunikationsinfrastrukturen aufzubauen. Daran schließt sich die Frage, wie Charakteristika dieser Kommunikationsinfrastrukturen zur Herausbildung verschiedener Konfigurationen nationaler und transnationaler digitaler Öffentlichkeiten führen und Mobilisierungsprozesse jenseits nationaler Grenzen ermöglichen. Das betrifft insbesondere die Netzwerke von Parteien und Organisationen an den rechten und linken Rändern des politischen Spektrums, neuen Bewegungsakteuren und digitalen Alternativmedien. Die Volatilität und Fluidität digitaler transnationaler Öffentlichkeiten macht es zudem erforderlich,

sich verstärkt mit den Dynamiken, der Diffusion von Themen, Konzepten und Frames über Ländergrenzen hinweg zu beschäftigen.

Dazu ist es nötig, die Möglichkeiten, die verschiedene Netzwerktechnologien für die empirische Forschung bieten, anzuwenden und die Kontextfaktoren, die zu unterschiedlichen Strukturen von transnationalen Öffentlichkeiten führen, in vergleichenden Studien zu untersuchen. Hierbei ist auch auf das Wechselspiel zwischen transnationalen Informationsströmen und Problemdefinitionen auf der einen Seite, und bestehenden Machtstrukturen und Institutionen auf der anderen Seite zu achten. Ebenso ist im Kontext von Fluidität und Volatilität auch auf die Gefahren hinzuweisen, die derartige Öffnungen von diskursiven Räumen mit sich bringen können: Sowohl die gezielte Unterminierung demokratischer Deliberationprozesse als auch die Flüchtigkeit kollektiver Aufmerksamkeitsspannen spielen hier eine wichtige Rolle. Zuletzt bleibt anzumerken, dass Technologien und Infrastrukturen innerhalb vermauteter Strukturen entstehen, so dass bestehende Ungleichheiten und digitale Spaltungen möglicherweise verstärkt werden. Dies zeigt sich ebenso in der Chance auf Teilhabe an den entstehenden Formen transnationaler Öffentlichkeit.

5. Zusammenfassung

In der Zusammenschau der drei wichtigsten Theoriestränge ergibt sich ein Bild von transnationaler Öffentlichkeit, das sich nicht mehr zu einem geschlossenen Theorieentwurf zusammenfügt. Vielmehr stammen aus jedem Konzept wichtige Einsichten über die Natur von transnationaler Öffentlichkeit und über notwendige und hinreichende Bedingungen von öffentlicher Kommunikation jenseits und zwischen nationalstaatlich verankerten Debatten. Im normativ-deliberativen Konzept sind dies besonders der Verweis auf die demokratische Qualität von Öffentlichkeit und die Notwendigkeit von Mechanismen, um angesichts heterogener Sprecherensembles und fluider Gemeinschaftsbildungen in transnationalen Kommunikationsräumen demokratisches Regieren zu ermöglichen. Der empirisch-analytische Ansatz macht die Relationalität und den Prozesscharakter der gegenseitigen Bezugnahmen und Verlinkungen von nationalen und internationalen Akteuren auf der horizontalen und vertikalen Ebene deutlich, der transnationale Öffentlichkeiten sowohl in traditionell-massenmedialen als auch in neuen digitalen Kommunikationsumgebungen prägt. Die reflexiv-konstruktivistische Perspektive fokussiert mit Blick auf transnationale Öffentlichkeitsräume auf die Fluidität von Formen und Inhalten der Kommunikation und auf Prozesse der Auflösung von festen Rollen, Identitäten, Medien und politischen Bezügen, die digitalen Netzwerköffentlichkeiten generell inhärent sind.

In Bezug auf die Charakteristika transnationaler Öffentlichkeiten unter den Bedingungen von Digitalisierung gilt, dass sich diese nicht auf ein festes politisches Bezugsobjekt im Sinne eines gemeinsamen politischen Zentrums beziehen können und in ihrer Volatilität und Hybridität hochgradig themen- und kontext-abhängig sind. Transnationale Öffentlichkeiten sind geprägt von fluiden und heterogenen Sprecher- und Adressatenkonstellationen, einer hohen Themenvolatilität, einer hohen zeitlichen und räumlichen Dynamik von Debatten und den Eigen-schaften der sie tragenden Netzwerke. Die Kommunikationen sind in der Folge durch hohe Komplexität und Unberechenbarkeit möglicher Mobilisierungen und Amplifikation von Themen gekennzeichnet. Dies bedeutet zudem, dass Themen auch ausgeschlossen werden können, weil sie nicht transnational mobilisierbar sind.

Entscheidende Bedingung für die Entstehung transnationaler Öffentlichkeiten ist die Existenz von (digitalen) Infrastrukturen, die Kommunikationsräume jenseits und zwischen nationalen Öffentlichkeiten aufspannen und eine grenz-überschreitende Vernetzung von Sprechern und Adressaten ermöglichen. Damit hängen transnationale Öffentlichkeiten einerseits von materiellen Bedingungen wie technischen Infrastrukturen, Medienzugang und Kommunikationsfreiheit ab und andererseits von sozialen Bedingungen wie Bildung, einem Mindestmaß an Lese- und Schreibfähigkeit sowie Medienkompetenzen der Nutzerinnen und Nutzer. Als fluide Situationen von »Publicness« (Volkmer 2019) können transnatio-nale Öffentlichkeiten nur dann sichtbar werden, wenn themenspezifische Kom-munikationen in Netzwerköffentlichkeiten zwischen und jenseits von nationalen Öffentlichkeiten möglich sind. Wenn transnationale Öffentlichkeiten das Ergeb-nis von Vernetzung sind, dann sind sie leicht anfällig für die Risiken von Netz-workkommunikation, die in neuartigen Formen der Disconnection und Fragmen-tierung (Waisbord 2016) liegen. Durch das Fehlen eines Zentrums und durch die Vielfalt der Sprecher sind fragmentierte Akteurskonstellationen, parallele Theme-nagenden, Echokammern und Manipulation sogar wahrscheinlicher als inklusive Prozesse der Deliberation. Transnationale Öffentlichkeiten sind mit hoher Wahr-scheinlichkeit dissonante Öffentlichkeiten (Pfetsch et al. 2018), die durch ein ho-hes Ausmaß an Vielstimmigkeit und Lärm gekennzeichnet sind. Transnationale Öffentlichkeit ist also nicht gleichzusetzen mit transnationaler Kooperation und transnationaler Wirksamkeit. Interessensgegensätze, ungleiche Machtverteilung, unterschiedliche Wertorientierungen, die zwischen Teilnehmern und Gruppen von transnationalen Issue-Netzwerken vorliegen, bleiben bestehen und können die Zu-sammenarbeit und politische Effektivität einschränken.

Die Forschung muss angesichts der im Zuge von Globalisierung und digita-lem Wandel gestiegenen Komplexität transnationaler Netzwerköffentlichkeiten mit den realweltlichen Entwicklungen Schritt halten und in ihren theoretischen Konzepten und empirischen Methoden den Netzwerkeigenschaften digitaler

transnationaler Kommunikationsflüsse gerecht werden. Eine Analyse der digitalen Kommunikationsinfrastrukturen transnationaler Debatten, der Charakteristika der sie befeuernden Sprecher und Medien sowie der Interdependenzen und Dynamiken in transnationalen Diffusions-, Mobilisierungs- und Framingprozessen ist nötig.

Literaturverzeichnis

- Alfter, Brigitte (2019): Cross-Border Collaborative Journalism. A Step-By-Step Guide. London.
- Bastos, Marco T. et al. (2013): Tweeting across hashtags: overlapping users and the importance of language, topics, and politics. 24th ACM Conference on Hypertext and Social Media, Paris.
- Benkler, Yochai (2006): The Wealth of Networks. How social production transforms markets and freedom. New Haven.
- Benkler, Yochai et al. (2015): Social Mobilization and the Networked Public Sphere: Mapping the SOPA-PIPA Debate. In: Political Communication 32 (4), S. 594–624.
- Bennett, Lance W. et al. (2014): Organization in the crowd: peer production in large-scale networked protests. In: Information, Communication & Society 17 (2), S. 232–260.
- Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra (2012): The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of Contentious Politics. In: Information, Communication & Society 15 (5), S. 739–768.
- Brem-Wilson, Josh (2017): La Vía Campesina and the UN Committee on World Food Security: Affected publics and institutional dynamics in the nascent transnational public sphere. In: Review of International Studies 43 (2), S. 302–329.
- Brüggemann, Michael/Wessler, Hartmut (2014): Transnational Communication as Deliberation, Ritual, and Strategy. In: Communication Theory 24 (4), S. 394–414.
- Bruns, Axel (2008): Life beyond the public sphere: Towards a networked model for political deliberation. In: Information Polity 13 (1/2), S. 65–79.
- Castells, Manuel (2008): The New Public Sphere: Global Civil Society, Communication Networks, and Global Governance In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 616 (1), S. 78–93.
- Chadwick, Andrew et al. (2016): Politics in the Age of Hybrid Media: Power, Systems, and Media Logics. In: Bruns et al. (Hg.): The Routledge Companion to Social Media and Politics. New York und London, S. 7–22.
- Comor, Edward (2001): The Role of Communication in Global Civil Society: Forces, Processes, Prospects. In: International Studies Quarterly 45 (3), S. 389–408.

- Eder, Klaus/Kantner, Cathleen (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa: Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Wiesbaden, S. 307–331.
- Fox, Jonathan (2005): Unpacking »Transnational Citizenship«. In: Annual Review of Political Science 8 (1), S. 171–201.
- Fraser, Nancy (2007): Transnationalizing the Public Sphere. On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World. In: Theory, Culture & Society 24 (4), S. 7–30.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble et al. (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M., S. 135–158.
- Giddens, Anthony (1990): The Consequences of Modernity. Cambridge
- Günther Elisabeth, Buhl Florian, Quandt Thorsten (2019): Reconstructing the dynamics of the digital news ecosystem: A case study on news diffusion processes. In: Eldridge II/Franklin (Hg.): The Routledge Handbook of Developments in Digital Journalism Studies. London, S. 118–131.
- Hänska, Max (2018): International journalism and the emergence of transnational publics: Between cosmopolitan norms, the affirmation of identity and market forces. In: Global Media and Communication 14 (1), S. 103–121.
- Häussler, Thomas (2019): Civil society, the media and the internet: Changing roles and challenging authorities in digital political communication ecologies. Paper presented at the 69th annual conference of the ICA, Washington, D.C.
- Heft, Annett (2019): The Panama Papers investigation and the scope and boundaries of its networked publics. Cross-border journalistic collaboration driving transnationally networked public spheres. In: Journal of Applied Journalism & Media Studies 8 (2), S. 191–209.
- Heft, Annett et al. (2017): Divided They Tweet? A Comparative Analysis of Twitter Networks of Pro- and Anti-EU Parties. In: Caiani/Guerra (Hg.): Euroscepticism, Democracy and the Media. Communicating Europe, Contesting Europe. London, S. 195–218.
- Held, David (1991): Democracy, the Nation-State and the Global System. In: Held (Hg.): Political Theory Today. Cambridge und Oxford, S. 197–235.
- Hopke, Jill E. (2016): Translocal anti-fracking activism: an exploration of network structure and tie content. In: Environmental Communication 10 (3), S. 380–394.
- House of Commons, Digital, Culture, Media and Sport Committee (2019): Disinformation and »fake news«: Final Report. London.
- Jung, Jai Kwan (2008): Growing supranational identities in a globalising world? A multilevel analysis of the World Values Surveys. In: European Journal of Political Research 47 (5), S. 578–609.

- Klotz, Audie (2002): Transnational Activism and Global Transformations: The Anti-Apartheid and Abolitionist Experiences. In: European Journal of International Relations 8 (1), S. 49–76.
- Koopmans, Ruud/Erbe, Jessica (2004): Towards a European Public Sphere?: Vertical and horizontal dimensions of Europeanized Political Communication. In: Innovation: The European Journal of Social Sciences 17 (2), S. 92–118.
- Kriesi, Hanspeter (2004): Strategic Political Communication: Mobilizing Public Opinion in ›Audience Democracies‹. In: Esser/Pfetsch (Hg.): Comparing Political Communication. Theories, Cases, and Challenges. Cambridge, S. 184–212.
- Lewis, Charles (2018): Tear Down These Walls: Innovations in Collaborative Accountability Research and Reporting. In: Sambrook (Hg.): Global Teamwork. The Rise of Collaboration in Investigative Journalism. Oxford, S. 5–25.
- Maireder, Axel et al. (2014): The European Political Twittersphere: Network of top users discussing the 2014 European Elections. Wien.
- Meriläinen, Niina/Vos, Marita (2015): Public Discourse on Human Trafficking in International Issue Arenas. In: Societies 5 (1), S. 14–42.
- Murdie, Amanda (2014): The Ties that Bind: A Network Analysis of Human Rights International Nongovernmental Organizations. In: British Journal of Political Science 44 (1), S. 1–27.
- Neuberger, Christoph (2009): Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs. In: Neuberger et al. (Hg.): Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung. Wiesbaden, S. 19–105.
- Norman, David J. (2018): Transnational civil society and informal public spheres in the nuclear non-proliferation regime. In: European Journal of International Relations 2018, S. 1–25.
- Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, S. 42–76.
- Pfetsch, Barbara/Heft, Annett (2015): Theorizing communication flows within a European public sphere. In: Risse (Hg.): European Public Spheres: Politics is back. Cambridge, S. 29–52.
- Pfetsch, Barbara et al. (2018): Dissonante Öffentlchkeiten als Perspektive kommunikationswissenschaftlicher Theoriebildung. In: Publizistik 63 (4), S. 477–495.
- Pfetsch, Barbara et al. (2016): Old and New Dynamics of Agenda Building in a Hybrid Media System. In: Vowe/Henn (Hg.): Political Communication in the Online World: Theoretical Approaches and Research Designs. New York und Abingdon, S. 45–58.
- Risse, Thomas (2015): European Public Spheres. Politics Is Back. Cambridge.
- Ritzi, Claudia (2019): Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 61–82.

- Rohrschneider, Robert/Dalton, Russel J. (2002): A Global Network? Transnational Cooperation among Environmental Groups. In: *The Journal of Politics* 64 (2), S. 510–533.
- Schünemann, Wolf J. et al. (2016): Transnationalisierung und Demokratisierung politischer Öffentlichkeit über Soziale Medien – ein Politikfeldvergleich. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10 (3/4), S. 233–257.
- Shumate, Michelle/Dewitt, Lori (2008): The North/South Divide in NGO Hyperlink Networks. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 13 (2), S. 405–428.
- Van Dijk, Jan A.G.M./Hacker, Kenneth L. (2018): Internet and Democracy in the Network Society. New York und London.
- Vicari, Stefania (2014): Networks of Contention: The Shape of Online Transnationalism in Early Twenty-First Century Social Movement Coalitions. In: *Social Movement Studies* 13 (1), S. 92–109.
- Volkmer, Ingrid (2014): The Global Public Sphere. Public Communication in the Age of Reflective Interdependence. Cambridge.
- Volkmer, Ingrid (2019): The Transnationalization of Public Spheres and Global Policy. In: Stone/Moloney (Hg.): *Global Policy and Transnational Administration*. Oxford, S. 240–256.
- Waisbord, Silvio (2016): Disconnections: Media sociology and communication across differences. Paper presented at the Conference of the International Communication Association, Fukuoka, Japan.
- Wessler, Hartmut et al. (2008): Transnationalization of public spheres. Basingstoke.

II. Partizipation im digitalen Zeitalter

Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status quo und Zukunft

Norbert Kersting

1. Einleitung

Die gesellschaftlichen und politischen Risiken nehmen zu. Neben den Umweltrisiken zeigen sich auf der gesellschaftlichen Ebene starke Individualisierungs- und Segregationstendenzen, die zum Teil durch demographischen Wandel (»Greyification«), multikulturelle Parallelgesellschaften und ökonomische Ungleichheiten verstärkt werden (vgl. u.a. Reckwitz 2017; Schäfer 2015; Beck 2016). Digitalisierung scheint hierbei diese Prozesse nicht zu heilen, sondern zum Teil sogar zu verschärfen. So gibt es zwar eine Zunahme sozialer Netzwerke, aber wohl auch eine Zunahme der Vereinzelung. Mit dem gesellschaftlichen Wandel zeigen sich drastische Veränderungen des politischen Parteiensystems, der politischen Partizipationsmuster und ein Erstarken rechtspopulistischer Parteien. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde in den 1990ern noch der Siegeszug der Demokratie (Huntington 1992) und das Ende autoritärer Strukturen konstatiert. Es zeigten sich aber schon mit dem Beginn des neuen Millenniums international demokratische Rückschritte und eine Revitalisierung autoritärer Regime in Form eines modernen Autoritarismus. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern Digitalisierung und Online-Beteiligung dazu beitragen können, die Probleme zu lösen?

Politische Beteiligung, die auf Entscheidungsfindung ausgerichtet ist, wird von bürgerschaftlichem Engagement, das auch soziale und gemeinwohlorientierte Beteiligung umfasst, unterschieden. Politische Partizipation zielt auf die individuelle und organisierte Beeinflussung der politischen Entscheidungsfindung ab. Dabei lässt sie sich grundsätzlich in einem in die Zukunft gerichteten Planungsprozess realisieren wie auch als Kontrollinstrument nach der Implementation von Politiken charakterisieren. Online Partizipation scheint die Formen und Themen des Engagements zu verändern und dabei die Grenzen zwischen aktiv und passiv, zwischen öffentlich und privat, zwischen Produktion und Konsum, in hybriden Formen aufzulösen.

Im folgenden Beitrag wird versucht, einen Teil des Forschungsfeldes der Online-Partizipation zu umreißen und programmatisch zukünftige Fragestellun-

gen zu identifizieren. Dabei soll zunächst die Geschichte der politischen Beteiligung als zentraler Kontext für Online-Partizipation dargestellt werden. Hierauf aufbauend wird ein Partizipationsmodell (»Partizipativer Rhombus«) sowie ein Set an Evaluationsindikatoren entworfen, die sowohl für analoge wie auch für digitale Partizipationsinstrumente strukturiert sind und diese bewerten sollen. Hierüber werden derzeitige Tendenzen der Online-Partizipation deutlich gemacht. Des Weiteren werden mögliche zukünftige Fragestellungen und Probleme der Forschung identifiziert. Dabei wird ersichtlich, dass sich eine politikwissenschaftliche Sicht auf Online-Beteiligung von kommunikationswissenschaftlichen Perspektiven unterscheidet. Der besondere Fokus der Online-Partizipation im Bereich der digitalen Transformation liegt dabei auf der digitalen Souveränität, digitalen Kompetenzen und möglichen Formen digitaler (Selbst-)Organisation. Dabei zeigen sich besondere Analyseinstrumente, basierend auf künstlicher Intelligenz und digitaler Mustererkennung.

2. Partizipativer Turn: Die Geschichte der Beteiligung

Deutschland wurde zwar nach dem II. Weltkrieg häufig als »Schönwetterdemokratie« bezeichnet (Allmond/Verba 1980), hatte sich seit den fünfziger Jahren aber als eine solide, stabile, liberale und elektorale Demokratie entwickelt, die sich insbesondere durch eine hohe Wahlbeteiligung auszeichnete (siehe zum »Musterwähler« Kersting/Woyke 2017). Diese elektorale Demokratie wurde seit den 1970ern (»Demokratie wagen«) und insbesondere in den 1990er Jahren durch demokratische Innovationen angereichert. Dennoch zeigte sich seit dem neuen Millennium eine Exklusion breiter Bevölkerungsgruppen. Vor allem auf nationaler Ebene wurden demokratische Defizite festgestellt, da trotz des Leitbildes der Vollinklusion breite Bevölkerungsgruppen immer seltener an Wahlen teilnahmen.

Insbesondere mit den Protestbewegungen im neuen Millennium und dem Protest gegen große Infrastrukturprojekte (Stuttgart 21) kam es zur Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen. Weniger die jüngere Bevölkerung, sondern vielmehr das Bildungsbürgertum mittleren und höheren Alters (»Baby Boomer«), das sich lange Zeit vielfach durch politischen Zynismus auszeichnete, organisierte offenen Protest (»Die Sitzblockade ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen« [Rucht]). Diese als Wutbürger bezeichneten Protestierer fanden nur zum Teil in den politischen Parteien Anschluss (Kersting/Woyke 2015).

Bereits in den sechziger Jahren wurden der deutschen »Schönwetterdemokratie« undemokratische Tendenzen attestiert. Umfragen zeigten eine hohe Ausländerfeindlichkeit, die allerdings in den 1970er und 1980er Jahren deutlich zurückging (Kersting 2009). Nach der Wiedervereinigung und infolge des Zuzugs von Geflüchteten aufgrund des Balkankrieges kam es jedoch in den 1990er Jahren zu

ausländerfeindlichen Ausschreitungen. Aber danach sank die Ausländerfeindlichkeit weiter.

In den folgenden Jahren verloren nicht nur die sozialen Milieus weiter an Bindungskraft, sondern auch die politischen Parteien wie andere soziale Organisationen (Kirchen, Gewerkschaften etc.) büßten eine Vielzahl ihrer Mitglieder ein. Insbesondere ärmere, prekär beschäftigte Bevölkerungsgruppen engagierten sich immer weniger politisch, und in den sozial-schwachen Stadtteilen sank die Wahlbeteiligung dramatisch (Schäfer et al. 2014; Schäfer 2015). Insbesondere dort wurde ein mangelndes politisches Desinteresse konstatiert.

Soziale Abstiegsängste sowie Befürchtungen der Überfremdung führen auch in unteren Mittelschichtsmilieus zur Kritik am politischen System und seit den 2010ern zum Erstarken populistischer Strömungen und Parteien, die sich durch eine drastische Kritik des bestehenden Parteiensystems hervortaten (vgl. u.a. Müller 2016). Hierdurch entstand eine Wiederbelebung rechtspopulistischer Einstellungs muster und Organisationen, die oft anti-elitär, aggressiv nationalistisch und latent ausländerfeindlich sind. Ihre gesellschaftlichen Modelle spiegeln in Zeiten zunehmender Unsicherheit in Bezug auf ökonomische Absicherung, kulturellen Wandel und soziale Individualisierung, einfache, pauschalierende, dichotome Freund-Feindbilder wider. Die sich hieraus entwickelnden politischen Parteien sind zudem häufig durch eklatante realitätsferne Propaganda (»Fake News«, »Alternative Truth«) und eine Kritik am bestehenden Medien- und Wissenschaftssystem gekennzeichnet (»Lügenpresse«).

Dabei zeigen sich zwei unterschiedliche Strömungen: Zum einen wird die Kritik an demokratischen Systemen lauter und stärker. Der breiten Bevölkerung wird ein politisches Desinteresse attestiert. Elisasoh (1998) konstatiert auf der individuellen Ebene ein systematisches Desinteresse an Politik und eine Vermeidung von politischen Arenen (»Avoiding Politics«), die lediglich destruktive Konflikte produzieren. Hibbing und Theis-Morse (2002) zeigen durch ihre qualitativen Interviews ein mangelndes Interesse an intensiver politischer Beteiligung und favorisieren ein epistokratisches Regierungssystem mit punktuellen breiteren Beteiligungsinstrumenten (»Stealth Democracy«). Brennan (2017) unterteilt die Bevölkerung in die desinteressierte, apathische Gruppe, die weitgehend zufrieden mit dem politischen System ist (Hobbits), und diejenigen, denen die politischen Kenntnisse fehlen, um sich sinnvoll zu integrieren zu partizipieren. Zum anderen sieht er eine Vielzahl von aggressiven, systemkritischen Gruppen (Hooligans), die insbesondere radikalpopulistische Parteien wählen. Als Resultat werden auch nach Brennan (2017) elitäre, epistokratische Verfahren und stark hierarchische, politische Strukturen gefordert. Brennan stellt die breite Beteiligung infrage und schottet bestehende repräsentative, demokratische Institutionen eher ab (Brennan 2017).

Die zweite bislang in Deutschland erfolgreiche Strömung kritisiert mangelnde Beteiligungsinstrumente und fordert mehr demokratische Innovationen. Die Vielzahl der neuen Beteiligungsinstrumente wird in der Regel als Anreicherung der repräsentativen Demokratie angesehen. Lediglich vereinzelt werden radikal-demokratische Forderungen postuliert, die – basierend auf einem populistischen Politiker-Bashing – eher reißerische Gegenmodelle zur repräsentativen Demokratie entwickeln (Reybroek 2016).

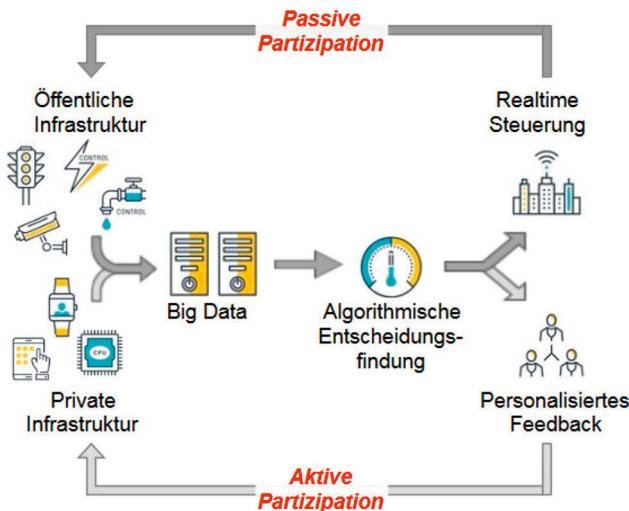
Die Anreicherung der repräsentativen Demokratie vollzieht sich in unterschiedlichen Formen und wird zunächst charakterisiert durch direktdemokratische Instrumente, die insbesondere in den 1990er Jahren in vielen Bundesländern in Deutschland, insbesondere auf der lokalen Ebene, implementiert wurden (Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, Direktwahl von Bürgermeistern). Dabei orientierte man sich an den Süddeutschen Bürgermeisterverfassungen in Bayern und Baden-Württemberg. Die demokratischen Innovationen stellten eine komplementäre Reaktion auf die gleichzeitig stattfindenden Verwaltungsmobilisierungen (sog. »Neues Steuerungsmodell«) dar (Kersting 2015).

Neben diesen direktdemokratischen Instrumenten wurden, ebenfalls insbesondere auf der kommunalen Ebene, neue deliberative Verfahren implementiert. Hier wurde einem internationalen Trend folgend ein »Deliberativer Turn« (Dryzek 2002) vollzogen, der auf die staatlichen Verwaltungen und gewählten Repräsentanten zunehmend demonstrativen Druck ausübt und gleichzeitig entsprechende Beteiligungsinstrumente einfordert. Als Reaktion werden Beteiligungsinstrumente angeboten, die auch dazu dienen, den Protest zu kanalisieren (»Invited Space«).

Demokratie basiert auf Rückkopplung mit den Bürgern. Diese kann aktiv oder passiv organisiert sein (siehe Abbildung 1). Weitergehende Szenarien, die bislang kaum umgesetzt wurden und oft eher dystopischen Charakter haben, sehen neben dem aktiven analogen und digitalen Feedback über Bürgerpartizipation auch eine Rückkopplung über Sensoren und Big-Data-Analysen und eine hierauf basierende Steuerung über Algorithmen vor (Kersting 2017b; von Lucke 2018). Im semantischen Web werden über soziale Medien und Big Data vielfältige Informationen über individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger gesammelt. Über eine Vernetzung dieser Ergebnisse sowie eine Kopplung an weitere Informationsquellen lassen sich individuelle wie kollektive Einstellungsprofile herauskristallisieren. Diese weiteren Informationsquellen basieren auf Echtzeitdaten aus dem Internet der Dinge und einer Interaktion über smarte Objekte.

Ein derartiges »Realtime Smart Government«, so deren Befürworter, kann als passive Partizipation und als Ersatz für die aktive Rückkopplung mit dem Bürger gesehen werden. Insbesondere über eine Vernetzung verschiedener cyberphysischer Ökosysteme werden eine Vielzahl von Daten gesammelt und interpretiert und Entscheidungsgrundlagen vorbereitet. Die analoge Feedback-Loop zum Bürger wird somit überflüssig (»Google makes elections obsolete«). Hierbei stellt sich

Abbildung 1: Aktives und Passives Feedback; Guenduez 2017



die Frage, inwieweit diese »Algorithmokratie« die Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz überschätzt. Bislang basiert Künstliche Intelligenz vor allem auf Mustererkennung und der Abarbeitung von Routinen. Vielfältigkeit und Kontingenz von individuellen Präferenzen und Handlungsweisen kann bei weitem kaum dargestellt werden. Insbesondere ein unreguliertes Smart Governance bei einer starken Vernetzung unterschiedlicher öffentlicher wie privater Datenquellen böte die Gefahr autoritären Missbrauchs.

3. Typologie digitaler Online-Beteiligung: Partizipativer Rhombus

Politische Online-Partizipation folgt nicht nur den technologischen Entwicklungen der Digitalisierung und den Besonderheiten digitaler Kommunikation, sondern auch den Strukturen, Tendenzen und Evaluationskriterien analoger politischer Partizipation. So lassen sich bei den Partizipationsformen zum Beispiel Instrumente unterscheiden, die stärker in Richtung Planung („Citizen Planing“) ausgerichtet sind und jenen, die stärker Monitoring Funktionen innehaben („Citizen Monitoring“) (siehe unten Evaluationskriterien).

Politische Partizipation im Online- wie im Offline-Beteiligungsraum lässt sich in vier Bereiche unterteilen. Im Mittelpunkt demokratischer Beteiligung liegt die repräsentative Demokratie. In Bezug auf ihre Reichweite besitzen Wahlen als zen-

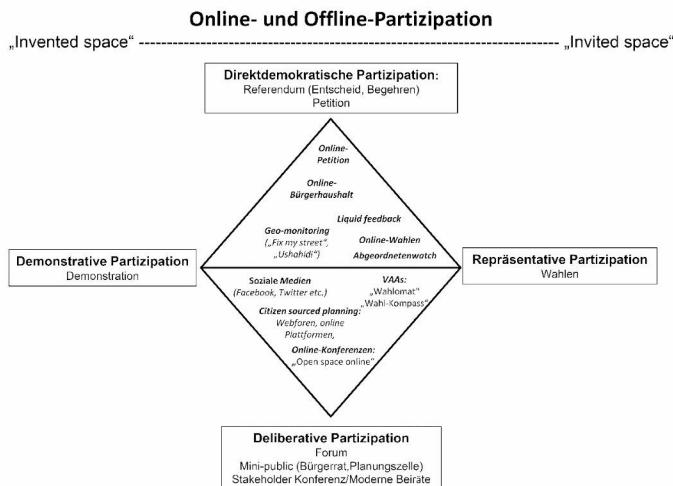
trale Partizipationsformen trotz sinkender Wahlbeteiligung weiterhin mit Abstand den größten Zuspruch. Partizipationsformen im repräsentativen Bereich sind dabei neben Wahlen die Mitgliedschaft in politischen Parteien, der direkte Kontakt zu Politikern sowie die Teilnahme am politischen Wahlkampf. Nicht nur die Abnahme der Wählerschaft, sondern auch der Rückgang der Mitgliedschaft in den politischen Volksparteien macht Krisensymptome der repräsentativen Demokratie deutlich. Diese basieren, da sie auch andere soziale Organisationen wie zum Beispiel Kirchen, Gewerkschaften etc. betreffen, auch auf starken Individualisierungstendenzen, dem Zerfall von Milieus und einer geringeren Bindungskraft der Volksparteien.

Im digitalen Bereich beinhaltet politische Partizipation auf Seiten der Nutzer sowohl Instrumente zur Auswahl der Repräsentanten in Form von Onlinewahlen (siehe zum Beispiel Estland bzw. in Regionen der Schweiz, Australien, Kanada) oder Online-Wahlhilfen [Voting Advice Applications (VAA) wie zum Beispiel der Wahl-O-Mat, Wahl-Kompass (Kersting/Baldersheim 2004)]. E-Mails erleichtern den direkten Kontakt zum Abgeordneten und zu den Parteien, Instrumente wie Abgeordnetenwatch ermöglichen eine stärkere Kontrolle der gewählten Repräsentanten. Dabei wird deutlich, dass die Planung wie auch die Monitoring-Funktion nicht nur die legislativen Strukturen, sondern auch die Administration miteinschließen.

Im zweiten zentralen Bereich der »numerischen Demokratie« (Schmitter) sind direkt-demokratische Partizipationsformen seit den 1990er Jahren in den Vordergrund gerückt. Hierbei werden nicht Personen ausgewählt, sondern es geht um konsultative wie bindende Referenden zu thematischen Fragestellungen (siehe Schiller 1999; Kersting 2016). Als lokale Bürgerbegehren mit abschließenden Bürgerentscheid bzw. als Volksbegehren der Volksentscheid können diese in Deutschland auf Länder- wie auf lokaler Ebene von unten initiiert werden. Hierbei spielen digitale Instrumente insbesondere bei der Mobilisierung und der Information eine besondere Rolle. Zur direktdemokratischen Partizipation sind zudem auch Petitionen zuzuordnen. Zudem sind in Deutschland seit etwa 2010 in nahezu allen Städten Bürgerhaushalte vor allem mit Online-Abstimmungsinstrumenten implementiert worden (Kersting et al. 2016; Schneider 2017).

Der dritte zentrale Bereich beinhaltet die deliberative Partizipation und orientiert sich damit am bereits angesprochenen »deliberative turn« (Dryzek 2002). Bürger wollen zunehmend mitdiskutieren und werden über unterschiedliche Beteiligungsinstrumente insbesondere auf der lokalen Ebene einbezogen (Gabriel/Kersting 2014). Neben offenen Foren, an denen sich organisierte wie unorganisierte Gruppen beteiligen können, wurden sogenannten Stakeholder-Konferenzen mit organisierten Interessenvertretern (Runde Tische, neue, moderne Beiräte) für Partikularinteressen initiiert. Als dritte zentrale Kategorie spielen Planungszellen (Mini-publics, Citizen Juries, Bürgerräte, Deliberative Polls) eine zunehmend bedeuten-

Abbildung 2: Partizipativer Rhombus nach Kersting 2013



tende Rolle, bei denen über Zufallsstichproben repräsentative Bürgergruppen an den deliberativen Prozessen teilnehmen (Fishkin 2008, siehe auch die Verfassungsreformprozesse in Irland). Die Beteiligungsinstrumente werden insbesondere als Konfliktlösung, aber auch bei der Planung von großen Infrastrukturprojekten, eingesetzt. Hier zeigen sich online in verstärktem Maße themenspezifische, deliberative, dialogische Online-Verfahren in der Entwicklung von Open Government (Web 2.0), wie zum Beispiel thematische Webforen, Open Space Online-Konferenzen sowie Diskussionsplattformen (Liquid Feedback), und mit der Entwicklung der sozialen Medien neue Möglichkeiten.

Soziale Medien werden im partizipativen Rhombus dem Grenzbereich zwischen deliberativer und dem vierten Bereich, der demonstrativen Partizipation, zugeordnet. Demonstrative Partizipation umfasst neben der Teilnahme an Demonstrationen auf der Straße, die mit den Protesten um Stuttgart 21 oder Fridays-for-Future etc. stark zugenommen haben, auch das Tragen von Buttons, Pkw-Aufkleber oder auch den Leserbrief in der Tageszeitung (siehe Kersting 2013). Hierbei handelt es sich insbesondere um bottom-up-initiierte Instrumente aus dem invented Space. Diese sind als demonstrative Partizipationsformen auf die Darstellung der eigenen Meinung ausgerichtet. Sie dienen zumeist erst zweitrangig der Deliberation, sondern stärker der Expression und insbesondere bei Jugendlichen auch der Identitätsfindung. Das gilt auch oft für die sozialen Medien, die

häufig lediglich eine geringe deliberative Qualität aufweisen (siehe hierzu später die Evaluation und den Deliberativ Quality Index; Kersting 2005, 2017).

Von besonderer Bedeutung ist, dass die Mehrzahl der beteiligten Instrumente mittlerweile nicht nur vom Bürger positiv bewertet und eingefordert werden. Es zeigt sich zudem, dass bei Politikern wie auch innerhalb der Verwaltung die Akzeptanz dieser Instrumente zunehmend gewachsen ist. Insbesondere bei großen Infrastrukturvorhaben sehen viele die Gefahr langfristiger Blockaden, zum Beispiel über langwierige juristische Verfahren (siehe Kersting 2014).

4. Evaluation und Empirie der Online-Beteiligung

Die Digitalisierung und die Möglichkeit eines offenen Zugangs zu den Medien ohne beschränkende Kontrollinstrumente und Zensur weckten hohe Erwartungen an einen möglichen Strukturwandel der Öffentlichkeit und eine freie, alte Hierarchien überwindende Artikulation von Bürgerinteressen (Norris 2002). Das World Wide Web als Gedächtnis für Organisationen ermöglichte zunächst neue Formen einer one-to-many-Kommunikation (Stichwort Web 1.0). Die Informationsverarbeitung und die Entwicklung von Datenbanken erleichtern den Zugriff in einem System, das nichts zu vergessen schien. Die Entwicklung der Mobiltelefone ermöglichte zudem ubiquitär den Abruf aktueller Informationen. In Kombination mit den Informationsfreiheitsgesetzen sollten nicht nur Unternehmen, sondern auch Privatpersonen Zugang zu zentralen öffentlichen Informationen erhalten.

Die Evaluation der einzelnen Instrumente zeigt deutlich die Vorteile, aber auch die Nachteile der unterschiedlichen Beteiligungsinstrumente in Abhängigkeit von den Zielen politischen Engagements. Demokratische Innovationen greifen in den letzten Jahren zunehmend auf eine Kombination unterschiedlicher Instrumente aus den vier analogen wie digitalen Partizipationssphären zurück (»Blended Participation«). Dabei werden unterschiedliche Möglichkeiten der Kombination wie auch der Sequenzierung relevant (siehe z.B. die Arbeitsgruppen des Internationalen Politologenverbandes IPSA zu Electronic Democracy und die Arbeitsgruppe Direct and Deliberative Democracy [DDD]).

4.1 Evaluation

Die Evaluation politischer Partizipation ist lange Zeit vernachlässigt worden. Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass analoge und digitale Partizipationsformen im Wesentlichen ähnlichen Evaluationskriterien genügen müssen. Zentrale Hinweise zur Evaluation finden sich zum Beispiel bei Rowe/Frewer 2004; Abelson et al. 2006; Geissel/Newton 2012; Kersting 2004; 2007; 2008. Die folgenden

Kriterien operationalisieren Prinzipien und Qualitätskriterien, die Schiller (1992) zusammengeführt hat (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Evaluationskriterien politischer Online- und Offline-Partizipation (nach Kersting 2004, 2007, 2008)

Evaluationsbereiche	Indikatoren z.B.
Ziele: Machtkontrolle und Responsivität	Networking
	Information
	Brainstorming
	Konfliktlösung
	Abstimmung
	Planung
	Kontrolle
Offenheit und Gleichheit	Jugendliche/Senioren
	Frauen
	»Migranten«
	Prekarität
Transparenz und Rationalität	Informationsqualität
	Diskursqualität
Effizienz und Effektivität	Organisationskosten
	Ressourcenaufwand
	Agenda Setting
	Policy Implementation

Der zentrale Aspekt der Machtkontrolle und der *Responsivität politischer Partizipation* fokussiert auf die Beeinflussung von Entscheidungen. Politische Beteiligung zielt direkt oder indirekt, bindend oder konsultativ auf Planungsprozesse oder kontrolliert Implementationsprozesse. Politische Beteiligung kann aber weitere primäre und sekundäre Ziele verfolgen. Im sozialen Bereich zeigt sich zum Beispiel, dass politische Beteiligung auch in Richtung Netzwerkbildung und Aufbau von sozialen Gruppen ausgerichtet sein kann. Einen weiteren wichtigen Aspekt aus dem politischen System stellt die Informationsvermittlung dar. Bei den verschiedenen Methoden politischer Partizipation zeigen sich zum Beispiel Ziele, die auf Konfliktlösung ausgerichtet sind und Instrumente, die letztendliche Abstimmungen regeln. Vielfach ignorieren Evaluationsinstrumente die Aufgaben und Ziele politischer Partizipationsinstrumente.

Der zweite zentrale Bereich beinhaltet die Offenheit der Partizipationsinstrumente und die Gleichheit der Beteiligten. Im Folgenden wird dies durch die Ana-

lyse der Beteiligung unterschiedlicher sozialer Gruppen operationalisiert. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Untersuchung, ob die Gruppen, die als beteiligungsfern gelten, involviert sind. Hierzu zählt zum Beispiel die Gruppe der Jugendlichen, aber auch Senioren, Frauen, prekäre, marginalisierte Bevölkerungsgruppen und Personen mit Migrationshintergrund. Die Ausgrenzung von sozialen Gruppen wurde als digitale Spaltung lange Zeit lediglich aus der Perspektive des Technikzuganges untersucht. So stand die Frage im Mittelpunkt, ob bestimmte Gruppen Zugang zu digitalen Technologien haben. Mit der zunehmenden Verbreitung der digitalen Infrastruktur, die zwar immer noch ganze Regionen von Breitband-Netzwerken ausschließt, gerät dieses erste Level der digitalen Spaltung dennoch zunehmend als Problem in den Hintergrund. Es zeigt sich aber eine digitale Spaltung auf einem zweiten Level. Bevölkerungsgruppen besitzen nicht die digitalen Kompetenzen und Kenntnisse, um ihre digitale Souveränität auf der einen Seite zu schützen und auf der anderen Seite auszuleben. Hier sind insbesondere stärkere politische Bildungsinitiativen und Aufklärung gefragt.

Der dritte Evaluationsbereich konzentriert sich auf die Qualität der Verfahren in Bezug auf *Transparenz und Rationalität*. Dabei können zum Beispiel die Informationsqualität und Diskursqualität analysiert werden. Im Folgenden soll dies beispielhaft eher kurзорisch für die Diskursqualität aufgegriffen werden.

Als letzten Punkt, der häufig in älteren Evaluationsinstrumenten wenig Berücksichtigung fand, spielt die Effizienz und Effektivität von politischer Beteiligung eine wichtige Rolle. Politische Beteiligung muss den Ressourcenaufwand der individuellen wie auch die Organisationskosten der Beteiligung berücksichtigen. In Bezug auf die Effektivität, die ebenfalls abhängig von der Zielerreichung ist, stellt sich insbesondere die Frage, inwieweit politische Beteiligung ein Agenda Setting erbrachte oder inwieweit die Policy-Implementation durch Beteiligung realisiert wurde. Auch hier ist die Zahl der Indikatoren erweiterbar, wie zum Beispiel in Richtung weiterer Ziele wie politische Sozialisationsindikatoren, politische Bildung, Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Gruppen usw.

4.2 Ausgewählte empirische Ergebnisse aus der Online-Beteiligung

Im Folgenden sollen anhand von empirischen Ergebnissen aus dem Bereich Offenheit und aus dem Bereich Transparenz und Rationalität zwei zentrale Bereiche exemplarisch dargestellt werden.

Die Partizipation Jugendlicher: Zunächst soll der Indikator Offenheit und hier insbesondere die Beteiligung von Jugendlichen näher untersucht werden. Die Ausgrenzung von Jugendlichen zeigt sich in der Analyse politischer Partizipation unter dem Begriff der partizipativen Spaltung. Jugendliche galten lange Zeit (falschlicherweise) als weniger aktiv im repräsentativen politischen System. Im Bereich der Online-Beteiligung tritt neben diesem häufig attestierten, mangelnden poli-

tischen Engagement Jugendlicher ein zusätzliches Kriterium der digitalen Spaltung auf (Kersting 2015). In Bezug auf die Digitalisierung sind insbesondere die jüngere Generation und hierbei vor allem die Digital Natives (Geburtsjahrgang 2000 und später) besonders internetaffin. Vor diesem Hintergrund wurden vielfach Strategien entwickelt, die die Digitalisierung als Gateway und Zugangsmöglichkeit zur Mobilisierung Jugendlicher im politischen System nutzen sollten. Bei den älteren Gruppen konnte diese Strategie häufig nicht bestätigt werden. Online-Partizipation nutzten bei den älteren Bevölkerungsgruppen zumeist diejenigen, die ohnehin politisch aktiv waren. Insbesondere bei der Generation Y und noch stärker bei den sogenannten Digital Natives zeigte sich, dass bei diesen die Unterscheidung zwischen Online- und Offline-Partizipation als Einstieg für politisches Engagement nicht scharf getrennt werden kann (siehe Kersting 2015b). Zudem zeigten unterschiedliche Jugend-Studien, dass sowohl analog wie digital Jugendliche durchaus stark politisch aktiv sind. Sie lösen sich aber stark von der repräsentativen Demokratie und von langfristigen Bindungen in politischen Parteien und deren Hierarchien. Sie nutzen verstärkt analoge wie digitale Kanäle, wobei auch analoge demonstrative Partizipationsformen, wie zum Beispiel der Protest auf der Straße eine zentrale Rolle spielen (seit 2018 sind hier exemplarisch die Fridays-for-Future-Proteste zu nennen). Gleichzeitig werden soziales und ökonomisches Engagement wichtiger (Boykotte, Crowdfunding etc.).

Letztendlich zeigt sich, dass bei den verschiedenen Beteiligungsinstrumenten weniger der Kanal der Partizipation prägend ist, sondern vielmehr die politischen Inhalte und die soziale Organisationsform. So wird deutlich, dass zum Beispiel die Beteiligung von Jugendlichen bei Kinder- und Jugendparlamenten kaum zunimmt, wenn diese losgelöst von dem schulischen Kontext nicht analog, sondern als Online-Wahl implementiert wird. Auch wenn die Einfachheit und der geringe Ressourcenaufwand ein zentrales Kriterium für politische Beteiligung sind, so sind andere inhaltliche Aspekte in der Regel stärker zu bewerten.

Digitale Beteiligung hat eine hohe Reichweite, aber oft eine geringere Qualität. Wissenschaft kann dazu beitragen, bestehende Best Practices zu identifizieren und zu verbreiten oder zur Entwicklung beitragen. Durch die Entwicklung von neuen politischen Bildungsinstrumenten (von Massive Open Online Courses, MOOCs, bis CodeforEurope), neuen Formen digitaler Beratung (von Wikipedia bis zum Verstehbahnhof) und neuen »Gamification«-Methoden (von Stadtplanungs-Minecraft bis PLACEm), kann der Zugang erleichtert und auch vereinfacht werden. Deutschlandweit sind zum Teil erfolgreiche Modellprojekte in einzelnen Kommunen implementiert. Dennoch zeigen sich in dem Bereich (Online-)Partizipation wie im gesamten Politikfeld Digitalisierung oft Insellösungen, da die »Best Practices« nicht in der Breite implementiert werden. Es mangelt an föderalem, kommunalem und gegenseitigem Lernen sowie an Transparenz und Rationalität digitaler Partizipation.

Die Weiterentwicklung der Digitalisierung von der reinen Informationsbereitstellung hin zu stärkeren Kommunikation erhielt insbesondere durch die sozialen Medien (Facebook, Twitter, Instagram) einen zusätzlichen Schub. Dabei dienten diese Medien vorrangig der Mobilisierung (siehe Norris 2013). Bereits ältere Studien zu Web-Foren hatten gezeigt, dass die Qualität der Diskurse sehr niedrig lag (Kersting 2005).

Auf der Grundlage des normativen Habermas'schen Konzepts der deliberativen Demokratie zur gesprächszentrierten Partizipation (Habermas 1981) und aufbauend auf dem Discourse Quality Index (Steenbergen u.a. 2003) untersucht der Deliberative Quality Index Onlinedialoge (vgl. u.a. Kersting 2017). Dabei werden auch Variablen wie die Nutzung von Argumenten, Gemeinwohlorientierung und Respekt gegenüber den Argumenten der Dialogpartner sowie Reflexivität analysiert (siehe auch Kies 2010). Untersuchungen von Online-Webforen von nationalen Printmedien sowie nationalen Fernsehsendern zeigten, dass zwar eine Gemeinwohlorientierung sichtbar ist, die reflexive Deliberation, d.h. das Eingehen auf die Argumente der Anderen, in der Mehrzahl der Fälle jedoch unterblieb. In der Mehrheit dominierten einzelne Statements und Monologe. Zum Teil handelte es sich um aggressive Statements und Hate Speech, die zudem durch die Anonymität im Netz verstärkt schien. Eine Wiederholung der Untersuchung zeigte 2012 keine deutliche Verbesserung (Kersting 2017).

Diese Ergebnisse überraschen, obwohl in der Zwischenzeit vielfältige Diskussionen über die Etikette im Internet stattfanden sowie die Instrumente zunehmend auch Klarnamen einforderten. Es zeigte sich somit, dass es sich hier eher um Monologe ohne eine ausgeprägte reflexive Diskursivität mit stark expressivem Charakter handelte. Die Mehrzahl der Online-Foren scheint als Ort der Deliberation eher ungeeignet. Vereinzelte Fallbeispiele zeigen, dass in besonderen, oft nachbarschaftlichen Kontexten, die bereits analoge, dialogische Partizipationsverfahren intensiv nutzen, auch die Qualität der Diskurse im Internet zunimmt.

Die Studien zum Slacktivism (Morozov 2011) oder Clicktivism (Halupka 2014) weisen in eine ähnliche Richtung. Sie machen deutlich, dass eine Vielzahl des Engagements im Netz weniger auf Deliberation ausgerichtet ist als vielmehr auf kurzfristige Interventionen, Protest und Demonstrationen eigener Meinung.¹

Weitere Faktoren scheinen die Qualität im Internet zu mindern. Destruktive Troll-Armeen kritisieren insbesondere politische Eliten sowie politische Gegner. Gleichzeitig schaffen die negativen Auswirkungen der Teil-Öffentlichkeit in Form von Echokammern (Sunstein 2001) und Filterblasen (Pariser 2011) eine Abschottung vom politischen Gegner. Zudem werden über künstliche Benutzerprofile Diskurse manipuliert und nachweisliche Fehlinformationen (Fake News, Deep Fakes) propagiert. Insbesondere über Twitter zeigen sich weitere Manipulationsversuche. Arti-

¹ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Ritzi in diesem Band (Ritzi 2019).

fizielle Akteure wie zum Beispiel Social Bots prägen einige Diskurse und verringern die Diskursqualität. Da in Deutschland im Gegensatz zu den USA und Frankreich soziale Medien wie zum Beispiel Twitter vor allem durch wichtige Multiplikatoren wie zum Beispiel Journalisten, Wissenschaftler und Politiker genutzt und weitergetragen werden, wirkt sich diese Propaganda indirekt auch auf die Bevölkerungsgruppen aus, die nicht in den sozialen Netzwerken aktiv sind (siehe Norris 2013). Zudem werden eine Vielzahl der Instrumente im Rahmen von neuen Wahlkampfstrategien, die noch stärker auf Mikro-Targeting und Negativ Campaigning setzen, relevant (siehe Naj/Walter 2015).

Bei den Analysen der sozialen Medien, z.B. zur Identifizierung von Hate Speech, bietet die Computational Social Science neue quantitative Textanalysemethoden, die auf Künstlicher Intelligenz beruhen.² Künstliche Intelligenz basiert hier weiterhin oft auf banaler Mustererkennung und der Nutzung von Wörterbüchern und bleibt oft suboptimal. Bessere Analyseinstrumente müssen bei jedem Kontext neu entwickelt und kalibriert werden, da ansonsten Ergebnisse kaum brauchbar sind. Die wissenschaftlichen Methoden zur Erkennung von Missbrauch scheinen der komplexen Realität oft nicht angemessen. Das Erklärungspotential und die Prognosefähigkeit in Bezug auf individuelles oder Gruppenverhalten bleiben trotz hoher Fallzahlen hinter den anderen Daten (Umfragen, Statistiken) zurück. Zumeist werden die Daten ausgewertet, die zur Verfügung stehen und Indikatoren gewählt, die leichten Datenzugriff erlauben. Weitergehende Analysen sind aufgrund der Verknüpfung wichtiger anderer Variablen oft nicht zu treffen. Häufig entwickelt sich auf der mangelhaften Datenbasis ein automatisiertes „Garbage In-Garbage Out-Szenario“.

Ein weiterer Aspekt erschwert Textanalysen im Internet: Soziale Medien werden – auch im politischen Kontext – immer weniger durch einen Textkorpus als durch Bilder geprägt (z.B. bei »Memes«). Hier werden die Interpretationen noch komplexer und ungenauer. Die Nutzung von Mustererkennung und Künstlicher Intelligenz zur Analyse der oben skizzierten Fragestellung ist fraglich. Diese bleibt oft in der Analyse von automatisierten Mustern stecken.

5. Resümee: Zukunft der Online-Partizipation

Demokratien stecken in einer Krise. Rechtspopulistische Gruppen sind lautstark im Internet präsent, schüren Ängste, hinterfragen demokratische Institutionen. Aus dem anderen Lager werden vehement demokratische Innovationen und Reformen der Demokratie eingefordert, die mehr Beteiligung beinhalten. Bereits seit

² Vergleiche hierzu auch die Beiträge von Jungherr/Stier (2019) und Ulbricht (2019) in diesem Band.

den 1990ern reagiert die Politik und versucht den Protest zu kanalisieren und über eine Anreicherung mit insbesondere deliberativen Verfahren den Delegitimationsprozess der repräsentativen Demokratie zu stoppen. Einige Autoren attestieren vielen Bürgern mangelndes Interesse und geringe Fähigkeiten zur Partizipation und fordern eine Schließung und Abschottung des politischen Systems mit einem Verweis auf epistokratische, elitäre Führungsstrukturen. Diese sollen angereichert werden mit passivem Feedback. Diese »algorithmokratischen« Systeme könnten autoritäre Entwicklungen zusätzlich forcieren.

Urbanisierung, Individualisierung, gesellschaftliche Alterung wie auch interkulturelle Entwicklungen spiegeln soziale Trends und auch Problembereiche wieder, für die die Politik Lösungen finden muss. Ziel sollte es weiterhin sein, eine offene Gesellschaft zu propagieren, in der die verschiedenen Bevölkerungsgruppen einen starken Zusammenhalt und soziales Kapital produzieren (»Bonding«) und auf der anderen Seite gesellschaftliche Spaltungen überwinden müssen (»Bridging«), um die gesellschaftlichen Herausforderungen zu bestehen. Dieses gelingt insbesondere auf der kommunalen, sub-lokalen Ebene. Hier werden die zukünftigen zentralen Probleme des demographischen Wandels (Versorgung im Alter), der interkulturellen Gesellschaft (Integration) wie auch der Nachhaltigkeit (Umweltschutz) am leichtesten lösbar sein

Politische Online-Beteiligung zielt als aktives Engagement oder als passives Feedback auf die Beeinflussung politischer Entscheidungsfindungsprozesse im Bereich Planung und Kontrolle ab. Im Bereich der aktiven Online-Partizipation zeigen sich die Vor- und Nachteile verschiedener Partizipationskanäle. Die Vorteile digitaler politischer Partizipation scheinen bislang im Bereich Information (Gedächtnis von Institutionen) wie im Bereich Mobilisierung zu liegen (siehe Norris 2013). Demgegenüber haben die auf face-to-face-Kontakten basierenden analogen Beteiligungsinstrumente Vorteile in Bezug auf die Deliberation und die langfristige Vernetzung. Eine »Blended Participation«, d.h. die hybride Kombination von digitalen und analogen Dokumenten bietet hier vielversprechende Möglichkeiten. Dies gilt insbesondere dann, wenn politische Beteiligungsangebote in Kombination mit sozialer Innovation eine höhere Nachhaltigkeit erfahren.

Die Wissenschaft muss insofern auf der einen Seite die Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung aufgreifen und reale Gefahren identifizieren, um damit der Politik Hinweise zu geben, in welchen Bereichen Regulierung notwendig wird. Dafür müssen u.a. die neuen Instrumente der Computational Social Science weiterentwickelt werden. Bislang hat man den Eindruck, dass nur die Fragestellungen den vorhandenen leicht zugänglichen offenen Daten angepasst werden. Dies wird aber nur begrenzte oder suboptimale Ergebnisse erbringen. Zukünftig werden die öffentlichen Daten zielgerichteter erfasst und entsprechend aufgewertet werden. Erst dann wird die aktive Partizipation (personalisiertes Feedback) durch passi-

ve Partizipation (sensorisches Feedback) auf breiter Front sinnvoll ergänzt (siehe oben).

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Digitalisierung zunehmend Monopolisierung und Ausgrenzungstendenzen in sich trägt. Insofern wird eine Demokratisierung der Digitalisierung wichtiger. Die Wissenschaft muss Hinweise liefern, welche Online-Instrumente die bestehenden Partizipationsformen sinnvoll anreichern können.

Literaturverzeichnis

- Abelson Julia/Gauvin, François-Pierre (2006): Assessing the Impacts of Public Participation: Concepts, Evidence and Policy Implications Public Involvement Network. Ottawa.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1980): The Civic Culture Revisited. Boston und Toronto.
- Beck, Ulrich (2016): Die Metamorphose der Welt. Berlin.
- Brennan, Jason (2017): Gegen Demokratie: Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen [Originaltitel: Against Democracy]. 2. Auflage. Berlin.
- Dryzek, John S. (2002): Deliberative democracy and beyond: Liberals, critics, contestations. Oxford.
- Eliasoph, Nina (1998): Avoiding Politics: How Americans Produce Apathy in Everyday Life. New York.
- Fishkin, James (2008): Deliberative polls. In: Kersting (Hg.): Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden, S. 80-91.
- Fukuyama, Francis (1992): The End of History. New York.
- Gabriel, Oscar W./Kersting, Norbert (2014). Politisches Engagement in deutschen Kommunen: Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. In: Bertelsmann Stiftung und Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh.
- Geissel, Brigitte/Newton, Kenneth (2012): Evaluation democratic Innovations. Curbing the democratic malaise. London.
- Guenduez, Ali A./Mettler, Tobias/Schedler, Kuno (2017): Smart Government – Partizipation und Empowerment der Bürger im Zeitalter von Big Data und personalisierter Igoithmen. In: HMD – Praxis der Wirtschaftsinformatik.
- Halupka, Max (2014): Clicktivism. A systematic heuristic. In: Policy and Internet 6 (2), S. 11–132.
- Hibbing, John R./Theiss-Morse, Elizabeth (2002): Stealth democracy. Cambridge.

- Jungherr, Andreas/Stier, Sebastian (2019): Digitale Verhaltensdaten und Methoden der Computational Science in der politischen Kommunikationsforschung. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 309-325.
- Kersting, Norbert (2005): The Quality of Political Discourse: Can E-Discussion be Deliberative? Paper für Annual Conference of the British Political Studies Association, Leeds, England, 5.-7. April.
- Kersting, Norbert (2007): Assessing Participatory Democracy. Trends and criteria for an evaluation. In: Reynart et al. (Hg.): Assessing Participatory and Direct Democracy at the Local Level. Brugge.
- Kersting, Norbert (2013): Online participation: From ›invited‹ to ›invented‹ spaces. In: International Journal for Electronic Governance 6 (4). S. 260-270.
- Kersting, Norbert (2014): Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In: Voss (Hg.): Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden, S. 53-87.
- Kersting, Norbert (2015a): Direkte Demokratie: Theorie und Praxis. In: Lembcke/Ritzl/Schaal (Hg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 2: Empirische Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 307–335.
- Kersting, Norbert (2015b): Jugend und politische Partizipation. Online- oder Offline Beteiligung? In: Tremmel/Rutsche (Hg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Wiesbaden, S. 253–270.
- Kersting, Norbert (2017): Senioren und politische Onlinepartizipation. Engagement und Disengagement der Silversurfer. In: Zeitschrift für Politikberatung 7 (4), S. 160–171.
- Kersting, Norbert (2017b): Open Data, Open Government und Online Partizipation in der Smart City. Vom Informationsobjekt über den deliberativen turn zur Algorithmokratie? In: Buhr/Hammer/Schlözel (Hg.): Der Staat, Internet und digitale Gouvernementalität. Wiesbaden, S. 87–104.
- Kersting, Norbert (2017c): Online Partizipation und Medienkompetenz – Kann man Netiquette lernen. In: Gapski et al. (Hg.): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung. Berlin, S. 63-72.
- Kersting, Norbert (Hg.) (2012): Electronic democracy. Opladen.
- Kersting, Norbert et al. (2016): Local democracy renewal by deliberative participatory Instruments: Participatory budgeting in comparative study. In: Kuhlmann/Bouckaert (Hg.): Local public sector reforms. London, S. 317-331.
- Kersting, Norbert/Baldersheim, Harald (Hg.) (2004): Electronic voting and democracy. London.
- Kies, Raphaël (2010): Promises and limits of Web-deliberation. New York.
- Morozov, Evgeny (2011): The net delusion: the dark side of Internet freedom. New York.
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Berlin.

- Nai, Alessandro/Walter, Annemarie (2015): The war of words. The art of negative campaigning. In: Nai/Walter (Hg.): New perspectives on negative campaigning. Colchester, S. 1-34.
- Norris, Pippa (2002): Democratic phoenix: Reinventing political activism. Cambridge.
- Norris, Pippa (2013): Political mobilization and social networks. The example of the Arab spring. In: Kersting (Hg.): Electronic democracy. Opladen: S. 55-76.
- Pariser, Eli (2011): The Filter Bubble: What the Internet Is Hiding from You. New York.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten – Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Reybrouck, David van (2016). Gegen Wahlen. Göttingen.
- Ritzi, Claudia (2019): Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 61-82.
- Rowe, Gene/Frewer Lynn J. (2004): Evaluating public participation exercises: A research agenda. In: Science, Technology and Human Values 29 (4). S. 512-556.
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Frankfurt a.M.
- Schäfer, Armin et al. (2014): Prekäre Wahlen. Gütersloh.
- Schiller, Theo (1999b): Prinzipien und Qualitätskriterien von Demokratie. In: Berg-Schlosser/Giegel (Hg.): Perspektiven der Demokratie. New York, S. 28-56.
- Schiller, Theo (Hg.) (1999a): Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis. Frankfurt a.M.
- Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney/Brady, Henry E. (2012): The unheavenly chorus: Unequal political voice and the broken promise of American democracy. Princeton.
- Schneider, Sebastian (2018): Bürgerhaushalte in Deutschland. Wiesbaden.
- Smith, Graham (2009): Democratic innovations. Cambridge.
- Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden.
- Sunstein, Cass (2001): Echo chambers. Princeton.
- Ulbricht, Lena (2019): Big Data und Governance im digitalen Zeitalter. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 289-307.
- Van Deth, Jan W. (2013): Das schwierige Verhältnis zwischen Partizipation und Demokratie. In: Politische Bildung 46 (3), S. 9-21.
- Von Lucke, Jörn (2018): Vom Smart zum Realtime Government. In: Innovative Verwaltung 9, S. 10-13.

Politische Parteien zwischen Sein oder nicht Sein?

Digitale Transformation als Organisationsumbruch

Isabelle Borucki

1. Einleitung

Politische Akteure wie Parteien, Verbände, Nichtregierungsorganisationen und andere Intermediäre werden auf besondere Weise durch die Digitalisierung und digitale Transformation herausgefordert. Unter Digitalisierung wird im Folgenden nicht nur rein technisch, sondern breiter die Verbreitung und Durchdringung politischer Sphären und Lebenswelten durch digitale Mittel und Kanäle verstanden (Wright 2012). »Digitalisierung, verstanden als zunehmende Omnipräsenz, Ausbreitung und Distribution elektronischer Kommunikationsformate und -inhalte, vornehmlich, aber nicht nur über das Internet« ist dann mit massiven Transformationsprozessen verbunden – sowohl auf der inhaltlichen, wie auch der technischen Ebene (Borucki/Jun 2018, 31). Zumindest auf den hier fokussierten Fall der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem parlamentarischen Repräsentativsystem trifft zu, dass Parteien als zentrale Akteure eines Staates nicht nur vor der Aufgabe stehen, sich selbst und ihre Organisationsstruktur an die Digitalisierung anzupassen, sondern auch ihre vielfältigen Vermittlungsleistungen zwischen Staat und Gesellschaft an die gewandelten Umweltbedingungen anzupassen. Das impliziert, dass gerade für Parteien, die über Sonderfunktionen (Rekrutierung politischen Führungspersonals, politische Willensbildung, Partizipation, Interessensartikulation, Mobilisierung u.v.a.) im politischen System verfügen, besondere Bedingungen und Herausforderungen gelten (Jun 2013; Sartori 2005). Etwa die schon immer von Parteien geleistete bzw. intendierte Integration unterschiedlicher Mitgliedergruppen bzw. Flügel, die Ansprache von immer disparater und polarisierter werdender Wählergruppen über Wahlkampfkommunikation (Dreyer/Bauer 2019; Garcia et al. 2015; Prior 2013; Wang 2014), die Mobilisierung und Bindung über Wahlkämpfe hinaus (Caruso 2015; Lilleker/Koc-Michalska 2016; Loveless 2010; Neyazi et al. 2016; Nielsen 2011; Segesten/Bossetta 2017) sowie die Kommunikation über politische Projekte und Entscheidungen in der Regierungsarbeit (Borucki 2014). All diese Aufgaben betreffen verschiedene Teile von Parteien (Führung, Funktionärsebene, Basis [Key 1953] und verschiedene Verantwortungsstufen – je nach dem, in welcher Po-

sition innerhalb des politischen Systems und des Parteiensystems sich eine Partei befindet [Regierungs- oder Koalitionsverantwortung in Bund, Land, Kommune, Opposition: Niedermayer 2013, 70]) und wie die konkrete Ausgestaltung des Parteiensystems ist (entlang von Konfliktlinien oder als Typologien: Niedermayer 2013). Dabei ist noch völlig unklar, sowohl seitens der Forschung als auch seitens der Praxis, welche Folgen und Auswirkungen die Einführung digitaler Verfahren und Beteiligungsinstrumente für die Parteiorganisation bedeutet, und das, obwohl mit verschiedenen Experimenten z.B. zu virtuellen Ortsvereinen seit den 1990ern Wissen zum Umgang mit dem ›Neuland‹ in Parteien gesammelt wurde.

Der Beitrag diskutiert auf dieser Basis, welche Bereiche und Perspektiven die Parteienforschung bislang betrachtet hat, wenn es um Fragen der Digitalisierung politischer Parteien geht. Dabei wird

1. Erstens das Augenmerk auf den Forschungsstand dahingehend gelegt, als dass zunächst aufgezeigt wird, welche Bereiche die deutsche und europäische Parteienforschung im Hinblick auf Digitalisierung bisher betrachtet haben und welche nicht. Hierzu fokussiere ich auf die folgenden Felder innerhalb der Parteienforschung: A) Parteienwandelforschung, B) Parteientypenforschung, C) Innerparteiliche Strukturen und Organisation, D) Kandidaten, Leadership und Kommunikation sowie E) Policies und Programmatik (Abschnitt 2).
2. Zweitens wird eruiert, welche Szenarien Forscher in diesem Bereich entwickelt haben und zu welchen Folgerungen die Forschung im Feld zu den bisher empirisch noch nicht nachgewiesenen ›digitalisierten Parteien‹ oder ›Cyber Parteien‹ (Margetts 2006) gelangt ist. Allgemeiner zum Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie eröffnete zunächst die Differenz zwischen Technikdeterministen und Technikpessimisten das Spektrum der Betrachtungen, in dem sich allgemeine Entwürfe zum Potenzial der Digitalisierung entfalteten (zum Überblick: Kneuer 2013; Kneuer/Salzborn 2016). Daran anschließend, und mit zunehmender Ausdifferenzierung der Interaktionsmöglichkeiten im Netz, wurden daraus die Normalisierungs- und Transformationshypothesen (reinforcement vs. empowerment) entwickelt. Erstere besagt, dass sich bestehende Ungleichheiten auch in digitalen Umwelten fortsetzen, wohingegen letztere von einer Transformation und Veränderung (oftmals zum Besseren) der Demokratie durch das Internet ausgeht. Die Transformationsthese gilt inzwischen als widerlegt, wie noch erläutert wird, wohingegen sich die Normalisierungsthese insbesondere in der effektiven Verstärkung bereits bestehender analoger Ungleichheiten im Digitalen als noch wirkmächtiger erweist und inzwischen in Deutschland eher Negativszenarien zur Zukunft digitaler Demokratie dominieren (Abschnitt 3).
3. Drittens wird ein Fokus darauf gelegt, welche möglichen zentralen Forschungsbereiche für die Parteienforschung in der Zukunft von besonderer Relevanz

sind, wenn es darum geht, den Umgang zentraler Intermediäre wie politische Parteien mit der Digitalisierung und ihren Folgen analytisch einzuordnen. In diesem Teil geht es darum, aufzuzeigen, wo das Augenmerk auf unerforschte Bereiche gerichtet werden sollte. Hierbei wird die Position vertreten, dass sich die Parteienforschung mittlerweile fast schon zu kleinteilig Einzelphänomene widmet und dabei die Zusammenhänge nicht nur mit dem Parteiensystem, sondern auch dem politischen System aus dem Blick verliert (Wiesendahl 2013, 47). Eine singuläre Betrachtungsweise führt insofern kaum zu einer umfassenden Erschließung des Gegenstands, weil Digitalisierung auch im Feld der politischen Parteien quer zu allen Themen und Bereichen liegt und den Gegenstand organisatorisch, technisch, sozial, gesellschaftlich und damit inhaltlich wie personell und strukturell durchdringt. Damit sind also viele Ebenen und Dimensionen verbunden, die es in der geneigten Forschung zu adressieren gilt (Abschnitt 4). In dieser Hinsicht versteht sich der Beitrag als ein Aufruf zu einer intradisziplinär integrativ orientierten Parteienforschung.

2. Systematische Einordnung des Gegenstands »Digitalisierung und Parteien«

Wie eingangs erwähnt, handelt es sich bei Digitalisierung um einen allumfassenden Prozess, der auch und gerade nicht vor Parteien halt macht. Dies ist deshalb der Fall, weil Parteien mehr noch als andere Organisationen im Zentrum des politischen Geschehens und damit der öffentlichen Aufmerksamkeit – insbesondere der Massenmedien – stehen. Wie genau sich Parteien jedoch der Digitalisierung zuwenden oder nicht, wie sie mit dieser Transformation umgehen und welche Instrumente und Praktiken an dieser Stelle zum Einsatz kommen, sind eher blinde Flecken der politikwissenschaftlichen, insbesondere vergleichenden, Auseinandersetzung mit Parteien, wie nun ausgeführt wird.

Der Forschungsstand zu Parteien allgemein aus Perspektive der Parteienwandelforschung, die Parteienwandel als »evolutionären Entwicklungsprozess« (Wiesendahl 2010b, 92) konzipiert, lässt sich fragmentarisch in folgende Bereiche untergliedern: A) Parteienwandelforschung, B) Parteientypenforschung, C) Innerparteiliche Strukturen und Organisation, D) Kandidaten, Leadership und Kommunikation sowie E) Policies und Programmatik (Tabelle 1). Dabei ist allerdings anzumerken, dass Parteienwandel als übergreifende Kategorie für die anderen vier zu sehen ist, je nachdem, wie Party Change operationalisiert wird: Als Ursache für Veränderung, als auslösendes externes oder internes Moment von Veränderung oder als Ergebnis von Reformen. Insofern sind die Bereiche B) bis E) auch, aber nicht nur, unter Parteienwandel zu subsumieren. Eine weitere übergreifende Kategorie aus der Parteienforschung ist die Parteiorganisationsforschung, welche die Berei-

che C) bis E) umfassen kann, je nachdem wie der Begriff der Parteiorganisation ausgedeutet wird (vgl. Abbildung 1 und Korte et al. 2018).

Tabelle 1: Darstellung der wesentlichen inhaltlichen Bereiche der Parteienforschung mit Beispielstudien und Metaanalysen zu digitalen Themen. Eigene Darstellung.

A) Parteienwandelforschung	B) Parteientypenforschung	C) Innerparteiliche Strukturen und Organisation (innerparteiliche Demokratie, IPD)	D) Kandidaten und Leadership, Kommunikation/Campaigning (IPD)	E) Policies und Programmatik
1. Umwelt-deterministen Harmel/Janda 1982	1. Evolutionsmodelle Jun 2004; Heyme 2002	1. Rekrutierung Höhne 2013; Treibel 2013; Florack et al. 2005		1. Ideologie König 2018
2. Interaktionisten Harmel/Janda 1994	2. Parteien-familien Jun/Höhne 2011	2. Reform Reichart-Dreyer 2002; Gauja 2017	2. Kampagnen Jungherr 2017; Schweitzer/Albrecht 2011	2. Zielformulierung Krüper 2018
3. Umwelt-verarbeitung Jun 2004	3. Anarchische Modelle Schmid/Zolleis 2005; Weick 1982	3. Mobilisierung Dommett 2018; Marschall/Schultze 2015; Roßteutscher/Schäfer 2016		3. Strategie-entwicklung und Formulierung Heimrich 2013
4. Neoinstitutionalisten Bukow 2009, 2013	4. Hierarchische Modelle Duverger 1954; Michels 1911; Caverly 2014	4. Integration und Partizipation Bieber 2014; Lutz et al. 2015; Montigny 2015	4. Agenda-Setting Ordaz 2015; Bimber et al. 2015	
5. Mikropolitik Schmid/Zolleis 2005		5. Präsidentialisierung/ neue Leadership Poguntke/Webb 2005; Helms 2008; Glaab 2010		
<i>Integrativer Ansatz aus 3./4. und 5.: Umweltverarbeitung, Neoinstitutionalismus und Mikropolitik als kombinierte Heuristik</i>	<i>Digitale Partei: Reform und Integration digitaler Instrumente</i>	<i>Überführung innerparteilicher Willensbildungsinstrumente ins Digitale (z.B. Direktwahl von Kandidaten, Adhocracy, digitale Plattformen)</i>	<i>Digitales Campaigning, digitale Kollaborativtools zu interner Abstimmung, Hybride Außenkommunikation (z.B. VAA)</i>	<i>Digitalpolitik als Policy (zunehmende Beschäftigung innerhalb der Parteien mit Digitalpolitik als Politikfeld)</i>

A) Die *Parteienwandel- und Parteiensystemforschung* beschäftigt sich in zwei Hauptsträngen vor allem mit Fragen der Veränderung von Parteien aufgrund einerseits externer Einflüsse und Schocks (der so genannte Party Decline-Ansatz: Wiesendahl 2010a; Wiesendahl 2010b), dessen Folgen, so die Vertreter dieser früheren Linie, in einem Niedergang der Parteien kulminierten. Dieser Zweig der Forschung wurde auch als »Krisenwissenschaft« bezeichnet, weil sie grundsätzlich

Fehlentwicklungen des Parteiwesens nachempfinden wollte. Dagegen beschäftigt sich der zweite und weitaus modernere Strang mit einer Wandelperspektive auf Parteien, die in erster Linie mit parteiinternen bzw. parteiabhängigen Einflüssen zu tun haben: Dies sind anhaltender Mitgliederschwund, aber auch die Überalterung und schwindende Anbindung der Parteien an ihre Milieus mit der Folge einer geschwächten Legitimationsbasis als »Vertrauens-, Repräsentations- oder Legitimationskrise des Parteienstaates« (Decker 2007, 20).

Mit diesem Strang eng verbunden ist auch die Parteisystemforschung, deren Wandel ebenso verschiedenen Veränderungen unterworfen ist wie jene der Strukturen von Parteien. Der heutzutage dominante Modus der Erforschung von *party (system) change* ist einem Evolutionsmodell unterzuordnen. Hier existieren verschiedene Ansätze, die auch der Tabelle zu entnehmen sind (Bereich A); der strategische Ansatz wird aufgrund seiner geringen Reichweite nicht abgebildet. Alle fünf hier dargestellten Ansätze suchen nach Ursachen von exogenen wie endogenen Einflüssen auf die Organisationsperspektive politischer Parteien (Wiesendahl 2010a, 47). Allerdings eint alle diese Ansätze, dass sie wenig miteinander verknüpft sind, was Wiesendahl auf ein »verbesserungsbedürftige[s] Reflektionsvermögen der Wandlungsforschung« (ebd., 56) zurückführt. Demnach sei Anpassung immer auch eine Adaption in dem Sinne, dass Parteien »eigeninitiativ und proaktiv« Wandel gestalten könnten (ebd.), was im Grunde eine starke Hinwendung zu prozessorientierten theoretischen Basierungen nahelegt. Wandel, gesteuert von den Parteieliten, ist dann nach dem interaktiven und dem umweltdeterministischen Ansatz, eine Top-Down-Veranstaltung innerparteilicher Reform. Der neo-institutionelle Ansatz fügt dem die außenkommunikative »Fassadenpolitik« oder Symbolpolitik hinzu. Weiter gehen dagegen der Umweltverarbeitungsansatz, der mikropolitische und der organisationsanarchische Ansatz, die versuchen, die gesamte Lebenswelt einer Partei sowie Feedbackprozesse mit in den Blick zu nehmen. Diese Ansätze kalkulieren Scheitern mit ein. Für den hier interessierenden Gegenstand der Digitalisierung von Parteien sind genau jene Ansätze besonders hervorzuheben, da sie entgegen der landläufigen Zersplitterung der Parteienforschung ein integratives und interaktives Vorgehen ermöglichen (zur ausführlichen Diskussion: Wiesendahl 2013, 47)

B) *Parteientypenforschung*: Hierunter werden im Wesentlichen alle Arbeiten subsumiert, die sich mit der Entwicklung und Kennzeichnung von Parteien mittels Typologien, einer klassischen politikwissenschaftlichen Forschungsmethode, beschäftigen. Der Anfang dieser Auseinandersetzung mit Parteientypen wurde sicherlich am Ende des 19. Jahrhunderts, mit dem Siegeszug der Mitglieder- und Massenparteien (Jun 2013) gelegt. Wie der Überblick in Jun (2013, 123) zeigt, haben sich seitdem die Beschäftigungen und Verfeinerungen der jeweiligen Parteientypen entlang ihrer Aufgaben und Funktionen in demokratischen Systemen stark ausdifferenziert. Beginnend mit der sogenannten Volkspartei (Kirchheimer 1965;

Williams 2008), oder auch Catch-all-party (Blyth/Katz 2005; Katz/Mair 1996; Puhle 2002; Smith 2009) entstand ein breiter Forschungsstrang innerhalb der Parteienforschung, der sich der Entwicklung der Typen von Parteien und deren jeweiliger Ausprägung widmet. Die hieran anknüpfende empirische Evidenz bzw. die Operationalisierung der jeweiligen Typen für empirische Forschung stand und steht in diesem Bereich der Parteienforschung an erster Stelle. Neuere Studien behandeln mit Blick auf die Digitalisierung den Typus der »Digitalen Partei« (Gerbaudo 2018; Hartleb 2013; Margetts 2006) als Ausprägung und Manifestation der Beteiligungswünsche in der Mitgliedschaft. Dem wird durch die Integration digitaler Plattformen entsprochen, die es der Basis ermöglichen, direkt mit der Parteiführung zu interagieren. Für Kampagnen bedeutet die ›digitale Partei‹ eine starke Hinwendung und Basierung auf und hin zu Social Media als Distributions- und Interaktionskanälen sowie zu datengestütztem Wahlkampf (Dommett/Temple 2018; Jungherr 2017).

C) Die *innerparteiliche Organisation und Strukturen* innerhalb von Parteien wurden zwar bisher nicht ganz außer Acht gelassen, dieses Feld der Parteienforschung ist aber besonders schwer zugänglich (Wiesendahl 2010a). Die Form und Ausgestaltung von Entscheidungsprozessen sind zwar gut erforscht (Korte et al. 2018, 12), insbesondere, wenn es um die Frage geht, wie Entscheidungsprozesse in Parteien herbeigeführt werden (Korte/Treibel 2012; Treibel 2013). Anders sieht es mit der Durchsetzung von (digitalen) Reformen aus und der diesbezüglichen Abstimmung und Koordination innerhalb der Parteien. Hier sind zwar Studien zur Auswirkung auf die Mitgliederentwicklung einschlägig (Walter-Rogg 2013), eine Perspektive auf die Mitbestimmung von Mitgliedern und/oder eine Ausweitung der Mitgliedsrechte und damit verbundene Veränderung des Mitgliedsstatus hat bisher eher weniger Forschung inspiriert (Scarrows 2018); ist damit doch immer auch ein Aufweichen der Rückbindung an die jeweiligen Milieus sowie die notwendige Kalkulation der Parteiführung mit dem Eigensinn und der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft verbunden. Was die Mitbestimmung, auch und insbesondere über digitale Mittel anbelangt, ist dieses Feld aber noch ausbaufähig (Bieber 2014; Datts 2014).

D) Der Bereich der Forschung zu *Kandidaten und Leadership* enthält viele Studien, die sich rund um Personalisierung drehen, insbesondere Einzelfallstudien und Fragen der Leadership – und der Verbindung der jeweiligen Parteiteile über Führung – überwiegen hier (nur zur Veranschaulichung u.a.: Beyme 1996; Blondel 2010; Helms 2012; Helms 2014; Jun/Pütz 2010; Kenig 2009; LeDuc 2001). Aber auch Untersuchungen und Studien, die sich Fragen der innerparteilichen Kandidatenauswahl und Parteiführung sowie Reformen und Neuerungen wie etwa Vorwahlen widmen (Lev-On 2011; Vaccari 2013), sind hier hinzu zu rechnen (Cross 2013; Detterbeck 2013; Höhne 2013, 2017). Wie allerdings Kandidaten und die Parteieliten auch mittels elektronischer Mittel und über das Internet selegiert und letztlich gewählt werden könnten, dazu gibt es bisher für den deutschen Fall keine umfassenden

Studien. Für Spanien und Italien gibt es entsprechende Arbeiten (z.B.: Borge/Santamarina 2016).

E) Unter *Policies und Programmatik* als letzte und gleichzeitig forschungstechnisch größte Kategorie sind jene Studien zu subsumieren, die sich im Wesentlichen mit Fragen der programmatischen Orientierung und Ausrichtung von Parteien und der Passung mit der Wählerneigung beschäftigen (Debus 2007; Debus/Müller 2013; Merz/Regel 2013; Polk/Kölln 2017; Romeijn 2018). Hier besteht auch eine große Schnittmenge mit der Wahlforschung und anderen Bereichen der politischen Soziologie. Studien in diesem Bereich bedienen sich oftmals des »Manifesto«-Korpus, in dem die Wahlprogramme von Parteien international verglichen und mit automatisierten Analyseverfahren untersucht werden können (Allen/Mirwaldt 2010; Klingelhöfer 2014; Merz et al. 2016; Volkens et al. 2013).¹

Die Beschäftigung im Feld »Parteien und das Digitale« ist grundsätzlich ebenso in den fünf Bereichen aus Tabelle 1 zu verorten, sie konzentriert sich bis dato aber vor allem auf mit digitalen Instrumenten geführte Wahlkampagnen, neuerdings auch im Sinne eines data-driven campaignings (Jungherr 2017; Kefford 2018; Oswald/Johann 2018). Im Zentrum des Interesses standen bislang vor allem Fragen der Personalisierung und Professionalisierung von Wahlkampagnen (Bennett 2012; Enli/Skogerbo 2013; Figenschou et al. 2017; Kriesi 2012; Langer/Sagarzazu 2018; Rahat/Kenig 2018; van Aelst et al. 2012) und in Zeiten zunehmender Bedeutung von Social Media auch in polarisierten Medienumwelten (De Nooy/Kleinnijenhuis 2013; Steiner/Martin 2012; Yardi/Boyd 2010), was allerdings in Bezug auf die Polarisierung der Wählerschaft nichts Neues ist (Anscombe/Iyengar 1995). Möglichkeiten zur aktiven Gestaltung haben sich bei Online-Wahlkämpfen gezeigt oder bei Konsultationsverfahren über Programmatik und gar Koalitionsentscheidungen über das Internet (Dommett 2018). So war zwar in den vergangenen Jahren, insbesondere dem letzten Jahrzehnt, eine deutliche Zunahme politischer Online-Mobilisierung und entsprechender Online-Kampagnen in Wahlkampfphasen zu beobachten (Voss 2014; Marcinkowski und Metag 2013; Unger 2012), allerdings noch ohne tatsächlich wahlentscheidende Auswirkungen (Kefford 2018; Jungherr 2017).

Neuere Entwicklungen im Feld B) behandeln den Typus der »Digitalen Partei« (Gerbaudo 2018; Hartleb 2013; Margetts 2006) als Ausprägung und Manifestation der Beteiligungswünsche in der normalen Mitgliedschaft. Dem wird durch die Integration digitaler Plattformen entsprochen, die es der Basis ermöglichen, direkt mit der Parteiführung zu interagieren. Für Kampagnen bedeutet die digitale Partei eine starke Hinwendung und Basierung auf und hin zu Social Media als Distributions- und Interaktionskanälen sowie zu datengestütztem Wahlkampf (Dommett/Temple 2018; Jungherr 2017). Damit verbunden ist auch eine organisatorische Öffnung der Parteien gegenüber der orts- und zeitungebundenen Kol-

¹ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Norbert Kersting in diesem Band (Kersting 2019).

laborativlogik der Plattformmedien (Van Dijck et al. 2018), was den in der Tabelle 1 unter C) 6. gelisteten Punkten entspricht.²

Hinzu kommt die Beschäftigung mit weiteren Formen und Arten von politischer Kommunikation auf der Mikroebene, also durch Politiker sowie die Darstellung von Politikern und Parteien in Sozialen Medien (Bossutta 2018; Dimitrova/Matthes 2018; Ernst et al. 2019; Klinger/Russmann 2017; Lopez-Meri et al. 2017; Stier et al. 2018; Vaccari 2017; Valera-Ordaz et al. 2018). Hier zeigen die meisten Studien, die in erster Linie auf die PR-orientierte Außenkommunikation abstehen, dass es in erster Linie die Politiker und Kandidaten selbst sind, die das Ausmaß der Nutzung digitaler Technologie und insbesondere Social Media in der Hand haben. Allerdings, so auch die Hauptargumentation dieser Forschungsrichtung, sind Politiker mehr und mehr Getriebene der ausdifferenzierten hoch auswählbaren und auswählenden Medienumwelt geworden (van Aelst et al. 2017). Eine besondere Ausprägung nimmt das so genannte Medienmanagement dann ein, wenn es im Sinne von »political leadership« als Kapital eingesetzt wird. Dann werden über Personalisierungsstrategien die Personen und ihre Eigenschaften im Rahmen einer Kommunikationsstrategie medial betont und indirekt über diese Personen Inhalte vermittelt (Langer 2011; van Aelst et al. 2010).

Die gerade skizzenhaft geschilderte Fokussierung auf die Instrumente und Formen der Wahlkampfführung und etwaige Veränderung derselben durch Social Media verstellt allerdings den Blick auf die Perspektive des Organisationsalltags von und in Parteien, nämlich zentral die Frage danach, wie Parteien als Organisation mit der Digitalisierung umgehen und sie als soziale Praktik in ihre Organisationsstruktur integrieren – oder nicht. Mögliche Betätigungsfelder im Schnittfeld Parteien und Digitalisierung sind in dieser Hinsicht vor allem in der innerorganisatorischen, sprich innerparteilichen, Antizipation von Digitalisierung zu sehen, wo bisher eher wenige Forscherinnen tätig sind (Dommett 2018; Dommett/Rye 2018; Rye 2015). Das ist unter anderem auch damit zu begründen, dass die Konzeptentwicklung dessen, was innerparteiliche Demokratie bedeutet, lange auch von den Parteien ignoriert wurde (Bieber 2014). Wie verändern einerseits zunehmende Forderungen nach Beteiligung und Mitbestimmung die Partiestrukturen? Wie wirken sich Formen digitaler Mitbestimmung aus und welche Konsequenzen hat dies für den Aufbau einer Partei? Die Beschäftigung mit Fragen der digitalen innerparteilichen Willensbildung und Demokratie sowie der Mitbestimmung und Beteiligung von Mitgliedern, Unterstützern oder gar Sympathisanten (Scarrow 2015) geht dann über die reine Einführung von E-Voting oder Online-Voting (Carter/Belanger 2012) auf Parteitagen und anderen analogen Entscheidungsveranstaltungen weit hinaus – mit entsprechenden, unter Umständen problematischen demokratietheoretischen Konsequenzen (Lauer 2004; Lutz/Hoffmann 2017) – etwa dem Ausschluss

² Vgl. hierzu auch den Beitrag von Jasmin Fitzpatrick in diesem Band (Fitzpatrick 2019).

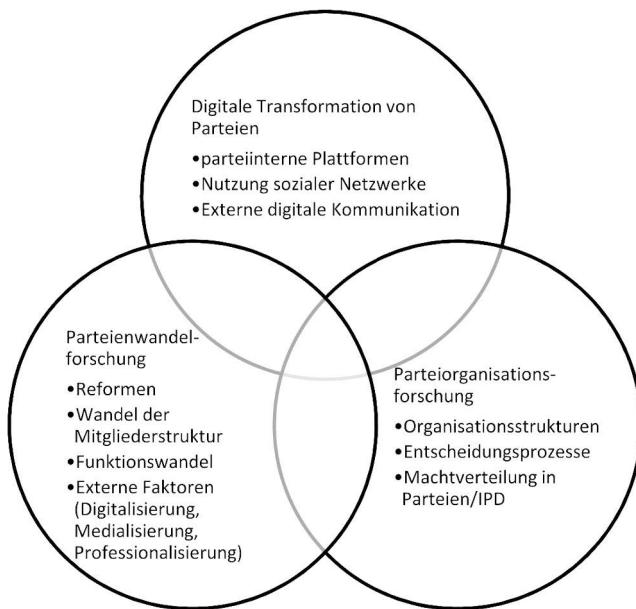
schwacher Interessen und anderer benachteiligter Gruppen aus der Parteiarbeit (Kersting/Baldersheim 2004). Die zentrale Frage an dieser Stelle ist die nach der Einbindung eben jener schwächer und unterrepräsentierter Interessen (je nach Partei eher die Jüngeren, eher die Frauen oder eher die monetär schlechter Gestellten) und wie sich dies im Sinne der Normalisierung auch in sozialen Netzwerken wie Facebook verstetigt (Lev-On/Haleva-Amir 2016). Hier sind die Parteien gefragt, die vor allem in der Regierungsposition als skeptisch bis reserviert oder vorsichtig gegenüber digitalen Neuerungen einzustufen sind (Borucki 2018). Interessante Fragen in dieser Perspektive wären: Worin liegt die Beharrungskraft von Parteien begründet? Gibt es Unterschiede zwischen Parteien darin, wie sie mit Digitalisierung umgehen und womit sind diese zu begründen? Wie können Gestaltungsoptionen ausgemacht und ausgenutzt werden, um auch proaktiv und eigeninitiativ mit Veränderungen durch die Digitalisierung (etwa steigender Anforderungen an Transparenz und Responsivität) umzugehen? Hier wären regierende Parteien in der Verantwortung, wenn es darum ginge, digitale Partizipationsformen innerhalb der Parteien auch grundgesetzlich zu verankern und damit zu ermöglichen oder grundsätzlich digitale Beteiligungsformate in anderen politischen Organisationen gezielt zu befördern und Instrumente des E-Government zentral und offen (also nicht proprietär) zur Verfügung zu stellen (etwa gemäß der zehn Prinzipien offener Regierungsinformation; darunter Transparenz, Partizipation, Kollaboration; Wewer 2014, 34).

In der Diskussion rund um Digitalisierung und Parteien verschmelzen drei Forschungsstränge der Parteienforschung: Die *Parteidelforschung* wird in erster Linie von Fragen des Wandels durch Digitalisierung adressiert, wenn Digitalisierung als von extern kommender Einfluss oder Prozess konzeptualisiert wird, der nicht nur eine technische Komponente hat, sondern auch transformierende gesellschaftliche Wirkmächtigkeit entfaltet.

Der zweite Bereich, die *Parteiorganisationsforschung* ist dann relevant, wenn davon ausgegangen wird, dass Digitalisierung nicht einfach einen linearen Kausalprozess auslöst, sondern auch und unmittelbar aus Parteiorganisationen heraus wirkmächtig wird. Hiermit ist die Perspektive der Umweltverarbeitungsansätze, Interaktionisten und Neoinstitutionalisten gefragt. Der dritte, beide genannten Stränge vereinende Bereich ist die *digitale Transformation von Parteien*, die sich durch »Partizipationalismus« (Gerbaudo 2018) und eine Plattformisierung der internen Parteiarbeit kennzeichnen lässt. Die folgende Abbildung 1 soll dies veranschaulichen.

Die Parteidelforschung liefert nicht nur Untergangs- und Krisenszenarien, sondern kann für die Erschließung des Feldes »digitale Parteien« von großem Wert sein. Hier sei zuerst an Arbeiten zu Partiereformen gedacht (Gauja 2017; Rechart-Dreyer 2002), deren konzeptioneller Gehalt auch auf digitale Transformation angewendet werden kann (Tabelle 1, C 2. und 6.). Unter einer Partiereform versteht

*Abbildung 1: Verschmelzung zweier Forschungsstränge zu einem neuen.
Eigene Darstellung.*



dieser Beitrag nach (Jun 2009, 188) »alle planvollen, auf strategische Entscheidungen zurückzuführenden Veränderungen der Organisationsstrukturen einer Partei, die unmittelbar das Binnenleben betreffen«. Es geht dabei also laut Bukow (2014, 134) primär um Veränderungen der formalen Strukturen, die in der Regel über die Satzung festgelegt sind; das können etwa die Einführung von Urwahlen oder Direktwahlen von Kandidaten sein. Insbesondere dann, wenn es um eine Öffnung und Veränderung von Parteien, auch mit digitalen Mitteln geht, ist dieser Bereich zur theoretischen Basierung lohnenswert (Gerl et al. 2016). Mit Partiereformen und einer Öffnung ist oftmals auch eine Veränderung der Mitgliederstruktur von Parteien zu beobachten (Korte et al. 2018).

Die Perspektive auf Partiereformen hat die Parteidwandelforschung mit der Parteiorganisationsforschung gemeinsam, die zentral auf Veränderungen in Organisationsstrukturen aufgrund vielfältiger Ursachen fokussiert. Hier ist es sekundär, aus welcher Richtung der Veränderungsimpuls eintritt (von extern oder intern, als Schock oder schleichend). Relevant ist in erster Linie, inwiefern sich Entscheidungen und Entscheidungsfindungsprozesse über Programme, Kandidaten und Strategien oder gar Strukturen ins Digitale verlagern (lassen) und welche Folgen

das jeweils für die Organisationsstruktur zeitigt. Hinzu tritt als letzte Dimension in diesem Feld die Frage nach der Machtverteilung und etwaigen Machtgleichgewichten zwischen Führung, Funktionärsebene und Basis – und welche Effekte hier im Sinne eines Bypassing durch und über Social Media zu beobachten sind (Chiru/Gherghina 2017).

Wenn wir von der digitalen Transformation in Parteien sprechen, ist damit immer auch die Transformation durch Parteien gemeint. Digitalisierung als soziale Praktik durchdringt Parteien als politische Organisationen und katalysiert unter Umständen gesellschaftliche Bedingungen in und aus Parteien, die ohnehin bereits wirkmächtig geworden sind. Dies lässt sich 1) an der zunehmenden Nutzung parteiinterner Plattformen festmachen, die denen kommerzieller Drittanbieter gleichen bzw. von ihnen entwickelt werden. 2) an der Nutzung sozialer Netzwerke sowohl durch die Parteien als Organisationen (Reichard/Borucki 2015) sowie durch die einzelnen Politiker selbst und 3) durch eine immer professionellere Gestaltung der parteiexternen Kommunikation (Gibson et al. 2017). Damit verbunden, bzw. mit einer daran anknüpfenden Veränderung der innerparteilichen Organisationskultur werden auch die demokratietheoretischen Konzepte wie Legitimität, Responsivität, Repräsentation und Glaubwürdigkeit transformiert oder zumindest um weitere Dimensionen ergänzt. Für die Legitimität bedeutet das, dass Parteien und ihre Mitglieder – egal, ob auf Führungs-, Funktionärsebene oder an der Basis – gefordert sind, nachvollziehbare und vor allem transparente Entscheidungen zu treffen und diesen Prozess auch zu kommunizieren. Damit zusammen hängt zentral auch die Frage nach der Responsivität. Also der Reaktion auf Erwartungen, die besonders im Digitalen an Parteien als Akteure in Staat und Gesellschaft herangetragen werden – bei der Gefahr für die politischen Akteure, Kontroll- und Machtverluste zu riskieren (Borucki/Jun 2018, 32ff.).

3. Digitale Transformation von Parteien als nicht mehr so neues Betätigungsfeld der Parteienforschung

Wie eingangs erwähnt, lässt sich die Forschung zur Digitalisierung und den Auswirkungen der Internetnutzung, unabhängig von der Parteienforschung, auf das politische und gesellschaftliche System in eher optimistische, teilweise utopistische und skeptische bzw. pessimistische Szenarien einteilen.

Die so genannten *Technik-Deterministen* oder auch *Cyber-Optimisten* vertreten mit der Transformationsthese die Auffassung, dass das Internet zu völlig neuen Interaktions- und Kommunikationsformen führt (Postman 1993), was letztlich in einer Transformation der Demokratie endet. Kurzum: Bessere und transparentere Demokratie ist hier das Diktum. Durch eine produktive Nutzung diskursiver Räume im Internet könne jeder an politischen Prozessen beteiligt werden (Kriesi 2008)

und sogar eine Steigerung von Empowerment durch Partizipation erreicht werden (Lilleker 2013; Scullion et al. 2013). Das ist deshalb der Fall, weil digitale Diskursräume unabhängig funktionieren und auch diese Räume hybrid zwischen Online und Offline gemischt werden. Natürlich stellen das Internet und insbesondere Plattformmedien ein immenses Potenzial für politische Partizipation auch in Parteien dar – gerade, was die Online-Kommunikation anbelangt (Voss 2014, 9), die von den Mitgliedern und Wählern eingefordert wird: »Der Ruf nach mehr Beteiligung [...] ist für gewöhnlich die Forderung nach [...] organisierten, verbindlichen Beteiligungsformen, nach qualitativen Möglichkeiten der frühzeitigen Einbindung in politische Entscheidungsprozesse« (Voss 2014, 9). Dass Online-Formate dabei kostengünstig, schnell und ortsungebunden sind, käme einer umfassenden Ermöglichung politischer Teilhabe in Parteien nur zugute. Allerdings stellt sich dann die grundsätzliche Frage, was Partizipation und Beteiligung in Parteien in der digitalen Gesellschaft überhaupt bedeuten. Denn

»angesichts des starken Rückgangs des politischen Organisationsgrads der Bevölkerung [...] stellt sich bei Parteien [...] die Frage, wie und wie viel politische Partizipation sie ermöglichen. Die Piratenpartei hat in der näheren Vergangenheit gezeigt, was in diesem Bereich möglich ist und hat dadurch auch andere Parteien beeinflusst.« (Voss 2014, 9).

In diesem Zusammenhang ist für Parteien zentral, dass durch digitale Mittel eine vormals vorhandene autoritative Entscheidungsfindung dezentralisiert wird sowie Amateure und Quereinsteiger direkt an Entscheidungsfindung beteiligt werden können – eine Aufweichung der Machtlogik und damit verbundenen Hierarchie also unter Umständen damit einher geht. Hierdurch werden »Willensbildungsprozesse ‚bottom-up‘, also von der Basis hin zur Parteiführung, organisiert [...] und somit [werden] existierende Kommunikationshierarchien abgebaut« (Marschall 2013, 275). Im Mittelpunkt steht dann die Frage, ob auch durch von »Amateuren« und »Quereinsteigern« ohne langjährige Erfahrung in der Parteiarbeit herbeigeführte Entscheidungen Verbindlichkeit hergestellt werden kann und diese entsprechend bindend ist. Damit verbunden ist dann eine Ausdünnung der Machtbasis der mittleren Parteieliten, die sich unter anderem aus diesen Gründen logischerweise auch dagegen sperren dürften, ausschließlich über digitale Kanäle abzustimmen und digitale parteiinterne Beteiligungsformate einzuführen.

Die *Cyber-Pessimisten* dagegen werden auch als *Soziodeterministen* bezeichnet, weil sie postulieren, dass sich durch das Internet bestehende Ungleichheiten nochmals verstärken und bestehende Strukturen und Machtverhältnisse damit ebenfalls unangetastet bleiben (Negroponte 1995). Gemäß der damit verbundenen Verstärkerthese (international als Normalisierung bekannt; Hirzalla et al. 2010; Koc-Michalska et al. 2016; Lev-On/Haleva-Amir 2016; Marschall/Schultze 2012; Resnick 1998; Wright 2012) sind digitale Mittel nicht in der Lage, gesellschaftliche Unter-

schiede zu begradigen, sondern sie verstärken diese sogar noch (Goodin/Dryzek 2006; Schradie 2018). Bisherige Studien zur Partizipation und politischen Teilhabe seit dem »deliberative turn« und den damit verbundenen demokratischen Innovationen (Gibson/Cantijoch 2013; Koc-Michalska et al. 2016; Kersting 2013) legen zudem für die Mikroebene das Entstehen neuer Typen expressiven politischen Verhaltens in Online-Foren nahe, was denen zu Gute kommt, die ohnehin bereits über ausreichend Ressourcen verfügen, ihre Meinung zu äußern und eine gewissen individuellen Selbstdarstellungsdrang befriedigt. Gerade auf der lokalen Ebene öffnen sich Parteien solchen deliberativen und partizipativen Instrumenten des »invited space« und »invented space«, einer hybriden Demokratie und profitieren von deren Anwendung (Gabriel/Kersting 2014; Kersting 2017). Weiter angewendet auf Parteien bedeutet dieses Paradigma nicht nur das Verstetigen bestehender Spaltungen, sondern auch die unter Umständen steigende Möglichkeit zur Überwachung und Steuerung der Mitgliedschaft durch die Machteliten. Stefan Marschall folgert daraus, dass

»Parteilisten die Internet-Anwendungen gezielt für ihre Zwecke instrumentalisieren und dass die neuen Kommunikationsoptionen die Rolle des Parteimanagements in der innerparteilichen Willensbildung effektiv festige[n] (top-down)« (Marschall 2013, 275).

Mit den möglichen Verschiebungen zwischen demokratischen Institutionen und Zivilgesellschaft bzw. Internet und Parteien zusammen hängt ein Funktionswandel politischer Parteien zu darstellenden Funktionen (Sartori 1976, 24f.), der wiederum durch externe wie interne Prozesse wie Medialisierung (Donges 2008) oder Professionalisierung (Borchert 2003) beeinflusst wird. Die als Repräsentationsfunktionen klassifizierten Pflichten von Parteien sind laut Schmitter (2001, 74-84) der Wettbewerb in Wahlkämpfen, Aufbauen symbolischer Identität, Regierungsbildung sowie Interessenartikulation. Laut Sorauf (1975) sollten Parteien grundsätzlich ihre Funktionen so ausfüllen, dass diese immer auf Repräsentation zurückgeführt werden können. Hierzu entwirft er drei Dimensionen, in denen Parteien diese Repräsentationsfunktionen erfüllen sollen: Societiness (Gesellschaftlichkeit), Stateness (Staatlichkeit) und der intermediäre, also vermittelnde Status (intermediary). Zu repräsentativen Funktionen sind neben der Partizipation, also der Willensbildung in und durch Parteien, die gesellschaftliche Integration sowie die Information zu rechnen, ebenso wie die Sozialisierung und damit verbundene Politisierung sowie zuletzt Mobilisierung hierzu zählen (Jun 2013, 123). Zu den expressiven Funktionen rechnet die Parteienforschung (etwa: Schmitter 2001) die Rekrutierung von Personal, Aggregation und Artikulation von Interessen, Bildung von Mehrheiten, Sichern von Responsivität, Regieren bzw. Regierungsbildung, Legitimation politischer Entscheidungen, Organisation von Opposition sowie Mobilisierung durch Kommunikation in und außerhalb von Wahlkampfzeiten. Diese Funktionenbündel

werden in der Parteienforschung (anders als der Partizipationforschung [Endersby/Towle 1996]) deshalb expressiv genannt, weil sie innerhalb der politischen Kommunikation einer Partei deren Agency für Erwartungen und Interessenartikulation aus der Bevölkerung beinhaltet. Sartori (2005, 24) betont hier den Zwei-Wege-Charakter dieser Funktion, wobei er mit Expression die an Parteien gerichteten Erwartungen verstanden wissen will. Die Hinwendung zu vornehmlich ausdrückenden und darstellenden Funktionen ist insofern als Organisationsumbruch für politische Parteien zu sehen, der mit dem omnipräsen ten neuerlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit verschränkt ist.

Die von einer Verschiebung hin zu eher darstellenden Funktionen im Wesentlichen betroffenen Funktionen sind die Partizipation von Mitgliedern, Funktionären, aber auch Außenstehenden, wie Wählern. Die Integration gesellschaftlicher Minderheiten und sozial Schwacher, die Information über Programmatiken und Ideologie sowie die Sozialisation und Mobilisierung zu politischem Aktivismus sind dann aus den veränderten Anforderungen an Parteien gerichtete Funktionen. In erster Linie handelt es sich in dieser Hinsicht um einen Wandel von repräsentativen zu expressiven Funktionen, mit der Konsequenz, dass Parteien sich zunehmend nur auf das Regieren ausrichten: »When parties become less expressive [...] they become more inclined to present themselves to voters as governors and to ask to be judged as governors« (Mair 2009, 9). Diese funktionale und gouvernemente le Veränderung ist verbunden mit einer Hinwendung der Parteien zu symbolischer Politik und Politikdarstellung (Sarcinelli 1987) oder gar einer zur Fassade gerierten Show von Demokratie (Crouch 2004) als Simulation (Blühdorn 2013) sowie einer damit einhergehenden Aushöhlung der (innerparteilichen) Demokratie als Spiegel der Gesellschaft.

Was die Repräsentation durch Parteien anbelangt, zeigt die Forschung, dass die eingangs angesprochene Normalisierungsthese wirkmächtiger ist als die Transformationsthese: Bestehende Ungleichheiten verstärken sich im Digitalen schlicht und die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen auch und gerade über das Netz ist komplex. Hinzu kommt die zunehmende Polarisierung der (Netz-)Bevölkerung und der Wählerschaft gleichermaßen (Prior 2013; Steiner/Martin 2012). Damit ist ein Organisationsumbruch dahingehend verbunden, als dass Parteien die Aspekte von Digitalisierung sowohl im Inneren als auch Äußeren antizipieren können und nicht nur Getriebene, sondern Treiber der Entwicklung sind. Einen Organisationsumbruch durchlaufen Parteien angesichts der Digitalisierung deshalb, weil dieses Phänomen quer zu bisherigen Organisationsstrukturen funktioniert und bisherige Organisationsformen und -prinzipien klar durchdringen kann. Inwiefern und inwieweit dies aber tatsächlich umgesetzt wird, liegt in der Hand der Parteien und ihrer Entscheider.

4. Künftige Forschungsfelder

Wie dieser Beitrag gezeigt hat, gibt es viele Felder, in denen Parteien und ihr Umgang mit Digitalisierung erforscht werden können und auch teilweise bereits erforscht werden. Dass es sich hierbei bisher allerdings um eine eher selektive Beschäftigung vor allem mit Wahlkampagnen und Einzelphänomenen handelt, wurde ebenfalls deutlich. Insofern wäre es im Sinne einer integrativ-orientierten Parteienforschung wünschenswert, das Thema Digitalisierung nicht nur in den dargestellten Einzelbereichen rund um Wahlkämpfe, Personalisierung, Kommunikationsstrategien und in Einzelfallstudien zu bearbeiten, sondern auch als Metathema zu beleuchten, das alle Dimensionen der Parteien und damit auch der Parteienforschung erfasst. Zu diesem Zweck erscheinen die im ersten Teil dargestellten prozessorientierten Ansätze der Parteienforschung gut geeignet, weil sie zumindest theoretisch den Einblick in das Binnenleben einer Partei mittels entsprechenden empirischen Materials zu fassen ermöglichen.

Eine solche umfassende Sicht auf Parteien bedeutet auch, die Rückkopplung von Parteien in das politische System, sprich ihr Hineinwachsen in den Staat, aber auch die Verbindung zu den Bürgern und die Zivilgesellschaft nachzuvollziehen. In der ersten Perspektive sind damit Verbindungen der party in public office bzw. die Anstrengungen der jeweiligen Fraktionen im Parlament, Digitalisierung als Politikfeld zu besetzen sowie digitale Mittel als Organisationsrealität anzuerkennen, verbunden. In der zweiten Perspektive geht es dann um Forschungsvorhaben, die sich bewegungsförmigen Organisationen annehmen und hier untersuchen, was gangbare Alternativen zu Parteien sein könnten bzw. wie Parteien innerhalb ihrer Organisationsstruktur Digitalisierung als soziale Praktik zur innerparteilichen Demokratie und Mitbestimmung nutzen, ohne dabei die genannten Probleme der neuerlichen Exklusion und digitalen Spaltung noch zu verschärfen. Das bedeutet dann auch eine Anpassung und Adaption von Parteien an die Logiken digitaler Medien und Kanäle (etwa die Logiken der Vernetzung, Kollaborativität, Viralität und Konnektivität) aber auch die damit verbundenen Praktiken, die klassischen Parteiorganisationen diametral entgegenstehen (Tenscher/Borucki 2015; siehe Fitzpatrick 2019; Hofmann 2019 in diesem Band).

Auch wäre denkbar, die Formen von Partizipation und Mobilisierung durch und in Parteien über digitale Kanäle und Mittel genauer in die Forschung mit einzubeziehen. Hier ist insbesondere die Forschung zu sozialen Bewegungen und Protest interessant (Kneuer/Richter 2015; Sampedro/Mosca 2018; Theocharis/van Deth 2018), da sie losgelöst von einem engen Organisationsbegriff wie es der Parteienbegriff doch manches Mal ist, zu operieren und theoretisch neue Wege zu gehen. Denkbar sind in diesem Bereich Untersuchungen zur Entstehungsumgebung neuer Parteien, ihren Milieus und ihrer Herkunft – auch in Zusammenhang mit dem breiten Theorieschatz aus der Institutionalisierungsliteratur in Kombi-

nation mit den vielen Vorarbeiten zu Party Change (Arter/Kestilä-Kekkonen 2014; Basedau/Stroh 2008; Harmel/Svåsand 1993; Janda 1980; Randall/Svåsand 2002; Rose/Mackie 1988).

Da Digitalisierung und die damit verbundene gesellschaftliche Transformation quer zu allen Themen und Bereichen liegt und den Gegenstand der Parteien organisatorisch, technisch, sozial, gesellschaftlich und damit inhaltlich wie personal durchdringt, ist eine hier favorisierte quer liegende Betrachtungsweise angebracht. Wie dies umzusetzen ist, liegt im Interesse einer jeden Forscherin. Doch einige Anregungen könnten sein: Die Organisationsrealität politischer Parteien mit denen anderer politischer Organisationen zu vergleichen und nach Best-Practice-Beispielen zu fahnden, die im Sinne einer neo-institutionalistischen und integrativen bzw. umweltverarbeitenden Perspektive auch für Parteien zu gelten haben (Tabelle 1). Des Weiteren wäre eine vergleichende Analyse der Organisationskultur (also der Bereiche C) und D in Tabelle 1) verschiedener Parteien zu bestimmten Zeitpunkten interessant, um zu vergleichen, welche Strategien und Lösungen zum Umgang mit Digitalisierung in der jeweiligen Organisationrealität und im jeweiligen Teilbereich (Bereiche D und E in Tabelle 1) existieren. Hier ist auch ein interdisziplinärer Blick in die PR-Literatur lohnenswert, die sich umfassend mit der Organisationskultur beschäftigt hat (Huck 2004; Rhee/Moon 2009; Schein 2006; Sriramesh et al. 1992). Denn klar ist: Digitalisierung als umfassender Prozess kann aufgrund seiner hier angesprochenen Vieldimensionalität auch für politische Parteien nicht umfassend erforscht werden. Hier bedarf es zunächst kleinteiliger Zugänge und Puzzlearbeiten, allerdings nicht in der Weise, in der die Theorie- und Methodenbildung der Parteienforschung bisher operiert hat, sondern mit einem Weitblick für die bereits vorhandene Vielfalt in beiden Bereichen, ohne weiterhin »hermetisch« vor sich hin zu forschen (Wiesendahl 2013, 47f.). Eine interessante, auch quer zu bisher unternommenen Forschungsanstrengungen liegende Perspektive bietet die der Partei als Netzwerk (Bawn et al. 2012). Dieses Paradigma verspricht, jenseits von Hierarchien und klassischen Strukturen, die formal ersichtlich sind, tatsächliche Kooperationen und Vernetzungen aufzuspüren – und dies, entlang von Kennzahlen wie Homophilie, Zentralität oder Interaktivität von im Netzwerk Aktiven. Insofern stellt diese Richtung der Forschung ein vermittelndes Paradigma zwischen bereits bestehenden Ansätzen der Parteienforschung dar (Stegbauer 2008).

Grundlegend stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, inwiefern Parteien als spezielle Intermediäre und politische Organisationen heutzutage noch in der Lage sind, als zentrale Kommunikatoren auf die Anforderungen einer digitalen Gesellschaft adäquat einzugehen, und zwar dahingehend, dass Anfragen und Inklusionsbedürfnisse aus der Bevölkerung tatsächlich aufgenommen und artikuliert werden können. Ein auch in digitalen Kontexten maximiertes Ineinanderfließen von Organisationen, Personen, Programmatik/Ideologie, Strategie und Kom-

munikation dieser ist dabei aus politikpraktischer Sicht unerlässlich: Hierbei darf auch nicht ausgeschlossen werden, ein Scheitern in und von Parteien mit zu betrachten, insbesondere wenn die Parteienforschung nicht nur affirmativ operiert, sondern kritisch und distanziert zu beiden Phänomen – Digitalisierung und Parteien – Stellung bezieht.

Literaturverzeichnis

- Allen, Nicholas/Mirwaldt, Katja (2010): Democracy-Speak: Party Manifestos and Democratic Values in Britain, France and Germany. In: *West European Politics* 33 (4), S. 870–893.
- Ansolabehere, Stephen/Iyengar, Shanto (1995): Going negative: How political advertisements shrink and polarize the electorate. New York und London.
- Arter, David/Kestilä-Kekkonen, Elina (2014): Measuring the Extent of Party Institutionalisation: The Case of a Populist Entrepreneur Party. In: *West European Politics* 37 (5), S. 932–956.
- Basedau, Matthias/Stroh, Alexander (2008): Measuring Party Institutionalization in Developing Countries: A New Research Instrument Applied to 28 African Political Parties. In: GIGA Working Papers. Hamburg.
- Bawn, Kathleen et al. (2012): A Theory of Political Parties: Groups, Policy Demands and Nominations in American Politics. In: *Perspectives on Politics* 10 (3), S. 571–597.
- Bennett, W. Lance (2012): The Personalization of Politics: Political Identity, Social Media, and Changing Patterns of Participation. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 644 (1), S. 20–39.
- Beyme, Klaus (1996): Party Leadership and Change in Party Systems: Towards a Postmodern Party State? In: *Government and Opposition* 31 (2), S. 135–159.
- Beyme, Klaus (2002): Parteien im Wandel: Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. 1. Auflage, Nachdruck Aufl. Wiesbaden.
- Bieber, Christoph (2014): Online-Partizipation in Parteien – Ein Überblick. In: Voss (Hg.): *Internet und Partizipation*. Wiesbaden, S. 171–191.
- Bimber, B. et al. (2015): Digital Media and Political Participation: The Moderating Role of Political Interest Across Acts and Over Time. In: *Social Science Computer Review* 33 (1), S. 21–42.
- Blondel, Jean (2010): Political leadership, parties and citizens: the personalisation of leadership. Routledge research in comparative politics, Band 30. London und New York.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Edition Suhrkamp, Band 2634. Berlin.

- Blyth, Mark/Katz, Richard (2005): From Catch-all Politics to Cartelisation: The Political Economy of the Cartel Party. In: *West European Politics* 28 (1), S. 33–60.
- Borchert, Jens (2003): Die Professionalisierung der Politik: Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses. Frankfurt.
- Borge, Rosa/Eduardo, Sáez Santamarina (2016): From Protest to Political Parties: Online Deliberation in New Parties in Spain. In: *Medijske Studije-Media Studies* 7 (14).
- Borucki, Isabelle (2014): Regieren mit Medien: Auswirkungen der Medialisierung auf die Regierungskommunikation der Bundesregierung von 1982-2010. Politik und Kommunikation, Band 1. Leverkusen.
- Borucki, Isabelle (2018): Europäische Regierungschefs auf Facebook: Dialogische Offerten und Interaktion in Netzwerken rund um Fanpages. In: Raupp/Kocks/Murphy (Hg.): *Regierungskommunikation und staatliche Öffentlichkeitsarbeit: Implikationen des technologisch induzierten Medienwandels*. Wiesbaden, S. 127–143.
- Borucki, Isabelle/Jun, Uwe (2018): Regierungskommunikation im Wandel – Politikwissenschaftliche Perspektiven. In: Raupp/Kocks/Murphy (Hg.): *Regierungskommunikation und staatliche Öffentlichkeitsarbeit: Implikationen des technologisch induzierten Medienwandels*. Wiesbaden, S. 25–46.
- Bossetta, Michael (2018): The Digital Architectures of Social Media: Comparing Political Campaigning on Facebook, Twitter, Instagram, and Snapchat in the 2016 U.S. Election. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 95 (2), S. 471–496.
- Bukow, Sebastian (2009): Parteiorganisationsreformen zwischen funktionaler Notwendigkeit und institutionellen Erwartungen. In: Jun/Niedermayer/Wiesen-dahl (Hg.): *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen, S. 211–228.
- Bukow, Sebastian (2013): Die professionalisierte Mitgliederpartei: Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit. Wiesbaden.
- Bukow, Sebastian (2014): Die SPD-Parteiorganisationsreform. Mit Primaries und verstärkter Basisbeteiligung auf dem Weg zur « modernsten Partei Europas »? 2009-2011. In: *Parteien und Demokratie*.
- Carter, L./Belanger, F. (2012): Internet Voting and Political Participation: An Empirical Comparison of Technological and Political Factors. In: *Data Base for Advances in Information Systems* 43 (3), S. 26–46.
- Caruso, L. (2015): A Response to Comments The Structural Mobilization Factors and the » Populist Cleavage «: Searching Connections between Social Change, Economy and Politics. In: *Sociologica-Italian Journal of Sociology on Line* (3).
- Caverly, Matthew M. (2014): Iron Law of Oligarchy. In: Gibbons et al. (Hg.): *The Encyclopedia of Political Thought*. New Jersey.

- Chiru, Mihail/Gherghina, Sergiu (2017): Committee chair selection under high informational and organizational constraints. In: *Party Politics* 25 (4), S. 547–558.
- Cross, William (2013): Party leadership selection and intra-party democracy. In: Cross/Katz (Hg.): *The Challenges of Intra-Party Democracy*. Oxford, S. 101–115.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Wiley.
- Datts, Mario (2014): Innerparteiliche Mitbestimmung in der Piratenpartei: Eine empirische Analyse der Partizipation am Liquid-Feedback im Landesverband Berlin. In: *Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum*. Berlin.
- De Nooy, Wouter/Kleinnijenhuis, Jan (2013): Polarization in the media during an election campaign: A dynamic network model predicting support and attack among political actors. In: *Political Communication* 30 (1), S. 117–138.
- Debus, Marc (2007): Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005. In: Brettschneider/Niedermayer/Weßels (Hg.): *Die Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden, S. 43–63. Veröffentlichung des Arbeitskreises »Wahlen und politische Einstellungen« der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), Bd. 12.
- Debus, Marc/Müller, Jochen (2013): The programmatic development of CDU and CSU since reunification: Incentives and constraints for changing policy positions in the German multi-level system. In: *German politics* 22 (1–2), S. 151–171.
- Decker, Frank (2007): Parteidemokratie im Wandel. In: Decker/Neu (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden, S. 19–61.
- Detterbeck, Klaus (2013): The Rare Event of Choice: Party Primaries in German Land Parties. In: *German politics* 22 (3), S. 270–287.
- Dimitrova, Daniela V./Matthes, Jörg (2018): Social Media in Political Campaigning Around the World: Theoretical and Methodological Challenges. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 95 (2), S. 333–342.
- Dommett, Katharine (2018): Roadblocks to interactive digital adoption? Elite perspectives of party practices in the United Kingdom. In: *Party Politics*, online first.
- Dommett, Katharine/Rye, Danny (2018): Taking up the baton? New campaigning organisations and the enactment of representative functions. In: *Politics* 38 (4), S. 411–427.
- Dommett, Katharine/Temple, Luke (2018): Digital Campaigning: The Rise of Facebook and Satellite Campaigns. In: *Parliamentary Affairs* 71 (1), S. 189–202.
- Donges, Patrick (2008): Medialisierung politischer Organisationen: Parteien in der Mediengesellschaft. Wiesbaden.
- Dreyer, Philipp/Bauer, Johann (2019): Does voter polarisation induce party extremism? The moderating role of abstention. In: *West European Politics* 42 (4), S. 824–847.

- Duverger, Maurice, (1954): Political Parties: Their organization and activity in the modern state. London.
- Endersby, James W./Towle, Michael J. (1996): Tailgate partisanship: Political and social expression through bumper stickers. In: *The Social Science Journal* 33 (3), S. 307–319.
- Enli, Gunn Sara/Skogerbo, Eli (2013): Personalized Campaigns in party-centred politics. In: *Information, Communication & Society* 16 (5), S. 757–774.
- Ernst, Nicole et al. (2019): Populists Prefer Social Media Over Talk Shows: An Analysis of Populist Messages and Stylistic Elements Across Six Countries. In: *Social Media+ Society* 5 (1), S. 1–14.
- Figenschou, Tine et al. (2017): Serving the Media Ministers: A Mixed Methods Study on the Personalization of Ministerial Communication. In: *The International Journal of Press Politics*, online First
- Fitzpatrick, Jasmin (2019): Potenziale sozialer Medien zwischen Wunsch und Wirklichkeit – Welche Chancen bieten soziale Medien für politischer Akteure und ihre Erforschung? In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 171–186.
- Florack, Martin/Grunden, Timo/Korte, Karl-Rudolf (2005): Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien. In: Schmid/Zolleis (Hg.): *Zwischen Anarchie und Strategie*. Wiesbaden, S. 96–113.
- Gabriel, Oscar W./Kersting, Norbert (2014): Politisches Engagement in deutschen Kommunen: Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. In: *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*, S. 34–181.
- Garcia, D. et al. (2015): Ideological and Temporal Components of Network Polarization in Online Political Participatory Media. In: *Policy and Internet* 7 (1), S. 46–79.
- Gauja, Anika (2017): Party reform: the causes, challenges, and consequences of organizational change. Oxford.
- Gerbaudo, P. (2018): The Digital Party: Political Organisation and Online Democracy. London.
- Gerl, Katharina/Marschall, Stefan/Wilker, Nadja (2016): Innerparteiliche Demokratie 2.0? In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10 (2), S. 115–149.
- Gibson, Rachel K./Cantijoch, Marta (2013): Conceptualizing and Measuring Participation in the Age of the Internet: Is Online Political Engagement Really Different to Offline? In: *The Journal of Politics* 75 (3), S. 701–716.
- Gibson, Rachel K./Greffet, Fabienne/Cantijoch, Marta (2017): Friend or Foe? Digital Technologies and the Changing Nature of Party Membership. In: *Political Communication* 34 (1), S. 89–111.

- Glaab, Manuela (2010): Political Leadership in der Großen Koalition: Führungsressourcen und -stile von Bundeskanzlerin Merkel. In: Egle (Hg.): Die zweite Große Koalition 2005–2009. Wiesbaden, S. 123–155.
- Goodin, Robert E./Dryzek, John S. (2006): Deliberative Impacts: The Macro-Political Uptake of Mini-Publics. In: *Politics & Society* 34 (2), S. 219–244.
- Harmel, Robert/Janda, Kenneth (1982): Parties and their environments: limits to reform? New York.
- Harmel, Robert/Janda, Kenneth (1994): An Integrated Theory of Party Goals and Party Change. In: *Journal of Theoretical Politics* 6 (3), S. 259–287.
- Harmel, Robert/Svåsand, Lars (1993): Party leadership and party institutionalisation: Three phases of development. In: *West European Politics* 16 (2), S. 67–88.
- Hartleb, Florian (2013): Anti-elitist cyber parties? In: *Journal of Public Affairs* 13 (4), S. 355–369.
- Heimrich, Linette (2013): Parteien digital: Online-Strategien in der Mitgliederkommunikation von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenpartei. Hamburger Wahlbeobachter. URL: www.hamburger-wahlbeobachter.de/2013/10/parteien-digital-online-strategien-in_29.html (27.02.2018).
- Helms, Ludger (2008): Governing in the Media Age: The Impact of the Mass Media on Executive Leadership in Contemporary Democracies. In: *Government and Opposition* 43 (1), S. 26–54.
- Helms, Ludger (2012): Introduction: The Importance of Studying Political Leadership Comparatively. In: Helms (Hg.): *Comparative Political Leadership*. Basingstoke, S. 1–24.
- Helms, Ludger (2014): Politische Führung und Institutionen, oder: Was leistet eine institutionalistische Leadership-Forschung? In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8 (1), S. 57–78.
- Hirzalla, Fadi/Van Zoonen, Liesbett/De Ridder, Jan (2010): Internet use and political participation: Reflections on the mobilization/normalization controversy. In: *The Information Society* 27 (1):1–15.
- Hofmann, Jeanette (2019): Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 27–45.
- Höhne, Benjamin (2013): Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Parteien in Theorie und Empirie, Band 4. Opladen.
- Höhne, Benjamin (2017): Wie stellen Parteien ihre Parlamentsbewerber auf? Das Personalmanagement vor der Bundestagswahl 2017. In: Koschmieder (Hg.): *Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen*. Wiesbaden, S. 227–253.
- Huck, Simone (2004): Public Relations ohne Grenzen? Eine explorative Analyse der Beziehung zwischen Kultur und Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen. Wiesbaden.

- Janda, Kenneth (1980): Political parties: A cross-national survey. New York.
- Jun, Uwe (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie: SPD und Labour Party im Vergleich. Frankfurt a.M.
- Jun, Uwe (2009). Organisationsreformen der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren. In: Jun/Niedermayer/Wiesendahl (Hg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, S. 187–210.
- Jun, Uwe (2013): Typen und Funktionen von Parteien. In: Niedermayer (Hg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden, S. 119–144.
- Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (2011): Parteienfamilien: Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? In: Parteien in Theorie und Empirie. Leverkusen.
- Jun, Uwe/Pütz, Johannes (2010): »Die organisierte Unverantwortlichkeit? Aus dem Innenleben einer Kampagne: Kommunikationsstrukturen und -strategien des SPD-Kampagnenmanagements im Bundestagswahlkampf 2009 – Das »TV-Duell« als Fallbeispiel. In: ZPB Zeitschrift für Politikberatung 1 (3), S. 197–215.
- Jungherr, Andreas (2017): Datengestützte Verfahren im Wahlkampf. In: ZPB Zeitschrift für Politikberatung 8 (1), S. 3–14.
- Katz, Richard S./Mair, Peter (1996): Cadre, Catch-All or Cartel?: A Rejoinder. In: Party Politics 2 (4), S. 525–534.
- Kefford, Glenn (2018): Digital Media, Ground Wars and Party Organisation: Does Stratarchy Explain How Parties Organise Election Campaigns? In: Parliamentary Affairs 71 (3), S. 656–673.
- Kenig, Ofer (2009): Democratization of party leadership selection: do wider selectorates produce more competitive contests? In: Electoral Studies 28 (2), S. 240–247.
- Kersting, Norbert (2013): Online participation: From ›invited‹ to ›invented‹ spaces. International Journal of Electronic Governance 6 (4), S. 270–280.
- Kersting, Norbert (2017): Urbane Innovation. Wiesbaden.
- Kersting, Norbert (2019): Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status Quo und Zukunft. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 105–121.
- Kersting, Norbert/Baldersheim, Harald (2004): Electronic voting and democracy: a comparative analysis. Wiesbaden.
- Key, Valdemir O. (1953): Politics, Parties and Pressure Groups. 3. Auflage. New York.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteisystems. In: Politische Vierteljahresschrift 6 (1), S. 20–41.
- Klingelhöfer, Tristan (2014): Ensuring consistency across levels? The delegation model of multi-level party politics and Spanish framework manifestos. In: Party Politics 22 (4), S. 452–464.

- Klinger, Ulrike/Russmann, Uta (2017): »Beer is more efficient than social media«—Political parties and strategic communication in Austrian and Swiss national elections. In: *Journal of Information Technology & Politics*, S. 1–15.
- Kneuer, Marianne (2013): Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie. In: Kneuer (Hg.): *Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?*. Baden-Baden, S. 7–31.
- Kneuer, Marianne/Richter, Saskia (2015): Soziale Medien in Protestbewegungen. *Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung?* Frankfurt und New York.
- Kneuer, Marianne/Salzborn, Samuel (2016): Web 2.0 – Demokratie 3.0: Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse. In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft Supplement*.
- Koc-Michalska, K. et al. (2016): The normalization of online campaigning in the web.2.0 era. In: *European Journal of Communication* 31 (3), S. 331–350.
- König, Pascal D. (2018): Digitalpolitische Positionen im deutschen Parteiensystem. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12 (2), S. 399–427.
- Korte, Karl-Rudolf et al. (2018): Parteidemokratie in Bewegung: Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich. Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden.
- Korte, Karl-Rudolf/Treibel, Jan (2012): Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland. Baden-Baden.
- Kriesi, Hanspeter (2008): Political Mobilisation, Political Participation and the Power of the Vote. In: *West European Politics* 31 (1–2), S. 147–168.
- Kriesi, Hanspeter (2012): Personalization of national election campaigns. In: *Party Politics* 18 (6), S. 825–844.
- Krüper, Julian (2018): Funktionen politischer Parteien und deren Abbildung im Recht. Zu den Grenzen einer organisationsrechtlichen Funktionsbeschreibung politischer Parteien. In: *Parteienstaat-Parteidemokratie*. Baden-Baden.
- Langer, Ana I. (2011): The Personalisation of Politics in the UK: Mediated Leadership from Attlee to Cameron. Manchester.
- Langer, Ana I./Sagarzazu, Iñaki (2018): Bring back the party: personalisation, the media and coalition politics. In: *West European Politics* 41 (2), S. 472–495.
- Lauer, Thomas W. (2004): The risk of e-voting. In: *Electronic Journal of E-government* 2 (3), S. 177–186.
- LeDuc, Lawrence (2001): Democratizing party leadership selection. In: *Party Politics* 7 (3), S. 323–341.
- Lev-On, Azi/Haleva-Amir, Sharon (2016): Normalizing or equalizing? Characterizing Facebook campaigning. In: *New Media & Society* 20 (2), S. 720–739.
- Lev-On, Azi (2011): Campaigning online: Use of the Internet by parties, candidates and voters in national and local election campaigns in Israel. In: *Policy & Internet* 3 (1), S. 1–28.

- Lilleker, Darren G. (2013): Empowering the citizens? Political communication, co-production and the harnessed crowd? In: Scullion et al. (Hg.): *The Media, Political Participation and Empowerment*. London, S. 24–38.
- Lilleker, Darren G./Koc-Michalska, Karolina (2016): What Drives Political Participation? Motivations and Mobilization in a Digital Age. In: *Political Communication* 34 (1), S. 1–23.
- Lopez-Meri, A./Marcos-Garcia, S./Casero-Ripolles, A. (2017): What Do Politicians Do on Twitter? Functions and Communication Strategies in the Spanish Electoral Campaign of 2016. In: *Profesional De La Informacion* 26 (5), S. 795–804.
- Loveless, Matthew (2010): Understanding Media Socialization in Democratizing Countries: Mobilization and Malaise in Central and Eastern Europe. In: *Comparative Politics* 42 (4), S. 457–474.
- Lutz, Christoph/Hoffmann, Christian P. (2017): The dark side of online participation: exploring non-, passive and negative participation. In: *Information, Communication & Society* 20 (6), S. 876–897.
- Lutz, Christoph/Meckel, Miriam/Quan-Haase, Anabel (2015): Online but still not taking part? Investigating online participation divides in Germany. St. Gallen.
- Mair, Peter (2009): Representative versus Responsible Government. In: MPIfG Working Paper 9 (8), S. 1–21.
- Margetts, Helen (2006): Cyber-Parties. In: Katz/Crotty (Hg.): *Handbook of party politics*. London, S. 528–535.
- Marschall, Stefan (2013): »Mitgliederpartei 2.0«. Chancen und Grenzen virtueller Parteimitgliedschaft. In: Alemann/Morlok/Spier (Hg.): *Parteien ohne Mitglieder? Tagungsband »Parteien ohne Mitglieder?«*. Baden-Baden, 271–287.
- Marschall, Stefan/Schultze, Martin (2012): Normalisierung oder Mobilisierung? – Die Auswirkungen politischer Online-Kommunikation auf die Wahlbeteiligung am Beispiel einer Internet-Applikation zur Bundestagswahl 2009. In: *Politische Vierteljahrsschrift* 53 (3), S. 444–466.
- Marschall, Stefan/Schultze, Martin (2015): German E-Campaigning and the Emergence of a 'Digital Voter'? An Analysis of the Users of the Wahl-O-Mat. In: *German politics* 24 (4), S. 525–541.
- Merz, Nicolas/Regel, Sven/Lewandowski, J. (2016): The Manifesto Corpus: A new resource for research on political parties and quantitative text analysis. In: *Research & Politics* 3 (2), S. 1–8.
- Merz, Nicolas/Regel, Sven (2013): Die Programmatik der Parteien. In: Niedermayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden, S. 210–238.
- Michels, Robert (1911): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie: Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Leipzig.

- Montigny, Eric (2015): The Decline of Activism in Political Parties: Adaptation Strategies and New Technologies. In: Lachapelle/Maarek (Hg.): *Political parties in the digital age*. Oldenbourg, 61–72.
- Negroponte, Nicholas (1995): *Being digital*. New York.
- Neyazi, T. A./Kumar, A./Semetko, H. A. (2016): Campaigns, Digital Media, and Mobilization in India. In: *International Journal of Press-Politics* 21 (3), S. 398–416.
- Niedermayer, Oskar (2013): Die Analyse einzelner Parteien. In: Niedermayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden, S. 61–73.
- Nielsen, Rasmus Kleis (2011): Mundane internet tools, mobilizing practices, and the coproduction of citizenship in political campaigns. In: *New Media & Society* 13 (5), S. 755–771.
- Ordaz, L. V. (2015): Building the news media agenda: Spanish political parties' influence on traditional media and blogosphere agendas during 2011 electoral campaign. In: *Communication & Society-Spain* 28 (3), S. 115–134.
- Oswald, Michael/Johann, Michael (2018): *Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel: Interdisziplinäre Perspektiven auf ein dynamisches Forschungsfeld*. Wiesbaden.
- Poguntke, Thomas/Webb, Paul (2005): The presidentialization of politics: A comparative study of modern democracies. In: *Comparative Politics*. Oxford.
- Polk, Jonathan/Kölln, Ann-Kristin (2017): The lives of the party. In: *Party Politics* 23 (1), S. 3–6.
- Postman, N. (1993): *Technopoly: The Surrender of Culture to Technology*. New York.
- Prior, Markus (2013): Media and political polarization. In: *Annual Review of Political Science* 16, S. 101–127.
- Puhle, Hans-Jürgen (2002): Still the Age of Catch-allism? Volksparteien and Parteienstaat in Crisis and Re-equilibration. In: Gunther et al. (Hg.): *Political parties*. Oxford, S. 58–83.
- Rahat, G./Kenig, O. (2018): From Party Politics to Personalized Politics? Party Change and Political Personalization in Democracies. Oxford.
- Randall, Vicky/Svåsand, Lars (2002): Party Institutionalization in New Democracies. In: *Party Politics* 8 (1), S. 5–29.
- Reichard, Daniel/Borucki, Isabelle (2015): Mehr als die Replikation organisationaler Offline-Strukturen? Zur internen Vernetzung von Parteien auf Twitter – das Beispiel SPD. In: Gamper/Reschke/Düring (Hg.): *Knoten und Kanten III. Soziale Netzwerkanalyse in Politik- und Geschichtswissenschaft*. Bielefeld, S. 399–422.
- Reichert-Dreyer, Ingrid (2002): Parteireformen. In: Gabriel/Niedermayer/Stöss (Hg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Wiesbaden, S. 570–591.
- Resnick, David (1998): The normalization of cyberspace. In: Toulouse/Luke (Hg.): *The politics of cyberspace*. New York, S. 48–68.

- Rhee, Yunna/Moon, Beach (2009): Organizational Culture and Strategic Communication Practice: Testing the Competing Values Model (CVM) and Employee Communication Strategies (ECS) Model in Korea. In: International Journal of Strategic Communication 3 (1), S52–67.
- Romeijn, Jeroen (2018): Do political parties listen to the(ir) public? Public opinion–party linkage on specific policy issues. In: Party Politics, online first.
- Rose, Richard/Mackie, Thomas (1988): Do Parties Persist or Fail? The Big Tradeoff Facing Organizations. In: Lawson/Merkel (Hg.): When Parties Fail. Princeton, S. 533–560.
- Roßteutscher, Sigrid/Schäfer, Armin (2016): Asymmetrische Mobilisierung: Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung. In: Politische Vierteljahresschrift 57 (3), S. 455–483.
- Rye, Danny (2015): Political Parties and Power: A New Framework for Analysis. In: Political Studies 63 (5), S. 1052–1069.
- Sampedro, V./Mosca, L. (2018): Digital Media, Contentious Politics and Party Systems in Italy and Spain. In: Javnost-The Public 25 (1–2), S. 160–168.
- Sarcinelli, Ulrich (1987): Symbolische Politik: Zur Bedeutung symbol. Handelns in d. Wahlkampfkommunikation d. Bundesrepublik Deutschland. Studien zur Sozialwissenschaft, Band 72. Opladen.
- Sartori, Giovanni (1976): Parties and party systems: A framework for analysis. Cambridge [England] und New York.
- Sartori, Giovanni (2005): Party Types, Organisation and Functions. In: West European Politics 28 (1), S. 5–32.
- Scarrows, Susan E. (2015): Beyond party members: Changing approaches to partisan mobilization. Oxford.
- Scarrows, Susan E. (2018): Multi-Speed Parties and Representation: The Evolution of Party Affiliation in Germany. In: German politics 28 (1), S. 1–21.
- Schein, Edgar H. (2006): Organisationskultur. The Ed Schein Corporate Culture Survival Guide. 2. Auflage. (am. Org. 1999) Bergisch Gladbach.
- Schmid, Josef/Zolleis, Udo, (2005): Zwischen Anarchie und Strategie: Der Erfolg von Parteiorganisationen. Wiesbaden.
- Schmitter, Philippe C. (2001): Parties are not what they once were. In: Diamond/Gunther (Hg.): Political parties and democracy, Journal of Democracy book. Baltimore, S. 67–89.
- Schradie, Jen (2018): The Digital Activism Gap: How Class and Costs Shape Online Collective Action. In: Social Problems 65 (1), S. 51–74.
- Schweitzer, Eva J./Albrecht, Steffen (2011): Das Internet im Wahlkampf: Analysen zur Bundestagswahl 2009. Wiesbaden.
- Scullion, Richard et al. (2013): The Media, Political Participation and Empowerment. London.

- Segesten, A. D./Bossetta, M. (2017): A typology of political participation online: how citizens used Twitter to mobilize during the 2015 British general elections. In: *Information Communication & Society* 20 (11), S. 1625–1643.
- Smith, Jennifer K. (2009): Campaigning and the Catch-All Party. In: *Party Politics* 15 (5), S. 555–572.
- Sorauf, Frank J. (1975): Political Parties and Political Analysis. In: Chambers et al. (Hg.): *The American Party System: Stages of Political Development*. New York, S. 33–55.
- Sriramesh, Krishnamurthy/Grunig, James E./Buffington, Jody (1992): Corporate Culture and Public Relations. In: Gurnig et al. (Hg.): *Excellence in Public Relations and Communication Management. Contributions to Effective Organizations*. Hillsdale, S. 577–596.
- Stegbauer, Christian (2008): Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Einige Anmerkungen zu einem neuen Paradigma. Wiesbaden.
- Steiner, Nils D./Martin, Christian W. (2012): Economic Integration, Party Polarisation and Electoral Turnout. In: *West European Politics* 35 (2), S. 238–265.
- Stier, Sebastian et al. (2018): Election Campaigning on Social Media: Politicians, Audiences, and the Mediation of Political Communication on Facebook and Twitter. In: *Political Communication* 35 (1), S. 50–74.
- Tenscher, Jens/Borucki, Isabelle (2015): Politische und mediale Logiken. Ein Vorschlag zur Differenzierung politischer Medialisierung. In: Jun/Jäckel (Hg.): *Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation. Politik und Kommunikation*, Band 2. Leverkusen, S. 139–167.
- Theocharis, Yannis/Van Deth, Jan W. (2018): The continuous expansion of citizen participation: a new taxonomy. In: *European Political Science Review* 10 (1), S. 139–163.
- Treibel, Jan (2013): Innerparteiliche Entscheidungsprozesse. In: Korte/Grunden (Hg.): *Handbuch Regierungsforschung*. Wiesbaden, S. 359–369.
- Vaccari, Cristian (2017): Online Mobilization in Comparative Perspective: Digital Appeals and Political Engagement in Germany, Italy, and the United Kingdom. In: *Political Communication* 34 (1), S. 69–88.
- Vaccari, Cristian (2013): A tale of two e-parties. In: *Party Politics* 19 (1), S. 19–40.
- Valera-Ordaz, L./Calvo, D./Lopez-Garcia, G. (2018): Political conversations on Facebook. Exploring the role of homophily in argumentation and communicative interaction. In: *Revista Latina De Comunicacion Social* 73 (1), S. 55–73.
- van Aelst, Peter/Sheaffer, T./Stanyer, J. (2012): The personalization of mediated political communication: A review of concepts, operationalizations and key findings. In: *Journalism* 13 (2), S. 203–220.
- van Aelst, Peter/Sehata, Adam/Van Dalen, Arjen (2010): Members of Parliament: Equal Competitors for Media Attention? An Analysis of Personal Contacts Be-

- tween MPs and Political Journalists in Five European Countries. In: *Political Communication* 27 (3), S. 310–325.
- van Aelst, Peter et al. (2017): Political communication in a high-choice media environment: A challenge for democracy? In: *Annals of the International Communication Association* 41 (1), S. 3–27.
- Van Dijck, José/Poell, Thomas/De Waal, Martijn (2018): *The platform society: Public values in a connective world*. Oxford.
- Volkens, Andrea et al. (2013): The Manifesto Data Collection. *Manifesto Project* (MRG/CMP/MARPOR). Version 2013a. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Voss, Kathrin (2014): Einleitung. In: Voss (Hg.): *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down?* Wiesbaden, S. 9–23.
- Walter-Rogg, Melanie (2013): Parteireformen und ihre Wirkung auf die Mitgliederentwicklung. In: Alemann/Morlok/Spier (Hg.): *Parteien ohne Mitglieder?* Baden-Baden, S. 247–271.
- Wang, Ching-Hsing (2014): The effects of party fractionalization and party polarization on democracy. In: *Party Politics* 20 (5), S. 687–699.
- Weick, Karl E. (1982): Management of organizational change among loosely coupled elements. In: Goodman (Hg.): *Change in organizations. New Perspectives on Theory, Research, and Practice*. San Francisco, Washington und London, S. 375–408.
- Wewer, Göttrik (2014): *Open Government, Staat und Demokratie. Ausätze zu Transparenz, Partizipation und Kollaboration*. Berlin.
- Wiesendahl, Elmar (2010a): Der Organisationswandel politischer Parteien: Organisations- und wandlungstheoretische Grundlagen. In: Jun/Höhne (Hg.): *Parteien als fragmentierte Organisationen. Parteien in Theorie und Empirie*, Band 1. Opladen, S. 35–61.
- Wiesendahl, Elmar (2010b): Zwei Dekaden Party Change-Forschung: Eine kritische Bilanz. In: Gehne/Spier (Hg.): *Krise oder Wandel der Parteidemokratie?* Wiesbaden, S. 92–118.
- Wiesendahl, Elmar (2013): Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften. In: Niemayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden, S. 13–60.
- Williams, Michelle H. (2008): Kirchheimer Revisited: Party Polarisation, Party Convergence, or Party Decline in the German Party System. In: *German politics* 17 (2), S. 105–123.
- Wright, S. (2012): Politics as usual? Revolution, normalization and a new agenda for online deliberation. In: *New Media & Society* 14 (2), S. 244–261.
- Yardi, Sarita/boyd, danah (2010): Dynamic Debates: An Analysis of Group Polarization Over Time on Twitter. In: *Bulletin of Science, Technology & Society* 30 (5), S. 316–327.

Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Bewegungen

Annahmen, Befunde und Desiderata der Forschung

Sigrid Baringhorst

1. Einleitung: Medien und soziale Bewegungen – analog/digital

Weil sie als extrarepräsentative kollektive Akteure nicht selbst an parlamentarischen Entscheidungen beteiligt sind, sind Medien und öffentliche Sichtbarkeit für soziale Bewegungen von grundlegender Bedeutung.¹ Vor allem über den Umweg der Beeinflussung der öffentlichen Meinung können sie vernachlässigte Themen oder Sichtweisen auf die politische Agenda setzen und so indirekt auf das Entscheidungsverhalten von Abgeordneten oder Unternehmensführungen Einfluss nehmen. Dabei gilt: Je größer die Reichweite der Mobilisierung von Aktionen und der Adressierung politischer oder subpolitischer Einflussnahme, desto bedeutsamer die Rolle von Medien für soziale Bewegungen: Einerseits im Sinne einer medien-gestützten Koordination von internen Handlungsplanungen und -abläufen etwa bei der Abstimmung, Mobilisierung und Organisation kollektiver Aktionen, andererseits im Sinne einer erfolgreichen Kommunikation von Bewegungszielen in reichweitenstarken (Massen-)Medien.

Der Wandel medialer Infrastrukturen forderte schon in der Vergangenheit – etwa im Zuge der Kommerzialisierung der audiovisuellen Massenmedien – sowohl hinsichtlich der Binnenkommunikation in alternativen bewegungsnahen Medien als auch hinsichtlich der Adressierung allgemeiner lokaler, nationaler oder transnationaler Öffentlichkeiten Anpassungsleistungen an veränderte Medienlogiken.² So ging die Privatisierung des Fernsehens verbunden mit einem stärker werdenden Druck des Wettbewerbs unter Medienanbietern mit einer zunehmenden Professionalisierung und damit verbunden auch Kampagnenförmigkeit der Öffentlichkeitsarbeit von Bewegungsorganisationen einher. In der härter werdenden Kon-

1 Soziale Bewegungen werden im Folgenden als mehr oder weniger dauerhafte Zusammenschlüsse von Personen verstanden, die auf soziale und/oder politische Verhältnisse oder bestimmte politische oder unternehmerische Entscheidungen Einfluss nehmen wollen.

2 Vgl. hierzu auch die Beiträge von Pfetsch et al. (2019) und Ritzi (2019) in diesem Band.

kurrenz um mediale Aufmerksamkeit sind auch Bewegungsakteure gezwungen, Nachrichtenwerte zu erzeugen. Dies geschieht etwa durch strassenöffentliche Mobilisierung massenhafter Unterstützung, eine Beteiligung prominenter Unterstützer_innen oder die bildstarke Inszenierung konfliktreicher und riskanter Aktionen zivilen Ungehorsams.

Während die Kommerzialisierung der Medien eine Zentralisierung, Professionalisierung und Sensationsorientierung der Öffentlichkeitsarbeit sozialer Bewegungsakteure förderte, ließ die Digitalisierung in den 1990er Jahren sowie insbesondere die Entstehung sog. sozialer Medien Mitte der 2000er Jahre zunächst auf eine Umkehr dieser Prozesse schließen. Vermutet wurde, dass digitale Medien die Mobilisierung zu und Teilnahme an Protestaktivitäten erleichtern werden, da, so die plausible Annahme, Aufwandsarbeit und Ressourcen, die für die Handlungsabstimmung kollektiver wie für die Partizipationspraxis individueller Unterstützer_innen notwendig sind, verringert werden. Eine weitere »Zusammenhangsvermutung« bezog sich auf einen durch die Digitalisierung von Medien bewirkten Wandel der Organisationsstruktur sozialer Bewegungen zugunsten der Stärkung weniger hierarchischer und stärker dezentraler und bottom-up-strukturierter Bewegungen (Haunss 2019; Shirky 2009).

Mit der Identifikation von Protesten im Iran im Jahr 2009 als »Twitter-Revolution« und der Aufstände im Rahmen des Arabischen Frühlings als »Facebook-Revolution« wuchsen Hoffnungen auf ein Erstarken weltweiter Mobilisierung für die globale Durchsetzung liberaler Demokratien. Die Ernüchterung über die Kurzlebigkeit dieser Proteste, die Rückschläge der Demokratisierungsprozesse im gesamten arabischen Raum, das Erstarken autoritärer Regime und rechtspopulistischer Bewegungen weltweit führten zu einer weitaus skeptischeren Bewertung der Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Bewegungen. Diese Skepsis gegenüber staatlicher Kontrolle und reglementierenden Eingriffen in digitale Kommunikationsprozesse wird durch eine erhöhte Sensibilisierung für Datenausbeutung, Fake News und die Hate Speech fördernde Meinungsmacht kommerzieller Plattformen verstärkt.

Der Beitrag greift einige der frühen Zusammenhangsvermutungen auf und gibt einen Überblick über zentrale Fragestellungen, Befunde und konzeptionelle Zugänge der bisherigen Erforschung des Zusammenhangs von Digitalisierung und sozialen Bewegungen und leitet daraus Fragen für die zukünftige Bewegungsforschung ab. Leitfragen der Überlegungen sind: Inwiefern stärkt oder schwächt die Digitalisierung soziale Bewegungen? Welche Auswirkungen zeigen sich bezogen auf Formen und Effekte der Organisation und Mobilisierung zu kollektiven Aktionen, hinsichtlich der Partizipation an diesen Aktionen sowie in Bezug auf demokratiestärkende oder -schwächende Auswirkungen des Netzaktivismus?

2. Digitalisierung der Ressourcenmobilisierung und die Förderung einer Kultur der »Commons«

In der Forschung zu sozialen Bewegungen dominiert seit den 1970er Jahren die Perspektive des Ressourcenmobilisierungsansatzes. Dieser gegen die zuvor vorherrschende Interpretation kollektiven Handelns als emotional und deviant gerichtete Forschungsansatz betont die Rationalität, die strategieförmige Planung und Umsetzung kollektiven Bewegungshandelns und damit verbunden die Bedeutung von Organisationen und Ressourcen, wie Geld, Personal, Wissen u.a., für deren Erfolg. Organisationen bzw. Organisationsnetzwerke, so die Annahme, sind unverzichtbar für die Mobilisierung zu kollektiven Aktionen sowie zu deren Verfestigung im Sinne dauerhafter sozialer Bewegungen (McCarthy/Zald 1977).

Die Forschung unterscheidet dabei zwischen latenten und manifesten Phasen sozialer Bewegungen (Haenfler et al. 2012; Baringhorst 2015). In den latenten Phasen werden neue Lebensformen erprobt und sorgen bewegungsnahe, selbstorganisierte Engagementprojekte für die Stabilisierung und Vernetzung sozialer Unterstützer_innengruppen bzw. sozialer Bewegungsmilieus. In der öffentlichen Wahrnehmung wie auch in der Forschung dominiert demgegenüber die Identifikation von sozialen Bewegungen mit großen kollektiven Protestmobilisierungen. Dies gilt auch für die Erforschung des Zusammenhangs von digitalem Medienumbroch und sozialen Bewegungen, obwohl gerade in den vielen kleinen, oft lokalen Engagementprojekten wesentliche Beiträge zur sozialen, ökologischen und auch technologischen Innovation geleistet werden.³ In diesen Projekten zeigt sich, dass soziale Bewegungsakteure nicht nur digitale Medien nutzen, um etwa die Transaktionskosten kollektiver Mobilisierung zu senken. Sie treiben den Prozess der Digitalisierung auch wesentlich mit voran. Insofern veranschaulicht insbesondere der Blick auf die Kooperationspraxis mehr oder weniger locker vernetzter Bewegungsakteure die allgemeine Erkenntnis einer praxeologisch ausgerichteten Medienforschung, wonach Medien stets als »Praxis, die immer im Werden begriffen ist« (Gießmann 2018, 96), zu verstehen sind.

Digitale Tools der Partizipation werden vor allem von kleinen, jüngeren, wenig bürokratisierten und eher egalitär arbeitenden Initiativen entwickelt und genutzt, wie neben dem DSI-Bericht der EU auch eine Studie von Betterplace.org belegt (Dufft et al. 2017, 6). »Co-Creation« ist das Schlüsselwort des kollaborativen Engagementverständnisses dieser zumeist projektförmig strukturierten, digitalen zivilgesellschaftlichen Innovationen: Zumeist basierend auf der Nutzung von Open Source Software werden Wissen und Engagement von engagierten User_innen in

³ Vgl. zur Nutzung digitaler Medien im zivilgesellschaftlichen Engagement ausführlicher Baringhorst 2019b.

gemeinschaftlichen Schwarmaktionen etwa des Crowd Sourcing und Crowd Mapping mobilisiert.

Folgt man dem Ressourcenmobilisierungsansatz der sozialen Bewegungsforschung, so sind Organisationen deshalb so wichtig für den Erfolg sozialer Bewegungen, weil die kurzfristige Mobilisierung von Unterstützer_innen, so wie die langfristige Durchsetzung von Bewegungszielen, etwa durch autonome Bewegungsprojekte oder die Verhandlung mit politischen oder ökonomischen Entscheidern, neben manpower vor allem Geld und Wissen als Ressourcen voraussetzt. Bei einer Bilanzierung der Vor- und Nachteile der Digitalisierung für soziale Bewegungen sollte deshalb insbesondere der Nutzen von Plattformen kollaborativer Wissensgenerierung nicht geringgeschätzt werden. Die Stärke der sozialen Medien zeigt sich bezogen auf Ressourcenmobilisierung sozialer Bewegungen auch in neuen Finanzierungsmodellen: Der Scheckbuchsolidarismus ist zu Recht wegen der damit einhergehenden hohen Verwaltungskosten kritisiert worden. Crowdfunding kann demgegenüber die Finanzierung sozialer und ökologischer Projekte unabhängig von bürokratischen Strukturen großer Spendendorganisationen ermöglichen.

Richtet man den Untersuchungsfokus nicht auf große Protestevents wie Massendemonstrationen, so zeigt sich, dass soziale Bewegungsakteure entgegen weitverbreiteter Annahmen weniger kommerzielle Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter nutzen als selbstprogrammierte Anwendungen wie ownCloud, Typo3, Telegram, Mumble u.a., um einen ethischen und transparenten Umgang mit persönlichen Daten wie gemeinsam geschaffenen Werten sicherzustellen.⁴ Bewegungsnahe online-kollaborative Plattformen sind oft wegweisende Praxisfelder der Entwicklung und Erprobung einer auch offline angestrebten Kultur der »Commons«. Gemeint ist die Verbreitung einer Engagementkultur des gemeinschaftlichen Produzierens und Teilens von Gemeingütern. Wikipedia ist das wohl bekannteste Leuchtturmprojekt der transnationalen Open-Source-Community. Leitgedanke ist: »Nur wenn Software nicht behandelt wird wie individuelles Eigentum und eine Ware, nur wenn sie offen gehalten und geteilt wird, kann sie von allen weiterentwickelt werden und den größten Nutzen für alle entfalten« (Helfrich/Commons Strategies Group 2016, 76). So hat insbesondere die Open-Source-Bewegung inzwischen eine Vielzahl von Initiativen eines über Netzaktivitäten hinausgehenden allgemeinen »Open Cooperativism« beflügelt, in dem neue, oft genossenschaftliche Formen des »Zusammenschlusses zwischen den in die Jahre gekommenen Genossenschaften und Kooperativen und den jüngeren

⁴ So ein Ergebnis der Erforschung der Medienpraxis innovativer Partizipationsprojekte zum Thema Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen des Teilprojekts B03 des SFB 1187 Medien der Kooperation an der Universität Siegen.

Peer-to-Peer-/Commonsansätzen« ausgelotet werden (Helfrich/Commons Strategies Group 2016, 76). Leitlinie einer auf Open-Source und Commons-Ideen aufbauenden freien, fairen und nachhaltigen Produktionsweise und Wertschöpfung fasst Bauwens in »zehn Gebote(n) der Peer-Produktion und Commonsökonomie« (2016, 71ff.) zusammen als: offene Geschäftsmodelle basierend auf geteiltem Wissen, offene Zusammenarbeit, offene Werterfassung und Buchungssysteme, fairer Vertrieb und geteilter Gewinn durch Copyfair-Lizenzen, Peer-to-Peer-Solidarität durch Praktiken des »Commoning« (wie z.B. »Friendsurance« in Deutschland), offenes und nachhaltiges Design für eine Open-Source-Kreislaufwirtschaft, offene Lieferketten und offene Buchführung, Relokalisierung der Produktion, gemeinschaftlicher Besitz an physischen Infrastrukturen sowie auf Gegenseitigkeit aufgebaute Kreditsysteme.

3. Mobilisierung zu individualisiert-kollektiven Protestaktionen im Netz

Massenmediale öffentliche Sichtbarkeit erlangen Bewegungsakteure in ihrem alltäglichen Engagement für alternative Projekte eher selten und wenn, dann nur bedingt durch deren jeweiligen Neuigkeitswert.⁵ Weitaus mehr Resonanz erfahren sie in der Berichterstattung über spektakuläre Protestaktionen, wobei Spektakularität vor allem über massenhafte Unterstützung etwa bei Straßendemonstrationen, durch gewaltförmige Konfliktustragung wie bei den #NoG20 Protesten in Hamburg 2018 oder, wie im Fall der »Fridays for Future«-Bewegung 2019, durch kollektive Aktionen zivilen Ungehorsams wie Schulstreiks erzeugt werden kann. Wie viele und welche Ressourcen und organisationalen Strukturen für ein erfolgreiches Framing von Protestbotschaften, die horizontale wie vertikale Vernetzung von Protestakteuren und auch die Erzeugung sozialer Bindungen und einer kollektiven Identität unter Aktivist_innen notwendig sind, sind zentrale Fragen der Bewegungsforschung (Benford/Snow 2000). In Abgrenzung von den alten, zentralistisch organisierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen wurden die Studenten-, Frauen- und Umweltbewegungen der 1960er bis 1980er Jahre nicht zuletzt deshalb als »neue soziale Bewegungen« etikettiert, weil ihre Aktionsformen wie z.B. Sit-Ins spontaner und die Bewegungsorganisation und -vernetzung weniger durch formale Mitgliedschaften und bürokratische Strukturen geprägt waren (Melucci 1980).

Die Digitalisierung, so eine zentrale Annahme, hat die Notwendigkeit bürokratischer, formaler, organisatorischer Strukturen für eine erfolgreiche Protestmobi-

⁵ Dies belegt etwa die große Medienresonanz auf die innovative Engagementplattform www.foodsharing.de im Jahr 2018.

lisierung wesentlich verringert und die Möglichkeiten nicht top-down initierter kollektiver Aktionen erweitert. Zum empirischen Beleg wird vor allem auf die Protestmobilisierung im Kontext des Arabischen Frühlings verwiesen. Nach den Untersuchungen von Howard/Hussain (2013) und Tufecki/Wilson (2012) ging die Initiative für die Proteste aus direkten Kontakten zwischen einzelnen Bürger_innen hervor; organisierte Akteure schlossen sich diesen Protesten erst in der Folge an (Norris 2012).

Schon die Partizipationsforschung im Rahmen des Civic-Voluntarism-Ansatzes ging davon aus, dass Menschen selbst bei vorhandenem Interesse an einem Thema und wahrgenommener Dringlichkeit eines Solidaritätsappells dann nicht an kollektiven Aktionen teilnehmen, wenn sie sich nicht persönlich angesprochen und aufgefordert fühlen. Die persönliche Motivation steigt insbesondere dann, wenn man weiß, wer sonst noch einen Appell unterstützt, insbesondere wie viele sonst noch mitmachen. Gerade in der persönlichen Adressierung von Mitmachappellen und der Möglichkeit, sich schnell einen Eindruck über die Resonanz von Protestaufrufen unter anderen User_innen verschaffen zu können, liegt ein nicht zu unterschätzender Vorteil der Protestmobilisierung in den Social Media. Die sozialen Netzwerke erleichtern Organisatoren kollektiver Aktionen eine personalisierte, direkte Ansprache potentieller Unterstützer_innen wie auch deren kontinuierliche Einbeziehung in die Aktionsvorbereitung, -dokumentation und -nachbereitung.

Mit der zunehmenden Nutzung sozialer Medien werden Informationen und Aufrufe von Facebook-Freunden und Followern auf Twitter oder vermittelt über WhatsApp-Gruppen wichtiger für die Vermittlung von Handlungsanreizen zur Unterstützung von Solidaritätsappellen und -aktionen. Bruce Bimber fasst die Kernthese des »postbürokratischen« Theorieansatzes zur Erklärung kollektiven Handelns im Zeichen digitaler Medien prägnant zusammen: »Its most important tenets are that formal organization need not precede collective action, and that more opportunities for initiating action exist than in the context of mass media« (2017, 9). Für den deutschen Kontext belegen insbesondere Protestaktionen auf Petitionsplattformen wie change.org oder openpetition.de, dass auch Unterschriftenaktionen nicht-organisierter einzelner Bürger massenhafte Unterstützung im Sinne von Mitzeichnungen generieren können, auch wenn in diesen Fällen in der Regel Plattformbetreiber Unterstützung für ein erfolgreiches Framing oder die Nutzung sozialer Medien offerieren (Baringhorst et al. 2017).

Inwiefern auch isolierte Einzelne im Sinne eines »self-directed behavior« (Earl et al. 2017) allein aufgrund der Rezeption politischer Informationen ohne Handlungsaufforderungen oder soziale Signale der Beteiligung von anderen aktiv werden, ist eine noch offene Forschungsfrage. Eigene Forschungen im Bereich der Aktivierung kritischer Konsument_innen lassen darauf schließen, dass insbesondere stark individualisierte Aktionsformen wie die Beteiligung an Boy- und Buyketten nicht unbedingt der Anreize durch Organisationen oder durch Freunde und Be-

kannte, durch »socially prompted behavior« (Bimber 2017, 13), bedürfen. Oft rekurrieren nicht-organisierte Unterstützer_innen auch auf klassische, massenmedial vermittelte TV-Dokumentationen etwa über Schlachthöfe oder über die Folgen der Palmölgewinnung für den Abbau des Regenwaldes, wenn sie über die Anlässe und Motive für eine Änderung ihrer Konsumgewohnheiten berichten.

Nach der Theorie des konnektiven Handelns von Bennett und Segerberg (2012) werden formale Organisationen nicht ersetzt, sondern das Spektrum kollektiver Akteure erweitert sich um weniger formalisierte Akteure bis hin zur Artikulation und Mobilisierung von Protest in spontanen viralen Netzwerken. Während klassisches kollektives Handeln durch das Handeln von Organisationen geprägt ist, resultiert der neue Handlungstyp des »connective action« aus der Mobilisierung durch die virale Kommunikation in digitalen sozialen Netzwerken. Basierend auf einer ländervergleichenden Studie zu den Occupy Protesten kommen Bennett und Segerberg zu dem Schluss, dass organisierte Akteure je nach spezifischem Kontext eher top-down-geplante und kontrollierte bürokratische Organisationsformen oder eher bottom-up-generierte, dezentrale und personalisierte, locker vernetzte Formen der Protestartikulation präferieren.

Die Rolle von Organisationen für die Mobilisierung von Protest wird auch für die zukünftige Forschung zu sozialen Bewegungen von zentraler Bedeutung sein. Die traditionelle Ressourcenmobilisierungstheorie und postbürokratische Erklärungsansätze kollektiven Handelns stehen sich gegenwärtig noch konkurrierend gegenüber. Massenmediale Aufmerksamkeit erhielten insbesondere die noch relativ neuen viralen Hashtag-Proteste wie die #MeToo-Bewegung oder schon früher die #Zensursula-Kampagne gegen die Einschränkung von Netzfreiheiten. Proteste gegen die Abholzung des Hambacher Forstes wie auch die kollektiven Aktionen zivilen Ungehorsams im Rahmen der »Fridays for Future«-Bewegung weisen demgegenüber auf eine zunehmende Bedeutung von Protestbewegungen hin, bei denen die Handlungsabstimmung sowohl über formale Organisationen als auch über weniger stark strukturierte und weniger bürokratische Kooperationen etwa bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung kollektiver Protestaktionen über soziale Medien wie WhatsApp oder Facebook erfolgt.

Eine dichotome Gegenüberstellung von Ressourcenmobilisierungstheorie und postbürokratischem Ansatz erscheint zudem deshalb wenig sinnvoll, weil auch Bewegungen, die gänzlich online organisiert sind, von Earl et al. als »online organizing« bezeichnet (2010, 429), nicht ohne Ressourcen entstehen und massenhafte Unterstützung generieren. Zum einen agieren sie häufig als Free-Rider in der Nutzung sozialer Medien wie Facebook oder WhatsApp. Auch wenn keine großen Ausgaben mehr für eine zielgruppenspezifische und schnelle Verbreitung von Informationen und Appellen notwendig sind, sollte doch nicht davon ausgegangen werden, dass Online-Organizing ganz ohne Ressourcen auf Seiten der Bewegungsakteure auskommen könnte. Zum anderen sind für eine erfolgreiche Mobilisierung

über soziale Medien in der Regel noch immer »Bewegungsunternehmer«, d.h. engagierte Vordenker, kreative Pioniere notwendig, die issues mit Leidenschaft vorantreiben und ihr politisches, sozial-ökologisches oder medial-technisches Wissen für Bewegungen zur Verfügung stellen.⁶

4. Digitalisierung und die Ausweitung von Handlungsrepertoires

Eine simple Binärdifferenzierung zwischen Online- und Offline-Protesten wird der komplexen Kooperationspraxis sozialer Bewegungsakteure nicht gerecht. Straßenproteste werden in sozialen Medien vor- und nachbereitet. Kollektive Protestaktionen werden durch personalisierte Bilder und Texte dokumentiert und deren Ablauf mit Hilfe sozialer Medien wie Twitter in kollaborativen Absprachen koordiniert (Dang Anh 2019).

Auch wenn der genaue Einfluss formaler Organisationen und sozialer Medien auf kollektive Protestmobilisierung noch nicht hinreichend geklärt ist, kann doch davon ausgegangen werden, dass die Digitalisierung sozialer Bewegungen zu einer Ausweitung von Handlungsrepertoires von Bewegungsakteuren verbunden mit einer allgemeinen Senkung der Transaktionskosten der individuellen Beteiligung an kollektiven Aktionen geführt hat. Mit van Laer und van Aelst (2010, 1149ff.) lässt sich das digitalisierte Handlungsrepertoire entlang der Unterscheidungen zwischen erstens internetgestützten und internetbasierten und zweitens hoch- und niedrigschwelligen Aktionen typologisieren: Zu den internetgestützten, hochschwelligen Aktionen zählen etwa Gewalt gegen Sachen, Besetzungen von Plätzen und Häusern, transnationale Treffen und Demonstrationen; zu den internetbasierten hochschwelligen Aktionen z.B. Hacktivismus, Culture Jamming und die Entwicklung alternativer Medien und Protestseiten. Internetgestützte niedrigschwellige Aktionen umfassen demnach z.B. die Beteiligung an legalen Demonstrationen, politischen Konsum, Spenden. Beispiele für internetbasierte niedrigschwellige Aktionen sind das Mitzeichnen von Online-Petitionen oder die Beteiligung an Denial of Service-Aktionen bzw. virtuellen Sit-Ins. Alte Aktionsformen wie Straßenproteste und Unterschriftensammlungen werden keineswegs ersetzt (Rucht 2014), sondern zum Teil durch digitale Varianten ergänzt wie im Fall der Online-Unterschriftenaktionen. Nur für wenige Aktionsweisen, wie etwa das Hacken von Software, lassen sich keine Vorformen in der analogen Welt finden (Kersting 2019 in diesem Band).

Frühe Annahmen zum Wandel der Protestpartizipation gingen davon aus, dass die Senkung der Partizipationskosten im Zuge der Digitalisierung zu einer Stärkung von Graswurzelbewegungen und einer generellen Zunahme von und an Pro-

⁶ Vgl. für die netzpolitische Mobilisierung über Facebook z.B. Haggart 2013.

testaktionen führen würde. Die empirische Forschung lässt hinsichtlich einer solchen Verstärker-Hypothese bezogen auf individuelles politisches Engagement keine eindeutigen Schlüsse zu: In Individual-Ebenen-Studien sind Effekte der Internetnutzung auf politische Partizipation gering bis nicht vorhanden und zudem im längeren Zeitverlauf nicht stabil (Boulianne 2009; Copeland/Bimber 2015).

Emmer, Vowe und Wolling (2011) haben zudem für Deutschland die von Schlozman, Verba und Brady (2010) für den amerikanischen Kontext aufgestellte These, wonach das Netz als politisches Partizipationsmedium eher von ressourcenstarken User_innen genutzt wird, auf Basis einer repräsentativen Panelstudie belegt. Ob das Netz zur Kommunikation politischer Botschaften genutzt wird, hängt auch für Protestaktivist_innen eng mit dem schon vorhandenen politischen Interesse zusammen. Je höher das Interesse, desto höher auch die Nutzung politischer Partizipationsformen im Netz. Demografische Faktoren wie Alter und Geschlecht, Bildung und familiärer Hintergrund sind dabei wichtige Einflussfaktoren für die Herausbildung politischen Interesses.

Die individuelle Mediennutzung ist nicht zuletzt aufgrund der hybriden, entgrenzten Struktur der Medien äußerst komplex. Unterscheidungen zwischen analogen und digitalen Medien wie zwischen Offline- und Online-Handeln im Alltag und politischem Engagement der Bürger_innen sind oft schwer zu treffen und auch für Aktivist_innen zunehmend weniger relevant. Häufig erinnern sie nicht genau, durch welchen kommunikativen Akt und durch welches Medium sie etwa von einem Protestaufruf gehört haben (z.B. Tufecki/Wilson 2012). Da der Effekt digitaler Medien auf individuelle politische Partizipation kaum zu isolieren ist, erscheint Bimbars Vorschlag, digitale Medien nicht als Variable, sondern als Kontext zu konzeptualisieren, überzeugend.

»Treating media as context rather than a variable accommodates the fact that people sometimes perceive messages to be ›everywhere‹, that boundaries within the media system are blurred, and that digital media are widely used commodities whose precise distribution is less important than the fact of their presence in the human environment« (Bimber 2017, 7).

In der Sprache der Bewegungsforschung ließe sich im Sinne eines solchen Kontextverständnisses von einem Wandel der medialen Gelegenheitsstrukturen politischen Protests sprechen: Mit dem erleichterten Zugang zu Informationen und der Entstehung neuer Dienstleistungsanbieter politischer Protestaktivitäten wie den digitalen Petitionsplattformen sind die Möglichkeiten einer Beteiligung an kollektiven Aktionen vervielfältigt worden und die Transaktionskosten der individuellen Protestaktivitäten zugleich gesunken. Inwiefern die vermehrten Möglichkeiten jedoch faktisch auch genutzt werden, hängt vor allem vom politischen Interesse und von den Wertorientierungen ab. Aber auch Persönlichkeitsmerkmale wie Extroversion oder soziale Verträglichkeit beeinflussen den Netzaktivismus, wie Margetts

u.a. in ihrer Forschung zu Startern und Followern, den Petenten und Mitzeichnern von Petitionen auf Petitionsplattformen in Großbritannien, festgestellt haben (Margetts et al. 2016). Darüber hinaus hängt die Mobilisierungswahrscheinlichkeit auch von der Wahrnehmung politischer Gelegenheitsstrukturen ab, wie etwa der Einschätzung des Risikos drohender Repressionen durch den Staat oder der Beurteilung der Möglichkeit einer Gewinnung einflussreicher Koalitionspartner.

Umstritten ist in der Forschung, inwiefern die Zunahme niedrigschwelliger Mitmachangebote soziale Bewegungen insgesamt stärkt oder schwächt (Earl 2016; Zuckerman 2014). Klassische Bewegungsforscher wie Dieter Rucht (2004) beurteilen die Chancen, durch vermehrten Netzaktivismus grundlegenden sozialen oder politischen Wandel herbeizuführen, eher skeptisch. Folgt man den Techniksoziologen Dolata und Schrape begünstigt die Digitalisierung zwar die Mobilisierung zu kollektiven Aktionen, doch erbringt sie nicht aus sich heraus die Strukturleistungen, die notwendig für die Entstehung kollektiver politischer Identitäten sind (2014, 26). Auch van Laer und van Aelst beurteilen die politisch-kulturellen Bindungseffekte von Netzaktivismus pessimistisch: »[...] the internet is unable to create the necessary trust and strong ties that are necessary to build a sustainable network of activities« (2010, 1163). Zwar erleichtert die virale Verbreitungslogik digitaler Medien die Entstehung spontaner und reichweitenstarker Empörungswellen und sog. Hashtagproteste. Doch fehlen, so die skeptische Einschätzung, einem nur schwach und locker vernetzten Netzaktivismus die für eine Überführung spontaner Empörungswellen in dauerhaftes Engagement notwendige Stabilisierung durch kollektive Zugehörigkeitsgefühle ebenso wie die organisatorischen Strukturen einer erfolgreichen Ressourcenmobilisierung. Nur durch Face-to-Face- Kommunikation und in kollektiven Offline-Protesten entstünden Sozialvertrauen und starke Bindungen, die insbesondere für risikoreiches und langfristiges Engagement unverzichtbar seien. Dauerhafte gemeinschaftliche Bindungen, so auch das Ergebnis eigener Befragungen von Aktivist_innen im Bereich deutscher unternehmenskritischer Proteste (Baringhorst et al. 2010) entstehen oft erst in solidarischen Unterstützungsaktionen, Kundgebungen und Protestdemonstrationen vor Ort.

Pessimistische Zusammenhangsvermutungen unterschätzen häufig sowohl die starke Verschränkung von Online- und Offline-Formen des Engagements als auch das Zusammenwirken von aufwendigen und weniger aufwendigen Formen des Online-Protests etwa im Petitionsaktivismus. Massenhaftes Liking und Unterschriften unter Online-Petitionen setzen ein kompetentes Framing und oft umfassende mediale Verbreitungs- und Vernetzungsaktivitäten auf Seiten der Petenten und Plattformbetreiber voraus. Die Kritik am sog. Klicktivismus, der Charakterisierung von Aktionsformen wie das Mitzeichnen von Petitionen im Netz oder der Boykott von Waren und Dienstleistungen als eindeutig niedrigschwellig, wird der Komplexität der politischen Praxis des Netzaktivismus nicht

gerecht. Eigene Untersuchungen zum Aktivismus im Bereich des politischen Konsumerismus belegen, dass z.B. der Informationsaufwand, den einzelne Nutzer_innen betreiben, bevor sie eine Petition auf change.org oder bei avaaz.net unterschreiben, sehr unterschiedlich ausfällt. Insofern besteht hinsichtlich der Quantifizierung wie Qualifizierung der individuellen Kosten der Beteiligung an Aktionen sozialer Bewegungen weiterhin Forschungsbedarf. Weder Aufwand noch Erfolg von Online-Aktivismus lassen sich aus simplen Klassifizierungen in hoch- und niedrigschwellige Aktivitäten ablesen. Während die bisherige Forschung primär untersucht, inwiefern Protestaktionen ihre expliziten Ziele, wie etwa die Verhinderung bestimmter politischer Maßnahmen, erreichen, sollte die zukünftige Forschung viel stärker auch die subjektiven Erfolgsparameter und -bewertungen in die Evaluation von Online-Protest einbeziehen.

5. Politische Auswirkungen der Digitalisierung sozialer Bewegungen in Demokratien

Auch wenn die Beteiligung an elektronischen Petitionen oft als »Clicktivism« oder »Slacktivism« (Faulenzeraktivismus) kritisiert wird (Halupka 2014; Vromen 2017), sollte deren wachsender Einfluss auf die politische Meinungsbildung in liberalen Demokratien nicht unterschätzt werden. Aus einer skeptischen Perspektive wird auf die Herausforderungen repräsentativer Politik durch eine immer kostengünstiger zu realisierende webbasierte Gegen-Demokratie in Form von Shitstorms oder Smartstorms und Online-Kampagnen und -Petitionen hingewiesen (Baringhorst 2019a). Insbesondere soziale Medien, so die Annahme, tragen zu einer abnehmenden Berechenbarkeit der Themen und Reichweite öffentlicher Empörungskommunikation bei. Es fehle eine einheitliche Bühne, die eine Sichtbarkeit und Lesbarkeit der unterschiedlichen Forderungen und Positionen sicherstellen würde. Die Oxford-Kollegen Margetts u.a. sprechen gar von der Gefahr einer drohenden »Political Turbulence« (Margetts et al. 2016). Der schon durch Einführung und Verbreitung von Meinungsumfragen und Skandalberichterstattung traditioneller Massenmedien gestiegene Druck, responsiv auf die wechselnden Erwartungen der Bürger_innen einzugehen, ist durch den individualisierten Mikro-Aktivismus auf themenoffenen Kampagnenplattformen noch gestiegen. Durch minimale Akte der Partizipation der vielen Einzelnen, wie das Mitzeichnen von Petitionen oder das Liken und Weiterleiten von Aufrufen, werden mehr und unterschiedlichere politische Positionen und Forderungen sichtbar. Diese Stärkung des Pluralismus wird von Margetts et al. mehr als Schwächung denn als Stärkung der Demokratie betrachtet, zumal es für gewählte Repräsentanten immer schwieriger werde, schnell angemessene Antworten auf die zahlreichen, nicht kontrollierbaren und oft nicht vorhersehbaren Aktionen von Bürger_innen im Internet zu finden.

Abgeordnete schätzen den Einfluss von Petitionsplattformen oder kritischen Monitoring-Plattformen wie abgeordnetenwatch.de auf das politische Agenda Setting im Allgemeinen wie auf ihr persönliches Entscheidungsverhalten im Besonderen oft als gering ein (Krlev 2018; Voss 2014). Doch gibt es auch Anzeichen dafür, dass der Wächteraktivismus im Netz die Handlungsautonomie der Akteure der repräsentativen Demokratie einschränkt.⁷ In den Empörungswellen, Kandidatenchecks und Petitionen im Internet artikulieren sich gestiegene Transparenz-, Responsivitäts- und Teilhabeerwartungen der Bürger_innen. Foucaults Erläuterung des Wirkungsprinzips des Panoptikums lässt sich nicht nur auf die Folgen einer Dauerüberwachung der Bürger_innen durch staatliche oder kommerzielle Akteure beziehen. Auch eine webbasierte Dauerüberwachung der Repräsentanten durch kritische Protestakteure im Netz wird vermutlich die Selbstdisziplinierung der überwachten Abgeordneten steigern.

»Derjenige, welcher der Sichtbarkeit unterworfen ist und dies weiß, übernimmt die Zwangsmittel der Macht und spielt sie gegen sich selbst aus; er internalisiert das Machtverhältnis, in welchem er gleichzeitig beide Rollen spielt; er wird zum Prinzip seiner eigenen Unterwerfung.« (Foucault 1992, 260)

Es ist davon auszugehen, dass Abgeordnete mit der gestiegenen Rechenschaftspflicht gegenüber personalisierten, kritischen Netzöffentlichkeiten das permanent gewordene Abgeordnetenwatch und damit das Risiko des Publik-Werdens etwaiger Normverletzungen zunehmend internalisieren. Dies impliziert auch die Gefahr der Skandalisierung von Abweichungen zwischen ihrem Wahlversprechen und parlamentarischem Entscheidungsverhalten. Dies ist ein Gewinn für die Rückkopplung parlamentarischer Entscheidungen an den Wählerwillen. Doch steigt damit auch die Gefahr, dass die Bereitschaft gewählter Repräsentanten, eigene Positionen im Lichte neuer Erkenntnisse zu überdenken, sinkt. Dann bedeutet mehr Transparenz letztendlich weniger Deliberation. Unter dem Druck stets skandalisierungsbereiter Protestakteure im Netz kann, und dies wäre empirisch zu prüfen, eine gesunkene Risikobereitschaft der Abgeordneten auch zu einem bezogen auf die politischen und sozialen Transformationsziele sozialer Bewegungen kontra-intentionalen Effekt führen: Dann erhöhte ein erleichterter und vermehrter Protestaktivismus im Netz die Wahrscheinlichkeit eines politischen Stillstands. Große und innovative Reformprojekte würden nicht zuletzt auch aufgrund zunehmend gegensätzlich gerichteter Protestforderungen wie z.B. für oder gegen den Bau großer Infrastrukturprojekte nur zögerlich oder gar nicht angegangen.

Auch die Nutzung von Algorithmen und Big Data durch soziale Bewegungsakteure wirft aus demokratietheoretischer Sicht neue Probleme und Forschungsfragen auf: Auf der Basis von Scores (Likes, Sharing etc.) sind Cluster von Bür-

⁷ Vgl. zum Folgenden ausführlicher Baringhorst 2019a

ger_innen, die im Microtargeting gezielt und personalisiert adressiert werden, entstanden. Damit verbunden sind neue Reputationssysteme im Netz; Plattformen strukturieren, sortieren und priorisieren Inhalte nach jeweils eigenen Logiken und häufig nicht transparent gemachten Relevanzkriterien (Gerlitz/Helmond 2013). Für die Bewegungsforschung ergeben sich daraus neue Forschungsfelder und -fragen: Welche Folgen hat die Nutzung von Tracking Devices und Algorithmen für einen zunehmend »analytisch« werdenden Netzaktivismus (Karpf 2017)? Wenn Bewegungskommunikation nicht nur auf den Plattformen der bekannten sozialen Medien, sondern auch auf den großen Kampagnenplattformen über Algorithmen gesteuert wird, hat dies Auswirkungen auf Relevanz und Bewertung von Protestthemen und -forderungen. Die Gefahr besteht, dass am Ende Selektionsentscheidungen auf Kampagnenplattformen stärker datengetrieben motiviert sind als von ihren moralischen Grundwerten und programmatischen politischen Zielen her bestimmt werden.

Protestakteure decken nicht nur intransparente und illegitime Datennutzungspraktiken von Parteien und Kandidaten auf. Insbesondere bei themenunabhängigen und kommerziell betriebenen Petitionsplattformen ist die Intransparenz der eigenen Datensammlungs- und -verarbeitungspraxis kritisch zu hinterfragen. Dies gilt insbesondere, wenn das primäre Ziel einer Plattform darin besteht, möglichst viele Daten über ihre Nutzer_innen zu sammeln, um die Reichweite des Adressatenkreises zu vergrößern wie auch basierend auf Nutzungsprofilen das zielgenaue Microtargeting von Botschaften zu verbessern. Dann würden die Solidaritätsappelle, die uns in Zukunft erreichen, priorisiert durch unsere bisherige Protestpraxis auf der jeweiligen Plattform oder, sofern Daten zwischen Plattformen abgeglichen werden, aufgrund unserer plattformübergreifenden Aktivitäten wie z.B. Informationsnachfragen, Konsumgewohnheiten, Bewegungsprofile. Infolge einer solchen datengetriebenen Filterung von Protestanliegen würde der ohnehin bestehende Mittelschichtsbias des Protestaktivismus weiter verstärkt und issues, die eher Unterschichten betreffen, noch stärker an Reichweite verlieren. Rechtsextremen Gruppierungen bietet die Nutzung von Algorithmen darüber hinaus hochproblematische Optionen, Nutzerprofile nach rassistischen oder anderen diskriminierenden Merkmalen zu erstellen und für die eigene Propagandapraxis zu nutzen. Inwiefern sich algorithmen-gesteuerte Reputationssysteme sozialer Medien neben der Priorisierung von Protest-Issues auch auf die »Prominenz« individueller oder kollektiver Protestakteure auswirken, ist ein weiteres Desiderat der Forschung.

6. Fazit und Ausblick

Eine allein auf Einzelmedien gerichtete Analyse des Zusammenhangs zwischen Medienwandel und dem Wandel sozialer Bewegungen läuft Gefahr, die Komplexität und Dynamik der Bezüge zwischen unterschiedlichen medialen Infrastrukturen und individuellen wie kollektiven Praktiken ihrer Nutzung und Hervorbringung verbunden mit den sie bedingenden ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen aus dem Auge zu verlieren. Vielversprechender sind dagegen holistische Forschungsperspektiven, die die komplexen Wechselbeziehungen zwischen technologischen, sozialen und politischen sowie diskursiven Ebenen in den Blick nehmen. Neben dem oben genannten Vorschlag Bimbiers, Medien als »Kontexte« kollektiver Aktionen zu denken, sind vor allem auch medienökologische Ansätze für die Bewegungsforschung fruchtbar zu machen, wobei Ökologie entsprechend der informatischen Begriffsverwendung verstanden wird als »system of people, technologies, practices and values in a local setting.« (O'Dany 2000, 36) (vgl. auch Mercea et al. 2016; Treré/Matttoni 2016).

Betrachtet man das komplexe Zusammenspiel von offline und online, lokalen und globalen Handlungsebenen und alten und neuen Medien, entsteht auf der Mikro-, Meso- und Makrobene der Forschung eine Vielzahl neuer Forschungsfragen: Auf der Ebene der Organisation und Vernetzung ist genauer zu untersuchen, inwiefern sich durch die Digitalisierung die Kooperationspraxis von und die Einflussverteilung unter kollektiven Akteuren verändern. Die zunehmende Nutzung digitaler Medien durch soziale Bewegungsakteure setzt sowohl für individuelle Unterstützer_innen als auch für kollektive Akteure umfassende kritische Medienkompetenzen voraus. Wie gewinnen sie diese Kompetenzen und wie entstehen diesbezügliche Professionalisierungs- und interne Ausdifferenzierungsprozesse? Protestäußerungen, etwa die Skandalisierung von Normverletzungen durch politische Eliten oder transnationale Unternehmen, lassen sich aufgrund der viralen Logik der Verbreitung von Informationen im Netz mit Hilfe sozialer Medien nicht mehr nur von klassischen Bewegungsorganisationen, sondern auch weitgehend spontan und unorganisiert verbreiten. Dennoch sind für die Mobilisierung und Koordination großer Massendemonstrationen und deren Stabilisierung über einen längeren Handlungszeitraum in der Regel noch immer Bewegungsorganisationen notwendig. Mit der Ausdifferenzierung neuer »Anbieter« politischer Protestmöglichkeiten im Netz sind für die klassischen Bewegungsakteure, die großen NRO wie Greenpeace, der BUND oder Human Rights Watch, neue Konkurrenten im Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit wie aber auch mögliche Kooperationspartner für die Mobilisierung von Protest und (gegen-)öffentlicher Meinung entstanden. Protest und Solidarität wurden schon vor der Verbreitung digitaler Medien kampagnenförmig organisiert. Plattformen wie www.campact.de oder www.change.org., die sich auf die schnelle und themenunabhängige Generierung massenhafter Un-

terstützung für Protestziele spezialisiert haben, stellen nicht nur die Praxis klassischer Bewegungsorganisationen, sondern auch die Erforschung von Protestaktivismus in der digitalen Gesellschaft vor neue Herausforderungen.

Ein analytischer, datenbasierter Aktivismus wirft nicht nur neue Ressourcen- und Kompetenzfragen auf. Es entstehen neue Legitimitätsprobleme zumal dann, wenn Bewegungsakteure selbst algorithmen-gesteuerte Software nutzen, um potentielle Unterstützer_innen personalisiert anzusprechen. Darüber hinaus ist genauer zu erforschen, inwiefern Bewegungsakteure selbst zum Objekt von Daten-aneignung und -nutzung auf kommerziellen Social-Media-Plattformen oder der Ausspähung im Rahmen staatlicher Netzüberwachung werden. Welche netzpolitischen Gegenstrategien entwickeln sie in welchen Kooperationsformen und -praktiken, um die eigene Handlungsautonomie nicht zu verlieren? Weitreichender und für die zukünftige Entwicklung repräsentativer Demokratie geradezu existentiell, ist die Frage der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen dem, was mit Rosanallon (2014) als »Gegen-Demokratie« zu bezeichnen ist, und den durch allgemeine Wahlen legitimierten Institutionen der repräsentativen Demokratie.⁸ So sind aus politikwissenschaftlicher Perspektive vor allem die konkreten Formen und Folgen von Interdependenzen zwischen einem auch medienbedingten Wandel sozialer Bewegungen und Protestaktivismus und Veränderungen der gesamtgesellschaftlichen politischen Kultur – Stichworte: Zunahme populistischer Rhetorik und Abnahme des Vertrauens in die majoritären Institutionen der repräsentativen Demokratie wie Parteien und Parlamenten – genauer empirisch zu untersuchen und demokratietheoretisch zu bewerten.

Literaturverzeichnis

- Baringhorst, Sigrid (2019a): Der Nutzer als Wächter – Zivilgesellschaftliche Medienpraktiken eines herrschaftskritischen Going Public im Internet. In: Bedford-Strohm et al. (Hg.): Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit. Ethik und politische Partizipation in interdisziplinärer Perspektive. Baden-Baden, S. 103–119.

⁸ Unter Gegen-Demokratie fasst Rosanallon eine Vielzahl extra-repräsentativer Engagementformen des Ausdrucks persönlicher kritischer Meinungen, des Willens zur gemeinschaftsorientierten Mitwirkung sowie der entscheidungsorientierten Intervention von Bürgern. Versucht man seine Gedanken in einer These zusammenzufassen, so gewinnt der Bürger durch vielfältige Praktiken, in denen er als Wächter und kritischer Beobachter, als Veto-Einleger und Richter, gewählte Eliten zu kontrollieren versucht, zurück, was er als Wähler in der repräsentativen Demokratie an Souveränität verliert (Rosanallon 2014, 253).

- Baringhorst, Sigrid (2019b): Digitalisierung, Gemeinsinn und zivilgesellschaftliches Engagement. In: Hiebaum (Hg.): *Handbuch Gemeinwohl*, Wiesbaden (i.E.).
- Baringhorst, Sigrid et al. (2017): Webzentrierte Hybridkampagnen – Ausdruck postdemokratischer Protestpartizipation? In: Daphi et al. (Hg.): *Protest in Bewegung. Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*. Baden-Baden, S. 171–198.
- Baringhorst, Sigrid (2015): Konsum und Lebensstile als politische Praxis. Systematisierende und historisch kontextualisierende Annäherungen. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen* 28 (2), S. 17–27.
- Baringhorst, Sigrid et al. (2010): Unternehmenskritische Kampagnen im Zeichen digitaler Kommunikation. Wiesbaden.
- Bauwens, Michel (2016): Die zehn Gebote der Peer-Produktion und Commons-Ökonomie. In: Beier et al. (Hg.): *Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld, S. 71–75.
- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing processes and social movements: An overview and assessment. In: *American review of Sociology* 26, S. 611–639.
- Bennett, Lance W./Segerberg, Alexandra (2012): The Logic of Connective Action. In: *Information, Communication & Society* 15 (2012), S. 1–30.
- Bimber, Bruce (2007): Three Prompts for Collective Action in the Context of Digital Media. In: *Political Communication* 34 (1), S. 6–20.
- Boulian, Shelly. 2009. Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research. In: *Political Communication* 26 (2), S. 193–211.
- Copeland, Lauran/Bimber, Bruce (2015): Research Note on Variation in the Relationship between Digital Media Use and Political Participation in U.S. Elections over Time, 1996–2012: Does Obama's Re-election Change the Picture? In: *Journal of Information Technology & Politics*, 12(1), S. 74–87.
- Dang-Anh, Mark (2019): *Protest Twittern*. Bielefeld.
- Dolata, Ulrich/Schrape, Jan-Felix (2014): Kollektives Handeln im Internet. Eine akteurstheoretische Fundierung. In: *Berliner Journal für Soziologie* 24 (1), S. 5–30.
- Dufft et al. (2017): Digitalisierung in Non-Profit Organisationen. Strategie, Kultur und Kompetenzen im digitalen Wandel. URL: www.betterplace-lab.org/wp-content/uploads/Studie-Digitalisierung-in-Non-Profit-Organisationen-.pdf. (12.04.2019).
- Earl, Jennifer et al. (2017): Routing around organizations: Self-directed political consumption. In: *Mobilization* 22 (2), S. 131–153.
- Earl, Jennifer (2016): *Protest Online. Theorizing the consequences of online engagement*. In: Bosi et al (Hg.): *The Consequences of Social Movements*. Cambridge, S. 363–400.

- Earl, Jennifer et al. (2010): Changing the World One Webpage at a Time: Conceptualizing and Explaining 'Internet Activism'. In: *Mobilization*, 15(4), S. 425–446.
- Emmer, Martin et al. (2011): Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. München.
- Foucault, Michel (1992): Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a.M.
- Gerlitz, Carolin/Helmond, A. (2013): The like economy: Social buttons and the data-intensive web. In: *New Media and Society* 15(8), S. 1348–1365.
- Gießmann, Sebastian (2018): Elemente einer Praxistheorie der Medien. In: *zfm* 19 (2018), S. 95–109.
- Haenfler, Ross et al. (2012): Lifestyle Movements: Exploring the Intersection of Lifestyles and Social Movements. In: *Social Movements Studies. Journal of Social, Cultural and Political Protest* 11 (1), S. 1–20.
- Haggart, Blayne (2013): Fair Copyright for Canada: Lessons for Online Social Movements from the First Canadian Facebook Uprising. In: *Canadian Journal of Political Science* 46 (04), S. 841–861.
- Halupka, Max (2014): Clicktivism. A Systematic Heuristic. In: *Policy & Internet* 6, S. 115–132.
- Haunss, Sebastian (2019): Das Internet und das Versprechen neuer Formen der Kollaboration. In: Ghanbari et al. (Hg.): Kollaboration. Beiträge zur Medientheorie und Kulturgeschichte der Zusammenarbeit. Paderborn, S. 235–262.
- Helfrich, Silke, Commons Strategies Group (2016): Offenheit organisieren. Beobachtungen zur Entwicklung eines neuen offenen Kooperativismus. In: Beier et al. (Hg.): Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis. Bielefeld, S. 76–84.
- Howard, Phillip M./Hussein, Muzzamil M. (2013): Democracy's Fourth Wave: Digital Media and the Arab Spring. Oxford.
- Karpf, David. 2017. Analytic Activism. Digital Listening and the New Political Strategy. Oxford.
- Kersting, Norbert (2019): Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status Quo und Zukunft. In: Hofmann et al. (Hg.) 2019: Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 105–121.
- Krlev, Gorgi (2018): Mehr politische Transparenz & verstärkter Austausch zwischen der Bevölkerung und der Politik? Zu den Wirkungen von abgeordnetenwatch.de. URL: https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/abgeordnetenwatch.de/files/aw_krlev_kurzver_studie_wirk_end_20180326.pdf, (10.08.2018).
- Mercea, Dan et al. (2016): Protest communication ecologies. In: *Information, Communication & Society* 19 (3), S. 279–289.
- Margetts, Helen et al. (2016): Political turbulence: how social media shape collective action. Princeton.

- McCarthy, John D./Zald, Mayer, N. (1977): Resource mobilization and social movements. A partial theory. In: *American Journal of Sociology* 82 (6), S. 1212–1241.
- Melucci, Albert (1980): The new social movements: A theoretical approach. In: *Social Science Information* 19, S. 199–226.
- Norris, Pippa (2012): Political mobilization and social networks. The example of the Arab spring. In: Kersting (Hg.): *Electronic democracy*. Opladen, S. 55–76
- O'Day, Vicki L. (2000): Information ecologies. In: *The Serials Librarian* 38 (1/2), S. 31–40.
- Pfetsch, Barbara/Heft, Annett/Knüpfer, Curd (2019): Transnationale Öffentlichkeiten in der Digitalen Gesellschaft: Konzepte und Forschungsperspektiven. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 83–101.
- Ritzi, Claudia (2019): Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 61–82.
- Rosanvallon, Pierre (2014): *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*. Hamburg (zuerst 2006).
- Rucht, Dieter (2014): Die Bedeutung von Online-Mobilisierung für Offline-Proteste. In: Voss (Hg.): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden, S. 115–128.
- Rucht, Dieter (2004): The quadruple »A«. Media strategies of protest movements since the 1960s. In: van de Donk et al. (Hg.): *Cyberprotest. New Media, Citizens and Social Movements*. London und New York, S. 29–56.
- Schlozman, Kay Lehman et al. (2010): Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. In: *Weapon of the Strong? Perspectives on Politics* 8 (2), S. 487–509.
- Shirky, Clay (2009): *Here comes everybody. The power of organizing without organizations*. London.
- Treré, Emiliano/Mattoni, Alice (2016): Media ecologies and protest movements: main perspectives and key lessons. In: *Information, Communication & Society* 19 (3), S. 290–306.
- Tufecki, Zeynep/Wilson, Christopher (2012): Social media and the decision to participate in political protest: Observations from Tahrir Square. In: *Journal of Communication* 62 (2), S. 468–470.
- Van Laer, Jeroen/Van Aelst, Jan (2010): Internet and Social Movement Action Repertoires. In: *Information, Communication and Society* 13 (8), S. 1146–1171.
- Voss, Kathrin (2014): Grassrootskampagnen und E-Petitionen als Mittel zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: dies. (Hg.): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden, S. 149–160.
- Vromen, Ariadne (2017): *Digital Citizenship and Political Engagement. The Challenge from Online Campaigning and Advocacy Organisations*. London.

Zuckerman, Ethan (2014): New Media New Civis. In: P&I. Policy and Internet 6 (2), S. 151–168.

Potenziale sozialer Medien zwischen Wunsch und Wirklichkeit¹

Welche Chancen bieten soziale Medien für politische Akteure und ihre Erforschung?

Jasmin Fitzpatrick

1. Einleitung: Die Rolle sozialer Medien in der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft

Soziale Medien sind Trendbegriff, Hoffnungsbringer und opake Gefahrenquelle im gesellschaftlichen Diskurs. Helen Margetts (2019) schrieb in ihrem Beitrag *Rethinking Democracy with Social Media*: »Political turbulence, the rising influence and social media platforms, and the loss of control for traditional institution is traumatic for democrats« (Margetts 2019, 112). Dieser Feststellung folgt die Diagnose, dass wir fünf Phasen der Trauer um die Demokratie erleben, die in der vertrauten Form seit dem Aufkommen sozialer Medien nicht mehr besteht: Leugnung, Verhandeln, Zorn, Depression und Akzeptanz. Mit ihrem anschaulichen Vergleich regt Margetts sicher zum Denken über das Verhältnis von Demokratie und sozialen Medien an. Darüber hinaus gibt sie Anhaltspunkte dafür, wie Akzeptanz und eine Integration sozialer Medien als fester Bestandteil von Demokratie gelingen könnten. Zentral ist für Margetts eine wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung von vier *Gefahren*, für die jeweils Lösungen gefunden werden müssen: der Effekt von Echokammern und Filterblasen (2019, 115), der Einfluss von Fake News, das Ausmaß von computerbasierter Propaganda und die Auswirkungen von Hate Speech. Während Margetts in ihrer Auseinandersetzung eher eine visionäre Herangehensweise wählt, soll dieser Beitrag zunächst einen Überblick über die Stellung des Begriffs in der *wissenschaftlichen* Debatte bieten und aus *politikwissenschaftlicher* Perspektive beleuchten, in welchen Zusammenhängen soziale Medien hinsichtlich ihres *Potenzials* diskutiert werden. Hierzu werden zunächst Subdisziplinen der Politikwissenschaft aufgezeigt, die in ihrer Forschung soziale Medien berücksichtigen. Innerhalb dieser

¹ Ich danke Kai Arzheimer und Norbert Kersting für die wertvollen Anmerkungen und den studentischen Hilfskräften Sarah Kluth, Friederike Holthuis und Jakob Gutmann für die Unterstützung beim Formatieren und Recherchieren.

wird anhand verschiedener Beiträge ein Status quo der aktuellen Debatte berichtet.

Um zunächst den Stellenwert dieses relativ neuen Begriffes zu quantifizieren, bieten sich verschiedene Möglichkeiten an. Eine Analyse mit dem Web of Science zeigt, dass soziale Medien vor allem für die Sozialwissenschaften als Forschungsobjekt relevant sind: Ein Großteil der Publikationen mit dem Suchbegriff »Social Media« (35.820 Einträge mit dem Thema »social media«, in Anführungszeichen, Stand: 16.01.2019) werden dem Bereich der Kommunikationswissenschaften (13,78 %, Rang 1), der Soziologie (2,76 %, Rang 16), der Politikwissenschaft (2,37 %, Rang 19) oder interdisziplinärer Sozialwissenschaften (3,92 %, Rang 11) zugeordnet. Auch hinsichtlich des Publikationszeitpunktes lassen sich Tendenzen erkennen. Mit Ausnahme eines »Irrläufers« aus dem Jahre 1997², der die Bezeichnung in einem anderen Zusammenhang verwendet, findet der Begriff »Social Media« ab dem Jahr 2005 langsam Einzug in die Wissenschaft, wobei sich die Einträge zwischen 2007 und 2013 jedes Jahr mehr als verdoppelt haben. Der vorläufige Höhepunkt war das Jahr 2017. In diesem Jahr gab es 8.037 Einträge. Im Folgejahr 2018 sanken die Einträge wieder um knapp 1.000 auf das Niveau von 2016 hinab (Abb.1).

Diese Angaben verdeutlichen zum einen, dass soziale Medien allgemein ein fester Bestandteil im Themenrepertoire der Forschung geworden sind, zum anderen wird auch klar, dass sie in den Sozialwissenschaften einen nicht unbedeutenden Anteil in aktuellen Publikationen ausmachen.

Die Beiträge, die im Web of Science der Politikwissenschaft zugeordnet werden (850 Publikationen), werden insgesamt 4.172-mal zitiert. Die zehn am häufigsten zitierten Beiträge haben vor allem empirischen Bezug. Es finden sich Fallstudien zum Arabischen Frühling, zur Rolle sozialer Medien in autoritären Regimen, zur Beziehung von Amtsträgern und Bürgern, zu politischer Partizipation und Konsequenzen für die Politik im Allgemeinen, aber auch methodische Forschungspapiere.

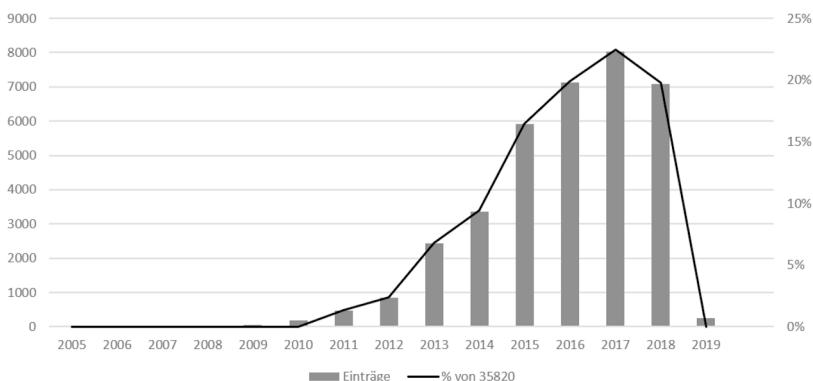
2. Potenziale sozialer Medien im Kontext politikwissenschaftlicher Forschungsbereiche

Im Folgenden sollen vier Bereiche unter Bezug auf die aktuelle Forschungsliteratur genauer beleuchtet werden, in denen soziale Medien scheinbar besondere Potenziale eröffnet haben: (A) soziale Bewegungen, (B) Demokratie und politische Partizipation, (C) Politische Kommunikation und Wahlkampf sowie (D) Methoden der empirischen Sozialforschung. In diesen Bereichen haben Veränderungen

² Dabei handelt es sich um eine Publikation zur nachhaltigen Landwirtschaft in Venezuela von Matteucci und Colma, die in der Interciencia veröffentlicht worden ist.

im Kommunikations- und Informationsangebot die politikwissenschaftliche Forschung maßgeblich beeinflusst.

Abbildung 1: Einträge im Web of Science; Zugriff: 16.01.2019, Suchbegriff: »Social Media«



Soziale Bewegungen

Soziale Bewegungen profitieren in dreifacher Weise von der Verfügbarkeit sozialer Medien.³ Erstens können durch sie Individuen, die sich nie begegnet sind, aber gemeinsame, politische Ziele haben, ihre Kräfte für einen gemeinsamen Protest bündeln, ohne auf organisationale Strukturen angewiesen zu sein. Zweitens haben soziale Bewegungen einen neuen Kanal gefunden, um Aktivitäten zu dokumentieren und sich einem breiten Publikum vorzustellen. Drittens eröffnen soziale Medien bei logistischen Herausforderungen wichtige Möglichkeiten.

Der erste Punkt wurde am treffendsten von W. Lance Bennet und Alexandra Segerberg formuliert. *The Logic of Connective Action* wurde zunächst 2012 als Journalbeitrag veröffentlicht, dem 2013 schließlich eine gleichnamige Monographie folgte. Die Bedeutung des Beitrags von Bennet und Segerberg wird in der Rezension durch Sidney Tarrow deutlich. Tarrow urteilt, »they set a new standard for the systematic analysis of the role of digital communication in contentious politics« (2014, 468). »Bennett and Segerberg have done an exemplary job of bringing together the study of digital communication with the analysis of social movements« (ebd.: 469). Das zentrale Argument ist, dass sich Protest in der Hinsicht verändert hat, dass nicht mehr große Organisationen im Zentrum der Bewegung stehen, sondern personalisierte, individualisierte Protestformen aufgekommen sind (Bennett/Segerberg

³ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Sigrid Baringhorst in diesem Band (Baringhorst 2019).

2012, 742). Als Ursache für diese Tendenz machen sie Individualisierungsprozesse in post-industriellen Gesellschaften aus (2013, 22–23). Als Beispiele nennen die Autoren Indignados, Occupy und den Arabischen Frühling. Dabei betonen sie (2012, 742):

»In this network mode, political demands and grievances are often shared in very personalized accounts that travel over social networking platforms, email lists, and online coordinating platforms.«

Die Überlegungen zu Connective Action greifen andere Autoren auf. Eine vollständige Auflistung kann an dieser Stelle nicht erfolgen, jedoch zählen etwa Milan (2015), Vromen et al. (2015), Wright (2015), Vicari und Cappai (2016) sowie Dolata und Schrape (2016) dazu, die sich in sehr unterschiedlichen Bereichen von Jugendpartizipation bis hin zu Gesundheitsaktivismus mit Connective Action auseinandersetzen.

Jedoch betonen etwa Poell und van Dijck (2018), dass es vermehrt Studien gibt, die nicht uneingeschränkt teilen, dass Individuen gleich und ohne zentrale Akteure im Sinne der Connective Action protestieren können. Sie verweisen auf Studien, die hervorheben, dass einige zentrale Akteure in diesen Netzwerken taktisch possten und bestimmte Hashtags oder Kanäle in den Vordergrund rücken (Poell und van Dijck 2018, 548). Poell und van Dijck (2018, 549) halten fest, dass zwar keine Organisationen im Zentrum der Proteste stehen, wohl jedoch Strategen und Meinungsführer eine wichtige Rolle bei der Organisation und Kommunikation spielen. Dessen ungeachtet herrscht Einigkeit, dass soziale Medien neue Potenziale für soziale Bewegungen und Protest ermöglichen, egal ob die Gleichheit innerhalb des Protestnetzwerkes besteht oder nicht. Einen Vorstoß zur Weiterentwicklung des Konzepts der Connective Action stellt das Konzept des Cloud Protestings dar (Milan 2015). Milan orientiert sich mit ihrem Vorschlag am Cloud Computing (2015, 4f.), wo zentrale Dienstleistungen web-basiert auf einem übergeordneten Ordner gespeichert und von einzelnen Nutzern jederzeit kostengünstig abgerufen werden können. Milan stellt zwar auch eine Verbindung zur Connective Action her, berücksichtigt aber Kollektivität als zentralen Aspekt von sozialen Bewegungen – auch online.

Margetts (2019, 109) gibt außerdem zu bedenken, dass es zwar gute Beispiele für die schnelle Entwicklung einzelnen Protests zu digitalem Massenprotest gibt (z.B. der Arabische Frühling), jedoch ein offensichtlicher Selection Bias besteht, da die wenigen erfolgreichen Beispiele zwar mediale und wissenschaftliche Aufmerksamkeit genießen, die große Mehrzahl der Initiativen jedoch im Sande verläuft.

Unmittelbar verbunden mit einer Individualisierung bzw. Personalisierung politischen Protests ist der zweite Punkt der Dokumentation und Verbreitung von Protestmaterial über soziale Medien. Besonders in Ländern ohne freie, neutrale Massenmedien bieten soziale Medien wichtige Möglichkeiten, um eine Perspekti-

ve auf Geschehnisse zu zeigen, die sonst einer Zensur unterliegen und kaum die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft erfahren würden. In diesen Bereich fallen etwa die Proteste in der Türkei, im Iran oder im Kontext des Arabischen Frühlings, die durch soziale Medien international – medial und politisch – in besonderem Maße ins Bewusstsein gerückt worden sind. Auch wissenschaftlich wurden diese Fälle intensiv bearbeitet. Ein Beitrag, der aus den jüngeren Publikationen wegen seines Methodenmixes heraussticht, ist der von Jost und Kollegen (2018). Die Autoren widmen sich den Protesten in der Türkei und der Ukraine und werten Onlinedaten (vor allem Tweets) quantitativ und qualitativ aus. Sie stellen drei Arten fest, wie soziale Medien Protest fördern (Jost et al. 2018, 111): zum einen können durch sie Informationen schnell verbreitet werden, was der Koordination von Protesthandlungen nützt. Neben diesen rein informativen Möglichkeiten erfahren die Aktivisten aber auch emotionalen Zuspruch, der zum Protest motiviert und den Zusammenhalt stärkt. Der dritte Aspekt stellt Befund und Desiderat zugleich dar: Nutzer sind in selbstselektierten Freundschaftsnetzwerken verbunden. Allerdings ist zu wenig bekannt, inwiefern diese Netzwerke online und offline Information und Mobilisation bedingen.

Während sich viele Studien zur Wechselwirkung zwischen sozialen Medien und sozialen Bewegungen mit Occupy (Milan 2015, Kavada 2015, Thorson et al. 2013), den Indignados (Anduiza et al. 2014), dem Arabischen Frühling (Bruns et al. 2013) oder Vergleichen dieser (Castañeda 2012; Romanos 2016) befassen, stellen jüngere Publikationen auch andere soziale Bewegungen in den Mittelpunkt. Hierzu zählt etwa der Beitrag von Clayton (2018) zu Black Lives Matter.

Demokratie und politische Partizipation

Die Hoffnung auf eine Proliferation demokratischer Mitbestimmung durch webbasierte Technologien ist nicht neu: die Mobilisierungsthese geht von einer Chance für Benachteiligte aus, sich partizipationsfördernd wirkende Ressourcen (Brady et al. 1995) kostengünstig anzueignen.⁴ Dem gegenüber steht die Normalisierungsthese, der zufolge sich Muster, die sich vor der Einführung des Internets verfestigt haben, auch danach herauskristallisieren (vgl. etwa Hirzalla et al. 2011; Oser et al. 2013). Obwohl sich viele Studien diesen gegenläufigen Thesen gewidmet haben, bleiben die Befunde uneinheitlich (etwa Koc-Michalska et al. 2016, 346f. und Gibson et al. 2014). Unklarheit besteht oft in der Wirkungsmächtigkeit des Digital Divides, der sich in systematischen, auf sozioökonomischen Determinanten beruhenden Unterschieden in den Möglichkeiten zum Internetzugang und zur (kompetenten) Nutzung sowie den erfahrbaren Folgen daraus niederschlägt (ausführlicher: Scheerder et al. 2017). Elliott und Earl (2018) untersuchen Zusammenhänge

4 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Norbert Kersting in diesem Band (Kersting 2019).

zwischen dem Internetzugang und nachgelagerten Nutzungsmustern im Hinblick auf Onlineaktivismus. Sie kommen zum Ergebnis, dass Internetzugang zwar zunächst eine Barriere darstellt, aber die sonst als Hemmnis angenommen Faktoren, wie etwa das Alter, anschließend keinen Effekt haben. Vielmehr sehen die Autoren (2018, 714) in den individuellen Netzwerken und dem politischen Interesse zentrale Faktoren für politische Onlineteilhabe (ausführlicher zur politischen Partizipation vgl. Kersting 2019 in diesem Band). Der Punkt der politischen Partizipation in Parteien durch soziale Medien stellt ein weiteres Potenzial dar. Als wegweisend muss sicher der Vorschlag von Scarrow (2014) gelten, die vor allem auch durch das Web das klassische Mitgliedschaftsprinzip aufgebrochen sieht. Mit ihrem Multispeed-Membership-Modell geht sie davon aus, dass es verschiedene Typen der Parteianhängerschaft gibt, die sich im Grad ihrer Nähe zur Partei unterscheiden. Mit Hinblick auf die Potenziale, die soziale Medien eröffnen, erscheint ihr Typ der Follower besonders interessant, ebenso wie dessen Schnittmengen mit den Typen Aktivisten, Cyber Members und Sustainers (Scarrow 2014, 30ff.). Losgelöst vom klassischen Verständnis der Mitgliedschaft leisten diese Typen gerade während des Wahlkampfs wichtige Unterstützung für Parteien. Zwar stehen locker affilierte Unterstützer in der Intensität ihres Engagements hinter Mitgliedern an, jedoch leisten sie kleine, aber in der Summe relevante Beiträge zum Wahlkampf (Webb et al. 2017).

Neben diesem Fokus auf Partizipation innerhalb von Demokratien befassen sich auch einige Studien mit politischer Partizipation durch soziale Medien in nicht-demokratischen Systemen. Dazu zählen sicherlich Fallstudien zum Arabischen Frühling (z.B. Norris 2012). Doch auch in anderen Kontexten wird untersucht, inwiefern autoritäre Systeme durch soziale Medien unterwandert werden können. Hier ist etwa der Beitrag von Reuter und Szakonyi (2013) zu erwähnen, die sich mit der russischen Wahl 2011 befassen und sich besonders dem Zusammenhang zwischen der Nutzung sozialer Medien und dem Bewusstsein von Wahlbetrug zuwenden. Sie verweisen auf Studien aus anderen Kontexten, die zeigen, dass die Befürchtung eines Wahlbetruges zur Mobilisierung gegen ein Regime beitragen kann (2013, 32) und finden in ihren Daten Belege dafür, dass Facebook- und Twitter-Nutzung einen Einfluss auf die Wahrnehmung von Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen hatten (2013, 48), was sie als Priming klassifizieren. Interessant ist, dass sich dies wohl besonders auf Regimeunterstützer auswirkt und diese kritischer werden. Diesem optimistisch stimmenden Befund stehen Studien gegenüber, die betrachten, wie das Internet in autoritären Systemen zur Unterdrückung von Pluralismus und Wettbewerb genutzt bzw. entzogen wird. So fragen etwa Rød und Weidmann »Empowering activists or autocrats?« und kommen aufgrund ihrer Betrachtung verschiedener autokratischer Systeme in Afrika, Asien und Lateinamerika zu dem Befund (2015, 345):

»The results presented above imply that the introduction and expansion of the Internet is a calculated choice by dictators and should not increase the likelihood of changes towards democracy.«

Auch hier stellen divergierende Befunde eine Aufforderung für weitere Forschung dar.

Politische Kommunikation und Wahlkampf

Bei politischer Kommunikation sollte zunächst eine wichtige Unterscheidung gemacht werden: die Trennung zwischen staatlichen, öffentlichen Institutionen und kompetitiven, politischen Akteuren, wie etwa Parteien oder zivilgesellschaftliche Organisationen. Diese Trennung kann im Sinne des Modells des politischen Systems nach Easton (1965) so verstanden werden, dass staatliche Institutionen Output kommunizieren und über decisions and actions posten. Kompetitive, politische Akteure posten zu Input, indem sie ihre Programme und Kandidaten vorstellen und um Unterstützung werben.

Staatliche, öffentliche Institutionen können soziale Medien nutzen, um kurzfristig zu informieren und Bürger auf dem Laufenden zu halten. Das Potential von sozialen Medien liegt in der direkten, kurzen und möglicherweise interaktiven Kommunikation mit Bürgern ohne bürokratische Behäbigkeit. In gewisser Weise können soziale Medien empfundene Hürden in der Kommunikation durch und mit Behörden und Ämtern eindämmen, wo dies sinnvoll ist – etwa sperrige Bekanntmachungen auf kurze, informative Posts herunterbrechen und somit »entstauben«. So twittert beispielsweise die Polizei Berlin (etwa @polizeiberlin) zu aktuellen Einsätzen, Personensuchen und Ermittlungserfolgen. Auch einige Städte twittern: Etwa informiert die Stadt Düsseldorf (@Duesseldorf) über aktuelle Projekte wie den Open Air Park und damit in Verbindung stehenden Bürgerforen oder die Stadt Wiesbaden (@Stadt_Wiesbaden) zu Ferienprogrammen für Kinder oder aktuellen Bauprojekten.⁵ Der Deutsche Bundestag unterhält zwar ein Twitter-Account (@Bundestag seit März 2015), twittert jedoch nicht aktiv (Stand 18.06.2019). Forschungsbeiträge in diesem Kontext stammen etwa von Bayerl und Rüdiger (2017) zur Polizei oder von Fehringer (2013) zur Kommunalverwaltung.

Daneben steht die Analyse kompetitiver, politischer Akteure. Während zivilgesellschaftliche Organisationen und ihr Einsatz sozialer Medien ein interessantes

⁵ Auffällig ist der Stil der Tweets: Wiesbaden wünscht seinen Bürgern unter Verweis auf das Hashtag #MondayMotivation und der Einbindung eines Garfield-GIFs einen schönen Start in die Woche. Außerdem werden die Leser geduzt. Das Foto, das Wiesbaden für seinen Twitter-Auftritt nutzt, kokettiert mit dem blauen Twitter-Vögelchen. Das Pressereferat der Stadt, das den Kanal bespielt, scheint bewusst auf Humor und Umgangssprache zu setzen. Düsseldorf wählt eher neutrale Formulierungen in seinen Tweets.

Forschungsfeld darstellen, das in den letzten Jahren durch mehrere Publikationen begleitet worden ist (Fitzpatrick 2018), sollen an dieser Stelle politische Parteien und ihre Wahlkämpfe in den Fokus gestellt werden. Während sich ein Bereich der Wahlkampfforschung damit befasst, welcher Stil im öffentlichen und politischen Diskurs vorherrscht (Kersting 2017), soll es im Folgenden vielmehr darum gehen, welche Mittel Wahlkampfstrategen zum Einsatz bringen.

Farrell (2006) sieht den Wandel der Kampagnenkultur von Parteien in westlichen Demokratien maßgeblich durch das De-alignment verursacht. Farrell verweist auf die Rolle des Internets im Wahlkampf, wobei er bei seiner Einschätzung vorsichtig ist (2006, 130). Dass ein ausgewiesener Experte wie Farrell sich 2006 noch schwertat, den rapiden Einfluss des Webs einzuschätzen, verdeutlicht, dass die Entwicklungen in diesem Forschungsfeld schwer vorhersehbar sind und schnell vonstattengehen. Die erste Wahlkampagne, die als digital bezeichnet werden kann, ist die des US-Demokraten Howard Dean (Hindman 2005; Kreiss 2009). Hindman (2005, 121) sieht die Leistungen der Dean-Kampagne in der Art der Internetnutzung, die vor allem die »backend campaignfunctions like fund-raising and volunteer recruitment« betraf. Hindman (2005, 122) bringt das Internet selbst als Ressource ins Spiel, die im Sinne von Brady et al. (1995) politische Teilhabe von Individuen bestimmt. Diese Auslegung ist missverständlich und wird von ihm auch anders operationalisiert, denn das Internet ist vielmehr ein Mittel, um die von Brady und Kollegen beschriebenen Ressourcen anzuhäufen oder zu nutzen. Kreiss (2009) nimmt eine detailliertere Analyse der Kampagne vor, in der u.a. die Rolle von Bloggern als frühe Unterstützer (2009, 283f.) diskutiert wird. Deans Kandidatur in den amerikanischen Primaries fand vor dem Zeitalter der sozialen Medien statt. Nichtsdestotrotz lässt sich bereits erkennen, welchen Einfluss Blogs als Vorausläufer von sozialen Medien entwickeln können. Hier legt Kreiss mit seinem Buch »Taking our Country Back« (2012) nach, in dem er die Obama-Kampagne 2008 mit der Dean-Kampagne vergleicht. Was Deans Kampagne neu entwickelte, wurde von Obamas Kampagne perfektioniert:

»Adopting ways of working with supporters online and applying them to complement an unprecedented field effort, Obama's staffers vastly extended the online organizing first developed on the Dean campaign« (Kreiss 2012, S. 189).

Die Analysen von Hindman (2005) und Kreiss (2009, 2012) können als Wegweiser eines Forschungszweiges betrachtet werden, der sich mit Kandidaten befasst. Auch in den (parlamentarischen) Systemen Westeuropas, in denen Parteien eine stärkere Rolle spielen, werden Kandidaten und ihre Kampagnen von vielen Studien in den Fokus gestellt (»Präsidentialisierung« bei Poguntke/Webb 2005 bzw. Webb/Poguntke 2013). Hier lassen sich verschiedene Zielsetzungen in der Forschungsliteratur identifizieren: Zum einen gibt es zahlreiche Fallstudien, die sich mit der Nutzung sozialer Medien durch Kandidaten befassen (z.B. Koc-Michalska et al. 2014

zu Frankreich, Karlsen/Enjolras 2016 zu Norwegen; Ceron 2017 zu Italien; Kruikemeier 2014 zu den Niederlanden; Stier et al. 2018 zu Deutschland). Darüber hinaus gibt es Ländervergleiche etwa im Kontext von Europawahlen (z.B. Nulty et al. 2016 zu Twitter; Braun/Schwarzbözl 2019 zu Facebook). In eine andere Richtung gehen Studien wie die von Vaccari (2014), Elter (2013) oder Ramos-Serrano et al. (2018), die sich mit dem Antwortverhalten bzw. der Interaktivität von Kommunikation durch Kandidaten befassen. Sie kommen einhellig zu dem Schluss, dass gerade hinsichtlich der Interaktivität das Potenzial sozialer Medien noch nicht genutzt wird.

Wenn man sich mit Wahlkampagnen und sozialen Medien befasst, kommt man nicht am US Wahlkampf 2016 vorbei. So kommt Enli (2017) zu dem Schluss, Professionalisierung in politischer Kommunikation wäre durch Amateurismus herausfordert worden. Dieser Amateurismus kam dabei zum Einsatz »either as a calculated strategy or the result of a spontaneous candidate (or both)« (Enli 2017, 59). Bossetta (2018) befasst sich mit der Strategie der Republikaner *en détail* und verwendet für seine Analyse Experteninterviews mit Kampagnenstrategen und Social Media-Daten von vier Plattformen (Facebook, Twitter, Instagram und Snapchat). Dieser Mixed-Method-Ansatz ebenso wie der Vergleich verschiedener Plattformen heben Bossettas Studie von anderen ab. Allcott und Gentzkow (2017) verfassen eine der ersten Studien zum Einsatz von sozialen Medien und Fake News in dieser Wahl. Die US Election 2016 hat außerdem Studien inspiriert, die das Thema Gender einbringen, da Clinton als erste weibliche Spitzenkandidatin in die Wahl ging. Hierzu zählen etwa die Arbeiten von Hale und Grabe (2018), die sich mit der Plattform Reddit befassen und wie die Kandidaten dort dargestellt und wahrgenommen worden sind. Unter den vielen Studien, die sich auf Facebook und insbesondere Twitter stützen, stellt die Studie von Hale und Grabe (2018) auch durch ihren Fokus auf eine andere Plattform eine interessante Ergänzung dar.

Neben den bisher beschriebenen Akteuren – Individuen und Organisationen – ist seit einiger Zeit auch eine weitere Gruppe aktiv: Political Bots. Howard und Kollegen (2018) diskutieren in ihrem Beitrag Herausforderungen, die von Bots für Wahlgesetzgebung und Verwaltung ausgehen. Sie definieren zunächst Political Bots als Subtyp von Social Bots, deren Ziel es ist, automatisierte Interaktionen mit anderen Nutzerkonten herzustellen und dabei einen Austausch speziell über Politik anstreben. Ziel ist es schließlich, das öffentliche Meinungsbild zu beeinflussen. Es sei schwierig festzustellen, ob dies gelingt (Howard et al. 2018, 85). Wie Keller und Klinger (2019) feststellen, bilden Bots noch ein recht neues Forschungsobjekt in den Sozialwissenschaften. Als einen Grund für die späte Beschäftigung mit diesem Thema nennen sie die Notwendigkeit von Programmierkenntnissen, die Sozialwissenschaftler häufig nicht haben (2019, 177). In ihrer Studie befassen sich die Autoren mit dem Deutschen Bundestagswahlkampf 2017. Schlüsselerkenntnisse ihrer Studie sind zum einen, dass es keinen Zuwachs aktiver Bots im Wahlkampf gegeben hat und die AfD als rechtspopulistische Partei nicht

die meisten Bots unter ihren Followern hatte. Zudem muss in Betracht gezogen werden, dass die Twitterpopulation in Deutschland Besonderheiten aufweist, da besonders Journalisten, Geschäftsleute und Politiker dieses Medium nutzen – es ist also eher ein Multiplikatorenmedium.

Methoden der empirischen Sozialforschung

Soziale Medien sind in der politikwissenschaftlichen Forschung angekommen. Ein Blick auf die zahlreichen Studien, die nur zum Teil in den obigen Ausführungen Berücksichtigung finden konnten, zeigt aus methodischer Perspektive vor allem eines: das Potenzial sozialer Medien für politikwissenschaftlich relevante Bereiche wird mit unterschiedlichen Methoden und Methodenmixen beforscht. Insofern soll sich dieser letzte inhaltliche Punkt mit Potenzialen befassen, die soziale Medien für die Politikwissenschaft bereithalten.

Das Repertoire wird in zwei Aspekten bereichert: Daten und (Kombination von) Auswertungsmethoden. Die völlige Loslösung von der umfragebasierten Sozialforschung kann kein Ziel sein, denn die Herausforderungen im Bereich des Datenschutzes und der Einwilligungsfrage sind bei Surveys besser gelöst: die Befragten wissen, dass sie befragt werden, willigen ein und Sampling- und Anonymisierungsstandards sind lang erprobt. Vielmehr sollte auf eine sinnvolle Erweiterung hingearbeitet werden. So kann die Rekrutierung über soziale Medien erfolgen, indem Links zu Umfragen geteilt werden. Hier kann sicherlich keine Repräsentativität für die gesamte Wohnbevölkerung einer Forschungseinheit erzielt werden, jedoch können spezielle Populationen schnell und in großen Zahlen erreicht werden (ausführlich: Wagner-Schelewsky/Hering 2019). Insgesamt stellt die Erforschung der Mediennutzung mit umfragebasierten Datensätzen jedoch oft eine Herausforderung dar, da Items, die für viele Fragestellungen notwendig sind, in den für unsere Disziplin einschlägigen Datensätzen fehlen. Datensätze anderer Disziplinen, die Onlineverhalten adäquater abbilden können, lassen dagegen typisch politikwissenschaftliche Items vermissen. Wohl auch aus diesem Grund werden häufig verschiedene Methoden und Datenquellen kombiniert.

Neben klassischen Umfragedaten erhalten Daten, die aus dem Nutzerverhalten generiert werden, erhöhte Aufmerksamkeit. Die oft großen Datensätze (Big Data⁶) haben Vor- und Nachteile. Durch ihre vielen Variablen bieten sie einen großen Informationsschatz, der das Verhalten und nicht das berichtete Verhalten von

⁶ Dieser wird durchaus kritisch gesehen. Riebling (2018) verweist darauf, dass der Begriff in anderen Disziplinen geprägt worden ist und »real-time calculations on datasets somewhere in the range of Petabytes and beyond« betreffe – dies sei in den Sozialwissenschaften nicht der Fall (Riebling 2018, 78). Er spricht sich für den Begriff »Medium Data« aus, der nicht nur über die Komplexität des Datensatzes, sondern auch auf die Datenherkunft anspielt (2018, 79).

Nutzern abbildet. Anders als bei Surveydaten handelt es sich um Beobachtungsdaten. Dem gegenüber steht (mindestens bis zum Inkrafttreten der DSGVO im Mai 2018), dass sich Nutzer häufig nicht über den Sammlungsprozess im Klaren sind. Die Möglichkeiten, die beim Erheben der Daten durch Trackingverfahren zum Einsatz kommen, dürften viele »Befragte« überfordern, weshalb sie sich wahrscheinlich selten bewusst sind, wie viel sie von sich Preis geben. Hier liegt große Verantwortung beim Forscher, da bei den großen Datenmengen eine Anonymisierung, die keinen Rückschluss auf konkrete Personen erlaubt, schwer zu realisieren ist. Die Schaffung von Lehrstühlen (etwa kürzlich an der TU München oder der Hertie School of Governance), die sich genau mit der Schnittstelle von Ethik und Technologie auseinandersetzen, verdeutlichen den Forschungs- und Kompetenzbedarf in dieser Hinsicht. Neben den Herausforderungen ethischer Natur, kommen pragmatische Fragen zum Tragen. Datenfülle und Datenauswertung verlangen nach Rechen- und Speicherkapazität. Hinzu kommen besondere, notwendige Methoden- bzw. Programmierkenntnisse (ausführlicher Giardullo 2016). Zusätzliche Herausforderungen begründen sich im Wandel des Kommunikationsverhaltens: Während die Auswertung von Twitter- und Facebookdaten die Forschungslandschaft dominieren und langsam auch Bilddaten (Instagram) Einzug halten, finden viele Kommunikationsprozesse in verschlüsselten sozialen Medien statt: Hier ist vor allem WhatsApp zu nennen, das mit End-to-End-Verschlüsselung operiert.

3. Desiderata

Einige Desiderata sind im letzten Abschnitt angeklungen. Zusätzlich sollen auch inhaltliche Anregungen erfolgen. Soziale Medien bieten Potenziale für die demokratische Teilhabe, das Organisieren von Protesten und für das Unterstützen von Kampagnen. Sie sind deshalb politisch und politikwissenschaftlich zum zentralen Element geworden. Jedoch sollte ihr Potenzial nicht überschätzt werden. Noch wissen wir zu wenig über systematische Effekte auf Regimewandel, über durch soziale Medien unterstützte politische Partizipation, über Langzeiteffekte. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit theoriebasierter empirischer Forschung, die sich nicht von der Idee leiten lässt, dass das »Internet für uns alle Neuland«⁷ ist. Vielmehr sollte geprüft werden, in welchen Bereichen durch das Internet und web-basierte Technologien materielle Änderungen entstanden sind und in welchen Bereichen wir eher eine Ergänzung beobachten, die uns bekannte Muster und Sachverhalte je-

⁷ In Anlehnung an das berühmte Zitat von Kanzlerin Angela Merkel im Rahmen einer Pressekonferenz 2013.

doch nicht vollständig ablöst. So ist noch nicht gelöst, ob soziale Medien wirklich neue Gruppen mobilisieren oder doch eine Normalisierung eintritt.

Eine Vielzahl der in diesem Beitrag erwähnten Studien, wurde nicht im Mainstream der politikwissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht. Hier ist meiner Ansicht nach eine Sensibilisierung erforderlich. Wenn sich Studien zu Wahlverhalten, Parteien, Wahlkampf und politischer Partizipation mit web-basierten Kommunikationsprozessen befassen, sind diese nicht automatisch einer politischen Kommunikation aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive zuzurechnen oder der Mediensoziologie, den Computational Sciences oder anderen relevanten Nachbardisziplinen. An dieser Stelle hat sich die Politikwissenschaft verändert und ist um eine neue Betrachtungssphäre gewachsen. Wenn sich dies nicht auch in den einschlägigen Journals unserer Disziplin widerspiegelt, laufen wir Gefahr, dass Themen, für die wir uns als Politikwissenschaftler und Politikwissenschaftlerinnen verantwortlich fühlen sollten, künftig von anderen Disziplinen abgedeckt werden. Dieser Aspekt sollte bei der Gestaltung von Fachtagungen, bei der strategischen Ausrichtung von Journals und besonders bei der Besetzung von jeglichen Gutachterpositionen und jeder Gutachtertätigkeit unbedingt Beachtung finden.

Literaturverzeichnis

- Allcott, Hunt/Gentzkow, Matthew (2017): Social media and fake news in the 2016 election. In: *The Journal of Economic Perspectives* 31 (2), S. 211–236.
- Anduiza, Eva/Cristancho, Camilo/Sabucedo, José M. (2014): Mobilization through online social networks. The political protest of the indignados in Spain. In: *Information, Communication & Society* 17 (6), S. 750–764.
- Baringhorst, Sigrid (2019): Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Bewegungen – Annahmen, Befunde und Desiderata der Forschung. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalisierten Gesellschaft*. Bielefeld, S. 151–169.
- Bayerl, P. Saskia/Rüdiger, Thomas-Gabriel (2017): Die polizeiliche Nutzung sozialer Medien in Deutschland: Die Polizei im digitalen Neuland. In: Stierle/Wehe/Siller (Hg.): *Handbuch Polizeimanagement*. Wiesbaden, S. 919–943.
- Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra (2012): The Logic of Connective Action. In: *Information, Communication & Society* 15 (5), S. 739–768.
- Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra (2013): The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of Contentious Politics (Cambridge Studies in Contentious Politics). Cambridge.
- Bossetta, Michael (2018): The digital architectures of social media: Comparing political campaigning on facebook, twitter, instagram, and snapchat in the 2016 U.S. election. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* 95 (2), S. 471–496.

- Brady, Henry E./Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. In: *American Political Science Review* 89 (2), S. 271–294.
- Braun, Daniela/Schwarzbözl, Tobias (2019): Put in the spotlight or largely ignored? Emphasis on the Spitzenkandidaten by political parties in their online campaigns for European elections. In: *Journal of European Public Policy* 26 (3), S. 428–445.
- Bruns, Axel/Highfield, Tim/Burgess, Jean (2013): The Arab Spring and Social Media Audiences: English and Arabic Twitter Users and Their Networks. In: *American Behavioral Scientist* 57 (7), S. 871–898.
- Castañeda, Ernesto (2012): The Indignados of Spain: A Precedent to Occupy Wall Street. In: *Social Movement Studies* 11 (3–4), S. 309–319.
- Ceron, Andrea (2017): Intra-Party Politics in 140 Characters. In: *Party Politics* 23 (1), S. 7–17.
- Clayton, Dewey M. (2018): Black Lives Matter and the Civil Rights Movement: A Comparative Analysis of Two Social Movements in the United States. In: *Journal of Black Studies* 49 (5), S. 448–480.
- Dolata, Ulrich/Schrape, Jan-Felix (2016): Masses, Crowds, Communities, Movements: Collective Action in the Internet Age. In: *Social Movement Studies* 15 (1), S. 1–18.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. Chicago.
- Elliott, Thomas/Earl, Jennifer (2018): Online protest participation and the digital divide: Modeling the effect of the digital divide on online petition-signing. In: *new media & society* 20 (2), S. 698–719.
- Elter, Andreas (2013): Interaktion und Dialog? Eine quantitative Inhaltsanalyse der Aktivitäten deutscher Parteien bei Twitter und Facebook während der Landtagswahlkämpfe 2011. In: *Publizistik* 58 (2), S. 201–220.
- Enli, Gunn (2017): Twitter as arena for the authentic outsider: exploring the social media campaigns of Trump and Clinton in the 2016 US presidential election. In: *European Journal of Communication* 32 (1), S. 50–61.
- Farrell, David M. (2006): Political Parties in a changing campaign environment. In: Katz/Cotty (Hg.): *Handbook of Party Politics*. London, S. 122–133.
- Fehringer, Dominik (2013): Social Media im Lichte der öffentlichen Verwaltung Nachhaltige und moderne Kommunikation als Herausforderung für Kommunen. In: Kegelmann/Martens (Hg.): *Kommunale Nachhaltigkeit*. Baden-Baden, S. 269–277.
- Fitzpatrick, Jasmin (2018): Digital Civil Society. Wie zivilgesellschaftliche Organisationen im Web 2.0 politische Ziele verfolgen. Wiesbaden.
- Giardullo, Paolo (2016): Does ›bigger‹ mean ›better‹? Pitfalls and shortcuts associated with big data for social research. In: *Quality & Quantity* 50 (2), S. 529–547.

- Gibson, Rachel/Römmele, Andrea/Williamson, Andy (2014): Chasing the Digital Wave: International Perspectives on the Growth of Online Campaigning. In: *Journal of Information Technology & Politics* 11 (2), S. 123–129.
- Hale, Brent J./Grabe, Maria Elizabeth (2018): Visual War: A Content Analysis of Clinton and Trump Subreddits During the 2016 Campaign. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 95 (2), S. 449–470.
- Hindman, Matthew (2005): The Real Lessons of Howard Dean: Reflections on the First Digital Campaign. In: *Perspectives on Politics* 3 (1), S. 121–128.
- Hirzalla, Fadi/van Zoonen, Liesbet/de Ridder, Jan (2011): Internet Use and Political Participation: Reflections on the Mobilization/Normalization Controversy. In: *The Information Society* 27 (1), S. 1–15.
- Howard, Philip N./Woolley, Samuel/Calo, Ryan (2018): Algorithms, bots, and political communication in the US 2016 election: The challenge of automated political communication for election law and administration. In: *Journal of Information Technology & Politics* 15 (2), S. 81–93.
- Jost, John T. et al. (2018): How Social Media Facilitates Political Protest: Information, Motivation, and Social Networks. In: *Advances in Political Psychology* 39 (1), S. 85–118.
- Karlsen, Rune/Enjolras, Bernard (2016): Styles of Social Media Campaigning and Influence in a Hybrid Political Communication System: Linking Candidate Survey Data with Twitter Data. In: *The International Journal of Press/Politics* 21 (3), S. 338–357.
- Kavada, Anastasia (2015): Creating the collective: social media, the Occupy Movement and its constitution as a collective actor. In: *Information, Communication & Society* 18 (8), S. 872–886.
- Keller Tobias R./Klinger, Ulrike (2019) Social Bots in Election Campaigns: Theoretical, Empirical, and Methodological Implications. In: *Political Communication* 36 (1), S. 171–189.
- Kersting, Norbert (2017): Online Partizipation und Medienkompetenz – Kann man Netiquette lernen. In: Gapski et al. (Hg.): *Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politischen Bildung und Medienbildung*. Berlin, S. 63–72.
- Kersting, Norbert (2019): Partizipation: Evaluation und Entwicklung– Status Quo und Zukunft. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalisierten Gesellschaft*. Bielefeld, S. 105–121.
- Koc-Michalska, Karolina/Gibson, Rachel/Vedel, Thierry (2014): Online Campaigning in France, 2007–2012: Political Actors and Citizens in the Aftermath of the Web.2.0 Evolution. In: *Journal of Information Technology & Politics* 11(2), S. 220–244.
- Koc-Michalska, Karolina et al. (2016): The Normalization of Online Campaigning in the Web.2.0 Era. In: *European Journal of Communication* 31 (3), S. 331–350.

- Kreiss, Daniel (2009): Developing the ›Good Citizen‹: Digital Artifacts, Peer Networks, and Formal Organization During the 2003–2004 Howard Dean Campaign. In: *Journal of Information Technology & Politics* 6 (3–4), S. 281–297.
- Kreiss, Daniel (2012): *Taking Our Country Back: The Crafting of Networked Politics from Howard Dean to Barack Obama*. Oxford.
- Kruikemeier, Sanne (2014): How political candidates use Twitter and the impact on votes. In: *Computers in Human Behavior* 34, S. 131–139.
- Margetts, Helen (2019): 9. Rethinking Democracy with Social Media. In: *The Political Quarterly* 90, S. 107–123.
- Matteucci, Silvia D./Colma, Aida (1997): Sustainable agriculture, and arid and semi-arid ecosystems of Venezuela. In: *Interciencia* 22, S. 123–130.
- Milan, Stefania (2015): When Algorithms Shape Collective Action: Social Media and the Dynamics of Cloud Protesting. In: *Social Media + Society*, S. 1–10.
- Norris, Pippa (2012): Political mobilization and social networks. The example of the Arab spring. In: Kersting (Hg.): *Electronic Democracy*. Opladen [u.a.], S. 55–76.
- Nulty, Paul et al. (2016): Social media and political communication in the 2014 elections to the European parliament. In: *Electoral Studies* 44 (Supplement C), S. 429–444.
- Oser, Jennifer/Hooghe, Marc/Marien, Sofie (2013): Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification. In: *Political Research Quarterly* 66 (1), S. 91–101.
- Poell, Thomas/van Dijk, José (2018): Social Media and New Protest Movements. In: Burgess/Marwick/Poell (Hg.): *The SAGE Handbook of Social Media*. London, S. 546–561.
- Poguntke, Thomas/Webb, Paul (2005): *The Presidentialization of Politics: A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford.
- Ramos-Serrano, Marina/Gómez Fernández, Jorge David/Pineda, Antoniowe (2018): ›Follow the Closing of the Campaign on Streaming‹: The Use of Twitter by Spanish Political Parties during the 2014 European Elections. In: *New Media & Society* 20 (1), S. 122–140.
- Reuter, Ora John/Szakonyi, David (2013): Online Social Media and Political Awareness in Authoritarian Regimes. In: *British Journal of Political Science* 45 (1), S. 29–51.
- Riebling, Jan R. (2018): The Medium Data Problem in the Social Sciences. In: Stuetzer/Welker/Egger (Hg.): *Computational Social Sciences in the Age of Big Data*. Köln, S. 77–101.
- Rød, Espen Geelmuyden/Weidmann, Nils B. (2015): Empowering Activists or Autocrats? The Internet in Authoritarian Regimes. In: *Journal of Peace Research* 52 (3), S. 338–351.

- Romanos, Eduardo (2016): Immigrants as brokers: dialogical diffusion from Spanish indignados to Occupy Wall Street. In: *Social Movement Studies* 15 (3), S. 247–262.
- Scarrows, Susan E. (2014): Beyond Party Members. Changing Approaches of Partisan Mobilization. Oxford.
- Scheerder, Anique/van Deursen, Alexander/van Dijk, Jan (2017): Determinants of Internet skills, use and outcomes. A systematic review of the second- and third-level digital divide. In: *Telematics and Informatics* 34 (8), S. 1607–1624.
- Stier, Sebastian/Bleier, Armin/Lietz, Haiko/Strohmaier, Markus (2018): Election Campaigning on Social Media: Politicians, Audiences, and the Mediation of Political Communication on Facebook and Twitter. In: *Political Communication* 35 (1), S. 50–74.
- Tarrow, Sidney (2014): Critical Dialogue – The Logic of Connective Action: Digital Media and the Personalization of Contentious Politics. By W. Lance Bennett and Alexandra Segerberg. New York: Cambridge University Press, 2013. In: *Perspectives on Politics* 12 (2), S. 468–470.
- Thorson, Kjerstin et al. (2013): Youtube, Twitter and the Occupy Movement. In: *Information, Communication & Society* 16 (3), S. 421–451.
- Vaccari, Cristian (2014): You've Got (No) Mail: How Parties and Candidates Respond to E-mail Inquiries in Western Democracies. In: *Journal of Information Technology & Politics* 11 (2), S. 245–258.
- Vicari, Stefania/Cappai, Franco (2016): Health activism and the logic of connective action. A case study of rare disease patient organisations. In: *Information, Communication & Society* 19 (11), S. 1653–1671.
- Vromen, Ariadne/Xenos, Michael A./Loader, Brian (2015): Young people, social media and connective action: from organisational maintenance to everyday political talk. In: *Journal of Youth Studies* 18 (1), S. 80–100.
- Wright, Scott (2015): Populism and Downing Street E-petitions: Connective Action, Hybridity, and the Changing Nature of Organizing. In: *Political Communication* 32 (3), S. 414–433.
- Wagner-Schelewsky Pia/Hering, Linda (2019): Online-Befragung. In: Baur/Blasius (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. 2. Erweiterte Auflage. Wiesbaden, S. 661–673.
- Webb, Paul/Poguntke, Thomas (2013): The Presidentialisation of Politics Thesis Defended. In: *Parliamentary Affairs* 66, S. 646–654.
- Webb, Paul/Poletti, Monica/Bale, Tim (2017): So who really does the donkey work in ›multi-speed membership parties? Comparing the election campaign activity of party members and party supporters. In: *Electoral Studies* 46, S. 64–74.

III. Zentrale Herausforderungen für Governance und Forschungspraxis

E-Government im internationalen Vergleich

Marianne Kneuer

1. Einführung: Abgrenzung und Entwicklung des Konzeptes E-Government

Die Anzahl von Begriffen, die das Präfix »e« tragen und damit eine digitale Variante von staatlichen Institutionen oder Prozessen anzeigen, ist in den letzten Jahren angewachsen. Darunter stellt E-Government eines der »ältesten« Konzepte dar. Eine erste vorzunehmende Abgrenzung bezieht sich auf die benachbarten Bereiche E-Democracy, E-Governance und E-Participation.¹ Diese werden in der Literatur ganz unterschiedlich gegeneinander definiert und bedürfen daher einer klärenden Bestimmung. Ein Vorschlag fasst E-Democracy als übergeordnetes Modell, unter das sich E-Participation und E-Government subsumieren lassen, wenngleich analytisch getrennt (Kneuer 2016, 2019). E-Democracy umfasst demnach Aktivitäten aller im politischen Prozess potenziell eingebundenen Akteure (top-down wie bottom-up), die das Verhältnis zwischen Staat und Bürger im Sinne einer Verbesserung demokratischer Prozesse verändern. E-Participation bezieht sich auf Information, Dialog und Teilhabe an Entscheidungen über online-basierte Tools (OECD 2003; United Nations 2003; Grundwald et al. 2006; Kersting et al. 2009; Meißelbach 2009).

E-Government als ein Teil von E-Democracy grenzt sich dagegen ab als dienstleistungsorientiertes Top-down-Konzept, das zuvorderst auf erhöhte Effizienz und Kostensenkung ausgerichtet ist. Die »klassische«, an der Deutschen Hochschule für Veraltungswissenschaft in Speyer entwickelte Definition versteht E-Government als »Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien« (von Lucke/Reinermann 2000: 1), inkludiert dann aber neben Exekutive auch Legislative und Judikative. Anders und konsistenter bezieht die OECD E-Government allein auf das Regieren (OECD 2003). Ähnlich spiegelte sich in der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des

¹ Vgl. die Beiträge von Jeanette Hofmann zu Demokratie im digitalen Zeitalter (Hofmann 2019) und von Norbert Kersting zu E-Participation (Kersting 2019) in diesem Band.

Bundestages die Trennung in E-Parlament (Legislative), E-Government (Exekutive) und E-Justiz (Judikative) unter dem Dach von E-Democracy wider (Deutscher Bundestag, Projektgruppe Demokratie und Staat 2013).

Ganz generell jedoch ist es schwierig, eine einheitliche Definition und ein homogenes Verständnis von E-Government zu identifizieren (Jaeger 2003, Schünemann 2019). Schünemann unterscheidet drei Debattenstränge: zum einen die verwaltungswissenschaftliche-technische, zum anderen die Modernisierungsdebatte (E-Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung) sowie letztlich eine normativ-teleologische (Schünemann 2019, 23ff.). Diese divergenten Ansätze erklären sich nicht nur durch die unterschiedlichen disziplinären Zugriffe (neben Politikwissenschaft auch Verwaltungswissenschaft, Informationswissenschaft, Wirtschaftsinformatik etc.) und den davon abhängigen Forschungssontologien, sondern letztlich auch durch die überaus heterogenen Erkenntnisinteressen, die von rein normativen Ansätzen über empirische Analysen bis hin zu anwendungsorientierten oder Evaluierungsansätzen reichen. Ähnlich divers stellt sich die Konzeptualisierung von E-Government-Entwicklungsmodellen dar, was das gegenseitige Verständnis der Stakeholder (Regierungen, Kommunen etc.), der Entwickler und Berater ebenso erschwert wie die tatsächliche politische Anwendung von E-Government-Modellen. Kurzum: Es fehlt weiterhin ein gemeinsamer Referenzrahmen (Jungwoo Lee 2010).

Der konsensuelle Kern des E-Government-Konzepts lässt sich so zusammenfassen: Dem Bürger wird eine Rolle als Verbraucher zugeschlagen, dem eine bürgerfreundliche Verwaltungsleistung in Form von Online-Abwicklung behördlicher Vorgänge (wie etwa das deutsche Elster-Verfahren bei der Steuererklärung) ermöglicht werden soll. Zudem spielt die Kostensenkung für Regierung, Bürger und Unternehmen eine Rolle. Die Leistung des Netzes wird hier weniger im Sinne demokratiebelebender Aspekte gesehen, vielmehr besteht das Ziel in der effektiveren und dezentralen Bearbeitung von Dienstleistungen und Problemen. Gleichzeitig aber kann durch E-Government erhöhte Transparenz erreicht werden, was die Zufriedenheit von Bürgern mit staatlichen Dienstleistungen oder *Policy-Making*-Akteuren verstärken kann – beides wichtige Aspekte zur Festigung von Legitimität (Clift 2004, 8ff.; OECD 2003, 45). Die OECD etwa unterstreicht explizit die Komponente der Vertrauensbildung zwischen Bürger und Staat, insofern der Staat zu mehr Offenheit und Rechenschaftspflicht angehalten wird, was auch die Vermeidung bzw. Verringerung von Korruption implizieren kann (OECD 2003, 4). Insbesondere internationale Organisationen wie die OECD oder die UN haben E-Government bereits zu Beginn der 2000er Jahre als vielversprechendes Konzept der Reform und Entwicklung erkannt, insbesondere im Bereich Gesundheit, Umwelt und Sozialpolitik (OECD 2003, 3; UN 2003, 10). Insgesamt birgt E-Government daher, auch wenn es zuvorderst ein effizienz- und serviceorientiertes Konzept darstellt, das Potential, die Performanzdimension von E-Democracy zu stützen.

(im Sinne einer Verbesserung der politischen Ergebnisse) und somit die Legitimität des Staates (im Sinne der Output-Legitimität) zu fördern. Auf Grund dieses Wirkungszusammenhangs enthält E-Government durchaus demokratierelevante Aspekte und eine normative Komponente, die E-Government als Treiber für Good Governance im Allgemeinen betrachtet.

Insbesondere diese normative Komponente findet sich nochmals verstärkt in der Weiterentwicklung des E-Government-Konzeptes in Richtung eines Open Government (OG). So verpflichtete Präsident Obama in dem für OG wegweisenden Memorandum von 2009 seine Regierung auf ein System mit mehr Transparenz, mehr öffentlicher Partizipation und Kollaboration, wobei er in der ersten Passage des Dokuments bereits auf die Ziele abstellte, das öffentliche Vertrauen zu sichern und die Demokratie zu stärken (Obama 2009). In der Folge bekam OG ein neues Gewicht für die wissenschaftliche und politische Debatte und wurde von internationalen Organisationen in die Förderpalette aufgenommen. Die OECD verabschiedete 2017 eine Empfehlung, die die Förderung einer Governance-Kultur postuliert, die auf den Prinzipien von »transparency, integrity, accountability and stakeholder participation in support of democracy and inclusive growth« beruht (OECD 2014). Open Government Partnership (OGP), eine 2011 gegründete Initiative, zählt inzwischen 79 Staaten als Mitglieder; Deutschland ist 2016 beigetreten.

In den letzten Jahrzehnten hat E-Government mehrere Wandlungen durchgemacht: Wie manche andere »e«-Konzepte auch wurde das in die Jahre gekommene E-Government zu digital oder auch smart government, was gleichwohl den Begriffsgebrauch nicht klarer gemacht hat (so Schünemann 2019, 17, 25). Der Begriff E-Government wird im Folgenden gleichbedeutend mit diesen Varianten benutzt und schließt damit zugleich open government ein. Auch wenn E-Government ein Schnittmengenthema zwischen Verwaltungswissenschaft (Public Administration) und Politikwissenschaft ist, ergeben sich dennoch genuin disziplinäre Zugriffspunkte in Bezug auf a) die politische Systemanalyse (Government Studies), b) die Vergleichende Politikwissenschaft (Comparative Politics), c) die Policy-Analyse (Public Policy), und d) auch in Bezug auf die Internationale Politik (International Relations, International Economy, International Public Administration). Tatsächlich ist die politikwissenschaftliche Forschung zu E-Government breit und inzwischen unübersichtlich (vor allem in Bezug auf Einzelfallstudien) – zumal sich das Konzept auf alle Ebenen von Regierungshandeln bezieht: lokal, regional, national. Dazu kommt die EU- sowie die internationale Ebene insofern, als – wie bereits dargestellt – zum einen internationale Organisationen E-Government als Tätigkeitsfeld adressieren und zum anderen Diffusionsprozesse regional oder global untersucht werden können. Damit ist der Hinweis auf Forschungsfelder von E-Government gegeben, die in diesem Rahmen nur selektiv vertieft werden können, was im nächsten Abschnitt geschieht. Abschließend werden kurz die Desiderate und Perspektiven für die Forschung von E-Government diskutiert.

2. Forschungsfelder von E-Government

Wie bereits erwähnt, greifen alle politikwissenschaftlichen Subdisziplinen auf den Bereich E-Government zu, gleichwohl in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen Methoden. Die geschätzte größte Anzahl an Studien beschäftigt sich mit E-Government in Einzelfallstudien, vorwiegend im nationalen Bereich, ebenfalls lokal oder in Bezug auf andere subnationale Einheiten (beispielhaft: Sandoval-Almazán/Gil-Garcia 2012 zu Mexico, Tolbert/Mossberger 2008 zu USA). In diesen Studien geht es überwiegend um die Untersuchung der Angebotsseite, also der Einführung und des Entwicklungsstands von E-Government-Konzepten in einem Land, Bundesland, einer Kommune und/oder um die Analyse der Nutzerseite. Während sich Studien in den 2000ern überwiegend auf erstere Dimension konzentrierte, wird in den letzten Jahren zunehmend der Fokus auf die Stakeholder gelegt (Rose/Flak/Sabo 2018), ihre Erwartungen, Interessen etc. Insgesamt gesehen ist diese Literatur schier unübersichtlich, weiterwachsend und umfasst Einzelfallstudien oder Small-n-Vergleiche. Im Folgenden werden beispielhaft jüngere Ansätze aufgegriffen, die neue Aspekte thematisieren, noch nicht ausreichend erforscht sind und somit auch vielversprechende Forschungsperspektiven enthalten.

2.1 Das normative Element von E-Government

Den Ausgangspunkt für E-Government kennzeichnet ein Top-down-Ansatz, da – im Kern – die Exekutive ein Serviceangebot hervorbringt und an die Bürger adressiert. Tatsächlich waren die ersten politischen Programme und wissenschaftlichen Beschäftigungen der 1990er Jahre eher an diesem serviceorientierten Ansatz orientiert. Es handelte sich insofern um ein exekutiv getriebenes, »managerhaftes« Interaktionsmodell (Chadwick/May 2003).

Ein Perspektivwechsel ergab sich in den 2000er Jahren maßgeblich durch die »Entdeckung« des Konzeptes E-Government für Entwicklung und Reformtätigkeit durch internationale Organisationen – hier vor allem UN, Weltbank und OECD, die EU wandte sich dem Thema verzögert zu. Bereits 2001 widmete sich die UN dem Thema E-Government und E-Participation (hier analytisch getrennt) und entwickelten den UN E-Government Survey, der seither regelmäßig erscheint und Politik wie Wissenschaft ein wichtiges – und das einzige derartige Messinstrument – vorhält.² Die UN erkennen in E-Government zuvorderst das Potential als »development tool« (2003, 4), insbesondere bezogen auf die entwicklungschwächeren Teile der Welt. Diese entwicklungsoptimistische Sicht wird von den UN in den Jahren verstärkt in den Blick genommen und in Zusammenhang mit

² Der UN E-Government Survey ist erschienen 2001, 2003, 2004, 2005, 2008, 2010, 2012, 2014, 2016, 2018.

der Erfüllung der Millennium Goals gestellt (UN 2010, 1; UN 2012, 1). Der jüngste E-Government-Survey von 2018 bezieht sich explizit auf nachhaltige Entwicklung und fokussiert integriertes Policy-making für den Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich (UN 2018, 7). Auch die Weltbank stellte dieses Entwicklungspotential in den Vordergrund in ihrem stark anwendungsorientierten Dokument »The E-Government Handbook for developing countries« (2002). Sie unterscheidet zwischen den direkten Effekten (wie Kosteneffektivität) und indirekten Effekten wie »greater transparency and accountability in public decisions, powerful ways to fight corruption, the ability to stimulate the emergence of local e-cultures, and the strengthening of democracy« (Worldbank 2002, Preface). In demselben Geist einer transformativen Governance ordnet sich das Dokument der OECD mit dem programmatischen Titel »The e-Government Imperative« (2003) ein. Zwei zentrale Aussagen zeichnen die folgende Inkorporation des Bereiches E-Government in das OECD-Portfolio vor: Zum einen das grundsätzliche Ziel eines »better government« »by enabling better policy outcomes, higher quality services, greater engagement with citizens and by improving other key outputs identified« (OECD 2003, 10) sowie zum anderen das Postulat, künftig Regierungen an Erfolgen in diesem Bereich zu messen.

Mit diesen Ansätzen der Internationalen Organisationen – insbesondere mit dem UN-Survey – wurde zum einen ein internationaler Referenzrahmen zum Vergleich geschaffen, zum anderen wurde einen Bedeutungswandel von E-Government bewirkt, der eine deutlich normativere Ausrichtung trägt und über einen rein verwaltungstechnischen oder Modernisierungsansatz hinausgeht. Betrachtet man den derzeitigen Stand der Ausrichtung, so manifestiert sich hier vor allem eine starke Bürger-Zentrierung, das Ziel der Rückgewinnung von Vertrauen in öffentliche Institutionen und der Fokus auf kollaborative Umsetzungsformate (UN 2018, Kap. 1, 6).

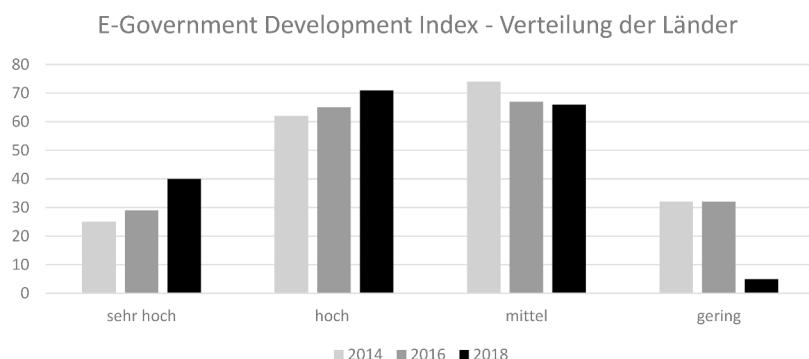
Diese stärker normative Ausrichtung trifft auf eine Entsprechung einer Debatte in der jüngeren Forschungsliteratur, die E-Government mit dem Public Value-Ansatz verknüpft (siehe etwa Castelnovo/Simonetta 2013; Rose/Flak/Sabo 2018; Bannister/Connolly 2014; Twizeyimana/Anderson 2019). Im Gegensatz zu einem rein verwaltungstechnischen Ansatz, der auf Transformation von Strukturen und Prozessen angelegt ist, wird hier postuliert, einen Public Value in E-Government zu verstehen, »as ability of e-government systems to provide improved efficiency to government, improved services to citizens, and social value such as inclusion, democracy, transparency, and participation« (Twizeyimana/Anderson 2019, 168). Auch wenn die Verknüpfung mit dem Strang der Public Value-Theorie keine völlig neuen Parameter für das inzwischen entstandene Verständnis von E-Government formuliert, so ist dies ein ausbaufähiger Versuch, die Theorieschwäche des Forschungsfeldes E-Government zu überwinden. Daher ist eine Systematisierung von E-Government in »improved public services«, »im-

proved administration« und »improved social value«, der sich aus der bisherigen Literatur ableiten lässt (Twizeyimana/Anderson 2019, 170), eine weiterführende Basis für die künftige theoretische und empirische Beschäftigung, die zugleich für Anwender hilfreich sein kann in der Planung, Vermittlung und Umsetzung von E-Government-Instrumenten.

2.2 Der internationale Vergleich von E-Government

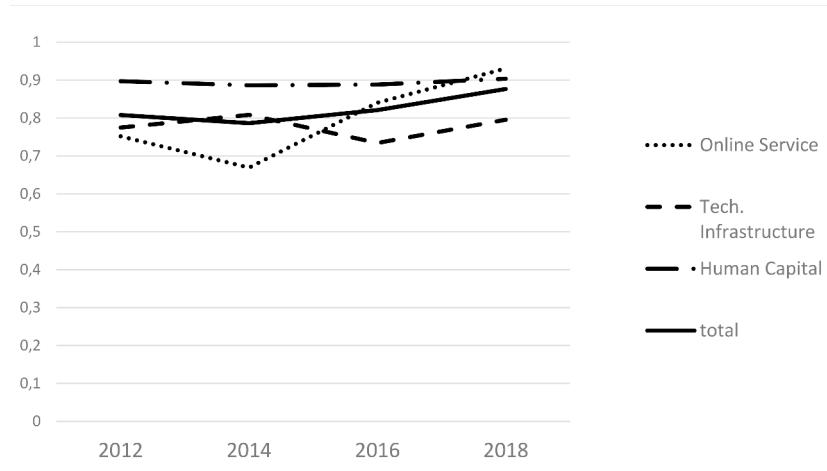
Die Schaffung des internationalen Referenzrahmens durch die UN – der E-Government Survey – hat durch die Erfassung aller UN-Mitglieder und die inzwischen entstandene Zeitreihe den Weg zu Large-n-Studien eröffnet. Auch diese sind inzwischen zahlreich und widmen sich unterschiedlichen Aspekten. Der Trend, der sich in den letzten Jahren nochmals verstärkt hat, ist eine Beschleunigung der Übernahme und Ausweitung von E-Government-Instrumenten weltweit. Als besonders bemerkenswert stellt sich hier dar, dass sich 2018 bereits 111 Länder weltweit (das entspricht 58 %) in der Gruppe der sehr gut und guten E-Government-Performer situieren und gleichzeitig die Schlussgruppe auf 16 Länder (8 %) zusammengeschmolzen ist (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: E-Government Development Index 2014- 2018; Deutschland gehört zwar zu der Gruppe mit hohem EGDI, bewegt sich aber seit Jahren im Mittelfeld, nicht in der Spitze.



Es ist im Zeitraum von 2010 bis 2014 von Rang 15 auf Rang 21 zurückgefallen und hat dies in den letzten Jahren wieder aufholen können, bleibt aber hinter den Spitzenkandidaten, die sich im europäischen Raum aus Dänemark, Schweden, Finnland, Großbritannien und Frankreich sowie im asiatischen-ozeanischen Raum aus Südkorea, Singapur, Japan, Australien und Neuseeland zusammensetzen. Die-

Abbildung 2: Bewertung Deutschland im E-Government Index 2012–2018; OS: Online Service Provision, TI: Technical Infrastructure, HC: Human Capital. Eigene Darstellung nach UN E-Government Survey; 1, 0 als bester Wert.



ser wenig befriedigende Befund wird gestützt durch andere ebenso ernüchternde Hinweise: Der DESI-Report der Europäischen Kommission von 2019 bescheinigt Deutschland in der EU bei der Bereitstellung digitaler öffentlicher Dienstleistungen Rang 24 von 28. Die Nutzung von E-Government-Angeboten liegt in Deutschland ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt bei 38 %, wobei dies eine Steigerung der in den letzten Jahren (seit 2015) extrem niedrigen Nutzung von nur 19 % darstellt. Dennoch befindet sich Deutschland damit nur auf Rang 26 von 28 (DESI-Report 2019). Hier besteht noch erheblicher Forschungsbedarf in Bezug auf die Gründe für dieses Hinterherhinken sowohl im europäischen wie im internationalen Vergleich, was zugleich einhergehen muss mit der Suche nach Verbesserung und Intensivierung des E-Government-Angebots. Es stellt sich insbesondere die Frage des Zuschnitts von E-Government-Angeboten auf föderale und stark dezentralisierte Staaten und damit auch die Frage, welche E-Government-Angebote auf welcher Ebene – lokal, regional, national – in welchen Formaten zielführend eingesetzt werden können.

Neben dem Blick auf die nationalen Leistungsparameter verhilft der UN-Survey der jungen und noch bei Weitem nicht ausgeforschten Beschäftigung mit Autokratien bzw. mit regimeübergreifenden Studien zu einer robusten Datenbasis. Tatsächlich kann E-Government nicht als ein Konzept verstanden werden, das allein in demokratischen Regimen vorkommt bzw. angewandt wird. Die Zielgrößen von

Serviceleistung und Effizienzsteigerung machen E-Government durchaus auch für nichtdemokratische Regime attraktiv, insofern auch sie auf eine positive Resonanz ihrer Bürger auf staatliche Performanz bedacht sind. Des Weiteren können autokratische Regierungen daran interessiert sein, sich ein modernes und technologieaffines Image zu geben bzw. durch einen fortschrittlichen E-Government-Ansatz sogar in eine Vorreiterrolle im Technologiewettstreit zu kommen. Schließlich können auch autokratische Regime Korruption als dysfunktional betrachten und deswegen E-Government-Tools im Sinne von Korruptionskontrolle nutzen. Etliche dieser Argumente treffen etwa auf China zu (u.a. Chen/Huang 2015, Ming-Hsuan/Mon-Chi 2016, Schlaeger 2013, Distelhorst/Hou 2017). Andere Beispiele für ein zunehmendes Interesse an E-Government sind die Golf-Monarchien, wobei hier bestimmte Schrittmacher identifiziert werden können, nämlich die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrein (Kneuer/Harnisch 2016, 554).

Die verstärkte globale Verbreitung von E-Government hat Studien angeregt, die sich den Treibern dieser Entwicklung zuwandten, also E-Government nicht mehr als unabhängige Variable betrachteten, sondern als abhängige. Wenig überraschend kristallisierte sich ökonomische Entwicklung als ein wichtiger Faktor heraus; ebenso der Entwicklungsstand (Helbig et al. 2009; Kim 2007). Andere Studien fanden als Gründe für die Übernahme von E-Government-Modellen die Qualität politischer Institutionen und Regelwerke nationaler Governance (Azad et al., 2010; Wilson, 2004) sowie die Effektivität des öffentlichen Sektors (Kim, 2007, Williams et al., 2013).

Die intuitive, auf der These des demokratischen Vorteils beruhende Vermutung, »a less democratic government is less likely to advance egovernment because the government might not support transparent and interactive relationship with citizens« (Moon et al. 2005, 4) ist durch diese Studien teils bestätigt, teils aber auch in ihrer Linearität aufgebrochen worden. Bestätigt wurde, dass Demokratien in der Tat E-Government-Instrumente früher, breiter und nachhaltiger einführen als Autokratien (Milner 2006). Das schließt jedoch nicht aus, dass Autokratien ebenso aktiv E-Government-Programme auflegen, denn sie können sie durchaus zur Stärkung ihrer Herrschaft nutzen (Rød/Weidmann 2015). Wirtschaftliche oder administrative Effizienzsteigerung durch E-Government wirken demnach stabilisierend. Insofern hybride oder autokratische Regime ebenso wie demokratische auf Erzeugung von Legitimation angewiesen sind (Kneuer 2013, 2017), stellt der Rekurs auf Output-Legitimität eine vielversprechende Strategie dar. Sogar die Input-Legitimität könnte gestärkt werden, insofern die – wenn auch nur simulierte – Responsivität durch einen Dialog zwischen Bürger und Staat gestärkt würde. Schließlich kommen andere Studien (Stier 2015, Kneuer/Harnisch 2016) zu dem Schluss, dass der demokratische Vorteil nur bis 2009 eindeutig und konsistent ist und dann die Kluft zwischen Demokratien und Autokratien schrumpft. Als eine Erklärung hierfür wird die Finanz- und Wirtschaftskrise genannt, während der die Ausgaben

der westlichen Staaten für E-Government sanken. Gleichzeitig haben Autokratien ihre E-Government-Performanz verstärkt und diesbezüglich aufgeholt (Stier 2015). Heruntergebrochen auf die unterschiedlichen Subtypen von Autokratien zeigt sich zudem, dass insbesondere die autoritären Monarchien und Mehrparteienregime Ende der 2000er einen Performanzsprung machen (Kneuer/Harnisch 2016).

Insgesamt bleibt der regimetypenübergreifende Vergleich ein ausbaufähiges Forschungsfeld. Ein Desiderat der meisten dieser Large-n-Studien ist, dass sie die sparsame und dichotome Unterscheidung in Demokratie und Autokratie wählen, was die gewachsene und daher relevante Zahl der ›Grauzonen-Regime‹ nicht erfasst. Das limitiert die Aussagekraft solcher Studien und auch die empfehlungsleitende Kraft für Entscheidungsträger. Weiterführend sind daher Studien, die Regime-Subtypen mit einbeziehen (siehe dazu auch Kneuer/Harnisch 2016).

2.3 Internationale Organisationen als ›Norm Entrepreneurs‹

Aus den dargestellten Ergebnissen ergibt sich die zentrale Frage nach den Diffusionsmechanismen auf regionaler und/oder globaler Ebene und möglichen Protagonisten bei der Verbreitung von E-Government-Modellen. Dies führt zurück auf regionale oder internationale Organisationen wie die UN, Weltbank, OECD, und die EU, die die Einführung von E-Government-Instrumenten zum einen normativ postulieren und zum anderen auch praktische Anwendungshilfen geben. Unabhängig von der tatsächlichen Wirkung, die sich in den adressierten Ländern entfalten mag, lassen sich diese Organisationen als ›Norm Entrepreneurs‹ bezeichnen (Kneuer/Harnisch 2016, 552ff.). Hier eröffnet sich ein Forschungsfeld, das noch der Bearbeitung bedarf: Welche Rolle haben internationale Organisationen bei der Förderung und Verbreitung von E-Government? Wie stellt sich dies auf regionaler und wie auf internationaler Ebene dar? Und welche gegenläufigen Tendenzen lassen sich erkennen? Kann etwa der chinesische Ansatz einer Nutzung von E-Government-Instrumenten kombiniert mit Big-Data-Ansätzen, zum Beispiel im System von Sozialkreditpunkten, ein »role model« für andere Regierungen werden?

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Rolle der EU einzugehen, die sich dem Thema E-Government zum einen mit einiger Verzögerung und auch nicht in der gleichen Intensität zugewandt hat wie andere Organisationen. Der erste E-Government Action Plan der EU ist 2006 erschienen.³ Eine erste gemeinsame Deklaration und somit programmatische Grundlage wurde jedoch erst mit der Malmö-Deklaration des Ministerrates Rates von 2009 geschaffen. Interessanterweise weicht die EU von der normativen Programmatik der anderen bereits dargestellten Organisationen insofern ab, als sie in ihren Zielen und ihrer Vision sehr

³ Inzwischen gibt es den dritten Action Plan 2016–2020.

viel stärker auf die »klassischen« verwaltungs- und modernisierungsorientierten Aspekte fokussiert ist. Die Vision der EU liest sich daher wesentlich sparsamer, was etwa demokratierelevante Implikationen von E-Government angeht:

»We aspire to a vision whereby European governments are recognised for being open, flexible and collaborative in their relations with citizens and businesses. They use eGovernment to increase their efficiency and effectiveness and to constantly improve public services in a way that caters for users' different needs and maximises public value, thus supporting the transition of Europe to a leading knowledge-based economy.« (Rat der EU 2009)

Erkennbar kontextualisiert sich die Malmö-Erklärung in der Finanz- und Wirtschaftskrise einerseits und in der Absicht, die Effektivität des Binnenmarktes durch E-Government zu erhöhen. Diese eher technokratische Perspektive auf E-Government setzte sich in dem jüngsten Dokument der EU zu E-Government fort. Die Tallinn-Erklärung des Ministerrates vom Oktober 2017 bestätigt die ›Vision‹ des Strebens nach »open, efficient and inclusive, providing borderless, interoperable, personalised, user-friendly, end-to-end digital public services to all citizens and businesses – at all levels of public administration.« (Rat der EU 2017, 3). Sowohl die verzögerte Beschäftigung mit E-Government durch die EU als auch ihre strategische Ausrichtung und die entsprechende Umsetzung produziert offene Fragen, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich die EU selbst als Normexporteur versteht. Forschungsdesiderate ergeben sich daher in der Untersuchung der E-Government-Policy der EU selbst sowie auch in Bezug auf den Vergleich von Strategien und Programmatik zwischen anderen internationalen Organisationen.

3. Forschungsperspektiven

Obwohl E-Government ein stark beforschttes Gebiet mit längst unübersichtlicher politikwissenschaftlicher Literatur darstellt, bleiben bedeutsame weiße Flecken in der Forschungslandschaft. Erstens, lässt sich weiterhin eine Theorieschwäche ausmachen, die mit dem in jüngster Zeit verfolgten Ansatz einer Verknüpfung mit der Public Value-Theorie kompensiert werden könnte. Theoretisch anschlussfähig wären zudem die in den internationalen Beziehungen und der Literatur zur Demokratieförderung entwickelten Ansätze zu Good Governance. Dieser Bezug wird zwar schon hier und dort unternommen, aber wenig systematisch und theoriegeleitet.

Was sich derweil auch feststellen lässt, ist, dass die ohnehin weiterhin schwierige definitorische Abgrenzung von E-Government an Schärfe verliert, je stärker demokratierelevante Aspekte wie Inklusion, Transparenz, Partizipation etc. als Ziel-

vorstellungen inkorporiert werden. Das soll nicht als Plädoyer für die Ausklammerung dieser Ziele verstanden werden, sondern als Hinweis auf ein theoretisches bzw. konzeptionelles Problem, wenn die Grenzen zwischen E-Government und E-Participation verschwimmen.

Insbesondere der vergleichende Blick auf E-Government verdeutlicht den starken Bias zwischen Global North und Global South, sowohl in Bezug auf den Stand der Übernahme von solchen tools als auch in Bezug auf die Forschungsfoci. Die weniger entwickelte Welt steht in der Beschäftigung mit E-Government deutlich zurück, obwohl sich die Programmatik – etwa von UN oder Weltbank – eben auf diese Länder bezieht. Einzelfallstudien liegen zu subsaharischen, lateinamerikanischen etc. Ländern eher weniger vor, in den Large-n-Studien figurieren sie dann in regionalen Gruppen als schwache Performer (Subsahara-Afrika) oder verstreut im Mittelbereich. Daher ergibt sich nicht nur das Desiderat einer stärkeren Erforschung des Globalen Südens, sondern auch das von regionalen Studien (mittlerer Fallzahl) oder auch von cross-regional-Studien.

Weiteres Forschungspotenzial ergibt sich aus der Betrachtung der subnationalen Ebene von E-Government. Hierzu gibt es bereits einen beachtlichen Korpus an Studien; gleichzeitig existiert der gleiche, oben genannte, Bias. Verständlich ist, dass Untersuchungen zur lokalen oder regionalen Ebene eher zu föderalen Staaten vorliegen (USA, Mexiko, Indien), dennoch bzw. gerade deshalb bedarf es verstärkter Aufmerksamkeit auf diese subnationalen Einheiten in Zentralstaaten.

Eine generelle Lücke besteht weiterhin in der Analyse autokratischer Staaten – und hier auf allen Ebenen. Wünschenswert sind hier neben Einzelfallstudien oder Large-n-Studien, Untersuchungen mittlerer Reichweite und solche, die den Regionenvergleich unternehmen. Regionen wie die Golfmonarchien oder Zentralasien stellen hier interessante Untersuchungsobjekte (möglicherweise auch Vergleichsobjekte) dar.

Schließlich bleibt im Zentrum der eher anwendungsorientierten Forschung die weiterhin offene Frage nach den Gründen für Hindernisse, fehlendem Erfolg oder Scheitern von E-Government-Strategien oder -Instrumenten. Gerade weil so viele Disziplinen auf das Forschungsfeld E-Government zugreifen, laufen auch viele Erkenntnisstränge parallel und unberührt nebeneinander her. Interdisziplinarität zu fordern, ist ja ein ebenso leicht ausgesprochenes wie modisches Postulat. In Bezug auf E-Government würde es einen fruchtbaren Schritt darstellen, wenn die einzelnen Disziplinen sich gegenseitig wahrnehmen und die jeweils anderen Erkenntnisse zur Kenntnis nehmen würden. So ist das eher informationswissenschaftliche Diktum von der ›usability‹ von Online-Instrumenten erst spät, wenn überhaupt an die Entscheidungsträger gedrungen, gleichwohl sich dieser Aspekt als zentral für die Nutzung und damit für den Erfolg von E-Government herausgestellt hat. Diese Liste an Beispielen ließe sich fortsetzen. Das Desiderat der gegenseitigen Wahrnehmung betrifft freilich – gerade in dem anwendungsbezogenen Bereich

von E-Government – den Theorie-Praxis-Austausch, den Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern, (technischen) Entwicklern und Beratern sowie – dem gewissermaßen neu entdeckten – Bürger.

Literaturverzeichnis

- Azad, Bijan et al. (2010): What Shapes Global Diffusion of E-Government: Comparing the Influence of National Governance institutions. In: *Journal of Global Information Management* 18 (2), S. 85–104.
- Bannister, Frank/Regina Connolly (2014): ICT, public value and transformative government: A framework and programme for research. In: *Government Information Quarterly* 31 (1), S. 119–128.
- Castelnovo, Walter/Massimo Simonetta (2008). A Public Value Evaluation of E-Government Policies. In: *The Electronic Journal Information Systems Evaluation* 11 (2), S. 61–72.
- Chadwick, Andrew/Christopher May (2003). Interaction between States and Citizens in the Age of the Internet: »e-Government« in the United States, Britain, and the European Union. In: *Governance* 16 (2), S. 271–300.
- Chen Adela/Wayne Huang (2015): China's E-Government. In: Pan (Hg.): *Managing Organizational Complexities with Digital Enablement in China. A casebook*. Singapur, S. 97–106.
- Clift, Steven L. (2004): E-Government and E-Democracy. Representation and Citizen Management in the Information Age. URL: www.publicus.net/articles/cliftegovdemocracy.pdf (07.03.2018).
- Deutscher Bundestag, Projektgruppe Demokratie und Staat (2013): Siebter Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«. URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/122/1712290.pdf> (07.03.2018).
- Distelhorst, Greg/Yue Hou (2017) Constituency Service under Nondemocratic Rule: Evidence from China. In: *The Journal of Politics* 79 (3), S. 1024–1040.
- Europäische Kommission (2019): Digital Economy and Society Index (DESI) Report 2019. URL: <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi> (10.6.2019).
- Grunwald, Armin et al. (2006): Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie: Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin.
- Helbig, Natalie et al. (2009): Understanding the Complexity of Electronic Government: Implications from the Digital Divide Literature. In: *Government Information Quarterly* 26 (1), S. 89–97.
- Hofmann, Jeanette (2019): Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung. Eine Forschungsperspektive. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 27–45.

- Jaeger, Paul T. (2003): The endless wire: E-government as global phenomenon. In: *Government Information Quarterly* 20 (4), S. 323–331.
- Jungwoo, Lee (2010): 10 year retrospect on stage models of e-Government: A qualitative meta-synthesis. In: *Government Information Quarterly* 27 (3), S. 220–230.
- Kersting, Norbert et al. (2009): Local Governance Reform in Global Perspective. Wiesbaden.
- Kersting, Norbert (2019): Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status Quo und Zukunft in: Hofmann et al. (Hg.) 2019: Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 100–118.
- Kim, Chong-Kyun (2007): A Cross-national Analysis of Global E-government. In: *Public Organization Review* 7 (4), S. 317–329.
- Kneuer, Marianne (2013): Die Suche nach Legitimität. Außenpolitik als Legitimationsstrategie autokratischer Regime. In: Kailitz/Köllner (Hg.) Autokratien im Vergleich (PVS Sonderheft 47), S. 210 – 241.
- Kneuer, Marianne (2016): E-Democracy: A New Challenge for Measuring Democracy. In: Kneuer et al. (Hg.): Measuring the Quality of Democracy. Special Issue der International Political Science Review, S. 666–678.
- Kneuer, Marianne (2017): Legitimation beyond Ideology. Authoritarian Regimes and the Construction of Missions. In: Sonderheft Legitimation in Autokratien, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 11 (2), S. 181–211.
- Kneuer, Marianne/Harnisch, Sebastian (2016): Diffusion of E-Government and E-Participation in Democracies and Autocracies. In: *Global Policy Journal* 7 (4), S. 548–556.
- Meißelbach, Christoph (2009): Web 2.0- Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets. Baden-Baden.
- Milner, Helen V. (2006). The digital divide: The role of political institutions in technology diffusion. *Comparative Political Studies*, 39 (2), S. 176–199.
- Ming-Hsuan Lee, Mon-Chi Lio (2016): The impact of information and communication technology on public governance and corruption in China. In: *Information Development* 32 (2), S. 127–141.
- Moon, J. M./Welch, E. W./Wong, W. (2005): What drives global e-governance? An exploratory study at a macro level. In *Proceedings of the 38th Hawaii International Conference on System Sciences* S. 131–135. Washington, D.C.
- Obama, Barack (2009): Transparent and Open Government; 21.1.2009. URL: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/transparency-and-open-government> (10.6.2019).
- OECD (2014). OECD Recommendation on Digital Government Strategies. 15.7.2014. URL: www.oecd.org/gov/digital-government/recommendation-on-digital-government-strategies.htm (7.3.2018).

- OECD (2017): Recommendation of the Council on Open Government, 14.12.2017. URL: <https://legalinstruments.oecd.org/en/instruments/OECD-LEGAL-0438> (10.6.2019).
- Organisation for Economic Co-operation and Development (2003): E-Government Studies: The E-Government Imperative 2003. URL: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264101197-en> (07.03.2018).
- Rat der EU (2009): Malmö Declaration. 18.11.2009. URL: <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/ministerial-declaration-egovernment-tallinn-declaration> (direct link from Tallinn Declaration – 10.6.2019).
- Rat der EU (2017): Tallinn Declaration. 6.10.2017. <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/ministerial-declaration-egovernment-tallinn-declaration> (10.6.2019).
- Rød, Espen G./Nils B. Weidmann (2015): Empowering Activists or Autocrats? The Internet in Authoritarian Regimes. In: *Journal of Peace Research* 52 (3), S. 338–351.
- Rose, Jeremy/Leif Skiftenes Flakb, Øystein Sæbøb (2018): Stakeholder theory for the E-Government context: Framing a value-oriented normative core. In: *Government Information Quarterly* 35 (3), S. 362–374.
- Sandoval Almazán, Rodrigo/J. Ramon Gil-Garcia (2012). Are government internet portals evolving towards more interaction, participation, and collaboration? Revisiting the rhetoric of E-Government among municipalities. In: *Government Information Quarterly* 29 (1), S. 72–81.
- Schlæger, Jesper (2013): E-Governnment in China: Technology, Power and Local Government Reform. London und New York.
- Schünemann, Wolf (2019): E-Government und Netzpolitik – eine konzeptionelle Einführung. In: Schünemann/Kneuer (Hg.): E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich. Baden-Baden, S. 17–51.
- Stier, Sebastian (2015): Political Determinants of E-Government Performance Revisited: Comparing Democracies and Autocracies. In: *Government Information Quarterly* 32 (3), S. 270–278.
- Tolbert, Caroline J./Mossberger, Karen/McNeal, Ramona (2008): Institutions, Policy Innovation, and E-Government in the American States. In: *Public Administration Review* 68 (3), S. 549–563.
- Twizeyimana, Jean D./Annika Andersson (2019): The public value of E-Government. A literature review 36 (2), S. 167–178.
- United Nations (2003): Global E-Government Survey 2003. URL: <https://publicadministration.un.org/egovkb/portals/egovkb/Documents/un/2003-Survey/unpan016066.pdf> (07.03.2018).
- von Lucke, Jörg/Reinermann, Heinrich (2000): Speyerer Definition von Electronic Government: Ergebnisse des Forschungsprojektes Regieren und Verwal-

- ten im Informationszeitalter. URL: www.joernvonlucke.de/ruvii/Sp-EGov.pdf (07.03.2018).
- Williams, Christine B./Jerrish Gulati/David J. Yates (2013): Predictors of Online Services and E-Participation. Proceedings of the 14th Annual International Conference on Digital Government Research held in Quebec City, QC, 17–20 June 2013, S. 190–197.
- Wilson, Ernest J. (2004): The Information Revolution and Developing Countries. Cambridge, Massachusetts.
- World Bank (2002). The E-Government Handbook for developing countries. URL: <http://documents.worldbank.org/curated/en/317081468164642250/The-E-Government-handbook-for-developing-countries-a-project-of-InfoDev-and-the-Center-for-Democracy-and-Technology>.

Der Schutz der Grundrechte im Digitalen Zeitalter¹

Anja Mihr und Sabrina Görisch

Grund- und Freiheitsrechte sind Menschenrechte, die im Grundgesetz sowie in dutzenden internationalen Verträgen der Vereinten Nationen und anderer regionaler Organisationen und so auch in der Grundrechtecharta der Europäischen Union von 2000 festgelegt und in die modernen Verfassungen übernommen worden sind.

Im Zeitalter eines scheinbar unkontrollierten Datenflusses ist eine große Debatte um den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte im digitalen Raum entstanden.² Es sind nicht mehr allein staatliche Stellen, Regierungen und Gerichte, die trotz einer Bindung an Art. 1 Abs. 3 GG und der EU-Grundrechtecharta die Grundrechte beeinträchtigen könnten. Stattdessen lässt sich eine vermehrte Missachtung der Grundrechte seitens privater, global operierender Unternehmen beobachten (Papier 2018, 172f.). Während es in früheren Debatten vorwiegend um die massenhaft anwachsende staatliche Zensur im Internet und das Thema Cybersicherheit ging, kreisen aktuelle Diskussionen vor allem um Themen wie Hetze, Fake News und Künstliche Intelligenz (Lipton, 2015). Tangiert werden insbesondere das Grundrecht auf Schutz der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art 1 Abs. 1 GG) und das darunterfallende Recht auf Schutz der informationellen Selbstbestimmung und der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (BVerfGE 65, 1ff./BVerfGE 120, 274, in: Papier 2018, 174).

In den Sozialwissenschaften und im Völker- und Internationalen Recht verweisen Autoren gern auf die entsprechenden Grundgesetzartikel über die Meinungsfreiheit, die Unantastbarkeit der Würde oder vom Schutz der Privatsphäre und den Datenschutz.

Grundrechte sind primär Freiheits- und Abwehrrechte des Einzelnen und angesichts der Bedrohung durch »Dritte« greift eine staatliche Schutzpflicht als zweite Schutzfunktion. Allerdings sind staatliche Schutzpflichten nicht von gleicher Stringenz und Verbindlichkeit wie die persönlichen Abwehrrechte. Sie müssen vom

¹ Der Beitrag basiert auf der Forschungsarbeit von Anja Mihr. Sabrina Görisch hat an der Nachbereitung der vorliegenden Fassung mitgewirkt.

² Vgl. auch den Beitrag zur Privatheit von Carlos Becker und Sandra Seubert in diesem Band (Becker/Seubert 2019).

Gesetzgeber ausgestaltet werden, der ermisst, was ein angemessenes Schutzniveau ist (Papier 2018, 180ff.). Auf Basis der staatlichen Schutzpflichten wurden bereits Maßnahmen ergriﬀen. Artikel 38 der EU-Grundrechtecharta soll User vor der Verbreitung und Weiterverarbeitung ihrer Daten schützen. Hinzu kommt die im Mai 2016 in Kraft getretene Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Auf Basis des in der DSGVO vermerkten Markttortprinzips (Art. 3) können auch Plattformbetreiber und andere Akteure außerhalb des EU-Raumes dazu angehalten werden, sich hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten an das europäische Datenschutzrecht zu halten.

Ein anderes Beispiel ist die UN-Resolution 68/167 zu Sicherheitsfragen und der Privatsphäre im Internet aus dem Jahr 2013, in der die UN-Generalversammlung die Regierungen aufforderte, Maßnahmen zu ergreifen und die Menschenrechte auf der »Datenautobahn« zu schützen. Damals führte man »Verkehrsregeln« für die Nutzung des virtuellen Raums ein. Unter Bezugnahme auf die internationalen Menschenrechtsrechtsverträge sollten das Sammeln und die Weiterverarbeitung von persönlichen Daten unter gleichen und für alle nachvollziehbaren Kriterien offengelegt werden.

Ein umfassender Schutz der Grund- und Freiheitsrechte konnte laut Lipton (2015) bisher allerdings noch nicht gewährleistet werden. Dabei liegt die Herausforderung weniger in der Interpretation davon, welchen Stellenwert diese Rechte im Zeitalter von Big-Data und Sozialen Medien haben; sondern vielmehr darin, dass unsere demokratischen Entscheidungsprozesse und Rechtsstaatlichkeitspraxis kaum mehr Schritt halten können mit der Geschwindigkeit und der Dimension, mit der Daten im digitalen Raum generiert, verschoben und verarbeitet werden. Denn die Geschwindigkeit mit der heute Nachrichten gepostet und gelöscht oder auf andere Server verschoben werden, ist von keinem Parlament und keinem Gericht dieser Welt einholbar (Lipton 2015, 1ff.). Die unkontrollierte Geschwindigkeit und räumliche Entgrenzung der Datenverarbeitung lässt eine richterliche oder parlamentarische Überprüfung, ob und inwiefern Menschenrechte eingehalten oder verletzt werden, somit schwerlich zu.

Die Bilanz ist folgende: Durch die aktuellen Regulierungsversuche konnte keine funktionierende Ordnungsstruktur, geschweige denn Regierungsstruktur, innerhalb des digitalen Raums geschaffen werden. Doch soll es nicht bei einer Problem-analyse bleiben. Das Anliegen des Beitrags ist es, einerseits einen Überblick über die Grund- und Freiheitsrechte im digitalen Zeitalter zu ermöglichen und darüber hinaus auf Basis von theoretischen Überlegungen Kriterien herauszuarbeiten, die es in Hinblick einer zukünftigen Ordnungsstruktur des digitalen Raums zu beachten gilt. Dazu werden zunächst Potentiale der Digitalisierung für Grund- und Freiheitsrechte aufgezeigt (Abschnitt 1) und anschließend konkrete Herausforde-rungen wie Fake News (Abschnitt 2), künstliche Intelligenz und Big Data (Abschnitt 3) beleuchtet. Im 4. Abschnitt werden mögliche Regulierungsansätze dargestellt

und diskutiert. Der Aufsatz schließt mit einem konkludierenden Fazit (Abschnitt 5).

1. Digitalisierung als Chance für die Grund- und Freiheitsrechte

In Ländern mit wenig oder schwachen demokratischen Strukturen überlässt die Politik derzeit Internetgiganten wie Apple, Google und YouTube oder Microsoft öffentliche Dienstleistungen in Form von Presseinformationen, frei herunterzuladen den Gesundheits- oder Bildungs-Apps und somit auch die Entscheidung darüber, welche Daten weitergeleitet, welche Menschenrechte eingehalten werden und wer Zugang zum Internet haben darf und wer nicht.

Was aber für die Demokratie- und Regimeforschung eine Herausforderung darstellt, kann für die Umsetzung der Menschenrechte in diesen Ländern auch eine Chance sein. Denn ebenso wenig, wie Regierungen die Grundrechte alleine schützen können, können sie diese auch nicht einschränken. Der sekundenschnelle, milliardenfache Datenfluss entzieht sich meist jeder staatlichen Kontrolle. Vielmehr werden die Daten von privaten Unternehmen verwaltet und nicht selten von privaten Akteuren und zivilgesellschaftlichen Gruppen – und dazu gehören auch Menschenrechtsverteidiger – genutzt und weiterverarbeitet. In Autokratien, in denen öffentliche Proteste verboten werden und Opposition eine Farce ist, stellen der digitale Raum und Soziale Netzwerke oft die einzige Möglichkeit dar, Menschenrechte einzufordern – ungeachtet des Katz-und-Maus-Spiels staatlicher Zensurbehörden, Filtern und Trollen. Damit ist der digitale Raum zugleich eine Gefahr und eine Chance für die Grund- und Freiheitsrechte (Stier 2016).

2. Hetze und Fake News

Im Folgenden wird dargelegt, welche Herausforderungen Hetze, Verleumdungen und Fake News im Internet für die Grund- und Freiheitsrechte darstellen und welchen Schutz die Bürger innerhalb der EU genießen. In diesem Kontext wird oft der Bezug zu Cyber- oder Internet Governance, Cyberkriminalität und -gerechtigkeit und virtueller Gerichtsbarkeit hergestellt (Stöcker 2011, 236ff.). Vor allem bei den Themen Hetze und Hasskommentare, Verleumdungen und Fake News reagieren Öffentlichkeit und Politik nervös. Jennifer Eickelmann (2017) nennt diese Herausforderung die neue »digitale Verletzbarkeit«, die allein durch staatliche Stellen und Einrichtungen zur Bekämpfung von Internetkriminalität nicht behoben werden kann. Denn es ist noch nicht gänzlich ausgemacht, wer die Verursacher und wer die Opfer dieser »Verletzbarkeit« sind, und wer Internetkriminalität ausüben oder verhindern kann.

Die alleinige Feststellung, dass Menschenrechte sowohl online als auch offline dieselben sind, was die UN Generalversammlung bereits 2011 und 2013 wiederholt bestätigte, reicht nicht mehr aus. Ebenso wenig das jährliche Ausrufen von Safer-Internet-Days, die zahllosen Aufrufe zur Internet-Literacy, oder Facebooks »Election Operation Center« in Dublin, das Fake News zur Europawahl 2019 vom Netz nehmen wollte bis hin zu den Warnungen vor Selbstzensur. Sie alle scheitern an der Unbegrenztheit des digitalen Raums und der Geschwindigkeit, mit der Daten von einem Server auf den anderen, von einem Land ins andere verschoben und gepostet werden können.

Bei der Einhaltung und Umsetzung dieser Freiheitsrechte sind es vor allem private und kommerzielle Akteure und Dienstleister, die zur Verantwortung gezogen werden. So hat innerhalb der EU jeder das Recht, vor einer Behörde oder Gericht gehört zu werden und seine Akten einzusehen. Vor dem Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg hat dies bereits zu Verfahren geführt, die Banken und Behörden entweder zum Löschen digitaler Daten aufgefordert oder zu deren Offenlegung gezwungen haben. Ähnliches wird für die Offenlegung von Algorithmen großer IT-Firmen gefordert. Im Zuge der Kontroversen um Fake News und Meinungsfreiheit unterstreicht Artikel 11 der Charta die freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit ebenso wie die Freiheit der (Sozialen) Medien, der Pluralität der Meinungsbildung Ausdruck zu verleihen, solange damit Dritte nicht zu Schaden kommen. Das heißt keineswegs, dass im Internet jeder sagen und possten kann, was er oder sie will. Beeinträchtigen Informationen und Daten das Wohl eines Dritten, müssen sie unterbunden werden. Wer aber soll im täglichen Ablauf millionenfacher Posts darüber entscheiden, wann der Schaden eintritt und worin dieser besteht? Jeden Fall vor ein Gericht zu bringen, würde schon an der Masse der Posts scheitern – geschweige denn, dass Richter mit der Geschwindigkeit des Postens je mithalten können. Jedes Verfahren würde Monate oder Jahre dauern. Hier sind also auch die kommerziellen Anbieter von Plattformen und Suchmaschinenbetreiber gefragt, Menschenrechtsstandards konsequent einzuhalten und Prozesse in Gang zu setzen, die nicht willkürlich sind, sondern diesen Standards folgen.

Durch »naming and shaming« sowie durch den Entzug von Vertrauen durch die Nutzer können private Anbieter dazu gebracht werden, bestimmte Darstellungen zu löschen oder ihre Firmenpolitik zu ändern, wie dies Facebook oder Google bereits mehrmals in den vergangenen Jahren getan haben. Oft sind es zivile Proteste oder die Intervention von privaten Hackern, die dazu führen, dass die Webseite geblockt oder die Nachrichten als Spam gefiltert werden.

Allein zur Europawahl in 2019 entfernte Facebook nach eigenen Angaben mehrere Tausende fingierte Nutzerkonten, die meisten davon Spam-Anbieter. Um Falschmeldungen geht es dabei weniger, sondern um Manipulation. Aber es gibt keine Instanz, die das überprüft (Facebook Newsroom, 29. März 2019).

Zudem kann man falsche Meldungen zwar löschen, aber falsche Behauptungen nicht, die etwa gegen Politiker gerichtet sind. Die werden in der Regel von Meinungsfreiheit abgedeckt. Facebook und andere Plattformen verweisen daher auf Faktenchecker, die inzwischen auf jedem Nachrichtenportal zu finden sind, aber keine signifikanten Verbesserungen des Menschenrechtsschutzes hervorgebracht haben. Einmal getwittert, sind Fake News oder Hetze schwerlich zu löschen und finden sich spätestens im Darknet wieder. Selbst wenn es ein »Menschenrecht auf Vergessen oder Löschen« gäbe, so wird es technisch und juristisch kaum möglich sein, dieses durchzusetzen.

Um Schaden durch Hetze und Verleumdungen zu vermeiden, müssen die Anbieter und Verantwortliche diese transparent machen und die Täter aufgrund ihrer IP-Adressen auch durch selbst auferlegte und immer wieder neu ausgehandelte Sanktionen zur Rechenschaft ziehen. Zahlreiche Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verpflichten bereits ihre Mitgliedsstaaten und ansässigen Provider und Unternehmen, ihre Kunden oder Nutzer zu »entlarven«, damit sie zur Verantwortung gezogen werden können (Free Media Center 2018, 5f.). Der Datenschutz wird somit bei Menschenrechtsverletzungen eingeschränkt, aber diese müssen (bislang) von einem Gericht als solche benannt werden. Hinzu kommt, dass nur wenige EU-Mitgliedstaaten Daten zu Straftaten, die im digitalen Raum stattfinden, erheben. Sie werden oft nicht ausgewiesen. Darüber hinaus führt mangelndes Vertrauen in die Strafjustizsysteme und den Rechtsstaat dazu, dass die Mehrheit der Opfer von Verleumdungen im Internet diese nicht melden. Vor allem Migranten, Angehörige von Minderheiten und Frauen, die besonders stark von Verleumdungen und Bedrohungen betroffen sind, scheuen aus Furcht vor Repressalien eine öffentliche Anzeige. Selbstzensur und die Einschränkung der Nutzung des digitalen Raums ist die häufigste Folge.

Hetze gegen Migranten, Flüchtlinge oder gegen Roma, LGBTQI und Muslime nehmen insbesondere seit 2015 zu und wurden durch die populistischen Bewegungen seither verstärkt. Das Free Media Center in London hat 2018 eine Studie zur Umsetzung und Verletzung der Meinungsfreiheit im Netz herausgegeben (Free Media Center 2018). Sie fanden heraus, dass in Großbritannien »Hassreden« gegen EU-Migranten seit der Brexit-Kampagne 2016 massiv zugenommen haben. Politiker, darunter auch der ehemalige britische Premierminister David Cameron, hatten im Vorfeld der Kampagne angekündigt, Migrationsrechte im Kampf gegen den Terrorismus einzuschränken. Pauschalisierungen dieser Art schürten die Hetze gegen Migranten im Internet. In Polen und Ungarn haben nationale Regierungen eine Antimigrationspolitik geschürt. Und in Italien, Deutschland und Österreich war eine einseitige Berichterstattung über Einwanderung Teil der öffentlichen Debatte während der Wahlkampagnen. Rechte Parteien, Politiker und Beamte sowie explizit fremdenfeindliche Bewegungen verantworten gemeinsam die steigende Feindseligkeit gegenüber Minderheiten, Migranten und Flüchtlin-

gen im Internet und Sozialen Medien. Sinkendes Vertrauen in politische Parteien und Regierungen und die Wahlsiege populistischer und rechtsgerichteter Parteien waren eines der Ergebnisse. Diese Beispiele zeigen, dass ein Großteil der Verantwortung auch bei Regierungen und nicht allein bei anonym organisierten rechten Gruppierungen oder privaten Internetseitenbetreibern im Darknet liegt.

Mit der wachsenden Verlagerung von Wahlkämpfen in den digitalen Raum verändert sich auch die politische Kultur; wie das Beispiel der Präsidentschaftswahl in der Ukraine in 2019 zeigt, wo der Gewinner, Wolodymyr Selenskyj, seinen Wahlkampf maßgeblich in Sozialen Medien und auf YouTube gestaltet hat (Kosmehl 2019, 12). Eine direkte Auseinandersetzung im öffentlichen Raum, bei der auch Fakten überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden können, findet trotz einzelner Initiativen (z.B. im SWR der »Faktencheck Fakenews«) nicht immer hinreichend statt. Überzeugungsarbeit und politische Auseinandersetzung im digitalen Zeitalter brauchen keinen persönlichen Kontakt. Vertrauen soll stattdessen dadurch gewonnen werden, indem der Kandidat permanent virtuell präsent ist, Posts und Twitter-Nachrichten anderer dementiert und diesen seine eigenen entgegensemmt, wie es der US-amerikanische und der brasilianische Präsident per Twitter praktizieren, ohne sich dabei einer direkten Auseinandersetzung stellen zu müssen. Noch sind die Folgen, die dies für unsere politische Kultur hat, nicht abzuschätzen.

Ähnliches trifft für Kraftausdrücke, Stereotypisierungen, Zuschreibungen und eine Abwertung anderer zu. Sie sind nicht immer sofort als Hassreden oder Hetze mit Folgeschäden identifizierbar wie etwa: »Er ist zwar Araber, aber trotzdem fleißig.« Aufforderungen, wie »Politiker an den Galgen« verführen womöglich gar zu Gewalttaten und verletzen die Würde und Unversehrtheit des Einzelnen. Fake News und Lügen, wie »Flüchtlinge begrapschen Schulmädchen«, sind gefährlich, denn was sie alle gemein haben ist das Ziel der Aus- und Abgrenzung und die Folgen davon sind Diskriminierung und Gewalt. Sie verletzen das Gleichheitsprinzip mit den Folgen verbaler und zum Teil physischer Gewalt (Mueller 2004, 245ff.).

Wie dargelegt, besteht noch kein hinreichender Schutz gegen Hetze und Fake News. Manche Staaten zeichnen sich durch eine Doppelrolle aus. Sie sind nicht nur Beschützer, sondern teils auch Angreifer der Menschenrechte. So kommen Hetze und Fake News zum Teil als politisches Instrument zum Einsatz. Ihre Rolle als Beschützer ist zudem durch die Undurchsichtigkeit des Datenflusses eingeschränkt, wodurch vermehrt Anbieter die Rolle einnehmen, die Grund- und Freiheitsrechte zu schützen. Seitens der Nutzer, insbesondere der Minderheiten, wurde das Problem der Selbstzensur und der ausbleibenden Meldung von Straftaten identifiziert.

3. Künstliche Intelligenz und Big Data und Grundrechte

Künstliche Intelligenz (KI) und Big Data³ dominieren neben dem Thema Hetze und Fake News inzwischen auch die wissenschaftlichen Debatten um menschenrechtsspezifisierten Schutz von Grund- und Freiheitsrechten. Dabei spielen ethisch-moralische Fragen nach der Würde ebenso eine Rolle wie die der Justizierbarkeit und die Frage, in welcher Gesellschaftsordnung wir in Zukunft leben wollen.

Da die Dimension des digitalen Raumes teilweise mit unseren normalen Vorstellungen von Räumlichkeit und ihrer Begrenztheit nichts mehr zu tun haben, kommt der Einsatz von KI ins Spiel, zum Beispiel indem Algorithmen eine mögliche Verletzung von Grundrechten automatisch anzeigen und den Provider oder Nutzer blockieren, was teilweise mit den Filtern bei Facebook, YouTube und Google schon passiert. Allerdings werfen die Filter bei diesen Anbietern eher neue Fragen auf, als dass sie diese beantworten, wenn beispielweise ein Algorithmus das Posten von Fotos antiker Skulpturen nicht als Kulturgut, sondern als Pornographie identifiziert und diese automatisch löscht. Sollte einem Algorithmus tatsächlich die alleinige Entscheidung überlassen werden, was Kunst und was Meinungsfreiheit ist und was nicht? Wenn solche Fragen auftauchen, ist das Konzept problematisch. Sicherlich kann man diese Algorithmen nachprogrammieren, aber übrig bleibt die Frage, wie viel menschliche Intervention am Ende komplementär zu jedem Algorithmus stehen muss.

Für die Europäische Kommission sind KI-Systeme, die intelligentes Verhalten zeigen, indem sie ihre Umgebung analysieren und mit einem gewissen Grad an Autonomie Maßnahmen ergreifen und menschliche Entscheidungen vorwegnehmen, problematisch. Vor allem im Online-Marketing und der Weiterverarbeitung unserer Daten kommt dies zum Ausdruck. KI-basierte Systeme können rein softwarebasiert sein und daher zunächst nur in der virtuellen Welt unsere freie Entscheidungsfindung beeinträchtigen, ohne dass ein Programmierer je diese Absicht gehabt hätte. Das trifft beispielsweise bei Sprachassistenten, Bildanalyse-Software, Suchmaschinen, Sprach- und Gesichtserkennungssystemen zu. Dadurch kann das Maß an Entscheidungshoheit und damit die Würde des Menschen angegriffen werden. Die High Level Expert Group on Artificial Intelligence beschäftigt sich daher auch mit den Fragen, wie bei der Früherkennung von Krankheiten oder bei der Gleichstellung der Geschlechter, Stichwort Gender-Neutrales-Internet, Diskriminierung und Ausgrenzung verhindert werden können. Das sind grundlegende Menschenrechtssachen, bei denen es um die Würde des Einzelnen und das Gemeinwohl geht (FRA 2018b, 43ff.). Ob lernende Roboter, autonome Fahrzeuge oder der Einsatz von Drohnen und das Internet-of-Things und in Smart-Cities – in jedem Fall sollte der Mensch die letzte Entscheidungsinstanz sein (FRA 2018a). Denn

³ Vgl. hierfür auch den Beitrag von Lena Ulbricht in diesem Band (Ulbricht 2019).

es besteht die Gefahr der »Eigendynamik« dieser Systeme, die unsere selbstständige Entscheidungsfindung vorwegnimmt und nicht mehr kontrollierbar sein kann. Nur wie wir KI am besten nutzen, ohne unsere Entscheidungshoheit abzugeben, darauf hat auch die Grundrechtecharta keine Antwort.

Zeitgenössische Modernisierungstheoretiker wie Inglehart und Welzel (2007), die sich unter anderem mit der Wirkung globaler Werte auf unser soziales Ordnungssystem, zu denen heute auch KI-gesteuerte Infrastrukturprojekte gehören, befassten, sehen darin dennoch auch eine Chance.

Darüber hinaus wird KI vor allem in alltäglichen Kontexten diskutiert, also all jenen Bereichen, die uns tagtäglich umgeben, zum Beispiel in der Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten durch Smartphones und dem täglichen Gebrauch von Suchmaschinen und Apps. Seit 2010 bis heute hat sich das Datenvolumen verdreifacht (Handelsblatt 2019). KI betrifft inzwischen alle Lebensbereiche wie etwa unsere freie Entscheidung, geschützte Kommunikation oder die persönliche und öffentliche Sicherheit. Die EU bietet beispielsweise Leitlinien für die Entwicklung von Gesetzen und Empfehlungen für die Verwendung von KI an. Darin geht es vor allem auch um das Bewusstsein und die Vermeidung schlechter und das heißt falscher Daten und den Schaden, den KI damit anrichten kann (Europäische Kommission, 8. April 2019).

Bei den Diskussionen der Gesetzgeber geht es darum, wie falsche und unvollständige Daten erkannt und gelöscht werden können. Konto- und Gesundheitsdaten oder Verbraucherdaten sind persönliche und werden verarbeitet. Aber wenn diese Daten falsche Angaben und Aussagen über uns enthalten, können sie die Gleichstellung und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt oder im Versicherungswesen verletzen. KI kann den Prozess der unautorisierten Weitergabe falscher Angaben noch beschleunigen und stellt darin eine Verletzung der Grundrechte dar (Europarat 2018).

Programmierer ebenso wie Politiker wissen, dass ein Algorithmus in seiner Anwendung nur so gut sein kann wie die Daten, die er verwenden kann. Aber die Deutung darüber, welche Daten verwendet werden sollen, ist auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe und keine von Programmierern. Genau dem stellen sich die Ethikräte, die unter anderem eine menschenrechtsbasierte Anwendung von Daten bei der Programmierung fordern. Unautorisierte und falsche Daten, die beabsichtigt oder unbeabsichtigt aus dem Kontext heraus weiterverarbeitet werden, können zu falschen und gefährlichen Ergebnissen, zum Beispiel in der Flugsicherung oder in der Finanzbranche, bei Marktanalysen oder der Kriminalitätsbekämpfung, führen (FRA 2018). Denn selbst wenn die Daten akkurat sind, beispielsweise bezüglich des Geschlechts und der Ethnie oder des Einkommens, kann ihre Weitergabe zu Diskriminierung führen, zum Beispiel bei Einstellungsverfahren. Dies hat die EU-Grundrechteagentur (FRA) in Wien in einem Fokuspapier untersucht (FRA Focus 2018). Aus dem Kontext genommene Daten, die nicht die Bevölkerung repräsentie-

ren, können folglich zu voreingenommenen Entscheidungen und Analysen führen, vorhandene Vorurteile und diskriminierendes Verhalten widerspiegeln, die dann von einem KI-System aufgegriffen und verstärkt werden.

Damit wird das Grundrecht auf Nichtdiskriminierung, Artikel 21 der EU-Grundrechtecharta, verletzt. Die Verwendung von nicht repräsentativen oder voreingenommenen Daten kann zu einer Ungleichbehandlung von Personen aufgrund der im Datensatz stehenden Attribute führen (FRA 2018a). Somit kann KI die Ungleichheit zwischen Ethnien, Geschlechtern, bei Altersunterschieden, Behinderung erhöhen und verstärken (Prates/Avelar/Lamb 2018, iff.). Im Kontext dieser Diskussionen hat die High-Level Expert Group der EU zu KI im April 2019 die ersten Ethik-Richtlinien veröffentlicht, die unter anderem eine genaue Datenprüfung als eine der Anforderungen einer vertrauenswürdigen KI einschließen (European Union High Level Expert Group 2019). Daten können sowohl von dem KI-System als auch von Menschen falsch eingegeben, eingeschätzt und interpretiert werden. Menschenrechtsbasierte Richtlinien sollen helfen, diese Fehleinschätzungen zu verhindern.

Aber nicht nur die EU sieht die Notwendigkeit transnationaler Richtlinien. In der im Mai 2018 verabschiedeten Erklärung von Toronto (The Toronto Declaration: Protecting the rights to equality and non-discrimination in machine learning systems), weisen grenzüberschreitend Juristen, IT-Vertreter und Wissenschaftler auf die Möglichkeit zur Vermeidung von Voreingenommenheit und Diskriminierung in maschinellen Lernsystemen hin. Die Initiatoren fordern kommerzielle Unternehmen wie Google oder Amazon auf, den Risiken Rechnung zu tragen, die mit maschinellen Lernsystemen verbunden sind. Diese sollen transparente Qualitätskriterien aufstellen, um unvollständige oder nicht-repräsentative Daten oder Datensätze zu vermeiden (Toronto Declaration 2018).

Insgesamt zeichnet sich der Umgang mit KI durch eine umfassende ethische Auseinandersetzung seitens staatlicher und ziviler Akteure aus. Statt einer grundlegenden Skepsis nachzugehen, gilt es, eine Offenheit zu bewahren und Anwendungsbereiche zu bestimmen, in denen KI-Systeme wie beispielweise automatisiertes Entscheiden sinnvoll sind, also trotz Risiken geduldet werden können (Trute 2018).

4. Mögliche (Regulierungs-)Ansätze zum Grundrechte-Schutz

Hinsichtlich der generellen Problematik des Schutzes der Menschenrechte im digitalen Zeitalter diskutieren sozialwissenschaftliche Autoren mit einer theoriebasierten Einschätzung dessen, was unter den oben skizzierten Bedingungen (Entgrenzung und Beschleunigung des Datenflusses, Hetze, Fake News etc.) zum Schutze der Grund- und Freiheitsrechte möglich ist. Zentral ist in der aktuellen For-

schung außerdem die Frage, welche Kriterien eine Ordnungsstruktur für den digitalen Raum beachten sollte und von wem und wie der Schutz der Grundrechte umgesetzt werden könnte. Im Folgenden werden die Überlegungen und dazugehörige Beispiele entlang der Punkte »Demokratischer Aushandlungsprozess & digitaler Gesellschaftsvertrag« (Abschnitt 4.1), »geteilte (globale) Verantwortlichkeit« (Abschnitt 4.2), »Modernisierung und menschenrechtsbasierter Ansatz« (Abschnitt 4.3) sowie »Selbstzensur und Selbstjustiz« (Abschnitt 4.4) dargestellt.

4.1 Demokratischer Aushandlungsprozess und digitaler Gesellschaftsvertrag

Der Rechtsphilosoph John Rawls, der die Menschenrechte im Sinne Immanuel Kants Naturrechtsthese als ein »Recht der Völker« erklärt, arbeitet Herausforderungen heraus, die dem Schutz der Grund- und Freiheitsrechte gegenüberstehen, er legt jedoch keine dauerhafte Lösung vor, wie diese umgesetzt, eingehalten oder gar regiert werden sollen. Immerhin konstatiert Rawls in seiner Theorie vom Recht der Völker, dass Menschenrechte nur in liberal-demokratischen Gesellschaften verwirklicht werden können. Gleichwohl liegt deren fundamentale Herausforderung darin, egalitäre Prinzipien und Regeln für alle zu etablieren und diese dauerhaft aufrechtzuerhalten. Denn ohne diese Prinzipien und Regeln können Menschenrechte nicht eingehalten werden. Daher sind die freie, egalitäre und faire Teilhabe aller Menschen die Grundvoraussetzung, damit Menschenrechte überhaupt umfassend verwirklicht werden können. Wenn dies aber nur in liberal-demokratischen Ordnungssystemen möglich ist, von denen gegenwärtig nur ein Bruchteil der Weltbevölkerung profitiert, dann ist der Schutz der Grund- und Freiheitsrechte im digitalen Zeitalter schon jetzt zum Scheitern verurteilt. Dennoch, so Rawls, können nur unter diesen Bedingungen die Menschenrechte freier und sich respektierender Völker verwirklicht werden (Rawls 1999). Rawls' Diskurs von einst ähnelt in vielerlei Hinsicht demjenigen über den Schutz der Grundrechte im digitalen Zeitalter. Denn er beschreibt Gesellschaftsformen, in denen es wenig staatliche Kontrolle gibt, gleich ob im virtuellen oder realen Raum. Gleichzeitig aber betont er die Notwendigkeit, dass die (neuen) egalitären und partizipativen Prinzipien durch die unterschiedlichsten privaten, zivilen und politischen Akteure demokratisch ausgehandelt werden können, um eine gesellschaftliche Ordnung (im digitalen Raum) herzustellen.

Im Gegensatz zum Rawls'schen Ziel einer rechtsstaatlichen Ordnung, beschreibt der Internetpionier John Perry Barlow in seiner »Unabhängigkeitserklärung für den Cyber-Raum« den digitalen Raum als nicht regierbar und nicht-regiert (Barlow 1996). Barlow war sich damals sicher, dass die Internetgemeinde bestehend aus kommerziellen Unternehmen, Zivilgesellschaft und Politik ihren eigenen Gesellschaftsvertrag entwickeln werde, um zu bestimmen, wie sie mit

den Herausforderungen umgehen wolle. Für ihn stand dabei allerdings auch fest, dass diese Internet-Governance-Strukturen auf Grundlage der Menschenrechte nach demokratischen Prinzipien gebildet werden müssten und den Bürgern nicht aufgekrochen werden könnten (Mihr 2016). Darin findet sich ebenso wie bei Rawls der Anspruch einer demokratischen Leitkultur für das Internet. Zudem findet sich darin ein Verständnis davon, von wem eine Regulierung des digitalen Raums ausgehen soll.

Am deutlichsten ist dieser gegenwärtig stattfindende Aushandlungsprozess auf EU-Ebene zu beobachten. Ein Beispiel dafür ist die 2018 gegründete High Level Expert Group on Artificial Intelligence, die aus über 50 Vertreterinnen von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft besteht. Das Panel beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen Ethik, Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten und der Frage, ob und inwiefern Freiheitsrechte der Bürger beeinträchtigt werden.⁴

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl nationaler, virtueller, kommerzieller und internationaler Gremien, Arbeitsgruppen, Foren und Organisationen, die sich derzeit weltweit genau mit dieser Frage beschäftigen. Es gibt kaum ein Land, welches nicht ein nationales Internet Governance Forum oder eine Ethik-Kommission und eine Zivilgesellschaft oder Wissenschaftsräte hat, die über Künstliche-Intelligenz-Strategien (kurz: KI-Strategien) diskutieren (Global Cybersecurity Index 2018).

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht wird auch die Frage nach dem gesellschaftlichen Wandel durch neue Technologien diskutiert und inwiefern globale Menschenrechtsnormen zu einer neuen transnationalen und globalen Ordnungsstruktur im digitalen Raum beitragen. Vertreter konstruktivistischer Theorien oder des Neuen Institutionalismus befassen sich ebenso mit dieser Frage wie beispielsweise innerhalb der Internationale Beziehungen oder der Demokratie- und Autokratieforschung. Wie also können Menschenrechtsnormen Regimebildung zu Internet-Governance steuern oder wie kann E-Governance das Verständnis von Regieren verändern?

Mit anderen Worten: Wann wird Virtualität zur Realität und wann umgekehrt? Eine Antwort ist, dass auch dies in jedem Fall neu ausgehandelt werden muss, aber dies nicht allein durch langwierige Gerichtsverfahren geschehen kann, sondern durch selbstaufgerlegte und ausgehandelte Regeln und Sanktionen – im Sinne eines digitalen Gesellschaftsvertrages- und die bei der Missachtung von Menschenrechten unmittelbar wirken, z.B. Löschen einer Plattform oder Verweigerung ei-

⁴ Rechtlicher und politischer Maßstab für die Gruppe ist die EU-Grundrechtecharta von 2000, die unter anderem den Schutz personenbezogener Daten, in Artikel 8 der Charta festlegt, und die Achtung des Privat- und Familienlebens in der Wohnung und Informationsfreiheit (Artikel 7) im privaten Raum mit dem digitalen Raum gleichsetzt. Das betrifft unsere Privatsphäre auf sozialen Plattformen und Netzwerken ebenso wie die Nutzung unserer Daten innerhalb der Anwendungen von KI. Hier gelten dieselben Prinzipien der Würde, Freiheit und Sicherheit, wie im Nicht-Digitalen (Jorgensen 2006, 1ff.).

nes Zugangs. Nur willkürlich und ohne jede multi-akteursbasierte Kontrolle darf dies nicht geschehen. Ebenso wie die Richter an den internationalen Menschenrechtsgerichtshöfen, in jedem Fall neu festlegen müssen, welchen Schaden ein Eintrag auf Facebook tatsächlich angerichtet hat, müssen auch Sanktionen klaren und transparenten Regeln und einem Deutungsschema folgen. Diese sind unter anderem abhängig von der unmittelbaren Gefahr, die eine Nachricht oder Blog im Internet verursachen kann. Außerdem muss es Einspruchsmöglichkeiten geben, da sich selbstverständlich auch ein Algorithmus »irren« kann. Wenn es allein danach geht, stellt der Schutz der Grundrechte im digitalen Raum eigentlich keine besondere Herausforderung dar. Sieht man sich aber die Geschwindigkeit und die Dimension an, mit der diese Einträge gepostet und gelöscht werden, dann wird schnell klar, dass selbst mit den modernsten technischen und demokratischsten aller Methoden und Gremien, der Schutz der Grundrechte allein nicht aufrechterhalten werden kann.

4.2 Geteilte (globale) Verantwortlichkeit

In der weiten gesellschaftlichen Debatte ist die Frage noch ungeklärt, wie viel Kontrolle dem Staat oder internationalen Organisationen, und wie viel den kommerziellen Anbietern und Providern wie Google und Microsoft gegeben werden sollte. Sollen Programmierer für Facebook und Alibaba selbst darüber entscheiden, was Hasskommentare und Pornographie sind? Und sollen Unternehmen wie Google Glasfaserkabel auf eigene Kosten verlegen, um einen Zugang zum Internet zu garantieren? Die Frage: »Wer entscheidet und wer regiert und kontrolliert den digitalen Raum?«, ist aktueller denn je, und eine abschließende Antwort gibt es nicht. Und vor allem: Wer hat am Ende die Autorität und Legitimität, um Menschenrechte im digitalen Raum umzusetzen und einzufordern? Noch vor einigen Dekaden wurde diese Frage stets damit beantwortet, dass es der Staat sei, der im Sinne des Völkerrechts primär die Verantwortung hat, die Grundrechte seiner Bürger zu schützen. Das sieht heute ganz anders aus. Firmen und Anbieter, Blogger und Nutzer, staatliche Behörden können sowohl Täter als auch Opfer sein. Heute geht man von einer geteilten Verantwortlichkeit, der so genannten shared-responsibility, aus (Büst 2015), bei der alle, gleich ob Provider, Staat oder Nutzer, die zu den Folgen von Hasskommentaren und Verleumdungen beigetragen haben, ihren Teil der Verantwortung tragen sollen. So können Online-Plattform-Betreiber, Suchmaschinen, Blogger, politische Parteien, Messenger-Dienste, und all jene, die aufgrund von Falschaussagen oder Hasskommentaren, bei der eine Person zu Schaden kam, in geteilter Weise für die Entschädigung in Form von Zahlung oder gar Haftstrafen in Frage kommen. Den *einen* Verantwortlichen – nämlich den Staat – wird es in Zukunft wohl kaum noch geben bzw. man wird ihn kaum mehr allein zur Verantwortung ziehen können. Das zeigt schon die Diskussion und Entwicklung um

internationale Strafgerichtsbarkeit, bei dem einzelne War Lords und Firmenchefs vor Gericht stehen, und nicht mehr der Staat. Das aber sind nicht nur juristische Fragen, sondern gesellschaftliche und politische, die dahingehend zu beantworten sind, wer am Ende die legitime Autorität und Verantwortung besitzt. Deutlich ist, dass die Grund- und Freiheitsrechte im digitalen Zeitalter kein nationales Politikfeld sind, sondern transnational durch mehrere Akteure geschützt werden müssen.

Ähnliches sieht bereits die UN-Resolution 70/125 von 2015 zum Multi-Stakeholder-Ansatz vor, ein Ergebnis der IGF-Initiativen der Jahre zuvor. Darin fordern die 193 UN-Mitgliedstaaten sich selbst und andere auf, Verantwortlichkeiten und Entscheidungsbefugnisse im digitalen Zeitalter neu zu verteilen. Das Internet und den digitalen Raum allein der Privatwirtschaft und Nutzern zu überlassen, wie es in oft korrupten und schwachen Staaten der Fall ist, ist dabei nicht gemeint. Aber die Praxis zeigt, dass in ärmeren und weniger demokratischen Ländern, private Dienstleister den Zugang zum Internet überhaupt erst ermöglichen. Hier ist es das Ziel, mehr staatliche Verantwortung wieder ins Spiel zu bringen, damit das Internet neutral, für alle zugänglich und sicher zu machen und von kommerziellen Anbietern abzukoppeln (Mehr 2017).

Auf der anderen Seite sollen Unternehmen wie Google, Facebook, Telegramm, Twitter, Skype, Ebay und Amazon in die Pflicht genommen werden. Verbraucherdaten sollen mit Rücksicht auf die Menschenrechte erst dann dem freien Markt zur Verfügung gestellt werden, wenn diese dem Datenschutz und damit auch den Grundfreiheiten der User entsprechen, z.B. indem Datenschutz und Privatsphäre deutlich geschützt sind. Europaweit wurde dies u.a. mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung versucht umzusetzen, womit ein Großteil der Verantwortung für den Datenschutz auch auf die Unternehmen und Verbraucher verteilt worden ist. Damit folgt die EU vor allem einer Grundsatzentscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom Mai 2014, der alle EU-Staaten aufforderte den in der Grundrechtecharta verankerten Datenschutz umzusetzen.⁵ Dies gilt auch für die Entscheidung des Gerichtshofes aus dem Jahr 2015 zum Thema »sicherer Hafen« für Datenübermittlung in die USA.⁶ Dies sind Präzedenzfälle, auf die sich zukünftige Rechtsprechungen berufen werden. Grundsätzlich geht es bei all diesen Entscheidungen um die anteilige Verantwortung verschiedener Akteure.

Inglehart und Welzel (2007) kommen zum Schluss, dass wertelegitimierte Autorität zunehmend vom Staat auf Einzelpersonen, also den (lokalen) Nutzern und zu privaten, kommerziellen Akteuren wandert. »Self-expressive values« führen zu kulturellem Wandel (Inglehart/Welzel 2007, 29ff.). Dieser wiederum determiniert unsere soziale Ordnung, auch im digitalen Raum, die festlegt, wer welche Entscheidungskompetenzen hat. Am Ende sind es nicht nur der Staat oder Firmen,

⁵ Info Curia – Rechtsprechung des Gerichtshofs: Urteil des EuGH, C-131/12, 13.5.2014.

⁶ Info Curia – Rechtsprechung des Gerichtshofs: Urteil des EuGH, ECLI:EU:C:2015:650, 6.10.2015.

sondern auch die Zivilgesellschaft und der einzelne User, die bestimmen, inwiefern seine Rechte eingeschränkt oder geschützt werden. Freilich gibt es berechtigte Zweifel daran, dass die ca. 4 Mrd. Internetuser, die sich täglich im digitalen Raum austauschen, informieren und posten, gleichermaßen aufgeklärt sind über ihre Menschenrechte, Grundverordnungen (EU-Grundrechtecharta/DSGVO) oder ihr Recht, bei Google, Facebook, Instagram, Amazon, YouTube und Co-Einspruch einzulegen und Daten zu löschen. Aber es geht bei diesen theoretischen Erklärungsversuchen in erster Linie darum, den sich gegenwärtig abzeichnenden dramatischen Wandel hin zur internetbasierten Individualgesellschaft zu deuten und zukünftige Ordnungsszenarien zu verstehen und zu prognostizieren.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Frage nach dem Wer situationsspezifisch beantwortet werden sollte.

4.3 Modernisierung und menschenrechtebasierter Diskurs

Parallel zu konkreten rechtlichen Maßnahmen sowie Eingriffen durch zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure ist die globale Verbreitung der Grund- und Freiheitsrechte in den letzten Jahrzehnten maßgeblich mitverantwortlich für einen globalen Normen- und Wertewandel hin zu einem stärkeren Menschenrechtsbewusstsein und -handeln. Dieser wiederum verändert unser Verständnis von Recht und sozialer Ordnung, offline wie auch online. Modernisierungstheoretiker wie Anthony Giddens (1992), Ronald Inglehart und Christian Welzel (2007) gehen der Frage nach, inwiefern Werte und Menschenrechte in der post-industriellen und postmodernen Gesellschaft neue Entscheidungsstrukturen schaffen. Sie schreiben dieser Kraft des Normativen nicht nur institutionelle Veränderungen zu, sondern auch moralisch, ethisch und damit gesellschaftliche und politische. Giddens stellt in seiner reflexiven Modernisierungstheorie den materiellen Ressourcen, wie etwa neuen Technologien und dem Internet, die immateriellen (autoritativen) gleich, so wie etwa die Grund- und Freiheitsrechte. Beide Ressourcen verändern eine Gesellschaft und ihre legitime Ordnung sowie die Interaktion auch im digitalen Raum. Mit der Zeit werden sich Praktiken entwickeln, die neue Regeln und Mechanismen schaffen, um die Menschenrechte einzufordern. Inwiefern diese durchgesetzt werden, muss zwischen den betreffenden Akteuren neu ausgehandelt werden (Giddens 1992). Giddens' Ansatz nimmt den gegenwärtigen Diskurs vorweg, der sich damit beschäftigt, inwiefern staatliche, zivilgesellschaftliche und privat-kommerzielle Akteure die Menschenrechte im digitalen Raum nicht nur schützen können, sondern auch schützen wollen. Denn zwingen kann man die privaten Akteure und Unternehmen nur bedingt, vielmehr müssen diese einen Nutzen, auch kommerziellen Profit darin sehen, die Grund- und Freiheitsrechte ihrer User zu schützen.

Mit dem menschenrechtsbasierten Ansatz (human rights based approach), argumentieren Beobachter wie Vandenhole und Kollegen (2014), können Grund- und

Freiheitsrechte auch im digitalen Zeitalter besser geschützt werden. Zwar geben auch sie zu, dass dieser Ansatz eher pragmatischer Natur ist und auf empirischen Beobachtungen in einzelnen Ländern und anhand von Fallbeispielen beruht und daher noch keine Theorie als solche darstellt. Es zeichnet sich jedoch langsam ein Muster ab, das sich zur Theoriebildung eignet. Sie beobachten, dass aufgeklärte lokale, individuelle und zivilgesellschaftliche Aktionen eher zu einem Wandel und institutioneller Anpassung führen, als wenn diese von staatlichen Stellen verordnet werden (Vandenhole et al. 2014, 275). Dabei zeichnet sich ab, dass sofern soziale Gruppen bzw. die User, den Menschenrechten eine Priorität einräumen, denen sich andere Werte wie etwa ethnische Zugehörigkeit, Religion, Nationalität oder Clanzugehörigkeit unterordnen, eine größere Chance haben, befolgt zu werden. Wie schon Inglehart und Welzel zu den Konsequenzen des globalen Wertewandels angemerkt haben, fordern immer mehr Akteure menschenrechtzbasiertes Handeln mit der Folge, dass sich bestehende Institutionen und Praktiken anpassen und verändern, bis hin zur Forderung nach mehr Demokratie. Dabei fordern Aktivisten (1) mehr Rechenschaftspflicht für Provider, aber auch für Blogger und User, (2) mehr Transparenz von Anbietern ihre Algorithmen offen zu legen, und (3) eine stärkere, transparentere und fairere Beteiligung unterschiedlicher Akteure aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft am Aushandlungsprozess (siehe Forderungen des Multi-Stakeholder-Ansatzes).

4.4 Selbstzensur und Selbstjustiz

Selbstzensur ist nicht die Antwort auf die Herausforderungen, darauf weisen auch Inglehart und Welzel hin, wenn es um die effektive Regierbarkeit der postmodernen Gesellschaft geht (Inglehart/Welzel 2007, 191f.). Einhergehend mit Rawls' Einschätzung, dass am Ende nur liberal-demokratische Ordnungs- und Herrschaftsformen die Menschenrechte einhalten können, ist Selbstzensur die schlechteste aller Optionen. Nutzer werden indes zunehmend misstrauisch gegenüber den privaten Anbietern und geraten in eine Spirale aus Selbstzensur. Selbstzensur wiederum ist schädlich für die Demokratie und ganz ohne eine demokratische Grundordnung, können nach Rawls die Menschenrechte nicht eingehalten werden. Diese Grundordnung lebt von einer aktiven und freien Zivilgesellschaft und Bürgerschaft und wenn diese sich selbst censiert und damit den demokratischen Prinzipien entzieht, können Grund- und Freiheitsrechte nicht geschützt werden.

Da die politischen und richterlichen Organe kaum noch angemessen auf die Geschwindigkeiten und die Datenexplosion im digitalen Zeitalter reagieren können, kommt es nicht nur zur Selbstzensur, sondern auch zur Selbstjustiz. Bei letzterer handelt es sich um selbsternannte Helfer und Hacker der Gerechtigkeit und Grundfreiheiten. Sie machen sich auf, Blogs und Einträge zu löschen, Dokumente zu leaken und Meinungen »richtig« zu stellen, allerdings oft nach Gutdünken.

Für Hacker ist beispielsweise Doxing zur politischen Waffe geworden. Der Begriff kommt von »docs«. »Doxer« sammeln Daten und Informationen und veröffentlichen diese dann anonym oder pseudonym auf speziellen Upload-Diensten oder sozialen Plattformen. Dabei sind die Grenzen zwischen selbsternannten Rettern für Transparenz und Gerechtigkeit, wie Wikileaks und Wistleblowern, und jene, die dabei selbst zu Verleumudern werden, oft fließend. Sie leaken und entlarven oder stellen Meinungen »richtig« aber nicht unbedingt im Sinne der Menschenrechte (Brühl, 2019).

Auch der Börsenspitzenreiter Alphabet-Holding, hinter dem sich der Google-Gigant und die Nummer Eins in der Datenverwertung verbirgt, geben vor, grundlegende Freiheitsrechte und vor allem wirtschaftliche und soziale Rechte zu fördern, indem sie Innovation, Start-Ups, Unternehmertum und Chancen für alle fordern – ungeachtet deren Herkunft. Informationsaustausch, Weiterbildung, Geschäftsgründung, Gesundheitsvorsorge politische Partizipation, Warenverkehr, und der gleichen, nichts geht mehr ohne die Produkte und Geschäftsmodelle von Alphabet, wie etwa YouTube, Google Play, Apps oder diverse Navigationsanbieter. Aber dabei geht es den Unternehmen nicht um einen holistischen Menschenrechtsansatz, sondern darum, die Daten ihrer Nutzer für weitere Geschäftsmodelle zu verwerten. Mit diesem Monopol wird der Gigant zum politischen Akteur, ohne demokratisch legitimiert zu sein. Denn beim Aushandeln eines möglichen neuen Gesellschaftsvertrags im Sinne von Barlow (1996) oder gar eines Ordnungsmodells im Sinne von Giddens (1992) sitzen Google und die anderen Datengiganten zwar mit am Tisch, und übernehmen staatliche Aufgaben als Dienstleister und bei Infrastrukturprojekten, wie etwa Googles Initiative zur Glasfaserkabelverlegung und kostenfreiem Zugang zum Internet in den USA und die Bereitstellung von Notfall-Apps in Indien, ohne sich aber dabei einer staatlichen Kontrolle oder den Menschenrechtsprinzipien beugen zu müssen. Daher ist die Forderung nach dem neutralen Internet, dass ohne Werbung kommerzieller Profitmaximierung auskommt, die vor allem in weniger wohlhabenden Ländern und Gesellschaften laut wird, auch eine Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte auf Information und Teilhabe (Rifkin 2014, 255ff.).

5. Fazit

Der Schutz der Menschenrechte steht im Zeitalter der Digitalisierung weiterhin vor Herausforderungen, die mit den gängigen Kontroll- und Überprüfungsmechanismen nicht zu bewältigen sind. Durch die Digitalisierung entsteht ein schier unbegrenzter und beschleunigter Datenfluss, der durch die vorhandenen Regelungen und Gesetze schwerlich kontrolliert werden kann. Es konnte herausgearbeitet werden, dass die Funktion des Staates, die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger zu

schützen, nicht im ausreichenden Maße greift. Neben staatlicher Zensur oder der Missachtung der Grundrechte seitens privater, global operierender Unternehmen, sind es vermehrt Hetze, Fake News sowie KI-Systeme, um die aktuelle Debatten um den Schutz der Menschenrechte kreisen.

Allen Diskussionen ist gemein, dass die Lösung dieser Herausforderungen nicht einem Akteur allein zugesprochen werden kann und am wenigsten dem staatlichen. Ausgehendet werden muss, welche Rolle staatliche, private, kommerzielle und zivilgesellschaftliche Akteure im Multi-Stakeholder-Prozess von Internet-Governance und damit auch bei der Umsetzung und dem Schutz von Grund- und Freiheitsrechten in Zukunft haben.

Im Sinne von Giddens (1992) und Rawls (1999) liegt die Herausforderung von Verantwortung und Rechenschaftslegung maßgeblich in der Verteilung und der fairen Partizipation von Akteuren, entsprechende (demokratische) Strukturen zu schaffen, die den digitalen Raum mit dem analogen verbinden, also bestehende staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen mit denen im virtuellen Raum zu kombinieren, um die Menschenrechte im digitalen Zeitalter zu schützen. Ein solcher Schutz kann aber nur von allen ausgehen, entsprechend einem Gesellschaftsvertrag, wie Barlow (1996) ihn vorschlägt, der auch Sanktionsmöglichkeiten beinhaltet. In diesem Sinne überraschte auch der Vorschlag der High Level Expert Group der EU nicht, die in ihrem Dossier von 2019 von »Data-Governance« spricht, und nicht von staatlicher oder Internet-Governance im engeren Sinne.

Literaturverzeichnis

- Barlow, John Perry (1996): A Declaration of the Independence of Cyberspace, Davos.
URL: www.eff.org/cyberspace-independence (11.07.2019).
- Becker, Carlos/Seubert, Sandra (2019): Die Stärkung europäischer Grundrechte im digitalen Zeitalter: demokratiepolitische Potentiale am Beispiel des Privatheitsschutzes. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 225–245.
- Büst, René (2015): Das große Missverständnis: Shared Responsibility in der Public Cloud. URL: <https://www.crisp-research.com/das-große-missverständnis-shared-responsibility-der-public-cloud/> (22.05.2019).
- Brühl, Jannis (2019): Doxing – eine alte Hacker Waffe trifft den deutschen Mainstream, 8. Jan 2019. In: Süddeutsche Zeitung online. URL: <https://www.sueddeutsche.de/digital/hack-doxing-privatsphaere-1.4278901> (10.07.2019).
- Buolamwini, Joy/Gebru, Timnit, (2018): Gender Shades: Intersectional Accuracy Disparities in Commercial Gender Classification. In: Proceedings of Machine Learning Research – PMLR 81, S. 77–91.

- Eickelmann, Jennifer (2017): »Hate Speech« und Verletzbarkeit im digitalen Zeitalter: Phänomene mediatisierter Missachtung aus Perspektive der Gender Media Studies. Bielefeld.
- Europarat (2018): Europäische Ethik-Charta zum Einsatz künstlicher Intelligenz in Justizsystemen und deren Umfeld. URL: <https://rm.coe.int/ethical-charter-en-for-publication-4-december-2018/16808f699c> (22.05.2019).
- European Union High Level Expert Group on Artificial Intelligence (2019): Guidelines. URL: <https://ec.europa.eu/futurum/en/ai-allianceconsultation/guidelines#Top> (22.05.2019).
- Europäische Kommission (2019): Künstliche Intelligenz, 08. April 2019. URL: [\(26.08.2019\).](https://ec.europa.eu/commission/news/artificial-intelligence-2019-apr-08_de)
- Europäische Union (2000): EU-Grundrechtecharta. URL: https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf (22.05.2019).
- Europäische Union (Dezember 2015): EU Richtlinien zur Cybersicherheit URL: www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/2015_1207IPRO6449/20151207IPRO6449_en.pdf (22.05.2019).
- Facebook Newsroom (2019): Unsere Maßnahmen zum Schutz der Europawahl, 29. März 2019. URL: <https://de.newsroom.fb.com/news/2019/03/unsere-massnahmen-zum-schutz-der-europawahl/> (10.07.2019).
- Free World Center (2018): Article 19. Responding to ›hate speech‹: Comparative overview of six EU countries. URL: https://www.article19.org/wp-content/uploads/2018/03/ECA-hate-speech-compilation-report_March2018.pdf (22.05.2019).
- Fundamental Rights Agency (FRA) Focus (2018a): #BigData: Discrimination in data-supported decision making.
- Fundamental Rights Agency (FRA) (2018b): Under watchful eyes biometrics, EU IT systems and fundamental rights.
- Giddens, Anthony (1992): Kritische Theorie der Spätmodernen. Wien.
- Heide, Dana (2019): Studie zum Internetausbau. In: Handelsblatt. URL: [\(26.08.2019\).](https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/studie-zum-internetausbau-verdreibachung-des-datenvolumens-weltweit-bis-2019/13716800-2.html)
- Inglehart, Roland/Welzel, Christian (2007): Modernization, Cultural Change, and Democracy, The Human Development Sequence. Cambridge.
- International Telecommunication Union (2018): Global Cybersecurity Index. URL: <https://www.itu.int/en/ITU-D/Cybersecurity/Pages/global-cybersecurity-index.aspx>.
- Internet Rights & Principles Coalition (2014): Die Charta der Menschenrechte und Prinzipien für das Internet, United Nations, 2013. URL: www.internetrights.org/

- netrightsandprinciples.org/site/wpcontent/uploads/2014/06/IRPC_book-let_29May2014_German.pdf (22.05.2019).
- Islam iQ (2019): Terrorverdacht wegen arabischem Namen. URL: www.islamiq.de/2019/04/30/terrorverdacht-wegen-arabischem-namen/(22.05.2019).
- Japkowicz, Nathalie/Stefanowski, Jerzy (Hg.) (2016): Big-Data-Analyse: Neue Algorithmen für eine neue Gesellschaft. Wiesbaden.
- Jorgensen, Rikke Frank (2006): Human Rights in the Global Information Society. London.
- Kleinwächter, Wolfgang (2006): Globalisierung und Cyberspace. Der Weltgipfel über die Informationsgesellschaft weist den Weg. In: Zeitschrift Vereinte Nationen 6 (1-2), S. 38–44.
- Kosmehl, Miriam (2019): Die Ukraine als europäische Wohlstandsoase – Wasyl Holoborodkos Vision hat überzeugt. In: Ukraine-Analysen 217, S. 12–14.
- Lipton, Jacqueline (2015): Rethinking Cyberlaw, A new Version for Internet Law. Cheltenham.
- Mihr, Anja (2017): Cyber Justice: Human Rights and Good Governance for the Internet. Wiesbaden.
- Mihr, Anja (2016): Ein Cyber-Gesellschaftsvertrag für die Menschenrechte. In: Zeitschrift für Menschenrechte 10 (1), S. 44–59
- Mueller, Milton L. (2004): Ruling the Root. London.
- Papier, Hans-Jürgen (2018): Herausforderungen des Rechtsstaats im Zeitalter der Digitalisierung. In: Bär et al. (Hg.): Digitalisierung im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Recht. Berlin und Heidelberg, S. 171–183.
- Prates, Marcelo/Avelar, Pedro/Lamb, Luis (2018): »Bewertung der geschlechtsspezifischen Abweichungen bei der maschinellen Übersetzung – Eine Fallstudie mit Google Translate«, AdRR abs/1809.02208, S. 1-31.
- Rawls, John (1999): The Law of the Peoples. Cambridge.
- Rifkin, Jeremy (2014): The Zero Marginal Cost Society, The Internet of Things, the Collaborative Commons, and the Eclipse of Capitalism. Basingstoke.
- Stier, Sebastian (2016): Internet und Regimetyp. Netzpolitik und politische Online-Kommunikation in Autokratien und Demokratien. Heidelberg.
- Stöcker, Christian (2011): Nerd Attack! Eine Geschichte der digitalen Welt von C64 bis zu Twitter und Facebook. München.
- The Toronto Declaration (2018): Protecting the rights to equality and non-discrimination in machine learning systems, May 2018. In: Access now Policy Team. URL: <https://www.accessnow.org/the-toronto-declaration-protecting-the-rights-to-equality-and-non-discrimination-in-machine-learning-systems/>(22.05.2019).
- Trute, Hans-Heinrich (2018): Rechtliche Herausforderungen der Digitalisierung. Daten – Algorithmen – Wissen. In: Bär et al. (Hg.): Digitalisierung im Span-

- nungsfeld von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Recht. Berlin und Heidelberg, S. 303–313.
- Ulbricht, Lena (2019): Big Data und Governance im digitalen Zeitalter. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 289–307.
- Vandenhole, Wouter et al. (2014): Some Crosscutting Issues and their policy implications. In: Gready/Vandenhole (Hg.): Human Rights and Development in the New Millennium, Towards a Theory of Change. London, S. 272–300.

Die Stärkung europäischer Grundrechte im digitalen Zeitalter: demokratiepolitische Potentiale am Beispiel des Privatheitsschutzes

Carlos Becker und Sandra Seubert

»Our freedom is built on what others do not know of our existences.«
(Alexander I. Solschenizyn)

Die Digitalisierung des Alltags ist in westlichen Gesellschaften allgegenwärtig: Sie strukturiert unsere Freizeit, prägt unsere Arbeitsbeziehungen und wird selbst in der Politik zum immer wichtigeren Faktor. Digitalisierung verspricht erhöhte Transparenz und Rationalität, Sicherheit und Effizienz und geht doch mit einer Monopolisierung von Macht einher, die in ihren Ausmaßen historisch einmalig ist (Zuboff 2018; Morozov 2011; Wu 2012; Mayer-Schönberger/Ramge 2017). Mit dieser Entwicklung verbunden sind intensive wissenschaftliche Debatten, die die normativen Grundlagen der Demokratie und das Verhältnis zu Prozessen der Digitalisierung neu zu bestimmen versuchen (Voss 2014; Nam 2017; Persily 2017). Insbesondere richten sie den Fokus dabei auf den Wert der Privatheit und seine Verteidigung (exemplarisch: Schwartz 1999; Seubert/Niesen 2010; Papacharissi 2010; Isin/Ruppert 2015). Angesichts der globalen Strukturen der Digitalisierung, ihrer transnationalen technischen Infrastruktur und ökonomischen Besitzverhältnisse, ist das Verhältnis von Digitalisierung, Demokratie und Privatheit allerdings kaum mehr innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten allein zu begreifen. Vor diesem Hintergrund erlangt die EU als politischer und rechtlicher Akteur eine herausgehobene Bedeutung, was mittlerweile eine eigenständige wissenschaftliche Auseinandersetzung hervorgerufen hat (Irion 2016; Granger/Irion 2018; Petkova 2019).

Nicht erst seit den Debatten zum Urheberrechtsschutz ist die europäische Digital- und Netzpolitik zum Kulminationspunkt zivilgesellschaftlicher Politisierung in Europa geworden. Schon zuvor hat die Europäische Rechtsprechung öffentliche Kontroversen mit ihren Versuchen generiert, dem digitalen Strukturwandel durch wegweisende Grundsatzurteile (»Schrems-Urteil«, »Right-to-be-forgotten«) normative Leitplanken einzuziehen. Zunächst primär als Regulati-

onsinstrument des Binnenmarktes gefasst, hat das europäische Recht im Ganzen inzwischen eine Normativität entfaltet, die über den ursprünglichen Regelungszweck und Wirkungsraum an vielen Stellen hinaustreibt.¹

Spätestens mit der Anerkennung der Grundrechtecharta (GRC) ist neben die »vier Grundfreiheiten« ein bindender Katalog von Grundrechten getreten, der das Unionsrecht verfassungsrechtlich unterfüttern soll. Dabei zeigt sich, dass eine Substantialisierung europäischer Grundrechte gerade auf dem Gebiet der Netz- und Digitalpolitik Gestalt annimmt und in besonderer Weise von den europäischen Rechtsinstitutionen – allen voran durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) – vorangetrieben und gestärkt wird.

Nicht nur profiliert sich die EU in diesem Politik- und Rechtsgebiet als Akteur mit politischer Handlungskompetenz etwa gegenüber digitalen Großunternehmen (Kalyanpur/Newman 2019). Vielmehr ist es das mehrdimensional gerahmte *Recht auf Privatheit*², an dem auf besondere Weise die Stärkung und Selbstbehauptung europäischer Grundrechte exemplifiziert und weitergeführt wird. Zwischen binnennmarktorientierter Regulierungsaufgabe und grundrechtlicher Selbstverpflichtung des Unionsrechts spannt sich ein normativer Korridor auf, in dem das »Recht auf Privatheit« eine zentrale Stellung einnimmt und die zukünftige Gestalt der europäischen Rechtsarchitektur entscheidend mitprägen wird (De Vries 2015, 236). Dieser Bedeutungszuwachs des Privatheitsschutzes in Europa ist nun aber nicht allein im Hinblick auf den individualrechtlichen Schutz der Privatheit, sondern auch in seiner demokratiepolitischen Bedeutung zu erfassen. Danach stärkt der europäische Privatheitsschutz die Handlungsfreiheit je einzelner Individuen und erweist sich zugleich als entscheidend für die Verwirklichung *demokratischer Praxis als freiheitlicher Kommunikation*.

Der Fokus des vorliegenden Beitrags wird auf dieser These – der spezifisch demokratischen Bedeutung eines individuellen Grundrechtsschutzes der Privatheit in Europa – liegen, die zugleich auf die aktuellen politischen Herausforderungen

1 Vgl. dazu exemplarisch zur ähnlich gelagerten Debatte um die normativen Potentiale Europäischer Bürgerschaft: Seubert/Eberl/Van Waarden 2018; umfassend auch: Bauböck 2019.

2 Schon hier sei kurz anzumerken, dass es im Unionsrecht so wenig wie im deutschen Recht ein juridisch so benanntes *Recht auf Privatheit* gibt (vgl. dazu umfassend auch: Eichenhofer 2019), auch wenn der Schutz des *Privatlebens* europarechtlich zumindest begrifflich eingeführt wird. Im Folgenden sollen mit dem Recht auf Privatheit somit alle Rechte umfasst werden, die im weitesten Sinne den Schutz der Privatsphäre, persönlicher Kommunikation oder personenbezogener Daten, d.h. den Datenschutz betreffen. Der Schutz privater Lebensvollzüge und Interaktionsbeziehungen und Datenschutz werden damit begrifflich zwar nicht synonym verwendet, jedoch als insoweit sich wechselseitig ergänzend begriffen, dass diese für den Zweck des vorliegenden Beitrags unter dem Recht auf Privatheit zusammengefasst werden sollen. Vgl. zu dieser gerade rechtswissenschaftlich nicht unstrittigen, aber doch gut begründbaren Zusammenführung: Gusy 2018.

des digitalen Strukturwandels bezogen werden soll. Denn es sind letztlich die sich rapide transformierenden Arrangements digitaler Kommunikation und Informationsverarbeitung, die zu neuen Bedrohungsformen kommunikativer Freiheit führen. Auch wenn der Blick des vorliegenden Beitrags vor allem auf den grundrechtlichen Fragen und einer demokratietheoretischen Interpretation des Privatheitsschutzes liegt, so wird deren Virulenz doch zuallererst durch die Digitalisierung alltäglicher Kommunikationspraxis und ihrer potentiellen Folgen ersichtlich.

Die argumentative Struktur des Textes soll in drei Schritten entwickelt werden. In den Blick genommen wird zunächst, wie das Recht auf Privatheit innerhalb der mehrdimensionalen Vertrags- und Rechtsarchitektur in Europa eine grundrechtliche Bedeutung annimmt und als Rechtstext im Zuge der Rechtsprechung, gerade des EuGH, eine substantielle Unterfütterung erfährt (Abschnitt 1). Die Substan-tialisierung europäischer Grundrechte am Beispiel der Privatheit soll sodann auf seine demokratiepolitischen Konsequenzen hin befragt werden. Im zweiten Schritt (Abschnitt 2) muss dafür geklärt werden, wie das Verhältnis von Privatheit und Demokratie in einem normativen Sinne zu verstehen ist. Ausgehend von einer kur-sorischen Kritik individualrechtlicher Privatheitstheorien wird ein soziales Privatheitsverständnis formuliert, das im Kern auf eine Vorstellung interaktionistischer Freiheitsverwirklichung ausgerichtet ist (Abschnitt 2a). Der Fokus wird darauffol-gend auf der konzeptuellen Verknüpfung der Privatheit mit einer Idee kommuni-kativer Freiheit liegen, die in besonderer Weise geeignet scheint, den *demokrati-schen Wert* der Privatheit herauszustellen und auf dessen Bedeutung innerhalb ei-ner digitalen Kommunikationsarchitektur aufmerksam zu machen (Abschnitt 2b). Im dritten Schritt (Abschnitt 3) sollen diese beiden Ebenen zusammengeführt und ein Ausblick auf die demokratischen Effekte des europäischen Privatheitsschutzes versucht werden.

1. Ein europäisches Grundrecht auf Privatheit?

Die Stärkung des Privatheitsschutzes in Europa muss letztlich – ironisch genug – als Produkt der neuen Gefährdungslagen begriffen werden, die mit dem digitalen Strukturwandel zu Tage getreten sind. Die grenzüberschreitende Datenökonomie und die Massenüberwachung digitaler Alltagskommunikation, besonders durch die 5-Eyes-Allianz³, waren nicht zuletzt ausschlaggebend für die Initiative, beson-ders der europäischen Rechtsinstitutionen (sowie des Europäischen Parlaments),

³ Als 5-Eyes wird gemeinhin die Zusammenarbeit der Geheimdienste von den USA, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland benannt, die besonders durch die Snowden-Enthüllungen ins Visier der Öffentlichkeit geraten sind (Greenwald 2014, 175ff.).

für einen besseren und wirksameren (Grund)Rechtsschutz der Privatheit zu sorgen. Zum einen sollte damit einem entfesselten Daten- und Informationsmarkt begegnet werden, in dem das Nicht-Vorhandensein von Schutzstandards mit ökonomischen Vorteilen verbunden ist und binneneuropäische Spannung zwischen Staaten erzeugt, deren Schutzstandards unterschiedlich hoch sind. Zum anderen drängten besonders die Snowden-Enthüllungen auf einen besonderen Schutz personenbezogener Daten und Privatheit auch im Verhältnis zu Nicht-EU-Staaten und deren potentiellen Geheimdienstaktivitäten.

Nun genießt der Schutz privater Lebensvollzüge und der Schutz personenbezogener Daten im europäischen Mehrebenen-Recht zweifelsohne schon lange eine grundrechtliche Bedeutung. Schon 1950 wird etwa in der EMRK mit Artikel 8 das *Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens* festgehalten, das nur unter den hohen Hürden eines eminent wichtigen kollektiven Interesses gemeinschaftlich in Frage gestellt werden darf und einen besonderen Augenmerk auf den Schutz der privaten »Korrespondenz« (EMRK, Art. 8 [1]) legt. Als völkerrechtliches Vertragswerk dient Art. 8 der EMRK nicht nur als grundlegende Normquelle des europäischen Privatheitsschutzes (Granger/Irion 2018, 3f.), es stellt zugleich die fundamentale Bedeutung der Privatheit durch seine Inkorporation in den Grundrechtekatalog der Konvention fest. Diese grundrechtliche Stellung wird auch in den weiteren konstitutionellen Vertrags- und Grundrechtswerken der EU fortgeschrieben und um ein Grundrecht auf Datenschutz ergänzt.

Sowohl der EU-Vertrag in Art. 39 als auch der Vertrag über die Arbeitsweise der EU in Art. 16 halten ein Grundrecht auf Datenschutz an grundrechtsäquivalenter Stelle fest, das alle Organe und Institutionen der EU zu einem angemessenen und zweckgebundenen Umgang mit sensiblen Daten verpflichtet – und dieses Recht zugleich allen EU-Bürgern als Einzelpersonen zuerkennt. Auch der später abgelehnte Entwurf einer Europäischen Verfassung misst dem Schutz der Privatheit und personenbezogener Daten mit Art. 50 und 51 eine grundrechtliche Bedeutung bei (vgl. zur Übersicht: Brühann 2015a, 11ff.; 2015b).

Diese Hervorhebung der Privatheit gilt ganz besonders für die europäische Grundrechtecharta (GRC), die mit Art. 7 und 8 an zentraler Stelle den Schutz privater Lebensvollzüge und den Schutz personenbezogener Daten und ihrer Verarbeitung auszeichnet. Zusammengenommen wird der Schutz der Privatheit im europäischen Rahmen damit auf völkerrechtlicher (EMRK), institutionell-verfahrensrechtlicher (TEU/TFEU) und auf europäischer Grundrechtsebene (GRC) verankert und als Säule der europäischen Rechtsarchitektur bekräftigt.⁴

⁴ Bilyana Petkova geht sogar so weit, Privatheit als »Europe's first Amendment« zu bezeichnen (Petkova 2019, 140ff.; 153f.). Petkova deutet Privatheit in Europa – auf durchaus strittige Weise – dabei so, dass diese eine spiegelbildliche Stellung Recht auf Meinungsäußerung in den USA einnimmt und als Herzstück nicht nur der gesamten Rechtsarchitektur zu begreifen sei, sondern

Die Grundrechtecharta erweist sich in diesem Kontext allerdings als besonders bedeutsam, denn mit dem Auftritt der GRC als verfassungsäquivalente Rechtsordnung wird der EuGH zum »Grundrechtsgericht« (Kühling 2014, 684), der mit seinen inhaltlichen Entscheidungen zugleich über die Struktur und Wirkungsweite europäischer Grundrechte entscheidet (Haltern 2017, 579ff.). Das betrifft nun sowohl die binneneuropäische Hierarchisierung von Grundrechten gegenüber den Grundfreiheiten der EU⁵ als auch die Selbstbehauptung von europäischem Unionsrecht gegenüber nationalstaatlichem Recht. Die Frage nach den etwaigen demokratischen Effekten der Substantialisierung europäischer Grundrechte am Beispiel des Grundrechts auf Privatheit stellt sich damit vor allem im Hinblick auf die GRC und die Entscheidungen des EuGH. Die Auslegung europäischer Grundrechte durch den EuGH ist nun seit seinem Bestehen (gerade von deutscher Seite) kritisch kommentiert und ambivalent bewertet worden,⁶ weil dieser stets im Verdacht stand, im Zweifel die Grundfreiheiten des Binnenmarktes über die Grundrechte zu stellen und im Zuge der Harmonisierung europäischer Rechtsarchitekturen zu einem generellen Absinken der grundrechtlichen Schutzniveaus beizutragen.

Diese Befürchtungen wurden nun besonders auch im Hinblick auf die europäischen Rechtsentscheidungen hinsichtlich des Schutzes der Privatheit und des Datenschutzes artikuliert, war doch zu erwarten, dass die ökonomische Bedeutung digitaler Industrien und die Relevanz sicherheitspolitischer Themen im Zweifel gegen eine grundrechtliche Stärkung der Privatheit sprechen könnten. Umso überraschender war vor diesem Hintergrund, wie strikt der EuGH für eine umfassende Stärkung des Privatheitsschutzes auf der Grundlage von Art. 7 und 8 der GRC eingetreten ist und wie sich der EuGH damit auch gegenüber der EU und ihren

zugleich eine integrierende Funktion habe, die vergleichbar zur *freedom of expression* in Zeiten der amerikanischen Bürgerrechtsbewegungen ist (Petkova 2019, 144ff.; 148ff.).

⁵ Vgl. dazu: EuGH C-36/02 *Omega*, Urteil vom 14.10.2004.

⁶ Das betrifft sowohl das Verhältnis von Grundfreiheiten und Grundrechten im europäischen Binnenmarkt als auch die spezifische Qualität und die Grenzen der EuGH-Rechtsprechung. Sah sich der EuGH auf der einen Seite dem Vorwurf ausgesetzt, im Zweifel die Grundfreiheiten des Binnenmarkts gegenüber den Grundrechten zu priorisieren, wurde auf der anderen Seite der zu starke oder zu schwache Grundrechtsschutz der europäischen Rechtsinstitutionen hervorgehoben (Vgl. dazu auch: Masing 2015, 486f.). Besonders das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und entsprechende Kommentare haben vielfach Bedenken gegenüber einer vermeintlich drohenden Verwässerung grundrechtlicher Standards geäußert (Haltern 2017, 446ff.). Sowohl wurde *institutionell* die unzulässige Kompetenzerweiterung des EuGH auf nicht unionsrechtlich definierte Gebiete moniert, als auch *inhaltlich* an der spezifischen Auslegung der Grundrechte Kritik artikuliert. Diese Debatte fand ihre Zusitzung im Kontext der Åkerberg Fransson- und Melloni-Urteile, in denen der EuGH einerseits seine Kompetenzen massiv auszuweiten versuchte, und andererseits drohte, grundrechtliche Schutzstandards mit dem Verweis auf die Harmonisierung binneneuropäischer Rechtsordnungen zu verwässern (Haltern 2017, 698ff.; Pliakos/Anagnostaras 2015, 104ff.).

Mitgliedsländern als starkes europäisches Grundrechtsgericht positioniert hat (De Vries 2015, 244ff.; Petkova 2019, 148ff.; Irion 2016, 879ff., 886f.). Es sind letztlich drei zentrale Urteile des EuGH, die diesen Eindruck stützen: *Digital Rights Ireland*,⁷ *Google Spain*⁸ und *Schrems I*.⁹

Das *Digital Rights Ireland*-Urteil von 2014 behandelt die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, die es Behörden erlaubte, ohne spezifische Zweckbindung umfassend auf elektronische Kommunikationsdaten zuzugreifen. Der EuGH sah in dieser Richtlinie eine schwere Verletzung von Art. 7 und 8 der GRC¹⁰ und stellte einen »Eingriff in die Grundrechte fast der gesamten europäischen Bevölkerung«¹¹ fest, der keinen anderen Schluss zuließ, als »dass der Unionsgesetzgeber beim Erlass der Richtlinie 2006/24 die Grenzen überschritten hat«.¹² Zum ersten Mal hat der EuGH im Folgeschluss eine gesamte EU-Richtlinie, auf die sich die Mitgliedstaaten geeinigt hatten, für ungültig erklärt und die GRC als Grundlage eines Normenkontrollverfahrens auf solch strikte Weise eingesetzt (Haltern 2017, 578, Randnummer 1368; Irion 2016, 882ff.).¹³

Diese strikte Haltung zum Grundrechtsschutz der Privatheit setzte der EuGH nur kurz danach in seinem *Google Spain*-Urteil fort. Dabei ging es um etwaige Verletzungen der personalen Integrität durch Ergebnislisten digitaler Suchmaschinen. Der EuGH hat aus Art. 7 und 8 der GRC ein »Recht auf Vergessen« abgeleitet, das Suchmaschinen-Betreiber dazu verpflichten kann, bestimmte Links aus den Ergebnislisten zu streichen, und damit das Recht auf Privatheit sowohl gegenüber öffentlichen Interessen und damit verknüpften Rechten als auch gegenüber den wirtschaftlichen Interessen des Suchmaschinen-Betreibers bevorzugt (Boehme-Nefßer 2014, 829ff.; Petkova 2017, 542f.; zum Recht auf Vergessen in der DGSVO: Kubis 2017).¹⁴

Noch deutlicher hat sich der EuGH dann im *Schrems I*-Urteil positioniert, das das sog. »Safe Harbour«-Datenschutzabkommen zwischen den USA und der EU betraf. Wiederum mit dem expliziten Verweis auf Art. 7 und 8 der GRC hat der

⁷ EuGH Rs. C-293/12 und C-594/12 *Digital Rights Ireland*, Urteil vom 8.4.2014.

⁸ EuGH Rs. C-131-12 *Google Spain*, Urteil vom 13.5.2014.

⁹ EuGH Rs. C-362/14 *Schrems I*, Urteil vom 6.10.2015.

¹⁰ EuGH *Digital Rights Ireland* (Fußnote. 40), Randnummer 52-63.

¹¹ Ebd., Randnummer 56.

¹² Ebd., Randnummer 69.

¹³ Schon zuvor hatte der EuGH mit dem *Schecke Eifert*-Urteil (Fußnote 24) einen Präzedenzfall im Gebiet des Privatheitsschutzes geschaffen, weil er überhaupt zum ersten Mal europäisches Recht mit dem Verweis auf die Grundrechte-Charta und Art. 7 und 8 zurückgewiesen hat (vgl. auch: Petkova 2019, 148).

¹⁴ Das Recht auf Vergessen erfährt eine Abschwächung dort, wo es ein berechtigtes öffentliches Interesse an bestimmten Informationen geben kann, das vor allem dann gegeben ist, sofern die betreffende Person eine öffentliche Rolle oder gar ein Amt einnimmt (vgl. EuGH *Google Spain* (Fußnote 41), Randnummer 97f.).

EuGH das transatlantische Datenschutz-Abkommen für nichtig erklärt, weil das Datenschutzniveau der USA keinerlei garantierten Schutz der Grundrechte auf Privatheit böte und die Speicherung personenbezogener Daten in unqualifizierter Weise erfolge. Damit »verletzt eine Regelung, die es den Behörden gestattet, generell auf den Inhalt elektronischer Kommunikation zuzugreifen, den Wesensgehalt des durch Art. 7 der Charta garantierten Grundrechts auf Achtung des Privatlebens.«¹⁵ Neben der weiteren Stärkung und Ausgestaltung des europäischen Grundrechts auf Privatheit, das die massenhafte Speicherung und den nicht zweckgebundenen Zugriff auf *private Kommunikationsakte* untersagt, entfaltet die GRC durch den EuGH gleichsam auch Wirkungen auf das Datenschutzniveau von Drittstaaten, wenn »das Recht und die Praxis dieses Landes kein angemessenes Schutzniveau«¹⁶ gewährleisten kann.¹⁷

Entscheidend ist jedoch, dass der EuGH – wiederum zum ersten Mal – eine Zurückweisung europäischen Sekundärrechts mit dem Verweis auf die Verletzung des *grundrechtlichen Wesensgehalts* vormimmt, was sowohl auf eine tiefgreifende Grundrechtsverletzung schließen lässt als auch zur Folge hat, dass diese Verletzung nicht mit dem Verweis auf andere Interessen und Rechte legitimiert oder ausgeglichen werden kann (Petkova 2019, 150).¹⁸ Zusammengenommen ergibt sich damit ein Bild, in dem der Schutz der Privatheit nicht nur eine zentrale Stellung innerhalb der europäischen Rechtsarchitektur einnimmt,¹⁹ sondern in dem über den

¹⁵ Ebd., Randnummer 94.

¹⁶ Ebd., Randnummer 107.

¹⁷ Ebd., Randnummer 45ff. und 72ff. Diese Ausweitung der Wirkung der europäischen Privatsrechte spiegelt sich in Teilen auch in der DGSVO wieder, in der ausdrücklich alle Nutzer digitaler Kommunikationstechniken als potentielle Schutzsubjekte gelten – also nicht nur Unionsbürger. Auch wenn dies natürlich anders gelagert ist, zeigt sich auch hier, wie nationale oder regional begrenzte Rechtsordnungen in Spannung zu den globalen Kommunikationsströmen des Internets geraten. Als zentraler Akteur innerhalb der weltweiten Kommunikation könnte jedoch die europäische Initiative zum Schutz der Privatheit gleichsam große Wirkungskraft entfalten, indem sie Drittstaaten auf ein ähnliches Schutzniveau verpflichtet.

¹⁸ Mit dem *Privacy Shield* wurde in der Folge ein neues Datenschutz-Abkommen ausgehandelt, dessen Schutzwirkung abermals von verschiedener Seite in Frage gestellt wird. Dies hat nicht zuletzt zum mittlerweile als *Schrems II* bezeichneten Verfahren geführt, mit dem sich nun der EuGH auseinandersetzt, nach dem dieser ein weiteres Mal vom irischen Supreme Court in einem Vorabentscheidungsverfahren angerufen wurde. Gegen diese Verfahrensübernahme durch den für seine strikte Datenschutz- und Privatheits-Rechtsprechung mittlerweile bekannten EuGH hatte vor allem Facebook massiv opponiert (vgl. u.a. <https://www.irishtimes.com/business/technology/facebook-loses-supreme-court-appeal-in-max-schrems-case-1.3910710> (15.6.2019); <https://techcrunch.com/2019/06/04/facebook-fails-to-stop-europe-s-top-court-weighing-in-on-eu-us-data-transfers/> (15.6.2019)).

¹⁹ Diese Stellung lässt sich auch dadurch belegen, dass der EuGH, wie sonst nur in wenigen anderen prominenten Fällen, in Privatheits- und Datenschutzfragen zuallermeist als Grand Cham-

Schutz der Privatheit zugleich eine Substantialisierung europäischer Grundrechte im Ganzen vorangetrieben wird (Granger/Irion 2018, 283ff., 295ff.).

Der vorliegende Beitrag will diese grundrechtliche Substantialisierung des Rechts auf Privatheit in Europa diagnostizieren und zugleich skizzieren, welche demokratischen Effekte mit einer solchen Substantialisierung einhergehen könnten. Dabei soll weniger von der demokratischen Bedeutung ausgegangen werden, die Grundrechte im Allgemeinen für demokratische Ordnungen haben.²⁰ Vielmehr liegt der Fokus auf dem *demokratischen Wert* der Privatheit. Der grundrechtliche Privatheitsschutz entfaltet seine demokratiepolitische Bedeutung aus dieser Perspektive erst, wenn der Wert der Privatheit demokratietheoretisch erschlossen und das Recht auf Privatheit über seine individualrechtliche Form hinaus begriffen wird.

2. Der demokratische Wert der Privatheit

In der wissenschaftlichen Debatte zur Privatheit lässt sich seit einiger Zeit eine Abkehr von einem liberal-privatrechtlichen Paradigma feststellen, das Privatheit grundlegend mit Ideen der individuellen Abgeschiedenheit und Kontrolle verbunden hat und auf einer individualistischen Konzeption personaler Autonomie gründete. Mit Privatheit als »right to be let alone« (Warren/Brandeis 1890, 193) hatte diese Vorstellung schon früh einen rechtlichen Ausdruck gefunden, der über Jahrzehnte das Verständnis und die Rechtsprechung zu Privatheit gerade in den USA prägen sollte. Ähnlich der aktuellen Renaissance der Privatheitsforschung war auch die Verteidigung der Privatheit von Warren und Brandeis seinerzeit eine Antwort auf die technologischen Entwicklungen, vor allem der Photographie und ihrer ökonomischen Verwertung, die auf neue Weise private Lebensvollzüge zu gefährden drohten (ebd., 195ff.). Dabei entwickeln die beiden Autoren eine primär eigentums-theoretische Interpretation der Privatheit – etwa das Recht am Bild –, die zugleich mit einer starken Idee der individuellen (Zugangs-)Kontrolle verknüpft wird (vgl. auch: Gavison 1980, 428ff.).

»The common law secures to each individual the right of determining, ordinarily, to what extent his thoughts, sentiments, and emotions shall be communicated to others. Under our system of government, he can never be compelled to express them (except when upon the witness stand); and even if he has chosen to give them expression, he generally retains the power to fix the limits of the publicity

ber getagt hat, was die herausgehobene Bedeutung dieser Fragen auch für den EuGH abermals dokumentiert (vgl. dazu: Irion 2016, 876ff.).

²⁰ Vgl. hierfür den Beitrag von Anja Mihir in diesem Band.

which shall be given them.« (Warren/Brandeis 1890, 198; Hervorhebung der Verfasser C.B./S.S)

So lange an genau dieser Vorstellung der Privatheit als individueller Handlungsautonomie und Entscheidungsgewalt festgehalten wurde (vgl. umfassend auch: Rössler 2001), so deutlich hat ein solches Kontrollparadigma in Zeiten globaler Datenströme und unsichtbarer Datentransfers an faktischer Überzeugungskraft eingebüßt. Allein die Kommunikationsarchitektur sozialer Netzwerke ist derart verflochten, dass die Nutzer nie die volle Kontrolle über die Verbreitung ihrer persönlichen Daten haben können (Marwick/boyd 2014; Helm/Seubert 2019). Doch bereits bei Warren und Brandeis zeigt sich die ganze Komplexität einer an Kontrolle orientierten Vorstellung. Denn zum einen vermag sich Privatheit tatsächlich in der Freiheit ausdrücken, auf selbstbestimmte Weise kontextuell und relational unterschiedliche Ebenen seiner Person *kommunikativ* zu offenbaren (Seubert 2014a, Masur 2019). Zum anderen ist diese kommunikative Dimension der Offenbarung jedoch selbst ein notwendig *intersubjektiver* Akt der Interaktion mit anderen, selbst wenn eben *nicht* kommuniziert wird (vgl. auch mit Bezug zu Warren/Brandeis: Gusy 2018, 246). Es ist die kommunikative Beziehung mit spezifischen Anderen, aus denen je *unterschiedliche Privatheitsverhältnisse* erwachsen.

Auf dieser intersubjektivitätstheoretischen Vorstellung baut nun ein *soziales Privatheitsverständnis* auf, das die Grundannahmen einer individualistischen Konzeption der Privatheit in Frage stellt, weil es auf den stets sozialen Charakter der Privatheit abhebt (vgl. dazu umfassend: Rössler/Mokrosinska 2015). Dabei erweist sich nicht nur Privatheit selbst als gesellschaftlich bestimmt, sie ist vielmehr funktional notwendig für soziale Beziehungen und gesellschaftliches Zusammenleben. Privatheit ist nach dieser Lesart über die je individuelle Freiheitsverwirklichung hinaus *zugleich* eine zentrale Vorbedingung der Verwirklichung kollektiver oder sozialer Freiheit (Becker 2017, 53ff.). In diesem Sinne gewinnt Privatheit einen *sozialen Wert*, der die individuelle Bedeutung der Privatheit überspannt. Im ersten Schritt soll nun kurz rekapituliert werden, wie der *soziale Wert der Privatheit* begründet werden kann (IIa). Ausgehend von diesen Überlegungen soll sodann im Fokus stehen, wie sich daraus eine Idee des *demokratischen Werts* der Privatheit ableiten lässt (IIb).

a Der soziale Wert der Privatheit

Privatheit wird vor dem Hintergrund eines sozialen Privatheitsverständnisses nun nicht nur zu einem sozialen Interaktionsverhältnis, zu einer immer schon sozialen Praxis erklärt (Steeves 2009; Marwick/boyd 2014; auch schon: Altman 1975, 23f.). Vielmehr wird diese zugleich als soziales Gut beschrieben, dem ein zentraler Wert innerhalb von (demokratischen) Gesellschaften zukommt (Hughes 2015). Priscilla Regan folgend, lässt sich der soziale Wert der Privatheit auf drei Weisen begreifen:

Privatheit kann erstens einen bloß sozial geteilten Wert (common value) haben, auf den Gesellschaftsmitglieder sich in der einen oder anderen Form beziehen (Regan 2015, 56ff.). Privatheit kann zweitens einen kollektiven Wert (collective value) besitzen, der die wechselseitige Abhängigkeit der Privatheit einzelner von dem Schutz der Privatheit aller fasst (ebd., 227ff.; nochmals auch: Marwick/boyd 2014). Der soziale Wert der Privatheit bezeichnet hier den Umstand, dass ein sozial anerkannter und tatsächlich wirksamer Schutz der Privatheit der je Einzelnen nur in einem Kontext gelingen kann, den ein tatsächlich reziprokes Interesse am wechselseitigen Schutz der Privatheit auszeichnet. Privatheit als individuelle Grenzziehung muss folglich soziale Anerkennung erfahren; ihre Verteidigung als angemessen und ihre Überschreitung von anderen als Verletzung wahrgenommen werden. Priscilla Regan unterscheidet darüber hinaus den *öffentlichen* Wert der Privatheit (public value), der auf die *konstitutive* Bedeutung der Privatheit für das Gelingen demokratischer Selbstbestimmung verweist.

Konstitutiv lässt sich dabei zunächst so verstehen, dass eine bestimmte Praxis oder Institution funktional notwendig für das Gelingen eines größeren sozialen Zusammenhangs ist. Beate Rössler und Dorota Mokrosinska beschreiben Privatheit in diesem Sinne etwa als konstitutive Voraussetzung für das Bestehen sozialer Rollen, die sich maßgeblich nach dem Grad der sich in ihnen vollziehenden Privatheitskommunikation differenzieren lassen. Erst dadurch, dass der jeweilige Grad der Privatheit von den jeweiligen Interaktionspartnern oder dem sozialen Umfeld respektiert und anerkannt wird, können sich bestimmte Rollen wiederum strukturell verfestigen und fortbestehen (Rössler/Mokrosinska 2013, 779ff.). Ähnlich hat Helen Nissenbaum am Beispiel sozialer Kontexte beschrieben, wie diese durch die Verletzung kontextuell normierter Privatheits- und Informationsregeln im Ganzen geschädigt werden können (Nissenbaum 2010, 129ff.). Die Verletzung tradiert und normierter Privatheitsregeln – so sehr gerade dies Kernthema feministischer Politisierungskämpfe war (vgl. dazu umfassend: Wagner-DeCew 2015) – kann zur Dysfunktionalität sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Interaktionskontexte führen; »norms of privacy are constitutive of social relationships« (Rössler/Mokrosinska 2013, 779).²¹ Wie aber lässt sich Privatheit in diesem Sinne als konstitutive Voraussetzung der Demokratie begreifen?

21 Nicht allein der Verlust öffentlicher Anonymität durch die Überwachung öffentlicher Räume mittels CCTV-Kameras und automatisierter Gesichtserkennung oder die massenhafte Speicherung digitaler Kommunikationsdaten sind aus dieser Perspektive problematisch. Ebenso kann die Vermischung von Freizeit- und Berufssphären, ökonomischen, kulturellen und rein privaten Interessen in sozialen Netzwerken zu einer strukturellen Verunsicherung von sozialen Kontexten und Rollenidentitäten führen und auch die durch Privatheit freigesetzten Freiheitspotentiale austrocknen (Seubert/Becker 2019).

b Privatheit und Demokratie – eine spannungsvolle Beziehung

Der demokratische Wert der Privatheit erschließt sich nicht von selbst, gelten Privatheit und Demokratie doch vielerorts als Gegensatzpaar, deren normative Grundprinzipien – Teilnahme, Transparenz vs. Verbogenheit, Rückzug – als unvereinbar gelesen werden (Lever 2006; Etzioni 1999, 187ff.). Nun hängt diese Deutung freilich davon ab, wie sowohl Privatheit als auch Demokratie konzeptuell gefasst werden (Seubert 2017). Dennoch tun sich liberale ebenso wie republikanische Demokratiekonzeptionen aus unterschiedlichen Gründen schwer damit, der Privatheit irgendeinen eigenständigen Wert zuzuerkennen. Auch Versuche, den politischen Wert der Privatheit negativ über deren antipodische Stellung zur politischen Öffentlichkeit zu bestimmen, helfen hier wenig weiter, besteht der politische Wert der Privatheit letztlich bloß darin, eben nicht politisch zu sein (vgl. so etwa: Mokrosinska 2014). Aus der Perspektive des politischen Liberalismus gewinnt Privatheit politischen Wert hier nur ex negativo, in dem das Politische vom Privaten freigehalten wird und damit das Politische stärkt.²²

Es ist jedoch zu unterscheiden, ob Privatheit, wie hier, bloß instrumentell als notwendiger Gegenpart (freiheitlicher) politischer Ordnungen gilt; oder ob sie als hinreichende Bedingung für ein besseres Gelingen der demokratischen Selbstbestimmungspraxis oder gar als konstitutives Element der Demokratie beschrieben wird. Im ersten Fall wird Privatheit als wichtige, aber eben nicht notwendige Ressource demokratischer Gemeinwesen gefasst – etwa im Sinne eines lebensweltlichen Reservoirs pluraler Meinungen und Lebensentwürfe, die das »kommunikativ[e] Unterfutter« (Seubert 2014b, 964) lebendiger Demokratien darstellen und zu deren Gediehen beitragen (vgl. dazu: Solove 2008, 91ff.). Privatheit ist hier nicht nur der Nährboden politisch handlungsfähiger Subjekte, sondern auch von politischen Meinungen und gesellschaftlichen Interessen, ohne deren Artikulation die Institutionen der Demokratie von innen her austrocknen würden. Ohne Frage wird Privatheit in dieser Lesart zum wichtigen Faktor vielfältiger demokratischer Gemeinwesen. Als funktional notwendig für die Verwirklichung demokratischer Selbstbestimmung erweist sich die Privatheit hier jedoch nicht.

Genau diese konstitutive Dimension der Privatheit könnte nun erschlossen werden, indem Privatheit und Demokratie über eine intersubjektivitätstheoretische Idee der kommunikativen Freiheit konzeptuell verbunden werden. Natürlich

²² Eine ähnliche Deutung der Privatheit lässt sich auch aus einer neo-republikanischen Perspektive formulieren, die einen herrschaftskritischen Ansatz verfolgt. Indem Privatheit auch vor dem potentiellen Eingriff durch (v.a.) politische Institutionen geschützt wird, werden bestimmte Formen politischer Herrschaft gleichsam auf instrumentelle Weise durch Privatheit verhindert und politische Ordnungen in ihrem demokratischen Charakter gestärkt (Roberts 2015a, 336ff.; 2015b; 2018, 8ff.).

hängt auch hier die Bestimmung des demokratischen Wertes der Privatheit letztlich davon ab, welches Konzept der Demokratie zugrunde gelegt wird. Demokratie grundlegend auf eine Idee gelingender Kommunikation zu beziehen, erschließt sich folglich nicht von selbst, kann sich jedoch in einem breiten Spektrum von Demokratietheorien rückversichern, die an den Begriff der Deliberation anschließen und damit im weitesten Sinne auf eine Idee der kommunikativen Freiheit und diskursiven Rationalität verweisen. Deliberative Demokratietheorien zeichnen gleiche und freie Kommunikationsakte zwischen Menschen insofern aus, als sie diese als zugleich demokratisch *und* rational beschreiben. Gerade *weil* alle potentiellen Teilnehmer durch freie kommunikative Akte am demokratischen Selbstbestimmungsprozess mitwirken können, können über vernünftige Verfahren des argumentativen Austauschs rationale Kommunikationsergebnisse erwartet werden. Die demokratischen Institutionen könnten nun genau diese Infrastruktur deliberativer Aushandlung mittels größtmöglicher Partizipation bereitstellen und fördern. Doch erschöpft sich kommunikative Freiheit eben nicht in der Partizipation an demokratischen Verfahren.

Im Anschluss an Jürgen Habermas und Klaus Günther ließe sich kommunikative Freiheit zweigliedrig als freiwillige Kommunikation des je Einzelnen und als kollektive Freiheit einer Kommunikationsgemeinschaft deuten (Günther 1996; Habermas 1992). Entscheidend ist nun, dass aus der Perspektive einer diskurstheoretischen Demokratiekonzeption beide Dimensionen kommunikativer Freiheit wechselseitig verzahnt und als gleichursprünglich zu behandeln sind: individuelle kommunikative Freiheit lässt sich letztlich nur in einem Kontext realisieren, den ein wechselseitiges Interesse an der Ermöglichung, Sicherung und Verwirklichung dieser Freiheit auszeichnet; eine freie Kommunikationsgemeinschaft wiederum lebt von der je individuellen kommunikativen Freiheit ihrer Mitglieder, auf die sie gleichwohl nicht reduziert werden kann (vgl. zu einer ähnlichen Deutung: Parsons 2015). Gerade Habermas hat diese Gleichursprünglichkeit kommunikativer Autonomie in eine diskurstheoretische Rechtskonzeption übersetzt, in der sich die rechtlichen Verfahren kollektiver, demokratischer Selbstbestimmung und individuelle Freiheitsrechte wechselseitig voraussetzen und reziprok legitimieren. In diesem Sinne sind auch individuelle Freiheitsrechte, die auf die Ermöglichung privater Autonomie abzielen, mit einer Idee politischer Autonomie verschränkt, die sich in demokratischen Rechtssetzungsverfahren verwirklicht (Habermas 1992, 109ff.). Kommunikative Autonomie und Recht sind aus dieser Perspektive nicht voneinander zu trennen. Das gilt gerade auch auf grundrechtlicher Ebene, denn Habermas macht deutlich, dass sich kommunikative Freiheit letztlich nur dann egalitär verwirklichen lässt, wenn sie auf dem Fundament gleich zugänglicher Grundrechte aufbaut. Die Stärkung von Grundrechten kann folglich sowohl zu einem individuellen als auch kollektiven Zuwachs kommunikativer Freiheit beitragen.

Wie aber lässt sich Privatheit hier einordnen? Privatheit kann einerseits als kommunikativer Rückzug, als »Ausstieg« (Habermas 1992, 153) aus den kommunikativen Verpflichtungen verstanden werden, der zunächst im diametralen Gegensatz zur Idee der Demokratie zu stehen scheint. Kommunikative Freiheit bestünde einfach darin, das Recht zu haben, nicht kommunizieren zu müssen (ebd., 152ff.). Fasst man Privatheit hingegen als kontext- und interaktionsbezogene Grenzziehung des kommunikativen Öffnens und Verbergens, dann bestünde kommunikative Freiheit in der – rechtlich geschützten – *ungezwungenen* Möglichkeit, selbst bestimmen zu können, wo und wem ich etwas kommunikativ enthülle (vgl. auch Becker/Seubert 2016).

Kommunikative Grenzziehungen sind jedoch nie das Produkt der Entscheidung eines einzelnen Individuums, sondern hängen immer auch von den gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen ab, die auf diese Grenzziehung unterschiedlich reagieren. Individuelle Grenzziehungen können geachtet oder missachtet, anerkannt oder missbraucht werden. Das gilt gleichermaßen für intime, professionelle wie politisch-öffentliche Beziehungen. Individuelle kommunikative Freiheit als selbstbestimmte Entscheidung darüber, *wie* und mit *wem* ich *was* kommunizieren möchte, ist angewiesen auf eine Kommunikationsgemeinschaft, die diesen Erwartungen weitest möglich Rechnung trägt und Interaktionsbeziehungen respektiert, denen ein spezifischer Umgang mit Privatheit normativ eingeschrieben ist. Gerade diesen Formen der individuellen oder gemeinschaftlichen Grenzziehungen entstehen durch den digitalen Strukturwandel enorme Hürden. Nicht nur versprechen sich ökonomische Akteure monetäre Vorteile davon, auf der Suche nach rohem, möglichst authentischem Datenmaterial, genau diese Grenzen zu durchbrechen oder zu umgehen. Auch politische und geheimdienstliche Organisationen sowie Versicherungs- oder Versorgungsunternehmen haben ein dezidiertes Interesse an transparenten Bürgern, um möglichst präzise Vorhersagen und Risikoeinschätzungen machen zu können.

Deren individuelle Grenzziehungen werden dabei mitunter selbst zum Beobachtungsobjekt; wer, warum, mit wem, welche soziale Beziehungen eingeht, ist nicht nur Gegenstand geheimdienstlicher Metadaten- und Massenüberwachung, sondern wird vor allem für Marketingunternehmen bis hin zur politischen Kampagnenarbeit immer wichtiger (vgl. zum letzteren: Bennett 2015). Auch hier kann die asymmetrische Anordnung der digitalen Kommunikationslandschaft und ihrer Akteure zur Erosion einer sozial geteilten und dadurch gesicherten *Privatheitspraxis* beitragen, die auf die je individuelle kommunikative Freiheit negativ einwirkt.

Das macht allerdings vorerst nur deutlich, dass sich Privatheit als Sozialbeziehung begreifen lässt, die wechselseitig von den Wünschen der Individuen und den sie umgebenden gesellschaftspolitischen Strukturen abhängt. Die *konstitutive* Bedeutung der Privatheit – verstanden als Prozess des kommunikativen Verbergens und Enthüllens – für die demokratische Selbstbestimmungspraxis erschließt sich

gleichwohl erst dann, wenn etwa im Anschluss an ein diskurstheoretisches Demokratiemodell deutlich wird, dass sich die selbstbestimmte Grenzziehung, wo und mit wem ich was teilen möchte, als Ausdruck individueller kommunikativer Freiheit begreifen lässt, auf die Demokratien wesentlich angewiesen sind. Verstehen sich Demokratien im Sinne der deliberativen Demokratietheorie als freiheitliche Arrangements kommunikativer Selbstbestimmung, dann gründet sich ihr normatives Versprechen auf der Vorbedingung, dass ihre Mitglieder gleichsam frei und gleich kommunizieren dürfen und über die Art und den Umfang ihrer Kommunikation nach außen selbst bestimmen.

Genau dies lässt sich nun als ein Element von Privatheit begreifen, weil damit eine Entscheidung darüber impliziert ist, wo und wem ich was enthüllen und wem nicht. Der so erschlossene demokratische Wert der Privatheit liegt folglich darin, dass sie die Ermöglichungsbedingung einer privaten kommunikativen Autonomie ist, die nicht nur durch politische Institutionen geachtet werden sollte, sondern die zugleich das Freiheitsversprechen von Demokratien wesentlich ausmacht. Es ist schlicht widersinnig, sich Demokratien vorzustellen, deren Mitglieder nicht frei entscheiden dürfen, was sie wie und wem kommunizieren möchten.

Es ist nun genau dieser Zusammenhang, der durch die massenhafte Überwachung digitaler Kommunikationsströme und deren Kommodifizierung auf massive Weise gestört wird. Wie oben gesehen verwischen diese Praktiken nicht nur tradierte Privatheitsnormen auf eine teils unzulässige Weise²³ und greifen in die funktionalen Grundstrukturen sozialer Beziehungen ein. Vielmehr stellen sie ganz grundsätzlich das normative Versprechen der kommunikativen Freiheit in Frage, auf dem Demokratien konstitutiv aufbauen. Indem Kommunikation zur kommodifizierten Ware, zum überwachten oder gar unfreiwilligen Handlungsakt im Ungewissen wird, ist verständigungsorientierte Kommunikation als Basis demokratischer Praxis in ihrem Wesenskern betroffen (Parsons 2015; Roberts 2015; im weiteren Sinne auch: Stahl 2016 und Rössler 2015).

Freilich wusste schon Arendt, dass jeder Kommunikationsakt ein Sprung ins Ungewisse ist und letztlich ein wenig kontrollierbares Eigenleben führt (Arendt [1967] 2010). Auch ist digitale Kommunikation notwendigerweise nur vermittelt möglich und operiert immer über eine Infrastruktur, die von (privaten) Dritten (Intermediären) bereitgestellt wird. Doch müssen diese strukturellen Eigenschaften des Internets von den Machtasymmetrien geschieden werden, die geheimdienstliche und ökonomische Überwachungs- und Kommodifizierungspraktiken mit sich bringen. Vielfach ist darin die Verletzung der Privatheit und kommunikativen Autonomie schon mit dem Beginn der Kommunikation manifest oder gar deren Voraussetzung – das gilt letztlich schon bei Diensten und Apps, die soziale Vernetzung

²³ Ohne damit die freilich möglichen emanzipatorischen Effekte negieren zu wollen, die mit dem Aufbruch bestimmter Kontexte und Privatheitsnormen auch verbunden sein können.

vermeintlich kostenlos anbieten und die Nutzer mit ihren Kommunikationsdaten zahlen lassen.²⁴

Kommunikative Freiheit darf hier jedoch nicht mit politischer Meinungsfreiheit verwechselt werden – die ebenso Teil der kommunikativen Freiheit ist –, geht es an dieser Stelle doch in erster Linie um kommunikative Grenzziehungen, die Individuen im Hinblick auf ihre Privatheit vornehmen. In diesem Sinne ist die kollektive Freiheit demokratischer Selbstbestimmung qua freiheitlicher Kommunikation nur zu haben, wenn alle Mitglieder der demokratischen Kommunikationsgemeinschaft über *Garantien* verfügen, dass sie selbstbestimmt darüber entscheiden können, wem sie was und in welchem Kontext von sich preisgeben möchten. Erzwungene, unfreiwillige und dekontextualisierte Kommunikation kann aus dieser Sicht nicht nur als Verletzung der kommunikativen Autonomie des jeweils betroffenen Individuums, sondern gleichsam als Beschädigung einer gemeinsamen, freiheitlichen Kommunikationspraxis verstanden werden, die das Herzstück funktionierender demokratischer Gemeinwesen darstellt. *Rechtsgarantien*, die das Privatleben und private Kommunikationsakte in diesem Sinne schützen sind damit nicht bloß als Freiheitsgewinn je einzelner Individuen zu verstehen. Der Schutzanspruch, den sie Rechtssubjekten im Hinblick auf ihre kommunikative Autonomie gewähren, muss vielmehr zugleich in seiner demokratieförderlichen Wirkung erschlossen werden. Es ist der Rechtsschutz individueller Privatheit, der über den Schutz der kommunikativen Autonomie jeweiliger Individuen zugleich zum Erhalt oder Aufbau einer demokratischen Kommunikationsgemeinschaft und einer Praxis kollektiver kommunikativer Autonomie beiträgt, die sich als Wesenskern gelingender demokratischer Gemeinschaften entschlüsseln lässt. Auch eine demokratietheoretische Verteidigung der Privatheit zeichnet insofern den grundrechtlichen Schutz der Privatheit als zentrale Voraussetzung der Verwirklichung kommunikativer Autonomie aus. In diesem Sinne erschließt sich der demokratische Wert einer strikten Auslegung des Grundrechts auf Privatheit.

3. Privatheit und Demokratie in Europa – demokratiepolitische Potentiale des europäischen Grundrechtsschutzes

Vor dem Hintergrund der demokratietheoretischen Ausführungen des vorangegangenen Abschnitts wird ersichtlich, dass die aktuellen Bedrohungen der Privatheit – das heißt vor allem persönlicher Informationen und Kommunikationsbezie-

²⁴ Sebastian Sevignani hat dies weiter zugespitzt, indem er auf die existentielle Notwendigkeit der Teilnahme an digitalen Kommunikationspraktiken hingewiesen hat, weil sie über die Sichtbarkeit und Teilhabe an sozialen Lebens- und Arbeitspraktiken entscheiden. Er nennt dies im Anschluss an Marx die *doppelte Freiheit der InternetnutzerInnen* (Sevignani 2017, 249ff.).

hungen – durch ökonomische und staatliche Akteure nicht bloß problematisch für die je individuelle Freiheit sind. Die unsichtbare und ungefragte Entbergung, Speicherung und Analyse privater Kommunikationsdaten und Interaktionen im Netz erweist sich vielmehr als fundamentaler Eingriff in die Realisierung und Realisierungsmöglichkeit demokratischer Freiheit. Indem die kommunikative Autonomie von Einzelnen beschädigt wird, sieht sich eine auf den Grundfesten freiheitlicher Kommunikation aufbauende demokratische Gemeinschaft im Ganzen geschädigt.

Trotz der Ausrichtung auf den kollektiven und öffentlichen Wert der Privatheit, der im Sinne Priscilla Regans auf die wechselseitige Verschränkung und den allgemeinen Nutzen individueller Privatheit aufmerksam macht, bleibt damit der wirksame und verlässliche Schutz der kommunikativen Freiheit des je Einzelnen eine fundamentale Grundbedingung demokratischer Freiheit. Wie gesehen, nehmen damit grundrechtsgestützte Schutzansprüche individueller Privatheit, die ausdrücklich kommunikative Beziehungen einschließen, auch in einer intersubjektivitäts- und diskurstheoretischen Lesart der Privatheit eine überragende Rolle ein. Vor diesem Hintergrund sind es nicht nur die Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips, das die Verteidigung eines grundrechtlichen Schutzes der Privatheit verlangt, sondern zugleich die normativen Verpflichtungen eines deliberativen Demokratieprinzips, das individuelle und kollektive Freiheitsverwirklichung über ein Konzept der kommunikativen Autonomie verzahnt.

Genau in diesem Sinne lässt sich nun der vom EuGH vorangetriebene Grundrechtsschutz der Privatheit auf seine demokratiepolitischen Potentiale hin befragen. Die zentrale Stellung, die das europäische Primärrecht und der EuGH dem Grundrecht auf Privatheit einräumen, und die Bedeutung, die auch der Datenschutz im europäischen Sekundärrecht durch die DGSVO erfahren hat, sprechen nicht allein für einen Zuwachs an Rechtsstaatlichkeit und eine Stärkung individueller Freiheitsrechte. Der Schutz individueller Privatheitsrechte hat vielmehr auch eine eminent demokratiepolitische Bedeutung, weil sich diese als Voraussetzung demokratischer Freiheitsverwirklichung rekonstruieren lassen. Privatheit lässt sich damit zugleich als kollektives Gut begreifen, zu deren Schutz folglich nicht nur die je einzelnen Individuen, sondern die demokratische Gemeinschaft im Ganzen aufgerufen ist. Das verpflichtet letztlich auch politische und staatliche Institutionen, die kommunikative Infrastruktur demokratischer Gemeinwesen im Lichte der neuen Herausforderungen und Bedrohungen des digitalen Strukturwandels besser zu schützen. Privatheit auch als kollektives bzw. öffentliches Gut zu begreifen bedeutet zugleich, den Herausforderungen insgesamt politisch anders zu begegnen.

Ein soziales Privatheitsverständnis, das diesen Überlegungen zugrunde liegt, lässt sich so gesehen zu einer positiven Pflicht zur Stärkung des *Systemdatenschutzes* umformulieren, das Individuen vom je bloß individuellen Schutz ihrer Privatheit entlastet. Auf rechtswissenschaftlicher Ebene könnte ein solcher Perspektivwechsel

zu einer partiellen Abkehr von einem Privatheitsschutz nötigen, der diesen allein in der Sprache liberaler Abwehrrechte versteht. Die positive Pflicht Privatheit auch als kollektives und öffentliches Gut zu schützen, ließe sich hier etwa übersetzen in die Pflicht politischer und rechtlicher Institutionen, das begründete *Vertrauen* der Nutzer in kommunikative Infrastrukturen selbst zum Schutzgegenstand zu machen (vgl. dazu einschlägig: Eichenhofer 2016; 2019; auch: Hartzog 2018). Das kollektive Vertrauen in die Strukturen kommunikativer Netzwerke kann freilich nur dann geschützt werden, wenn diese auf umfassende Weise grundrechtlich und institutionell eingehetzt, aber auch politisch-zivilgesellschaftlich kontrolliert werden. Der Schutz der Privatheit als öffentliches Gut erweist sich damit auch praktisch als Gemeinschaufgabe demokratischer Gesellschaften. Diese erschöpft sich damit nicht im Recht, wird aber eben doch wesentlich von diesem getragen.

Der grundrechtliche Schutz individueller Privatheit, der in besonderer Weise auf private Kommunikationen im digitalen Raum bezogen und in dieser Form durch den EuGH maßgeblich vorangetrieben worden ist, kann somit dezidiert als Beitrag gewertet werden, den demokratischen Wert des Privaten unter den neuen Bedingungen digitaler Überwachung und Kommodifizierung zu schützen. In diesem Sinne ließe sich die Stärkung des europäischen Privatheitsschutzes zugleich auch als *Stärkung der europäischen Demokratie* verstehen.

Wie genau sich diese Stärkung der Demokratie durch den (europäischen) Privatheitsschutz vollziehen könnte, sollte Gegenstand weiterer, insbesondere auch politikwissenschaftlicher Forschung sein. Gerade für eine weitere demokratietheoretische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des digitalen Strukturwandels in Europa wird das Verhältnis von Privatheitsrechten, EU-Bürgerschaft und marktwirtschaftlichen Interessen der Datenökonomie eine zentrale Rolle spielen. Denn letztlich geht es bei dieser Auseinandersetzung um das grundsätzliche Verhältnis von demokratischen Freiheitsrechten zu ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen, das vermittelt über den Schutz der Privatheit den Wesenskern der Demokratie selbst betrifft.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah [1967] (2010): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. 9. Auflage. München.
- Altman, Irwin (1975): *The Environment and Social Behavior: privacy, personal space, territory, crowding*. Michigan.
- Bauböck, Rainer (2019): *Debating European Citizenship*. Basel. URL: <https://www.springer.com/de/book/9783319899046#aboutBook> (1.7.2019).
- Becker, Carlos/Seubert, Sandra (2016): Privatheit, kommunikative Freiheit und Demokratie. In: *Datenschutz und Datensicherheit*. 40 (2), S. 73–78.

- Becker, Carlos (2017): Privatheit und kommunikative Freiheit im Internet. In: Jacob/Thiel (Hg.): Politische Theorie und Digitalisierung. Baden-Baden, S. 45–81.
- Bennett, Colin (2015): Trends in Voter Surveillance in Western Societies. Privacy Intrusions and Democratic Implications. In: *Surveillance and Society* 13 (3/4), S. 370–384.
- Boehme-Neßler, Volker (2014): Das Recht auf Vergessenwerden – Ein neues Internet-Grundrecht im Europäischen Recht. In: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 33 (13), S. 825–830.
- Brühann, Ulf (2015a): EUV Art. 39 – Datenschutz. In: von der Groeben/Schwarze/Hatje (Hg.): Europäisches Unionsrecht. Baden-Baden, Randnummer S. 1–16.
- Brühmann, Ulf (2015b): AEUV Art. 16 – Datenschutz. In: von der Groeben/Schwarze/Hatje (Hg.): Europäisches Unionsrecht. Baden-Baden, Randnummer S. 1–141.
- Eichenhofer (2016): Privatheit im Internet als Vertrauensschutz. Eine Neukonstruktion der Europäischen Grundrechte auf Privatleben und Datenschutz. In: *Der Staat* 55 (1), S. 41–67.
- Eichenhofer (2019): Rechtswissenschaftliche Perspektiven auf Privatheit. In: Behrendt et al. (Hg.): *Privatsphäre 4.0*. Stuttgart, im Erscheinen.
- Etzioni, Amitai (1999): *The Limits of Privacy*. New York.
- Gavison, Ruth (1980): Privacy and the Limits of Law. In: *The Yale Law Journal* 89 (3), S. 421–471.
- Granger, Marie-Pierre/Irion, Kristina (2018): The right to protection of personal data: The new posterchild of European Union citizenship? In: De Vries/De Waele/Granger (Hg.): *Civil Rights and EU Citizenship*. Cheltenham, UK, S. 279–302.
- Greenwald, Glenn (2014): Die globale Überwachung: Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen. München.
- Günther, Klaus (1996): Communicative Freedom, Communicative Power, and Jurisgenesis. In: *Cardozo Law Review* 17 (5), S. 1035–1058.
- Gusy, Christoph (2018): Datenschutz als Privatheitsschutz oder Datenschutz als Privatheitsschutz? In: *Europäische Grundrechte Zeitschrift* 45 (9–12), S. 244–255.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung*. Frankfurt.
- Haltern, Ulrich (2017): *Europarecht. Dogmatik im Kontext*. Band II. Tübingen.
- Hartzog, Woodrow (2018): Privacy's Blueprint – The Battle to Control the Design of New Technologies. Harvard.
- Helm, Paula/Seubert, Sandra (2019): Normative Paradoxien der Privatheit in datenökonomischen Zeiten. Eine sozialkritische Perspektive auf eine digitale »Krise« der Privatheit. In: Borucki/Schünemann (Hg.): *Internet und Staat*. Baden-Baden, im Erscheinen.

- Hughes, Kirsty (2015): The social value of privacy, the value of privacy to society and human rights discourse. In: Rössler/Mokrosinska (Hg.): *Social Dimensions of Privacy*. Cambridge, S. 225–243.
- Irion, Kristina (2016): A special regard: The Court of Justice and the fundamental rights to privacy and data protection. In: Faber et al. (Hg.): *Gesellschaftliche Bewegungen – Recht unter Beobachtung und in Aktion*. Baden-Baden, S. 873–890.
- Isin, Engin/Ruppert, Evelyn (2015): *Being Digital Citizens*. London.
- Kalyanpur, Nikhil/Newman, Abraham L. (2019): The MNC-Coalition Paradox: Issue Salience, Foreign Firms and the General Data Protection Regulation. In: *Journal of Common Market Studies* 57 (3), S. 448–467.
- Kubis, Michael (2017): Dar Recht auf Vergessenwerden. In: *Datenschutz und Datensicherheit* 41 (9), S. 583.
- Kühling, Jürgen (2014): Der Fall der Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie und der Aufstieg des EuGH zum Grundrechtsgericht. In: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 33 (11), S. 681–685.
- Lever, Annabelle (2006): Privacy Rights and Democracy: A Contradiction in Terms? In: *Contemporary Political Theory* 5 (2), S. 142–162.
- Marwick, Alice E./boyd, danah (2014): Networked privacy: How teenagers negotiate context in social media. In: *new media & society* 16 (7), S. 1051–1067.
- Masing, Johannes (2015): Einheit und Vielfalt des Europäischen Grundrechtsschutzes. In: *JZ – Juristen Zeitung* 70 (10), S. 477–487.
- Masur, Philipp K. (2019): *Situational Privacy and Self-Disclosure. Communication Processes in Online Environments*. Basel.
- Mayer-Schönberger, Victor/Ramge, Thomas (2017): *Das Digital. Markt, Wertschöpfung und Gerechtigkeit im Datenkapitalismus*. Düsseldorf.
- Mihr, Anja (2019): Der Schutz der Grundrechte im Digitalen Zeitalter. In: Hofmann et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 205–224.
- Mokrosinska, Dorota (2014): Privacy and the Integrity of Liberal Politics: The Case of Governmental Internet Searches. In: *Journal of Social Philosophy* 45 (3), S. 369–389.
- Morozov, Evgeny (2011): *The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom*. New York.
- Nam, Taewoo (2017): A Tool for Liberty or Oppression? A Cross-National Study of the Internet's Influence on Democracy. In: *Telematics and Informatics* 34 (5), S. 538–549.
- Nissenbaum, Helen (2010): *Privacy in Context. Technology, Policy, and the Integrity of Social Life*. Stanford.
- Papacharissi, Zizi A. (2010): *A Private Sphere. Democracy in a Digital Age*. Cambridge.

- Parsons, Christopher (2015): Beyond Privacy: Articulating the Broader Harms of Pervasive Mass Surveillance. In: *Media and Communication* 3 (3), S. 1–11.
- Persily, Nathaniel (2017): Can Democracy Survive the Internet? In: *Journal of Democracy* 28 (2), S. 63–76.
- Petkova, Bilyana (2017): Data Privacy Rights and Citizenship: Notes on Federalism All the Way Up. In: Kochenov (Hg.): *EU Citizenship and Federalism. The Role of Rights*. Cambridge, S. 540–560.
- Petkova, Bilyana (2019): Privacy as Europe's first Amendment. In: *European Law Journal* 25 (2), S. 140–154.
- Pliakos, Asteris/Anagnostaras, Georgios (2015): Fundamental Rights and the New Battle over Legal and Judicial Supremacy: Lessons from Melloni. In: *Yearbook of European Law* 34 (1), S. 97–126.
- Regan, Priscilla (1995): Legislating Privacy. Technology, Social Values, and Public Policy. Chapell Hill/London.
- Regan, Priscilla M. (2015): Privacy and the common good: revisited. In: Rössler/Mokrosinska (Hg.): *Social Dimensions of Privacy*. Cambridge, S. 50–70.
- Roberts, Andrew (2015a): A republican account of the value of privacy. In: *European Journal of Political Theory* 14 (3), S. 320–344.
- Roberts, Andrew (2015b): Privacy, Data Retention and Domination: Digital Rights Ireland Ltd v Minister for Communications. In: *The Modern Law Review* 78 (3), S. 535–548.
- Roberts, Andrew (2018): Why Privacy and Domination? In: *European Data Protection Law Review* 4 (1), S. 5–11.
- Rössler, Beate (2001): *Der Wert des Privaten*. Frankfurt.
- Rössler, Beate/Mokrosinka, Dorota (Hg.) (2013): Privacy and social interaction. In: *Philosophy & Social Criticism* 39 (8), S. 771–791. Rössler, Beate/Mokrosinska, Dorota (Hg.) (2015): *Social Dimensions of Privacy*. Cambridge.
- Rössler, Beate (2015): Should personal Data be a tradable good? On the moral limits of markets in privacy. In: Rössler/Mokrosinska (Hg.): *Social Dimensions of Privacy*. Cambridge, 141–161.
- Schwartz, Paul (1999): Privacy and Democracy in Cyberspace. In: *Vanderbilt Law Review* 52 (6), S. 1607–1702.
- Seubert, Sandra/Becker, Carlos (2019): The culture industry revisited: Sociophilosophical reflections on ›privacy‹ in the digital age. In: *Philosophy & Social Criticism*. Online first: May 26, 2019. URL: <https://doi.org/10.1177/0191453719849719>.
- Seubert, Sandra/Ebert, Oliver/van Waarden, Frans (Hg.) (2018): Reconsidering EU Citizenship. Contradictions and Constraints. Cheltenham.

- Seubert, Sandra/Niesen, Peter (Hg.) (2010): *Die Grenzen des Privaten*. Baden-Baden.
- Seubert, Sandra (2017): Das Vermessen Kommunikativer Räume. Politische Dimensionen des Privaten und ihre Gefährdungen. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*. Schwerpunkttheft: Privatheit und Demokratie 30 (2), S. 124–133.
- Seubert, Sandra (2014a): Offenbarung und Kontrolle. Die soziale Dynamik des Privaten. In: *Der blaue Reiter* 35 (1), S. 52–57.
- Seubert, Sandra (2014b): Kommunikatives Unterfutter. Über die Bedeutung privater »Räume«. In: *Forschung & Lehre* 21 (12), S. 964–965.
- Sevignani, Sebastian (2017): Zur Dialektik von Privatheit und Überwachung im informationellen Kapitalismus. In: Hahn/Langenohl (Hg.): *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*. Wiesbaden, S. 237–254.
- Solove, Daniel J. (2008): *Understanding Privacy*. Cambridge.
- Stahl, Titus (2016): Indiscriminate mass surveillance and the public sphere. In: *Ethics and Information Technology* 18 (1), S. 33–39.
- Steeves, Valerie (2009): Reclaiming the Social Value of Privacy. In: Kerr, Ian et al. (eds.): *Privacy, Identity and Anonymity in a Network World: Lessons from the Identity Trail*. New York, S. 191–208.
- Voss, Katrin (2014) (Hg.): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden.
- Vries, Sybe de (2015): The Eu Sigle Market as ›Normative Corridor‹ for the Protection of Fundamental Rights: The Example of Data Protection. In: de Vries/Bernitz/Weatherill (Hg.): *The EU Charter of Fundamental Rights as a Binding Instrument. Five Years Old and Growing*. Oxford, S. 235–260.
- Wagner DeCew, Judith (2015): The feminist critique of privacy: past arguments and new social understandings. In: Rössler/Mokrosinska (Hg.): *Social Dimensions of Privacy*. Cambridge, S. 85–103.
- Warren, Samuel D./Brandeis, Louis D. (1890): The Right to Privacy. In: *Harvard Law Review* 4 (5), S. 193–220.
- Wu, Tim (2012): *Der Master Switch: Aufstieg und Niedergang der Informationsimperien*. Frechen.
- Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt und New York.

Jenseits der Versicherheitlichkeit

Zu Stand und Aussichten der Cybersicherheitsforschung

Wolf J. Schünemann und Stefan Steiger

1. Einleitung

Der Begriff Cybersicherheit hat in den letzten 20 Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Noch Ende der 1990er Jahre wurde kaum über Cybersicherheit gesprochen, stattdessen wurde in Fachkreisen zumeist der aus der Informatik stammende Ausdruck IT-Sicherheit verwendet. IT-Sicherheit umfasst aus dieser technischen Perspektive im Kern drei Schutzziele für Daten bzw. datenverarbeitende Systeme: die Gewährleistung der Vertraulichkeit, der Integrität und der Verfügbarkeit (sog. CIA-Triade, Andress 2015). Heute werden unter dem Rubrum Cybersicherheit aber verschiedene, sehr unterschiedliche Phänomene debattiert, wobei nicht alle die Schutzziele der IT-Sicherheit verletzen. Das Spektrum der Themen reicht dabei von Datendiebstählen über folgenschwere Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen mit potenziell kaskadierenden physischen Effekten bis zu der Verbreitung falscher Nachrichten (Desinformation) und terroristischer Botschaften.

Diese extensionale Begriffserweiterung können Sozial- und insbesondere PolitikwissenschaftlerInnen – womöglich im Unterschied zu den technischen Disziplinen, die sich mit der Sicherheit von vernetzten IT-Systemen und den darin gespeicherten und verarbeiteten Daten befassen – nicht unberücksichtigt lassen und sich auf das technische Kernverständnis von IT-Sicherheit (CIA-Triade, siehe oben) zurückziehen. Vielmehr müssen sie die die vielfältigen gesellschaftspolitischen Aufladungen des Problemfelds mit in den Blick nehmen, wollen sie dem Gegenstand gerecht werden. Dennoch oder gerade deshalb ist auch für sozialwissenschaftliche Forschung konzeptionelle und begriffliche Klarheit gefragt, wenn der Untersuchungsgegenstand Cybersicherheit systematisch erfasst und von anderen politischen Regulierungsfeldern (etwa Medienregulierung) konzeptionell unterscheidbar sein soll, insbesondere dann, wenn die Frage behandelt wird, welche politischen Maßnahmen und Ansätze für die Herausforderungen der Digitalisierung angemessen sind. Konkret erwächst der politikwissenschaftlichen Forschung neben den Anforderungen an eine differenzierte Analyse damit auch eine (Teil-)Verantwortung, zur Ernüchterung einer gelegentlich aufgeheizten öffentli-

chen und politischen Debatte beizutragen. Dies ist gerade aktuell zu betonen, in einer Zeit, in der Sicherheitsgesetze zunehmend die Freiheit der Internetkommunikation einschränken und auch liberale Demokratien ihre diesbezügliche Zurückhaltung allmählich aufgeben (BfDI 2019; Freedom House 2018).

Doch auch mit Blick auf die gesamte Entwicklung sozialwissenschaftlicher Cybersicherheitsforschung lässt sich feststellen, dass diese sich seit ihren Anfängen zwischen der Affirmation der sicherheitspolitischen Relevanz von Cyberangriffen (und deren Analyse) und der kritischen Reflexion, die eine substanzelle Lücke zwischen Vokabular und empirischen Phänomenen (Cyberangriffen) aufzeigt und die Implikationen des Sprachgebrauchs problematisiert, bewegt. Während die Arbeiten auf jener Seite oftmals von alarmistischen Untertönen begleitet werden, tendieren diese mitunter zu elfenbeinturmhafter Selbstbeschäftigung. Der Raum für die nüchterne empirische Analyse und vergleichende Arbeiten dazwischen ist noch nicht vollends erschlossen. Dies liegt freilich auch daran, dass die empirische Forschung sowohl durch technische (Detektion von Angriffen, Attributionsproblem) als auch sicherheitspolitische Hindernisse (Geheimhaltung) erschwert wird.

Dieser programmatische Beitrag verfolgt zwei Ziele: Erstens soll er einen orientierenden Überblick über die bestehende sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft zum Thema Cybersicherheit geben und zweitens am Ende kurz aktuelle Tendenzen zur Begriffsexpansion kritisch beleuchten und zu mehr konzeptioneller Klarheit aufrufen. Hierzu stellt er zunächst die Forschungsstränge vor, die sich (überwiegend affirmativ) mit den neuen Gefahren aus dem Cyberspace sowie deren potenziellen Folgen befasst haben (Teil 2). Im Anschluss daran diskutiert er einen Strang aus dem Feld der kritischen Sicherheitsstudien, die sowohl den politischen als auch wissenschaftlichen Sprachgebrauch kritisch reflektiert haben (Teil 3). Anschließend betrachtet er das ausbaufähige Feld der empirisch-vergleichenden Cybersicherheits- und -konfliktforschung (Teil 4). Für die internationale Ebene nimmt er die internationale Normenforschung in den Blick (Teil 5). Im letzten Abschnitt behandelt der Beitrag neue Sekuritisierungstendenzen in Politik und Wissenschaft und leitet daraus ein Plädoyer für eine stärkere Differenzierung zwischen den beobachteten Phänomenen und für eine zumindest partielle Reorientierung des Feldes ab.

2. **Cyberwar is (still) coming**

Es ist mittlerweile über 25 Jahre her, dass die US-amerikanischen Autoren John Arquilla und David Ronfeldt vom Rand National Defense Research Institute aufziehende Konfliktformen im Zeitalter der Digitalisierung unter dem Titel »Cyberwar is coming« beschrieben (Arquilla/Ronfeldt 1993). In dieser Frühphase befassten Studien sich zunächst überwiegend mit den neuen militärischen Möglichkeiten, die

durch eine zunehmende Vernetzung entstanden waren. Konzepte wie »network-centric warfare« zielten darauf, Informationen schnell und effizient zu nutzen, um so Vorteile auf dem Gefechtsfeld zu erlangen. Aus diesem Kontext wurden in den 1990er Jahren auch Ansätze eines »Information Warfare« geboren, die verschiedene (militärische) Möglichkeiten in den Blick nahmen, Informationen in Konflikten zu nutzen oder zu manipulieren (Libicki 2017).

Mit der zunehmenden Vernetzung entstanden in der Folgezeit neue Verwundbarkeiten sowohl der Streitkräfte als auch der Gesellschaften. Spätestens seitdem sich das Internet zum Massenkommunikationsmittel entwickelt hatte und immer mehr soziale und auch individuelle Akteure sich den Sicherheitsgefährdungen im Cyberspace durch Vernetzung aussetzen, kann eine umfassendere Erschließung des Internets als militärischem Handlungsraum beobachtet werden. Staaten bauten eigene offensive und defensive Kapazitäten auf (Lewis/Neuneck 2013). Besonders eindrückliche Fälle von Cyberangriffen, wie bspw. im Frühjahr 2007 gegen Estland, führten dazu, dass im politischen Diskurs, aber auch der öffentlichen Debatte immer häufiger von Cyberkrieg gesprochen wurde (Arquilla 2013).

WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen entwarfen anknüpfend an die genannten Entwicklungen und Ereignisse Szenarien katastrophaler Cyberangriffe. Besonders prominent wurden diese unter anderem von Richard A. Clarke skizziert, einem früheren Cybersicherheitsberater der Administration von George W. Bush (Clarke/Knake 2010). Die Rede vom Cyberkrieg riss in den Folgejahren nicht ab (Stone 2013; Stiennon 2015). Im Gegenteil: Die Bedrohungspерzeptionen im Hinblick auf den Cyberspace sind in den vergangenen Jahren immer deutlicher geworden, haben Strategiepapiere und Aktionspläne erreicht, stehen dort vielfach an führender Stelle, wenn es um die größten Bedrohungen unserer Zeit geht, und haben institutionelle Reformen begründet. Trotz aller Forderungen nach kritischer Reflexion, die die wissenschaftliche Bearbeitung des Themas auszeichnen (siehe Abschnitt 3), scheint der martialische Kriegsbegriff auch bei AutorInnen wie Verlagen jenseits des militärisch-sicherheitspolitischen Komplexes regelmäßig zu verfangen, gerade wenn es darum geht, auflagenstarke Sachbücher für eine breitere Öffentlichkeit zu produzieren (Gaycken 2011, 2012; Jamieson 2018; Kurz/Rieger 2018; Sanger 2018; Singer/Friedman 2014).¹

Gerade die teils populärwissenschaftlich ausgerichteten Beiträge dieses Stranges weisen Ähnlichkeiten in Struktur und Inhalten auf. Zunächst führen sie in die soziotechnischen Zusammenhänge der Sicherheit von Informationssystemen ein. Dazu erläutern sie die zum Verständnis notwendigen technischen Grundlagen und stellen das in den technischen Sphären der IT-Administration sowie der Strafverfolgung etablierte und bewährte Vokabular vor. Zur Illustration von Angriffen erheblicher Reichweite wird im Regelfall eine überschaubare Anzahl bekannter Cy-

¹ Die Begriffswahl wird dabei von den AutorInnen in unterschiedlichem Maße kritisch reflektiert.

bersicherheitsvorfälle angeführt. Zentrale Abschnitte sind zudem im grammatischen Modus des Potentialis gehalten, soll heißen: Es wird geschildert, was passieren könnte oder was nach derzeitigem Kenntnisstand als wahrscheinlich gelten darf, ggf. mit den daraus gefolgerten katastrophalen Konsequenzen für die Gesellschaft. Damit weisen diese Werke auf einflussreiche Diskurse der vergangenen Jahre hin, deren Teil sie sind und die das technisch-administrative Umfeld sowie die Ebene der politischen Entscheidungsfindung augenscheinlich geprägt haben. So zeigt die für die derzeitige IT-Sicherheitsgesetzgebung (IT-Sicherheitsgesetz – Bundesgesetzbuch 2015), NIS-Richtlinie – (EU 2016) grundlegende Klassifikation der kritischen Infrastrukturen erkennbare Spuren des Diskurses über mögliche Cybersicherheitsbedrohungen, einschließlich katastrophenförmiger Szenarienbildung. Freilich finden sich daneben auch empirisch-vergleichende Arbeiten, die Ansätze zum Schutz kritischer Infrastrukturen untersuchen (siehe Abschnitt 4).

In diesem Beitrag sollen die realen Sicherheitsbedrohungen durch und in vernetzten IT-Systemen und Digitalisierung nicht bagatellisiert werden. Vielmehr dient die Betonung der gemeinsam und fortwährend prozessierten Erzählung, wonach der Cyberkrieg komme, dem Zweck, einen sichtbaren Strang wissenschaftlicher, einschließlich populärwissenschaftlicher, Literatur zusammenfassend zu überschauen und auf den unterschiedlich motivierten Alarmismus dieser Werke hinzuweisen. Angesichts der Bedeutung der genannten Titel für die gegenstandsbezogene Propädeutik und potentielle gesellschaftliche Aufklärung (nicht zuletzt aufgrund ihrer Alleinstellung), stellt sich die Frage, ob diese grundlegenden Felder nicht einer komplementären Anreicherung durch empirisch fundierte und in der Szenarienbildung zurückhaltendere Einführungstexte bedürfen. Eben hierfür möchten wir an dieser Stelle plädieren.

3. Kritische Sicherheitsstudien

Jede kritische Reflexion setzt konzeptionell-definitorische Vorarbeiten voraus. Dabei müssen SozialwissenschaftlerInnen die Vielschichtigkeit des Begriffs in ein kritisches Verständnis aufnehmen. In diesem Sinne findet sich eine Reihe von Beiträgen, die auf Basis sozialkonstruktivistischer Theorie in das Begriffsfeld Cybersicherheit einführen (Dunn Cavelty 2010; Nissenbaum 2005; Schünemann 2019a i.E.; Schünemann/Harnisch 2015). In darüberhinausgehenden konzeptionellen und begriffskritischen Arbeiten hat insbesondere der leichtfertige Gebrauch des Worts »Cyberkrieg« Anstoß erregt. In der Folge haben sich kritische WissenschaftlerInnen mit den Risiken einer diskursgetriebenen Versicherheitlichung und Militarisierung des Internets auseinandergesetzt (Dunn Cavelty 2012; Guitton 2013; Leisegang 2015). Auch wurden der Begriff Cyberkrieg und die damit verbundenen Szenarien angesichts zumindest nach klassischen Maßstäben überwiegend harmlos-

ser Cyberangriffe (insbesondere mit Blick auf Schäden im materiellen Raum, kinetische Effekte) als konzeptionell unangemessen abgelehnt. Stattdessen ist die Eintrittswahrscheinlichkeit eines kriegsähnlichen, ausschließlich auf Cyberangriffe beschränkten, zwischenstaatlichen Konflikttaustrags als gering eingestuft worden. So hat Thomas Rid in einer vielbeachteten Studie Cyberangriffe an der traditionierten Kriegsdefinition von Carl von Clausewitz gemessen, wonach sich ein kriegerischer Akt erstens durch einen gewaltsauslösenden Charakter, zweitens durch seine Zweckdienlichkeit zur Unterwerfung des Gegners und drittens durch seine politische Natur auszeichnet. Anhand dieser Kriterien zeigt Rid, dass es noch keine Cyberangriffe gab, die diese Anforderungen erfüllt haben, und dass der »reine« Cyberkrieg, der nur auf digitalen Angriffen beruht, zur Erreichung militärischer Ziele kaum geeignet ist. Vielmehr dienen Cyberangriffe laut Rid der Spionage, Sabotage oder Subversion und sind damit keine genuin neuen Phänomene (Rid 2012, 2013). Ähnlich argumentiert Erik Gartzke, der ebenfalls davon ausgeht, dass Cyberangriffe zur Eroberung von Territorium und Anwendung von Zwang nur eingeschränkt militärisch nützlich sind (Gartzke 2013). Vor diesem Hintergrund kritisierte Myriam Dunn Cavelty, dass sich die Forschung zu sehr den extremen Erscheinungsformen – wie dem Cyberkrieg – und den damit verbundenen Katastrophenerzählungen zugewendet habe, da dies zu einer verzerrten Gefahrenwahrnehmung beitrage. Stattdessen sollten Untersuchungen stärker die empirisch prävalenten Erscheinungsformen von Cyberangriffen in den Blick nehmen (Dunn Cavelty 2013).

Gerade der in der IB-Theorie verbreitete sozialkonstruktivistisch-kritische Ansatz der Versicherheitlichung hat die Forschung zur Cybersicherheitspolitik über lange Zeit stark geprägt. Davon zeugen die zahlreichen Studien, die dem im Kontext der Kopenhagener Schule entwickelten Ansatz (Sekuritisierung) folgen, um die soziale Konstruktion von Cybersicherheit und die Ausgestaltung zugehöriger Politiken vor allem in den USA, aber auch anderen u.a. europäischen Fallstudien zu analysieren (Bendrath et al. 2007; Dunn Cavelty 2008, 2013; Gorr/Schünemann 2013; Hansen/Nissenbaum 2009; Schulze 2016). Diese Untersuchungen konnten unter anderem zeigen, wie Regierungen ihre Kompetenzen unter Verweis auf Bedrohungen wie Cyberterrorismus oder Cyberkriege signifikant erweitern konnten.² Dies lässt sich in verschiedenen Sphären der Sicherheitspolitik beobachten. Erstens haben zahlreiche Staaten damit begonnen, militärische Cyberkommandos zu etablieren, angefangen 2009 mit dem United States Cyber Command. Auf internationaler Ebene wurde der Cyberspace 2016 durch die NATO beim Gipfel von Warschau als neue Domäne zur Kriegsführung anerkannt. Zweitens wurde insbesondere durch die Snowden-Enthüllungen von 2013 offenbar, wie staatliche Ge-

2 Ähnliche kritische Analysen der Diskurse gibt es dementsprechend auch zu Cyberterrorismus und zu anderen nichtstaatlichen Akteuren (Dunn Cavelty und Jaeger 2015; Dunn Cavelty 2008; Gilbert Ramsay 2016; Jarvis et al. 2017).

heimdienste den Cyberspace zur Überwachung (Signals Intelligence) nutzen, insbesondere die US-amerikanische NSA und die Geheimdienste verbündeter Staaten. Drittens haben die Regierungen auch in der Strafverfolgung neue Befugnisse (etwa zur Überwachung digitaler Endgeräte) geschaffen.

Erst in der jüngeren Vergangenheit wurde Cybersicherheitspolitik vermehrt auch auf Basis anderer theoretischer Zugänge analysiert. Immer häufiger greifen ForscherInnen dabei bspw. Ansätze der Science and Technology Studies (STS) auf. In diesen Studien wird das (Wechsel)Verhältnis zwischen technischer Infrastruktur und Gesellschaft näher beleuchtet und Perspektiven problematisiert, die einen einseitigen technischen Determinismus vertreten. Daniel McCarthy (2015) verbindet in seiner Analyse der amerikanischen Außenpolitik bspw. etablierte (marxistische) Theorien mit Ansätzen der STS. Empirisch erörtert er in seiner Studie, die durch ökonomische Motive geprägte US-amerikanische Internetpolitik, in der Kommunikationstechnologien maßgeblich als Machtressourcen genutzt werden. Dies hat unmittelbar Folgen für die Gestaltung des Netzes (bspw. den Imperativ freier Informationsverbreitung). Madeline Carr (2016a) hat für ihre Studie zu den USA ebenfalls auf die STS zurückgegriffen. Neben der Internet Governance und Netzneutralität widmet sie einen Teil der empirischen Analyse der Cybersicherheitspolitik. Sie arbeitet in diesem Kontext unterschiedliche Auffassungen von Macht heraus und verdeutlicht, wie diese die US-amerikanische Politik geprägt und auf die technische Infrastruktur gewirkt haben.

Nazli Choucri (2012) vergleicht Politiken verschiedener Staaten unter Rückgriff auf die »lateral pressure theory«. Dieser Ansatz geht davon aus, dass staatliches (Außen)Verhalten maßgeblich von der relativen Ausprägung von drei Mastervariablen abhängt: der Verteilung von Ressourcen, Bevölkerung und technologischen Kapazitäten. Anhand der Ausprägung dieser Faktoren teilt Choucri Staaten in sechs Gruppen ein, die sich in ihren Politiken aufgrund der verschiedenen Konfigurationen der Mastervariablen unterscheiden. Nach Choucri gehört bspw. Deutschland zur Profilgruppe 6, diese zeichnet sich durch ein hohes technologisches Niveau, eine relativ dazu geringere Bevölkerungszahl und wenige Ressourcen aus. Für diese Konstellation erwartet die Theorie, dass Staaten ihre Ressourcenschwäche durch eine Ausdehnung im Cyberspace kompensieren, die durch die technologischen Fähigkeiten ermöglicht wird. Staaten aus diesen Gruppen sollten daher zur Führungsgruppe im Cyberspace zählen. Ausgehend hiervon skizziert Choucri ferner verschiedene idealtypische Entwicklungspfade für den Cyberspace, die durch unterschiedliche Konflikträchtigkeit und einen varianten Einfluss privater Akteure gekennzeichnet sind.

4. Vergleichende Sicherheitspolitik- und Konfliktforschung

Theoriegeleitete und zugleich empirisch gesättigte Forschung zu staatlichen Cybersicherheitspolitiken ist rar. Die meisten empirischen Studien zu Cybersicherheitspolitiken befassen sich mit den USA, China oder Russland (Sliwinski 2014, 468; Christou 2017, 3). Vor diesem Hintergrund ist auch eine dominant militaristische Ausdeutung von Cybersicherheit und cyber power (siehe oben) erklärliech, die sich vielfach mit alarmistischem Unterton mit der veränderten Bedrohungslage sowie mit dem Ausbau offensiver und defensiver Kapazitäten im Cyberraum befasst hat (siehe Abschnitt 2) und mitverantwortlich ist für die konzeptuelle Aufladung, die sich etwa in der Rede vom Cyberkrieg niederschlägt (Dunn Cavelt 2018).

Empirische Analysen von politischen Cyberangriffen beschränken sich zumeist auf Einzelfallstudien besonders prominenter Vorfälle. ForscherInnen haben sich in diesem Kontext mit den Angriffen gegen Estland 2007 (Herzog 2011; Ottis 2008), Stuxnet (Farwell/Rohozinski 2011; Jenkins 2013; Zetter 2014; Lindsay 2013), dem Sony- (Sharp 2017; Shaw/Jenkins 2017; Sullivan 2016) oder DNC-Hack (Lam 2018; Jamieson 2018) befasst. Darüber hinaus gibt es vergleichende Studien mit begrenzten Fallzahlen (Blank 2017; Boyte 2017; Tikk et al. 2010), die aber den Kreis der untersuchten Fälle kaum erweitern, sondern meist den bereits erwähnten Vorfällen verhaftet bleiben. Einer fundierten quantitativen Analyse des Cyberkonfliktgeschehens fehlt nach wie vor eine systematische Datengrundlage, wie sie zur strukturierten Analyse konventioneller Konflikte in Form verschiedener Datensätze besteht (bspw. im Projekt Correlates of War). Zwar haben unterschiedliche Organisationen begonnen, Listen mit politischen Cyberangriffen anzulegen (CSIS 2019; Council on Foreign Relations 2019), sie sind aufgrund ihrer Struktur aber kaum quantitativ auswertbar. Eine Ausnahme bildet der Dyadic Cyber Incident and Dispute Datensatz von Brandon Valeriano und Ryan Maness (2014, 2015). Dieser verzeichnet in der aktuellen Version (1.5) 266 Cyberangriffe mit staatlicher Beteiligung die zwischen 2000 und 2014 ausgeführt wurden. Empirische Analysen auf dieser Grundlage haben gezeigt, dass das Konfliktverhalten im Cyberspace durch staatliche Zurückhaltung geprägt ist. Die niedrige Konfliktintensität führen die Autoren dabei unter anderem darauf zurück, dass die Regierungen eine eskalative Dynamik (ggf. auch offline) fürchten und keine Präzedenzfälle schaffen wollen (Valeriano/Maness 2014). Auch wenn mit diesen Datensätzen erste empirische Analysen möglich geworden sind, bestehen in diesem Kontext immer noch Desiderate etwa zum Konfliktverhalten nichtstaatlicher Akteure. Weitere Datensätze zur Erfassung politischer Cyberangriffe befinden sich derzeit im Aufbau (Steiger et al. 2018) und könnten ebenfalls dazu beitragen, den militärischen Fokus empirisch infrage zu stellen und weitere empirische Blindstellen auszuleuchten.

Passend zu den verbreiteten Katastrophenerzählungen, doch im Kern aufgrund der Verwundbarkeit in diesen sensiblen Bereichen nicht unbegründet, hat gerade

der Schutz kritischer Infrastrukturen einen zentralen Platz in den Cybersicherheitsstrategien der Staaten, von inter- und supranationalen Institutionen eingenommen. Infrastrukturen, wie die Energie- und Wasserversorgung, sind mittlerweile von funktionierender IT derart abhängig, dass durch Cyberangriffe auch die Versorgung mit diesen Gütern beeinträchtigt werden kann. Zahlreiche Studien haben sich daher mit diesen neuen gesellschaftlichen Verwundbarkeiten befasst (Assaf 2008; Brem 2015; Brunner/Suter 2009; Chung 2018). Die Forschung hat dabei untersucht, wie Kooperationen zum Schutz kritischer Infrastrukturen – Public-Private-Partnerships – gestaltet sind (Bossong/Wagner 2016; Carr 2016b; Christensen/Petersen 2017; Freiberg 2015). Aber auch eine internationale Kooperation ist aufgrund der zunehmenden Vernetzung angebracht, da der nationale Handlungsrahmen kaum angemessene Reaktionen erlaubt. Dies gilt sowohl für transnational agierende Kriminelle als auch für die Regulierung kritischer Infrastrukturen, die über nationalstaatliche Grenzen hinweg verbunden sind, so dass durch die Vernetzung die (Un)Sicherheit der Nachbarländer schnell zum Problem für andere werden kann.

Doch nicht nur im Hinblick auf Schutz und Verteidigung werden die Rolle des Staates und seine Handlungsspielräume relativiert. Auch auf der Angreiferseite wird längst nicht ausschließlich das Handeln staatlicher Akteure untersucht. Der Perspektivwechsel, hin zu nichtstaatlichen Akteuren, geht dabei auch auf die staatliche Zurückhaltung beim Einsatz ihrer Cyberkapazitäten zurück. In diesem Kontext stehen nicht nur nichtstaatliche Akteure allein im Mittelpunkt akademischer Aufmerksamkeit, vielmehr haben WissenschaftlerInnen begonnen das Verhältnis zwischen Staaten und solchen nichtstaatlichen Akteuren zu beleuchten, die entweder direkt in staatlichem Auftrag agieren oder von diesen zumindest geduldet werden (Proxies, siehe Maurer 2016, 2018; Borghard/Lonergan 2016).

Die nichtstaatlichen Akteure, die den Cyberspace zu ihren Zwecken nutzen und dabei IT-Sicherheit unterminieren, beschränken sich aber nicht auf staatlich beauftragte »proxies«, sondern umfassen bspw. auch etablierte Terrororganisationen und sogenannte Hacktivists. Die Praktiken und Cyberkapazitäten dieser Akteursgruppierungen wurden ebenfalls von der Forschung analysiert. ForscherInnen haben hierbei unter anderem herausgearbeitet, dass der Cyberspace Machtgefälle einebnen kann und somit nichtstaatliche Akteure gegenüber Staaten an Einfluss gewinnen (Colarik/Ball 2016). Wie im Bereich des militärischen Cyberkrieges divergieren aber auch in diesem Kontext die Gefahren einschätzungen, die mit dieser Verschiebung einhergehen (Heickerö 2014). Während Untersuchungen einerseits vor einer wachsenden Wahrscheinlichkeit folgenreicher terroristischer Angriffe warnen (Albahar 2017), haben andere empirische Studien betont, dass die Gefahr eines substanzuellen Cyberangriffs bspw. durch den IS aufgrund begrenzter Fähigkeiten derzeit gering ist (Bernard 2017).

Nicht zuletzt durch das Attributionsproblem (siehe unten) begünstigt, verschwimmen im Cyberspace die Differenzen zwischen staatlichem und nicht-staatlichem Handeln im Bereich der Cybersicherheit. Das entsprechende Konfliktgeschehen zeichnet sich durch besonders heterogene Akteurskonstellationen aus. Auch diese verändern die Handlungsspielräume nationalstaatlicher Sicherheitspolitik (Schmitt/Watts 2016; Egloff 2017). Die dadurch hervorgerufenen Ungewissheiten beeinflussen das Sicherheitsempfinden und verändern die Grundlagen für staatliche Verantwortungsübernahme und sicherheitspolitisches Handeln. Passend zur zunehmend diskutierten Hybridität von Cyberkonflikten, hat sich in den vergangenen Jahren parallel zur gesellschaftspolitischen Debatte in vielen Ländern, darunter auch demokratischen Staaten, ein Forschungsstrang entwickelt, der zunehmend auch propagandistische und sog. Desinformationskampagnen als Bedrohungen der Cybersicherheit und Elemente hybrider Kriegsführung aufgreift. Diese jüngste Tendenz, welche auch bei ausbleibender Zunahme der Konfliktintensität im Cyberspace eine kontinuierliche Bedrohungswahrnehmung erlaubt, soll im letzten Abschnitt dieses Beitrags kritisch diskutiert werden.

5. Internationale Normenforschung

Angesichts der begrenzten staatlichen Steuerungsspielräume in diesem Bereich haben sich die internationale Normenforschung und das internationale Recht ebenfalls der Cybersicherheit als Gegenstand zugewandt. Dabei stellen Internet und Digitalisierung die genannten Disziplinen vor besondere Herausforderungen, denn zum einen stellt der potentiell transnational verlaufende Datenverkehr den territorialen Bezug staatlicher (Sicherheits-)Politik grundlegend infrage (s. auch den Beitrag von Pfetsch et al. 2019 in diesem Band). Tradierte Struktur- und Politikdifferenzen, hier insbesondere zwischen innerer und äußerer Sicherheit, sind stärker noch als auf anderen globalisierten Feldern herausgefordert. Cyber(un)sicherheit beschreibt einen transnationalen Phänomenbereich, in dem geografische Distanzen und territoriale Grenzen weniger bedeutsam sind (Cairncross 2001; Tabansky 2011; Kello 2013).

Aus der technischen Architektur sowie aus den transnationalen Konnektivitätsansprüchen der Internetnutzung resultiert auch das sog. Attributionsproblem, mit dem sich zahlreiche Untersuchungen im Feld befassen (Rid/Buchanan 2014; Canfil 2016; Guittot 2017). Demnach ist es technisch schwer nachvollziehbar, wo, etwa in welchem Land, im In- oder Ausland, Cyberangriffe ihren Ursprung haben.

Relativ frühe Bestrebungen zur internationalen Normsetzung sind auf dem Feld internationaler Verbrechensbekämpfung sichtbar geworden, so wie bspw. die 2001 verabschiedete Convention on Cybercrime. Entstehungsprozess und Inhalte des Abkommens wurden verschiedentlich wissenschaftlich untersucht (Clough

2012; Kierkegaard 2008; Marion 2010). Demgegenüber bestehen derzeit keine verbindlichen Regeln zur Regulation staatlichen Konfliktverhaltens im Cyberspace. Die sog. Tallinn Manuals stellen bis heute die umfassendsten völkerrechtlichen Entwürfe dar, sie entstammen allerdings einem wissenschaftlichen Entstehungskontext und sind nicht verbindlich. In ihrem Anspruch, ein ius ad bellum und in bello (also Recht zum Krieg und Recht im Krieg) zu entwerfen, ist insbesondere die erste Fassung (Schmitt 2013) zudem nicht geeignet, die konzeptionelle Fixierung auf das Kriegsgeschehen (siehe oben) zu überwinden. Weiterhin wurde (auch im Rahmen des Tallinn Manual 2.0) der Frage nachgegangen, welche Sorgfaltsverantwortung (due diligence) den Staaten in diesem neuen Handlungsräum obliegt (Buchan 2016; Couzigou 2018; Liu 2017; Schmitt 2017). Ein starker militärischer Fokus findet sich daneben auch in Publikationen, die aus (völker-)rechtlicher oder ethischer Perspektive bspw. die Zulässigkeit von Cyberangriffen evaluieren oder die Übertragbarkeit des Konzepts des Gerechten Krieges auf den Cyberspace prüfen und Cyberangriffe mit kinetischen Angriffen vergleichen (Barrett 2015; Finlay 2018; Durante 2015; Goldsmith 2013).

Innerhalb der Vereinten Nationen wurde seit Ende der 1990er Jahre wiederholt über verbindliche Regelungen zu staatlichem Verhalten im Cyberspace debattiert (Maurer 2011). Die letzte Runde der ExpertInnenkonsultationen (GGE) konnte 2017 aber keinen gemeinsamen Bericht vorlegen, da bspw. über die Auslegung des Selbstverteidigungsrechts im Cyberspace substantielle Differenzen bestanden (Henriksen 2019). ForscherInnen haben entsprechend argumentiert, dass die Regulation staatlichen Verhaltens im Cyberspace bisher noch nicht über »quasi-norms« hinausgegangen ist (Erskine/Carr 2016, s. auch Finnemore/Hollis 2016).

Zur Frage der internationalen Normentwicklung passt die bislang vornehmlich aus dieser Perspektive erfolgte Untersuchung des europäischen Ansatzes in der Cybersicherheitspolitik. Denn dieser sieht in verschiedener Hinsicht (politische Verhandlungsressourcen, Marktmacht, innovative Governance-Formen, Wertorientierung und soft power) eine mögliche Ausnahmerolle für die EU in der internationalen Normentwicklung (Kettemann et al. 2018). In diesem Sinne haben VertreterInnen einer dezidierten Forschung zur EU-Cybersicherheitspolitik betont, dass angesichts der transnationalen Herausforderungen der Cybersicherheitspolitik ein europäischer Ansatz zur Problemlösung geboten sei (Sliwinski 2014, 476; Carrapico/Barrinha 2018). In der Realität indes sucht die EU erkennbar nach ihrer Rolle, die sie zwischen anderen Staaten, nichtstaatlichen Akteuren und den Mitgliedsstaaten einnehmen kann und soll (Klimburg/Tirmaa-Klaar 2011).

Wo die EU-Cybersicherheitspolitik erforscht wird, erfolgt dies zumeist aus den aus der Forschung zur EU-Außen- und Sicherheitspolitik vertrauten Blickwinkeln. So wird der EU auch in diesem Feld attestiert, die typischen Defizite in ihrer Akteurschaft sowie der Kohärenz ihrer Handlungen aufzuweisen. Passend zu dieser Orientierung an bestehender Forschung stellt eine Reihe von ForscherInnen eine

besondere Wertorientierung der EU-Cybersicherheitspolitik fest, die sich bspw. im Verzicht auf eine Militarisierung der Cybersicherheit manifestiert (Bendiek 2018; Dunn Cavelty 2018). Die empirischen Befunde variieren dabei mit den verwendeten Akteurs- bzw. Machtbegriffen, an denen die EU gemessen wird sowie mit den analysierten Politikbereichen bzw. mit den zum Vergleich genutzten Kontrastfolien (meist die NATO). Inwiefern diese Politik aktiv gewählt und angestrebt wird oder ob sie nicht aus dem Beharren auf sicherheitspolitische Souveränität der Mitgliedsstaaten folgt, wird zumeist nicht problematisiert.

Gerade an der Schnittmenge zwischen Datenschutz und Cybersicherheitspolitik hat die Europäische Union in Reformtätigkeit und politischem Handeln in der jüngeren Vergangenheit im Hinblick auf ihre Wertorientierung kein einheitliches Bild hinterlassen (Busch 2012; Ripoll Servent 2017; Schünemann 2019b). Auch in dem in jüngerer Zeit intensiver diskutierten Problemfeld Desinformation und Manipulation öffentlicher Meinung zeigen die Organe der Europäischen Union in Teilen Tendenzen zu sicherheitspolitischen Lösungen (EU-Kommission 2018), die im Folgenden behandelt werden sollen.

6. Wider neue Tendenzen der Versicherheitlichung – Plädoyer für einen Perspektivwechsel

Insbesondere seit den US-Präsidentenwahlwahlen und dem britischen Referendum über die Mitgliedschaft in der EU 2016 wird öffentlich zunehmend über die Beeinflussung des demokratischen Entscheidungsprozesses durch die Verbreitung von Desinformationen und Propaganda diskutiert. Die Bedrohungswahrnehmung wird durch den mutmaßlichen oder tatsächlichen Ursprung derartiger Operationen im Ausland sowie den Verdacht auf Automatisierung von Informationskampagnen (Social Bots) erheblich gesteigert. Im Zuge dessen ist eine weitere Aufladung des Verständnisses von Cybersicherheit zu beobachten, denn die genannten Phänomene werden immer häufiger unter den vielfältigen »Cyber-Gefahren« subsumiert (Spektrum.de 2019) und zusammengenommen dem sicherheitspolitischen Problem- und Aktivitätsfeld zugeschlagen, augenscheinlich ohne großen Widerspruch in der gesellschaftspolitischen Debatte. Schon im Weißbuch der deutschen Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr aus dem Jahr 2016 wird die Verbreitung von Propaganda im Internet erörtert. Zwar unterscheidet die Regierung hierbei konzeptionell zwischen Cyberangriffen und Informationsoperationen, rückt aber beides in den Zuständigkeitsbereich der Sicherheitsbehörden (Bundesregierung 2016, 39). Einen zurückhaltenderen, deziidiert auf Mittel der Medienregulierung setzenden Ansatz wählte die Bundesregierung (ausgehend vom Justizministerium) im Vorfeld der Bundestagswahlen, als sie das ebenfalls umstrittene Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verabschiedete.

te, das im Rahmen der Co-Regulierung den Betreibern großer sozialer Netzwerke Löschpflichten im Kampf gegen rechtswidrige Inhalte auferlegt.

Der sicherheitspolitische Ansatz ist demgegenüber in jüngerer Zeit erneut auf EU-Ebene sichtbar geworden (siehe oben). So haben die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik im Dezember 2018 einen Aktionsplan Desinformation verabschiedet, der die Verbreitung von Desinformation und ausländischer Propaganda explizit als sicherheitspolitische Herausforderung rahmt und entsprechende Maßnahmen fordert (EU-Kommission 2018).

Auf wissenschaftlicher Seite steht eine viel beachtete Untersuchung von Kathleen Hall Jamieson exemplarisch für diesen Trend. In ihrem Buch »Cyberwar – How Russian Hackers and Trolls Helped Elect a President« (Jamieson 2018) beschreibt sie die viel diskutierten mutmaßlich russischen Beeinflussungen des US-Präsidentenwahlkampfs 2016 als eine Form des Krieges (siehe auch Kurz/Rieger 2018; Maness 2019). Sie rechtfertigt die Begriffswahl unter anderem durch Bezug auf Richard A. Clarke, der den Kriegsbegriff bereits in den beginnenden 2010er Jahren prominent vertreten hat und auch in diesem Kontext wieder betonte (Jamieson 2018, 8) sowie durch Verweis auf die Äußerungen von prominenten PolitikerInnen wie Nancy Pelosi, die die Ereignisse ebenfalls als Krieg bezeichnete:

»This is a very big deal. What we're talking about is cataclysmic. It is cyber warfare. A major foreign power with sophistication and ability got involved in our presidential election.« (Pelosi, zitiert nach Jamieson 2018, 9)

Das Textbeispiel steht exemplarisch für einen neuen Trend der Versicherheitlichung, der nach der Ernüchterung der Debatte über tatsächlich »heiße« Cyberkriege ansetzt, aber durch Hinzuziehung propagandistischer Mittel eine noch größere und drängendere Aufladung des Sicherheitsbegriffs vornimmt. Aufgrund der häufigen Unklarheit unterstellter Rechtsbrüche durch Desinformation und die schwierige Abgrenzung von legalen Kommunikationsakten in einer freien (auch transnationalen) Online-Kommunikationsumgebung steht zu befürchten, dass die Legitimationsstrategien der Sekuritisierungsagenten noch weitreichendere Eingriffe mittels Überwachung und Content-Regulierung beinhalten, als es bislang der Fall war. Aufgrund hoher Sensibilität für die Integrität des demokratischen Systems insbesondere in Wahlkampfzeiten ist zudem anzunehmen, dass die Chancen auf Legitimierung in der Bevölkerung vergleichsweise gut stehen. Augenscheinlich werden auch die weitaus niedrigschwelligeren Aktivitäten von Staaten oder anderen Akteuren zunehmend zur Rechtfertigung sicherheitspolitischer (Gegen-)Maßnahmen genutzt. Damit scheint ausgerechnet die von den kritischen Sicherheitsstudien beförderte Erkenntnis, wonach Staaten nicht zum folgenschweren offensiven Einsatz ihrer Cyberkapazitäten neigen und ein Cyberkrieg in diesem Sinne unwahrscheinlich ist, ohne bleibenden Folgen für die wissenschaftliche und öffentliche Debatte geblieben zu sein. Der Fokus auf katastrophiforme Szenarien

folgeschwerer Cyberangriffe ist lediglich durch eine gesteigerte (konjunkturelle) Aufmerksamkeit für Desinformationskampagnen ersetzt worden, ohne (politisch wie oft auch wissenschaftlich) das konzeptionelle Vokabular angemessen anzupassen.

Interessanterweise ist auch in diesem jüngeren Literaturstrang erneut zu beobachten, wie mit einiger Selbstverständlichkeit von Cyberkrieg die Rede ist (Jammieson 2018; Kurz/Rieger 2018; Maness 2019), vielfach ohne erneut kritisch zu fragen, ob der Begriff den Phänomenen angemessen ist und inwiefern die Ereignisse überhaupt Kernbereiche der Cybersicherheit berühren. Eine Bezugnahme auf die Kerndefinition der IT-Sicherheit kann als Bemessungsrahmen Klarheit über konzeptionelle Unterschiede der diskutierten Phänomene herstellen und ferner helfen, die angemessene regulatorische Zuständigkeit besser einzuschätzen. Betrachtet man etwa die Ereignisse vor der US-Präsidentenwahl, an denen sich die aktuelle Problemwahrnehmung entzündet hat, zeigt sich, dass viele der diskutierten Themen nicht den eigentlichen Bereich der IT-Sicherheit betreffen (etwa das Agieren sog. Trolle, die Verbreitung von Desinformation, Social Bots etc.). Hierbei handelt es sich eher um überwiegend niedrigschwellige »information operations« (Ruhmann/Bernhardt 2014). Sie fallen in die Bereiche strategischer Kommunikation und – womöglich staatlich gesteuerter – Propaganda. Hierbei geht es also um Maßnahmen, die darauf zielen, Informationen sowie deren Fluss und Rezeption zu den eigenen Gunsten zu beeinflussen.

Zu den Schwierigkeiten mit dieser erweiterten Problemwahrnehmung gehört auch, dass die Bedrohungssperzeption sich bislang nicht mit den bestenfalls uneindeutigen empirischen Befunden in Einklang bringen lässt. So sind die Wirkungen von Desinformationskampagnen auf gesellschaftliche Debatten bisher nur unzureichend erforscht. Empirische Untersuchungen, etwa zu den USA (Allcott/Gentzkow 2017) geben jedenfalls wenig Anlass zur Beunruhigung. Auch die Auswirkungen der Automatisierung sind, wie die Debatte um Social Bots gezeigt hat, ebenfalls sehr hypothetisch. Bislang konnten auch hier keine empirisch belastbaren Aussagen über deren Wirkungsweisen und tatsächlichen Wirkungen von Bot-Kommunikation formuliert werden (Thielges/Hegelich 2018). Es reicht nicht aus, zu wissen, dass eine von Russland finanzierte Werbung 126 Millionen Facebook-UserInnen (The New York Times 2017) erreicht hat, um von einer substanziellen Manipulation zu sprechen. Die Einschätzung der Gefahr sollte daher stets kritisch reflektiert werden – eine pauschale Annahme des »Worst-Case« scheint auf Grundlage der empirischen Evidenz nicht angemessen und im Kontext neuer Sekuritisierungstendenzen jedenfalls nicht hilfreich.

Der sicherheitspolitische Fokus auf die Verbreitung von Desinformationen ist für liberale Demokratien in ganz grundlegender Hinsicht problematisch. Denn Forderungen nach staatlicher Überwachung und Intervention greifen tief in die demokratischen Freiheitsrechte ein. Die Regulationsforderungen zur Bekämpfung

von Desinformationen in demokratischen Wahlkämpfen sind angesichts der nicht nachgewiesenen Wirkungen und der Tiefe der Eingriffe besonders kritisch zu beurteilen, rufen sie doch in einer Hochphase des politischen Wettbewerbs dazu auf, das politische System vor der freien Rede zu schützen und Wahrheit von Lüge zu trennen. Abgesehen davon, dass schon dieses Schutzbedürfnis für liberale Demokratien nicht unbedingt angemessen ist: Wer sollte in der Position sein, die Entscheidung über Wahrheit oder Lüge, Desinformation oder bloße Zuspitzung im Wahlkampf zu treffen?

7. Schlussüberlegungen und Ausblick

Cybersicherheit ist ein vieldeutiger und schillernder Begriff. Er geht im Kern und Ursprung von einem technischen Verständnis von IT-Sicherheit aus. Sein Gebrauch geht aber weit darüber hinaus, denn dieser umfasst ebenso klassische Sicherheitsbedrohungen und ihre digitalen Transformationen wie gesellschaftliche und politische Aufladungen als Ergebnisse von Versicherheitlichungsdiskursen. Die sozial- und im Besonderen die politikwissenschaftliche Cybersicherheitsforschung kann diese weiteren Begriffsdimensionen nicht unberücksichtigt lassen. In den vorangegangenen Abschnitten haben wir einen Überblick über das dementsprechend heterogene Feld der politikwissenschaftlichen Cybersicherheitsforschung gegeben. Im Einzelnen haben wir einen strategisch-militärpolitischen Zugang von der Auseinandersetzung mit Begriff und Aufladungen aus Perspektive der kritischen Sicherheitsstudien unterschieden. Darüber hinaus haben wir uns mit ersten empirischen Vergleichsstudien aus der Sicherheitspolitik- und Konfliktforschung befasst. Hierin sehen wir ein besonderes Potential, die dichte Beschreibung einzelner prominenter Cybersicherheitsvorfälle durch empirisch gesättigte vergleichende Befunde zu ergänzen. Studien dieser Art sind nicht zuletzt hilfreich, um die Bindewirkung internationaler Normen zu ermessen. Die internationale Normentwicklung im Bereich Cybersicherheit haben wir zudem als Gegenstand eines eigenen Subfelds identifiziert und die Grundlinien der darin überwiegenden völkerrechtlichen und politikwissenschaftlichen Arbeiten skizziert. Schließlich haben wir mit den aktuell diskutierten Bedrohungsszenarien für den öffentlichen Raum und den demokratischen Prozess neue Tendenzen der erweiterten Cybersicherheitsdebatte vorgestellt und kritisch diskutiert.

Insgesamt ergeben sich für die wissenschaftliche Forschung zu Cybersicherheit im Lichte der vorangegangenen Abschnitte die folgenden Desiderate: Erstens sind die kritischen Sicherheitsstudien gefragt, aktuelle Problemwahrnehmungen, Debatten und politische Maßnahmenkataloge zur Bekämpfung von Desinformation und (ausländischer) Propaganda im Netz auf Sekuritisierungstendenzen hin kritisch zu untersuchen. Zweitens sollten die Darstellungen von Sicherheitsbe-

drohungen durch empirische Studien überprüft und fundiert werden. Drittens ist zu wünschen, dass sich das Feld vergleichender Cybersicherheitsforschung weiter ausbildet und zugängliche Datensätze für die empirische Analyse auf- oder ausgebaut werden. Viertens plädiert der Beitrag dafür, dass dort, wo empirische Überprüfungen etwa aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit nicht möglich sind, auf die schwerpunktmäßige Darstellung von Worst-case-Szenarien und alarmistische Töne verzichtet wird. Im Hinblick auf den politischen Handlungsrahmen und die zunehmend diskutierte Regulation von Online-Kommunikation sollte fünftens zwischen sicherheitspolitischen Bedrohungen und medienregulatorischen Herausforderungen differenziert werden.

Literaturverzeichnis

- Albahar, Marwan (2017): Cyber Attacks and Terrorism: A Twenty-First Century Conundrum. In: *Science and engineering ethics*.
- Allcott, Hunt/Gentzkow, Matthew (2017): Social Media and Fake News in the 2016 Election. In: *Journal of Economic Perspectives* 31 (2), S. 211–236.
- Andress, Jason (2015): The basics of information security. Understanding the fundamentals of InfoSec in theory and practice. 2. Auflage. Waltham, MA, Amsterdam.
- Arquilla, John (2013): Twenty Years of Cyberwar. In: *Journal of Military Ethics* 12 (1), S. 80–87. DOI: 10.1080/15027570.2013.782632.
- Arquilla, John/Ronfeldt, David (1993): Cyberwar is coming! In: *Comparative Strategy* 12 (2), S. 141–165.
- Assaf, Dan (2008): Models of critical information infrastructure protection. In: *International Journal of Critical Infrastructure Protection* 1, S. 6–14.
- Barrett, Edward T. (2015): Reliable Old Wineskins. The Applicability of the Just War Tradition to Military Cyber Operations. In: *Philosophy & Technology* 28 (3), S. 387–405.
- Bendiek, Annegret (2018): Die EU als Friedensmacht in der internationalen Cyberdiplomatie (SWP-Aktuell). URL:berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A22_bdk.pdf (14.05.2019).
- Bendrath, Ralf/Eriksson, Johan/Giacomello, Giampiero (2007): From ›cyberterrorism‹ to ›cyberwar‹, back and forth: How the United States securitized cyberspace. In: Eriksson/Giacomello (Hg.): *International relations and security in the digital age*. London und New York, S. 57–82.
- Bernard, Rose (2017): These are not the terrorist groups you're looking for. An assessment of the cyber capabilities of Islamic State. In: *Journal of Cyber Policy*, S. 1–11.

- BfDI (2019): Der Bundesdatenschutzbeauftragte stellt seinen 27. Tätigkeitsbericht vor. Positive Bilanz der Datenschutz-Grundverordnung, Kritik an immer mehr Befugnisse für Grundrechtseingriffe der Sicherheitsbehörden. URL: https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Pressemitteilungen/2019/16_27_TB.html (14.05.2019).
- Blank, Stephen (2017): Cyber War and Information War à la Russe. In: George Perkovich und Ariel Levite (Hg.): Understanding cyber conflict. Fourteen analogies. Washington, DC, S. 81–98.
- Borghard, Erica D./Lonergan, Shawn W. (2016): Can States Calculate the Risks of Using Cyber Proxies? In: Orbis 60 (3), S. 395–416.
- Bossong, Raphael/Wagner, Ben (2016): A typology of cybersecurity and public-private partnerships in the context of the EU. In: Crime, Law and Social Change.
- Boyte, Kenneth J. (2017): A Comparative Analysis of the Cyberattacks Against Estonia, the United States, and Ukraine. Exemplifying the Evolution of Internet-Supported Warfare. In: International Journal of Cyber Warfare and Terrorism 7 (2), S. 54–69.
- Brem, Stefan (2015): Critical Infrastructure Protection from a National Perspective. In: European Journal of Risk Regulation 6 (02), S. 191–199.
- Brunner, Elgin M./Suter, Manuel (2009): International CIIP Handbook 2008/2009. URL: www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CIIP-HB-08-09.pdf (14.05.2019).
- Buchan, Russell (2016): Cyberspace, Non-State Actors and the Obligation to Prevent Transboundary Harm. In: Journal of Conflict and Security Law 21 (3), S. 429–453.
- Bundesgesetzblatt (2015): Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz). URL: www.bgblerx.de/xaver/bgblerx/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBler&jumpTo=bgbler115s1324.pdf (14.05.2019).
- Bundesregierung (2016): Weissbuch 2016. Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/736102/64781348c12e4a80948ab1bdf25cf057/weissbuch-zur-sicherheitspolitik-2016-download-bmvg-data.pdf> (14.05.2019).
- Busch, Andreas (2012): Die Regulierung transatlantischer Datenströme: zwischen Diktat und Blockade. In: Busch/Hofmann (Hg.): Politik und die Regulierung von Information. Baden-Baden, S. 408–440.
- Cairncross, Frances (2001): The death of distance. How the communications revolution is changing our lives. Boston.
- Canfil, Justin Key (2016): Honing Cyber Attribution: A Framework for assessing foreign state complicity. In: Journal of International Affairs 70 (1), S. 217–226.
- Carr, Madeline (2016a): US Power and the Internet in International Relations: The Irony of the Information Age. London.

- Carr, Madeline (2016b): Public-private partnerships in national cyber-security strategies. In: *International Affairs* 92 (1), S. 43–62.
- Carrapico, Helena/Barrinha, Andre (2018): European Union cyber security as an emerging research and policy field. In: *European Politics and Society* 19 (3), S. 299–303.
- Choucri, Nazli (2012): *Cyberpolitics in international relations*. Cambridge, Massachusetts.
- Christensen, Kristoffer Kjærgaard/Petersen, Karen Lund (2017): Public–private partnerships on cyber security. A practice of loyalty. In: *International Affairs* 93 (6), S. 1435–1452.
- Christou, George (2017): The EU's Approach to Cybersecurity: Challenges and Opportunities. URL: http://repository.essex.ac.uk/19872/1/EU-Japan_9_Cyber_Security_Christou_EU.pdf (14.05.2019).
- Chung, John J. (2018): Critical Infrastructure, Cybersecurity, and Market Failure. In: *Oregon Law Review* 96 (2), S. 441–476.
- Clarke, Richard A./Knake, Robert K. (2010): *Cyber war. The Next Threat to National Security and What to Do About It*. New York.
- Clough, Jonathan (2012): The Council of Europe Convention on Cybercrime. Defining 'Crime' in a Digital World. In: *Criminal Law Forum* 23 (4), S. 363–391.
- Colarik, Andrew/Ball, Rhys (2016): *Anonymous Versus ISIS. The Role of Non-state Actors in Self-defense*. In: *Global Security and Intelligence Studies* 2 (1).
- Council on Foreign Relations (2019): Cyber Operations Tracker. URL: <https://www.cfr.org/interactive/cyber-operations> (14.05.2019).
- Couzigou, Irène (2018): Securing cyber space. The obligation of States to prevent harmful international cyber operations. In: *International Review of Law, Computers & Technology* 32 (1), S. 37–57.
- CSIS (2019): Significant Cyber Incidents. URL: https://csis-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/190211_Significant_Cyber_Events_List.pdf.
- Dunn Cavelty, Myriam (2008): Cyber-Terror—Looming Threat or Phantom Menace? The Framing of the US Cyber-Threat Debate. In: *Journal of Information Technology & Politics* 4 (1), S. 19–36.
- Dunn Cavelty, Myriam (2010): Cyber-threats. In: Dunn Cavelty/Mauer (Hg.): *The Routledge handbook of security studies*. Milton Park, Abingdon, Oxon, New York, S. 180–189.
- Dunn Cavelty, Myriam (2012): The Militarisation of Cyberspace: Why Less May Be Better. In: Czosseck/Ottis/Ziolkowski (Hg.): *2012 4th International Conference on Cyber Conflict. Proceedings*. Piscataway, NJ: IEEE, S. 141–153.
- Dunn Cavelty, Myriam (2013): Der Cyber-Krieg, der (so) nicht kommt. Erzählte Katastrophen als (Nicht)Wissenspraxis. In: Hempel/Bartels/Markwart (Hg.): *Aufbruch ins Unversicherbare. Zum Katastrophendiskurs der Gegenwart*. Bielefeld, S. 209–234.

- Dunn Cavelty, Myriam (2018): Europe's cyber-power. In: European Politics and Society 19 (3), S. 304–320.
- Dunn Cavelty, Myriam/Jaeger, Mark Daniel (2015): (In)visible Ghosts in the Machine and the Powers that Bind. The Relational Securitization of Anonymous. In: International Political Sociology 9 (2), S. 176–194.
- Durante, Massimo (2015): Violence, Just Cyber War and Information. In: Philosophy & Technology 28 (3), S. 369–385.
- Egloff, Florian (2017): Cybersecurity and the Age of Privateering. In: Perkovich/Levite (Hg.): Understanding cyber conflict. Fourteen analogies. Washington, DC, S. 231–247.
- Erskine, Toni/Carr, Madeline (2016): Beyond ›Quasi-Norms‹: The Challenges and Potential of Engaging with Norms in Cyberspace. In: Osula/Rõigas (Hg.): International cyber norms. Legal, policy & industry perspectives. Tallinn, Estonia: NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence, S. 87–110.
- EU (2016): Richtlinie (EU) 2016/1148. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32016L1148> (14.05.2019).
- EU-Kommission (2018): Aktionsplan gegen Desinformation. JOIN (2018) 36 final.
- Farwell, James P./Rohozinski, Rafal (2011): Stuxnet and the Future of Cyber War. In: Survival 53 (1), S. 23–40.
- Finlay, Christopher J. (2018): Just War, Cyber War, and the Concept of Violence. In: Philosophy & Technology 9 (4), S. 384.
- Finnemore, M./Hollis, D. B. (2016): Constructing Norms for Global Cybersecurity. In: American Journal of International Law 110 (3), 425–479.
- Freiberg, Michael (2015): Grenzen und Möglichkeiten der öffentlich-privaten Zusammenarbeit zum Schutz Kritischer IT-Infrastrukturen am Beispiel des Umsetzungsplan KRITIS. In: Lange/Bötticher (Hg.): Cyber-Sicherheit. Wiesbaden, S. 103–120.
- Freedom House (2018): Freedom on the Net 2018. The Rise of Digital Authoritarianism. New York/Washington. https://freedomhouse.org/sites/default/files/FOTN_2018_Final%20Booklet_11_1_2018.pdf (14.05.2019).
- Gartzke, Erik (2013): The Myth of Cyberwar. Bringing War in Cyberspace Back Down to Earth. In: International Security 38 (2), S. 41–73
- Gaycken, Sandro (2011): Cyberwar. Das Internet als Kriegsschauplatz. München.
- Gaycken, Sandro (2012): Cyberwar – Das Wettrüsten hat längst begonnen. Vom digitalen Angriff zum realen Ausnahmezustand. München.
- Gilbert Ramsay (2016): ›Terrorist‹ Use of the Internet: An Overblown Issue. In: Middle East – Topics & Arguments 6, S. 88–96.
- Goldsmith, Jack (2013): How Cyber Changes the Laws of War. In: European Journal of International Law 24 (1), S. 129–138.

- Gorr, David/Schünemann, Wolf J. (2013): Creating a secure cyberspace – Securitization in Internet governance discourses and dispositives in Germany and Russia. In: International Review of Information Ethics 20, S. 39–51.
- Guitton, Clement (2013): Cyber insecurity as a national threat. Overreaction from Germany, France and the UK? In: European Security 22 (1), S. 21–35.
- Guitton, Clement (2017): Inside the enemy's computer. Identifying cyber-attackers. New York.
- Hansen, Lene/Nissenbaum, Helen (2009): Digital Disaster, Cyber Security, and the Copenhagen School. In: International Studies Quarterly 53 (4), S. 1155–1175.
- Heickerö, Roland (2014): Cyber Terrorism. Electronic Jihad. In: Strategic Analysis 38 (4), S. 554–565.
- Henriksen, Anders (2019): The end of the road for the UN GGE process. The future regulation of cyberspace. In: Journal of Cybersecurity 5 (1).
- Herzog, Stephen (2011): Revisiting the Estonian Cyber Attacks. Digital Threats and Multinational Responses. In: Journal of Strategic Security 4 (2), S. 49–60.
- Jamieson, Kathleen Hall (2018): Cyberwar. How russia helped elect a President – What We Don't, Can't, and Do Know. New York.
- Jarvis, Lee/Macdonald, Stuart/Whiting, Andrew (2017): Unpacking cyberterrorism discourse. Specificity, status, and scale in news media constructions of threat. In: European Journal of International Security 2 (01), S. 64–87.
- Jenkins, Ryan (2013): Is Stuxnet physical? Does it matter? In: Journal of Military Ethics 12 (1), S. 68–79.
- Kello, Lucas (2013): The Meaning of the Cyber Revolution. Perils to Theory and Statecraft. In: International Security 38 (2), S. 7–40
- Kettemann, Matthias C./Kleinwächter, Wolfgang/Senges, Max (2018): The time is right for Europe to take the lead in global internet governance. URL: http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/files/48008/Governance_Kettemann_Kleinwaechter_Senges.pdf (14.05.2019).
- Kierkegaard, Sylvia Mercado (2008): International Cybercrime Convention. In: Janczewski/Colarik (Hg.): Cyber warfare and cyber terrorism. Hershey: Information Science Reference, S. 469–476.
- Klimburg, Alexander/Tirmaa-Klaar, Heli (2011): Cybersecurity and Cyberpower: Concepts, Conditions and Capabilities for Cooperation for Action within the EU. URL: [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2011/433828/EXPO-SEDE_ET\(2011\)433828_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2011/433828/EXPO-SEDE_ET(2011)433828_EN.pdf) (14.05.2019).
- Kurz, Constanze/Rieger, Frank (2018): Cyberwar – Die Gefahr aus dem Netz. Wer uns bedroht und wie wir uns wehren können. München.
- Leisegang, Daniel (2015): Der cyber- militärische Komplex: Die dunkle Seite des Silicon Valley. In: Wissenschaft & Frieden (2), S. 27–30.

- Lam, Christina (2018): A Slap on the Wrist: Combatting Russia's Cyber Attack on the 2016 US Presidential Election. In: *Boston College Law Review* 59 (6), S. 2167–2201.
- Lewis, James A./Neuneck, Götz (2013): The Cyber Index. International Security Trends and Realities. URL: www.unidir.org/files/publications/pdfs/cyber-index-2013-en-463.pdf (14.05.2019).
- Libicki, Martin C. (2017): The Convergence of Information Warfare. In: *Strategic Studies Quarterly* Spring, S. 49–65.
- Lindsay, Jon R. (2013): Stuxnet and the Limits of Cyber Warfare. In: *Security Studies* 22 (3), S. 365–404.
- Liu, Ian Yuying (2017): The due diligence doctrine under Tallinn Manual 2.0. In: *Computer Law & Security Review* 33 (3), S. 390–395.
- Maness, Ryan C. (2019): A crisis of trust. Transatlantic cybersecurity relations in the post-Snowden era. In: Harnisch/Thies/Friedrichs (Hg.): *Crisis across the Atlantic? Institutional Resilience and Democratic Decision-making under Pressure*. New York, S. 143–160.
- Marion, Nancy E. (2010): The Council of Europe's Cyber Crime Treaty: An exercise in Symbolic Legislation. In: *International Journal of Cyber Criminology* 4 (2), S. 699–712.
- Maurer, Tim (2011): Cyber norm emergence at the United Nations. An Analysis of the UN's Activities Regarding Cyber-security. URL: <https://www.belfercenter.org/sites/default/files/legacy/files/maurer-cyber-norm-dp-2011-11-final.pdf> (14.05.2019).
- Maurer, Tim (2016): »Proxies« and Cyberspace. In: *Journal of Conflict and Security Law* 21 (3), S. 383–403.
- Maurer, Tim (2018): *Cyber Mercenaries. The state, hackers, and power*. Cambridge.
- McCarthy, Daniel R. (2015): Power, information technology, and international relations theory. The power and politics of US foreign policy and the internet. New York.
- Nissenbaum, Helen (2005): Where Computer Security Meets National Security. In: *Ethics and Information Technology* 7 (2), S. 61–73.
- Ottis, Rain (2008): Analysis of the 2007 Cyber Attacks Against Estonia from the Information Warfare Perspective. In: Remenyi (Hg.): *Proceedings of the 7th European Conference on Information Warfare and Security. 7th European Conference on Information Warfare and Security*. Plymouth, S. 163–168.
- Rid, Thomas (2012): Cyber War Will Not Take Place. In: *Journal of Strategic Studies* 35 (1), S. 5–32.
- Rid, Thomas (2013): *Cyber war will not take place*. Oxford, New York.
- Rid, Thomas/Buchanan, Ben (2014): Attributing Cyber Attacks. In: *Journal of Strategic Studies* 38 (1–2), S. 4–37.

- Ripoll Servent, Ariadna (2017): Protecting or processing? Recasting EU data protection norms. In: Schünemann/Baumann (Hg.): *Privacy, Data Protection and Cybersecurity in Europe*. [S.l.], S. 129–145.
- Ruhmann, Ingo/Bernhardt, Ute (2014): Information Warfare und Informationsgesellschaft: Zivile und sicherheitspolitische Kosten des Informationskriegs. In: *Wissenschaft & Frieden* (1).
- Sanger, David E. (2018): *The perfect weapon. War, sabotage, and fear in the cyber age*. New York.
- Schmitt, Michael N. (2013): *Tallinn manual on the international law applicable to cyber warfare*. Prepared by the international group of experts at the invitation of the NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence. Cambridge, New York.
- Schmitt, Michael N. (2017): *Tallinn manual 2.0 on the international law applicable to cyber operations*. New York.
- Schmitt, Michael N./Watts, Sean (2016): Beyond State-Centrism. International Law and Non-state Actors in Cyberspace. In: *Journal of Conflict and Security Law* 21 (3), S. 595–611.
- Schulze, Matthias (2016): (Un)Sicherheit hinter dem Bildschirm: Die Versicherlichkeit des Internets. In: Fischer/Masala (Hg.): *Innere Sicherheit nach 9/11*. Wiesbaden, S. 165–185.
- Schünemann, Wolf J. (2019a, i.E.): Cybersicherheit. In: Klenk/Nullmeier/Wewer (Hg.): *Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung*. Wiesbaden.
- Schünemann, Wolf J. (2019b): Business as Usual or Norm Promotion? Divergent Modes and Consequences of Transatlantic Crisis Resilience in Cybersecurity and Data Protection after the Snowden Revelations. In: Harnisch/Thies/Friedrichs (Hg.): *Crisis across the Atlantic? Institutional Resilience and Democratic Decision-making under Pressure*. New York, S. 126–142.
- Schünemann, Wolf J./Harnisch, Sebastian (2015): Cybersicherheit. In: Nohlen/Grotz (Hg.): *Kleines Lexikon der Politik*.
- Sharp, Travis (2017): Theorizing cyber coercion. The 2014 North Korean operation against Sony. In: *Journal of Strategic Studies* 58 (3), S. 1–29.
- Shaw, Tony/Jenkins, Tricia (2017): An Act of War? The Interview Affair, the Sony Hack, and the Hollywood–Washington Power Nexus Today. In: *Journal of American Studies* 29, S. 1–27.
- Sliwinski, Krzysztof Feliks (2014): Moving beyond the European Union's Weakness as a Cyber-Security Agent. In: *Contemporary Security Policy* 35 (3), S. 468–486.
- Singer, Peter W./Friedman, Allan (2014): *Cybersecurity*. New York, Oxford.
- Spektrum.de (2019): Wie Social Bots den Brexit verursachten. URL: <https://www.spektrum.de/news/wie-social-bots-den-brexit-verursachten/1423912> (14.05.2019).

- Steiger, Stefan/Harnisch, Sebastian/Zettl, Kerstin/Lohmann, Johannes (2018): Conceptualising conflicts in cyberspace. In: *Journal of Cyber Policy* 3 (1), S. 77–95.
- Stiennon, Richard (2015): There Will Be Cyberwar: How the Move to Network-Centric Warfighting Set The Stage For Cyberwar. Birmingham, MI.
- Stone, John (2013): Cyber War Will Take Place! In: *Journal of Strategic Studies* 36 (1), S. 101–108.
- Sullivan, Clare (2016): The 2014 Sony Hack and the Role of International Law. In: *Journal of National Security Law & Policy* 8 (3).
- Tabansky, Lior (2011): Basic Concepts in Cyber Warfare. In: *Military and Strategic Affairs* 3 (1), S. 75–92.
- The New York Times (2017): Russian Influence Reached 126 Million Through Facebook Alone. URL: <https://www.nytimes.com/2017/10/30/technology/facebook-google-russia.html> (14.05.2019).
- Thielges, Andree/Hegelich, Simon (2018): Falschinformationen und Manipulation durch social bots in sozialen Netzwerken. In: Blätte et al. (Hg.): *Computational Social Science. Die Analyse von Big Data*. Baden-Baden, S. 357–377.
- Tikk, Eneken/Kaska, Kadri/Vihul, Liis (2010): International Cyber Incidents: Legal Considerations. CCDCOE. URL: <https://ccdcce.org/publications/books/legalconsiderations.pdf> (14.05.2019).
- Valeriano, Brandon/Maness, Ryan C. (2014): The dynamics of cyber conflict between rival antagonists, 2001–11. In: *Journal of Peace Research* 51 (3), S. 347–360.
- Valeriano, Brandon/Maness, Ryan C. (2015): *Cyber war versus cyber realities. Cyber conflict in the international system*. Oxford und New York.
- Zetter, Kim (2014): *Countdown to Zero Day. Stuxnet and the launch of the world's first digital weapon*. New York.

Wann ist Künstliche Intelligenz (un-)fair?

Ein sozialwissenschaftliches Konzept von KI-Fairness

Frank Marcinkowski und Christopher Starke

1. Einleitung

Systeme basierend auf künstlicher Intelligenz bestimmen schon heute den Alltag vieler Menschen, sei es durch Kaufempfehlungen im Netz, die Zusammenstellung von medialen Unterhaltungsangeboten oder smarte Autokorrektursysteme im Handy. Doch auch gesellschaftlich folgenreiche Entscheidungen wie die Verteilung von öffentlichen Gütern und Leistungen oder die Genehmigung von Asylanträgen können künftig durch algorithmische Entscheidungssysteme unterstützt werden. Durch diese tiefgreifende Veränderung nahezu aller gesellschaftlichen Teilbereiche wird Künstliche Intelligenz (KI) auch zu einem Handlungsfeld von Politik. Das umfasst nicht nur die Förderung und Regulierung neuer Technologien, sondern auch die Auseinandersetzung mit diffusen Ängsten in der Bevölkerung vor potentiell negativen Auswirkungen auf Mensch und Gesellschaft. Darüber hinaus verändert sich möglicherweise auch die Politik selbst, wenn *Big Data Analytics* zur Grundlage von politischen Entscheidungsprozessen werden (Poel et al. 2018; Rieder/Simon 2016). KI-basierte Systeme erweitern schon heute digitale Anwendungen im Bereich von E-Government, wie beispielsweise die Implementierung von Distributed-Ledger-Technologien (z.B. Blockchain) in öffentlichen Verwaltungen (Kossow 2019). Wenn gleich geltende rechtliche Bestimmungen den Datenzugriff regulieren, hat sich die Verfügbarkeit großer Datenmengen nicht zuletzt durch die Implementierung von Open Government Data in den vergangenen Jahren erheblich erweitert (Kersting 2017). Die Einsatzbereiche von KI-Systemen für Politik sind dabei mannigfaltig und reichen von Beratungs- und Empfehlungssystemen hin zu komplexen Entscheidungssystemen. Insbesondere im letztgenannten Fall, wenn also folgenreiche Entscheidungen über die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen, aber auch von Gefahren und Risiken, unter Rückgriff auf KI-basierte Systeme getroffen werden, drängt sich zwangsläufig die Frage nach deren Potential für Unfairness und Diskriminierung auf (Binns 2018a, 2018b). Woran liegt es und wie kann man verhindern, dass Algorithmen bestimmte Bürger auf der Basis ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihrer Religion systematisch bevorzugen oder be-

nachteiligen, ganz gleich ob bei der Zuteilung staatlicher Transferleistungen oder vor Gericht? Begriffe wie »Fair Machine Learning«, »Data Justice« oder »Discrimination-aware Data-Mining« verweisen auf Bemühungen von Forschern aus unterschiedlichen Disziplinen, Antworten auf diese und ähnliche Fragen zu finden (Barocas/Selbst 2016; Binns 2018a; Dencik et al. 2019; Hoffmann, 2019; Taylor 2017; Veale/Binns 2017). Während der Fokus dabei zunächst auf technischen, rechtlichen und ethischen Fragestellungen liegt, rücken zunehmend auch sozialwissenschaftliche Aspekte der Thematik in den Blick (Binns et al. 2018; Grgic-Hlaca et al. 2018a, 2018b; Lee 2018; Lee/Baykal 2017). Denn technische Funktionsweisen und rechtliche Rahmenbedingungen sind nur die eine Seite der Medaille. Ebenso bedeutsam für die weitere technische Entwicklung und das durch sie induzierte Konfliktpotential erscheinen die kognitiven, emotionalen und verhaltensbezogenen Reaktionen der Endnutzer auf KI-basierte Systeme mit künstlicher Intelligenz. Deren Perzeptionen und Einschätzungen werden annahmegemäß durch eine Mehrzahl von Faktoren beeinflusst und sind nicht allein durch die technische Funktionalität determiniert. Anders formuliert: Wenn ein Algorithmus im Aggregat diskriminierungsfrei klassifiziert (faktische Fairness), heißt das nicht automatisch, dass er auf individueller Ebene tatsächlich als fair wahrgenommen wird (wahrgenommene Fairness). Die Wahrnehmungen der Bürger sind aber ein wichtiger Bezugspunkt beim Einsatz von KI in der Politik wie in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Legitimität der Entscheidungsverfahren und Entscheidungsergebnisse: Beide sind zentral für die Stabilität der demokratischen Ordnung in der digitalen Gesellschaft (Verba 2006). Im Folgenden stellen wir ein mehrdimensionales Konzept von KI-Fairness vor, das dazu dienen soll, die Reaktionen von Nutzern und Betroffenen auf den Einsatz KI-basierter Technologien in Staat und Gesellschaft systematisch erfassen und beschreiben zu können. Wesentlicher Bezugspunkt unserer Überlegungen ist die Literatur zur *Organizational Justice*, die zugleich vielfältige Überschneidungen mit demokratietheoretischen Ansätzen aufweist, beispielsweise mit den Evaluationskriterien politischer Partizipation (Kersting 2019, in diesem Band) oder mehrdimensionalen Konzepten politischer Legitimation (Scharpf 2009; Schmidt 2013). Der Beitrag lenkt den Blick über die bisher dominante Beschäftigung mit distributiver Fairness hinaus auf weitere Eigenschaften sozio-technischer Systeme, an denen das Fairnessempfinden der Nutzer Anstoß nehmen könnte.

2. Was ist künstliche Intelligenz?

Künstliche Intelligenz ist ein Sammelbegriff für technische Systeme mit Fähigkeiten, die bislang der »natürlichen« Intelligenz von Menschen vorbehalten waren. Dabei ist Intelligenz ein vielschichtiges Phänomen, das trotz des Fehlens ei-

ner allgemein verbindlichen Definition stets eine kognitive Leistungsfähigkeit beschreibt und sich unter anderem in mathematischem, sprachlichem oder räumlichem Denken, Merkfähigkeiten und Auffassungsgabe manifestiert (Kaplan 2016; Legg/Hutter 2007). Unabhängig von konkreten Anwendungsgebieten werden Maschinen (vor allem Computersysteme) als intelligent bezeichnet, bei denen man Aspekte von kognitiver Leistungsfähigkeit vorfindet. Künstliche Intelligenz im so verstandenen Sinne heißt also nicht, dass man Maschinen Bewusstsein, Geist oder einen eigenen Willen unterstellt. Obwohl mathematische Verarbeitungsfertigkeiten schon immer ein elementarer Wesenszug der »Rechner« waren, die insoweit die »Good Old-Fashioned Artificial Intelligence« (Haugeland 1985) statistischer Analyse beherrschen, sollen moderne Computersysteme darüber hinaus befähigt werden, eigenständig zu lernen, zu schlussfolgern und zu planen. Sie sollen also Entscheidungsalternativen unter der Bedingung von Unsicherheit und riskanten Folgen auswählen und gegebenenfalls auch umsetzen. Inputs in Form von digitalen Daten werden nicht mehr nur verarbeitet, sondern dienen als Grundlage für Lernprozesse, die durch Menschen unterstützt (»supervised Machine Learning«) oder auch ungestützt (»unsupervised Machine Learning«) ablaufen können. Solche KI-Anwendungen, die sich grob unter dem Stichwort *Maschinelles Lernen* zusammenfassen lassen, bilden derzeit den Schwerpunkt informationstechnologischer Forschung im Feld der KI. Sie sind auf die Verfügbarkeit über großen Datenmengen (*Big Data*) angewiesen, die als Rohstoff für Training und Lernen dienen (Thierer et al. 2017). Dabei erkennt der Computer Muster im Daten-Input, auf deren Grundlage er bei neuen und unbekannten Fällen Vorhersagen und Zuordnungen trifft. Die Ergebnisse automatisierter Klassifikation und Entscheidung sind mittlerweile in Feldern wie Bild- und Spracherkennung den Leistungen von Menschen ebenbürtig und können je nach Anwendungsgebiet bereits heute auch darüber hinausgehen.

3. Was ist Fair Machine Learning?

Die Idee des *Fair Machine Learning* in der Informatik beruht auf der Beobachtung einer Paradoxie. Obwohl automatisierte Klassifikations- oder Entscheidungssysteme den Anspruch erheben, menschliche Vorurteile und Unzulänglichkeiten durch mathematische Kalkulation zu ersetzen, sind sie ihrerseits nicht davor gefeit, Diskriminierung und Ungerechtigkeit zu produzieren (Barocas/Selbst 2016). Eine der zentralen Ursachen liegt in der technischen Logik der Systeme: Intelligente Maschinen lernen aus verfügbaren Trainingsdaten, die ihrerseits Manifestationen des bisherigen Verhaltens von Personen und Institutionen sind. Daten reflektieren also nicht nur die sozialen Spannungen und die Spaltung der Gesellschaft, die sie hervorgebracht hat, sondern auch die gängige soziale Praxis fehlbarer Menschen. So ist es möglich, dass selbstlernende Algorithmen die Ungerechtigkeit der Welt

reproduzieren und zugleich deren Ursprung verschleiern, ohne dass der Maschine oder dem Programmierer willentliche Diskriminierung unterstellt werden muss. Ungerechtigkeit im so verstandenen Sinne bemisst sich an der Zielgröße einer durch KI unterstützten Entscheidung, sei es über den Leistungsanspruch eines Sozialhilfeempfängers oder die Eignung eines Stellenbewerbers im öffentlichen Dienst. Sie ist also das, was seit Aristoteles als Ergebnis- oder Verteilungsgerechtigkeit (*iustitia distributiva*) bezeichnet wird (Bien 1995). Folgerichtig hat sich die Machine-Learning-Literatur der Informatik vornehmlich mit Möglichkeiten und Grenzen der mathematischen Formalisierung sozialwissenschaftlicher Vorstellungen von gerechten Verteilungsnormen beschäftigt (Berendt/Preibusch 2014; Chouldechova 2016; Friedler et al. 2016; Gajane/Pechenizki 2018; Hu/Chen 2018). Damit ist die Frage aufgeworfen, was überhaupt unter den Begriffen »fair« und »diskriminierungsfrei« verstanden werden kann (Binns 2018b). Im Folgenden gehen wir davon aus, dass der auf Ergebnisgerechtigkeit fokussierte Fairnessbegriff der tatsächlichen Komplexität des Phänomens nicht vollumfänglich gerecht wird. Wo die Machine-Learning-Literatur darüber hinausgeht, ist die verwendete Begrifflichkeit nicht immer intuitiv und sozialwissenschaftlich nur bedingt anschlussfähig (Grgic-Hlaca et al. 2018b; Taylor 2017). Um diese Schwächen zu überwinden, schlagen wir ein mehrdimensionales Konzept von KI-Fairness vor, mit dem es gelingen soll, eine Vielzahl der im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Folgen Künstlicher Intelligenz diskutierten Probleme, etwa Reproduktion existierender Ungleichheiten und Stereotypen, Verletzung von Privatheit, mangelnde Transparenz automatisierter Entscheidung etc., in einem einheitlichen theoretischen Bezugsrahmen zu thematisieren.

4. Ein sozialwissenschaftliches Konzept von KI-Fairness

Im sozialpsychologischen Verständnis bezeichnet der Begriff *Fairness* die subjektiven Wahrnehmungen und Einschätzungen der Behandlung, die ein Einzelner durch andere Individuen oder Institutionen erfährt. *Fairness* ist demnach eine individuelle, kognitive Reaktion, die sich auf manifestes Handeln Dritter richtet: Man fühlt sich von einem Gericht fair behandelt oder auch nicht, weil es so entschieden hat, wie es entschieden hat. Die Entscheidungen und Handlungen Dritter können ihrerseits daran bemessen werden, ob sie bestimmten moralischen, sozialen, religiösen oder rechtlichen Standards entsprechen und insoweit als gerecht bzw. ungerecht gelten. Die Kriterien gerechten Handelns sind variabel und in der Regel Gegenstand einer mehr oder weniger dauerhaften Einigung über die jeweils angemessene Gerechtigkeitsvorstellung in einem gegebenen Handlungsbereich. Formale Gerechtigkeit ist demnach eine Voraussetzung für wahrgenommene *Fairness*. Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die subjektive und die objektive Seite des

Phänomens häufig nicht auseinandergehalten und die Begriffe Fairness und Gerechtigkeit synonym verwendet (Knight 1998).

In der Politikwissenschaft gilt Fairness als zentraler Prädiktor für Input-, Throughput und Output-Legitimität politischen Entscheidens (Scharpf 1970; Schmidt 2013). Das politologische Verständnis des Begriffs rekurriert insoweit auf Verfahrens- (Input und Throughput) und Ergebnisgerechtigkeit (Output). Darüberhinausgehend wird Fairness in der Organisationsforschung als dreidimensionales Konstrukt behandelt (Barling/Philipps 1993; Skarlicki/Folger 1997; Tata/Bowes-Sperry 1996; Yean/Yusof 2016). Neben distributiver und prozeduraler Fairness tritt eine soziale Dimension von Fairness auf, um – über die Qualität der eigentlichen Verfahrensregeln hinaus – auf die Bedeutung des persönlichen Umgangs von Entscheidungsträgern mit Entscheidungsbetroffenen hinzuweisen. Einige Autoren schlagen darüber hinaus vor, die soziale Komponente des Konzepts in die zwei Subdimensionen interaktionale und informationelle Fairness zu untergliedern (Bies/Moag 1986; Greenberg 1993), wodurch ein vierdimensionales Modell von Fairness entsteht, das sich auch in empirischer Hinsicht als tragfähig erwiesen hat (Colquit 2001; Shapiro et al. 1994). Im Folgenden werden wir skizzieren, welche Merkmale und Eigenschaften von Systemen mit künstlicher Intelligenz aus der Perspektive jeder der vier Fairnessdimensionen in den Blick geraten und welche Forschungsfragen sich daraus ergeben.

Distributive Fairness

Das Konzept distributiver Fairness bezieht sich auf die Wahrnehmung einer fairen Verteilung von Ressourcen, also auf das Ergebnis von Entscheidungsprozessen (Croppanzano et al. 2015; Yean/Yusof 2016). Dem entspricht in demokratietheoretischer Perspektive das Konzept der Output-Legitimation (Scharpf 1970). In der Literatur werden in der Regel drei zentrale Verteilungskriterien voneinander unterschieden (Deutsch 1975): (1) *Equality* oder absolute Gleichheit beschreibt das Gleichverteilungsprinzip von Ressourcen, d.h. jeder Akteur erhält dasselbe. In demokratischen Gesellschaften wird diese Verteilungsnorm vor allem bei der Anerkennung von Grundrechten angewendet. (2) *Equity* oder relative Gleichheit beschreibt die Verteilungsnorm, bei der jeder Akteur einen leistungsgerechten Anteil der Ressourcen erhält, abhängig davon, wie viel er/sie eingesetzt hat (Adams/Freedman 1976). Diesem Verteilungsprinzip folgt beispielsweise das deutsche Rentensystem, da sich die Höhe der Rente nach der Höhe der eingezahlten Beiträge bemisst. (3) *Need* beschreibt die Verteilung von Ressourcen basierend auf dem Kriterium der Bedürftigkeit. Das bedeutet, dass diejenigen Akteure bevorzugt werden, die am dringendsten auf die zu verteilenden Ressourcen angewiesen sind. Diese Verteilungsnorm ist in demokratischen Gesellschaften eng mit sozialstaatlichen Insti-

tutionen verbunden und findet vor allem im Bereich der Grundsicherung Anwendung, beispielsweise bei der Arbeitslosenversicherung.

Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung werden in nahezu allen gesellschaftlichen Teilbereichen digitale Daten erzeugt, gesammelt, analysiert und verwertet (Dencik et al. 2019). Im politischen System bilden digitale Daten die Grundlage von E-Government, um Transaktionen innerhalb und zwischen staatlichen Institutionen sowie die Kommunikation zwischen Bürgern und Staat durch digitale Technologie zu unterstützen. KI-basierte Klassifikationssysteme werden derzeit auch bei der Implementation von Verteilungspolitiken genutzt (Poel et al. 2018). Aktuelle Beispiele betreffen etwa die Verteilung von geflüchteten Menschen zwischen Gebietskörperschaften (Bansak et al. 2018) oder die Allokation von Gesundheitsdienstleistungen (Wahl et al. 2018). Im Rahmen derartiger Entscheidungsprozesse kann es vorkommen, dass Algorithmen willentlich oder unwillentlich gegen die geltenden rechtlichen und sozialen Gerechtigkeitsnormen verstossen. Ein Beispiel für willentliche Diskriminierung wäre, dass individuelle Grundrechte durch Algorithmen nicht auf Basis des *Equality*-Prinzips, sondern unter Rückbezug auf das *Equity*-Prinzip zuerkannt werden. Das würde bedeuten, dass lediglich denjenigen Bürgern, die zur wirtschaftlichen Produktivität des Landes beitragen, auch bestimmte Freiheitsrechte (z.B. Mobilität) zugesprochen werden. Ein vergleichbarer Gedanke ist etwa im Social-Credit-System in China angelegt (Campbell 2019). Unwillentliche Diskriminierung kann entstehen, wenn die Entscheidungen von Algorithmen auf Grundlage verzerrter Trainingsdaten getroffen werden, in denen realweltlich existierende Diskriminierungen (z.B. in Bezug auf Geschlecht, Ethnizität, sozialer Status) bereits enthalten sind. Das kann zur Folge haben, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen systematisch bevorteilt bzw. benachteiligt werden (Barocas/Selbst 2016; Hoffmann 2019; Taylor 2017).

Während sich soziologische oder politikwissenschaftliche Analysen algorithmischer Ungleichbehandlung auf De-facto-Diskriminierungen im Aggregat richten und an objektiven Tatbeständen festmachen lassen, lenkt das hier vorgeschlagene Fairnesskonzept den Blick auf die individuelle Wahrnehmung dieser Ergebnisse. Dabei ist zu vermuten, dass automatisiert getroffene Entscheidungen über die Verteilung von Ressourcen von den Anwendern und Betroffenen immer dann als unfair wahrgenommen werden, wenn die eigene individuelle Fairnessvorstellung von der verwendeten Verteilungsnorm des Algorithmus abweicht. Dabei ist es für das persönliche Empfinden zunächst einmal unerheblich, ob die eigene Fairnessvorstellung mit der gesellschaftlich geltenden Verteilungsnorm übereinstimmt oder nicht. Problemverschärfend wirkt, dass die Betroffenen in der Regel gar nicht wissen, welches Ergebnis der Algorithmus in der Gesamtpopulation erzeugt hat, geschweige denn, welche Verteilungsnorm der Entscheidung zugrunde liegt. Die individuelle Bewertung von distributiver (Un)Fairness automatisierter Entscheidungen dürfte daher zuvorderst durch das Ergebnis determiniert sein, das man

selbst erhalten hat. Im ungünstigsten Fall werden Betroffene immer dann davon ausgehen, einen ungerechten Anteil der zu verteilenden Lasten und zu gewinnenden Leistungen abbekommen zu haben, wenn die eigenen Erwartungen enttäuscht worden sind. Um zu erkennen, dass diese Erwartungen unrealistisch waren und mithin das Ergebnis gerechter als zunächst gedacht ist, wäre ein Mindestmaß an Information über andere Fälle nötig, zu denen sich Betroffene in Beziehung setzen können. Wo diese Informationen nicht verfügbar sind, kann sich der Verdacht von Unfairness technischer Systeme erhärten. Diese Überlegungen verweisen auf zusätzlichen Forschungsbedarf. Zum einen gilt es zu untersuchen, unter welchen Bedingungen sich Betroffene als »gute bzw. schlechte Verlierer« automatisierter Entscheidungsverfahren erweisen. Darüber hinaus interessieren mögliche Effekte wahrgenommener (Un)Fairness auf individuelle Emotionen und Verhaltensweisen. Hier rücken unter anderem Konzepte wie Angst oder Wut, aber auch Kategorien wie Technikakzeptanz, Selbstwirksamkeit, Vertrauen oder Protestbereitschaft in den Fokus sozialwissenschaftlicher Betrachtungen. Wenngleich erste empirische Ergebnisse zur Beantwortung der skizzierten Fragestellung vorliegen, steckt die sozialwissenschaftliche Forschung zu distributiver KI-Fairness noch in den Kinderschuhen (Binns et al. 2018; Grgic-Hlaca et al. 2018b; Lee 2018; Lee/Baykal 2017).

Prozedurale Fairness

Prozedurale Fairness bezieht sich auf den Entscheidungsprozess, der zu einem bestimmten Ergebnis führt (Thibaut/Walker 1975). Zahlreiche empirische Forschungsarbeiten zeigen, dass die Wahrnehmung von Verfahren für Meinungsbildung und Verhalten wichtiger sein können als die Bewertung des Ergebnisses selbst (z.B. Tyler et al. 1997). In seinen einflussreichen Arbeiten nennt Leventhal (1980) sechs Kriterien, nach denen die Fairness von Verfahrensregeln gemeinhin bewertet wird: (1) Konsistenz, (2) Neutralität, (3) Genauigkeit, (4) Revidierbarkeit, (5) Ethik, (6) Repräsentativität. KI-basierte Entscheidungsprozesse weisen die Besonderheit auf, dass die Vorgänge innerhalb der »black box« für eine qualifizierte Fairnessbewertung der Betroffenen und Anwender kaum zugänglich sind. Deren Urteile werden sich also an den sichtbaren prozeduralen Regeln orientieren und sich darüber hinaus auf subjektive Perzeptionen stützen. In einem ersten Zugriff verweisen die Leventhal-Kriterien auf sechs Ansatzpunkte für die Fairnesswahrnehmung KI-basierter Verfahren, die im Übrigen in ähnlicher Form auch bei der Evaluation politischer Partizipation eine zentrale Rolle spielen (Kersting 2019, in diesem Band).

- **Konsistenz:** die Entscheidungsregeln sollten konsequent angewendet werden, unabhängig vom Entscheidungsträger, von den Betroffenen sowie vom Zeitpunkt der Entscheidung. Aus der sozialpsychologischen Forschung (z.B. Evans

1989) wissen wir, dass Menschen aufgrund von individuellen (z.B. Empathiefähigkeit) sowie situativen Faktoren (z.B. Müdigkeit, Emotionen) nicht immer konsistent entscheiden. Hingegen sollten derartige menschliche *biases* bei automatisierten Systemen keine Rolle spielen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass KI-Systeme zwangsläufig zu zuverlässigeren Entscheidungen gelangen, geschweige denn, dass sie von den Betroffenen als konsistent wahrgenommen werden. Ein Grund liegt in der Besonderheit komplexer KI-Systeme, wie neuronale Netzwerke selbstständig aus vorherigen Entscheidungen lernen zu können. Sie sind daher in der Lage, ihre eigenen Verfahrensregeln ständig zu optimieren (Schmidhuber 2015). Es gilt also zu klären, ob und unter welchen Bedingungen automatisierte Entscheidungsprozesse von den Betroffenen als konsistent wahrgenommen werden. Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche individuellen Faktoren (z.B. Vertrauen in Technik) die Konsistenzwahrnehmung beeinflussen und welche Auswirkungen dies auf relevante Zielvariablen hat.

- **Neutralität:** Die persönlichen Prozesspräferenzen der Entscheidungsträger sollten die faire Entscheidung nicht beeinflussen. Neutralität bezieht sich somit auf die vermeintliche Unvoreingenommenheit automatisierter Entscheidungssysteme. Das zentrale Argument lautet hier, dass Algorithmen keine eigenen Interessen verfolgen und somit objektiv entscheiden können. Diese positive Sichtweise wird jedoch von einigen Forschern grundlegend bezweifelt. Bollier (2010, 13) fragt: »Can the data represent an ›objective truth‹ or is any interpretation necessarily biased by some subjective filter or the way that data is ›cleaned?« (siehe auch Boyd/Crawford 2012). Es ist also durchaus nicht zwingend, dass KI-basierte Systeme automatisch als objektiv und unvoreingenommen wahrgenommen werden. Da die Neutralität des Prozesses jedoch einerseits auf den eingespeisten Daten beruht und andererseits erst im Ergebnis evident wird, steht der Neutralitätsaspekt in engem Zusammenhang mit *Interaktionaler Fairness* auf der einen und *Distributiver Fairness* auf der anderen Seite.
- **Genauigkeit:** Faire Entscheidungen sollten auf möglichst vollständigen und korrekten Informationen beruhen. Damit ist im Falle von automatisierten Entscheidungen die Zuverlässigkeit und Gültigkeit des Dateninput angesprochen (Grgic-Hlaca et al. 2018b). Auch hierüber entfaltet sich eine kontroverse Debatte in der Literatur. Einerseits sind KI-basierte Entscheidungssysteme in der Lage, Zusammenhänge in großen Datenmengen zu identifizieren, die für menschliche Akteure schlichtweg zu komplex sind (Berendt/Preibusch 2014). Andererseits sind bestimmte Phänomene kaum reliabel und valide messbar und verzerrten somit mögliche Schlussfolgerungen (Grgic-Hlaca et al. 2018b). Unabhängig von der wissenschaftlichen Debatte über die Genauigkeit von Daten stellt sich die Frage, wie Endnutzer Urteile über die Gültigkeit der Datengrundlage bilden. So wird ein/e Betroffene/r eines automatisierten Stellenbesetzungs-

verfahrens das Ergebnis dann als fair wahrnehmen, wenn er/sie Anlass hat zu glauben, dass die Informationen, die zur Entscheidungsfindung herangezogen wurden, korrekt, zuverlässig, gültig und vollständig waren. In diesem Zusammenhang gilt es zu erforschen, worauf ein solches Urteil gründet.

- *Revidierbarkeit:* Im fairen Entscheidungsprozess ist sichergestellt, dass fehlerhafte oder unangemessene Entscheidungen rückgängig gemacht werden können. Revidierbarkeit bezieht sich somit auf die Fähigkeit des Entscheidungsprozesses, sich selbst zu korrigieren. Für die Fairnesswahrnehmung KI-basierter Prozesse hat dies zwei zentrale Konsequenzen. Zum einen stellt sich die Frage, wie Betroffene angesichts der reklamierten »Intelligenz« technischer Systeme ihre eigenen Möglichkeiten einschätzen, Revision gegen das Ergebnis einzulegen. Diese Einschätzung kann durchaus von der tatsächlichen Revidierbarkeit des automatisierten Verfahrens abweichen, beispielsweise aufgrund von mangelndem Wissen oder mangelndem Vertrauen in den Berufungsprozess. Zum anderen dürfte es für Bürger wichtig sein, wie das Zusammenspiel von Mensch und Maschine konkret ausgestaltet ist. Bisherige Forschungen deuten auf eine hohe Akzeptanz computergestützter Systeme hin, wenn sie dem Menschen zuarbeitet (Cockerill et al. 2004). Was aber sieht das Verfahren vor, wenn Mensch und Maschine in ihren Urteilen abweichen? Einerseits wäre es denkbar, einen anderen Algorithmus hinzuzuziehen und erneut über dieselbe Angelegenheit zu entscheiden. Andererseits besteht die Möglichkeit, die Entscheidung auf ein Gremium aus menschlichen Akteuren zu übertragen, welches über die Autorität verfügt, Entscheidungen von KI-basierten Systemen zu überstimmen. Im zweiten Fall ergeben sich jedoch neue Herausforderungen für die Wahrnehmung von prozeduraler Fairness, vor allem im Hinblick auf die Nachvollziehbarkeit der Begründung, mit der eine für den Betroffenen günstige KI-basierte Entscheidung überstimmt wird.
- *Ethik:* der Entscheidungsprozess sollte auf grundlegenden ethischen Werten beruhen. Ethisch relevante Verfahrensaspekte beziehen sich zunächst auf die Frage, welche Entscheidungsprozesse überhaupt durch Systeme künstlicher Intelligenz unterstützt werden dürfen, welche sogar komplett an automatisierte Systeme übertragen werden können und welche weiterhin in den Händen von Menschen liegen sollten. Die Meinungen der Bürger hierüber haben annahmegemäß direkte Effekte auf ihre Einschätzung der Verfahrensgerechtigkeit. Sie gehen derzeit noch weit auseinander und sind je nach Einsatzbereich unterschiedlich ausgeprägt. Beispielsweise lehnten bei einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 77 % der Befragten die Vorstellung ab, dass Maschinen mit künstlicher Intelligenz Vorstellungsgespräche führen, in der gleichen Umfrage haben aber 49 % der Befragten kein Problem damit, dass Maschinen Zeitungsberichte für den Wirtschaftsteil verfassen (YouGov 2018). Zudem stellen sich wichtige Fragen nach den moralischen Entscheidungsregeln KI-basierter

Systeme: »With the rapid development of artificial intelligence have come concerns about how machines will make moral decisions, and the major challenge of quantifying societal expectations about the ethical principles that should guide machine behavior« (Awad et al. 2018, 59). Für die Erforschung von individuellen Fairnesswahrnehmungen führt das zu mindestens zwei weiteren Fragen: Erstens, in welchen Bereichen und zu welchem Grade sollten Maschinen in Entscheidungsprozesse integriert werden? Zweitens, welche moralischen Entscheidungsregeln sollten den Prozess leiten?

- Repräsentativität bedeutet, dass die frei geäußerten Meinungen aller relevanten Parteien im Entscheidungsprozess zum Ausdruck gebracht werden können. Thibaut und Walker (1975) sprechen in diesem Zusammenhang von Prozesskompetenz. In Bezug auf KI-basierte Prozesse bedeutet das vor allem, dass für verschiedene Identitäten, Kulturen, Ethnien und Sprachen, die Gegenstand des Verfahrens sind, aussagekräftige Daten verfügbar sind und berücksichtigt werden – also Datenrepräsentativität im statistischen Sinne gewährleistet ist (Binns 2018b). Darüber hinaus bezieht sich der Repräsentativitätsaspekt auf die wahrgenommenen Möglichkeiten der Betroffenen, den Prozess beeinflussen zu können, was Thibaut und Walker (1975) als Entscheidungskompetenz bezeichnen. Es lässt sich argumentieren, dass durch die Implementierung selbstlernender Systeme insbesondere die Mündigkeit der Bürger geschwächt wird. Umgekehrt könnte Repräsentativität aber auch eine große Stärke solcher Systeme sein, indem für die Entscheidung große Datenmengen aus vielen verschiedenen Datenquellen (z.B. Bevölkerungsumfragen, Internetsuchanfragen) herangezogen werden, die womöglich die Meinungen der Anspruchsgruppen umfassender abbilden, als das auf konventionellen Wegen der Verfahrensbeteiligung möglich wäre. Wie und in welchem Umfang sich Individuen und soziale Gruppen in algorithmischen Entscheidungsprozessen tatsächlich repräsentiert fühlen und wovon das jeweils abhängt, ist derzeit noch weitgehend unerforschtes Gelände.

Interktionale Fairness

Im Unterschied zur Verfahrensgerechtigkeit geht es bei der Interaktionsgerechtigkeit nicht um die Wahrnehmung der prozeduralen Regeln selbst, sondern darum, wie sie im konkreten Fall angewendet werden (Bies 2001; Tyler/Bies 1989). Dem entsprechen in demokratietheoretischer Perspektive Kategorien wie Respekt oder Zivilität, die namentlich in der Theorie deliberativer Demokratie betont werden (Herbst 2010). Greenberg (1990, 1993) hat diese Dimension als *interpersonal fairness* bezeichnet, weil sie auf Erfahrungen im unmittelbaren Kontakt von Beteiligten und Betroffenen beruht. Wenn das Konzept auf die Interaktion mit technischen Systemen angewendet wird, ist damit unterstellt, dass sich Menschen auch vom »Ver-

halten« intelligenter Maschinen in ihrem Selbstwertgefühl verletzt fühlen können. Ansätze für eine solche Argumentation ließen sich etwa in der Literatur zur *Media Equation Theory* oder dem *Computer as Social Actors* Paradigma finden (Nass/Moon 2000), wonach Computer nach den gleichen sozialen Maßstäben beurteilt und behandelt werden, wie andere Menschen auch. Da hier der Platz fehlt, ein solches Argument auszuarbeiten, gehen wir zunächst davon aus, dass sich die Urteile über interpersonale Fairness auf das jeweilige Entscheidungssystem insgesamt beziehen, in dem Künstliche Intelligenz und Menschen in spezifischer Weise zusammenwirken. Daher verwenden wir den übergreifenden Begriff *interktionale Fairness* (Bies/Moag 1986). Die »soziale Seite« (Greenberg 1993) der Fairness umfasst folglich alle Wahrnehmungen, die sich auf den persönlichen Umgang der Entscheidungsträger mit den Adressaten einer Entscheidung beziehen. Das betrifft zunächst die Frage, ob sich Betroffene als gleichberechtigte Partner wertgeschätzt und respektiert fühlen, oder ob sie – gerade umgekehrt – den Eindruck gewinnen, dass es den Vorgesetzten an Empathie und Wohlwollen mangelt. Besonders negative Effekte auf diese Dimension von Fairness beinhalten solche Erfahrungen, die als Verletzung der eigenen Identität und Würde erlebt werden. Als Beispiele für Verletzungen des »sacred self«, die als Unfairness wahrgenommen werden können, nennt Bies (2001) die Erfahrung von Geringsschätzung, etwa durch abfällige Bemerkungen oder ungerechtfertigte Beschuldigungen, die Erfahrung, das Versprechen nicht eingehalten und Vertrauen missbraucht wird, Verletzungen der Privatsphäre, etwa durch Verwendung vertraulicher Information oder das Stellen unangemessener Fragen und schließlich alle Formen der Respektlosigkeit in Sprache und Verhalten des Gegenübers.

Vor dem Hintergrund erscheinen zwei Eigenschaften KI-basierter Entscheidungssysteme besonders geeignet, bei Betroffenen das Gefühl despektierlicher Behandlung zu erregen. (1) Die Intelligenz technischer Systeme beruht immer darauf, dass sie Strukturen und Zusammenhänge in einer für Menschen nicht zu bewältigenden Informationsfülle entdeckt und für die Identifikation bestimmter Fälle verwendet. Wird KI für die Identifikation oder Voraussage von individuellen Verhaltensweisen genutzt, die als unerwünscht gelten oder regelrechte Normverstöße darstellen, heißt das zugleich, dass die Systeme zunächst einmal die gesamte Population unter Generalverdacht stellen. Das gilt etwa für die Aufdeckung von Sozialbetrug durch Leistungsbezieher, falsche oder unvollständige Angaben im Rahmen von Asylverfahren, Früherkennung von kriminellen Wiederholungsttern oder die Identifikation potentieller Problemfälle in einem Bewerberfeld. Binns (2018b) spricht in diesem Zusammenhang auch von statistischer Diskriminierung. Vorliegende Forschungen weisen darauf hin, dass ein flächendeckendes Aussetzen der Unschuldsvermutung von Betroffenen als Respektlosigkeit verstanden wird, mit entsprechenden Konsequenzen für die wahrgenommene Interaktionsgerechtigkeit (Bies 1993). Damit erhebt sich die Frage, ob andere Regeln im Umgang mit

der Informationsbasis (etwa Vorauswahl begründeter Verdachtsfälle, Zufallsauswahl einer Stichprobe) die wahrgenommene Fairness verstärken, ohne die Leistungsfähigkeit des technischen Systems einzuschränken. (2) Weil die Funktionalität KI-basierter Systeme mit der Menge an Informationen (Daten) steigt, die für die Analyse zur Verfügung stehen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass darunter auch solche Informationen sind, deren Nutzung Betroffene als Verletzung ihrer »informationellen Privatheit« begreifen. Damit ist hier der Anspruch des einzelnen auf Kontrolle darüber gemeint, wer über welche persönlichen Informationen und zu welchem Zweck Kenntnis erhält (Stone/Stone 1990; Westin 1967). Verschiedene Autoren haben Verletzungen der informationellen Privatheit mit Einschränkungen der *interaktionalen Fairness* in Verbindung gebracht (Bies 1993, 1996; Leventhal 1980). Welche Information in dem Sinne als privat gelten, kann von Fall zu Fall unterschiedlich sein, potentiell aber vieles betreffen: etwa Angaben über Einkommen und Vermögen, sexuelle und religiöse Orientierungen, politische Präferenzen, medizinische Fakten. Zu einem besonderen Problem wird in diesem Zusammenhang das lange Gedächtnis des Internet. Sollte etwa ein Algorithmus Informationen über früheren Alkohol- oder Drogenkonsum, die sich über Datenspuren auf sozialen Netzwerken erschließen lassen, in aktuelle Beurteilungen einer Person einbeziehen, werden Betroffene das in mehrfacher Hinsicht als unfair betrachten: Erstens, weil ihnen ein möglicherweise weit zurückliegender und einmaliger Vorgang heute noch zugerechnet wird; Zweitens, weil ihnen damit unterstellt wird, keine persönliche Entwicklung durchgemacht zu haben, und drittens, weil eine Verletzung der Privatsphäre vorliegt, wenn es sich um Informationen aus privaten Kontexten handelt, die irgendwann einmal unvorsichtigerweise veröffentlicht wurden. Ein einschlägiges Forschungsprogramm sollte sich auf die Frage konzentrieren, welches spezifische Gewicht verschiedenen Faktoren (z.B. die Art der benutzten Information, die Form der Datensammlung, informierte Einwilligung) auf die wahrgenommene Fairness haben. Die wachsende Literatur über *Online Privacy Concerns* (Baruh et al. 2017) kann genutzt werden, um künftige Analysen der Interaktionsgerechtigkeit von KI-gestützten Studien zu informieren.

Informationelle Fairness

Die vierte Dimension von Fairness betrifft die Frage, ob Entscheidungsträger die Logik ihres Handelns erklären oder die Betroffenen über die Grundlagen ihrer Entscheidung im Unklaren lassen. Dem korrespondieren in demokratietheoretischer Perspektive Kategorien wie Transparenz oder Rechenschaftspflicht (Mulgan 2003). Während Bies und Moag (1986) undurchsichtiges Entscheiden als Mangel an Respekt verstehen und mithin konzeptuell als Subdimension der Interaktionsgerechtigkeit behandeln, haben neuere Forschungen im organisatorischen Kontext gezeigt, dass »informational justice« nicht nur einen empirisch distinkten Faktor

darstellt, sondern auch andere Zielvariablen beeinflusst, als beispielsweise Wert-schätzung oder Freundlichkeit (Colquit 2001). Danach bildet der Anspruch auf adäquate Erklärung einer einmal getroffenen Entscheidung einen integralen Bestandteil des Gerechtigkeitsempfindens von Betroffenen. Empirische Evidenz für diese Annahme liegt vor allem aus dem Bereich der Managementtheorie und Organisationsforschung vor (Greenberg 1990; Tyler/Bies 1989). So lässt sich etwa zeigen, dass abgelehnte Stellenbewerber den Besetzungsprozess als fairer wahrnehmen, wenn ihnen eine Begründung für ihre Nichtberücksichtigung gegeben wird, als wenn die Erklärung ausbleibt (Bies/Shapiro 1988). Die weitergehende Forschung richtet sich auf die Frage, welchen Kriterien eine Erklärung genügen muss, um als adäquat anerkannt zu werden. Soweit sich das beim jetzigen Stand der Forschung sagen lässt, bilden Rechtzeitigkeit, Aufrichtigkeit und Verständlichkeit die Mindestbedingungen für Ansprüche an eine zufriedenstellende Erklärung organisationaler Entscheidungen (Shapiro et al. 1991, 1994). Der hiermit angesprochene Zusammenhang von verständlicher Information und Fairness lässt sich unmittelbar auf den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im organisatorischen Kontext übertragen. Entsprechende Forschungen können an die entstehende Literatur zu »explainable artificial intelligence« oder »transparency in machine learning« (Annay/Crawford 2016; Burrell 2016; Holzinger 2018; Wachter et al. 2017) anknüpfen, die bisher allerdings noch wenig empirisch ausgerichtet ist und vornehmlich auf Technikakzeptanz und -vertrauen als Zielvariablen abzielt.

Die Problematik adäquater Erklärung für das Verhalten selbstlernender Algorithmen ist vielschichtig. Zunächst haben die Anwender selbst wenig Interesse daran, die exakte Funktionsweise des Algorithmus und dessen Datengrundlagen offen zu legen, soweit ihre kommerziellen Interessen betroffen sind. Die rechtlichen Möglichkeiten, vollständige Transparenz einzuklagen, sind auch im Einzugsbereich der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung beschränkt (Wachter et al. 2017). Darüber hinaus gibt es technische Hürden, weil die verwendeten mathematischen (meist nicht-linearen) Modelle wenig intuitiv, schwer rekonstruierbar und im Einzelfall extrem komplex sein können. Schließlich ist davon auszugehen, dass das informationstechnische Verständnis des durchschnittlichen Bürgers in der Regel nicht ausreicht, um die technische Funktionsweise der Systeme zu verstehen, die über sie entscheiden. Allgemeinverständliche Erklärungen algorithmischer Entscheidungen setzen also voraus, dass deren Logik und Datengrundlage den Endnutzern und interessierten Gruppen in nicht-technischen Begriffen erläutert werden können. Dazu werden bisher häufig graphische Oberflächen verwendet. Ein Beispiel ist die sogenannte *Layer-Wise Relevance Propagation (LRP)*, mit deren Hilfe Bild- und Gesichtserkennungssysteme in Form einer Wärmekarte anzeigen, welche Bildpunkte oder Bildbereiche für die Vorhersage besonders wichtig waren (Bach et al. 2015). Die *Local Interpretable Model-Agnostic Explanation (LIME)* liefert ebenfalls eine graphische Darstellung der individuellen Wichtigkeit einzel-

ner Merkmale, etwa Symptome einer Krankheitsgeschichte oder Wörter in einem Text, für die Vorhersage (Ribeiro et al. 2016). Die kontrafaktische Methode kommt demgegenüber ohne graphische Instrumente aus; hierbei folgt der Mitteilung einer Klassifikationsentscheidung unmittelbar eine Aussage darüber, was in der Realität hätte anders sein müssen, damit eine andere Entscheidung herausgekommen wäre (Sharma et al. 2019). Die Entwicklung von Verfahren, die über bisherige Lösungen des Erklärungsproblems hinausgehen, bildet einen Schwerpunkt der informationstechnischen Forschung. Davon erhofft man sich, dass selbstlernende Systeme der Zukunft besser in der Lage sein werden, ihre Logik in verständliche und nützliche Erklärungsdialoge für den Endverbraucher zu übersetzen. Juristen und Sozialwissenschaftler fordern von »verantwortlicher« Künstlicher Intelligenz, dem Endnutzer verständlich zu machen, auf welcher Grundlage eine automatisierte Entscheidung/Klassifikation zustande gekommen ist, wo mögliche »Fehler im System« und Ansatzpunkte für Einspruch liegen könnten und was sich ändern müsste, um beim nächsten Mal ein anderes Ergebnis zu bekommen (Wachter et al. 2017). Welche der genannten Methoden im Einzelfall diese Forderung erfüllen kann, ist beim jetzigen Stand der Forschung und Theoriebildung kaum zu sagen. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass die Kriterien einer adäquaten Erklärung mit einer Reihe von Randbedingungen variieren, etwa der Art der technisch zu lösenden Aufgabe, der formalen Regeln des soziotechnischen Verfahrens oder dem organisatorischen Kontext. In einem weiteren Schritt wäre dann zu klären, welcher dieser Faktoren (Befähigung zum Verstehen, Widersprechen, Verändern) tatsächlich und mit welchem Gewicht auf die wahrgenommene informationelle Fairness eines technischen Systems einzahlt. Auch in dieser Dimension eröffnet sich ein weithin unbestelltes Feld für die empirische Erforschung von KI-Fairness.

5. Fazit

In Ergänzung existierender Ansätze im Fair Machine Learning fokussiert der vorliegende Beitrag die subjektive Dimension von Fairness, wodurch der Einzelne ins Zentrum des Forschungsinteresses rückt. Diese Perspektive ist von der Überzeugung getragen, dass ein demokratischer und sozialverträglicher Weg in die Digitale Gesellschaft nur in Kenntnis von und im Einklang mit den Überzeugungen, den Präferenzen und den Wahrnehmungen der Betroffenen beschritten werden kann, nicht aber in Unkenntnis oder gar gegen sie. Anders formuliert, die gesellschaftlichen Hoffnungen auf eine bessere Zukunft mit Künstlicher Intelligenz werden sich nur dann erfüllen, wenn die betroffenen Menschen das Gefühl haben, dass die Welt dadurch nicht nur effizienter, sondern auch gerechter (oder zumindest nicht ungerechter) wird. Dies wird vor allem dann der Fall sein, wenn (1) die Ergebnisse automatisierter Entscheidungsprozesse, (2) die Architektur und Verfahrensre-

geln sozio-technischer Systeme, (3) der Umgang dieser Systeme mit den Betroffenen – vor allem im Hinblick auf Respekt und Diskretion und schließlich (4) die Auskünfte der Systeme über ihr eigenes Tun von den Endnutzern als fair wahrgenommen werden. Sozialwissenschaftliche Forschungen zur KI-Fairness hätten zu zeigen, unter welchen Bedingung sich solche Überzeugungen einstellen und unter welchen nicht. Die hierzu im Text formulierten Vermutungen können nicht mehr als ein Anfang sein. Ein so verstandenes Konzept von KI-Fairness ist offenbar nicht ein für alle Male zu bestimmen, vielmehr ist KI-Fairness immer spezifisch. Die jeweils herangezogenen Beurteilungsdimensionen und die individuelle Wahrnehmung dieser Kategorien können je nach Einsatzbereich und Anwendungsfall, aber auch von Person zu Person erheblich variieren. Damit werden die Umrisse eines umfangreichen sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms erkennbar, das im Kern von folgenden Fragestellungen geleitet wird: Von welchen internen und externen Faktoren sind individuelle Fairnesswahrnehmungen in den Dimensionen Ergebnis, Verfahren, Interaktion und Information abhängig? Auf welche gesellschaftlich relevante(n) Zielvariable(n) wirkt welche Dimension von Fairness? Wie wirken die Dimensionen bei der Gesamtbeurteilung eines technischen Systems zusammen? Eignet sich ein Additionsmodell, in dem die Fairness des Systems umso höher eingeschätzt wird, desto höher die Werte jeder Einzeldimension ausfallen, zum Verständnis von KI-Fairness? Oder muss man sich das Zusammenwirken der Einzeldimensionen als einen Kompensationsprozess vorstellen, indem beispielsweise ein wahrgenommener Mangel an Verfahrensgerechtigkeit durch eine besonders positive Beurteilung der Ergebnisgerechtigkeit ausgeglichen werden kann? Empirisch gestützte Antworten auf diese Fragen können dabei helfen, Systeme mit Künstlicher Intelligenz so zu gestalten und zu implementieren, dass sie der oben erhobenen Forderung nach sozial- und demokratieverträglicher Technik genügen.

Literaturverzeichnis

- Adams, J. Stacy/Freedman, Sara (1976): Equity Theory Revisited: Comments and Annotated Bibliography. In: *Advances in Experimental Social Psychology* 2 (9), S. 43–90.
- Ananny, Mike/Crawford, Kate (2016): Seeing without knowing: Limitations of the transparency ideal and its application to algorithmic accountability. In: *New Media & Society* 20 (3), S. 973–989.
- Awad, Edmond et al. (2018): The Moral Machine Experiment. In: *Nature* 563 (7729), S. 59–64.
- Bach et al. (2015): On Pixel-wise Explanations for Non-Linear Classifier Decisions by Layer-wise Relevance Propagation. In: *PLoS ONE* 10 (7).

- Bansak, Kirk et al. (2018): Improving Refugee Integration through Data-Driven Algorithmic Assignment. In: *Science* 359 (6373), S. 325–329.
- Baracas, Solon/Selbst, Andrew (2016): Big Data's Disparate Impact. In: *California Law Review* 104 (1), S. 671–729.
- Barling, Julian/Phillips, Michelle (1993): Interactional, formal, and distributive justice in the workplace: An exploratory study. In: *The Journal of Psychology* 127 (6), S. 649–656.
- Baruh, Lemi et al. (2017): Online privacy concerns and privacy management: A meta-analytical review. In: *Journal of Communication* 67 (1), S. 26–53.
- Berendt, Bettina/Preibusch, Sören (2014): Better Decision Support through Exploratory Discrimination-Aware Data Mining: Foundations and Empirical Evidence. In: *Artificial Intelligence and Law* 22 (2), S. 175–209.
- Bien, Günther (1995): Gerechtigkeit bei Aristoteles. In: Höffe (Hg.): *Aristoteles. Die Nikomachische Ethik*. Berlin, S. 135–164.
- Bies, Robert J. et al. (1988): Causal accounts and managing organizational conflict: Is it enough to say it's not my fault? In: *Communication Research* 15 (4), S. 381–399.
- Bies, Robert J./Moag, Joseph S. (1986): Interactional justice: Communication criteria for fairness. In: Lewicki et al. (Hg.): *Research on negotiation in organizations*. Greenwich, S. 43–55.
- Bies, Robert J./Shapiro, Debra L. (1988): Voice and justification: Their influence on procedural fairness judgments. In: *The Academy of Management Journal* 31 (3), S. 676–685.
- Bies, Robert J. (1993): Privacy and procedural justice in organizations. In: *Social Justice Research* 6 (1), S. 69–86.
- Bies, Robert J. (1996): Beyond the hidden self: Psychological and ethical aspects of privacy. In organizations. In: Messick/Tenbrunsel (Hg.): *Codes of Conduct: Behavioral Research into Business Ethics*. New York, S. 104–116.
- Bies, Robert J. (2001): International (in)justice: The sacred and the profane. In: Greenberg/Cropanzano (Hg.): *Advances in organization justice*. Stanford, S. 89–118.
- Binns, Reuben (2018a): Fairness in Machine Learning: Lessons from Political Philosophy. In: *Journal of Machine Learning Research* 19 (81), S. 1–11.
- Binns, Reuben (2018b): What Can Political Philosophy Teach Us About Algorithmic Fairness? In: *IEEE Security & Privacy* 16 (3), S. 73–80.
- Binns, Reuben et al. (2018): «It's Reducing a Human Being to a Percentage»: Perceptions of Justice in Algorithmic Decisions. In: *Proceedings of the 2018 CHI Conference on Human Factors in Computing Systems*, (27.05.2019).
- Bolliger, David (2010): The promise and peril of big data. URL: www.aspeninstitute.org/sites/default/files/content/docs/pubs/The_Promise_and_Peril_of_Big_Data.pdf (27.05.2019).

- Boyd, Danah/Crawford, Kate (2012): Critical Questions for Big Data. In: Information, Communication & Society, 15 (5), S. 662–679.
- Burrell, Jenna (2016): How the machine ›thinks‹: Understanding opacity in machine learning algorithms. In: Big Data & Society 3 (1), S. 1–12.
- Campbell, Charlie (2019): How China Is Using ›Social Credit Scores‹ to Reward and Punish Its Citizens. URL: <http://time.com/collection/davos-2019/5502592/china-social-credit-score/> (27.05.2019).
- Chouldechova, Alexandra (2016): Fair Prediction with Disparate Impact: A Study of Bias in Recidivism Prediction Instruments. In: FATML, URL: <http://arxiv.org/abs/1610.07524> (27.05.2019).
- Cockerill, Kristan et al. (2004): Assessing Public Perceptions of Computer-Based Models. In: Environmental Management 34 (5), S. 609–619.
- Colquitt, Jason A. (2001): On the dimensionality of organizational justice: A construct validation of a measure. In: Journal of Applied Psychology 86 (3), S. 386–400.
- Colquitt, Jason A. et al. (2001): Justice at the millennium: A meta-analytic review of 25 years of organizational justice research. In: Journal of Applied Psychology 86 (3), S. 425–445.
- Cropanzano, Russell et al. (2015): Three Roads to Organizational Justice. In: Research in Personnel and Human Resources Management 20, S. 1–113.
- Dencik, Lina et al. (2019): Exploring Data Justice: Conceptions, Applications and Directions. In: Information, Communication & Society 22 (7), S. 873–881.
- Deutsch, Morton (1975): Equity, Equality, and Need: What Determines Which Value Will Be Used as the Basis of Distributive Justice? In: Journal of Social Issues 31 (3), S. 137–149.
- Evans, Jonathan St. B T. (1989): Bias in human reasoning: Causes and consequences. Hillsdale.
- Friedler, Sorelle A. et al. (2016): On the (Im)Possibility of Fairness. URL: <http://arxiv.org/abs/1609.07236> (27.05.2019).
- Gajane, Pratik/Pechenizkiy, Mykola (2017): On formalizing fairness in prediction with machine learning. In: ArXiv E-Prints, arXiv:1710.03184. URL: <https://arxiv.org/abs/1710.03184v3> (27.05.2019).
- Greenberg, Jerald (1990): Organizational justice: Yesterday, today, and tomorrow. In: Journal of Management 16 (2), S. 399–432.
- Greenberg, Jerald (1993): The social side of fairness: Interpersonal and informational classes of organizational justice. In: Cropanzano (Hg.): Justice in the workplace: Approaching fairness in human resource management. Hillsdale, S. 79–103.
- Grgic-Hlaca, Nina et al. (2018): Beyond Distributive Fairness in Algorithmic Decision Making: Feature Selection for Procedurally Fair Learning. In: The Thirty-Second AAAI Conference on Artificial Intelligence, S. 51–60.

- Grgic-Hlaca, Nina et al. (2018): Human Perceptions of Fairness in Algorithmic Decision Making. In: Proceedings of the 2018 World Wide Web Conference, S. 903–912.
- Haugeland, John (1985): Artificial Intelligence: The Very Idea. Cambridge.
- Herbst, Susan (2010): Rude democracy: Civility and incivility in American politics. Philadelphia.
- Hoffmann, Anna L. (2019): Where Fairness Fails: Data, Algorithms, and the Limits of Antidiscrimination Discourse. In: Information, Communication & Society 22 (7), S. 900–915.
- Holzinger, Andreas (2018): Explainable AI (ex-AI). In: Informatik-Spektrum 41 (2), S. 138–143.
- Hu, Lily/Chen, Yiling (2018): Welfare and distributional impacts of fair classification. In: ArXiv E-Prints, arXiv:1807.01134. URL: <https://arxiv.org/abs/1807.01134> (27.05.2019).
- Kaplan, Jerry (2016): Artificial Intelligence: What Everyone Needs to Know. Oxford.
- Kersting, Norbert (2017): Open Data, Open Government und Online Partizipation in der Smart City. Vom Informationsobjekt über den deliberativen Turn zur Algorithmokratie? In: Buhr/Hammer/Schözel (Hg.): Staat, Internet und digitale Gouvernementalität. Wiesbaden, S. 87–104.
- Kersting, Norbert (2019): Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status Quo und Zukunft. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 105–121.
- Knight, Jack (1998): Justice and Fairness. In: Annual review of Political Science 1, S. 425–449.
- Kossow, Niklas (2019): Blockchain: viel Potential, begrenzte Umsetzbarkeit. In: Skutta et al. (Hg.): Digitalisierung und Teilhabe. Baden-Baden, S. 97–112.
- Kroll, Joshua A. et al. (2017): Accountable algorithms. In: University of Pennsylvania Law Review 165 (3), S. 633–705.
- Lee, Min Kyung (2018): Understanding Perception of Algorithmic Decisions: Fairness, Trust, and Emotion in Response to Algorithmic Management. In: Big Data & Society 5(1), S. 1–16.
- Lee, Min Kyung/Baykal, Su (2017): Algorithmic Mediation in Group Decisions. In: Proceedings of the 2017 ACM Conference on Computer Supported Cooperative Work and Social Computing, S. 1035–1048.
- Legg, Shane/Hutter, Marcus (2007): A Collection of Definitions of Intelligence. In: Frontiers in Artificial Intelligence and Applications 157, S. 17–24.
- Leventhal, Gerald. S. (1980): What should be done with equity theory? New approaches to the study of fairness in social relationships. In: Gergen et al. (Hg.): Social exchange: Advances in theory and research. New York, S. 27–55.
- Mulgan, Richard (2003): Holding Power to Account. Accountability in Modern Democracies. Basingstoke.

- Nass, Clifford/Moon, Youngme (2000): Machines and mindlessness: Social responses to computers. In: *Journal of Social Issues* 51 (1), S. 81–103.
- Poel, Martijn et al. (2018): Big Data for Policymaking: Great Expectations, but with Limited Progress? In: *Policy and Internet* 10 (3), S. 347–367.
- Ribeiro et al. (2016): Why Should I Trust You? Explaining the Predictions of Any Classifier. In: *Proceedings of the 22nd ACM SIGKDD International Conference on Knowledge Discovery and Data Mining*, S. 1135–1144.
- Rieder, Gernot/Simon, Judith (2016) Datatrust Or, the Political Quest for Numerical Evidence and the Epistemologies of Big Data. In: *Big Data & Society* 3 (1), S. 1–6.
- Scharpf, Fritz W. (1970): Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz.
- Schmidhuber, Jürgen (2015): Deep Learning in Neural Networks: An Overview. In: *Neural Networks* 61, S. 85–117.
- Schmidt, Vivien A. (2013): Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and „Throughput.“ In: *Political Studies*, 61 (1), S. 2–22.
- Shapiro, Debra L. et al. (1991): Explanations: When are they judged adequate? In: *Academy of Management Proceedings* (1), S. 395–399.
- Shapiro, Debra. L. et al. (1994): Explanations: What factors enhance their perceived adequacy? In: *Organizational Behavior and Human Decision Processes* 58 (3), S. 346–368.
- Sharma, Shubham et al. (2019): CERTIFAI: Counterfactual explanations for robustness, transparency, interpretability, and fairness of artificial intelligence models. In: ArXiv E-Prints, arXiv:1905.07857. URL: <https://arxiv.org/abs/1905.07857> (27.05.2019).
- Skarlicki, Daniel P./Folger, Robert (1997): Retaliation in the workplace: The roles of distributive, procedural, and interactional justice. In: *Journal of Applied Psychology* 82 (3), S. 434–443.
- Stone, Emily F./Stone, Lawrence D. (1990): Privacy in organizations: Theoretical issues, research findings, and protection mechanisms. In: Rowland/Ferris (Hg.): *Research in personnel and human resources management* (8). Greenwich, S. 349–411.
- Tata, Jasmine/Bowes-Sperry, Lynn (1996): Emphasis on distributive, procedural, and interactional justice: Differential perceptions of men and women. In: *Psychological Reports* 79 (3), S. 1327–1330.
- Taylor, Linnet (2017): What Is Data Justice? The Case for Connecting Digital Rights and Freedoms Globally. In: *Big Data & Society* 4 (2), S. 1–14.
- Thibaut, John/Walker, Laurens (1975): Procedural Justice: A Psychological Analysis. Hillsdale.
- Thierer, Adam et al. (2017): Artificial Intelligence and Public Policy. URL: <https://www.mercatus.org/publications/artificial-intelligence-public-policy> (27.05.2019).

- Tyler, Tom R. et al. (1997): Social Justice in a Diverse Society. Boulder.
- Tyler, Tom R./Bies, Robert J. (1990): Beyond formal procedures: The interpersonal context of procedural justice. In: Carroll (Hg.): Applied social psychology and organizational settings. Hillsdale, S. 77–98.
- Veale, Michael/Binns, Reuben (2017): Fairer Machine Learning in the Real World: Mitigating Discrimination without Collecting Sensitive Data. In: Big Data & Society 4 (2), S. 1–17.
- Verma, Sahil/Rubin, Julia (2018): Fairness Definitions Explained. ACM/IEEE International Workshop on Software Fairness. S. 1–7.
- Verba, Sidney (2006): Fairness, equality, and democracy: three big words. In: Social Research: An International Quarterly of Social Sciences 73 (2), S. 499–540.
- Wachter, Sandra et al. (2017): Why a Right to Explanation of Automated Decision-Making Does Not Exist in the General Data Protection Regulation. In: International Data Privacy Law 76, S. 79–90.
- Wachter, Sandra et al. (2018): Counterfactual explanations without opening the black box: Automated decisions and the GDPR. In: Harvard Journal of Law and Technology 31 (2), S. 841–887.
- Wahl, Brian et al. (2018): Artificial Intelligence (AI) and Global Health: How Can AI Contribute to Health in Resource-Poor Settings? In: BMJ Global Health 3(4).
- Westin, Alan F. (1967): Privacy and Freedom. New York.
- Yean, Tan Fee/Yusof, Ab Aziz (2016): Organizational Justice: A Conceptual Discussion. In: Procedia-Social and Behavioural Sciences 219, S. 798–803.
- YouGov (2018): Künstliche Intelligenz: Deutsche sehen eher die Risiken als den Nutzen. URL: <https://yougov.de/news/2018/09/11/kunstliche-intelligenz-deutsche-sehen-eher-die-ris/> (27.05.2019).

Big Data und Governance im digitalen Zeitalter

Lena Ulbricht

1. Einleitung

Weshalb ist Big Data für politikwissenschaftliche Forschung relevant und welche Forschungslücken tun sich auf? Der vorliegende Beitrag widmet sich dieser Frage, indem er sich Big Data in ihrer Eigenschaft als Element von Governance nähert.

Die Relevanz von Big Data für politikwissenschaftliche Forschung ergibt sich aus einem öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs, der Big Data als Governance-Element versteht und davon ausgeht, dass sich zahlreiche Neuerungen für Governance ergeben – positiv gewendet etwa ein Mehr an Effizienz, Effektivität, Transparenz oder Responsivität; negativ betrachtet eine Zunahme an Machtasymmetrien, Opazität und Autonomieverlust. Dieser Beitrag argumentiert, dass die politikwissenschaftliche Forschung von einer intensiven Auseinandersetzung mit Big Data profitieren würde und zudem einen wichtigen Beitrag zur Debatte über Governance im digitalen Zeitalter leisten kann. Die zentrale These ist, dass durch Big Data neue epistemische Zugriffe auf Bevölkerungen entstehen, die ihrerseits Erwartungen an die Verstehbarkeit und Steuerbarkeit von Bevölkerungen wecken, aber auch Begrenzungen erzeugen.

Dieser Artikel versteht unter Big Data jene Verfahren der computergestützten Datenanalyse, die sich durch eine besondere epistemische *Komplexität* auszeichnen. Viele Praktiken, die als Algorithmen und Künstliche Intelligenz bezeichnet werden, kann man dazu zählen.¹ Big Data wird in zahlreichen Bereichen angewendet, von der industriellen Produktion über die Klimaforschung bis hin zum Marketing. Im Fokus der hier vorgeschlagenen politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit Big Data steht nur ein Ausschnitt von Big Data: die Datenanalyse mit

¹ Die drei Konzepte sind weder klar definiert noch trennscharf: Big Data trägt die Konnotation besonders umfangreicher und/oder neuartiger *Datenquellen oder -sammlungen*, das Konzept der Algorithmen bezeichnet komplexe und hochautomatisierte *Analyseverfahren* und das Konzept der Künstlichen Intelligenz legt den Schwerpunkt auf die *Anpassungsfähigkeit* technischer Systeme an unbekannte oder variable Umwelten. Im Jahr 2019 von Big Data, Algorithmen und Künstlicher Intelligenz zu sprechen, umfasst häufig die Anwendung von maschinellem Lernen, aber nicht immer.

dem Ziel, Wissen über Bevölkerungen zu generieren. Dabei stehen nicht immer Bevölkerungen als Ganze, sondern auch Subgruppen sowie Individuen im Fokus. Big Data als Element von Governance zu verstehen, bedeutet darüber hinaus, sich für kollektive Entscheidungen in modernen Gesellschaften zu interessieren, die zunehmend nicht-hierarchisch, netzwerkförmig oder kooperativ und unter Beteiligung diverser staatlicher und nicht-staatlicher Akteure getroffen werden (Benz et al. 2007).

Dieser Artikel hat zum Ziel, den Forschungsstand über Big Data als Governanceressource zu systematisieren und auf dieser Grundlage eine politikwissenschaftliche Forschungsagenda zu skizzieren. In einem ersten Schritt wird der Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung über Big Data als Element von Governance dargestellt. Dabei werden Untersuchungsgegenstand und Forschungsfeld in neuartiger Form systematisiert, nämlich mit Blick auf das Untersuchungsobjekt (ganze Bevölkerungen oder Individuen) und das Big-Data-generierte Wissen, das in Informations- und Entscheidungssysteme einfließt (präskriptiv oder deskriptiv). Daraus ergeben sich vier Arten der Forschung über Big Data: jene über Big Data als Verwaltungsinstrument (Individuum/präskriptiv), jene über Big Data als Instrument der Sozialforschung (Bevölkerung/deskriptiv), jene über Big Data als Instrument der Selbsterkennung (Individuum/deskriptiv) und schließlich jene über Big Data als Instrument gesellschaftlicher Koordination (Bevölkerung/präskriptiv). Diese werden in groben Zügen dargestellt, mit Ausnahme von Big Data als Instrument der Selbsterkennung, das bislang keine herausragende politikwissenschaftliche Relevanz besitzt. Das darauffolgende Kapitel skizziert politikwissenschaftliche Forschungsdesiderata im Bereich der Produktions- und Interpretationsprozesse um Big Data, der institutionellen und normativen Bedingungen und schließlich der Modi Big Data-basierter Governance. Das Fazit fasst die Kernelemente des Beitrags zusammen und weist auf die besonderen Vorteile der Verbindung von politikwissenschaftlicher Forschung und Digitalisierungsforschung hin.

2. Stand der Forschung

Die Forschung über Computertechnologien im Kontext von sozialen Ordnungsbildungsprozessen ist heterogen, interdisziplinär und durch Begriffsvielfalt geprägt. Zahlreiche Wissenschaftsdisziplinen und Forschungsfelder befassen sich mit Aspekten von Big Data und definieren ihre Untersuchungsobjekte unterschiedlich. Dieser Artikel wählt als Untersuchungsgegenstand all jene sozialen Praktiken, die auf epistemischen Verfahren beruhen, die mit digitalen »Spuren« arbeiten, also Daten, die nicht allein für Steuerungszwecke produziert werden, sondern als Nebenprodukt digitaler Prozesse entstehen, etwa über Sensoren und Webtracker. Darüber hinaus werden Praktiken in den Fokus genommen, die sich komplexer

computergestützter Analyseverfahren bedienen, etwa maschinellem Lernen – unabhängig von der Art der verarbeiteten Daten. Eine solche Definition vereint die Komponenten, die in der öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Debatte über Big Data, Künstliche Intelligenz und Algorithmen maßgeblich sind: Die Nutzung von *Daten*, die aufgrund ihrer Art, ihres Umfangs oder ihrer Verknüpfbarkeit neue Einsichten liefern sowie der Einsatz von *Analyseverfahren*, die bisherige kognitive Grenzen überschreiten – etwa indem hohe Komplexität bewältigt wird oder indem die Analyse nur noch in eingeschränktem Maß nachvollziehbar und verständlich ist. In Abgrenzung zu anderen Systematisierungen von »algorithmic regulation/governance« (Yeung 2018; Just/Latzer 2016) und in Anlehnung an das Konzept der »Regierungs-Detektoren« von Hood und Margetts (Hood/Margetts 2007) wird Big Data in diesem Artikel als Set epistemischer Praktiken verstanden, mit denen Gesellschaften Wissen über sich generieren, die sie bzw. ihre Regierungen für steuerungsrelevant halten.

Dabei wird in der hier entwickelten idealtypischen Systematisierung berücksichtigt, dass das durch Big Data generierte Wissen in unterschiedlichem Maß eine Handlungsempfehlung beinhalten kann. In Anlehnung an eine Unterscheidung aus der Informatik und Wirtschaftswissenschaft wird hier unterschieden zwischen *präskriptivem* und *deskriptivem* Wissen. Präskriptives Wissen soll bestimmte Handlungen veranlassen (z.B. Kredit gewähren/verwehren, Risiko-Ampel für Straftäter). Bei deskriptivem Wissen hängt Interpretation und Verwendung des Wissens überwiegend vom Kontext ab und stellen einen Input unter vielen dar, wie etwa bei Policy-Berichten.²

Darüber hinaus wird Big Data als Governance-Instrument an dieser Stelle in Verfahren eingeteilt, die Wissen über ganze Bevölkerungen bzw. große Gruppen liefern, und jene, die Wissen über Individuen generieren (Scott 2008 [1998]; Porter 1986). Aus dieser Systematisierung ergeben sich vier Formen, Big Data als Governance-Instrument zu sehen (Tabelle 1): Die Verfahren, in denen Wissen über Bevölkerungen ohne eindeutige Präskription generiert wird, werden als »Big Data als Instrument der Sozialforschung« bezeichnet. Präskriptives Wissen über größere Bevölkerungen wird unter »Big Data als Koordinationsinstrument« zusammengefasst. »Big Data als Verwaltungsinstrument« umfasst die Produktion von präskriptivem Wissen, das Individuen betrifft. »Big Data als Instrument der Selbsterkennung« bezeichnet deskriptives Wissen, das Individuen betrifft. Da die zuletzt benannten Verfahren in erster Linie im Bereich der Selbstvermessung

² In der Informatik und Wirtschaftswissenschaft wird allerdings nicht von Wissen, sondern vielmehr von *prescriptive analytics* und *descriptive analytics* gesprochen (Soltanpoor/Sellis 2016). Darüber hinaus gibt es das Konzept der *predictive analytics*, die einen Fokus auf Prognosen und Zukunftsszenarien legen, in diesem Beitrag allerdings als eine Form des deskriptiven Wissens verstanden werden.

(»Quantified Self«) auftauchen und noch selten Gegenstand politischer Steuerung und Auseinandersetzung sind, werden sie hier nicht weiter betrachtet; die anderen Typen werden in den folgenden Abschnitten näher vorgestellt.

Tabelle 1 : Systematisierung der Forschung über Big Data als Governance-Instrument

		Art des Wissens	
		Präskriptiv	Deskriptiv
Governance- Objekt	Individuen	Big Data als Verwaltungs- instrument	Big Data als Instru- ment der Selbster- kennung
	Bevölkerung	Big Data als Koordinati- onsinstrument	Big Data als Instru- ment der Sozialfor- schung

Quelle: Eigene Darstellung

2.1 Big Data als Verwaltungsinstrument

Dass Computertechnologien dafür genutzt werden können, um Wissen über Individuen zu generieren und Absichten und Versuche der Verhaltenssteuerung zu begründen, ist ein Leitmotiv des gesellschaftlichen Diskurses über Computer und spielt deshalb bereits seit vielen Jahren eine wichtige Rolle in der Digitalisierungsforschung (Pohle 2018; Roßnagel 2013; Rost 2013; Lessig 1999).

Die entsprechenden Arbeiten befassen sich etwa mit der automatisierten Einteilung und Bewertung von Individuen auf der Grundlage von digitalen Spurendaten, Scoringverfahren und »Profiling« (Mau 2018; Eubanks 2018; Haunss/Ulbricht im Erscheinen Ulbricht im Erscheinen a; Thapa und Parycek 2018; Mergel 2018; Lenk 2018; Lyon 2014). Empirische Analysen beschäftigen sich mit der Beeinflussung von Nutzer*innen auf Plattformen (Just/Latzer 2016; Bucher 2012), der Bewertung von Konsument*innen durch Creditscores (Fourcade/Healy 2016, 2017; Poon 2007; Avery et al. 2012; Brevoort et al. 2015), der Bewertung von Schüler*innen (Zeide 2017), von Wissenschaftler*innen (Introna 2016), der Bewertung von Angeklagten durch Richter*innen (Christin 2017), der Bewertung von Bürger*innen durch Polizist*innen (Ratcliffe et al. 2019; Dencik et al. 2017; Amoore 2013; Linder 2019; Egbert 2019; Aradau/Blanke 2016; Ulbricht 2018; Lyon 2006) oder durch Nachrichtendienste (Amoore 2013; Cheney-Lippold 2016) sowie der Bewertung von Bedürftigen in der Sozialverwaltung und der humanitären Hilfe (McKinlay 2017; Taylor et al. 2014). Weitere Forschungsstränge widmen sich der Beurteilung und Beeinflussung von Erwerbstätigen durch Big Data und Algorithmen (Aneesh 2009; Rosenblat 2018) sowie der Beobachtung von Stadtbewohner*innen (Taylor 2018).

Charakteristisch für diese Studien ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen entsprechender Verfahren für die Rechte und Freiheiten vulnerabler gesellschaftlicher Gruppen.³ Big Data akzentuiert in dieser Lesart die Informations- und Machtasymmetrie zwischen Bürger*innen und den Unternehmen und Behörden, die Güter und (Disziplinar-)Maßnahmen zuweisen. Zahlreiche Studien liefern einen Überblick der oben benannten Praktiken (Christl 2017; OECD 2015; Manyika et al. 2011; Dencik et al. 2018; Algorithm Watch/Bertelsmann Stiftung 2019). Entsprechende Arbeiten gehen aus dem interdisziplinären Feld der »Critical Data Studies« (Kitchin 2016; boyd/Crawford 2012) hervor, unter Beteiligung der Kommunikationswissenschaften, der Soziologie, der Rechtswissenschaft, der Politikwissenschaft, der Philosophie und der Informatik. Bemerkenswert ist dabei, dass auf diesem Weg etablierte Praktiken hinterfragt werden (etwa Prämissen der Zuweisung von Sozialleistungen/Werbung/Überwachung) und, dass die Formalisierung organisationaler Normen und Ziele in Software diese politisierbar macht.

Eine zweite Diagnose der Forschung über Big Data als Verwaltungsinstrument ist, dass entsprechende Verfahren institutionelle Rekonfigurationen verschleiern oder legitimieren, etwa die Rationalisierung der staatlichen Verwaltung (Eubanks 2018; Dencik et al. 2017) und die Ökonomisierung sozialer Bewertungsregime (Fourcade und Healy 2016; Mau 2018). Damit gehen epistemische Verschiebungen einher: von individualistischen hin zu probabilistischen Paradigmen, aber auch von probabilistischen hin zu imaginativen (»possibilistischen«) Perspektiven, etwa in der Anti-Terror-Politik (Massumi 2007; Anderson 2010).

2.2 Big Data als Instrument der Sozialforschung

Die Forschung über Big Data als Instrument der Sozialforschung befasst sich mit den neuen Zugriffen auf Bevölkerungen und Subpopulationen, die auf Grundlage neuer Datenquellen und Analyseverfahren entstehen. Sozialforschung geht meist mit Steuerungsfiktionen und -ansprüchen einher und ist in jedem Fall performativ (Miller 2001; Scott 2008 [1998]; Hacking 1991); allerdings ist die Kopplung zwischen Big-Data-basiertem Wissen und Verhaltenssteuerung eher lose. Der größte Anteil dieser Forschung entwickelt und evaluiert entsprechende Verfahren, subsumiert unter dem Begriff der Computational Social Sciences.⁴

Die Fragestellungen betreffen zahlreiche Themen sozialwissenschaftlicher Forschung, wie etwa Gesundheit (Eichstaedt et al. 2015), Netzwerke (Chen 2014; Stier et al. 2018b), Kommunikation (King et al. 2013), Konsum (Carrière-Swallow/Labbé

³ Vgl. den Beitrag von Anja Mahr und Sabrina Görisch (2019) in diesem Band.

⁴ Seltener auch Digital Methods, Computational Methods, Social Physics, Policy Analytics, Policy Informatics.

2010) und politische Einstellungen (Ceron et al. 2014; Stier et al. 2018a; Papakyriakopoulos et al. 2018; Kosinski et al. 2013). Ziel der entsprechenden Studien ist es, traditionelle Datenquellen wie etwa Verwaltungsdaten und Panelbefragungen mit digitalen Spurendaten zu ergänzen und dadurch neue Erkenntnisse zu generieren (Salganik 2018). Manche Länder bemühen sich darum, Big Data in die nationale Statistik zu integrieren (Grommé 2018) und systematisch in Policy-Design und -Evaluation einfließen zu lassen (Johns 2017; Ulbricht im Erscheinen b). Regierungen in Großbritannien und Australien haben etwa Strategien des »Open Policy-Making«, »Agile Policy-Making« und »Public Service Big Data« entworfen (Australian Government 2013; Government Digital Service 2017).

Nur wenige Studien befassen sich mit den Entstehungsbedingungen der epistemischen Verfahren von Big Data als Sozialwissenschaft und ihrer Anwendung für Governance, so dass über ihre Wirkungsweise und -macht wenig bekannt ist. Eine Ausnahme sind die Studien über die Rolle von Big Data für die Modellierung politischer Einstellungen und die Gestaltung politischer Kampagnen von Parteien (Kreiss 2016; Kruschinski/Haller 2017; Pentzold/Fölsche 2018; Tactical Tech 2019) und Interessengruppen (Karpf 2016). Sie legen offen, dass digitale Methoden und Befunde in vielen Ländern zum Repertoire politischer Akteure gehören und diese aus digitalen Daten weitreichende Repräsentationsansprüche ableiten (Ulbricht im Erscheinen b; Kennedy/Moss 2015; Hofmann 2017; Voss et al. 2018). Ein weiterer Befund ist jedoch, dass es große internationale Unterschiede gibt (Bennett 2017) und der Zugang zu Computational Social Sciences ressourcenintensiv und somit ungleich verteilt ist (Kreiss 2016). Noch ist unklar, wie sie sich zu anderen Verfahren der Bevölkerungsmodellierung verhalten und wie valide sie sind (Jung herr 2017). Wie sich Big Data also auf den politischen Wettbewerb, Repräsentation, Partizipation und Grundrechte auswirken, bleibt zu erforschen.

2.3 Big Data als Instrument gesellschaftlicher Koordination

Es gibt darüber hinaus Studien, die Big Data als eigene Form der gesellschaftlichen Koordination verstehen. Die Besonderheit jener Koordination besteht darin, eine Vielfalt an gesellschaftlichen Inputs für ganze Bevölkerungen in das jeweilige Koordinationssystem automatisiert zu verarbeiten und mit Blick auf bestimmte Ziele Entscheidungen zu treffen oder vorzubereiten. Ein zentrales Versprechen sind dabei Effizienz- und Effektivitätsgewinne (Yeung 2018; König 2018; Just/Latzer 2016). Herausforderungen gesellschaftlicher Koordination wie Diversität und Komplexität sollen besser gelöst werden (Morozov 2014; O'Reilly 2013; König 2018) als durch andere Koordinationsformen, etwa hierarchische Entscheidungen, wie sie für Verwaltungen typisch sind, oder die im politisch-institutionellen Kontext weit verbreitete Verhandlung (Schimank 2007; Benz et al. 2007).

Eine alternative Deutung von Big Data als Koordinationsinstrument betont die Kopplung bestimmter Verfahren der Wissensproduktion und der Verhaltenssteuerung. So sehen Karen Yeung sowie Shoshana Zuboff die Kombination von Big Data und personalisiertem »Nudging« als typische Steuerungsform des digitalen Zeitalters (Yeung 2017; Zuboff 2019). Sie schließen dabei an die Forschung an, die Verhaltensmuster für Steuerungszwecke entwickelt und erforscht. Relevante Studien entstammen den Verhaltenswissenschaften (Psychologie, Ökonomie, Neurowissenschaft), und haben Konzepte wie »Nudging«, »Psychometrie« und »Verhaltens-informierte Steuerung« eingeführt. Diese werden durch sozialwissenschaftliche Studien ergänzt (Acquisti 2014; Binns et al. 2018). Im staatlichen Herrschaftsbereich ist die Verschränkung von Big-Data-basierter Wissensproduktion und verhaltensbasierter Steuerung allerdings noch die Ausnahme und eine Übertragung von Governance-Instrumenten aus dem Marketing auf staatliche Governance wird durch rechtliche und normative Grenzen eingehetzt (Grafenstein et al. 2018).

Bei allen benannten Diagnosen von Big Data als Instrument gesellschaftlicher Koordination handelt es sich um konzeptionell begründete Erwartungen, die bislang nicht ausreichend an die empirische Forschung anschließen.

3. Eine politikwissenschaftliche Forschungsagenda für techniksensible Governance-Forschung

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung technischer Governance-Instrumente und der Forschung über ihre gesellschaftlichen Implikationen ergeben sich Desiderata für politikwissenschaftliche Forschung. Die oben beschriebenen Diskurse werden durch zahlreiche Disziplinen geprägt. Politikwissenschaftliche Perspektiven sind in diesem Feld noch die Ausnahme. Dabei würden die akademische und die öffentliche Debatte über die gesellschaftlichen Implikationen moderner Technologien wie Big Data und Künstliche Intelligenz sehr davon profitieren, wenn politische Aspekte stärker fokussiert würden.

Drei Desiderata treten besonders hervor: die empirische Erforschung der Produktions- und Interpretationspraktiken von Big-Data-basierter Governance, institutionelle und normative Bedingungen sowie Theoriebildung über die Modi Big-Data-basierter Governance.

3.1 Produktions- und Interpretationspraktiken Big-Data-basierter Governance

Ein Großteil der oben benannten Studien über Big-Data-basierte Governance legt den analytischen Fokus auf die unmittelbar erfahrbaren Elemente von Big-Data-basierten Informations- und Bewertungssystemen, etwa die grundlegenden Funk-

tionsweisen und Visualisierungen. Doch wichtige Details der entsprechenden Systeme, die schwer zugänglich sind, etwa Dateninput, Analyseverfahren, heuristische Modelle etc. werden selten untersucht. Gegenwärtig werden zunehmend probabilistische Verfahren der Identifizierung und Verhaltensbeeinflussung entwickelt, etwa Biomarker, Gesichts-, Stimm-, Emotions- und Bewegungserkennung, und ihre Anwendungsfelder weiten sich aus (McDuff et al. 2013; Ulbricht im Erscheinen a; Algorithm Watch/Bertelsmann Stiftung 2019). Ihre gesellschaftliche Wirkung und Legitimität kann jedoch nur auf Grundlage eines tiefen Verständnisses der Funktionsweisen und technischen Begrenzungen stattfinden. Hier sollte politikwissenschaftliche Forschung im engen Dialog mit der Wissenschafts- und Technikforschung stehen (Latour 1990).

Auch über die Interpretations- und Entscheidungsverfahren, die auf den Big-Data-basierten epistemischen Verfahren aufbauen, sind deutlich weniger bekannt. Hier sollte die politikwissenschaftliche Forschung an das wachsende Feld der Quantifizierungs- und Bewertungssoziologie anschließen (Espeland/Stevens 2008). Denn wie maschinengenerierte Befunde interpretiert und angewendet werden, ist zentral für die Bewertung ihrer gesellschaftlichen Wirkungen. In welchem Ausmaß sich menschliche Entscheider*innen auf maschinell generiertes Wissen stützen und unter welchen Bedingungen sie sich über Computerempfehlungen hinwegsetzen, ist beispielsweise eine zentrale Frage der Forschung über Mensch-Computer-Interaktion (HCI) und bislang kaum für den staatlichen Kontext erforscht. Die These der »Over-Reliance«, also die Annahme, dass menschliche Entscheider*innen sich über die Maßen auf maschinelle Verfahren verlassen, entstammt dem technisch dominierten Forschungsfeld der HCI, das Organisationskontexte kaum berücksichtigt. Vereinzelte empirische Studien deuten darauf hin, dass rechtliche Hürden und organisationsspezifische Strukturen, Normen und Kulturen die intendierte oder propagierte Nutzungsweise oder Funktion von Big-Data-basierten Informations- und Entscheidungssystemen konterkarieren können (Ratcliffe et al. 2019; Christin 2017; Maiers 2017). Mit Blick auf Big Data als Instrument der Sozialforschung ist darüber hinaus zu untersuchen, wie entsprechendes Wissen in verschiedenen Anwendungskontexten bewertet wird – insbesondere im Vergleich zu anderen Arten von Wissen. Wie werden epistemische und politische Repräsentation miteinander in Verbindung gebracht und wo finden Repräsentationsansprüche Grenzen?

Auf der methodischen Ebene ist es wichtig, dass sich die Computational Social Sciences unter Beteiligung der Politikwissenschaft entwickeln, um ein Übergewicht technikwissenschaftlicher Perspektiven zu vermeiden. Hier gilt es, methodische Qualitätsstandards mitzubestimmen. Zentral ist eine nuancierte Herangehensweise, die den Wert, aber auch die Grenzen digitaler Daten und Analyseverfahren eruiert. Angewandte und kritische Perspektiven sollten dabei nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. Da die Governance-Forschung sich den

Identitäten und kognitiven Orientierungen von Akteuren bislang wenig gewidmet hat (Benz et al. 2007), kann sie von eben dieser Perspektive der Computational Social Sciences profitieren. In Zukunft gilt es, in letztere zunehmend Informationen über organisationale Kontexte von menschlichem Verhalten und sozialen Prozessen einzubeziehen.

3.2 Bedingungen Big-Data-basierter Governance

Eine Stärke politikwissenschaftlicher Forschung ist darüber hinaus die Analyse der Bedingungen, unter denen Big Data als Governance in Erscheinung tritt. Diese Expertise sollte genutzt werden, denn bislang mangelt es an Studien, die die Bedeutung institutioneller Strukturen für Entwicklung von Big Data als Governance untersuchen. Zwar gibt es zahlreiche rechtswissenschaftliche Analysen über die juristischen Grenzen von Big-Data-bezogenen Praktiken, etwa zum Thema der Algorithmic Accountability, der Fairness und der Transparenz (Weichert 2013; Gutwirth et al. 2013; González Fuster/Scherrer 2015; Hildebrandt/Vries 2013; Roßnagel et al. 2016), doch keine Arbeiten, die den tatsächlichen Einfluss rechtlicher Normen untersuchen.

Darüber hinaus sind politikwissenschaftliche Beiträge gefragt, wenn es um die empirische und normative Legitimität von Big Data als Governance geht. Gerade aus der Politischen Theorie und der Demokratieforschung lassen sich normative Kriterien für die Bewertung technologischer Praktiken ableiten und öffentliche Diskurse und Akzeptanz bzw. Ablehnung bestimmter Praktiken erklären. Ein Beispiel sind etwa Studien, die das demokratische Dilemma der verhaltenswissenschaftlich informierten Governance (»Nudging«) aufzeigen (Lepenies/Małecka 2015; Straßheim/Korinek 2015). Zu erforschen wäre darüber hinaus die Beziehung von Big Data als Governance zu anderen gesellschaftlichen Trends und Bewegungen wie Open Data, Civic Tech und dem Post-Privacy-Diskurs. Eine sozialtheoretisch fundierte Bewertung technikbezogener Praktiken ist auch deshalb wichtig, weil viele dominante Regulierungs- und Gestaltungsvorschläge bislang dem technischen Diskurs entstammen. Dazu zählen etwa die Vorschläge, Technikentwicklung stärker partizipativ zu gestalten (Jarke/Gerhard 2018), künstliche Intelligenz erklärbar zu gestalten oder gesellschaftliche Normen in Technik einzuschreiben (»Privacy/Fairness By Design«) (Cavoukian 2013; D'Acquisto et al. 2015).

Auch die Frage nach den gesellschaftlichen und individuellen Folgen von Big Data als Governance ist ein dünn besiedeltes Forschungsfeld, mit Ausnahme von Studien, die sich damit befassen, ob durch Big Data unsichtbare oder neue Formen der Diskriminierung entstehen (Binns 2018; Angwin et al. 2016; Rosenblat et al. 2016; Veale/Binns 2017). In welchem Bereich Big Data die erwünschten Effekte zeigt, etwa mit Blick auf Katastrophen- und Gesundheitsvorsorge, Gewalt- und Armutsprävention etc., bleibt zu untersuchen.

3.3 Modi Big-Data-basierter Governance

Schließlich sollte die Politikwissenschaft einen Beitrag dazu leisten, Big Data als Governance zu charakterisieren und sich dazu positionieren, ob durch Big Data ein neuer, andersartiger Governance-Modus entsteht. Wie sich Big-Data-basierte Governance zusammensetzt, ist bislang nicht untersucht worden. Dabei bietet es sich an, die umfangreiche Forschung über Regeln und Verhalten in virtuellen Gemeinschaften und auf Plattformen (Bucher 2012; Gillespie 2014) in die Governance-Forschung einzubeziehen. Gilt im Zeitalter von Big Data und Plattformen weiterhin, dass Gemeinschaften eher geringe Ordnungsleistungen erbringen (Gläser 2007)? Und was bedeutet es, wenn Big-Data-basierte Governance das Soziale primär als Netzwerk begreift (August 2018; König 2018)? Ist die Assoziation von Big-Data-basierter Governance mit Netzwerk-Governance überhaupt angemessen? Zwar beruhen Big-Data-Analysen in der Tat häufig auf relationalen Daten und Perspektiven. Doch zeichnet sich Koordination in Plattformen wie Uber und Facebook nicht allein durch horizontale Koordination aus, sondern enthält auch Elemente von marktförmiger und hierarchischer Governance. Entsprechend stellt sich auch die Frage, in welchem Ausmaß Daten über nicht-relationale Faktoren wie etwa institutionelle Kontexte und die internalisierten Normen der Menschen in Big-Data-Analysen Einzug finden.

Für einen solchen Ansatz der Theorieentwicklung gilt es, die verschiedenen Ebenen miteinander zu verbinden, auf denen Big Data als Governance beforscht wird: Governance von Individuen, innerhalb von Organisationen und auf Ebene ganzer Gesellschaften. Es geht darum, anhand von Big-Data-basierter Governance Rekonfigurationen von Koordinationsmechanismen, Strukturen, Akteuren und Ressourcen zu untersuchen. Zentral ist dabei die Analyse des Verhältnisses von formalen und informalen Strukturen. Zudem sollten dominante Thesen überprüft werden, etwa jene von Big Data als technokratischer oder als responsiver Governance (Eyert et al. 2018). Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei Konflikten zukommen, denn hier weist die Governance-Forschung ein Analyse-Defizit auf (Benz et al. 2007).

Die Theoriebildung sollte insbesondere durch vergleichende Forschung voranschreiten, indem etwa Anwendungen im historischen Vergleich, im Vergleich zwischen Gesellschaften, zwischen Organisationen, zwischen Politikfeldern und nicht zuletzt zwischen Technologien betrachtet werden. Denn dass die Auseinandersetzung mit der Digitalisierung zunehmend Gesellschaftstheorien und -diagnosen liefert (Reckwitz 2008; Fourcade/Healy 2017; Zuboff 2019; Castells 2010), kann die Governance-Forschung bereichern, die bislang zu wenig mit Gesellschaftstheorien im Austausch stand (Benz et al. 2007).

4. Fazit

Für die politikwissenschaftliche Governance-Forschung ergeben sich aus Big Data zahlreiche Herausforderungen. So koordinieren Big-Data-basierte Governance-Systeme sehr diverse Bereiche und Akteurskonstellationen: Staatliche Organisationen und ihre Mitarbeiter*innen, staatliche Organisationen und Bürger*innen, staatliche Organisationen und nicht-staatliche Organisationen, nicht-staatliche Organisationen, ihre Mitarbeiter*innen oder Kund*innen, nicht-staatliche Organisationen untereinander, staatliche Organisationen untereinander etc. Darüber hinaus sind viele Anwendungen durch Public-Private-Partnerships bzw. Aufträge und Co-Produktionsbeziehungen gekennzeichnet – wenn etwa Nutzer*innen selbstlernende Systeme laufend mitgestalten, wie es auf großen Plattformen üblich ist. Schließlich werden technische Systeme häufig von kommerziellen auf andere Kontexte übertragen (»Function Creep«, »Software Retooling«), was den analytischen Fokus vom staatlichen Herrschaftskontext her ausweitet. Governance durch Big Data zu analysieren bedeutet somit eine intensive Auseinandersetzung mit der Komplexität von Governance. Die Komplexität von Big Data als Governance resultiert aus mindestens drei Komponenten: dem vielfältigen gesellschaftlichen Input, dessen analytischer Verarbeitung und schließlich der Interpretation und Anwendung in sozialen Prozessen.

Dass die Politikwissenschaft sich mit Big Data, Algorithmen und Künstlicher Intelligenz als Element von Governance befasst, ist aus zwei Gründen geboten. Zum einen würde die technikzentrierte Debatte sehr von einer nuancierten theoretischen Fundierung profitieren, die Governance weder mit betriebsinternem Management gleichsetzt noch mit staatlichen Gesetzen. Erst eine Perspektive, die die komplexen Bedingungen und Formen von Governance berücksichtigt, kann einen Mittelweg neben technikdeterministischen Utopien und Dystopien aufzeigen. Dabei kann politikwissenschaftliche Forschung gesellschaftliche Impulse liefern, indem sie technikbezogene Produktions- und Interpretationspraktiken analysiert und bewertet. Sie kann einen wichtigen Beitrag zur politischen Debatte und zur gesellschaftlichen Gestaltung entsprechender Praktiken beisteuern – eine Aufgabe, die nicht allein durch die Rechtswissenschaft übernommen werden kann. Die Auseinandersetzung mit Phänomenen wie Big Data muss in engem Austausch mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen stattfinden und nationale, internationale und intersektorale Diskurse zusammenbringen.

Doch auch die politikwissenschaftliche Forschung profitiert von einer intensiven Auseinandersetzung mit Big Data. Ein Motiv ist, dass die Analyse moderner Computertechnologien ein wertvoller Weg der Überprüfung und Validierung bestehender Theorien ist. Denn durch die Übersetzung sozialer Normen in Computercodes werden implizite Annahmen und Mechanismen explizit. Informelles wird formalisiert, Annahmen und Praktiken werden hinterfragt, Kontingenzen werden

ersichtlich und die Gestaltung der Strukturen und Regeln kollektiver Entscheidung wird politisiert. Governance wird zu reflexiver Governance (Strassheim 2009). Beispiele sind das neue Interesse an organisationsinternen Bewertungs- und Entscheidungsprozessen sowie Forderungen nach Transparenz und Fairness. So hat Big Data etwa ein neues Interesse an der Überwachung von Bürger*innen und der Ansprache von Wähler*innen verursacht. Big Data als Governance ist somit inhärent reflexiv – eine Politisierungs-Maschine.

Literaturverzeichnis

- Acquisti, Alessandro (2014): The Economics and Behavioral Economics of Privacy. In: Lane et al. (Hg.): Privacy, Big Data, and the Public Good. New York, S. 76–95.
- Algorithm Watch/Bertelsmann Stiftung (2019): Automating Society. Taking Stock of Automated Decision-Making in the EU. URL: https://algorithmwatch.org/wp-content/uploads/2019/02/Automating_Society_Report_2019.pdf (30.03.2019).
- Amoore, Louise (2013): The politics of possibility. Risk and security beyond probability. Durham.
- Anderson, Ben (2010): Preemption, precaution, preparedness. Anticipatory action and future geographies. In: Progress in Human Geography 34 (6), S. 777–798.
- Aneesh, Aneesh (2009): Global labor: algocratic modes of organization. In: Sociological Theory 27 (4), S. 347–370.
- Angwin, Julia et al. (2016): Machine Bias. In: ProPublica. URL: <https://www.propublica.org/article/machine-bias-risk-assessments-in-criminal-sentencing> (13.01.2017).
- Aradau, Claudia/Blanke, Tobias (2016): Politics of prediction. Security and the time/space of governmentality in the age of big data. In: European Journal of Social Theory 20 (3), S. 373–391.
- August, Vincent (2018): Technologisches Regieren. Der Aufstieg des Netzwerk-Denkens in der Krise der Moderne. Foucault, Luhmann und die Kybernetik. Unveröff. Dissertationsschrift an der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin.
- Australian Government (Hg.) (2013): Australian Public Service Big Data Strategy. Improved understanding through enhanced data-analytics capability. URL: <https://www.finance.gov.au/sites/default/files/Big-Data-Strategy.pdf> (19.08.2017).
- Avery, Robert B./Brevoort, Kenneth P./Canner, Glenn (2012): Does Credit Scoring Produce a Disparate Impact? In: Real Estate Economics 40 (3), S. 65–114.
- Bennett, Colin J. (2017): Voter databases, micro-targeting, and data protection law: Can political parties campaign in Europe as they do in North America? In: International Data Privacy Law 6 (4), S. 261–275.

- Benz, Arthur et al. (2007): Einleitung. In: Benz et al. (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. 1. Auflage. Wiesbaden, S. 9–25.
- Binns, Reuben (2018): Fairness in Machine Learning: Lessons from Political Philosophy. In: *Journal of Machine Learning Research* 81 (23–24), S. 1–11.
- Binns, Reuben et al. (2018): »It's Reducing a Human Being to a Percentage«. In: Mandryk et al. (Hg.): Proceedings of the 2018 CHI Conference on Human Factors in Computing Systems – CHI, 18. The 2018 CHI Conference. Montreal QC, Canada, 21.04.2018 – 26.04.2018. New York, S. 1–14.
- boyd, dana/Crawford, Kate (2012): Critical questions for big data. In: *Information, Communication & Society* 15 (5), S. 662–667.
- Brevoort, Kenneth P./Grimm, Philipp/Kambara, Michelle (2015): Data Point: Credit Invisibles. The CFPB (Consumer Financial Protection Bureau) Office of Research.
- Bucher, Taina (2012): Want to be on the top? Algorithmic power and the threat of invisibility on Facebook. In: *New Media & Society* 14 (7), S. 1164–1180.
- Carrière-Swallow, Yan/Labbé, Felipe (2010): Nowcasting with Google Trends in an Emerging Market (Central Bank of Chile Working Papers, 288). URL: <https://www.bcentral.cl/es/web/central-bank-of-chile/-/nowcasting-with-google-trends-in-an-emerging-market> (01.09.2017).
- Castells, Manuel (2010): The information age. Economy, society and culture. 2. Auflage mit aktualisiertem Vorwort. Oxford.
- Cavoukian, Ann (2013): Privacy by Design: Leadership, Methods, and Results. In: Gutwirth et al. (Hg.): European data protection. Coming of age. Dordrecht, S. 175–202.
- Ceron, Andrea et al. (2014): Every tweet counts? How sentiment analysis of social media can improve our knowledge of citizens' political preferences with an application to Italy and France. In: *New Media & Society* 16 (2), S. 340–358.
- Chen, Hsinchun (2014): Dark web. Exploring and data mining the dark side of the web. New York.
- Cheney-Lippold, John (2016): Jus Algoritmi: How the National Security agency Remade Citizenship. In: *International Journal of Communication* 10, S. 1721–1742.
- Christin, Angèle (2017): Algorithms in practice: Comparing web journalism and criminal justice. In: *Big Data & Society* 4 (2), S. 1–14.
- Christl, Wolfie (2017): Corporate Surveillance in Everyday Life. Hg. v. Cracked Labs. Vienna. URL: <https://crackedlabs.org/en/corporate-surveillance> (25.10.2019).
- D'Acquisto, Giuseppe et al. (2015): Privacy by design in big data. An overview of privacy enhancing technologies in the era of big data analytics. European Union Agency for Network and Information Security (Hg.). URL: https://www.enisa.europa.eu/activities/identity-and-trust/library/deliverables/big-data-protection/at_download/fullReport (05.01.2015).

- Dencik, Lina/Hintz, Arne/Carey, Zoe (2017): Prediction, pre-emption and limits to dissent. Social media and big data uses for policing protests in the United Kingdom. In: *New Media & Society* 12 (3), S. 338–353.
- Dencik, Lina et al. (2018): Data scores as Governance: Investigating uses of citizen scoring in public services project report. [Project Report]. Open Society Foundations. Cardiff University. URL: <http://orca.cf.ac.uk/117517/> (30.03.2019).
- Doran, Derek/Schulz, Sarah/Besold, Tarek. R. (2017): What Does Explainable AI Really Mean? A New Conceptualization of Perspectives. URL: <https://arxiv.org/abs/1710.00794>.
- Egbert, Simon (2019): Predictive Policing and the Platformization of Police Work. In: *Surveillance & Society* 17 (1/2), S. 83–88.
- Eichstaedt, Johannes C. et al. (2015): Psychological language on Twitter predicts county-level heart disease mortality. In: *Psychological Science* 26 (2), S. 159–169.
- Espeland, Wendy/Stevens, Mitchell (2008): A Sociology of Quantification. In: *European Journal of Sociology* 49 (3), S. 401–436.
- Eubanks, Virginia (2018): Automating Inequality. How High-Tech Tools Profile, Police, and Punish the Poor. New York.
- Eyert, Florian/Irgmaier, Florian/Ulbricht, Lena (2018): Algorithmic social ordering. Towards a conceptual framework. In: Conference Proceedings of the STS Conference in Graz. URL: <https://conference.aau.at/event/137/page/6> (25.10.2019).
- Fourcade, Marion/Healy, Kieran (2016): Seeing like a market. In: *Socio-economic Review* 15 (1), S. 9–29.
- Fourcade, Marion/Healy, Kieran (2017): Categories All the Way Down. In: *Historical Social Research* 42 (1), S. 286–296.
- Gillespie, Tarleton (2014): The Relevance of Algorithms. In: Foot/Boczkowski/Gillespie (Hg.): Media technologies. Essays on communication, materiality, and society. Cambridge, Massachusetts, S. 167–193.
- Gläser, Jochen (2007): Gemeinschaft. In: Benz et al. (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. 1. Auflage. Wiesbaden, S. 82–92.
- González Fuster, Gloria/Scherrer, Amandine (2015): Big Data and smart devices and their impact on privacy. Hg. v. Directorate General for Internal Policies. Policy Dept. C, Citizens' Rights and Constitutional Affairs, Directorate-General for Internal Policies, European Parliament. URL: [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536455/IPOL_STU\(2015\)536455_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536455/IPOL_STU(2015)536455_EN.pdf) (17.11.2015).
- Government Digital Service (2017): Open Policy Making toolkit. URL: <https://www.gov.uk/guidance/open-policy-making-toolkit/getting-started-with-open-policy-making> (01.09.2017).
- Grommé, Francisca (2018): Is Facebook the future of the national census? URL: <https://theconversation.com/is-facebook-the-future-of-the-national-census-97018> (25.10.2019).

- Gutwirth, Serge et al. (Hg.) (2013): European data protection. Coming of age. Dordrecht.
- Hacking, Ian (1991): How should we do the history of statistics? In: Burchell (Hg.): The Foucault effect. Studies in governmentality: With two lectures by and an interview with Michel Foucault. Chicago, S. 181–195.
- Haunss, Sebastian/Ulbricht, Lena (im Erscheinen): Staatliche Regulierung durch Big Data und Algorithmen. In: Klenk/Nullmeier/Wewer (Hg.): Handbuch Staat und Verwaltung im digitalen Zeitalter. Wiesbaden.
- Hildebrandt, Mireille/Vries, Katja de (Hg.) (2013): Privacy, Due Process and the Computational Turn. The Philosophy of Law Meets the Philosophy of Technology. Hoboken.
- Hofmann, Jeanette (2017): Big data in campaigning. Representation, micro-targeting and cognitive shifts. IPSA – International Conference Political Science in the Digital Age: Mapping Opportunities, Perils and Uncertainties. Hannover, 06.12.2017.
- Hood, Christopher C./Margetts, Helen Z. (2007): The tools of government in the digital age. Hounds-mills.
- Introna, Lucas D. (2016): Algorithms, Governance, and Governmentality: On Governing Academic Writing. In: Science, Technology & Human Values 41 (1), S. 17–49.
- Jarke, Juliane/Gerhard, Ulrike (2018): Using Probes for Sharing (Tacit) Knowing in Participatory Design: Facilitating Perspective Making and Perspective Taking. In: i-com 17 (2), S. 137–152.
- Johns, Fleur (2017): Data Mining as Global Governance. UNSW Law Research Paper No. 2015-61. In: Brownsword/Scotford/Yeung (Hg.): Oxford Handbook on the Law and Regulation of Technology. Corby.
- Jungherr, Andreas (2017): Datengestützte Verfahren im Wahlkampf. In: Zeitschrift für Politikberatung 8 (1), S. 1–27.
- Just, Natascha/Latzer, Michael (2016): Governance by algorithms. Reality construction by algorithmic selection on the Internet. In: Media, Culture & Society 39 (2), S. 238–258.
- Karpf, David (2016): Analytic activism. Digital listening and the new political strategy. New York.
- Kennedy, Helen/Moss, Giles (2015): Known or knowing publics? Social media data mining and the question of public agency. In: Big Data & Society 2 (2), S. 185–196.
- King, Gary/Pan, Jennifer/Roberts, Margarete E. (2013): How Censorship in China Allows Government Criticism but Silences Collective Expression. In: American Political Science Review 107 (2), S. 326–343.
- Kitchin, Rob (2016): Thinking critically about and researching algorithms. In: Information, Communication & Society 20 (1), S. 14–29.

- König, Pascal D. (2018): Algorithmen und die Verwaltung sozialer Komplexität: Zur Neukonfigurierung der Idee der Selbstregierung des Volkes. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 28 (3), S. 289–312.
- Kosinski, Michal/Stillwell, David/Graepel, Thore (2013): Private traits and attributes are predictable from digital records of human behavior. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 110 (15), S. 5802–5805.
- Kreiss, Daniel (2016): Prototype politics. Technology-intensive campaigning and the data of democracy. New York.
- Kruschinski, Simon/Haller, André (2017): Restrictions on data-driven political micro-targeting in Germany. In: Internet Policy Review 6 (4), S. 1–23.
- Latour, Bruno (1990): Technology is Society Made Durable. In: The Sociological Review 38, S. 103–131.
- Lenk, Klaus (2018): Formen und Folgen algorithmischer Public Governance. In: Mabbat Kar/Thapa/Parycek (Hg.): (Un)berechenbar? Algorithmen und Automatisierung in Staat und Gesellschaft. Berlin, S. 228–267.
- Lepenies, Robert/Malecka, Magdalena (2015): The Institutional Consequences of Nudging – Nudges, Politics, and the Law. In: Review of Philosophy and Psychology 6 (3), S. 427–437.
- Lessig, Lawrence (1999): Code and other laws of cyberspace. New York.
- Linder, Thomas (2019): Surveillance Capitalism and Platform Policing: The Surveillance Assemblage-as-a-Service. In: Surveillance & Society 17 (1/2), S. 76–82.
- Lyon, David (2006): Airport Screening, Surveillance, and Social Sorting. Canadian Responses to 9/11 in Context. In: Canadian Journal of Criminology and Criminal Justice 48 (3), S. 397–411.
- Lyon, David (2014): Surveillance, Snowden, and Big Data: Capacities, consequences, critique. In: Big Data & Society (July–December), S. 1–13.
- Maiers, Claire (2017): Analytics in action. Users and predictive data in the neonatal intensive care unit. In: Information, Communication & Society 20 (6), S. 915–929.
- Manyika, James et al. (2011): Big data: The next frontier for innovation, competition, and productivity. McKinsey Global Institute. URL: www.mckinsey.com/business-functions/digital-mckinsey/our-insights/big-data-the-next-frontier-for-innovation (05.12.2016).
- Massumi, Brian (2007): Potential Politics and the Primacy of Preemption. In: Theory & Event 10 (2), S. 49–54.
- Mau, Steffen (2018): Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen. 3. Auflage, Sonderdruck, Originalausgabe. Berlin.
- McDuff, Daniel et al. (2013): Measuring Voter's Candidate Preference Based on Affective Responses to Election Debates. In: 2013 Humaine Association Con-

- ference on Affective Computing and Intelligent Interaction (ACII). Geneva, S. 369–374.
- Mckinlay, Steve T. (2017): Evidence, Explanation and Predictive Data Modelling. In: *Philosophy and Technology* 30, S. 461–473.
- Mergel, Ines (2018): Big Data und Data-Science-Ansätze in der öffentlichen Verwaltung. In: Mohabbat Kar/Thapa/Parycek (Hg.): (Un)berechenbar? Algorithmen und Automatisierung in Staat und Gesellschaft. Berlin, S. 76–96.
- Mihr, Anja (2019): Der Schutz der Grundrechte im Digitalen Zeitalter. In: Hofmann et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 205–224.
- Miller, Peter (2001): Governing by Numbers: Why Calculative Practices Matter. In: *Social Research* 68 (2), S. 379–396.
- Morozov, Evgeny (2014): The rise of data and the death of politics. In: *The Guardian*, 20.07.2014. URL: <https://www.theguardian.com/technology/2014/jul/20/rise-of-data-death-of-politics-evgeny-morozov-algorithmic-regulation> (09.05.2017).
- OECD (2015): Data-Driven Innovation. Big Data for Growth and Well-Being. Paris, URL: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264229358-en> (25.10.2019).
- O'Reilly, Tim (2013): Open Data and Algorithmic Regulation. In: Brett Goldstein/Lauren Dyson (Hg.): Beyond transparency. Open data and the future of civic innovation. San Francisco, S. 289–300.
- Papakyriopoulos, Orestis et al. (2018): Social media and microtargeting: Political data processing and the consequences for Germany. In: *Big Data & Society* 5 (2), S. 1–15.
- Pentzold, Christian/Fölsche, Lena (2018): Die öffentliche Verhandlung von Big Data in politischen Kampagnen (ABIDA Working Paper, 01/S15016A-F).
- Pohle, Jörg (2018): Datenschutz und Technikgestaltung. Geschichte und Theorie des Datenschutzes aus informatischer Sicht und Folgerungen für die Technikgestaltung. Dissertation an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin. URL: <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/19886> (25.10.2019).
- Poon, Martha (2007): Scorecards as Devices for Consumer Credit: The Case of Fair, Isaac & Company Incorporated. In: *The Sociological Review* 55 (2), S. 284–306.
- Porter, Theodore (1986): The Rise of Statistical Thinking, 1820–1900. Princeton.
- Ratcliffe, Jerry H./Taylor, Ralph B./Fisher, Ryan (2019): Conflicts and congruencies between predictive policing and the patrol officer's craft. In: *Policing and Society* 29 (1), S. 1–17.
- Reckwitz, Andreas (2008): Medientransformation und Subjekttransformation. In: Reckwitz (Hg.): *Unscharfe Grenzen*. Bielefeld, S. 159–176.
- Rosenblat, Alex (2018): Überland: How algorithms are rewriting the rules of work. Oakland, Kalifornien.
- Rosenblat, Alex et al. (2016): Discriminating Tastes: Customer Ratings as Vehicles for Bias. In: *Intelligence and Autonomy*. URL: <https://datasociety.net/>

- pubs/ia/Discriminating_Tastes_Customer_Ratings_as_Vehicles_for_Bias.pdf (03.03.2017).
- Roßnagel, Alexander (2013): Big Data – Small Privacy? Konzeptionelle Herausforderungen für das Datenschutzrecht. In: Zeitschrift für Datenschutz 3 (11), S. 562–567.
- Roßnagel, Alexander et al. (2016): Datenschutzrecht 2016 »Smart« genug für die Zukunft? Ubiquitous Computing und Big Data als Herausforderungen des Datenschutzrechts. In: Interdisciplinary Research on Information System Design. URL: www.uni-kassel.de/upress/online/OpenAccess/978-3-7376-0154-2.OpenAccess.pdf (17.01.2017).
- Rost, Martin (2013): Zur Soziologie des Datenschutzes. In: Datenschutz und Datensicherheit 37 (2), S. 85–91.
- Salganik, Matthew J. (2018): Bit by Bit. Social Research in the Digital Age. Princeton, Oxford.
- Schimank, Uwe (2007): Elementare Mechanismen. In: Benz et al. (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. 1. Auflage. Wiesbaden, S. 29–45.
- Scott, James C. (2008 [1998]): Seeing like a state. How certain schemes to improve the human condition have failed. [Nachdruck]. New Haven.
- Soltanpoor, Reza/Sellis, Timos (2016): Prescriptive Analytics for Big Data. In: Cheema/Zhang/Chang (Hg.): Databases Theory and Applications, Band 9877. Basel, S. 245–256.
- Stier, Sebastian et al. (2018a): Election Campaigning on Social Media: Politicians, Audiences, and the Mediation of Political Communication on Facebook and Twitter. In: Political Communication 35 (1), S. 50–74.
- Stier, Sebastian/Schünemann, Wolf J./Steiger, Stefan (2018b): Of activists and gatekeepers: Temporal and structural properties of policy networks on Twitter. In: New Media & Society 20 (5), S. 1910–1930.
- Strassheim, Holger (2009): Governance als reflexive Koordination. In: Botzem et al. (Hg.): Governance als Prozess. Baden-Baden, S. 461–477.
- Straßheim, Holger/Korinek, Rebecca-Lea (2015): Behavioural Governance in Europe. In: Doubleday/Wilsdon (Hg.): Future directions for scientific advice in Europe. London, S. 153–160.
- Tactical Tech (2019): Personal Data: Political Persuasion. Inside the Influence Industry. How it works. URL: https://ourdataourselves.tacticaltech.org/media/Personal-Data-Political-Persuasion-How-it-works_print-friendly.pdf (30.03.2019).
- Taylor, Linnet (2018): What can ‹disruptive urban technologies› tell us about power, visibility and the right to the city? . Spotlight On Issue »Disruptive Urban Technologies«. In: International Journal of Urban and Regional Research 42.

- Taylor, Linnet et al. (2014): Big Data and Positive Change in the Developing World. In: *Policy & Internet* 6 (4), S. 418–444.
- Thapa, Basanta/Parycek, Peter (2018): Data Analytics in Politik und Verwaltung. In: Mohabbat Kar/Thapa/Parycek (Hg.): (Un)berechenbar? Algorithmen und Automatisierung in Staat und Gesellschaft. Berlin, S. 40–75.
- Ulbricht, Lena (im Erscheinen a): Data Mining. In: Klenk/Nullmeier/Wewer (Hg.): *Handbuch Staat und Verwaltung im digitalen Zeitalter*. Wiesbaden.
- Ulbricht, Lena (im Erscheinen b): Scraping the Demos. Digitalization, Opinion Mining and the Democratic Project. Special Issue »Democratization beyond the Post-Democratic Turn. Political Participation between Empowerment and Abuse« Blühdorn/Butzlaß (Hg.). In: *Democratization*.
- Ulbricht, Lena (2018): When big data meet securitization. Algorithmic regulation with passenger name records. In: *European Journal for Security Research* 3 (2), S. 139–161.
- Veale, Michael/Binns, Reuben (2017): Fairer machine learning in the real world: Mitigating discrimination without collecting sensitive data. In: *Big Data & Society* 4 (2), S. 1–17.
- Von Grafenstein, Max et al. (2018): Nudging. Regulierung durch Big Data und Verhaltenswissenschaften. Berlin: Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft. Berlin (ABIDA Gutachten, o1|S15016A-F).
- Voss, Kathrin/Villiöth Lisa/Yang, Mundo (2018): Clicktivism as Representative Claim – The Case of Campact. 27. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. Frankfurt a.M., 27.09.2018.
- Wachter, Sandra/Mittelstadt, Brent/Russell, Chris (2018): Counterfactual Explanations Without Opening the Black Box: Automated Decisions and the GDPR. In: *Harvard Journal of Law & Technology* 31 (2), S. 842–887.
- Weichert, Thilo (2013): Big Data und Datenschutz. Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein. URL: <https://www.datenschutzzentrum.de/bigdata/20130318-bigdata-und-datenschutz.pdf> (25.10.2019).
- Yeung, Karen (2017): »Hypernudge«: Big Data as a mode of regulation by design. In: *Information, Communication & Society* 20 (1), S. 118–136.
- Yeung, Karen (2018): Algorithmic regulation: A critical interrogation. In: *Regulation & Governance* 12 (4), S. 505–523.
- Zeide, Elana (2017): The Structural Consequences of Big Data-Driven Education. In: *Big Data* 5 (2), S. 164–172.
- Zuboff, Shoshana (2019): *The Age of Surveillance Capitalism: The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power*. New York.

Digitale Verhaltensdaten und Methoden der Computational Social Science in der politischen Kommunikationsforschung

Sebastian Stier und Andreas Jungherr

1. Einleitung

Durch die Digitalisierung unterliegt die politische Kommunikation einem fundamentalen Wandel. Bürger¹ in etablierten Demokratien und darüber hinaus greifen zunehmend über Websites oder Smartphone Apps auf Nachrichten zu und beteiligen sich über soziale Netzwerkseiten (SNS) wie Facebook oder Twitter aktiv am politischen Diskurs (Newman et al. 2018). Die politische Kommunikationsforschung greift zur Analyse dieser Trends vermehrt auf digitale Verhaltensdaten und computergestützte Methoden zurück; Ansätze, die häufig unter dem interdisziplinären Forschungsparadigma der *Computational Social Science* (CSS) gefasst werden (Lazer et al. 2009).

Digitale Verhaltensdaten (englisch »digital trace data«), können definiert werden als »records of activity (trace data) undertaken through an online information system (thus, digital)« (Howison et al. 2011, 769). Diese Spuren menschlicher Aktivität, z.B. in sozialen Netzwerken oder über Smartphones verzeichnet, eröffnen einen bislang nicht möglichen, direkten Einblick in das Verhalten von Bürgern und politischen Eliten und sind dabei nicht-intrusiv, d.h. die Beobachtungsobjekte werden durch Interventionen des Forschers nicht beeinflusst. Die resultierenden Daten sind multimodal (Text, Videos), temporal hochauflösend, dank präziser Zeitstempel, und legen so je nach Anwendungsgebiet Spuren der politischen Kommunikation und Informationsrezeption von Millionen Bürgern offen. Das vorliegende Kapitel gibt einen kurzen Abriss über relevante Forschung im Feld, reflektiert diese kritisch und skizziert schließlich eine zukünftige Forschungsagenda, die die theoretischen Stärken der Sozialwissenschaften und den methodischen Innovationsgehalt der CSS gewinnbringend zusammenführt.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird das generische Maskulinum genutzt.

2. Forschungsstand

SNS wie Facebook und Twitter gewinnen zunehmend an Relevanz für die Rezeption politischer Informationen sowie Meinungsbildungs- und Partizipationsprozesse. Sie wurden deshalb schnell von der politischen Kommunikationsforschung in den Blick genommen. Im Folgenden sollen zentrale Themen und methodische Trends umrissen werden.²

Wahlkampf- und Parteienforschung

Digitale Verhaltensdaten, insbesondere Twitter-Daten, sind längst ein etabliertes Mittel zur Erforschung von Wahlkämpfen und ihren Dynamiken (Jungherr 2016; siehe auch Borucki 2019 in diesem Band). Dabei ist zwischen publikums- und elitenzentrierten Forschungsdesigns zu unterscheiden. *Publikumszentrierte Studien* interessieren sich für die politische Kommunikation von Bürgern, indem Tweets mit kampagnenbezogenen Schlagworten oder Hashtags wie z.B. #btw17 oder #MAGA erfasst werden. Diese Forschung konzentrierte sich häufig auf Fokuspunkte wie das »Second Screening« während TV-Debatten (Freelon/Karpf 2015; Jungherr 2014; Trilling 2015; Vaccari et al. 2015a), einflussreiche Nutzer (Dubois/Gaffney 2014; Jungherr 2015; Jürgens et al. 2011) und die Identifikation zentraler politischer Themen (Jungherr 2015; Trilling 2015). Der Großteil der Wahlkampfforschung konzentriert sich auf Twitter, da im Gegensatz zum anderen sozialen Netzwerk mit großer politischer Relevanz, Facebook, die meisten Nutzerbeiträge öffentlich sind. Ausnahmen hierzu bilden jedoch Studien, die Publikumsreaktionen auf Facebook-Seiten politischer Parteien oder Spitzenkandidaten untersuchen (Arzheimer 2015; Stier et al. 2017; siehe auch Fitzpatrick 2019 in diesem Band).

Publikumszentrierte Analysen demonstrieren unabhängig von ihren spezifischen Fragestellungen das beträchtliche Forschungspotential digitaler Spurendaten, die den politischen Diskurs in (Teil-)Öffentlichkeiten dokumentieren. So erhalten wir Einblick in die Verteilung und Dynamik öffentlicher Aufmerksamkeit (Freelon/Karpf 2015; Jungherr et al. 2017), die öffentliche Interpretation und Verhandlung von Wahlkampfereignissen (Trilling 2015; Vaccari et al. 2015a; Zhang et al. 2019) oder das Verhalten von Diskursteilnehmern in unterschiedlichen politischen Kommunikationsumgebungen (An et al. 2019; Freelon und Karpf 2015). Dadurch verspricht die CSS, etablierte Forschungszweige der politischen Kommunikationsforschung zu bereichern.

² Unsere Auswahl ist nicht erschöpfend. Es gibt weitere Themen- und Methodenschwerpunkte wie z.B. agentenbasierte Modelle, deren Nutzung in der politischen Kommunikationsforschung allerdings noch am Anfang steht.

Einige publikumszentrierte Studien versuchten sich zudem an der Vorhersage von Wahlergebnissen auf Basis von Social Media-Daten (z.B. Tumasjan et al. 2011). Diese Studien entpuppten sich allerdings als wenig robust und konzeptionell unterfunden. Da das Zielkonstrukt Wahlverhalten nicht über einen plausiblen Mechanismus mit den Aktivitäten einer kleinen Zahl an politisch aktiven Twitterern in Zusammenhang gesetzt werden kann, sind die veröffentlichten Erfolgsmeldungen nicht mehr als Scheinkorrelationen (Jungherr et al. 2012, 2017). Es gibt allerdings auch Ansätze, die Online- und Offline-Sphären zueinander in Bezug setzen, ohne diese falschen Inferenzschlüsse zu ziehen, indem Verhaltensdaten in SNS mit Umfrage- oder Mediendaten in Bezug gesetzt werden (Jungherr 2014; Jungherr et al. 2016; Neuman et al. 2014; Posegga/Jungherr 2019; Stier et al. 2018a; Wells et al. 2016).

Elitenzentrierte Ansätze fokussieren auf eine wohl definierte Gruppe an Accounts von Interesse, meist Kandidaten, Parteien oder Journalisten. Studien konzentrierten sich auf die Adaption einer Plattform durch Politiker (Quinlan et al. 2017; Vergeer et al. 2013), die parteipolitische Zusammensetzung von Kandidatennetzwerken bzw. Fragmentierungstendenzen entlang von Parteizugehörigkeit (Conover et al. 2011; Lietz et al. 2014) und die Resonanz von Eliten beim Publikum anhand von Interaktionsmetriken, wie die Zahl der Likes oder Retweets (Nielsen/Vaccari 2013; Yang/Kim 2017). Eine wachsende Zahl an Studien untersucht zudem, inwiefern Politiker und Parteien in sozialen Medien eine populistische Rhetorik bedienen (Ernst et al. 2017) oder populistische Parteien und Bewegungen in ihren Themenschwerpunkten von etablierten Parteien abweichen (Stier et al. 2017). Die Ergebnisse elitenzentrierter Ansätze demonstrieren, dass bekannte Variablen wie die Ressourcenstärke, der Bekanntheitsgrad und die Parteizugehörigkeit weiterhin zentrale Bestimmungsfaktoren des Verhaltens und des Erfolgs von Parteien oder Politikern in SNS sind.

Insgesamt weist diese Literatur aber auch einige Defizite auf. So basiert die Fallauswahl häufig auf Ad-hoc-Entscheidungen wie z.B. wenigen ausgewählten (Partei-)Accounts oder Schlagwörtern während einer Kampagne. Mögliche Defizite dieser Sampling-Strategien werden kaum thematisiert oder auf ihre Robustheit hin überprüft. Zumeist verharren die Analysemethoden im Bereich simpel messbarer Metriken wie Likes, Retweets oder Schlagwortnennungen anstatt das volle methodische Portfolio der CSS, z.B. (semi-)automatisierte Inhaltsanalysen auszuschöpfen.

Digitale Öffentlichkeit und Connective Action

Die mediale Agenda in etablierten Demokratien wird mittlerweile stark durch die politische Kommunikation in sozialen Medien beeinflusst (Chadwick 2013; Neuman et al. 2014; Wells et al. 2016). Insbesondere auf Twitter interagieren Journalis-

ten, Politiker und interessierte politische Bürger miteinander und interpretieren das politische Geschehen in Echtzeit. Dieser Diskurs erreicht dann über Rückkopplungsschleifen im sogenannten »hybriden Mediensystem« ein größeres Publikum (Chadwick 2013). Aktivisten und einfache Bürger, die sich in spezifischen Themenetzwerken engagieren (z.B. netz- oder umweltpolitischen Themen), nehmen im politischen Meinungsbildungsprozess zumindest zeitweise eine zentralere Rolle ein als im analogen, von Journalisten und Politikern dominierten Mediensystem (Bennett et al. 2018; Entman/Usher 2018). Einige Studien verfolgten die verwandte Frage, inwiefern die journalistische Praxis auf Twitter etablierten Normen entspricht oder davon abweicht (Nuernbergk 2016).

Insbesondere Protestbewegungen während des Arabischen Frühlings und in westlichen Demokratien wie Occupy Wall Street oder die spanischen Indignados haben demonstriert, dass bislang marginalisierte Akteure durch digitale Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten begünstigt werden können. Netzwerkanalytische Verfahren zeigen, dass durch die »connective action« (Bennett/Segerberg 2013) in SNS auch weniger politisch Involvierte an der Peripherie von Kommunikationsnetzwerken zumindest zu virtuellen Teilen von Protestbewegungen werden können (Barberá et al. 2015b; Bennett et al. 2018; Steinert-Threlkeld 2017). Allerdings zeigt sich, dass trotz des Optimismus hinsichtlich einer Egalisierung politischer Kommunikation die etablierten Gatekeeper wie Massenmedien, Politiker und organisierte und ressourcenstarke Interessen weiterhin zumindest bei hinreichender eigener Aktivität eine zentrale Rolle in Online-Diskursen einnehmen (Stier et al. 2018b).

Qualität politischer Informationen und versteckte Beeinflussung digitaler Öffentlichkeiten

Mit der wachsenden politischen Relevanz digitaler Medien legt die Wissenschaft ein besonderes Augenmerk auf potentiell demokratischädigende Aspekte digitaler Vernetzung. Dazu gehört die Furcht vor einer abnehmenden Qualität politischer Informationen, die sich in der öffentlichen Debatte am problematischen Begriff »Fake News« manifestiert, sowie versteckte Informationskampagnen, um im Schutze der Anonymität des Internets demokratische Öffentlichkeiten zu manipulieren.

Wissenschaftler sind vom Begriff »Fake News« weitgehend abgerückt oder bemühen sich zumindest um eine präzisere Konzeptualisierung. Einige Arbeiten unterscheiden zwischen Desinformationen, falschen Informationen, die intentional verbreitet werden, und Missinformationen, falschen Informationen, die ohne größeres strategisches Ziel von individuellen Nutzern weitergeleitet werden, z.B. Gerüchte in sozialen Medien nach Breaking News-Events oder zur Flüchtlingskriminalität (Wardle/Derakhshan 2017, 20). Gleichwohl wurden noch keine Anstren-

gungen unternommen, den Charakter, die Verbreitung und Wirkung dieser beiden »information disorders« (Wardle/Derakhshan 2017) vergleichend und in größerem Maßstab zu untersuchen.

Die aktuellen Forschungsergebnisse zur Bedeutung von Des- oder Missinformationen in SNS sind dementsprechend fragmentiert und widersprüchlich. Zwar waren z.B. viele der meistgelesenen Nachrichtenartikel auf Facebook im US-Wahlkampf 2016 einseitig politisch geprägt, irreführend oder sogar eindeutig falsch (Allcott/Gentzkow 2017). Laut einer Studie verbreiten sich Falschinformationen auf Twitter schneller als von Fact-Checkern als wahr klassifizierte Nachrichten (Vosoughi et al. 2018). Andererseits zeigen Studien aus dem US-Kontext, die digitale Verhaltensdaten mit Daten auf individueller Ebene verlinken, dass der Konsum von Des- und Missinformationen marginal ist (Grinberg et al. 2019; Guess et al. 2018). Außer einigen wenigen experimentellen Studien (z.B. Pennycook et al. 2018) ist zudem viel zu wenig zur Wirkung solcher Nachrichten bekannt. Es verbleiben zentrale Fragen, z.B. ob Bürger Des- und Missinformationen tatsächlich Glauben schenken und ob diese politische Einstellungen beeinflussen können. Wie schwerwiegend die Beeinflussung der US-Präsidentenwahl 2016 durch die Agenten der russischen Troll-Fabrik Internet Research Agency (IRA) beispielsweise ausfiel, ist allein anhand der Verbreitungszahlen ihrer Tweets und Facebook-Posts nicht bestimmbar.³

Die oben beschriebenen methodischen Unsicherheiten wiegen noch schwerer im Falle der viel diskutierten Social Bots, computergestützten (semi-)automatisierten Accounts, die (politische) Debatten in SNS vermeintlich beeinflussen. Die überwiegende Zahl der Forschungsergebnisse basiert auf der Annahme, dass Machine Learning-Algorithmen Social Bots identifizieren (z.B. Varol 2017) oder dass Accounts mit mehr als 50 Tweets pro Tag zuverlässig als Social Bots klassifiziert werden können (Howard/Kollanyi 2016). Beide Annahmen haben sich zwischenzeitlich als zu optimistisch herausgestellt. Dies liegt einerseits an sich stetig wandelnden Taktiken versteckter, koordinierter Social-Media-Kampagnen, dem sogenannten »Astroturfing« (Kovic et al. 2018), die die Erkennung über vermeintlich langfristig stabile Eigenschaften oder Signale hinfällig macht, andererseits an der mangelnden Datenbasis, die Forscher ohne privilegierten Zugriff auf Daten von Onlineplattformen zwingt, ihre Analysen auf nur einem Bruchteil der potentiell relevanten Signale durchzuführen. Zusätzlich haben sich entsprechende Studien bisher zu wenig für die Validierung der automatisch von ihnen als Bots klassifizierten Accounts interessiert, so dass entsprechende Ergebnisse über die Reich-

³ Mittlerweile hat Twitter eine Liste der IRA-Accounts und Beteiligter weiterer versteckter Informationskampagnen veröffentlicht.

weite von Social Bots in der politischen Kommunikation mit Vorsicht zu bewerten sind (Gallwitz/Kreil 2019; Rauchfleisch/Kaiser 2019).

Um die erheblichen Unsicherheiten von Detektionsverfahren zu umgehen, stützen sich jüngere Arbeiten auf externe Informationen wie z.B. die von Twitter veröffentlichten IRA-Accounts (Lukito et al. 2018), Leaks aus dem chinesischen Regierungsapparat (King et al. 2017) oder Gerichtsdokumente, die Accounts einer verdeckten Social Media-Operation des südkoreanischen Geheimdienstes nennen (Keller et al. 2017, 2019, i.E.). Diese Studien lassen präzisere Aussagen über den Charakter und die Rezeption von versteckten Informationskampagnen zu, als dies mit Verfahren der Bot-Detektion möglich ist. Schließlich zeigen sich dank externer Informationen zu beteiligten Accounts auffällige Koordinationsmuster, auf deren Basis Methoden für die Aufdeckung von Astroturfing generell entwickelt werden können (Keller et al. 2019, i.E.).

Echokammern und Filterblasen

Ein weiterer Themenschwerpunkt liegt auf der Frage, ob digitale Medien über sogenannte Echokammern (Sunstein 2007) oder Filterblasen (Pariser 2011) zu politischer Polarisierung beitragen. Die Vorstellung von Echokammern basiert darauf, dass Menschen im Falle der Wahl zwischen Informationsquellen immer diejenige wählen würden, von der sie eine Bestärkung ihrer eigenen Meinung erwarten. Diese Annahme wird häufig auf verkürzte Lesarten der psychologischen Ansätze kognitive Dissonanz und Selective Exposure (Zillich 2019) gestützt. Da das frühe Internet von einem Informationsüberfluss geprägt war, gingen manche Autoren davon aus, dass Nutzer sich über die Zeit ausschließlich in Echokammern bewegen würden, die ihre eigenen Meinungen spiegelten. Die Filterblase stellt eine Aktualisierung dieser Idee dar. In einem Internet, das von Plattformen und Apps bestimmt sei, habe der Nutzer gar keine Möglichkeit mehr zur Informationsauswahl. Algorithmisch erstellte Filterblasen spielten, auf Basis personalisierter Profile, Nutzern nur noch Informationen zu, die ihre Meinung stützen, ohne alternative Informationen zur Wahl zu stellen.

Die Ideen der Echokammern und Filterblasen sind sehr erfolgreich und prominent rezipiert. Allerdings berücksichtigen sie schon konzeptionell eine Reihe von Einflussfaktoren nicht, die ihr Auftreten, oder zumindest ihre dominierende Wirkung, einschränken. Zum einen zeigen die Kommunikationsforschung und die Psychologie bereits seit Jahren, dass die Wahl meinungsverstärkender Quellen oder Informationen stark kontextabhängig ist (Kunda 1990), so dass Nutzer nicht automatisch Kommunikation in politisch homogenen Gruppen bevorzugen. Zusätzlich zeigt die Medienrepertoireforschung (Hasebrink/Domeyer 2012), dass gerade politisch interessierte Menschen nicht nur einzelne Medien konsumieren, sondern breite Kombinationen von Medien. Dies führt empirisch nicht zu aus-

schließlich politisch homogener Mediennutzung, sondern zur Nutzung von Medien aus diversen politischen Lagern (Fletcher/Nielsen 2017; Webster 2014). Dies lässt das Auftreten der in den Konzepten Echokammer und Filterblase beschriebenen Mechanismen zumindest zweifelhaft erscheinen.

Die Analyse von Kommunikations- und Interaktionsdaten von SNS-Nutzern zeigte sowohl Evidenz für Kommunikation in homogenen Gruppen (An et al. 2019) als auch polarisierte Interaktionsnetzwerke (Barberá et al. 2015a; Conover et al. 2011; Lietz et al. 2014). Wir sollten allerdings vorsichtig sein, diese Befunde vor-schnell als Bestätigung von Echokammern und Filterblasen zu sehen. Ein zentraler Defekt beider Konzepte ist die deterministische Verknüpfung von empirischen Beobachtungen mit weitreichenden gesellschaftlichen Effekten, ohne diese Verbindung glaubwürdig zu testen. Das Auftreten homogener Kommunikations- oder Interaktionsnetzwerke allein ist kein Beleg für die von Echokammern oder Filterblasen angenommene politische Polarisierung, vor allem da Nutzer nicht ausschließlich in diesen Strukturen kommunizieren (An et al. 2019; Conover et al. 2011).

Jüngere Studien stellen sogar die demokratietheoretischen Grundannahmen der Echokammer-Hypothese in Frage. So zeigen Bail et al. (2018) in einem innovativen Feldexperiment auf Twitter, dass die Rezeption von politisch dissonanten Inhalten nicht etwa zu weniger Polarisierung, sondern zu einer Verhärtung bestehender Einstellungen führt. Die Ergebnisse korrespondieren mit laborexperimentellen Studien, die einen sog. »Backfire Effect« als Folge von dissonanter Informationsaufnahme identifizieren konnten (Nyhan/Reifler 2010).

Schon dieser kurze Überblick zeigt, dass digitale Verhaltensdaten und Methoden aus der Computational Social Science in der Forschung zur politischen Kommunikation geholfen haben, neue Gegenstandsbereiche zu erschließen und etablierte Forschungsfelder weiterzuentwickeln. Allerdings zeigten sich auch bereits Limitationen. Im folgenden Abschnitt skizzieren wir auf dieser Basis eine Forschungsagenda für die sozialwissenschaftliche Integration der CSS in der politischen Kommunikationsforschung.

3. Forschungsagenda

Frühen, geradezu euphorischen Erwartungen an das Potential digitaler Verhaltensdaten stehen erhebliche Herausforderungen gegenüber, die zunehmend deutlich werden und die Akzeptanz der CSS in etablierten sozialwissenschaftlichen Kernbereichen einschränken.

Theorieanbindung

Die erste Phase der CSS war überwiegend durch deskriptive Studien geprägt, die anhand neuer Methoden und Datensätze Nutzer- oder Elitenverhalten darstellten. In diesen Studien fand selten eine explizite Verortung in Theorien der Sozialwissenschaft statt. Stattdessen wurde häufig auf tagesaktuelle Ängste, in Bezug auf vermeintliche Wirkungen digitaler Medien auf politische Kommunikation, Bezug genommen. Während dieses Vorgehen öffentliche Aufmerksamkeit garantierte, zeigt sich über Zeit, dass diese Arbeitsweise nicht zur Einbindung der CSS im zentralen sozialwissenschaftlichen Diskurs geführt hat. Ohne ernstzunehmende Auseinandersetzung mit sozialwissenschaftlichen Konzepten oder sorgfältige Theoriebildung für neue Kommunikations- oder Interaktionsumgebungen droht sich die CSS in eine Spielart der angewandten Informatik, mit nur schwacher Rezeption und Anknüpfung an die Sozialwissenschaft, zu entwickeln (Jungherr 2019; Jungherr/Theocharis 2017).

Augenblicklich liegt der Schwerpunkt der überwiegenden Zahl an CSS-Studien auf der Anwendung und Entwicklung neuer Methoden oder Datensätze. Hierbei werden allerdings häufig Fragen der Konzeptualisierung und Operationalisierung übersprungen. Ein Beispiel hierfür bieten Arbeiten, die Polarisierung im politischen Diskurs online zeigen wollen (Jungherr 2019). Politische Polarisierung ist ein Phänomen, das seinen Ursprung in den spezifischen Bedingungen US-amerikanischer Politik hat, das unterschiedlich konzeptualisiert wurde (Prior 2013) und das selbst in den USA empirisch überwiegend für politische Eliten und Aktivisten gezeigt werden konnte (Fiorina et al. 2005). Diese Debatte findet sich in den prominentesten Studien der CSS zu diesem Thema nicht wieder. Stattdessen wird der vermeintliche Fakt breiter gesellschaftlicher Polarisierung als Motivation genommen, willkürlich gewählte Interaktionsmuster in digitalen Verhaltensdaten auf homogene oder heterogene Interaktionsmuster hin zu untersuchen. Werden überwiegend homogene Cluster gefunden, gilt dies als Beleg für Polarisierung (Adamic/Glance 2005; Conover et al. 2011). Es bleibt bei diesen Studien unklar, auf welche Konzeptualisierung politischer Polarisierung sich ihre Befunde beziehen. Sprechen überwiegend homogene Link-Netzwerke zwischen politischen Blogs (Adamic/Glance 2005) oder Retweet-Netzwerke (Conover et al. 2011) tatsächlich für politische Polarisierung? Sind für diese spezifischen Formen von (Teil-)Öffentlichkeiten heterogene Interaktionen überhaupt theoretisch zu erwarten? Und erlauben es die entsprechenden Befunde tatsächlich, von politischer Polarisierung in Gesellschaften zu sprechen? Um hierzu Antwort zu geben, braucht die CSS eine deutlich stärker ausgeprägte Kultur der bewussten Konzeptualisierung und Operationalisierung.

Parallel hierzu gilt es auch neue Konzepte zu entwickeln, die den veränderten Rahmenbedingungen und Wirkungsweisen zeitgenössischer politischer Kom-

munikation gerecht werden (Neuman 2016). Die Sozialwissenschaften bieten zahlreiche hilfreiche Konzepte für die Arbeit zu digitaler Kommunikation. Dennoch bedürfen einige davon zumindest der Anpassung, wenn nicht sogar dem Ersatz, um Phänomene digitaler Kommunikation gerecht zu werden. Seien es diskursive Macht in der neuen Konstellation von Mediensystemen (Jungherr et al. 2019), neue Erwartungen an Nachrichtennutzungsverhalten (de Zuñiga et al. 2017) oder neue Formen der politischen Partizipation (van Deth/Theocharis 2018); neue Phänomene brauchen neue Konzepte, um die Potentiale der CSS nutzbar zu machen.

Datenerhebungsverfahren und Rezeptionsmessung

Zusätzlich gilt es auch, Fragen der Datenerhebung und der Messung gesellschaftlicher Phänomene kritischer zu reflektieren. Wichtig ist hier die Limitation großer Teile der bestehenden CSS-Forschung in der Nutzung digitaler Spurendaten. Diese Daten stellen Beobachtungen des Verhaltens von Nutzern bestimmter Onlineplattformen dar. Wir haben es allerdings mit einer Stichprobe zu tun, die zweifach auf Selbst-Selektion basiert: Politikwissenschaftlich relevante, digitale Verhaltensdaten werden nur von denjenigen Nutzern generiert, die aktive SNS-Nutzer sind (Mellon/Prosser 2017) und unter dieser spezifischen Population von einer Gruppe an Nutzern, die ein hinreichendes politisches Interesse aufweisen, um öffentlich sichtbare Inhalte zu »liken«, »share« oder sogar eigene Beiträge auf Facebook oder Twitter zu erstellen. Dies ist solange kein Problem, insofern sich die Studie nur auf politisches Verhalten auf den jeweiligen Onlineplattformen beschränkt. Dies erlaubt jedoch keine Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung oder politisches Verhalten im Allgemeinen.

Erschwert wird die Problematik der Zusammensetzung der Stichprobe noch zusätzlich dadurch, dass digitale Verhaltensdaten zwar reiche Informationen über öffentliches Online-Verhalten enthalten, aber keine Daten über sozio-demographische Eigenschaften der Nutzer oder das Verhalten außerhalb der Online-Plattform. Dies macht es schwierig, die tatsächliche Verzerrung des Samples zu identifizieren oder die Messung gesellschaftlicher Phänomene in Spurendaten mit anderen Messungarten zu validieren (Jungherr et al. 2016, 2017).

Es gibt allerdings neue Forschungsdesigns, die es ermöglichen, digitale Verhaltensdaten für Rezeptions- und Wirkungsmessungen heranzuziehen. So erlauben es Feldexperimente innerhalb von SNS, Effekte von Medienrezeption auf politische Einstellungen zu schätzen – unter experimenteller Kontrolle auf alternative Medienstimuli in SNS sowie sich wandelnde Plattformcharakteristika (Bail et al. 2018; Theocharis/Lowe 2015).

Eine weitere Möglichkeit, digitale Verhaltensdaten mit der individuellen Ebene zu verbinden ist ihre Verlinkung mit Umfragen (Stier et al. 2019). So können Facebook- oder Twitter-Nutzer befragt werden (Jäger 2017; Vaccari et al. 2015b)

oder aber Befragte in Online- oder bevölkerungsrepräsentativen Umfragen um ihre informierte Zustimmung zur Sammlung ihrer digitalen Verhaltensdaten gebeten werden. Derartige verlinkte Daten haben bereits dazu beigetragen, Verzerrungen in Selbsteinschätzungen im Medienkonsum zu schätzen (Guess 2015; Scharzkow 2016) und substantielle Fragestellungen aus der politischen Kommunikation wie z.B. die Rezeption politischer Nachrichten in Facebook zu untersuchen (Wells/Thorson 2017).

Schließlich ist der Forscher bei der Erhebung von digitalen Verhaltensdaten, z.B. über die Programmierschnittstellen von SNS, darauf angewiesen, dass die Plattformen qualitativ hochwertige und repräsentative Daten zur Verfügung stellen. Im Falle der Twitter-Programmierschnittstellen (APIs) gibt es erhebliche Verzerrungen, die allerdings nur schwer zu rekonstruieren und nachvollziehbar sind (Morstatter et al. 2013). Noch schwerwiegender sind generelle Änderungen von Zugriffsrechten wie z.B. Facebooks Deaktivierung der Graph API, wonach der Wissenschaft sogar der Zugriff auf öffentliche Facebook-Daten verwehrt bleibt. Forscher rufen bereits dazu auf, Daten aus sozialen Netzwerken unter Umgehung der APIs zu erheben (Freelon 2018). Eine rechtlich und ethisch unverfänglichere Variante zur Datenerhebung ist die Datenspende. Seit Inkrafttreten der europäischen Datenschutz-Grundverordnung müssen Online-Plattformen den Nutzern ihre persönlichen Daten gebündelt und übersichtlich zum Download anbieten (Datенportabilität, Art. 20 EU-DSGVO). Diese Daten könnten dann unter Anwendung angemessener Pseudonymisierungs- und Datenschutzmaßnahmen von den Nutzern für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Wie bei der Verlinkung von Umfrage- und digitalen Verhaltensdaten ist die informierte Einwilligung und Kooperationsbereitschaft von Teilnehmern auch bei der Datenspende essentiell. Daher stehen Zugewinnen in der wissenschaftlichen Kontrolle, der internen Validität und dem Wissen über die Nutzerpopulation Einbußen in der Skalierbarkeit der Datenerhebung gegenüber. Es benötigt noch einiges an Grundlagenforschung und innovativen Rekrutierungsmethoden, um qualitativ hochwertige Stichproben von Bürgern mit digitalen Verhaltensdaten anzureichern (Stier et al. 2019).

Institutionelle Verankerung

Die weitere Etablierung der CSS in den Sozialwissenschaften steht auch vor spezifischen institutionellen Herausforderungen. Zum einen erfordert der stetige technologische Wandel und die damit verbundene Steigerung an Datenquellen, -mengen und Analysemethoden zunehmend vielfältige Methodenkenntnisse und Ressourcenzugriffe, die immer seltener von einzelnen Forschern zu bewältigen sind. Dies legt die Nutzung eines in den Naturwissenschaften und der Informatik verbreiteten Lab-Ansatzes nahe, der große Forscherteams mit vielfältigen Spezia-

lisierungen zusammenbringt. Vor dem Hintergrund verfügbarer Personalmittel stellt dies die meisten sozialwissenschaftlichen Institute, von einzelnen Professuren ganz zu schweigen, vor eine erhebliche Herausforderung. Dies macht die Zusammenarbeit mit Informatikern zu einer Vorbedingung langfristig erfolgreicher CSS. Direkt damit verbunden sind Fragen der Finanzierung entsprechender Forschungsverbünde. Während Interdisziplinarität ein in der Wissenschaft breit geteiltes Ziel ist, orientieren sich Publikationsprozesse, Forschungsfinanzierung und Berufungen noch immer vorwiegend an fachspezifischen Grenzen. Dies stellt eine entscheidende Hürde für die nachhaltige Etablierung der CSS in der Sozialwissenschaft dar.

Die Breite an Aufgaben und Methoden der CSS hat auch Konsequenzen für die sozialwissenschaftliche Methodenausbildung. Während es wünschenswert wäre, die CSS in die Methodenausbildung mit aufzunehmen, stellt sich dies praktisch als schwierig heraus. Letztlich geht es um yieldimensionale Aspekte der Datensammlung, -verarbeitung, -aufbereitung und -analyse. Auch die Datenanalyse fächert sich in unterschiedliche Teilbereiche auf: Machine Learning, Netzwerk-analyse, quantitative Textanalyse oder Bildanalysen sind nur einige Beispiele für prominente, in der CSS verwendete, Analysemethoden. Nur wenige sozialwissenschaftliche Institute werden dieses vielfältige Methodenset in ihrer Ausbildung allein abbilden können. Interdisziplinär unterrichtete Masterprogramme bieten hier vielversprechende Alternativen, um die CSS gezielt in der sozialwissenschaftlichen Ausbildung zu verankern.

4. Fazit

Die Computational Social Science bietet ein vielversprechendes neues Instrumentarium an Datentypen und Analysemethoden für die politische Kommunikationsforschung. Ihr Potential erstreckt sich von der Arbeit zu neuen Fragestellungen und Phänomenen digitaler Kommunikation hin zu neuen Analysemöglichkeiten für traditionelle Fragen des Feldes. Um dieses Potential freizusetzen, gilt es jedoch für die CSS und ihre Praktiker, einige Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Gerade sozialwissenschaftlich ausgebildete Forscher sollten ihre Kernkompetenzen nicht methoden-, software-, und datenfixierten Zielen unterordnen. Es gilt, in der CSS und der Anwendung ihrer Methoden gezielt und systematisch Fragen der Theoriebildung, Konzeptualisierung, Datenqualität und Messung zu betonen, um so anschlussfähig für Debatten in der Sozialwissenschaft zu bleiben. Darüber hinaus sind auch forschungspraktische Fragen zu adressieren. Wie entwickeln wir nachhaltig erfolgreiche interdisziplinäre Forschungspartnerschaften, die institutionell verankert sind? Und wie stellen wir die Finanzierung entsprechender Forschungsprojekte in streng disziplinär organisierten Forschungsförde-

rungsstrukturen sicher? Die Antwort auf diese Fragen wird darüber entscheiden, ob das Forschungspotential der CSS in der Sozialwissenschaft realisierbar ist.

Literaturverzeichnis

- Adamic, Lada A./Glance, Natalie (2005): The political blogosphere and the 2004 US election: Divided they blog. In: Proceedings of the Third International Workshop on Link Discovery, S. 36–43.
- Allcott, Hunt/Gentzkow, Matthew (2017): Social Media and Fake News in the 2016 Election. In: Journal of Economic Perspectives 31 (2), S. 211–236.
- An, Jisun/Kwak, Haewoon/Posegga, Oliver/Jungherr, Andreas (2019): Political Discussions in Homogeneous and Cross-Cutting Communication Spaces. In: Proceedings of the Thirteenth International Conference on Web and Social Media, S. 68–79.
- Arzheimer, Kai (2015): The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? In: West European Politics 38 (3), S. 535–556.
- Bail, Christopher A. et al. (2018): Exposure to opposing views on social media can increase political polarization. In: PNAS 115 (37), S. 9216–9221.
- Barberá, Pablo et al. (2015a): Tweeting from left to right: Is online political communication more than an echo chamber? In: Psychological Science 26 (10), S. 1531–1542.
- Barberá, Pablo et al. (2015b): The Critical Periphery in the Growth of Social Protests. In: PLoS ONE 10 (11).
- Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra (2013): The logic of connective action. Digital media and the personalization of contentious politics. New York.
- Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra/Yang, Yunkang (2018): The Strength of Peripheral Networks: Negotiating Attention and Meaning in Complex Media Ecologies. In: Journal of Communication 68 (4), S. 659–684.
- Borucki, Isabelle (2019): Politische Parteien zwischen Sein oder nicht Sein? Digitale Transformation als Organisationsumbruch. In: Hofman et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 123–150.
- Chadwick, Andrew (2013): The hybrid media system. Politics and power. Oxford.
- Conover, Michael et al. (2011): Political Polarization on Twitter. In: Proceedings of the Fifth International AAAI Conference on Web and Social Media, S. 89–96.
- De Zúñiga, Homero Gil/Weeks, Brian/Ardèvol-Abreu, Alberto (2017): Effects of the News-Finds-Me Perception in Communication. In: Journal of Computer-Mediated Communication 22 (3), S. 105–123.
- Dubois, Elizabeth/Gaffney, Devin (2014): The Multiple Facets of Influence: Identifying Political Influentials and Opinion Leaders on Twitter. In: American Behavioral Scientist 58 (10), S. 1260–1277.

- Entman, Robert M./Usher, Nikki (2018): Framing in a Fractured Democracy: Impacts of Digital Technology on Ideology, Power and Cascading Network Activation. In: *Journal of Communication* 68 (2), S. 298–308.
- Ernst, Nicole et al. (2017): Extreme parties and populism. An analysis of Facebook and Twitter across six countries. In: *Information, Communication & Society* 20 (9), S. 1347–1364.
- Fiorina, Morris P./Abrams, Samuel J./Pope, Jeremy C. (2005): Culture war: The myth of a polarized America. New York.
- Fitzpatrick, Jasmin (2019): Potenziale sozialer Medien zwischen Wunsch und Wirklichkeit – Welche Chancen bieten soziale Medien für politischer Akteure und ihre Erforschung? In: Hofman et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 171–186.
- Fletcher, Richard/Kleis Nielsen, Rasmus (2017): Are News Audiences Increasingly Fragmented? A Cross-National Comparative Analysis of Cross-Platform News Audience Fragmentation and Duplication. In: *Journal of Communication* 67 (4), S. 476–498.
- Freelon, Deen (2018): Computational Research in the Post-API Age. In: *Political Communication* 35 (4), S. 665–668.
- Freelon, Deen/Karpf, David (2015): Of big birds and bayonets: hybrid Twitter interactivity in the 2012 Presidential debates. In: *Information, Communication & Society* 18 (4), S. 390–406.
- Gallwitz, Florian/Kreil, Michael (2019): Die Mär von ›Social Bots‹. In *Tagesspiegel*. URL: <https://background.tagesspiegel.de/die-maer-von-social-bots> (03.07.2019).
- Grinberg, Nir et al. (2019): Fake news on Twitter during the 2016 U.S. presidential election. In: *Science* 363 (6425), S. 374–378.
- Guess, Andrew. M. (2015): Measure for Measure. An Experimental Test of Online Political Media Exposure. In: *Political Analysis* 23 (1), S. 59–75.
- Guess, Andrew. M./Nyhan, Brendan/Reifler, Jason (2018): Selective Exposure to Misinformation: Evidence from the consumption of fake news during the 2016 US presidential campaign. Dartmouth College. URL: <https://www.dartmouth.edu/~nyhan/fake-news-2016.pdf> (10.03.2018).
- Hasebrink, Uwe/Domeyer, Hanna (2012): Media repertoires as patterns of behaviour and as meaningful practices: A multimethod approach to media use in converging media environments. *Participations* 9 (2), S. 757–779.
- Howard, Philip N./Kollanyi, Bence (2016): Bots, #StrongerIn, and #Brexit: Computational Propaganda during the UK-EU Referendum. URL: <https://arxiv.org/pdf/1606.06356.pdf> (03.04.2019).
- Howison, James/Wiggins, Andrea/Crowston, Kevin (2011): Validity Issues in the Use of Social Network Analysis with Digital Trace Data. In: *Journal of the Association for Information Systems* 12 (12), S. 767–797.

- Iyengar, Shanto/Hahn, Kyu S. (2009): Red media, blue media. Evidence of ideological selectivity in media use. In: *Journal of Communication* 59 (1), S. 19–39.
- Jäger, Kai (2017): The potential of online sampling for studying political activists around the world and across time. In: *Political Analysis* 25 (3), S. 329–343.
- Jungherr, Andreas (2014): The logic of political coverage on Twitter: Temporal dynamics and content. In: *Journal of Communication* 64 (2), S. 239–259.
- Jungherr, Andreas (2015): Analyzing Political Communication with Digital Trace Data. Basel.
- Jungherr, Andreas (2016): Twitter use in election campaigns: A systematic literature review. In: *Journal of Information Technology & Politics* 13 (1), S. 72–91.
- Jungherr, Andreas (2019): Normalizing digital trace data. In: Stroud/McGregor (Hg.): *Digital Discussions*. New York, S. 9–35.
- Jungherr, Andreas/Jürgens, Pascal/Schoen, Harald (2012): Why the Pirate Party Won the German Election of 2009 or the Trouble with Predictions. In: *Social Science Computer Review* 30 (2), S. 229–234.
- Jungherr, Andreas/Posegga, Oliver/An, Jisun (2019): Discursive Power in Contemporary Media Systems: A Comparative Framework. In: *The International Journal of Press/Politics*. DOI: <https://doi.org/10.1177/1940161219841543>.
- Jungherr, Andreas/Schoen, Harald/Jürgens, Pascal (2016): The Mediation of Politics through Twitter. An Analysis of Messages posted during the Campaign for the German Federal Election 2013. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 21 (1), S. 50–68.
- Jungherr, Andreas et al. (2017): Digital Trace Data in the Study of Public Opinion: An Indicator of Attention Toward Politics Rather Than Political Support. In: *Social Science Computer Review* 35 (3), S. 336–356.
- Jungherr, Andreas/Theocharis, Yannis (2017): The empiricist's challenge: Asking meaningful questions in political science in the age of big data. In *Journal of Information Technology& Politics* 14 (2), S. 97–109.
- Jürgens, Pascal/Jungherr, Andreas/Schoen, Harald (2011): Small Worlds with a Difference. New Gatekeepers and the Filtering of Political Information on Twitter. In: *Proceedings of the Third International Web Science Conference*, S. 21–25.
- Keller, Franziska/Schoch, David/Stier, Sebastian/Yang, JungHwan (2017): How to Manipulate Social Media: Analyzing Political Astroturfing Using Ground Truth Data from South Korea. In: *Proceedings of the Eleventh International AAAI Conference on Web and Social Media*, S. 564–567.
- Keller, Franziska et al. (2019, in Erscheinung): Political Astroturfing on Twitter: How to Coordinate a Disinformation Campaign. In: *Political Communication*.
- King, Gary/Pan, Jennifer/Roberts, Margaret E. (2017): How the Chinese government fabricates social media posts for strategic distraction, not engaged argument. In: *American Political Science Review* 111 (3), S. 484–501.

- Kovic, Marko et al. (2018): Digital Astroturfing in Politics: Definition, Typology, and Countermeasures. In: *Studies in Communication Sciences* 18 (1), S. 69–85.
- Kunda, Ziva (1990): The case for motivated reasoning. *Psychological Bulletin* 108 (3), S. 480–498.
- Lazer, David et al. (2009): Computational social science. In: *Science* 323 (5915), S. 721–723.
- Lietz, Haiko et al. (2014): When Politicians Talk. Assessing Online Conversational Practices of Political Parties on Twitter. In: *Proceedings of the Eighth International AAAI Conference on Weblogs and Social Media*, S. 285–294.
- Lukito, Josephine et al. (2018): The Twitter Exploit: How Russian Propaganda Infiltrated U.S. News. URL: <https://uwmadison.app.box.com/v/TwitterExploit> (20.03.2018).
- Mellon, Jonathan/Prosser, Christopher (2017): Twitter and Facebook are not representative of the general population. Political attitudes and demographics of British social media users. In: *Research & Politics* 4 (3).
- Messing, Solomon/Westwood, Sean J. (2014): Selective Exposure in the Age of Social Media. Endorsements Trump Partisan Source Affiliation When Selecting News Online. In: *Communication Research* 41 (8), S. 1042–1063.
- Morstatter, Fred et al. (2013): Is the Sample Good Enough? Comparing Data from Twitter's Streaming API with Twitter's Firehose. In: *Proceedings of the Seventh International AAAI Conference on Weblogs and Social Media*, S. 400–408.
- Neuman, Russell W. (2016): The digital difference. Harvard, Massachusetts.
- Neuman, Russell W. (2014): The Dynamics of Public Attention: Agenda-Setting Theory Meets Big Data. In: *Journal of Communication* 64 (2), S. 193–214.
- Newman, Nic et al. (2018): Reuters Institute Digital News Report 2018. URL: <http://media.digitalnewsreport.org/wp-content/uploads/2018/06/digital-news-report-2018.pdf> (07.05.2019).
- Nielsen, Rasmus Kleis/Vaccari, Cristian (2013): Do people »like« politicians on Facebook? Not really. Large-Scale Direct Candidate-to-Voter Online Communication as an Outlier Phenomenon. In: *International Journal of Communication* 7 (7), S. 2333–2356.
- Nuernbergk, Christian (2016): Political Journalists' Interaction Networks. In: *Journalism Practice* 10 (7), S. 868–879.
- Nyhan, Brendan/Reifler, Jason (2010): When Corrections Fail: The Persistence of Political Misperceptions. In: *Political Behavior* 32 (2), S. 303–330.
- Pariser, Eli (2011): The filter bubble. What the Internet is hiding from you. New York.
- Pennycook, Gordon/Cannon, Tyrone D./Rand, David G. (2018): Prior exposure increases perceived accuracy of fake news. In: *Journal of Experimental Psychology*. 147 (12), S. 1865–1880.

- Posegga, Oliver/Jungherr, Andreas (2019): Characterizing Political Talk on Twitter: A Comparison Between Public Agenda, Media Agendas, and the Twitter Agenda with Regard to Topics and Dynamics. In: Proceedings of the 52nd Hawaii International Conference on System Sciences, S. 2590–2599.
- Prior, Markus (2013): Media and Political Polarization. In: Annual Review of Political Science 16 (1), S. 101–127.
- Quinlan, Stephen et al. (2017): ›Show me the money and the party!‹ – Variation in Facebook and Twitter adoption by politicians. In: Information, Communication & Society 21 (8), S. 1031–1049.
- Rauchfleisch, Adrian/Kaiser, Jonas (2019): The False Positive Problem of Automatic Bot Detection. AoIR 2019: The 20th Annual Conference of the Association of Internet Researchers.
- Scharkow, Michael (2016): The Accuracy of Self-Reported Internet Use? A Validation Study Using Client Log Data. In: Communication Methods and Measures 10 (1), S. 13–27.
- Steinert-Threlkeld, Zachary C. (2017): Spontaneous collective action. Peripheral mobilization during the Arab Spring. In: American Political Science Review 111 (2), S. 379–403.
- Stier, Sebastian et al. (2018a): Election Campaigning on Social Media: Politicians, Audiences and the Mediation of Political Communication on Facebook and Twitter. In: Political Communication 35 (1), S. 50–74.
- Stier, Sebastian et al. (2019): Integrating Survey Data and Digital Trace Data. Key Issues in Developing an Emerging Field. In: Social Science Computer Review. DOI: <https://doi.org/10.1177/0894439319843669>.
- Stier, Sebastian et al. (2017): When populists become popular: comparing Facebook use by the right-wing movement Pegida and German political parties. In: Information, Communication & Society 20 (9), S. 1365–1388.
- Stier, Sebastian/Schünemann, Wolf J./Steiger, Stefan (2018b): Of activists and gatekeepers. Temporal and structural properties of policy networks on Twitter. In: New Media & Society 20 (5), S. 1910–1930.
- Sunstein, Cass R. (2007): Republic.com 2.0: Princeton, NJ.
- Theocharis, Yannis/Lowe, Will (2015): Does Facebook increase political participation? Evidence from a field experiment. In: Information, Communication & Society 19 (10), S. 1465–1486.
- Trilling, Damian (2015): Two Different Debates? Investigating the Relationship Between a Political Debate on TV and Simultaneous Comments on Twitter. In: Social Science Computer Review 33 (3), S. 259–276.
- Tumasjan, Andranik et al. (2011): Election Forecasts with Twitter: How 140 Characters Reflect the Political Landscape. In: Social Science Computer Review 29 (4), S. 402–418.

- Vaccari, Cristian/Chadwick, Andrew/O'Loughlin, Ben (2015a): Dual Screening the Political: Media Events, Social Media, and Citizen Engagement. In: *Journal of Communication* 65 (6), S. 1041–1061.
- Vaccari, Cristian et al. (2015b): Political Expression and Action on Social Media. Exploring the Relationship Between Lower- and Higher-Threshold Political Activities Among Twitter Users in Italy. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 20 (2), S. 221–239.
- Van Deth, Jan W./Theocharis, Yannis (2017): Political participation in a changing world: Conceptual and empirical challenges in the study of citizen engagement. New York.
- Vergeer, Maurice/Hermans, Liesbeth/Sams, Steven (2013): Online social networks and micro-blogging in political campaigning: The exploration of a new campaign tool and a new campaign style. In: *Party Politics* 19 (3), S. 477–501.
- Vosoughi, Soroush/Roy, Deb/Aral, Sinan (2018): The spread of true and false news online. In: *Science* 359 (6380), S. 1146–1151.
- Wardle, Claire/Derakhshan, Hossein (2017): Information Disorder: Toward an interdisciplinary framework for research and policymaking. In: *Council of Europe Report DGI* (2017)09. URL: <https://rm.coe.int/information-disorder-toward-an-interdisciplinary-framework-for-research/168076277c> (05.05.2019).
- Webster, James G., 2014: The marketplace of attention: How audiences take shape in a digital age. Cambridge, Massachusetts.
- Wells, Chris et al. (2016): How Trump Drove Coverage to the Nomination. Hybrid Media Campaigning. In: *Political Communication* 33 (4), S. 669–676.
- Wells, Chris/Thorson, Kjerstin (2017): Combining Big Data and Survey Techniques to Model Effects of Political Content Flows in Facebook. In: *Social Science Computer Review* 35 (1), S. 33–52.
- Yang, JungHwan/Kim, Young Mie (2017): Equalization or Normalization? Voter–candidate engagement on Twitter in the 2010 U.S. midterm elections. In: *Journal of Information Technology & Politics* 14 (3), S. 232–247.
- Zhang, Yini et al. (2019): Whose Lives Matter? Mass Shootings and Social Media Discourses of Sympathy and Policy, 2012–2014. In: *Journal of Computer-Mediated Communication*. DOI: <https://doi.org/10.1093/jcmc/zmz009>.
- Zillich, Arne Freya (2019): Konsistenztheorien und Selective Exposure. Baden-Baden.

AutorInnenverzeichnis

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst, Professorin für Politische Systeme/Vergleichende Politikwissenschaft und Mitglied im Vorstand des DFG-geförderten Graduiertenkollegs Locating Media an der Universität Siegen.

Carlos Becker, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Dr. Isabelle Borucki, Nachwuchsgruppenleiterin DIPART an der Universität Duisburg-Essen, NRW School of Governance; Sprecherin des Arbeitskreises »Politik und Kommunikation« der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) sowie der Standing Group »Internet and Politics« des ECPR.

Dr. Jasmin Fitzpatrick, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz; Mitglied im Steering Committee der Standing Group »Internet and Politics« des ECPR.

Sabrina Görisch, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Trier.

Dr. Annett Heft, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin; Leiterin der Forschungsgruppe »Digitalisierung und transnationale Öffentlichkeit« am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft.

Prof. Dr. Jeanette Hofmann, Professorin für Internetpolitik an der Freien Universität Berlin; Leiterin der Forschungsgruppe »Politik der Digitalisierung« am Wissenschaftszentrum Berlin; Principal Investigator (PI) am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft; Gründungsdirektorin des Alexander-von-Humboldt-Instituts für Internet und Gesellschaft.

Prof. Dr. Andreas Jungherr, Inhaber einer Juniorprofessur für Social Science Data Collection and Analysis an der Universität Konstanz.

Prof. Dr. Norbert Kersting, Professor für Vergleichende Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Kommunal- und Regionalpolitik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Sprecher des DVPW-Arbeitskreises »Digitalisierung und Politik«.

Prof. Dr. Marianne Kneuer, Professorin für Vergleich politischer Systeme/Internationale Beziehungen und Direktorin des Instituts für Sozialwissenschaften an der Universität Hildesheim; Präsidentin der International Political Science Association (IPSA).

Dr. Curd Knüpfer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin; Leiter der Forschungsgruppe »Digitalisierung und transnationale Öffentlichkeit« am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft.

Prof. Dr. Frank Marcinkowski, Professor für Kommunikationswissenschaft; Lehrstuhl Kommunikations- und Medienwissenschaft I am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Dr. Anja Mihr, Program Director Center on Governance through Human Rights Humboldt-Viadrina Governance Platform; DAAD Visiting Professor OSZE-Akademie, Bishkek, Kirgisistan.

Prof. Dr. Barbara Pfetsch, Professorin für Kommunikationswissenschaft und Leiterin der Arbeitsstelle Kommunikationstheorie und Medienwirkungsforschung an der Freien Universität Berlin; Interimsdirektorin und PI am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft.

Prof. Dr. Claudia Ritzi, Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Trier; Mitglied im Vorstand der DVPW; Sprecherin des Arbeitskreises »Digitalisierung und Politik«.

Prof. Dr. Wolf J. Schünemann, Inhaber einer Juniorprofessur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politik und Internet an der Universität Hildesheim; Sprecher des DVPW-Arbeitskreises »Digitalisierung und Politik«.

Prof. Dr. Sandra Seubert, Professorin für Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt a.M.; Mitglied des Direktoriums des Cornelia Goethe Centrum für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse

Christopher Starke, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Lehr- und Forschungsbereich von Prof. Dr. Marcinkowski am Institut für Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Stefan Steiger, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften (Fach Politikwissenschaft) der Universität Hildesheim.

Dr. Sebastian Stier, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei GESIS — Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Dr. Thorsten Thiel, Leiter der Forschungsgruppe »Demokratie und Digitalisierung« am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft.

Dr. Lena Ulbricht, Leiterin der Forschungsgruppe »Quantifizierung und gesellschaftliche Regulierung« am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft; Sprecherin des DVPW-Arbeitskreises »Digitalisierung und Politik«.

Politikwissenschaft



Thomas Kruchem

Am Tropf von Big Food

Wie die Lebensmittelkonzerne den Süden erobern und arme Menschen krank machen

2017, 214 S., kart., zahlr. Abb.

19,99 € (DE), 978-3-8376-3965-0

E-Book: 16,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3965-4

EPUB: 16,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3965-0



Torben Lütjen

Partei der Extreme: Die Republikaner

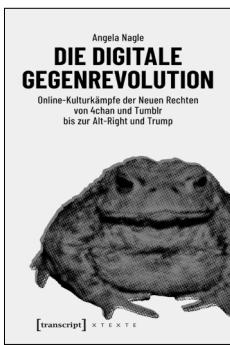
Über die Implosion des amerikanischen Konservativismus

2016, 148 S., kart.

14,99 € (DE), 978-3-8376-3609-3

E-Book: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3609-7

EPUB: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3609-3



Angela Nagle

Die digitale Gegenrevolution

Online-Kulturmärkte der Neuen Rechten von 4chan und Tumblr bis zur Alt-Right und Trump

2018, 148 S., kart.

19,99 € (DE), 978-3-8376-4397-8

E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4397-2

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4397-8

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Politikwissenschaft

Ines-Jacqueline Werkner
Gerechter Frieden
Das fortwährende Dilemma
militärischer Gewalt

Ines-Jacqueline Werkner
Gerechter Frieden
Das fortwährende Dilemma militärischer Gewalt

2018, 106 S., kart.
14,99 € (DE), 978-3-8376-4074-8
E-Book: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4074-2

[transcript] Perspektiven | Essays aus der FEST

ALEXANDER SCHELLINGER, PHILIPP STEINBERG (Hg.)
**DIE ZUKUNFT DER
EURO
ZONE**
WIE WIR DEN EURO RETTEN
UND EUROPÄA ZUSAMMENHALTEN

Alexander Schellinger, Philipp Steinberg (Hg.)
Die Zukunft der Eurozone
Wie wir den Euro retten und Europa zusammenhalten

2016, 222 S., kart.
19,99 € (DE), 978-3-8376-3636-9
E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3636-3
EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3636-9

[transcript] X TEXT E

Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz, Tino Schlinzig (Hg.)
PEGIDA
Rechtspopulismus zwischen
Fremdenangst und
»Wende«-Enttäuschung?
Analysen im Überblick



Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz, Tino Schlinzig (Hg.)
PEGIDA –
Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst
und »Wende«-Enttäuschung?
Analysen im Überblick

2016, 384 S., kart.
29,99 € (DE), 978-3-8376-3658-1
E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3658-5
EPUB: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3658-1

[transcript] X TEXT E

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

